

Menschen in Bewegung. Migration und Deportation aus dem Baltikum zwischen 1850 und 1950

Detlef Henning: Editorial 7

Abhandlungen

Indrek Kiverik (Moskau): Die Deutschbalten und die jungen Nationalbewegungen in den Ostseeprovinzen des Russischen Reiches 1885–1914/17 13

Helēna Šimkuva (Rīga): Deutschbaltische Emigration aus der Republik Lettland während der Zwischenkriegszeit (1918–1939) 39

Kaido Laurits (Tallinn): Die deutschbaltische Minderheit in der Republik Estland von 1918 bis 1940 71

Rasa Pārpuce (Rīga): Die Verwaltung baltischer Kulturgüter in Posen (Poznań) während des Zweiten Weltkrieges 116

Jānis Riekstiņš (Rīga): Die stalinistischen Deportationen in Lettland und die „Deutsche Aktion“ vom 5. und 6. Februar 1945 166

Christian Pletzing (Lübeck): Displaced Persons. Esten, Letten und Litauer im Lübeck der Nachkriegszeit 197

Liene Lauska (Axams): Lettische Flüchtlinge in Deutschland nach 1944 und die Integration lettischer Exilschriftsteller: Jānis Jaunsudrabiņš und Pēteris Ērmanis 220

Rezensionen

Florian J. Anton, Staatlichkeit und Demokratisierung in Lettland. Entwicklung – Stand – Perspektiven (Björn Felder) 245

Auswahlbibliographien zur Geschichte des Kommunismus in Osteuropa. Bd. III: Estland, hrsg. v. Wiebke Jürgens (David Feest)	247
Die baltischen Lande im Zeitalter der Reformation und Konfessionalisierung. Livland, Estland, Ösel, Ingermanland, Kurland und Lettgallen. Stadt, Land und Konfession 1500–1721. Teil I, hrsg. v. Matthias Asche, Werner Buchholz u. Anton Schindling (Heinrich Wittram)	249
Die baltischen Staaten im Schnittpunkt der Entwicklungen. Vergangenheit und Gegenwart, hrsg. v. Carsten Goehrke u. Jürgen v. Ungern-Sternberg (Bradley Woodworth)	252
Baltisches Welterlebnis. Die kulturgeschichtliche Bedeutung von Alexander, Eduard und Hermann Graf Keyserling. Beiträge eines internationalen Symposiums in Tartu vom 19. bis 21. September 2003, hrsg. v. Michael Schwidtal u. Jaan Undusk unter Mitwirkung v. Liina Lukas (Michael Garleff)	259
Madlen Benthin, Die Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa. Deutsche und tschechische Erinnerungskulturen im Vergleich (Ingo Eser)	266
Jens Boysen, Preußische Armee und polnische Minderheit. Royalistische Streitkräfte im Kontext der Nationalitätenfrage des 19. Jahrhunderts (1815–1914) (Julia Eichenberg)	271
The Cambridge History of Russia. Vol. 3: The Twentieth Century, hrsg. v. Ronald Grigor Suny (Karsten Brüggemann)	273
Europäische Dimensionen deutschbaltischer Literatur, hrsg. v. Frank-Lothar Kroll (Michael Garleff)	278
Forschungen zur baltischen Geschichte, hrsg. v. Mati Laur u. Karsten Brüggemann. Bd. 3 (2008) (Ulrike Plath)	286
Helfer der Armen – Hüter der Öffentlichkeit. Guardians of the Poor – Custodians of the Public: Welfare History in Eastern Europe, hrsg. v. Sabine Hering u. Berteke Waaldijk (Rajah Scheepers)	290

Ulrike von Hirschhausen, Die Grenzen der Gemeinsamkeit. Deutsche, Letten, Russen und Juden in Riga 1860–1914 (Michael Garleff)	293
Jürgen Joachimsthaler, Philologie der Nachbarschaft: Erinnerungskultur, Literatur und Wissenschaft zwischen Deutschland und Polen (Martin Klöker)	301
Konfessionelle Identität und Nationsbildung. Die griechisch-katholischen Kirchen in Ostmittel- und Südosteuropa im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. v. Hans-Christian Maner u. Norbert Spanneberger (Stephan Stach)	306
Mathias Mesenhöller, Ständische Modernisierung. Der kurländische Ritterschaftsadel 1760–1830 (Jörg Hackmann)	310
Kazimierz Moczarski, Gespräche mit dem Henker. Das Leben des SS-Generals Jürgen Stroop. Aufgezeichnet im Mokotów-Gefängnis in Warschau (Joachim Tauber)	313
Nordosteuropa als Geschichtsregion. Beiträge des III. Internationalen Symposiums zur deutschen Kultur und Geschichte im europäischen Nordosten vom 20.–22. September 2001 in Tallinn (Estland), hrsg. v. Jörg Hackmann u. Robert Schweitzer (Andreas Lawaty)	318
Perceptions of Loss, Decline and Doom in the Baltic Sea – Untergangsvorstellungen im Ostseeraum, hrsg. v. Jan Hecker-Stampehl, Aino Bannwart, Dörte Brekenfeld u. Ulrike Plath (David Feest)	327
The Reception of Medieval Europe in the Baltic Sea Region. Papers of the XII th Visby Symposium held at Gotland University, Visby, hrsg. v. Jörn Steacker (Stefan Donecker)	330
Sankt Petersburg. Schauplätze einer Stadtgeschichte, hrsg. v. Karl Schlögel, Frithjof Benjamin Schenk u. Markus Ackeret (Ralph Tuchtenhagen)	335
Siegfried Tornow, Was ist Osteuropa? Handbuch zur osteuropäischen Text- und Sozialgeschichte von der Spätantike bis zum Nationalstaat (Ralph Tuchtenhagen)	340

Die unbekanntenen Nachbarn. Minderheiten in Osteuropa, hrsg. v. Ruth Leiserowitz (Jürgen Joachimsthaler)	345
Alexander Watson, <i>Enduring the Great War. Combat, Morale and Collapse in the German and British Armies, 1914–1918</i> (Julia Eichenberg)	350
Jörg Zägel (in Zusammenarbeit mit Reiner Steinweg), <i>Vergangenheitsdiskurse in der Ostseeregion. Bd. 1: Auseinandersetzungen in den nordischen Staaten über Krieg, Völkermord, Diktatur, Besatzung und Vertreibung; Jörg Zägel (in Zusammenarbeit mit Reiner Steinweg), Vergangenheitsdiskurse in der Ostseeregion. Bd. 2: Die Sicht auf Krieg, Diktatur, Völkermord, Besatzung und Vertreibung in Russland, Polen und den baltischen Staaten</i> (Jan Hecker-Stampehl)	354
Zwischeneuropa – Mitteleuropa. Sprache und Literatur in interkultureller Konstellation. Akten des Gründungskongresses des Mitteleuropäischen Germanistenverbandes, hrsg. i.A. des Mitteleuropäischen Germanistenverbandes v. Walter Schmitz in Verbindung mit Jürgen Joachimsthaler (Martin Klöcker) ...	357
Rafał Żytyniec, <i>Zwischen Verlust und Wiedergeburt. Ostpreußen als Erinnerungslandschaft der deutschen und polnischen Literatur nach 1945</i> (Joachim Tauber)	364
Die Autoren der Abhandlungen	367

Editorial

Im Zusammenhang mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges vor 70 Jahren gedachte man im Jahre 2009 auch der Umsiedlung von etwa 66 000 Deutschen aus den Republiken Estland und Lettland im Spätherbst 1939. Und im Jahre 2011 werden 70 Jahre seit der so genannten „Nachumsiedlung“ von 1941 vergangen sein, bei der die zunächst zurückgebliebenen Deutschen, aber auch einige tausend Esten und Letten ihre inzwischen sowjetisierte Heimat verließen. Die Umsiedlung von Oktober bis Dezember 1939 war die erste Bevölkerungsverschiebung, die aus der Teilung Osteuropas in den Geheimen Zusatzprotokollen des Hitler-Stalin-Paktes (23. August 1939) und des Deutsch-Sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrages (28. September 1939) folgte. Sie fand allerdings, in scharfem Kontrast zu späteren erzwungenen Migrationen oder gar ethnisch bedingten Massenmorden während des Zweiten Weltkrieges, noch überwiegend freiwillig und geordnet per Schiff aus Tallinn und Riga statt – wenn auch nicht ohne den psychologischen Druck der historischen Situation kurz nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Dies galt in besonderem Maße auch für die Nachumsiedlung von Januar bis März 1941, als die baltischen Staaten bereits die ersten Folgen der Stalinisierung ihrer Länder und die Bevölkerung eine unmittelbare Gefahr für Leib und Leben spürten. Beide Umsiedlungsaktionen sind daher prägnant mit der paradoxen Formel „Diktierte Option“ charakterisiert worden.¹

Die Umsiedlung wurde später auch weniger treffend als „das letzte Kapitel baltisch-deutscher Geschichte“ bezeichnet,² denn die Beziehungsgeschichte zwischen Deutschbalten und Esten und Letten hatte unter anderen Vorzeichen noch ein Nachspiel während der deutschen Besatzungszeit in den baltischen „Generalbezirken“ (1941–1944), als einige Deutschbalten, mit den Menschen, Sprachen und Orten vertraut, als Angehörige der Wehrmacht, der SS-Verbände oder der deutschen Zivilverwaltung noch einmal „deutsche Arbeit“³ in ihrer alten Heimat leisteten.

¹ Diktierte Option. Die Umsiedlung der Deutsch-Balten aus Estland und Lettland 1939–1941. Eine Dokumentation, zusammengest. u. eingel. v. Dietrich A. Loeber. Neumünster 1972.

² Jürgen v. Hehn, Die Umsiedlung der baltischen Deutschen – der letzte Kapitel baltisch-deutscher Geschichte. 2. Aufl., Marburg a.d.L. 1984 (Marburger Ostforschungen. 40).

³ So der Titel eines „Tätigkeitsberichtes“: Wolfgang Wachtsmuth, Von deutscher Arbeit in Lettland 1918–1934. Ein Tätigkeitsbericht. 3 Bde., Köln 1951–1953; zu Deutschbalten im

So sehr sich die Umsiedlung als einschneidendes Erlebnis in die Erinnerung der beteiligten Zeitgenossen einbrannte und später als „Auszug aus der Heimat“⁴ zusammen mit der mittelalterlichen „Aufsegelung“⁵ des alten Livland Eingang in die Konstruktion einer sinnfälligen Geschichtskontinuität fand, so sehr muss jedoch auch an die vorangehenden „Kapitel“ erinnert und betont werden, dass die baltische Region als eine Zwischen- und Übergangsregion zwischen West- und russischem Osteuropa, zwischen Mitteleuropa und Skandinavien immer Schauplatz vielfältiger Bevölkerungseinflüsse und -verschiebungen und Ort multiethnischer und -lingualer Interaktion war. Die Einwanderung deutscher Fernhändler, Mönche und Priester, Ordensritter und städtischer Bürger ins Baltikum ab Ende des 12. Jahrhunderts war lediglich der Beginn eines jahrhundertelangen Migrationsprozesses zwischen Deutschland und zunächst Livland (bis 1561), später den Ostseeprovinzen Kurland, Livland und Estland und zuletzt den modernen Republiken Estland und Lettland (ab 1918). So blieben die „deutschen Ostseeprovinzen Russlands“ selbst nach der Gründung des Deutschen Reiches 1871 noch attraktives Einwanderungsland für zahlreiche Deutsche. Kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges lebten ca. 20 000 Reichsdeutsche auf dem Gebiet der späteren Staaten Estland und Lettland, im Unterschied zu den ca. 125 000 historisch angestammten deutschen „Balten“, die Bürger des Russischen Reiches waren. Hinzu kamen nach der Revolution von 1905 noch einmal mehr als 15 000 deutsche bäuerliche Einwanderer aus Wolhynien, die – von deutschen Gutsbesitzern als Pächter und Landknechte in Kurland angesiedelt – ein ländliches Gegengewicht gegen die linksnationalen lettischen Landlosen und Kleinbauern bilden sollten.⁶

Umgekehrt waren aber auch Vorstellungen, die nationalen und sozialen Probleme der Moderne im Baltikum nicht in Form politischer Auseinandersetzungen zu lösen, sondern ihnen radikaler in Form von Auswanderung oder Aussiedlung zu entgehen, wesentlich

Baltikum während der deutschen Besatzungszeit u.a.: Kārlis Kangeris, Die Rückkehr und der Einsatz von Deutschbalten im Generalbezirk Lettland 1941–1945, in: Deutschbalten, Weimarer Republik und Drittes Reich. Bd. 2, hrsg. v. Michael Garleff. Köln (u.a.) 2008 (Das Baltikum in Geschichte und Gegenwart. I/2), S. 385–428.

⁴ Erhard Kroeger, Der Auszug aus der Heimat. Tübingen 1967.

⁵ Vgl. Heinz von zur Mühlen, Die baltischen Lande. Von der Aufsegelung bis zur Umsiedlung. 2. überarb. Aufl., Bonn 1990 (Kulturelle Arbeitshefte. 15).

⁶ Vgl. hierzu, die ältere Literatur zusammenfassend: Wilfried Schlau, Eine Einführung in die Wanderungsgeschichte der baltischen Deutschen, in: Sozialgeschichte der baltischen Deutschen, hrsg. v. dems. Köln 1997, S. 11–30, hier besonders S. 20.

älter, als man es sich im Zusammenhang mit der Umsiedlung 1939 möglicherweise vorzustellen pflegt. Die ersten Deutschbalten hatten die baltischen Ostseeprovinzen Russlands mit den aufkommenden Nationalismen unter Russen, Esten und Letten bereits in den 1860er Jahren des 19. Jahrhunderts verlassen und waren nach Deutschland emigriert,⁷ es folgten etwas mehr als 100 Personen, die bis 1890 dem Baltikum aus Widerstand gegen die einsetzende zaristische Unifizierungspolitik, die im Baltikum als „Russifizierung“ wahrgenommen wurde, den Rücken kehrten. Damals tauchte in Deutschland im Zusammenhang mit den Debatten über das Ansiedlungsgesetz 1886 zur Stärkung des Deutschtums in den preußischen Provinzen Posen und Westpreußen zum ersten Mal der Gedanke auf, eine Übersiedlung der baltischen Deutschen in das Reich einzuleiten oder ihre Massenauswanderung zu fördern.⁸

Eine zweite Abwanderungswelle von Deutschbalten wurde durch die Revolution von 1905 ausgelöst. Zwar umfasste sie nur etwa 100 Familien, aber in alldeutschen Kreisen wurden Überlegungen angestellt, die auf eine Umsiedlung der baltischen Deutschen nach Deutschland abzielten, und 1906 stellte ein deutschbaltischer Journalist in einer anonymen Broschüre die Frage „Bleiben oder gehen?“ und gab als Antwort: „Wir haben zu bleiben, bis uns eine höhere Macht oder das deutsche Volk von dieser Kulturposition abberuft. Denn so, wie das deutsche Volk vor 700 Jahren die Macht besaß, seine Ritter und Gelehrten, Kaufleute und Handwerker an diese Küste zu entsenden, ebenso mächtig ist es heute, alle seine Söhne, unbekümmert um deren politische Staatsangehörigkeit, wieder heimzuholen.“⁹

Die dritte große Fluchtbewegung ins Deutsche Reich mit mehreren 10 000 Personen fand schließlich während der Revolutions- und Bürgerkriegswirren im Baltikum gegen Ende des Ersten Weltkrieges 1917–1919 und als Folge der baltischen Agrarreformen von 1919/20 statt. Die Zahl der Deutschen sank bis 1920 um etwa die Hälfte. Allein 1918/19 waren mehr als 40 000 Deutsche vor der bolschewistischen Revolution und der Roten Armee aus dem Baltikum nach Deutschland geflohen. Von ihnen kehrten nicht mehr als 10 000 nach 1920 in die neu gegründeten baltischen Staaten zurück. Die Zurückgebliebenen, in Estland etwa 16 000 Personen, in Lettland etwa 65 000,

⁷ Woldemar v. Bock, Julius Eckardt und Carl Schirren sind hier prominente Beispiele.

⁸ Hehn, Umsiedlung (wie Anm. 2), S. 15.

⁹ [Alexander Stellmacher,] Am Scheidewege. Riga 1906, S. 9 u. 16. Der Autor war Journalist und Redakteur des „Rigaer Tageblatt“.

integrierten sich nur langsam – in Estland besser, in Lettland unwilliger – in die neuen Staaten und ein ungeliebtes, den eigenen korporativen Politikvorstellungen gegenläufiges demokratisches System, das für viele überwiegend den Verlust politischer und wirtschaftlicher Macht bedeutete. Vor allem finanziell rutschte das im Rahmen der zunächst liberalen Minderheitenpolitik Estlands und Lettlands autonome Kultur-, Schul- und Vereinsleben der deutschen Minderheit ab Ende der 1920er Jahre immer tiefer in die Abhängigkeit von Berlin. Statt, was klug gewesen wäre, die Finanzierung ihrer Minderheiten in die eigenen Hände zu nehmen, reagierte die estnische und lettische Politik ab den 1930er Jahren kontraproduktiv mit einer Minderheitenpolitik, die von den Deutschen als ausgesprochen deutschfeindlich wahrgenommen wurde. Als sich die internationale Situation im Spätsommer 1939 zuspitzte, kam die Umsiedlung zwar zunächst überraschend, mental jedoch lag sie bereits seit der Revolution von 1905 „in der Luft“, wie sich Zeitgenossen später erinnern sollten.

Alternative Denkansätze, ein liberaler Verfassungspatriotismus in Estland oder Lettland etwa, wie wir heute formulieren würden, lag bei Esten und Letten wie Deutschen nur für wenige Persönlichkeiten im Bereich des damaligen Denkens.¹⁰ Auch die baltischen Staaten waren als Demokratien ohne Demokraten gestartet und verfielen in den 30er Jahren in die Rhetorik von Nationalismus, völkischem Denken und Autoritarismus. Ihr Untergang im Zweiten Weltkrieg führte schließlich dazu, dass nach 1945 kaum noch Deutsche im Baltikum lebten, auf der anderen Seite aber ein erheblicher Teil, überwiegend die ehemaligen Führungsschichten der Esten und Letten nach ihrer Flucht vor der Sowjetarmee nun im Westen Europas, später in Nordamerika, ansässig wurde und im Westen das baltische Exil mit seiner organisatorischen und kulturellen Vielfalt bildete.

Der vorliegende Band des „Nordost-Archivs“ ist weitestgehend der Migration der Deutschbalten ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und ihren historischen Umständen gewidmet. Ab 1944 werden auch ihre Nachbarvölker, Esten und Letten, und deren erzwungene „Westsiedlung“ zunächst in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands, später in der Bundesrepublik Deutschland berücksichtigt. Indrek Kiverik lässt noch einmal die letzten Jahrzehnte des 19. Jahr-

¹⁰ Für sie steht stellvertretend der Name Paul Schiemann; vgl. zuletzt John Hiden, *Defender of Minorities. Paul Schiemann, 1876–1944*. London 2004.

hundreds mit ihren nationalen und sozialen Verwerfungen und aufkommenden ethnischen Konflikten Revue passieren, bevor Helēna Šimkuva auf Zahlen und Hintergründe für die bisher wenig berücksichtigte Emigration von Deutschbalten aus Lettland vor der Umsiedlung eingeht. Kaido Laurits beleuchtet anschließend das deutsch-estnische Verhältnis in Estland während der 1920er und 1930er Jahre, die deutsche Kulturselbstverwaltung und deren Ende mit Beginn der Umsiedlung 1939. Die „Ansiedlung“ der Deutschbalten nach ihrer Umsiedlung, hauptsächlich im deutsch besetzten „Warthegau“ zwischen 1941 und 1945, ist in den vergangenen Jahren stärker in den Fokus der Forschungen zur deutschen Besatzungspolitik in Polen gerückt. Rasa Pārpuce untersucht in diesem Zusammenhang die Geschichte der im Rahmen der Umsiedlung aus Lettland ausgeführten deutschen „Kulturgüter“ und die deutschbaltischen Versuche, über deren zentrale Sammlung in Posen (Poznań) wieder ein deutschbaltisches Zentrum entstehen zu lassen. In den Zusammenhang der sowjetischen Deportationspolitik stellt Jānis Riekstiņš die wenig bekannte Geschichte der Deportation von über 600 in Lettland verbliebenen Deutschen zu Beginn 1945 nach Sibirien. Schließlich runden zwei Beiträge zur Geschichte baltischer Flüchtlinge im Westen – Christian Pletzing über die Geschichte der baltischen Displaced Persons (DPs) in den westlichen Besatzungszonen am Beispiel der Stadt Lübeck und Liene Lauska über die Probleme von Schriftstellerflüchtlingen im Exil am Beispiel der beiden lettischen Literaten Jānis Jaunsudrabiņš und Pēteris Ermanis im Nachkriegsdeutschland und der frühen Bundesrepublik den Band ab.

Es mag sein, dass die Umsiedlung der Deutschbalten 1939/41 das „letzte“ oder vorletzte Kapitel baltisch-deutscher Geschichte gewesen ist. Die Geschichte des Baltikums als Migrationsraum wird jedoch weitergehen. Glaubt man den Zukunftsprognosen der Vereinten Nationen, werden die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen in den kommenden Jahrzehnten erheblich von Auswanderung und negativen demoskopischen Entwicklungen betroffen sein. Für Estland rechnet man zwischen 1990 und 2050 mit einem Bevölkerungsrückgang um etwa 25% (von ca. 1,6 auf 1,2 Mio. Einwohner) und für Lettland und Litauen jeweils um etwa 30% (Lettland: von ca. 2,7 auf 1,9 Mio. und Litauen von ca. 3,7 auf 2,6 Mio. Einwohner).¹¹

¹¹ Daten des United Nations Development Programme (UNDP, vgl. <http://esa.un.org/unpp> (letzter Zugriff: 1.10.2010).

Diese Veränderungen werden die Politik im Baltikum mit erheblichen Gestaltungszwängen konfrontieren: Gingen die Deutschbalten möglicherweise nur voraus? Ein „Ende der Geschichte“,¹² wenigstens der baltischen, ist jedenfalls noch nicht in Sicht.

Detlef Henning, Lüneburg

¹² Vgl. den breit diskutierten Titel des Buches von: Francis Fukuyama, Das Ende der Geschichte. Stuttgart 1992.

ABHANDLUNGEN

Die Deutschbalten und die jungen Nationalbewegungen in den Ostseeprovinzen des Russischen Reiches 1885–1914/17

von Indrek Kiverik

Summary

The national-cultural and social movements of the Latvians and Estonians during the second half of the nineteenth and the beginning of the twentieth centuries had to make their way between the Baltic German upper class on one side and the power of the Russian state on the other. Nevertheless, a complicated tangle of mutual relationships and attempts to influence one another by the Baltic German upper class and the offices of the tsarist authorities gave the so-called “non-German indigenous population” the necessary freedom of movement, towards the end of the First World War, to enable them to shake off the “double yoke” of the Baltic German aristocracy and the tsarist autocracy. The conservatism and reform-resistance of the Baltic German ruling class contributed to the result that Estonians and Latvians went their own way and finally founded their own states without special regard for the Baltic German aristocracy that had formerly led them. The small number of the liberal Baltic German middle class lacked the necessary power-base to make alternative viewpoints and models clearly heard in the short time between the Revolution and the First World War.

Aus dem Deutschen übersetzt von Louis Marvick, Reno/Lüneburg

Einleitung

Modernisierung und Zentralismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren Merkmale einer gesamteuropäischen Entwicklung, die auch für imperiale Staaten, unter ihnen das russische Zarenreich, charakteristisch waren. Die Entwicklungen in der Gesellschaft und den wirtschaftspolitischen Verhältnisse in Russland veränderten auch Denken und Mentalität der an diesen Entwicklungen beteilig-

ten Gesellschaftsgruppen und -schichten. Die sozialpolitische Lage und Selbstwahrnehmung der Deutschbalten, Esten und Letten gegen Ende des 19. Jahrhunderts und zu Beginn des 20. Jahrhunderts sowie deren Wandel während der genannten Periode, in der gravierende politische, soziale und wirtschaftliche Umbrüche stattfanden, ist das Thema der folgenden Ausführungen.

Die Geschichte der nationalen Bewegungen im Baltikum ist die Geschichte des Wandels einer relativ homogenen leibeigenen Bauernbevölkerung, die sich in einer vergleichsweise kurzen Zeit zu einer modernen Nation entwickelte. Die entscheidenden Ereignisse und Prozesse datieren auf die Jahrzehnte von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1918. Die nationalen Bewegungen im Baltikum waren dabei Teil einer allgemeinen europäischen Geschichte der Nationalisierung von Gesellschaften. Dieser Prozess wies allerdings im Baltikum gewisse Besonderheiten auf. Der mittelalterlich-feudale Charakter einer Ständegesellschaft war hier bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts in wichtigen Zügen erhalten geblieben. Erst die Entwicklungen des modernen kapitalistischen Wirtschaftssystems und die Industrialisierung begannen, die bisherige Ordnung immer mehr zu verändern.

Bis Mitte des 19. Jahrhunderts hatten sich die Sprachen der Völker der baltischen Provinzen, der Esten und Letten, zu Schriftsprachen entwickelt, die in Verbindung mit einer Alphabetisierungsrate von bis zu 80% den Hintergrund für den Beginn einer nationalen Agitation bildeten. Die Siedlungsgebiete der Esten und Letten waren ethnisch vergleichsweise homogen, besonders auf dem Lande, wo das Hauptgewicht der nationalen Bewegungen lag, und um 1897 waren nur 6,94% der Gesamtbevölkerung der baltischen Ostseeprovinzen Estland, Livland und Kurland Deutsche.¹

Wichtig für die Entstehung nationaler Eliten der Esten und Letten war, dass sich durch Urbanisierung und soziale Verschiebungen die Akkulturationsprozesse der Esten und Letten verlangsamt hatten. Immer seltener wurde der Übergang zum Deutschtum als eine allgemein übliche Folge sozialen Aufstiegs akzeptiert. Parallel dazu kam

¹ Csaba János Kenéz, Die Bevölkerung des Gouvernements Estland 1850–1897. Ihre nationale und konfessionelle Gliederung, in: Bevölkerungsverschiebungen und sozialer Wandel in den Baltischen Provinzen Russlands 1850–1914, hrsg. v. Gert v. Pistohlkors, Andrejs Plakans u. Paul Kaegbein. Lüneburg 1995 (Schriften der Baltischen Historischen Kommission. 6). S. 45–83; Toivo U. Raun, Social Change in Estland and Northern Livland, 1871–1897: The Limits and Uses of Census Data, in: Ebenda, S. 85–102; Heide Whelan, Adapting to Modernity. Family, Caste and Capitalism among the Baltic German Nobility. Köln 1999 (Ostmitteleuropa in Vergangenheit und Gegenwart. 22), S. 213.

es unter „Kleindeutschen“, deutschen Arbeitern, Handwerkern und Kleinbauern, zu einem umgekehrten Phänomen, nämlich zu einer soziokulturellen Integration ins lettische und estnische Milieu.

Mit der Entstehung von Nationalbewegungen wurde die Akkulturation von Esten und Letten zu einem Hauptthema der Führer der Nationalbewegungen, der „Erwecker“. Obwohl der Prozess des Aufgehens im Deutschtum mit der Zeit von selbst zurückging, besaß er für sozialen Aufstieg weiterhin eine gewisse Anziehungskraft. Die Führer der Nationalbewegungen wiesen demonstrativ darauf hin und versuchten die Aufmerksamkeit ihrer Völker auf dieses Problem zu lenken. Der Lette Krišjānis Valdemārs begann seine Karriere als lettischer Volkstumsführer mit einem Türschild in seinem Dorpater Studentenheim: „Hier wohnt ein Lette“ schrieb er auf einen Zettel und befestigte ihn an seiner Tür.²

Die so genannte „Russifizierung“ (etwa 1885–1905) begünstigte die Emanzipation der Esten und Letten. Diese Emanzipation und das „Zeitalter des Erwachens“ zwangen wiederum die Deutschbalten dazu, ihre eigene Position und Rolle in den Ostseeprovinzen ebenfalls neu zu reflektieren. In der Forschung sind dabei die Beziehungen der deutschbaltischen Eliten zur nichtdeutschen estnischen und lettischen Bevölkerung und besonders die Rückwirkungen ihrer nationalen Emanzipation auf die Gesellschaftsstrukturen und mentalen Veränderungsprozesse der Deutschbalten weniger gut erforscht als die Beziehungen der Deutschbalten zum Russischen Reich.

Ein neues Zeitalter

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhundert wurde in Russland eine Reihe von Reformen durchgeführt, die zu mehr Zentralisierung und Modernisierung führen sollten und in den baltischen Provinzen als Russifizierung wahrgenommen wurden. Teilweise auf Initiative der deutschbaltischen Oberschicht, teilweise der russischen Zentralregierung waren im Baltikum Bauernbefreiungen und Agrarreformen durchgeführt worden, die über mehrere Phasen ungefähr ein halbes Jahrhundert, von 1816 bis 1865, dauerten. Einhergehend damit führte die Modernisierung der Städte in den 1860er/70er Jahren dazu, dass

² Ulrike v. Hirschhausen, *Die Grenzen der Gemeinsamkeit. Deutsche, Letten, Russen und Juden in Riga 1860–1914*. Göttingen 2006 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft. 172), zur Akkulturation S. 61; zu Valdemārs S. 62.

Esten und Letten sich nun Land kaufen oder in die Städte ziehen konnten. Die Urbanisierung und die in den Jahren 1866 bis 1879 eingeführte Gewerbefreiheit in den Städten wurde zum Ausgangspunkt für die Entstehung einer kaufmännischen und gewerblichen estnischen und lettischen Mittelschicht. Aus bisherigen Bauernvölkern wurde durch soziale Differenzierung eine moderne estnische und lettische Nation, mit eigenen Führungsschichten und einer eigenen ökonomischen Grundlage.³

Dies wurde von der deutschbaltischen Oberschicht allmählich als Bedrohung empfunden. Die durch Bauernbefreiung, wirtschaftlichen Aufschwung und Modernisierung des Gesellschaftslebens initiierte Bewegung der Esten und Letten führte dazu, dass auch die bisherige Oberschicht der Ostseeprovinzen – die Deutschbalten – sich neu orientieren musste. Die Ritterschaften waren seit dem Ende des 18. Jahrhunderts stets mit dem Problem der ökonomischen und politischen Beteiligung nicht-adeliger Gruppen konfrontiert gewesen. So sahen konservative wie liberale Deutschbalten ihre Aufgabe nun darin, das aristokratische Prinzip zu dynamisieren und zu modernisieren, um jede Form der „Gleichmacherei“ abzuwehren.⁴

Ziele der Reformen

Wenn die russische Regierung nach den Eroberungen im Nordischen Krieg zu Beginn des 18. Jahrhunderts ein gewisses Maß an baltischer Eigenständigkeit förderte, um die Integration des Baltikums ins Zarenreich zu gestalten, so wurde zu Beginn des 20. Jahrhundert die ritterschaftliche Selbstverwaltung benötigt, um den Autonomiebestrebungen der Esten und Letten begegnen zu können. Allerdings richteten sich die Befürchtungen der Zentralregierung eher auf Massenunruhen und revolutionäres Gedankengut als auf die bürgerlichen nationalen Bewegungen im Baltikum. Die nationalen Gegensätze, so scheint es, wurden von der Regierung in St. Petersburg jedoch nie absichtlich verschärft und eine Neutralisierung des deutschen Einflusses in den Provinzen durch eine Bevorzugung der Esten und Letten

³ Eine konzise Zusammenfassung der Entwicklungen im 19. Jahrhundert in den baltischen Provinzen bei: Ernst Benz, Die Revolution von 1905 in den Ostseeprovinzen Rußlands. Ursachen und Verlauf der lettischen und estnischen Arbeiter- und Bauernbewegung im Rahmen der ersten russischen Revolution. Diss., Mainz 1990, S. 22-122.

⁴ Gert v. Pistohlkors, Vom Geist der Autonomie. Aufsätze zur baltischen Geschichte. Köln 1995, S. 25.

nie ernsthaft beabsichtigt. Das Hauptziel der Regierungspolitik zur Zeit der sog. Russifizierungsreformen war die Einführung moderner Strukturen des Justiz- und Polizeiwesens, eine breitere Verwendung der russischen Amtssprache und eine Unterstellung des Bildungswesens unter die allgemeingültigen Regeln im Staate. Davon waren alle Volksgruppen der Provinzen gleichermaßen betroffen.⁵

Das ganze 19. Jahrhundert hindurch war die Agrarfrage bzw. die Frage der Agrargesetzgebung der wichtigste Streitpunkt zwischen dem liberalen und konservativen Lager innerhalb der deutschbaltischen Ritterschaften. Das Kräfteverhältnis zwischen den verschiedenen Flügeln hing jedoch stark von der Reformbereitschaft in St. Petersburg ab, da die Rahmenbedingungen für Reformvorstellungen von dort gestaltet wurden. So setzte die Reichsregierung z.B. den livländischen Landtag in den 1860er Jahren unter Druck, endlich den Übergang von der Fron- zur Geldpacht und die gesetzliche Trennung von Hof- und Bauernland durchzuführen.⁶

Eines der politischen Ziele der Reformen, die Landbevölkerung sozial zu beruhigen, wurde nicht erreicht. Die Veränderungen hinkten der sozialen Wirklichkeit hinterher und entsprachen den Hoffnungen der Esten und Letten nur unzureichend – zu spät, um die geistige und soziale Emanzipationsbewegung der Esten und Letten noch aufzuhalten. Die Angriffe der russischen und der nationalen Provinzpresse drängten die Ritterschaften in die Defensive, auf die Verteidigung ihrer Rechtspositionen. Eine Absonderung der Deutschbalten statt einer größeren Integration war die Folge.

Arved v. Taube behauptet in seinem Werk „Landespolitik und Volkwerdung“ in den 1930er Jahren: „Die Krise der deutschen Ständeherrschaft beginnt mit dem Auftreten der nationalen Frage. Sobald das estnische und lettische Volk eigene politische Ansprüche anmelden, erweist es sich, dass die ständischen Körperschaften nicht mehr imstande sind, ihre doppelte übernationale und zugleich nationale Aufgabe zu erfüllen – Organisationsform des Deutschtums zu sein und zugleich Vertretung der Interessen und den Belangen aller Bevölkerungsschichten unabhängig von ihrer Nationalität gerecht zu werden.“⁷ Im Baltikum hätten sich die österreichisch-ungarischen

⁵ Im einzelnen: *Russification in the Baltic Provinces and Finland, 1855–1914*, hrsg. v. Edward C. Thaden. Princeton NJ 1981.

⁶ Vgl. Gert v. Pistohlkors, *Ritterschaftliche Reformpolitik zwischen Russifizierung und Revolution*. Göttingen 1978, S. 240 ff.

⁷ Arved v. Taube, *Landespolitik und Volkwerdung*. Tallinn 1937, S. 16.

Entwicklungen wiederholt: Von Ideen des deutschen Nationalismus inspirierte und erweckte Bauernvölker hätten sich gegen das Deutschtum gewandt.

Taube bemerkte zu Recht,⁸ dass die schier unendlichen Debatten der Ritterschaften über die Möglichkeit der Einbeziehung von Esten und Letten ins Verwaltungswesen der Provinzen zu nichts führten. Die Realität der nationalen Gegensätze zwang viele Deutschbalten, sich – verspätet – ebenfalls national zu mobilisieren. Eine ähnliche Ansicht wie v. Taube vertrat die estnische Historikerin Ea Jansen: „Der Aufstieg des estnischen Nationalismus kann auch als eine Reaktion auf die Manifestationen des deutschen Nationalgefühls auf den Sängerfesten in Reval und Riga, in den lokalen deutschen Zeitungen und Vereinen verstanden werden, und auch auf die Aktionen der Ritterschaften gegen die estnische nationale Bewegung am Ende der 1870er Jahre (...) [gesehen werden].“⁹

Pastor Jakob Hurt (1839–1906), eine führende Persönlichkeit der Zeit des „nationalen Erwachens“ der Esten, war, wenn über die unterschiedliche Pole der nationalen Bewegungen der Letten und Esten gesprochen wird, ein Vertreter des deutschfreundlichen Lagers.¹⁰ Er wies auf die estnisch-deutsche Verbundenheit hin und nannte die Deutschen die „Väter unserer Kultur“.¹¹ Noch im Jahre 1899 rief er zur Zusammenarbeit zwischen Esten und Deutschen auf, um eine kulturelle „Slawisierung“ des Baltikums zu verhindern. Diejenigen Deutschbalten, die zur Germanisierung der Esten und Letten aufriefen, bezeichnete er als Provokateure, die die Russifizierung erst hervorgerufen hätten.¹² Den Hauptgrund für die Entfremdung zwischen den baltischen Deutschen und den indigenen Völkern sah Hurt in der Tatsache, dass die Deutschbalten die nationalen Bestrebungen der

⁸ Ebenda, S. 17 f.

⁹ Ea Jansen, Die nicht-deutsche Komponente, in: Sozialgeschichte der baltischen Deutschen, hrsg. v. Wilfried Schlau. Köln 1997, S. 243.

¹⁰ Innerhalb der nationalen Bewegung entstanden in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zwei Richtungen: Die auf Herders Ideen basierende, gemäßigt nationalkulturelle Bewegung stellte Kultur, Muttersprache und Bildungsfragen in den Vordergrund und strebte einen Kompromiss mit der deutschbaltischen Oberschicht an. Die zweite, von den Ideen Rousseaus beeinflusste radikale politische Richtung artikulierte ihre Bestrebungen in scharf deutschfeindlicher Form und suchte Unterstützung bei der russischen Regierung und der öffentlichen Meinung; vgl. Toomas Karjahärm, Das estnisch-deutsche Verhältnis und die Russische Revolution von 1905, in: Nordost-Archiv N.F. IV (1995), H. 2: Estland und seine Minderheiten. Esten, Deutsche und Russen im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. v. Konrad Maier, S. 432 ff.

¹¹ Ebenda, S. 432.

¹² Toomas Karjahärm, Unistus Euroopast [Der Traum von Europa]. Tallinn 2003, S. 16.

Esten und Letten nicht akzeptieren konnten oder wollten und einige immer noch von einer Germanisierung träumten.¹³ Hurt betonte immerhin die kulturellen und unpolitischen Aspekte der nationalen Bewegungen, was indirekt eine Anerkennung der deutschbaltischen Führung und deren Strukturen im Baltikum beinhaltete.¹⁴

In den 1880er Jahre trat der bedeutendste Vertreter des konservativen Lagers der lettischen Nationalbewegung, Friedrich Weinberg (lett. Fricis Veinbergs) mit seinem Programm „Politische Gedanken zu Lettland“ hervor. Seine Gedanken zielten darauf, die von Deutschen besetzten ständischen Positionen durch entsprechende lettische Vertretungen zu ersetzen. Der Großgrundbesitz sollte durch Kauf und Verkauf langsam in lettische Hände übergehen, wobei er gleichzeitig hoffte, ein Teil des Adels würde unter veränderten Verhältnissen zum Lettentum übergehen. Den Bauern sollte eine ihnen zustehende Beteiligung an der Selbstverwaltung gewährt werden, in den Städten aber die lettische Intelligenz und lettische Hausbesitzer in die Führung gelangen, während das Deutschtum auf die Rolle einer Minderheit mit eigener Kulturpflege zurückgedrängt werden sollte.¹⁵

Der Livländische und der Kurländische Landtag sowie deutsche liberale Zeitungen debattierten zwischen 1877 und 1880 über eine solche Reform der Landesselbstverwaltung. Diese Debatte wurde von lettischen nationalen Aktivisten mit großem Interesse und vielen Hoffnungen verfolgt. 1880 lehnte jedoch der Livländische Landtag die von der so genannten Reformpartei vorgeschlagenen Veränderungen ab, und die deutschbaltischen liberalen Zeitungen wurden von konservativen Kräften übernommen. Das Scheitern der Reformbestrebungen innerhalb der deutschen Elite in Livland und die zunehmenden Bemühungen der russischen Regierung um die Durchführung liberaler Reformen führten dazu, dass die Leitung des für die lettische Nationalbewegung bedeutenden „Rigaer Letten Verein“ ab Anfang

¹³ Ea Jansen, *Vaateid eesti rahvusluse sünniaegadesse* [Blicke auf die Geburtsstunde des estnischen Nationalismus]. Tallinn 2004, S. 58.

¹⁴ Toivo U. Raun, Toivo Ülo, *Venestamine Eestis 19. sajandi teisel poolel ja 20. sajandi algul* [Russifizierung in Estland in der zweiten Hälfte des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts], in: *Vene impeerium ja Baltikum I. Venestus, rahvuslus ja moderniseerimine 19. sajandi teisel poolel ja 20. sajandi alguses* [Das Russische Reich und das Baltikum I. Russifizierung, Nationalismus und Modernisierung in der zweiten Hälfte des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts], zusammengest. v. Tõnu Tannberg u. Bradley Woodworth. Tartu 2009 (*Acta et Commentationes Arhivi Historici Estoniae*. 16 [23]), S. 124 f.

¹⁵ Hirschhausen, *Grenzen der Gemeinsamkeit* (wie Anm. 2), S. 121-124; Paul Schiemann, *Zwischen zwei Zeitaltern. Erinnerungen 1903–1919*, bearb. v. Helmut Kause. Lüneburg 1979, S. 53 f.

der 1880er Jahre die Reformfähigkeit der deutschbaltischen ritterschaftlichen Elite in Zweifel zog und begann, deren Privilegien scharf anzugreifen. Die Einführung liberaler Reformen wurde innerhalb des Rigaer Letten Verein nun ausschließlich seitens der russischen Regierung erwartet.¹⁶ Der Rigaer Letten Verein wurde zum Initiator und Koordinator der so genannten all-lettischen „Adressen“ an den Kaiser zwischen 1879 und 1883. Durch sie wurde eine prorussische und proreformistische Stimmung demonstriert und darauf hingewiesen, dass die Letten von nun an eine eigenständige politische Kraft seien.¹⁷

Ebenso nahm fast die gesamte Elite des estnischen Volkes an einer Bittschriftenaktion im Jahre 1881 teil, in der dem Zaren in einer Petition vorgeschlagen wurde, die Verwaltungs-, Bildungs- und Justizreformen zugunsten der Mehrheit der Bevölkerung¹⁸ durchzuführen und der russischen Zentralverwaltung mehr Rechte in den Gouvernements zu geben. Einer der wenigen, die die Bittschrift nicht unterschrieben, war Hurt. Sein Gegenspieler zu dieser Zeit war Carl Robert Jakobson, Repräsentant der so genannten „russischfreundlichen“ Linie, deren Ideen zur Grundlage der Forderungen der genannten Bittschrift wurden.¹⁹

Die Petitionen trugen dazu bei, dass Senator Nikolaj Manassein mit einer Revision des Livländischen Gouvernements beauftragt wurde. Während dieser Revision wurden von Vertretern des Rigaer Letten Vereins weitere konkrete Reformvorschläge unterbreitet und als Memorandum an Manassein übergeben. Im lettischen Teil Livlands wurden diese Vorschläge während und unmittelbar nach der Revision in der Presse intensiv debattiert und vom Rigaer Letten Verein für nationale Agitation genutzt.²⁰

Trotz der daraufhin initiierten Reformen,²¹ die sich über ein Jahrzehnt hinzogen, wurde das Rückgrat der baltischen politischen Ordnung nicht angetastet. Die Beteiligung von Esten und Letten an der

¹⁶ Kristine Wohlfart, *Der Rigaer Letten Verein und die lettische Nationalbewegung von 1868 bis 1905*. Marburg 2006 (Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung. 14), S. 183-188.

¹⁷ Ebenda, S. 190 f.

¹⁸ Die ethnischen Verhältnisse im estnisch besiedelten Estland und Nord-Livland um 1881: Esten - 89,9%, Deutsche - 5,3%, Russen - 3,3%; um 1897: Esten - 90,6%, Deutsche - 3,5%, Russen - 4%; vgl. Raun, *Social Change* (wie Anm. 2), S. 88.

¹⁹ Raun, *Ülo, Venestamine* (wie Anm. 14), S. 127.

²⁰ Vgl. Wohlfart, *Der Rigaer Letten Verein* (wie Anm. 16), S. 194-207.

²¹ Ausführlich Michael Haltzel, *Der Abbau der deutschen ständischen Selbstverwaltung in den Ostseeprovinzen Rußlands 1855-1905*. Marburg a.d.L. 1977 (Marburger Ostforschungen. 37); *Russification* (wie Anm. 5).

politischen Landesvertretung, den Landtagen, blieb vom Willen der Ritterschaften abhängig. Die Regierung in St. Petersburg war nicht bereit, die deutsche Führungsschicht zugunsten der sozial und politisch einflusslosen, aber zahlreicheren Esten und Letten beiseite zu schieben.

Machtkampf um die Städte

Ein anderes Feld der Auseinandersetzungen um die Erlangung politischer Rechte war die städtische Selbstverwaltung. Hier war der Modernisierungsprozess schon seit dem Jahr 1877, als die russische Städteordnung eingeführt und ständische Strukturen der Selbstverwaltung abgeschafft worden waren, fortgeschritten. Die Wahlen zu neuen Stadtversammlungen beteiligten Letten und Esten praktisch über Nacht an der kommunalen Macht und machten sie zu politischen Faktoren. In Reval entstand in Form eines estnisch-russischen Blocks schon im Jahre 1877 eine starke Opposition zu den Deutschbalten. Nachdem im Jahr 1892 im ganzen Zarenreich neue Wahlregeln für die städtischen Kommunalverwaltungen und statt dreier Kurien ein einfacher Besitzzensus eingeführt wurden, erhielten Esten und Letten die Gelegenheit, in den städtischen Selbstverwaltungen ihren Machtanteil noch einmal zu vergrößern bzw. allmählich sogar Mehrheiten zu gewinnen.

Hauptvoraussetzung dafür waren die wirtschaftlichen, sozialen und demografischen Veränderungen in den Städten.²² Erst am Anfang des 20. Jahrhunderts sollte es Esten und Letten gelingen, in den Stadtverwaltungen einer Reihe von Städten Estlands und Livlands die Macht von den Deutschbalten zu übernehmen.²³

Eine von manchen erhoffte Zusammenarbeit von Esten und Deutschbalten in den städtischen Selbstverwaltungsinstitutionen blieb damit aus. Stattdessen bildeten die Esten, Letten und Russen miteinander Koalitionen. Ähnliche Tendenzen waren auch auf wirtschaftli-

²² Für die größte Stadt der Region, Riga, vgl. jüngst: Riga. Portrait einer Vielvölkerstadt am Rande des Zarenreiches 1857–1914, hrsg. v. Erwin Oberländer u. Kristine Wohlfart. Paderborn (u.a.) 2004; Hirschhausen, *Grenzen der Gemeinsamkeit* (wie Anm. 2).

²³ Raun, Ülo, Venestamine (wie Anm. 14), S. 132 f.; Haltzel, *Abbau* (wie Anm. 21); Hirschhausen, *Grenzen der Gemeinsamkeit* (wie Anm. 2), S. 166–194. Wenn Haltzel die These aufstellt, dass die Reform von 1877 zu „übernationaler Toleranz“ geführt habe (S. 57), behauptet Hirschhausen, der neue politische Handlungsraum habe die Bildung ethnischer Lager und den Beginn scharfer Konfrontation erst provoziert (S. 172).

cher Ebene bemerkbar. Die deutschbaltische Führungsschicht hatte offensichtlich die Fähigkeiten der ehemaligen Bauernvölker, politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Institutionen effektiv zu führen, unterschätzt.²⁴

Es existierten allerdings auch innerhalb der Nationalbewegungen Meinungsunterschiede und sogar Spaltungen betreffend den Umgang und die Zusammenarbeit mit den Deutschen. So gelang es zwei lettischen Gruppierungen um den Rigaer Letten Verein auf der einen und die Zeitung „Dienas Lapa“ auf der anderen Seite nicht, sich Ende 1900 auf ein gemeinsames Vorgehen bei den Wahlen zum Rigaer Stadtrat im Jahr 1901 zu einigen. Es wurden zwei unterschiedliche Wahlkomitees gegründet und separate Sondierungsgespräche mit Repräsentanten der deutschen Wähler geführt. Dem Wahlkomitee des Rigaer Letten Vereins, das von der überwiegenden Mehrheit der lettischen Wähler in Riga unterstützt wurde, gelang es nicht, einen Kompromiss mit den Vertretern der deutschen Wähler zu schließen. Das Komitee des „Dienas Lapa“ warf den Initiatoren des Vereins daraufhin vor, ihr einziges Wahlprogramm sei die nationale Zugehörigkeit der Wähler, sie seien deshalb nicht imstande, die Interessen aller lettischen Gesellschaftsgruppen zu berücksichtigen.²⁵ Bei Wahlen zu Stadtverordnetenversammlungen anderer Städte vertieften sich die Meinungsunterschiede zwischen führenden Mitgliedern des Rigaer Letten Vereins und anderen lettischen Gruppen weiter. Hauptpunkt der Streitigkeiten war immer die Frage einer Annäherung zwischen Letten und Deutschen.²⁶

²⁴ Dieser Unwille zur Zusammenarbeit und das gegenseitige Misstrauen hatten ihre Gründe u.a. im Alltagsleben und zwischenmenschlichen Verkehr. Paul Schiemann beschreibt das, vielleicht etwas überspitzt, so: „Ein gleichberechtigter Verkehr (in den Städten) zwischen deutschen und lettischen gebildeten Familien kam so gut wie überhaupt nicht vor. Und der Grund dafür lag nicht so sehr in nationaler, sondern in sozialer Gegensätzlichkeit. Wenn die Männer notgedrungen miteinander zu verhandeln hatten, so lag in diesem Verkehr immer etwas Gezwungenes, von deutscher Seite Herablassendes. Man sprach mit dem einfachen Esten oder Letten in seiner Muttersprache und zeigte damit, dass man der Herr sei“; vgl. Schiemann, *Zwischen zwei Zeitaltern* (wie Anm. 15), S. 57. Zur gleichen Zeit weist Schiemann auf die Unterschiede zwischen dem lettischen und dem estnischen Teil der Ostseegouvernements hin. Die deutschen Bürger und Adeligen im estnischen Teile des Landes seien mit der estnischen Sprache besser vertraut gewesen als ihre Landsleute im lettischen Teil mit dem Lettischen, und seien daher auch eher bereit gewesen, diese Sprache im Alltag zu verwenden, vgl. ebenda, S. 71.

²⁵ Vgl. Wohlfart, *Der Rigaer Letten Verein* (wie Anm. 16), S. 307 ff.

²⁶ Vgl. ebenda, S. 309-315; Die Frage, wie die Nationalität zu bestimmen sei, besaß politische Implikationen. Wie kompliziert sie war und wie fraglich die Methoden erschienen, wird beschrieben bei Hirschhausen, *Grenzen der Gemeinsamkeit* (wie Anm. 2), S. 58-61.

Als die demografische Stellung der Deutschbalten in Riga bereits marginal geworden war,²⁷ half ihnen der hohe Anteil am wirtschaftlichen Vermögen der Stadt, ihre politische Macht auf kommunaler Ebene zu sichern.²⁸ Dazu trug jedoch neben einer Gruppe „international“ gestimmter deutschfreundlicher Letten auch bei, dass sich der Blick der Deutschbalten auf die multiethnische Gesellschaft langsam zu wandeln begann. Dieser Wandel und eine allmähliche Neuinterpretation tradierter Deutungsmuster wurden im Wahlkampf des Jahres 1901 sichtbar, als eine stabile deutsch-russische Allianz gegen die Letten entstand. Begünstigt wurden die engeren Kontakte zwischen Deutschbalten und Russen durch ein gemeinsames Interesse an der Förderung der Wirtschaft, da an die Spitze der Wahlliste seit den 1890er Jahren statt Juristen nun Unternehmer und Industrielle rückten.²⁹ Mit dem Amtsantritt des deutschbaltischen Bürgermeisters schottischer Abstammung George Armitstead wurde die Kommunalpolitik Rigas unter dem Begriff des „städtischen Gemeinwohls“ auf eine Grundlage gegenseitiger Anerkennung gestellt. Allein sein Engagement für lettischsprachige Volksschulen, welche die Stadt seit 1905 aufbaute, sowie für den Bau eines lettischen und russischen Theaters zeigt, wie er mit der bisherigen milieuspezifischen Fixierung auf „deutsche Kultur“ umging. Er mag wohl erkannt haben, dass sich nur so letztlich eine deutschbaltische Führung innerhalb der multiethnischen Gesellschaft Rigas erhalten ließ.³⁰

Die Idee einer Annäherung und der Versuch einer Identitätsstiftung

Die Position des baltischen Deutschtums zwischen Russland, Deutschland und der nichtdeutschen indigenen Bevölkerung des so genannten Baltenlandes war kompliziert und labil. Dies führte auch zu Schwierigkeiten bei der Definition der eigenen Identität. Die traditionelle Konzeption des Baltentums, die seit Mitte des 19. Jahrhundert bestand („Wir sind Balten!“), und das Bewusstsein einer nationalkulturellen Mission auf Vorposten im Osten konnte diesen Mangel nicht ausgleichen.

²⁷ Anteil in Riga 1867: 42,9%; 1897: 25,5%; 1913: 15,9%; vgl. Hirschhausen, *Grenzen der Gemeinsamkeit* (wie Anm. 2), S. 57.

²⁸ Ebenda, S. 98 f.

²⁹ Ebenda, S. 182 f.

³⁰ Ebenda, S. 110-114 u. 194.

Alexander v. Tobien hingegen glaubte, dass sich erst gegen Ende der 1870er Jahre eine neue Generation herausgebildet habe, für die eine Aufsplitterung der Gesellschaft in Nationalitäten nicht mehr selbstverständlich, sondern eher störend sei und als „Unheil“ empfunden würde.³¹ Erst allmählich entwickelte sich in der Folge innerhalb der verschiedenen deutschbaltischen Stände und Schichten sowie in der deutschbaltischen Öffentlichkeit die Vorstellung einer Annäherung der unterschiedlichen ethnischen und sozialen Bevölkerungsgruppen der Ostseeprovinzen.

Einer der Versuche einer Neubestimmung baltischer Identität war der Aufruf des Redakteurs der „Baltischen Monatsschrift“ Edmund v. Heyking. Dieser rief 1879 dazu auf, „Rassenprivilegien“ zu beseitigen und eine „gemeinsame Nation“ zu gründen.³² Die Idee Heykings war es, in Zukunft alle Einwohner der Baltischen Gouvernements als Balten bezeichnen zu können.

Einer der ersten Befürworter dieser Idee einer integrierten Nation der baltischen Völker war auf estnischer Seite der Zeitungsredakteur Heinrich (Harry) Jannsen. In den Jahren 1879/80 schrieb er über ein vereintes baltisches Volk auf der Grundlage der Gleichberechtigung der Völker. Deshalb wurde er vom Führer des nationalradikalen Flügels Carl Robert Jakobson heftig angegriffen: Nationale Versöhnung und Integration würden dazu beitragen, dass sich das aufkommende Estentum im Deutschtum kulturell auflösen würde.³³

Die estnische Historikerin Ea Jansen glaubt, dass v. Heykings Idee theoretisch wohl denkbar, aber in der Praxis unter den damaligen Verhältnisse nicht zu verwirklichen gewesen sei.³⁴ Eines der wichtigsten Hindernisse dabei war der Unwille der deutschbaltischen ritterschaftlichen Führung, ihre Vorrechte aufzugeben, was gerade als Voraussetzung für die Entstehung eines gemeinsamen Volkes gelten sollte. Dies betraf jedoch nicht nur konservative Schichten, sondern im großen Umfang das ganze baltische Deutschtum. Die Unfähigkeit der Ritterschaften, sich für Reformen zu entscheiden, war wiederum Ursache dauerhafter Konflikte mit der erstarkenden estnischen und lettischen Öffentlichkeit.

Somit könnte man pointiert formulieren, dass der Staatsnationalis-

³¹ Alexander Tobien, *Die Livländische Ritterschaft in ihrem Verhältnis zum Zarismus und russischen Nationalismus*. Bd. 1, Riga 1925, S. 392.

³² *Baltische Monatsschrift* (1879), Nr. 26.

³³ Karjahärm, *Das estnisch-deutsche Verhältnis* (wie Anm. 10), S. 433.

³⁴ Ea Jansen, „Baltlus“, *baltisakslased ja eestlased* [Das „Baltentum“, die Deutschbalten und die Esten], in: *Tuna VIII* (2005), H. 2 (27), S. 35-44; H. 3 (28), S. 31-42, hier H. 2, S. 35.

mus der Russen, der revolutionäre Flügel der nationalen Bewegungen und die Sturheit der baltischen Oberschicht die Utopie liberal gestimmter Kreise von der Schaffung eines gemeinsamen „baltischen Volkes“ unmöglich machte.

Werner Hasselblatt, deutschbaltischer Politiker in Estland, hat in der Zwischenkriegszeit diese Gedanken wieder aufgegriffen und versucht, das deutschbaltische „Geschichtsbewusstsein“ in einem „nordosteuropäischen Identitätsgedanken“ zu verankern.³⁵ In seinen vom Zeitgeist beeinflussten und gleichzeitig der konservativen Mentalität vieler Deutschbalten entsprechenden Schriften und Auftritten sah er im Protestantismus das Gemeinsame bei den baltischen Völkern, konfrontativ zum Slawentum, zur Orthodoxie und zu Russland.

Der Historiker Michael Garleff nennt diese während der Russifizierungszeit entstandenen Vorstellungen „Teilidentität“ und fragt, inwieweit sich gesamtbaltische Einstellungen im deutschbaltischen Denken letztlich gegenüber regionalem und landsmannschaftlichem Denken („Partikularität“) hätten durchsetzen können. Ergiebige Untersuchungsfelder boten hierfür u.a. die Universität Dorpat oder auch die zahlreichen Vereinsgründungen im Baltikum mit ihren unterschiedlichen Zielsetzungen. Als Hauptgrund dafür, warum eine umfassende (nordeuropäische) Identität bei Deutschbalten nicht zustande gekommen sei, nennt Garleff das Problem der Dopplung von Bewusstsein und Lebensform: das Verständnis, eine Funktion als Bollwerk und Brücke zugleich zu erfüllen, sowie das Nebeneinander von kultureller Besonderheit und staatlicher Loyalität.³⁶

Sein Historikerkollege Wilhelm Lenz glaubt, dass die Gründung von auf nationaler Grundlage arbeitenden Deutschen Vereinen nach 1905 u.a. den Verzicht auf die Führung der anderen Völker bedeutete. Dies sei die Anerkennung eines neuen Zustandes, der in den Jahrzehnten vorher durch die Entstehung einer estnischen und lettischen Führungsschicht bereits faktisch geschaffen worden sei. Dies sei vielen aber immer noch nicht klar gewesen, und manche hätten weiter einen Führungsanspruch erhoben. Die deutsche Oberschicht fühlte sich weiterhin für das ganze Land verantwortlich, Esten und Letten

³⁵ Werner Hasselblatt, *Der nordisch-protestantische Kulturkreis und die baltische Länder*, in: *Auslandsdeutschtum und evangelische Kirche. Jahrbuch (1933)*.

³⁶ Michael Garleff, *Deutschbalten als Träger eines nordosteuropäischen Identitätsgedankens?*, in: *Nordosteuropa als Geschichtsregion. Beiträge des III. Internationalen Symposiums zur Deutschen Kultur und Geschichte im Europäischen Nordosten vom 20.–22. September 2001 in Tallinn (Estland)*. Klaus Zernack zum 75. Geburtstag, hrsg. v. Jörg Hackmann u. Robert Schweitzer. Lübeck 2006 (Veröffentlichungen der Aue-Stiftung. 17), S. 452-457.

blieben in seinen Augen zu lange ein Betreuungs- und Erziehungsobjekt. Diese für die Ritterschaften charakteristische Einstellung sei allmählich auch vom Literatenstand übernommen worden.³⁷

Dieser entscheidende Punkt soll hier anhand von Beispielen näher erläutert werden. Die Annäherung der deutschen Stände und sozialen Gruppen untereinander, die Kontroversen mit den Esten und Letten und ebenso der Druck der Russifizierungszeit schufen gewisse Voraussetzungen für die Entstehung eines gemeinsamen deutschsprachigen patriotischen Selbstwahrnehmungsgefühls. Wie real dieser Prozess allerdings war und was er bei unterschiedlichen deutschsprachigen Gesellschaftsgruppen eigentlich bedeutete, wird weiterhin ein Thema der wissenschaftlichen Forschungsarbeit bleiben.

Illustrierung: Einsichten von Zeitzeugen

Im Jahre 1902 legte der kurländische Historiker und Journalist Ernst Seraphim die Lage der Dinge aus seiner Sicht ausführlich dar. Als Redakteur der „Düna-Zeitung“ behandelte er in mehreren Aufsätzen die sozialpolitische und wirtschaftliche Position der Deutschbalten und schrieb über ihre antiquierten Selbstwahrnehmungen und Lebenseinstellungen. Seine Veröffentlichungen sind insofern interessant, als er im Unterschied zu deutschbaltischen Publizisten, die ins Deutsche Reich emigriert waren und von dort aus als „Russlandkenner“ Russland der „Belagerung“ der Ostseeprovinzen bezichtigten, den Hauptgrund für die Schwächung der deutschbaltischen Positionen nicht länger hauptsächlich in der Politik der zarischen Zentralregierung, sondern vielmehr im Aufstieg der Esten und Letten sah. Er gab auch den Deutschbalten selbst eine Teilschuld, sie seien selbstzufrieden, konservativ und schwach in ihrem Nationalgeist. Möglicherweise haben aber auch die scharfen Zensurbedingungen jener Jahre mitgewirkt, nicht nur die Regierung, sondern auch sich selbst anzuklagen.

Ernst Seraphim unterschied große Kulturvölker und kleine „Natiönchen“, die den großen Nationen nichts zu geben oder zu sagen hätten. Trotzdem bewunderte er die Zähigkeit der Polen, Letten oder Esten beim nationalen Aufbau ihres Lebens, unterstützt vom wirtschaftlichen Aufschwung, und meinte, die alten Kulturen sollten von ihnen lernen.³⁸ „Die alte Kultur hat sich allzu bequem und all-

³⁷ Wilhelm Lenz, *Der baltische Literatenstand*. Marburg 1953, S. 30 u. 39.

³⁸ *Düna-Zeitung* v. 25. Januar 1902.

zu sicher gemacht“, schrieb er; eine Folge davon sei z.B. der überall wahrnehmbare Übergang des Immobilienbesitzes aus deutscher in estnische und lettische Hand.³⁹ Seraphim nennt diesen Prozess „nationalen Besitzwechsel“.⁴⁰ Esten und Letten übernahmen teilweise die Position der Deutschen auch im Handel, Finanzwesen und in anderen Bereichen. Zum Beispiel würden estnische Händler von ihren estnischen Landsleuten unterstützt oder nationale Kreditkassen förderten ihre estnischen oder lettischen Landsleute usw.

Seraphim sprach von der „lettisch-estnischen Konkurrenz zu den Deutschen“, betrachtete die nichtdeutsche indigene Bevölkerung als einen „Rivalen“, und diese Rivalität nannte er „wirtschaftlich-nationalen Kampf“.⁴¹ Aber nicht die natürlichen Bestrebungen der Esten und Letten seien das Problem, sondern vor allem die Sehnsucht der Deutschbalten nach Luxus. Statt die Ausgaben ein wenig zu reduzieren, würde z.B. ein Geschäft an Letten verkauft, die mit der gestiegenen Konkurrenz und gesunkenen Einnahmen ganz gut leben könnten.

Außer der aktiven Tätigkeit der Esten und Letten auf ökonomischem Gebiet wurde von Seraphim bewundert, „mit welcher erstaunlichen Frühreife der lettische oder estnische Schüler nationale Frage diskutiert!“ „Wie anders der deutschbaltische Schüler“, klagte Seraphim, „es sei denn, dass man seine Exklusivität oder die beliebte Unterschätzung anderen Volkstums als Merkzeichen einer nationaler Empfindung ansehen will!“ Dabei sei bei den Schülern eine elementare Unkenntnis der baltischen Geschichte und Gegenwart bezeichnend.

Der nächste Satz Seraphims ist grundlegend für die Situation im ganzen Baltikum um die Jahrhundertwende: „In Zeiten, wo von einer Seite so frühzeitig das nationale Moment betont und immer wieder betont wird, ist es für die Selbsterhaltung notwendig, dass auch die, welche in frühen Tagen vom Nationalen nicht redeten, sich mit Würde und ohne dabei ins Aggressive zu verfallen, darauf besinnen. Und wer Augen hat zu sehen und Ohren zu hören, braucht nur lettische und estnische Zeitungen in die Hand zu nehmen, um zu erfahren, wie die Dinge liegen.“⁴² Seraphim rief auf, „die Position wiederzugewinnen“. Die wichtigsten Aufgaben seien dabei: erstens den deutschen Grundbesitz zu festigen und dem rasch anwachsenden Immobilienwechsel zugunsten der Letten und Esten entgegenzuarbeiten;

³⁹ Ernst Seraphim, Aus der Arbeit eines baltischen Journalisten 1892–1910. Riga 1911, S. 74.

⁴⁰ Ebenda, S. 75.

⁴¹ Dūna-Zeitung v. 25. Januar 1902.

⁴² Seraphim, Aus der Arbeit (wie Anm. 39), S. 82.

zweitens die Unterstützung der deutschen Kaufleute und Handwerker durch die deutsche Gesellschaft. „An und für sich ist das Betonen des nationalen Moments bei Kauf und Handel nicht nach meinem Geschmack“, schrieb Seraphim dazu, „dem zielbewussten Vorgehen der Letten gegenüber muss es aber eine Pflicht der Selbsterhaltung werden.“⁴³

Seraphim führte u.a. auch das Beispiel der so genannten Bauernagrarbank an, warf den Gutsbesitzern den Verkauf ihrer Güter an diese lettische Institution vor⁴⁴ und zog als Schlussfolgerung: „Unsere ganze Zukunft beruht auf dem deutschen Besitzstand in Stadt und Land – das sollte das Fundament und der Eckstein unseres nationalen Baues sein. Das deutsche Kapital, das von der deutschen Scholle stammt, das sollte zur deutschen Scholle wieder zurückkehren.“⁴⁵

Auch Paul Schiemann bezog Stellung. Er schrieb in seinen Erinnerungen, dass das Baltentum in seiner Geschichte jahrhundertlang immer zur Defensive genötigt gewesen und daher zu einem unbeugsamen Konservatismus erzogen worden sei. Gegen solch eine Beschränkung müsse Stellung genommen werden.⁴⁶ Schiemann trat mit Begeisterung für neue Gedankengänge ein und empfahl gerade von der allen Balten zugänglichen nationalen Idee her ein Mitgehen mit der Zeit: „Modern müssen wir werden, wenn wir deutsch bleiben wollen“, schrieb er 1907 in seinem Aufsatz „Zeitgeist und Volkstum“ in der Rigaschen Rundschau.⁴⁷ Schiemanns Gedanken betrafen wohl zunächst nur seine literarischen Aufklärungsversuche als Theaterkritiker, stimmten aber mit den gesellschaftspolitischen Ansichten Seraphims überein. Unter den damaligen Zensurbedingungen konnten Schiemann und andere Publizisten ihre freie Meinung meistens nur zwischen den Zeilen äußern.

Eine treffende Beschreibung der Konkurrenzsituation in einer multiethnischen Stadt wie Riga legte Fürst Serafim Mansyrev im Jahre 1907 in einer Sitzung des Russischen Clubs in Riga vor:

⁴³ Ebenda, S. 86.

⁴⁴ Massenhaftes Anbieten der Güter an die Bauernagrarbank!, in: Döna-Zeitung v. 18. Januar 1902.

⁴⁵ Ebenda. Seine Ansichten und Gedanken sollte Ernst Seraphim im selben Jahr auch in einer Broschüre propagieren: Ernst Seraphim, Im neuen Jahrhundert. Baltische Rückblicke und Ausblicke. Riga 1902; es ist nicht uninteressant zu erwähnen, dass in Estland diese Broschüre heute nur in einem einzigen Exemplar in der Nationalbibliothek erhältlich ist, wobei sie früher zur persönlichen Bibliothek des Gründers und ersten Präsidenten der Republik Estland, Konstantin Päts, gehörte.

⁴⁶ Schiemann, Zwischen zwei Zeitaltern (wie Anm. 15), S. 27 f.

⁴⁷ Ebenda, S. 31.

„In Riga, das von Menschen verschiedener Nationalitäten bewohnt wird, hat die umfassende Steigerung des kulturellen Selbstbewusstseins eine ganz spezifische Färbung, und zwar wird sie zu einem Wettbewerb unterschiedlicher Nationalitäten. Eine jede von ihnen wird vor die Schicksalsfrage gestellt, den Entwicklungsgang mitmachen zu können und nicht zurückzubleiben, weil jeder Rückstand dem politischen und allgemein gesellschaftlichen Tode gleichkäme.“⁴⁸

Schon 1901 hatten die Vertreter anderer ethnischer Gruppen Rigas konzedieren müssen:

„Vor zwanzig Jahren haben die Letten ihre Gedanken kaum äussern können und orientierten sich an den Deutschen. Heute äussern sie sich ganz deutlich und streben Führungspositionen an. Sie haben eine Intelligenz, und man beobachtet eine immense Kapitalzunahme bei ihnen. Die Zahl lettischer Kaufleute und Hausbesitzer hat massiv zugenommen. Die Letten verfügen über gut organisierte Vereine (...) sie nennen Zeitungen ihr eigen, die mehr Leser als alle anderen Zeitungen haben. Kurz, sie sind eine bedeutende wirtschaftliche und soziale Macht.“⁴⁹

Einige Beispiele aus Estland und Livland mögen an dieser Stelle illustrieren, ob die Esten und Letten in der Realität so handelten, wie Seraphim es schilderte. An der Spitze der nationalpatriotischen Welle auf estnischer Seite stand Jaan Tõnisson, eine einflussreiche Persönlichkeit der estnischen nationalen Bewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Auf seine Initiative hin veranstalteten Esten selbständige, von Deutschbalten unabhängige landwirtschaftliche Ausstellungen und gründeten estnische Kreditkassen, um den Bauern von den Deutschbalten unabhängige Finanzierungen zu gewährleisten. Er war auch maßgeblich an der Übernahme des Livländischen Hypothekenvereins durch Esten beteiligt.

⁴⁸ Hirschhausen, Grenzen der Gemeinsamkeit (wie Anm. 2), S. 19.

⁴⁹ Baltijas Vēstnesis v. 13. Februar 1901, zitiert bei Hirschhausen, Die Grenzen der Gemeinsamkeit (wie Anm. 2), S. 97.

Die Übernahme des Livländischen Hypothekenvereins, die landwirtschaftlichen Vereine und die Nationalbewegung

Die größte Aufmerksamkeit zu Beginn des 20. Jahrhunderts in deutschbaltischen Kreisen fand die Übernahme des Livländischen Hypothekenvereins.⁵⁰ Die Vorgeschichte der Übernahme war skandalös genug, um darüber in der Presse kontinuierlich zu berichten und eine breite Diskussion hervorzurufen.

Bis zum Jahre 1903 lag die Führung des Vereins in den Händen von Deutschbalten, obwohl diese von allen Dahrlehensnehmern bereits eine Minderheit waren. In den Städten und auf dem Lande kam es, wie schon beschrieben, zu einem wirtschaftlichen Konkurrenzkampf zwischen Esten und Deutschen. Die Esten in Dorpat befürchteten, dass die deutsche Verwaltung des Vereins versuchen würde, estnischen Hausbesitzern Schwierigkeiten zu bereiten oder Druck auszuüben, falls die Stadtverwaltung in die Hand der Esten übergehen sollte. Daher wurde entschieden, die estnische Mehrheit im Verein auszunutzen, um die Leitung des Vereins neu zu wählen. Im November desselben Jahres wurden in der Mehrzahl der Städte Esten und Letten in die örtlichen Bevollmächtigtengremien des Vereins gewählt. Die Mitglieder der Zentralverwaltung des Vereins und deren Beamten erklärten daraufhin zu Beginn des Jahres 1904 demonstrativ ihren Rücktritt. Im Februar 1904 folgten die Wahlen der Generalversammlung, die auch die bisherige Verwaltung beseitigte. Obwohl den Deutschen in den neuen Verwaltungen einige Posten angeboten wurden, verzichteten sie verbittert und riefen stattdessen zu einem Boykott estnischer Geschäfte und freiberuflicher Esten (z.B. Ärzte) auf. Eine Mehrzahl der Pfandbriefe des Vereins wurde auf den Markt geworfen, wodurch ihre Preise sanken. Vom Finanzministerium wurde zwar nach der Übernahme des Vereins eine Revision der Tätigkeit des Vereins gefordert, dies führte aber zu keinerlei Beanstandungen.⁵¹

Die „Revalsche Zeitung“ vom 11. November 1903 berichtete auf ihrer Titelseite über die Wahlen des Vorstandes des Livländischen Hypothekenvereins: Niemand von den Deutschen sei wiedergewählt worden, die neue Führung des Vereins bildeten nur die Esten. Der

⁵⁰ Für Paul Schiemann war dies „der erste grosse Erfolg der estnischen nationalen Bewegung“; vgl. ders., *Zwischen zwei Zeitaltern* (wie Anm. 15), S. 62.

⁵¹ *Eesti Hüpoteegipank 1884–1934* [Estnische Hypothekenbank 1884–1934]. Tartu 1935, S. 44 f.

Einfluss von Jaan Tõnisson auf das Ergebnis der Wahlen wurde in der Zeitung besonders unterstrichen.

Zwei Tage später wurde in einem Aufsatz, der „Nordlivländischen Zeitung“ entnommen, auf die dramatischen Veränderungen hingewiesen und auch die estnische Zeitung „Postimees“ zitiert: „Die wirtschaftliche Dominanz muss in den Händen der Mehrheit, nicht der Minderheit sein.“ Besonders betont wurde in der „Nordlivländischen Zeitung“, dass für den „Postimees“ die Verwendung des Ausdrucks „unsere Gegner“ gegenüber den Deutschbalten typisch sei.⁵² Die „Nordlivländische Zeitung“ war entsetzt: „Die bisherige Führung des Vereins hat niemals auf die Nationalitätenfrage geachtet in ihrer geschäftlichen Unternehmungen. Jetzt, als das getan wird, ist die Geschäftsführung des Vereins viel komplizierter und unsicherer geworden.“⁵³

In derselben Ausgabe der „Revalschen Zeitung“ wurde auch die „Pernausche Zeitung“ an der Stelle zitiert, an der Fragen von Nationalität und Muttersprache relativiert wurden: Es gebe massenhafte Beispiele über estnifizierte deutsche Handwerker oder eingedeutschte Esten. Wer die denn seien und wohin sie gehören würden? Die Schlussfolgerung sei, dass eine Einzelperson nicht nach Herkunft oder Sprache klassifiziert werden könne.

Während des gesamten Novembers 1903 wurden in der „Revalschen Zeitung“ sehr oft die „Nordlivländische Zeitung“ und der „Postimees“, aber auch der „Felliner Anzeiger“ zitiert, in dem die obengenannte Themen immer wieder vorkamen. In der „Nordlivländischen Zeitung“ überwog die Meinung, „ab jetzt [hätten] auch Deutschbalten das Recht“, einer rein estnischen geschäftlichen Institution zu misstrauen. Es wurde eine Prognose über die schwachen wirtschaftlichen Erfolge des Hypothekenvereins angestellt, hauptsächlich wegen der angeblichen Inkompetenz und Unerfahrenheit der Esten mit größeren Unternehmen. Die Rechenschaftsberichte des Hypothekenvereins machen jedoch deutlich, dass nach dem Führungswechsel keine wesentlichen Veränderungen in den Geschäftsergebnissen des Vereins zu bemerken waren.⁵⁴

Paul Schiemann schrieb in seinen Erinnerungen, Jaan Tõnisson habe auf das erschrockene deutsche Bürgertum wie eine Kriegsfanfare

⁵² Revalsche Zeitung v. 13. November 1903.

⁵³ Ebenda.

⁵⁴ Eesti Ajalooarhiiv [Estnisches Historisches Archiv, EAA], Best. 2110, Verz. 1, A. 95: Rechenschaftsbericht des Livländischen Stadt-Hypotheken-Vereins pro 1903; A. 96: Rechenschaftsbericht des Livländischen Stadt-Hypotheken-Vereins pro 1904.

gewirkt, war „doch der Hypothekenverein ausschließlich ein Werk deutscher Initiative, deutschen Kapitals, deutscher Organisation und deutscher Arbeit“.⁵⁵

Die Nationalitätenfrage wurde im Kontext des „Skandals“ um den Hypothekenverein auch weiterhin auf den Seiten der est- und livländischen Zeitungen ausführlich und scharf diskutiert. Die deutsche Presse macht den Esten Vorwürfe, dass sie angeblich ohne Grund und Not reine Geschäftsfragen mit dem Thema der Nationalität belasteten.

Auch in Reval war die Stimmung 1904 äußerst nervös. Nach dem Übergang der Stadtverwaltung in die Hände einer estnischen Mehrheit im gleichen Jahr fasste Tõnisson die Situation noch einmal mit seinen Worten zusammen:

„Die Alleinherrschaft der Deutschen hat im Leben unserer Heimat äusserlich mehr oder weniger abgenommen, ist zum Teil sogar ganz verschwunden. Im Innern aber herrscht die Macht der Deutschen, besonders vermittelt ihres Besitzes, ungehindert fort. Blicke wohin Du willst, immer siehst Du Dich in den Händen der deutschen Nachbarn. Der Landmann kann ohne das Kreditsystem (Agrarbank) der deutschen Grossgrundbesitzer nicht bestehen, sogar die Feuerversicherung ist in ihren Händen. In den Städten sind alle Banken und Leihinstitute in den Händen der deutschen Mitbewohner. Es wäre ganz und gar Unrecht zu sagen, dass die deutschen Institutionen und Unternehmen immer schlecht, parteilich und böswillig handeln. Nein, gar nicht; oft muss man gestehen, dass, wenn unsere eigenen Männer die Sache betrieben, sie dann nicht besser, manchmal sogar schlimmer würde. Aber solange es ihnen gefällt, Dich leben zu lassen, solange Du ihre Launen nicht störst, kann alles vorzüglich sein. Aber wehe Dir, wenn sie ihren Sinn ändern!“⁵⁶

Im lettischsprachigen Teil des Landes sah es ähnlich aus. So waren z.B. bis zum Jahre 1900 die neu gegründeten bäuerlichen Landwirtschaftsvereine in Süd-Livland Filialen des Gutsbesitzervereins. Die Gutsbesitzer widersetzten sich den Versuchen der Bauernschaft, eigene Vereine zu gründen. Die Livländische Gemeinnützige und Ökonomische

⁵⁵ Hier zitiert nach: Schiemann, Zwischen zwei Zeitaltern (wie Anm. 15), S. 64.

⁵⁶ Ebenda, S. 64.

Sozietät reichte der Gouvernementsverwaltung in den Jahren 1902, 1903 und 1904 wiederholt negative Gutachten ein. Erst nach den Ereignissen des Revolutionsjahres 1905, als die ökonomische Konsolidierung des lettischen ländlichen Bürger- und Bauerntums das kleinere Übel zu sein schien, wurde auf Initiative der Regierung die Erlaubnis zur Gründung eines selbstständigen lettischen Zentralvereins erteilt.⁵⁷ Die landwirtschaftlichen Bedürfnisse der Kleinbauern im Vergleich zu denen der Großgrundbesitzer waren so unterschiedlich, dass die Sozietät, hätte sie die Bauern wirklich für sich gewinnen wollen, zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der Kleinbauern besondere Maßnahmen hätte ergreifen müssen. Dieses Mittel zu einer möglichen Integration der lettischen Bauernschaft ließen die Sozietät und die livländische Ritterschaft jedoch fast ungenutzt.⁵⁸

Der wichtigste Gegenspieler der oben erwähnten Livländischen Gemeinnützigen und Ökonomische Sozietät⁵⁹ war die Landwirtschaftsabteilung des Rigaer Letten Vereins. In der Presse, auf den Versammlungen der Landwirtschaftsvereine und in ihren schriftlichen Antworten auf die Anfragen der Landgemeinden propagierten die Wortführer der Landwirtschaftsabteilung die Gründung von selbstständigen Vereinen anstelle der Filialvereine der Sozietät. Diese Abteilung hatte klare politische Ziele; sie wollte verhindern, dass sich die meist adligen deutschen Großgrundbesitzer gegenüber der Regierung in St. Petersburg als Vertreter der lettischen Landwirtschaftsvereine profilieren und den Einfluss der livländischen Ritterschaft auf die lettischen Bauern erhöhen. Die Landwirtschaftsabteilung strebte an, die lettischen Kleingrundbesitzer zu einer eigenständigen sozialen und politischen Kraft in Livland und in Kurland zu machen.⁶⁰

Der Konkurrenzkampf fand jedoch nicht nur in sozialen und wirtschaftlichen Bereichen statt, nicht nur in Handel, Finanzwesen und Kultur hatten Esten, Letten und Deutsche jeweils ihre eigenen Vereinigungen, auch die wissenschaftlichen Strukturen wurden nach und nach national konnotiert. So richtete z.B. die altherwürdige „Gelehrte Estnische Gesellschaft“ nach dem Jahr 1905 und besonders nach

⁵⁷ Lida Balevica, Adelsgüter und Bauernwirtschaften und die Rolle der Livländischen Adligen Güterkreditsozietät 1880–1905, in: *Bevölkerungsverschiebungen* (wie Anm. 1), S. 103–125, hier S. 115 u. 117.

⁵⁸ Wohlfart, *Der Rigaer Letten Verein* (wie Anm. 16), S. 279 ff.

⁵⁹ Vgl. zur Geschichte der Sozietät: Hubertus Neuschäffer, Hans Dieter v. Engelhardt, *Die Livländische Gemeinnützige und Ökonomische Sozietät (1792–1939). Ein Beitrag zur Agrargeschichte des Ostseeraums*. Köln/Wien 1983 (Quellen und Studien zur baltischen Geschichte. 5).

⁶⁰ Wohlfart, *Der Rigaer Letten Verein* (wie Anm. 16), S. 295 ff.

der Gründung der „Eesti Kirjanduse Selts“ („Estnische Literarische Gesellschaft“) ihr Augenmerk ausschließlich auf das deutsche Kulturerbe und die deutsche Geschichte im Baltikum und bevorzugte ihre deutschstämmigen Mitglieder.⁶¹

Ein anderes Thema bildeten die so genannten Deutsche Vereine, die in allen drei Ostseeprovinzen nach der Revolution 1905 gegründet wurden.⁶² Die Entstehung dieser Vereine lag in der spezifischen Zielsetzung der deutschbaltischen Elite im Kontext des immer stärkeren sozialpolitischen Machtverlustes begründet. Die nach 1905 entstandenen Deutschen Vereine waren nicht kultureller Ausdruck der deutschen Identität, sondern Mittel des zielstrebigem Machterhalts.⁶³

Die Revolution von 1905, ihre Folgen und letzte Kompromissversuche

In den 1890er Jahre spalteten sich die nationalen Bewegungen der Esten und Letten immer mehr und es begannen u.a. sozialistische Gedanken einzudringen.⁶⁴ In Reval entstand seit 1902 eine Gruppierung

⁶¹ Jörg Hackmann, Von der „Gelehrten Estnischen Gesellschaft“ zu „Õpetatud Eesti Selts“. Verein und Nation in Estland, in: Ostseeprovinzen, Baltische Staaten und das Nationale. Festschrift für Gert v. Pistohlkors zum 70. Geburtstag, hrsg. v. Norbert Angermann, Michael Garleff u. Wilhelm Lenz. Münster 2005 (Schriften der Baltischen Historischen Kommission. 14), S.206 f.

⁶² Die gründlichste Behandlung dieser für die Entwicklung der nationalen Identität der Deutschbalten bedeutendsten Vereine der Zeit zwischen Revolution und Erstem Weltkrieg stammt von Feliks Kinkar, Lehekiülg Eestimaa kultuuriloost. Baltisaksa haridusseltsid Eestis 1905–1914 [Eine Seite aus der Kulturgeschichte Estlands. Die deutschbaltischen Bildungsvereine in Estland 1905–1914]. Tallinn 2000; Jörg Hackmann, Rahvus(lus)tamine kui ühiskonna ülemkihi püsima jäämise strateegia? Saksa seltsid Venemaa Läänemere provintside [Nationalisierung als Strategie gesellschaftlichen Obenbleibens? Die Deutschen Vereine in den Ostseeprovinzen Russlands], in: Vene impeerium (wie Anm. 14), S. 207-231.

⁶³ Hackmann, Rahvus(lus)tamine (wie Anm. 62), S. 211 f. Hackmann bringt auch im Bereich des Sozialwesens und der Wirtschaft Beispiele, die zeigen sollen, dass formelle nationale Konsolidierung eher dem Schutz der eigenen Machtstellung diene. Gert v. Pistohlkors formulierte bereits früher (und ausgewogener): „Wenn nicht deutlich wird, dass nationale Auseinandersetzungen Ausdruck sozialer Auseinandersetzungen sind, oder umgekehrt – soziale Kämpfe auch im Gewande nationaler Argumentation soziale Kämpfe bleiben, dann führen Kategorien wie die des Nationalen in der Erklärung nicht weiter.“, aus: Führende Schicht oder nationale Minderheit? Die Revolution von 1905/06 und die Kennzeichnung der politischen Situation der deutschen Balten zwischen 1840 und 1906 in der zeitgenössischen deutsch-baltischen Geschichtsforschung, in: Zeitschrift für Ostforschung 21 (1972), H. 4, S. 608.

⁶⁴ Gert v. Pistohlkors schlägt eine Brücke von der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in das Revolutionsjahr 1905, wenn er die Agrarfrage und die Revolutionierung der Massen behandelt. Eine Frage für die Deutschbalten sei es gewesen, eine führende Schicht zu sein oder eine nationale Minderheit zu werden. Pistohlkors betont, dass die deutschbaltische

um Konstantin Päts und die Zeitung „Teataja“. Beide Protagonisten, der bereits erwähnte Tõnisson und Päts, bezeichneten die wirtschaftliche Entwicklung der Esten als ihre wichtigste Aufgabe. Päts forderte allerdings – radikaler – nicht „mehr Rechte“ für die Esten, sondern die „Abschaffung von Privilegien der Oberschicht“. Tõnisson wollte im Grunde etwas Ähnliches, verlieh seinen Forderungen aber eher einen nationalen Unterton.⁶⁵

Tõnisson glaubte, ähnlich wie Jakob Hurt oder Friedrich Weinberg vor ihm, dass die Gesellschaftsordnung, die von Deutschbalten und dem zarischen Russland konserviert wurde, keine rasanten strukturellen Veränderungen brauche, sondern eher eine Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktionsmethoden. Esten und Letten sollten aber mehr Rechte und eine bessere Stellung in dieser Gesellschaft erhalten. In der Historiografie werden für die Krise der Ständegesellschaft oft nationale Bewegungen verantwortlich gemacht. Im Fall der konservativen estnischen Nationalisten traf das nicht so eindeutig zu.⁶⁶ Die linken Kräfte kritisierten die nationale Führungsschicht, die zu sehr auf dem Vorbild der Deutschbalten aufbauen wollte.

Spätestens 1905 wurden die Nationalbewegungen Massenbewegungen. Dies bedeutete aber angesichts der sozialen und politischen Differenzierungen zugleich den Zerfall der ursprünglichen nationalen Bewegung, die sich nunmehr in verschiedene politische Parteien aufspaltete, die jeweils nur Teilaspekte der zuvor verfolgten Zielsetzungen übernahmen und andere Schwerpunkte setzten. Soziale und nationale Motive verstärkten sich wechselseitig und führten im Herbst

Geschichtsschreibung zu sehr die nationalen und zu wenig die sozialen Gegensätze untersucht habe; vgl. Pistohlkors, Ritterschaftliche Reformpolitik (wie Anm. 6). Dieselbe Zeit wird auch von Georg v. Rauch aus einem anderen Blickwinkel dargestellt. Seiner Meinung nach war gerade die nationale Frage zum treibenden Motor des politischen Lebens geworden; vgl. Georg v. Rauch, Die nationale Frage in den russischen Ostseeprovinzen im 19. Jahrhundert, in: Der Ostseeraum im Blickfeld der deutschen Geschichte. Köln/Wien 1970, S. 165-181.

⁶⁵ Ausführlich zu den verschiedenen Schattierungen innerhalb der estnischen nationalen Bewegung während dieser Zeit: Toomas Karjahärm, Väino Sirk, Eesti haritlaskonna kujunemine ja idee 1850–1917 [Die Herausbildung der estnischen Intellektuellenschicht und ihre Ideen 1850–1917]. Tallinn 1997.

⁶⁶ Siehe dazu: Jaan Tõnisson – elukäik, töö ja tegevus [Jaan Tõnisson – Lebensweg, Arbeit und Wirken], in: Eesti Biograafilise Leksikoni ja selle täiendusköite andmeil [Das Estnische Biografische Lexikon und Angaben zu den Ergänzungsbänden]. Stockholm 1958, S. 6 ff.; Märt Raud, Kaks suurt – Jaan Tõnisson, Konstantin Päts ja nende ajastu [Zwei Große – Jaan Tõnisson, Konstantin Päts und ihre Epoche]. Göteborg, 1953; Tallinn 1991, S. 49 f.; Toomas Karjahärm, Ida ja Lääne vahel – Eesti-Vene suhted 1850–1917 [Zwischen Ost und West. Estnisch-russische Beziehungen]. Tallinn 1998, S. 232 f.

1905 zum Höhepunkt der revolutionären Unruhen. Die Parteien formierten sich ausschließlich entlang ethnischer Grenzen.

Unmittelbar nach den revolutionären Unruhen vor allem in Livland und Kurland, wo besonders die ländlichen Letten, Bauern und vor allem Landlose, Gewaltakte gegen Güter und Deutschbalten verübten, sahen Gutsbesitzer und Pastoren die ehemals leibeigenen Bauern und Bedienstete nunmehr als Todfeinde. Die Deutschen auf dem Lande glaubten nicht mehr an die Herstellung eines verträglichen Miteinanders in einer gemeinsamen bäuerlichen Umwelt. Dies führte u.a. zu Plänen der Kolonisierung Kurlands durch deutsche Bauern aus Wolhynien. Auch im estnischen Siedlungsgebiet, in Nordlivland und Estland, wütete die Revolution und verschärfte sich politische Gegensätze, aber sie errichteten keine unüberwindliche Mauer. Weder innerhalb der deutschen Gesellschaft, in der sich dieselben Kräfte dem Deutschen Verein und der Baltischen Konstitutionellen Partei zur Verfügung stellten, noch in den Beziehungen zum Estentum bewirkten die Meinungsverschiedenheiten eine völlige Trennung, das Verhältnis zwischen Gutsbesitzern und Bauern war nicht dauerhaft zerrüttet.⁶⁷

Mit der Gründung der konservativen Baltischen Konstitutionellen Partei 1905 versuchten die Deutschbalten, ein Programm zu formulieren, das die Mitglieder aller ethnischen Gruppen integrieren konnte. Nach dem Programm von liberal gesinnten Rigaer Deutschen sollten die deutsche, russische, lettische bzw. estnische Sprache in Verwaltung und Gericht zugelassen werden und der Volksschulunterricht in der jeweiligen Muttersprache erfolgen. In der Agrarfrage dagegen konnten sich die baltischen Liberalen nicht zu einem Reformkonzept durchringen. Aus Rücksicht auf den grundbesitzenden deutschbaltischen Adel nahm die Partei eine Reform der Agrarverfassung nicht in ihr offizielles Programm auf, was ihre Überzeugungskraft im estnischen und lettischen Milieu weiter schwächte. Die Integrationskraft des Programms blieb primär auf den städtischen Raum begrenzt.⁶⁸

Versuche, den indigenen Völkern auf der landespolitischen Ebene entgegenzukommen, wurden ernsthaft nur in Krisensituationen oder zu spät gemacht. So führten um 1905 estnische bürgerliche Kräfte um Jaan Tõnisson und die Baltische Konstitutionelle Partei geheime

⁶⁷ Schiemann, Zwischen zwei Zeitaltern (wie Anm. 15), S. 83; zur Revolution insgesamt: Benz, Die Revolution von 1905 (wie Anm. 3).

⁶⁸ Hirschhausen, Die Grenzen der Gemeinsamkeit (wie Anm. 2), S. 196-199.

Konsultationen.⁶⁹ Im Herbst 1905 fanden auf Initiative von Eduard v. Stackelberg Gespräche zwischen führenden Persönlichkeiten der estnischen Parteien in Reval auf der einen und Vertretern der Ritterschaften und der städtischen deutschen Bürgerschaft auf der anderen Seite statt, ebenso wie man sich in Dorpat auf die Initiative von Victor v. Stackelberg zu Gesprächen traf. Es wurde jedoch keine Kompromisse gefunden und die Gespräche blieben erfolglos.⁷⁰

In den Jahren zwischen 1905 und 1916 wurden von den Ritterschaften mehrere Projekte für eine Reform der Landesselbstverwaltung ausgearbeitet, doch zu einer Verständigung und zu befriedigenden Lösungen zwischen Vertretern der Deutschen und der Esten und Letten kam es nicht mehr.⁷¹

Eine ernste Krise, in der die Ritterschaften erneut versuchten, mit den Esten ins Gespräch zu kommen, bedeutete die Zeit des Ersten Weltkrieges. Jaan Tõnisson stand diesen Annäherungsversuchen damals misstrauisch gegenüber, da er glaubte, die Bereitschaft zur Zusammenarbeit verschwinde wieder, sobald die Krise vorbei sei. Im März 1915 stritten Vertreter der bürgerlich-nationalen Kräfte in Reval (Päts, Teemant u.a.) darüber, ob es nötig und möglich sei, mit den Ritterschaften Gespräche zu führen. Es dominierte die Einstellung, die Ritterschaften würden nur wegen des russischen Drucks Bereitschaft zu einer Verständigung zeigen. Es lohne sich daher abzuwarten, bis sich diese Bereitschaft zu einer Zusammenarbeit bei den Ritterschaften dauerhaft festige. Immerhin führte die Partei von Tõnisson (Eduerakond) diese Gespräche tatsächlich.⁷²

Alle Versuche, Kompromisse zu finden, scheiterten trotz aller Gespräche. Schuld daran waren politische Ränkespiele und Interessengegensätze im Zusammenhang mit den Wahlkämpfen und der Politik in der russischen Staatsduma, in der estnische und lettische Abgeordnete mit Russen zu kooperieren versuchten und sich klar gegenüber den Deutschen positionierten. Hier wurde noch einmal deutlich, wie wichtig die Haltung der Zentralregierung in St. Petersburg und das jeweilige Verhältnis zu Russen und Russland für das nationale Binnenverhältnis in den baltischen Provinzen war.

⁶⁹ Pistohlkors, Ritterschaftliche Reformpolitik (wie Anm. 6), S. 232-239.

⁷⁰ Toomas Karjahärm, The Problem of Reorganization of Provincial Self-Government in Estonia at the Beginning of the 20th Century, in: Bevölkerungverschiebungen (wie Anm. 1), S. 249-260, hier S. 256.

⁷¹ Ebenda, S. 257.

⁷² Jaan Tõnissons Briefe an Villem Reiman, in: Kirjandusmuseum. Eesti Kultuurilooline Arhiiv (Literaturmuseum. Estnisches Kulturgeschichtliches Archiv, KM EKLA), Best. 105, M. 7:1, S. 76-122.

Als im März 1917 die russische Provisorische Regierung in St. Petersburg Estland und Nord-Livland vereinigte und estnische Autonomie zuließ, unterstützten die Deutschbalten letztlich doch den estnischen Kandidaten anstelle des russischen Anwärters auf den Posten des Gouvernementskommissars.⁷³ Die Zusammenarbeit der Ritterschaft mit der estnischen provisorischen Provinzregierung funktionierte gut – bis sich im Frühjahr 1918 die deutsche Front auch Estland näherte, die Stimmung in der estländischen Ritterschaft langsam umschlug und die Möglichkeit eines Anschlusses der baltischen Ostseeprovinzen an das deutsche Kaiserreich in den Bereich des Möglichen rückte.⁷⁴

Auch unter den Deutschbalten fanden sich Persönlichkeiten, die anders dachten. Die Interessen des liberalen Wirtschaftsbürgertums waren eher mit Russland verbunden. Der Konflikt war oft auch ein Konflikt zwischen den Generationen. Deutlich wird dies z.B. an Paul Schiemann und seinem Onkel Theodor. Während der erste eine staatliche Selbständigkeit der russischen Ostseeprovinzen zusammen mit Esten und Letten erkämpfen wollte, schrieb der andere, dass „diese Leute nun als gleichberechtigtes Element in den künftigen baltischen Landesstaat einzuführen (...) ebenso schädlich und gefährlich für die Zukunft der baltischen Deutschen als für die Zukunft des deutschen Reichs“⁷⁵ sei.

Paul Schiemann sollte als Abgeordneter der Verfassungsgebenden Versammlung (1918–1920) und aller vier Parlamente (1920–1933) am Aufbau der Republik Lettland teilnehmen, während sein konservativer Onkel Theodor Schiemann sich gezwungen sah, ins Deutsche Reich auszuwandern.

⁷³ EAA, Best. 854, Nim. 1: Gemeinsame Adresse der deutschen Gesellschaften und Vereine und der Estländischen Ritterschaft an die Provisorische Regierung „Dokladnaja zapiska Vremennomu praviteljstvu“, 6.04.1917.

⁷⁴ EAA, Best. 518 u. 519: Instruktsioonid, ringkirjad, kirjavahetus, asjaajamise üleandmise aktid [Instruktionen, Rundbriefe, Briefwechsel, Akten der Geschäftsführungsübergabe].

⁷⁵ Hirschhausen, Die Grenzen der Gemeinsamkeit (wie Anm. 2), S. 364.

Deutschbaltische Emigration aus der Republik Lettland während der Zwischenkriegszeit (1918–1939)

von Helēna Šimkuva

Summary

The article has been devoted to a little-known point of the history of Baltic Germans – emigration of Baltic Germans from the Republic of Latvia. Although demographic data of the period of the Republic of Latvia (1918–1939) have been widely analysed both in specific literature and in statistical information materials, precise statistics regarding migration processes in Latvia during the interwar period cannot be found. Therefore, there is no information about the number and composition of the immigrants and emigrants, or in other words, the mechanical movement of population. Thus migration data, including emigration from Latvia, shall be defined according to the difference of the number of population that has been identified during the population census, subtracting natural increase correspondingly. This method has been applied characterizing emigration of Baltic Germans from the Republic of Latvia during the interwar period. Evaluating the mechanical movement of the German population in Latvia, the most prominent demographers and statisticians of the state thought that the German population of Latvia has always been very unstable and has constantly changed its composition. Most of Germans emigrated from Latvia to Germany. Direction to Argentina, the United States of America and Canada was important as well. During the period of the Republic of Latvia, Baltic German emigration process was entailed with certain political, economic and foreign policy processes. As regards the causes of the emigration of Baltic Germans, personal choice to change the place of residence and business shall be considered as an insignificant factor. In general, emigration of Baltic Germans from the Republic of Latvia was not too intense, e.g. from 1926 to 1937 the natural number of Germans decreased by 3 876 people.

Die Abwanderung oder Emigration von Deutschbalten aus der Republik Lettland während der Jahre 1918 bis 1939 ist bisher kaum untersucht worden, obwohl diese zu einem der wichtigeren Themen

der deutschbaltischen Geschichte der Zwischenkriegszeit gehört. Ohne die Erforschung dieser Frage wird es jedoch nicht möglich sein, eine vollständige Vorstellung über die demografische Lage und Entwicklung der deutschen Bevölkerung zu erhalten.

Wichtig für die Analyse des Migrationsprozesses einer Bevölkerungsgruppe bzw. deren mechanische Bewegung sind sowohl die soziale Zusammensetzung, die Altersstruktur, die Verteilung der Geschlechter als auch die möglichen Lebensperspektiven dieser Gruppe. Der Wunsch, auszuwandern und einen Staat zu verlassen, charakterisiert nicht nur die Beziehung gegenüber diesem Staat, sondern auch die Politik des Staates gegen dort lebende einzelne Bevölkerungsgruppen und nationale Minderheiten. Daher enthalten demografische Daten und Informationen über die mechanische Bewegung der Bevölkerung wichtige Auskünfte sowohl über den einzelnen Bürger als auch über einzelne Bevölkerungsgruppen innerhalb eines Staates.

Die demografische Entwicklung der Republik Lettland in den Jahren von 1918 bis 1939 wurde bisher bereits in der Fachliteratur analysiert, zudem existiert hierzu ausführliches statistisches Material. So gab etwa das Statistische Büro der Republik Lettland jedes Jahr ein statistisches Jahrbuch für Lettland heraus, das sowohl Bevölkerungszahlen enthielt als auch Aufschlüsse über Zusammensetzung und natürliche Migration erlaubte.¹ Eine wichtige Quelle zur Erforschung der Einwohner der Republik Lettlands sind die Ergebnisse der Volkszählungen, die seit 1920 regelmäßig stattfanden und in den Jahren 1920, 1925, 1930 und 1935 durchgeführt wurden. Gleichwohl enthalten jene statistischen Quellen sehr wenige Informationen über die mechanische Bevölkerungsbewegung. Für den vorliegenden Aufsatz wurde deshalb bisher unveröffentlichtes Material des Statistischen Büros über Bevölkerungszahlen, Migrationsprozesse und Grenzüberquerungen, das im Staatlichen Historischen Archiv Lettlands überliefert ist,² als auch statistisches Material zu Emigranten- und Flüchtlingsbewegungen der Abteilung für Emigranten und Flüchtlinge des Verwaltungsreferats der Republik Lettland ausgewertet. Sehr oft findet man in den Archivakten Informationen über die Gesamtzahl von Grenzüberquerungen insgesamt und die Zahl der ausgegebenen Auslandspässe. Es fehlen aber glaubhafte Nachweise

¹ Latvijas statistiskā gada grāmata. 1920–1939 [Statistisches Jahrbuch Lettlands. 1920–1939]. Rīga 1921–1939.

² Latvijas Valsts vēstures arhīvs (Staatliches Historisches Archiv Lettlands, LVVA), Best. 1308, Verz. 6, A. 12, 15, 18–20, 20; Verz. 13, A. 23–24, 26–28, 123, 156–157; Verz. 22, A. 3–7, 23–25.

über die Nationalität der Auswanderer.³ In den Akten des Verwaltungsreferats des Innenministeriums der Lettischen Republik finden sich jedoch auch konkreten Angaben zu Deutschbalten, die einen Auslandspass beantragt hatten.⁴ Es findet sich dort auch ein spezielles Registrierbuch für Emigranten, das von diesem Referat geführt wurde.⁵ Wichtig sind zudem die Dokumente zu Personen, die die lettische Staatsbürgerschaft verloren, und Personen, die ausgewiesen wurden.⁶ Um Informationen zu Grenzüberquerungen zu erhalten, wurden ferner statistische Akten des Stabes der Grenzschutzbrigaden sowie Übersichten zur Grenzüberquerung im Staatlichen Historischen Archiv Lettlands eingesehen.⁷

Bereits in den 1930er Jahren analysierten mehrere Forscher, die sich mit demografischen Prozessen beschäftigten, statistisches Material, zum Teil behandelten sie auch die mechanische Bevölkerungsbewegung. An dieser Stelle muss auf die beiden Standardwerke von Marģers Skujenieks „Lettland: Land und Einwohner“⁸ sowie „Lettinnen in der Fremde und Ausländer in Lettland“⁹ hingewiesen werden. Diese statistischen Materialien waren auch für die jüngste, umfangreiche „Geschichte Lettlands im 20. Jahrhundert“ (geplant sind mehrere Bände) von wichtiger Bedeutung.¹⁰

Auch Forscher deutschbaltischer Herkunft widmeten sich der Analyse der Demografie ihrer Volksgruppe und stützten sich dabei ebenfalls zumeist auf das offiziell veröffentlichte Material der Volkszählungen. Besonders zu nennen sind hier die Arbeiten von Hans Handrack und Ernst v. Bulmerincq.¹¹

³ LVVA, Best. 3234, Verz. 1a, A. 3236, 3258, 3264, 3332-3337, 3346, 3391-3394, 3403-3412, 3417, 3423, 3479, 3668, 3680.

⁴ LVVA, Best. 3234, Verz. 30, A. 28.

⁵ LVVA, Best. 3234, Verz. 12, A. 9.

⁶ LVVA, Best. 3234, Verz. 21, A. 23, 45, 56-59; Verz. 23, A. 11-13, 16, 18; Verz. 24, A. 15438; Verz. 36, A. 89-92, 94-95, 98.

⁷ LVVA, Best. 1373, Verz. 2, A. 3-4.

⁸ Marģers Skujenieks, *Zeme un iedzīvotāji*. Rīga 1927.

⁹ Marģers Skujenieks, *Latvieši svešumā un citas tautas Latvijā*. Rīga 1920 (2. Aufl. 1931).

¹⁰ Für die vorliegende Thematik ist Bd. 2 von Bedeutung: 20. gadsimta Latvijas vēsture. II. Neatkarīgā valsts 1918–1940 [Geschichte Lettlands im 20. Jahrhundert. Bd. II. Der unabhängige Staat 1918–1940]. Rīga 2003.

¹¹ Hans Handrack. Die Bevölkerungsentwicklung der deutschen Minderheit in Lettland. Eine Untersuchung über die Entwicklung der deutschen Bevölkerung Lettlands unter Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung der übrigen in Lettland lebenden Nationalitäten. Jena 1932; H. Handraks, *Rīgas iedzīvotāju dabiskā kustība 1911–1930. g.* [Die natürliche Bevölkerungsbewegung Rigas 1911–1930]. Rīga 1932; Ernst v. Bulmerincq, *Die zukünftige Bevölkerungsentwicklung in Lettland*. Rīga 1935.

Wichtig sind auch die Materialien der damaligen deutschbaltischen Organisationen in Lettland¹² sowie die lettische und deutschbaltische Presse der Zwischenkriegszeit.¹³

Insgesamt gibt es zu Migrationsprozessen der Zwischenkriegszeit in Lettland weder in den Quellen noch in der bisherigen Historiografie präzise Daten.¹⁴ Daher müssen Daten zur Migration – hierzu zählt auch die Auswanderung aus Lettland – an Hand der während der Volkszählung gewonnenen Zahlenunterschiede bestimmt werden, von denen man den natürlichen Bevölkerungszuwachs abziehen muss.¹⁵ Dieses Rechenmodell ist auch die Grundlage für die Berechnungen des deutschbaltischen Abwanderungsprozesses aus der Republik Lettland während der Zwischenkriegszeit.

Bei der Auswertung der mechanischen Bevölkerungsbewegung in Lettland sind sich Demografen und Statistiker einig, dass der deutsche Teil der Bevölkerung Lettlands sehr unbeständig war und sich seine Bevölkerungszahl fortwährend veränderte.¹⁶ Der Abwanderungsprozess der Deutschbalten während der Zeit der Republik Lettland ist verbunden mit bestimmten politischen, wirtschaftlichen und außenpolitischen Entwicklungen, die Gründe und Motive für die Auswanderung beeinflussten. Eine persönliche Entscheidung als Hauptgrund anzunehmen, den Wohnort und das Arbeitsverhältnis zu wechseln, scheint als Grund für die Abwanderung der Deutschbalten weniger ausschlaggebend gewesen zu sein.

Die erste Auswanderungswelle der Deutschbalten Lettlands hängt mit dem Ende des Ersten Weltkrieges und der Konstituierung der Republik Lettland 1918–1920 zusammen. Lettland war in dieser Zeit in politische und militärische Auseinandersetzungen im Inneren und Äußeren hineingezogen worden. Das Ergebnis des Krieges, die Proklamierung der Republik Lettland und die Änderung der gesellschaftlichen Stellung der Deutschbalten zu Beginn des neu gegründeten Nationalstaates, die negative Einstellung und die Ablehnung des jungen lettischen Staates durch die Deutschbalten sowie deren eigene Pläne für einen gesamtbaltschen Staat führten dazu, dass ein großer Teil der Deutschbalten sowohl den Kampf gegen den lettischen Nationalstaat

¹² LVVA, Best. 2626, Verz. 1; Best. 5921, Verz. 1, A. 1-2.

¹³ Siehe die Zeitungen: Rigasche Rundschau, Libausche Zeitung, Pēdējā Brīdī [Aktuell], Brīvā Zeme [Freies Land]; Kurzemes Vārds [Wort Kurlands].

¹⁴ 20. gadsimta Latvijas vēsture. II. (wie Anm. 10), S. 296.

¹⁵ Ebenda, S. 291.

¹⁶ Skujenieks, Latvieši svešumā (wie Anm. 9), S. 22.

als auch gegen die Rote Armee aufnahm und insbesondere die Räterepublik Lettland nach sowjetischem Modell 1919 bekämpfte. Ein Teil der Deutschbalten unterstützte auch jene revanchistischen militärischen und politischen Kräfte, weißrussische Truppen und deutsche Freikorps im Baltikum, zu deren Plänen es gehörte, die Ergebnisse des Krieges rückgängig zu machen.

Insgesamt hatten die Ereignisse des Ersten Weltkriegs tiefgreifende Veränderungen für die gesamte Bevölkerung Lettlands zur Folge. Am 1. Januar 1914 belief sich die Bevölkerungszahl des heutigen Lettland ohne die Gebiete, die an die Kreise Ostrov und Drisa angeschlossen wurden, 2 552 000 Personen; die Zahl für dasselbe Territorium war im Jahr 1920 auf 1 548 056 gesunken. Demzufolge hatte Lettland während des Krieges mehr als 750 000 Menschen verloren. Die Verluste verteilten sich jedoch nicht gleich auf die verschiedenen ethnischen Gruppen. Der Rückgang der Anzahl der Deutschen war eine der wesentlichsten Veränderungen. Tatsächlich blieb nach dem Ersten Weltkrieg nur etwa die Hälfte der Deutschbalten in Lettland, die dort zuvor gelebt hatten.¹⁷ So wurden während der zarischen Volkszählung im Jahr 1897 auf dem Gebiet des heutigen Lettland 120 191 Deutsche gezählt, aber in der ersten Volkszählung, die vom unabhängigen lettischen Staat 1920 organisiert wurde, waren es nur noch 58 113 Deutsche. Von ihnen waren 45 888 Staatsbürger Lettlands, das entsprach 3,05% der Gesamtzahl der Staatsbürger Lettlands.¹⁸ Der Rückgang der Anzahl der Deutschen zwischen 1897 und 1920 betrug somit 62 078 Personen, d.h. mehr als die Hälfte. Man kann davon ausgehen, dass darunter auch Personen waren, die im Ersten Weltkrieg umkamen. Weitere Daten, die von deutschen Statistikern, deutschbaltischen Politikern und Emigrantenorganisationen in Deutschland selbst gesammelt wurden, ergaben, dass etwa 20 000 Deutsche Lettland erst nach Beendigung des Ersten Weltkrieges verlassen hatten.¹⁹ In Deutschland wurden sie als Flüchtlinge aus dem Baltikum eingestuft.²⁰ Es gibt Hinweise, dass die Zahl der aus Lettland nach Deutschland emigrierten Deutschen im Jahr 1920 sogar etwa 25 000 Personen betrug, hinzu müsste man noch Emigrationsbewegungen der Deutschen aus Lettland und auch aus Estland nicht

¹⁷ 20. gadsimta Latvijas vēsture. II. (wie Anm. 10), S. 301.

¹⁸ Otrā tautas skaitīšana Latvijā 1925.gada 10.februārī. II. d. [Die zweite Volkszählung in Lettland vom 10. Februar 1925. Bd. 2]. Riga 1925, S. 55.

¹⁹ Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums, hrsg. v. C. Petersen (u.a.). Bd. 2, Breslau 1936, S. 240; 20. gadsimta Latvijas vēsture. II. (wie Anm. 10), S. 339.

²⁰ Handwörterbuch (wie Anm. 19), S. 40.

nur nach Deutschland, sondern auch in andere europäische und außereuropäische Länder zählen.²¹ Deutschbaltische Historiker wiesen darauf hin, dass 1918/19 wegen der drohenden Gefahren durch die kurzzeitigen bolschewistischen Regime in Lettland und Estland mehr als 40 000 Deutsche aus dem Baltikum nach Deutschland und Übersee geflüchtet seien.²² Es ist offensichtlich, dass die genannten Zahlen der deutschen Emigranten dem Resultat der Volkszählung in Lettland zumindest in der Tendenz entsprechen.

Gleichwohl standen nicht alle Bewohner des Landes im gleichen Rechtsverhältnis zum jungen Staat. Unmittelbar nach Kriegsende hielt sich in Lettland eine erhebliche Zahl von Menschen auf, die nicht über die lettische Staatsbürgerschaft verfügten. Es handelte sich hierbei um Ausländer und Staatenlose (Inhaber so genannter Nansenpässe des Völkerbundes), die sich zum Zeitpunkt der Volkszählung für kürzere Zeit in Lettland aufhielten.²³ Dies kann auch Abweichungen in den Zahlen erklären, da während der ersten Volkszählung 1920 die Daten aller Angehörigen einer ethnischen Gruppe erfasst wurden, die sich gerade auf dem Gebiet der Republik Lettland aufhielten, unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zum neuen Staat.

Die durch die Ereignisse am Ende des Ersten Weltkrieges und die Gründung des Staates Lettland ausgelöste Abwanderung der Deutschen dauerte bis zur Mitte der 1920er Jahre. Nach den Daten der zweiten Volkszählung von 1925 hatte sich die Zahl der Deutschen im Vergleich mit der Zeit unmittelbar vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges um etwa 55 000 Personen verringert. Insgesamt zeigte die zweite Volkszählung den größten Bevölkerungsrückgang in Lettland seit dem Beginn des Ersten Weltkrieges.²⁴ Auch die Rückkehr von deutschen Flüchtlingen nach Lettland konnte die Verringerung der deutschen Bevölkerung nicht maßgeblich beeinflussen. Man muss dazu anmerken, dass es unterschiedliche Betrachtungsweisen zum Umgang mit den Flüchtlingszahlen gibt. So erhöhte sich die Zahl der Deutschen in Lettland von 1920 bis 1925 um 12 851 Personen. Es ist möglich, dass es sich hierbei auch um ehemalige Kriegsflüchtlinge handelte, denn nach den Angaben deutscher Statistiker kehrten etwa 13 000 deutschbaltische Flüchtlinge nach Lettland zurück.²⁵ Die

²¹ Ebenda

²² Jürgen v. Hehn, *Die Umsiedlung der baltischen Deutschen – das letzte Kapitel baltisch-deutscher Geschichte*. Marburg a.d.L. 1984, S. 15.

²³ *Otrā tautas skaitīšana Latvijā* (wie Anm. 18), S. 10.

²⁴ Handrack, *Die Bevölkerungsentwicklung* (wie Anm. 11), S. 21.

²⁵ Nach Lettland kehrten auch viele Angehörige anderer Volksgruppen zurück. Von den

meisten dieser deutschen Rückkehrer kamen zusammen mit lettischen Flüchtlingen aus Russland.²⁶ Einen positiven Einfluss auf die Rückkehr deutschbaltischer Flüchtlinge hatte eine Amnestie, die am 19. August 1920 in Lettland verabschiedet wurde.²⁷ Daher lebten zum Zeitpunkt der zweiten Volkszählung 1925 mit 70 964 Personen die meisten Deutschbalten im Lettland der Zwischenkriegszeit,²⁸ eine Zahl, die sich künftig sowohl absolut als auch relativ verringern sollte.²⁹

Die Tendenz zur Verringerung der deutschen Volksgruppe war vor allem mit einem niedrigen natürlichen Wachstum verbunden, welches sich schon seit Anfang der 1920er Jahren abzeichnete. 1925 war letztmalig ein geringes positives Bevölkerungswachstum der Deutschen zu verzeichnen, indem vier Geburten mehr als Todesfälle registriert wurden.³⁰ Insgesamt entwickelten die Deutschbalten bereits in den 1920er Jahren eine Alterspyramide, die von älteren Jahrgängen dominiert wurde.³¹

Die deutschen Bevölkerungsverluste für das spätere Lettland während der Kriegs- und Revolutionszeit setzten sich aus verschiedenen Gruppen zusammen. Erstens verließ eine große Zahl von Deutschen wegen der kriegsbedingten Evakuierung von Fabrikanlagen und Lehranstalten aus Lettland in das Innere Russlands (ab 1915) das Land. Zweitens deportierte die russische Führung zu Beginn des Krieges alle deutschen Staatsbürger nach Sibirien, insgesamt etwa 13 500 Personen mit deutscher und österreichischer Staatsbürgerschaft – darunter befanden sich auch viele Deutschbalten; die russische Regierung verdächtigte diese der Spionage für das deutsche Kaiserreich. Drittens lebten zunächst in Lettland auch Deutsche aus dem Deutschen Reich, die schon früher in das Gebiet des späteren Lettlands gekommen waren, um dort nach Arbeit zu suchen. Nur ein kleiner Teil

Flüchtlingen, die während des Ersten Weltkrieges das Baltikum verlassen wollten oder mussten, kehrten in der Zeit von Juni 1920 bis Ende des Jahres 1925 etwa 219 000 Personen nach Lettland zurück. Der größte Teil von ihnen waren Letten. Nach der Rückkehr der meisten Flüchtlinge kam die zweite Volkszählung im Jahr 1925 auf eine Gesamtbevölkerungszahl von 1 790 934 Personen; vgl. 20. gadsimta Latvijas vēsture. II. (wie Anm. 10), S. 296.

²⁶ Ebenda.

²⁷ Nach der Annahme eines Amnestiegesetzes und Klärung der politischen Situation in Lettland kehrten etwa 8 000 bis 10 000 Flüchtlinge zurück; vgl. Hehn, Umsiedlung (wie Anm. 22), S. 15.

²⁸ Otrā tautas skaitīšana Latvijā (wie Anm. 18), S. 10.

²⁹ Skujenieks, Zeme un iedzīvotāji (wie Anm. 8), S. 255.

³⁰ Ebenda.

³¹ 20. gadsimta Latvijas vēsture. II. (wie Anm. 10), S. 296; Skujenieks, Latvieši svešumā (wie Anm. 9), S. 109; ders., Zeme un iedzīvotāji (wie Anm. 8), S. 255.

von ihnen blieb später in Lettland. Allerdings ist es kaum möglich, diese Reichsdeutschen zahlenmäßig von den Deutschbalten zu unterscheiden.³²

Viertens reduzierte sich die Zahl der Deutschen sehr stark durch den Angriff der Roten Armee bzw. der Bolschewisten und durch Flucht aus Angst vor Repressionen durch das sowjetische Regime. Tatsächlich gab es von Januar bis Mai 1919 zahlreiche deutschbaltische Todesopfer durch die Gewaltanwendung des bolschewistischen Regimes. Während der bolschewistischen Herrschaft in Riga wurden noch 36 812 Deutsche in Riga gezählt. Man muss allerdings annehmen, dass die Zahl der Deutschen in Riga damals tatsächlich höher war, denn wegen der Deutschfeindlichkeit des bolschewistischen Regimes gaben sich damals viele Rigenser ungern als Deutsche aus.³³ 17 Monate später, bei der Volkszählung von 1920, wurden nur noch 28 571 Deutsche gezählt; somit hatte sich die Anzahl der Deutschen in der Hauptstadt des Landes um mehr als 8 000 verringert.³⁴

Einen ebenso großen Einfluss auf die Entscheidung, Lettland zu verlassen, hatte fünftens der Sieg der estnischen und lettischen Armee bei Wenden (Cēsis) über die Baltische Landeswehr. Nach der so genannten Schlacht von Wenden im Juni 1919, als sich in deren Folge die Baltische Landeswehr und die deutschen Truppen aus Riga zurückziehen mussten, verließ mit ihnen ein erheblicher Teil der deutschen Zivilbevölkerung Lettland. Sechstens betraf die Auswanderung besonders die Großgrundbesitzer und die deutschbaltische Intelligenz mit Hochschulbildung. Bereits vor der Auflösung der deutschen Ritterschaften in Lettland kamen die ersten deutschbaltischen Aristokraten und Landadligen nach Deutschland. Im Februar 1920 wurden in Deutschland 1 500 Deutschbalten dieser sozialen Gruppe gezählt. Nach Angaben von deutschbaltischen Autoren wanderte fast die Hälfte der Mitglieder der Livländischen Ritterschaft nach Deutschland aus.³⁵ Die Anzahl der Angehörigen der baltischen Ritterschaft in Lettland und Estland betrug zu jenem Zeitpunkt nur noch etwa 900 Personen.³⁶

³² Skujenieks, *Latvieši svešumā* (wie Anm. 9), S. 9.

³³ Ebenda.

³⁴ Ebenda.

³⁵ H. von Samson, *Der Livländische Gemeinnützige Verband 1920–1939*, in: *Zur Geschichte der Ritterschaften von Livland und Oesel*. Pfaffenhofen a.d.I. 1974, S. 21.

³⁶ H. v. Blanckenhagen, *Der Verband der Angehörigen des Livländischen Stammadels*, in: *Zur Geschichte* (wie Anm. 35), S. 59.

Dass deutschbaltische Adlige Lettland verstärkt verlassen wollten, belegt die Zahl ihrer Antragsformulare auf Ausstellung eines Auslandspasses der Republik Lettland, der es ihnen rechtlich ermöglichte, die Grenze zu überqueren.³⁷ Am 12. Dezember 1918 verließ eine Gruppe von Deutschbalten Lettland in Richtung Deutschland und Holland. Im Juli 1919 wanderten weitere 100 von ihnen nach Deutschland aus. Unter ihnen waren Angehörige der Familien v. Lieven (nach Pommern und Schweden) und v. Campenhausen, Gräfin Frieda v. Lamsdorff, Professor v. Glasenapp sowie die Barone Stempel (Richtung Italien) und v. Stritzky (nach Deutschland).³⁸ Einige der Auswanderer kehrten später zurück, so etwa der Vorsitzende der Livländischen Ritterschaft Landmarschall Baron Pilar v. Pilchau. Viele, die schreckliche oder negative Erfahrungen gemacht hatten, gaben den Gedanken auf, jemals nach Lettland oder Estland zurückkehren zu wollen.

Zu Beginn der 1920er Jahre waren darüber hinaus die Beziehungen zwischen der deutschbaltischen Emigration im Ausland, vor allem im Deutschen Reich, und den in Lettland lebenden Deutschbalten angespannt, was in unterschiedlichen Ansichten über die politische Linie der zurückgebliebenen Deutschbalten in Lettland begründet war.³⁹ Daher bestand bei der deutschbaltischen Führung in Lettland während der 1920er Jahre ein dauerhaftes Interesse an der deutschbaltischen Emigration in Deutschland. Über Fragen der Rückkehr der Emigranten und des Kontaktes zu ihnen wurde häufig auf den Ausschusssitzungen der verschiedenen deutschbaltischen politischen Parteien beraten.⁴⁰ Um ihnen ihre Politik in Lettland zu erklären, reisten die beiden deutschbaltischen Politiker Wilhelm v. Fircks und Paul Schiemann mehrmals zu den im Ausland lebenden Deutschbalten.⁴¹

Die zweite Auswanderungswelle aus der Republik Lettland zu Beginn der 1920er Jahre wurde durch vier verabschiedete Gesetze ausgelöst: das Gesetz über die Staatsbürgerschaft vom 23. August 1919, das Amnestiegesetz vom 19. August 1920, das Gesetz über die Auflösung der deutschen Ritterschaften vom 29. Juni 1920 sowie das Gesetz zur Agrarreform vom 16. September 1920. Diese verschiedenen Gesetze

³⁷ LVVA, Best. 3234, Verz. 12, A. 9, S. 1, 27, 33, 51 u. 86.

³⁸ LVVA, Best. 3234, Verz. 30, A. 28, S. 3, 5, 7, 8, 10, 15, 18, 20, 23 f., 40, 44, 51.

³⁹ Rigasche Rundschau v. 9. September 1921.

⁴⁰ LVVA, Best. 2626, Verz. 1, A. 1s, S. 161; A. 2s, S. 5 ff.

⁴¹ Paul Schiemann, Heimat und Emigration, in: Rigasche Rundschau v. 3. September 1921 u. 9. September 1921.

lösten scharfe Proteste unter den Deutschbalten aus. So betraf etwa das Amnestiegesetz, das zwischen November 1919 und August 1920 heftig diskutiert wurde, das Schicksal derjenigen Deutschbalten, die sich am Libauer Putsch im April 1919 und an der deutschfreundlichen Regierung unter Andrievs Niedra beteiligt hatten, sowie diejenigen, die an der so genannten Schlacht von Wenden im Juni 1919 gegen die lettische Armee und an der Belagerung Rigas durch die weißrussischen Truppen unter Bermond-Awaloff im Oktober und November 1919 teilgenommen hatten.

Viele Mitglieder der Baltischen Landwehr, darunter Teilnehmer des Libauer Putsches vom 16. April 1919 und Teilnehmer der Schlacht von Wenden, befanden sich zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Gesetzes zum Teil in Lettland, zum Teil bereits auf dem Weg nach Deutschland, waren aber noch bereit, nach Lettland zurückzukehren. Im Amnestiegesetz, das die Verfassungsgebende Versammlung am 19. August 1920 verabschiedete, war vorgesehen, dass von der Amnestie solche Personen ausgenommen würden, die sich freiwillig an Versuchen beteiligt hatten, auf gewalttätige Weise die Regierung zu stürzen oder das Territorium des Staats aufzuteilen. Nach der Verabschiedung des Amnestiegesetzes und der Klärung der politischen Situation in Lettland kehrten etwa 10 000 deutschbaltische Flüchtlinge in das Land zurück.⁴²

Das Gesetz zur Agrarreform, das am 16. September 1920 ebenfalls durch die Verfassungsgebende Versammlung verabschiedet wurde und das die Durchführung der Reform innerhalb der nächsten 16 Jahre vorsah, beraubte die deutschbaltischen Gutsbesitzer ihrer wirtschaftlichen Grundlage und zerstörte ihre politische Herrschaft auf dem Lande. Die Agrarreform veränderte die Landverteilung radikal und löste größte Proteste und Einwände von deutscher Seite aus. Diese Proteste bildeten später den Grund dafür, dass wegen der Agrarreform zwei Volksabstimmungen in Fragen, die die Deutschbalten berührten, stattfanden. Auch wenn den ehemaligen Großgrundbesitzern die Gutszentren gelassen wurden, so zeigten sie kein Interesse, diese zu bewirtschaften, und verkauften in vielen Fällen ihr Land in den 1930er Jahren.⁴³ Als die Deutschbalten im Jahr 1939 umsiedelten, blieben nur noch etwa 1 500 Ländereien mit insgesamt etwa 45 000 ha Land zurück. Auch der Anteil der Deutschen unter der Landbevölkerung Lettlands wurde geringer. So waren 1935

⁴² Wolfgang Wachtsmuth, *Von deutscher Arbeit in Lettland*. Bd. 1, Köln 1951, S. 341.

⁴³ 20. gadsimta Latvijas vēsture. II. (wie Anm. 10), S. 341.

nur 0,9% der Landbevölkerung Lettlands Deutsche. Offensichtlich löste die Agrarreform eine neue Auswanderungswelle aus, die vor allem aus deutschen Kolonisten und ehemaligen Mitglieder der Landeswehr bestand. Die deutschen Bauern-Kolonisten, die nach der Revolution von 1905 ins Land gekommen waren, lebten und wirtschafteten auf Landgütern von Deutschbalten, jedoch ohne eine juristische Regelung der Eigentumsverhältnisse. Durch die Enteignung der deutschen Landgüter wurden auch diese – teilweise bereits wohlhabenden – Bauern zu Landlosen und verloren die Quelle ihres Einkommens. Nach Angaben von deutschbaltischen Historikern verließen aufgrund der Landreform in Lettland etwa 12 000 deutsche Bauern von anfänglich etwa 15 000 bis 20 000 Personen (zusammen mit Familienangehörigen) das Land.⁴⁴ Ziel der auswandernden Bauern war zumeist Kanada und Brasilien.⁴⁵

Während der Agrarreform diskutierte die deutschbaltische Parlamentsfraktion das Schicksal der deutschen Kolonisten, welches ein wichtiges Thema für die deutschbaltischen Politiker während der Zwischenkriegszeit in Lettland blieb. Dies begründete sich durch mehrere Aspekte, wie etwa die Frage des Umfangs des deutschen Landbesitzes oder der Konsolidierung der deutschbaltischen Volksgruppe insgesamt. Auch die Sitzungsprotokolle des „Ausschusses der Deutschbaltischen Parteien“ zu Beginn der 1920er Jahre belegen, dass die Frage der deutschen Kolonisten regelmäßig behandelt wurde.⁴⁶ Am 22. Mai 1921 gab der Vorsitzende des Ausschusses, Paul Schiemann, bekannt, dass ein Großteil der deutschen Kolonisten beabsichtige, Lettland zu verlassen und nach Südamerika auszuwandern.⁴⁷

Als weiteren Grund für deutschbaltische Kolonisten, das Land zu verlassen, nannten deutschbaltische Politiker auch die Tätigkeit von baptistischen Predigern, die den Gedanken zur Auswanderung nach Amerika oder Brasilien förderten.⁴⁸

Um diesen Absichten zu begegnen, wurde in der Zeitung „Der Deutsche Bote“ eine Reihe von Artikeln veröffentlicht, die die deutschen Bauern dazu bewegen sollte, in Lettland zu bleiben.⁴⁹ Auch Pfarrer K. Schulz und Baron W. v. Firks, die im „Ausschuss der

⁴⁴ Hehn, Umsiedlung (wie Anm. 22), S. 15.

⁴⁵ Skujenieks, Latvieši svešumā (wie Anm. 9), S. 129.

⁴⁶ LVVA, Best. 2626, Verz. 1, A. 2s, S. 10 f.

⁴⁷ LVVA, Best. 2626, Verz. 1, A. 2s, S. 10 f.; Wachtsmuth, Von deutscher Arbeit (wie Anm. 42), S. 342.

⁴⁸ LVVA, Best. 2626, Verz. 1, A. 2s, S. 10 f.

⁴⁹ Vgl. Der Deutsche Bote (Jahrgänge 1920 bis 1929).

Deutschbaltischen Parteien“ für die Kolonisten zuständig waren, trafen sich mit vielen Familien der deutschen Bauern, um ihnen die Auswanderung auszureden. In einer Versammlung der Deutschbaltischen Volksgemeinschaft berichtete Schulz, dass das Auswanderfieber der deutschen Kolonisten zurückgegangen sei, dennoch seien bis zum Januar 1930 bereits insgesamt etwa 5 000 Personen (nach Angaben von Schulz) ausgewandert.⁵⁰ Vergleichsweise stark verbunden mit ihrem Grund und Boden waren die deutschen Bauern in der Kolonie Hirschenhof, etwa 1 700 bis 1 800 Personen. Deren Bodenrechte waren besser abgesichert und wurden nicht durch die Agrarreform angefochten.

Der deutschbaltische Statistiker Hans Handrack beschäftigte sich in seinen Arbeiten zur demografischen Situation der Deutschbalten in Lettland besonders mit den Veränderungen der deutschbaltischen Bevölkerungszahl in der Zeit von 1925 bis 1930. Er stellte fest, dass in den Jahren 1925 bis 1930 ein Rückgang der deutschen Bevölkerung um 1 109 Personen zu verzeichnen war.⁵¹ Darunter waren 844 Todesfälle, die nicht durch Geburten ausgeglichen wurden, aber auch 265 Personen, die ins Ausland ausgewandert waren.⁵² Tatsächlich war die Zahl der Auswanderer in dieser Phase (1925 bis 1930) höher, da etwa 600 deutsche Kolonisten Kurland in Richtung Amerika verließen.⁵³ Doch wurden sie in der Statistik als Ausländer ausgewiesen, da sie nicht die lettische Staatsbürgerschaft erhalten hatten.

Sehr wichtig war die Frage der Entschädigungszahlungen für das enteignete Land der Gutsbesitzer, die im Parlament (Saeima) am 3. April 1924 debattiert wurde. Schließlich fand der Entwurf der sozialdemokratischen Abgeordneten, der vorsah, für die enteigneten Landgüter keine Entschädigung zu zahlen, die Parlamentsmehrheit.

Am 14. April 1924 wurde das entsprechende Gesetz verabschiedet. Vermutlich hatte auch eine Volksabstimmung vom Dezember 1923 einen großen Einfluss auf die Entscheidungsfindung im Parlament. Im Ergebnis wandte sich die Volkabstimmung gegen eine Entschädigung der ehemaligen Besitzer des enteigneten Landes.⁵⁴ Die große

⁵⁰ Wachsmuth, Von deutscher Arbeit (wie Anm. 42), S. 343.

⁵¹ M. Skujenieks, *Latvijas statistikas atlas* [Statistischer Atlas Lettlands]. Rīga 1938, S. 14.

⁵² H. Handrack, Die Bevölkerungsentwicklung der deutschen Minderheit in Lettland. Eine Untersuchung über die Entwicklung der deutschen Bevölkerung Lettlands unter Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung der übrigen in Lettland lebenden Nationalitäten. Jena 1932, S. 21 u. 30; Skujenieks, *Latvijas statistikas atlas* (wie Anm. 51), S. 14.

⁵³ Handrack, Bevölkerungsentwicklung (wie Anm. 52).

⁵⁴ Dennoch muss man bemerken, dass die Regierung insgeheim beträchtliche Entschädigungen für enteignete Landgüter an Ausländer zahlte. So zahlte Lettland an Polen bis

Aufmerksamkeit, die der Frage der Entschädigung für die enteigneten Güter zuteil wurde, ist verständlich, wenn man in Betracht zieht, dass sich der Wert des enteigneten Landes, das während der Umsetzung der Agrarreform beschlagnahmt worden war, nach Berechnungen von den Deutschbalten selbst auf eine Summe von etwa 60 Milliarden lettischer Rubel oder etwa 1,2 Milliarden Goldfranken belaufen hatte.

Die enteigneten Landgüter waren nicht selten stark mit Schulden belastet, die der Staat zumeist mit der Enteignung übernehmen musste. Um die enteigneten Landgüter von ihren Hypothekenschulden zu entlasten, bewilligte die Regierung im Jahr 1922 4,4 Millionen Lats.

Auch das Gesetz über die Staatsbürgerschaft der Republik Lettland, das das Vorparlament, der Volksrat, am 23. August 1919 verabschiedete, betraf viele Deutschbalten. So erhielten die deutschen Kolonisten nicht die lettische Staatsbürgerschaft und konnten daher auch kein Land beantragen, wie das für die übrigen lettischen Landlosen möglich war. Die Deutschbaltische Partei nahm sich zwar auch dieser Frage an, dennoch gingen die Diskussionen sowohl im Ausschuss der Deutschbaltischen Partei als auch später innerhalb der Deutschbaltischen Volksgemeinschaft in Lettland nur zögerlich voran. Bedeutsam war, dass das lettische Staatsbürgerrecht nicht nur das Schicksal der deutschen Bauernkolonisten, sondern die gesamten, deutschbaltischen Migrationsprozesse beeinflusste.

Mit diesem Gesetz wurde die Staatsbürgerschaft jeder Person, unabhängig von deren Nationalität und Konfession, zuteil, die in Lettland wohnte, dort geboren war oder vor dem 1. August 1914 bzw. dem Ersten Weltkrieg auf dem Territorium des späteren Lettland gemeldet war. Zudem durften die Personen am Tage des Inkrafttretens des Gesetzes, dem 5. September 1919, keine andere Staatsbürgerschaft besitzen. In § 3 des Gesetzes wurde festgelegt, dass Personen, die sich um die Staatsbürgerschaft der Republik Lettland bewarben, innerhalb eines halben Jahres die Zusage zur Erteilung der Staatsbürgerschaft erhalten mussten. Der Termin für Personen, die sich im Ausland aufhielten, wurde auf ein Jahr verlängert. Gleichwohl legten die Angehörigen nationaler Minderheiten keine besondere Eile an den Tag, die Staatsbürgerschaft Lettlands anzunehmen. Ganz offensichtlich misstrauten sie dem noch jungen Staat.⁵⁵

1939 5 397 500 Lats für die enteigneten Landgüter deren Staatsbürger. Zudem wurden weitere 877 000 Lats an Staatsbürger aus Italien, Frankreich, der Schweiz und Finnland für Enteignungen ausbezahlt.

⁵⁵ 20. gadsimta Latvijas vēsture. II. (wie Anm. 10), S. 308.

Das Gesetz über die Staatsbürgerschaft erlebte in der Folge mehrere Änderungen. So nahm die Verfassunggebende Versammlung am 7. Oktober 1921 eine Änderung vor, die vorsah, dass Personen, die sich für die lettische Staatsbürgerschaft in Lettland bewarben, mindestens 20 Jahre vor dem Ersten Weltkrieg dort auch gelebt haben bzw. dort bis zum Jahre 1881 ansässig gewesen sein mussten.⁵⁶ Sofort nach Annahme der Gesetzesänderung durch die Verfassunggebende Versammlung reiste der deutschbaltische Abgeordnete Paul Schiemann zu einer internationalen Konferenz der Vertreter europäischer Minderheiten in Wien, wo er im Namen der größten und einflussreichsten Minderheit Lettlands die Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts verurteilte.⁵⁷ Die Stimmung unter den Deutschbalten war ohnehin gereizt, weil der 22. Juni, der Jahrestag der so genannten Schlacht von Wenden mit der Niederlage der Baltischen Landeswehr, in Lettland zum staatlichen Feiertag erhoben wurde.⁵⁸

1926 reichten deutschbaltische Abgeordnete im Parlament einen Antrag auf Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts ein und forderten, dass es auch für einen Teil der ehemaligen Mitglieder der Bermond-Awaloff-Armee möglich gemacht werden müsse, die Staatsbürgerschaft zu erhalten. Zwar blieb dieser Antrag erfolglos, doch wurde in einer Gesetzesänderung aus dem Jahr 1927 der zuvor geforderte Aufenthalt im Lande, laut dessen Staatsbürgerschaftsanwärter 20 Jahre vor dem Ersten Weltkrieg im Land hätten wohnen sollen, auf ein halbes Jahr verkürzt. In einem Referendum am 17. und 19. Dezember 1927 gelang es Gegnern der Änderung nicht, die erforderliche Stimmzahl für eine Rücknahme der Änderung zu erreichen, sodass es den Minderheiten in diesem Fall gelang, eine ihrer Forderungen durchzusetzen.⁵⁹

Eine weitere deutschbaltische Gruppe, die aufgrund des Staatsbürgerschaftsgesetzes und anderer Gesetze auswanderte, bestand aus ehemaligen Mitgliedern der Baltischen Landeswehr, die als besondere Teilnehmergruppe am lettischen Freiheitskrieg nicht das Recht zugesprochen bekommen hatten, für ihre Kriegsteilnahme Land zu erhalten. Am 26. Mai 1928 verabschiedete die Regierung eine Änderung des Agrarreformgesetzes, die die Lage der Teilnehmer am Freiheitskrieg verbesserte und sie berechtigte, Land zugeteilt zu bekommen.

⁵⁶ Ebenda.

⁵⁷ Brīvā Zeme v. 11. Oktober 1921; Segodnaja v. 9. Oktober 1921.

⁵⁸ 20. gadsimta Latvijas vēsture. II. (wie Anm. 10), S. 308.

⁵⁹ Ebenda, S. 309.

Die deutsche Parlamentsfraktion war der Auffassung, dass unter diese Kategorie auch die ehemaligen Landeswehrangehörigen fallen müssten, da diese nach der Schlacht von Wenden im Juni 1919 in die Armee Lettlands eingegliedert und an die lettgallische Front zum Kampf gegen die Rote Armee versetzt worden waren. Im Januar 1920 befanden sich noch etwa 4700 Soldaten in der Baltischen Landeswehr, das entsprach etwa 5,7% der gesamten lettischen Streitkräfte. Für die Teilnahme an Operationen zur Befreiung Lettgallens hatten immerhin 54 Deutschbalten die höchste militärische Auszeichnung Lettlands, den Lāčplēšis-Orden (Bärenötter-Orden), erhalten.

Aufgrund von Bodenknappheit konnte jedoch nicht allen Personen, die während der Agrarreform einen Antrag auf Zuteilung von Land gestellt hatten, ihr Antrag auch positiv beschieden werden. Das zentrale Komitee zur Landverteilung nahm aufgrund der angenommenen Überarbeitung des Gesetzes durch die Regierung auch ehemalige Angehörige der Landeswehr in diejenige Kategorie der Teilnehmer am Bürgerkrieg auf, denen als erste von allen Antragstellern Land zugeteilt werden sollte. Diese Entscheidung führte zu scharfen Protesten in der lettischen Gesellschaft. In einer Volksabstimmung, die von den Sozialdemokraten initiiert worden war und vom 4. bis 25. August 1929 in Lettland stattfand, stimmten 206807 Personen dagegen, dass auch ehemalige Angehörige der Landeswehr zu dem Personenkreis gehören sollten, die Land erhalten sollten. In der Presse wurde der Protest mit dem bereits genannten Libauer Putsch vom 16. April 1919 und der so genannten Schlacht von Wenden begründet. Aufgrund des Druckes der öffentlichen Meinung, insbesondere des Ergebnisses der Volksabstimmung, stimmte die Mehrheit der Abgeordneten der Saeima am 22. November 1929 gegen die Aufnahme ehemaliger Soldaten der Landeswehr in den Personenkreis der Landempfänger.

Die genannten vier Gesetze sahen direkt keine Ausreise von Deutschen vor, doch verursachte ihre Verabschiedung sowie die damit verbundenen öffentlichen Diskussionen unzweifelhaft eine Abwanderung von Deutschbalten. Dies belegen die Anträge für Auslands-pässe.⁶⁰

Eine große Gruppe unter den deutschbaltischen Auswanderern bildete die studentische Jugend, die vor allem an Universitäten in Deutschland und Österreich (Wien, Innsbruck und Graz) studierte.

⁶⁰ LVVA, Best. 3234, Verz. 30, A. 28, Bl. 3, 5, 7 f., 10, 15, 18, 20, 23 f., 40, 44, 51.

Sowohl die Zusammensetzung deutschbaltischer Studenten im Ausland als auch die Phasen ihrer Ankunft waren unterschiedlich. Die erste Generation deutschbaltischer Studenten, die an deutschen Universitäten studierte, kam direkt nach dem Ersten Weltkrieg nach Deutschland. Viele von ihnen hatten während des Krieges an unterschiedlichen Fronten gekämpft, darunter auch in der Baltischen Landeswehr, und befanden sich bereits in Deutschland. Die zweite Generation deutschbaltischer Studenten an deutschen Universitäten kam 1919/20 nach Deutschland, als die ersten deutschbaltischen Auswandererfamilien bereits dort angekommen waren. Sie wurden in Deutschland in den Statistiken als „Balten“ bezeichnet. Die Gründe, ein Studium in Deutschland aufzunehmen, waren unterschiedlich: erstens wegen der starken lettischen Konkurrenz an der Lettischen Universität in Riga und an anderen lettischen Hochschulen; zweitens wegen unzureichender Kenntnisse der lettischen Sprache, denn die Lehre an der Lettischen Universität in Riga erfolgte nunmehr auf Lettisch. Vermutlich führte der Sprachfaktor auch dazu, dass viele deutschbaltische Studenten ihr Studium an österreichischen Hochschulen aufnahmen. Drittens gab es in Deutschland für ein Universitätsstudium umfangreichere Möglichkeiten mit sehr guten Berufsaussichten nach dem Studium. Hinzu kamen Zweifel an der Lebensfähigkeit der neuen baltischen Staaten sowie Misstrauen gegenüber den neuen Hochschulen in Lettland und deren Professionalität. Die deutschen Universitäten hingegen verfügten über ein großes Prestige und versprachen gute Zukunftsperspektiven.

Viertens waren das Studium und die Lebenshaltungskosten in Deutschland durch die Nachkriegsinflation sehr günstig. Es wird angenommen, dass ein Grund für die Auswanderung vieler deutschbaltischer Jugendlicher und Studenten aus Lettland die Inflationszeit der Jahre 1922 und 1923 war.⁶¹ Die günstigen Lebensverhältnisse in Deutschland waren möglicherweise auch die Ursache dafür, dass viele Studenten nach ihrem Studium in Deutschland blieben. Fünftens nutzten die deutschen Universitäten zweifelsohne nach dem Ersten Weltkrieg ihre akademische Ausbildungstradition, um Studenten aus dem Ausland anzulocken. Sechstens kam für die Studienwahl der deutschen Sprache für die Wissenschaftswelt und die ökonomischen Entwicklungen im Europa der Zwischenkriegszeit eine bedeutende Rolle zu.

⁶¹ Wolfgang Wachtsmuth, *Von deutscher Arbeit in Lettland*. Bd. 2, Köln 1952, S. 139.

Siebtens schließlich erfuhren zu Beginn der 30er Jahre, als die Finanz- und Wirtschaftskrise auch Lettland erreichte, die Deutschbalten das Problem der Arbeitslosigkeit am eigenen Leibe, was gerade für junge Leute einen Grund zur Auswanderung bedeutete. Dies Problem wurde auch seitens der Führung der deutschen Minderheit in Lettland erkannt. Um es zu lösen, wurde in der deutschbaltischen Volksgemeinschaft ein Amt für Berufsberatung gegründet.⁶² Dennoch sorgten die Umstände jener Jahre dafür, dass viele deutschbaltische Studenten nach der Studienzeit ihren Beruf in Deutschland ausüben wollten.

Eine genaue Statistik zu den im Ausland studierenden Deutschbalten in den 1920er und 1930er Jahren ist nicht erhalten. Einige statistische Informationen sind dem Material des Hauptverbandes Studierender Balten in Deutschland zu entnehmen. Da aber nicht alle in Deutschland studierenden Deutschbalten diesem Verband beigetreten waren, kann man nicht davon ausgehen, dass diese Statistiken alle deutschbaltischen Studenten erfasst haben. 1921 wurden in Deutschland ca. 550 Studierende aus den baltischen Ländern gezählt, doch deren Staatsangehörigkeit wurde unterschiedlich angegeben. Man findet Bezeichnungen wie: „Staatenlose“, „Unbekannte“, „Balten“ oder sogar „deutsche Staatsangehörige“.⁶³ Erst seit dem Wintersemester 1922 sind genauere Statistiken vorhanden. Ihnen zufolge lag die Zahl deutschbaltischer Studenten an deutschen Hochschulen im akademischen Jahr 1923/24 am höchsten, es waren etwa 580 Studenten.⁶⁴ Später nahm die Studentenzahl stufenweise wieder ab. So lag deren Zahl 1925/26 bei 392 und 1929 nur noch bei 284 Studenten.⁶⁵ Dies hatte seinen Grund in veränderten wirtschaftlichen Umständen: das Ende der Inflation in Deutschland sorgte für eine Verteuerung des Studiums und der Lebensumstände in Deutschland. Die folgende Tabelle zeigt die ungefähre Zahl deutschbaltischer Studenten an deutschen Hochschulen, verglichen mit den Studenten am Herder-Institut Riga und an der Lettischen Universität Riga:

⁶² Wachtsmuth, *Von deutscher Arbeit*, Bd. 1 (wie Anm. 42), S. 309.

⁶³ Wachtsmuth, *Von deutscher Arbeit*, Bd. 2 (wie Anm. 61), S. 138.

⁶⁴ Ebenda.

⁶⁵ Ebenda, S. 139.

Tabelle 1: Zahl der deutschen Studierenden an Hochschulen in Lettland und Deutschland⁶⁶

Studienjahr	Herder-Institut	Deutsche Hochschulen ⁶⁷	davon aus Lettland	Lettische Universität Riga
1920/21	k.A.	k.A.	k.A.	215
1921/22	65	550	k.A.	236
1922/23	93	562	324	273
1923/24	124	580	k.A.	246
1924/25	144	523	155	286
1925/26	172	392	134	314
1926/27	157	362	148	343
1927/28	203	304	120	357
1928/29	215	284	112	k.A.
1929/30	193	k.A.	k.A.	418
1930/31	233	k.A.	k.A.	425
1931/32	221	k.A.	k.A.	441
1932/33	205	k.A.	k.A.	456
1933/34	192	k.A.	k.A.	448

Es müssen auch die jeweiligen Semester der im Ausland studierenden Studenten berücksichtigt werden, deren Zahl allmählich in den unteren Semestern zurückging. So belief sich die Zahl der Studenten im Studienjahr 1923/24 in den ersten sechs Semestern auf 354 Personen. 1924/25 waren es noch 208 Personen, 1925/26 141 Personen, im Jahr 1926/27 173 Personen und 1927/28 nur noch 101 Studenten.⁶⁸ Eine große Rolle für den Rückgang der Studentenzahlen in den unteren Semestern spielte die Propaganda in Lettland selbst. Ein Tätigkeitsbericht über zehn Jahre des Libauer Jungengymnasiums zeigt, dass nach Gründung der Republik Lettland unter den Schulabgängern die Wahl für den Studienort zumeist zu Gunsten einer deutschen Hochschule ausfiel. Doch Ende der 1920er Jahre und zu Beginn der 1930er Jahre wählte die Mehrheit der Schulabgänger eine Hochschule in Lettland. Auch die Stipendienpolitik der lettischen Regierung förderte den Rückkehrwillen derjenigen Stipendiaten, die

⁶⁶ Karl-Heinz Grundmann, *Deutschumpolitik zur Zeit der Weimarer Republik*. Hannover-Döhren 1977, S. 597.

⁶⁷ Es gibt keine Daten zu deutschbaltischen Studenten an österreichischen Hochschulen. Viele Studenten studierten sowohl am Herder-Institut als auch an der Lettischen Universität, so dass es in der Statistik zu Doppelzählungen kam.

⁶⁸ Wachsmuth, *Von deutscher Arbeit*, Bd. 2 (wie Anm. 61), S. 140.

Förderungen für einen Studienaufenthalt in Deutschland erhalten hatten, um das wissenschaftliche Niveau des jungen lettischen Staates zu fördern. Diese Strategie sollte der Stärkung des lettischen Staates dienen.

Ein weiterer Grund für den Wunsch, in Deutschland zu studieren, mag auch darin begründet sein, dass die private Hochschule der Deutschbalten in Lettland, das Herder-Institut in Riga, das seinen Lehrbetrieb 1921 aufnahm, nicht über genügend Lehrkräfte verfügte, um mit Universitäten in Deutschland konkurrieren zu können. Erschwert wurden die Umstände ferner dadurch, dass das Abschlussexamen in lettischer Sprache an der Lettischen Universität in Riga abgelegt werden musste.

Das Ergebnis der studentischen Emigration war die langsame Verringerung von akademisch ausgebildeten Deutschbalten der jungen Generation in Lettland. Gegen Ende des Ersten Weltkrieges waren es die 20- bis 25-Jährigen, die ein Studium in Deutschland aufnahmen oder ein bereits begonnenes fortsetzten. Ab 1930 wäre es diese Generation gewesen, die führende Positionen in der deutschbaltischen Gesellschaft in Lettland eingenommen hätte. So stellte W. Wachsmuth, deutschbaltischer Pädagoge, Publizist und Mitarbeiter deutschbaltischer Bildungseinrichtungen, fest, dass man im Baltikum eine ganze Generation verloren habe. Auch viele der zweiten Generation deutschbaltischer Studenten kehrten vom Studium aus Deutschland nicht nach Lettland zurück. Dies bedeutete freilich nicht, dass sie jegliche Verbindung zum Baltikum, wo ihre Angehörigen und Familien lebten, lösten. Es ist allerdings schwierig, präzise festzustellen, wie viele deutschbaltische Studenten, die im Ausland studierten, nicht mehr nach Lettland zurückkehrten.⁶⁹ Im Jahr 1925 beendeten beispielsweise 40 Balten ihr Studium in Deutschland, im Jahr 1927 waren es 56.⁷⁰ Untersucht man den Lebenslauf dieser 96 Absolventen, zeigt sich, dass 21 nach Lettland und Estland zurückkehrten und 61 im Ausland blieben. Von 14 Absolventen ist der Verbleib unbekannt.⁷¹

Es ist anzunehmen, dass es vor allem Auswanderer aus Lettland waren, die sich entschieden, in Deutschland zu bleiben, denn in Estland hatte die Universität Tartu (Dorpat) eine große Anziehungskraft. Der deutsche Historiker Karl-Heinz Grundmann hat die damaligen

⁶⁹ Ebenda.

⁷⁰ Ebenda, S. 140 f.

⁷¹ Ebenda, S. 141.

Statistiken zu Daten der Studenten aus Lettland, die ein Stipendium erhalten hatten, ihr Studium im Jahr 1918 aufnahmen, es bis 1928 beendeten und nach Lettland zurückkehren mussten, untersucht. Insgesamt waren es im Jahr 1928 132 Studenten. Von ihnen kehrten 35 nach Lettland zurück, 61 blieben in Deutschland und von 36 fehlen weitere Angaben. Umgerechnet kehrten 26% der Studenten nach Lettland zurück, während etwa 46% in Deutschland blieben, 49 Personen blieben, um dort zu arbeiten.⁷²

Auch in der deutschbaltischen Volksgruppe in Lettland wurde viel unternommen, um die Abwanderung der Studenten aus Lettland zu begrenzen. So wurde ein neues Stipendiensystem eingeführt: gleich, ob nur ein Semester, ein längeres Studium oder auch nur das Hauptstudium nach dem Grundstudium in Deutschland verbracht wurde, beendet werden musste das stipendiengeförderte Studium in Lettland.⁷³ In diese Richtung entwickelte sich auch die Stipendienpolitik. Stipendien wurden nicht an Studienanfänger, sondern nur an Studenten in höheren Semestern vergeben, die ebenfalls ihr Studium an lettischen Hochschulen beenden mussten.

Andererseits beeinflusste auch die Politik der Lettischen Universität in Riga die Entscheidung, im Ausland zu studieren. Die Bedingungen, die Studienzeit im Ausland an der Lettischen Universität Riga anerkennen zu lassen, veränderten sich und wurden schwieriger. Diese Bedingungen waren oft dafür verantwortlich, dass es den deutschbaltischen Studenten, die im Ausland studiert hatten, unmöglich wurde zurückzukehren. Diese Situation konnte sogar dazu führen, die lettische Staatsbürgerschaft zu verlieren. Daher war die deutschbaltische Volksgemeinschaft in Lettland auch darum bemüht, die lettländischen Deutschen von diesem Schritt abzuhalten.⁷⁴ In diese Richtung arbeitete die Stipendienpolitik der deutschbaltischen Arbeitszentrale. So wurden im Jahr 1925 Stipendien nur an zwölf Erstsemester-Studenten ausgezahlt, 1925 wurde bereits 29 Studenten des zweiten Semesters ein Stipendium gewährt, während sich die Gesamtzahl der Stipendiaten insgesamt auf 41 erhöhte.⁷⁵ Im Jahr 1929 erhielten 180 Studenten Stipendien bzw. andere Formen der Studienunterstützung.⁷⁶ Daraufhin sanken die Zahlen der in Deutschland Studieren-

⁷² Grundmann, Deutschtumspolitik (wie Anm. 66), S. 584.

⁷³ Wachsmuth, Von deutscher Arbeit, Bd. 2 (wie Anm. 61), S. 143.

⁷⁴ Ebenda, S. 144.

⁷⁵ Ebenda, S. 146.

⁷⁶ Ebenda.

den: Nach den Angaben des Hauptverbandes Studierender Balten in Deutschland waren im Wintersemester 1924/1925 insgesamt 238 deutschbaltische Studenten aus Livland und 75 deutschbaltische Studenten aus Kurland an deutschen Universitäten eingeschrieben. Insgesamt hatten 155 von ihnen die lettische Staatsbürgerschaft.⁷⁷ Im Sommersemester 1925 studierten noch 143 lettische Staatsbürger in Deutschland.⁷⁸ im Wintersemester 1925/26 waren nur noch 131 lettische Staatsbürger an deutschen Universitäten eingeschrieben.⁷⁹

Das Phänomen, dass deutschbaltische Studenten nicht nach Lettland zurückkehren wollten, wurde zu einem wichtigen Faktor, der negative Folgen auf die politische Führung der deutschbaltischen Volksgruppe hatte. Anfangs rekrutierte sich die deutschbaltische Führungselite aus jener Generation, die im zarischen Imperium aufgewachsen war, eine Zeit, zu der die Deutschbalten die in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht führende Schicht gewesen waren. Doch als diese Generation älter wurde und durch jüngere Deutschbalten hätte abgelöst werden sollte, fehlte es in der jüngeren Generation an Persönlichkeiten mit politischem Potenzial.⁸⁰ Dieser Mangel wurde besonders in den 1930er Jahren offensichtlich, als ganz deutlich ein verbindendes Element zwischen der „alten“ und der „jungen“ Generation fehlte. Das Generationenproblem in der Führung führte schließlich zum Bruch und zur langfristigen Störung der Beziehung zwischen den Generationen unter den Deutschbalten.⁸¹

Ab Mitte der 1920er Jahre erlebte Lettland eine Stabilisierung der politischen und ökonomischen Verhältnisse. Die Lebensverhältnisse und der Wohlstand stiegen. Auch die Politik des lettischen Staates gegenüber den ethnischen Gruppen wurde ausgewogener und überlegter; sie ermöglichte, Konflikte und Zwischenfälle zwischen den ethnischen Gruppen zu verhindern. So war es zwar ein Hauptziel der Letten, ihre Rolle als Titularnation zu stärken, gleichzeitig wurden aber auch die Rechte der nationalen Minderheiten gestärkt, was eine bessere Integration der Minderheiten in die Republik Lettland ermöglichte. Dennoch hielt die Abwanderung aus Lettland an, und die Rückkehr und Einwanderung in den lettischen Staat waren nur gering.⁸²

⁷⁷ Baltische Akademische Blätter (1926), Nr. 15, S. 12.

⁷⁸ Baltische Akademische Blätter (1927), Nr. 18, S. 12.

⁷⁹ Baltische Akademische Blätter (1928), Nr. 21, S. 10.

⁸⁰ Wachtsmuth, Von deutscher Arbeit, Bd. 2 (wie Anm. 61), S. 137.

⁸¹ Ebenda.

⁸² 20. gadsimta Latvijas vēsture. II. (wie Anm. 10), S. 303.

Dies galt auch für die Deutschbalten. Ihre Rückkehrbewegung nach Lettland war nicht besonders stark, aber die Abwanderung hielt an. Die Richtung der Auswanderungswelle erweiterte sich sogar über Westeuropa hinaus, auch Amerika, Palästina, Argentinien, die USA und Kanada wurden zu Zielen der Emigranten.⁸³ Man muss dazu bemerken, dass sich unter den Auswanderern auch Arbeiter befanden, die offensichtlich im Ausland in Fabriken und Betrieben nach Arbeit suchten.⁸⁴ Die Zahl der Auswanderer aus Lettland pro Jahr war nicht besonders hoch, glaubt man den Angaben des Innenministeriums, doch muss man dabei bedenken, dass es möglich war, dass viele bereits früher eine andere Staatsbürgerschaft angenommen hatten und damit in der Statistik nicht mehr als Auswanderer gezählt wurden.

So wanderte gemäß den Dokumenten der Abteilung für Emigration und Tourismus des Innenministeriums zur Registrierung von Emigranten im Zeitraum 1931 bis 1932 lediglich eine Person im April 1932 nach Nordamerika aus. Im Juli 1932 wanderten zwei Familien nach Kanada aus, und im Dezember desselben Jahres verließen fünf Familien Lettland ebenfalls in Richtung Kanada. Laut Berufsbezeichnung handelte es sich bei ihnen um Landwirte, zumeist frühere deutschbaltische Kolonisten.⁸⁵ Im April 1933 emigrierte eine Person, laut Berufsbezeichnung Arbeiter, nach Nordamerika. Auch im Dezember des Jahres 1936 wanderte eine Person in die USA aus.⁸⁶

Die Mehrheit der Auswanderer waren Letten.⁸⁷ Grund für deren Abwanderung ist in der schwierigen wirtschaftlichen Situation und den politischen Verhältnissen zu suchen. Nichtletten wanderten in den 1930er Jahren weniger aus und entschieden sich häufiger, in Lettland zu bleiben. Ein typischer deutschbaltischer Migrant in den 1930er Jahren war ein Mann im Alter von 50 bis 60 Jahren oder älter, der Lettland nur für eine bestimmte Zeit oder einen kurzen Zeitraum verließ.

⁸³ Ebenda; LVVA, Best. 3234, Verz. 12, A. 9, Bl. 1 u. 27.

⁸⁴ LVVA, Best. 3234, Verz. 12, A. 9s, Bl. 1 u. 27.

⁸⁵ LVVA, Best. 3234, Verz. 12, A. 9s, Bl. 27 u. 33.

⁸⁶ Ebenda, Bl. 33.

⁸⁷ Außerhalb Lettlands lebten in den 1930er Jahren 222 300 Letten, überwiegend in Russland, d.h. 13,8% aller Letten. Auf jeden siebten in Lettland lebenden Letten kam ein Lette, der ausgewandert war oder auswanderte.

Tabelle 2: Natürliches Wachstum der Deutschen in Lettland zwischen 1925 und 1937⁸⁸

Jahr	Deutsche auf 1000 Angehörige der deutschen Minderheit (%)	
1925	+4	+0,06
1930	-242	-3,46
1935	-450	-7,27
1936	-459	-7,46
1937	-465	-7,62

Die Zahl der Deutschen in Lettland verringerte sich bis 1930 auf 69 855 bzw. auf 3,5% der gesamten Bevölkerung des Landes. Fünf Jahre später belief sich die Gesamtzahl der Lettlanddeutschen nur noch auf 62 144 oder 3,2% der Gesamtbevölkerung Lettlands.⁸⁹ In Riga stieg die Zahl der deutschen Einwohner in den Jahren 1925 bis 1930 auf 44 105 Personen, doch bis 1935 verringerte sich ihre Zahl wieder auf 38 523.⁹⁰ Diesen Rückgang der Bevölkerungszahl der Deutschbalten erklären Historiker mit der langsamen Überalterung der Volksgruppe und der geringen Kinderzahl in deutschbaltischen Familien. Daher machte im Zeitraum 1934/35 die Zahl der Deutschbalten im Alter von über 50 Jahren ein Drittel der gesamten Volksgruppe aus.⁹¹ Als einen weiteren Grund für den Rückgang der deutschen Bevölkerungsgruppe machten deutschbaltische Politiker bereits damals auch Mischehen aus. So stieg in der Zeit von 1925 bis 1937 die Zahl der Mischehen mit Letten auf 25,9% aller geschlossenen Ehen. Hinzu kam, dass durch die neue Schulpolitik nach dem Ausbildungsgesetz vom 17. Juli 1934, die im Grunde der politischen Linie folgte, die der lettische Erziehungsministers Atis Kēniņš seit Beginn der 1930er Jahre eingeschlagen hatte, Kinder aus gemischten Familien lettische Schulen besuchen mussten, was deren Lettisierung förderte.⁹²

Bis 1939, dem Jahr der deutschbaltischen Umsiedlung aus Lettland, sank die Zahl der Deutschbalten nochmals. Wenn auch in jenem Jahr keine offizielle Volkszählung durchgeführt wurde, führte

⁸⁸ *Latvija skaitļos 1938* [Lettland in Zahlen], red. v. A. Maldups. Riga 1938, S. 110.

⁸⁹ *Ceturtais tautas skaitīšana Latvijā 1935. gadā* [Die vierte Volkszählung in Lettland im Jahr 1935], hrsg. v. Valsts Statistiskā Pārvalde. Bd. I-II, Riga 1936; Bd. III-V, Riga 1937, hier Bd. IV, S. 310-313.

⁹⁰ J. Intelmann, Zur Frage der natürlichen Bevölkerungsbewegung der Deutschen Rigas 1800-1937, in: *Baltische Monatshefte* (1939), S. 89.

⁹¹ Hehn, Umsiedlung (wie Anm. 22), S. 15.

⁹² K. Baron Maydell, Die Baltendeutschen vor ihrer Umsiedlung. Ein statistischer Rückblick, in: *Jomsburg* 4 (1940), S. 84.

das lettische Amt für Statistik 1939 im Jahr der Umsiedlung und am Vorabend des Weltkrieges eine Erhebung über die Anzahl der Deutschbalten durch. Das Ergebnis ergab die Zahl von 54 567 deutschen Staatsbürgern in Lettland.⁹³ Daraus lässt sich schließen, dass die Zahl der Deutschen von 1935 bis 1939 um weitere 7 551 Personen gesunken war.⁹⁴ Nach Auffassung deutschbaltischer Historiker lag der Hauptgrund für den Rückgang der Deutschbalten in den 1930er Jahren vor allem in der Politik des autoritären Regimes unter Kārlis Ulmanis.⁹⁵ Die deutschbaltische Führung war sich der möglichen Folgen der von Ulmanis verfolgten Politik bewusst. Erhard Kroeger, einer der deutschbaltischen Führer der 1930er Jahre, stellte fest, dass die Führung der Deutschbalten zwar den Wunsch von im Ausland studierenden Deutschbalten, nach dem Studium in Deutschland zu bleiben, nicht gefördert, die politische Situation in Lettland aber das Gegenteil bewirkt habe.⁹⁶ Auch die Delegierten der Deutschbaltischen Volksgemeinschaft in Lettland diskutierten diese Frage und stellten 1936 fest, dass die damals erfolgte Kammergesetzgebung des autoritären Regimes unter Ulmanis negative Folgen für die deutschbaltische Volksgruppe hatte,⁹⁷ das gesellschaftliche Leben stagniere, der Lebensstandard der Deutschbalten gesunken⁹⁸ und die Arbeitslosigkeit gestiegen sei.⁹⁹

Auch lettische Statistiker befassten sich mit der Abwanderung bzw. Emigration aus Lettland in den 1930er Jahren, so etwa der bedeutende Statistiker und Politiker Marģers Skujenieks, der 1938 einen statistischen Atlas zu Lettland verfasste und sich u.a. auch der Analyse der demografischen Situation der Deutschbalten der 30er Jahre widmete. Nach seinen Berechnungen verringerte sich die Zahl der Deutschbalten in Lettland in den Jahren 1925 bis 1935 um 8 820 Personen.¹⁰⁰ 1925 endete die Rückkehr von Flüchtlingen des Ersten Weltkrieges aus Lettland in ihre ursprüngliche Heimat. Ab 1925,

⁹³ LVVA, Best. 5969, Verz. 1, A. 389, Bl. 3.

⁹⁴ LVVA, Best. 5969, Verz. 1, A. 389, Bl. 3.

⁹⁵ Hehn, Umsiedlung (wie Anm. 22), S. 15; Maydell, Die Baltendeutschen (wie Anm. 92), S. 84.

⁹⁶ Erhard Kroeger, Der Auszug aus der alten Heimat. Die Umsiedlung der Baltendeutschen. Tübingen 1967, S. 40.

⁹⁷ Bericht über den Delegiertentag des Verbandes „Deutschbaltische Volksgemeinschaft in Lettland“ vom 3.7.1936. Riga 1936, S. 4.

⁹⁸ Ebenda, S. 6 f.

⁹⁹ Protokoll des Delegiertentages des Verbandes „Deutschbaltische Volksgemeinschaft in Lettland“ vom 30.4.1933. Riga 1933, S. 14 u. 21.

¹⁰⁰ Skujenieks, Latvijas statistikas atlās (wie Anm. 51), S. 14.

als die Rückkehrwelle der aus Lettland nach Russland Geflüchteten und Evakuierten abebbte, erfolgte der Wandel in der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung ohne bemerkenswerte Brüche. Insgesamt schätzte Skujenieks die Emigration und Immigration bis zum Jahr 1935 als gering ein; sie betraf vor allem wenige Juden, Deutsche und Litauer, die das Land verlassen hatten.¹⁰¹

Unter den ethnischen Minderheiten nahmen die Deutschen eine Sonderrolle ein.¹⁰² Beginnend mit dem Jahr 1926 war in der deutschen Bevölkerungsgruppe die Zahl der Geburten unvermindert kleiner als die Zahl der Todesfälle. In der Zeit von 1926 bis ins Jahr 1937 verringerte sich daher die Gesamtzahl der Deutschen auf natürliche Weise um 3 876.¹⁰³ Innerhalb von 53 Jahren, im Zeitraum von 1881 bis 1935, sank die Zahl der Deutschen um mehr als die Hälfte; in Zahlen ausgedrückt handelte es sich um einen Rückgang von 58 073 Personen bzw. eine Verringerung um 48,3%.¹⁰⁴ Auch der mechanische Wandel des Bevölkerungsanteils der Deutschen war auffällig. In der Zeit von 1930 bis ins Jahr 1935 war das mechanische Wachstum negativ, es handelte sich um einen Rückgang von 6 057 Personen; auch das natürliche Wachstum war um 1 654 Personen negativ. Insgesamt sank die Zahl der Deutschen in dieser Zeit um 7 711 Personen.¹⁰⁵ Zweifellos sind die Ursachen für diesen Bevölkerungsschwund vor allem im negativen mechanischen Wachstum zu suchen – also in Abwanderung und Emigration.¹⁰⁶

Der lettische Statistiker A. Maldups gab in den 1930er Jahren jährlich einen statistischen Überblick zum Fortschritt Lettlands heraus. Er widmete sich in seiner Arbeit auch der Struktur der mechanischen Bevölkerungsbewegung in Lettland. In seiner Veröffentlichung aus dem Jahre 1938 „Lettland in Zahlen“ schreibt er, dass es sehr schwierig sei, die mechanische Bevölkerungsbewegung vollständig zu erklären, da es sich hierbei um einen sehr schwierigen und komplexen Vorgang handle. So würden sowohl in Lettland als auch in anderen Ländern nur bestimmte Daten zu bestimmten Erscheinungen der mechanischen Bevölkerungsbewegung gesammelt, und dies auch nicht

¹⁰¹ Ebenda.

¹⁰² Ebenda, S. 15.

¹⁰³ Ebenda.

¹⁰⁴ Ebenda, S. 16. Im Jahr 1897, 17 Jahre vor dem Ersten Weltkrieg, belief sich die Zahl der Deutschen auf dem Gebiet des späteren Lettlands auf 120 191 Personen bzw. 6,2% der Bevölkerung, im Jahr 1935 dagegen betrug die Zahl nur noch 62 118 Personen oder 3,3%.

¹⁰⁵ Ebenda, S. 16.

¹⁰⁶ *Latvija skaitļos 1938* (wie Anm. 88), S. 116.

in vollständigem Umfang. Die mechanische Bevölkerungsbewegung wird in Statistiken in äußere und innere Bewegung unterschieden. Die erste Kategorie bezieht sich auf die Überquerung der Grenze, die zweite Kategorie umfasst die Migration von Bevölkerung innerhalb der Landesgrenzen. Die mechanische äußere Bewegung kann man ihrerseits wiederum in zwei weitere Unterkategorien unterteilen: erstens die Ein- und Ausreise von Ausländern in und aus dem Land sowie zweitens die Ausreise und Rückkehr von lettischen Staatsbürgern.¹⁰⁷ Mittels der Eisenbahn, des Luftverkehrs und motorisierter Verkehrsmittel reisten nach Lettland 49 157 Ausländer im Jahr 1934, 58 113 Ausländer im Jahr 1935, 67 657 Ausländer im Jahr 1936 und 77 662 Ausländer im Jahr 1937 ein. Von den einreisenden Ausländern im Jahr 1937 hatten 11 603 die deutsche Staatsbürgerschaft. Die Zahl der Ausreisenden in jenen Jahren ist gleich mit der Zahl der Einreisenden. Aus den Daten wird deutlich, dass unter den Ein- und Ausreisenden etwa die Hälfte Lettland lediglich als Transferland nutzen. Von den 77 662 Ausreisenden im Jahr 1937 hielten sich 30 616 Personen insgesamt nur einen Tag in Lettland auf.¹⁰⁸ Diese Daten der ein- und ausreisenden Ausländer sind deshalb bekannt, weil sie sich an der Grenze registrieren mussten.¹⁰⁹

Auskunft über die Reisen von lettischen Staatsbürgern ins Ausland in den Jahren 1936 bis 1937 geben die Stempel in den lettischen Auslandspassen, die verlängert bzw. ausgewechselt wurden, und die Registrierung der Reisenden nach Estland mit Inlandspässen. Diese Statistik bezieht sich nicht auf Reisende, die mit Pässen des Außenministeriums und diplomatischen Pässen unterwegs waren. Auf diese Weise wurde registriert, dass im Jahr 1936 29 370 und im Jahr 1937 32 137 lettische Staatsbürger ins Land zurückkehrten.¹¹⁰ Lettische Staatsbürger besuchten vor allem Estland, Deutschland und Litauen. Neben dem bereits genannten allgemeinen Grenzverkehr existierte noch ein so genannter kleiner Grenzverkehr, der nicht die Reisenden einschloss, die Eisenbahn, Wasserfahrzeuge, Luftverkehr oder motorisierte Verkehrsmittel für ihre Reise nutzten. Im Rahmen des kleinen Grenzverkehrs reisten 1937 530 391 Personen nach Lettland ein und 526 017 Personen aus Lettland aus.¹¹¹

¹⁰⁷ Ebenda, S. 111.

¹⁰⁸ Ebenda, S. 112.

¹⁰⁹ Ebenda.

¹¹⁰ Ebenda, S. 111.

¹¹¹ Ebenda, S. 111 f.

Tabelle 3: Zahl der ins Ausland reisenden und aus dem Ausland zurückkehrenden lettischen Staatsbürger (ohne Angaben der Nationalität, 1925–1929)¹¹²

Jahr	Zahl der Ausreisenden	Zahl der Rückreisenden	Saldo
1925	31 344	31 662	+318
1926	42 740	39 975	–2 765
1927	45 000	42 530	–2 470
1928	46 307	44 207	–2 100
1929	45 858	43 163	–2 695
Insgesamt	211 249	201 537	–9 712

Die Tabelle dokumentiert, dass sich in den Jahren von 1925 bis 1929 die Bevölkerungszahl Lettlands als Ergebnis einer mechanischen Bevölkerungsbewegung um 9 712 Personen verringerte. In den letzten Jahren dieses Zeitraumes verließen jährlich mehr als 4 500 lettische Staatsbürger das Land. Doch waren dies keine Emigranten im eigentlichen Sinne, sondern Reisende, die aus kaufmännischen Interessen, aus gesundheitlichen Gründen oder als Touristen Lettland für eine kurze oder mittlere Zeit verließen.¹¹³ Zu den Ausreisenden wurden auch jene Personen gezählt, die nur kurze Zeit ihre Heimat verließen, um im Ausland Geld zu verdienen oder ein Studium aufzunehmen. Auch die Deutschbalten betrachteten die abwandernden Deutschen als einen großen Verlust.¹¹⁴

Aus der Tabelle wird deutlich, dass ein Teil der Ausreisenden nicht nach Lettland zurückkehrte. Skujenieks stellte daher in seinem Statistischen Atlas fest, dass jedes Jahr etwa 2 500 lettische Staatsbürger im Ausland blieben.¹¹⁵

Nicht alle, die im Ausland blieben, gaben ihre lettische Staatsbürgerschaft auf. Zwar gibt es keine Angaben zum sozialen Status und zur Nationalität dieses Personenkreises, dennoch ist anzunehmen, dass er sich aus allen gesellschaftlichen Schichten zusammensetzte. So gab es in den 1930er Jahren eine kleinere Auswanderungswelle von lettischen Bauern aus dem Kreis Liepāja (Libau) nach Brasilien, an

¹¹² Ebenda.

¹¹³ Skujenieks, *Latvieši svešumā* (wie Anm. 51), S. 129.

¹¹⁴ Bericht über den Delegiertentag des Verbandes „Deutschbaltische Volksgemeinschaft in Lettland“ vom 3. Juli 1936. Riga 1936, S. 4; Protokoll des Delegiertentages des Verbandes „Deutschbaltische Volksgemeinschaft in Lettland“ vom 30. April 1933. Riga 1933, S. 14 u. 21.

¹¹⁵ *Latvija skaitļos 1938* (wie Anm. 88), S. 111; Skujenieks, *Latvijas statistikas atlās* (wie Anm. 51), S. 14; ders., *Latvieši svešumā* (wie Anm. 9), S. 130.

der sich auch einige Deutsche beteiligten, die nach Argentinien und Kanada emigrierten. Lettländische Juden emigrierten vor allem nach Palästina und Amerika. Insgesamt wanderten etwa 10 000 Personen von 1935 bis 1938 aus Lettland aus. In absoluten Zahlen erscheint dies nicht viel, im Falle Lettlands entsprach dies jedoch immerhin etwa einem Fünftel des natürlichen Wachstums des Landes und bedeutete für das Land einen beträchtlichen Verlust.¹¹⁶ Nimmt man an, dass die Abwanderung eines lettischen Auswanderers die Wirtschaft des Landes jährlich etwa 5 000 Lats kostete, so bedeuteten die lettischen Auswanderer für Staat und Gesellschaft jährliche Verluste im Wert von 1,25 Mio. Lats.¹¹⁷

Analysiert man die ethnische Zusammensetzung der Auswanderer, so zeigt sich für die 1930er Jahre, dass Letten, die sich in einer wirtschaftlich ungünstigen Situation befanden und nicht in der Lage waren, diese aus eigener Kraft zu verbessern, oft ihre Heimat zu verlassen oder, wenn sie in Lettland blieben, einen niedrigeren Lebensstandard in Kauf nahmen als Angehörige anderer Nationalitäten. In diesem Zusammenhang verglich man die staatlichen Steuereinnahmen nach der unterschiedlichen Nationalität der Steuerzahler. Dies zu analysieren hatte bereits 1934 Finanzminister Ludvigs Ēķis initiiert; die Untersuchung wurde im Jahr 1938 abgeschlossen. Einkommenssteuer hatten in Lettland Personen zu zahlen, die jährlich mehr als 2 000 Lats verdienten. Wenn sich das Einkommen allerdings aus einem einzigen Gehalt ergab, mussten Steuern erst ab einem Einkommen in Höhe von 3 334 Lats gezahlt werden.

Im Jahr 1935 waren 52,3% aller Steuerzahler Letten. Ihr Anteil an der arbeitenden Bevölkerung lag jedoch bei 77,7%. Auf der anderen Seite waren 26,3% der Steuerzahler Juden und 14% Deutsche, obwohl ihr Anteil an den Arbeitsverhältnissen bei lediglich 3,3% bzw. 2,6% lag. Das mittlere Jahreseinkommen der steuerpflichtigen Deutschen betrug 5 421 Lats, das der steuerpflichtigen Juden 4 597 Lats, das der steuerpflichtigen Letten 4 496 Lats und das der steuerpflichtigen Russen 4 367 Lats.¹¹⁸

Die Veränderung der Einwohnerzahl der einzelnen Nationalität in Lettland ist mit zwei Faktoren eng verbunden. Erstens handelt es sich

¹¹⁶ Latvija skaitļos 1938 (wie Anm. 88), S. 111; Skujenieks, Latvijas statistikas atlass (wie Anm. 51), S. 14.

¹¹⁷ Skujenieks, Latvijas statistikas atlass (wie Anm. 51), S. 14; Latvija skaitļos 1938 (wie Anm. 88), S. 110.

¹¹⁸ Finanču un kredīta statistika 1938. gads [Finanz- und Kreditstatistik des Jahres 1938]. Rīga 1938, Anlage D, S. 170, 174 f., 178-182 u. 187-192.

um das natürliche bzw. negative Wachstum, das aus dem Überschuss der Geburten gegenüber den Todesfällen entstand. Zweitens handelt es sich um eine mechanische Zunahme bzw. Verringerung, die dadurch zustande kommen kann, dass sich Personen, die sich früher zu einer bestimmten Nationalität bekannten, später für eine andere Nationalität entschieden. Beispiele hierfür waren die Polonisierung und Russifizierung von Letten oder auch die Assimilierung von Nichtletten.¹¹⁹ Für die Deutschen scheinen diese Faktoren jedoch kaum eine wirkliche Bedeutung gehabt zu haben.

Nach dem Staatsstreich von 1934 wurden durch das neue autoritäre Regime unter Ulmanis verschiedene politische Veränderungen durchgeführt. Diese betrafen sowohl die Volkswirtschaft als auch die Minderheitenpolitik. Die deutschbaltische Volksgruppe als eine Minderheit mit einer besonderen wirtschaftlichen Struktur betrafen diese Veränderungen in erhöhtem Maße.

Deutschbaltische Politiker bewerteten die neuen Gesetze der zweiten Hälfte der 1930er Jahre vor allem negativ. So behauptete der langjährige Vorsitzende der Deutschbaltischen Volksgemeinschaft in Lettland, Wilhelm v. Rüdiger, dass die Deutschbalten am schwersten von den Folgen der Gesetze des autoritären Regimes getroffen worden seien. Es handelte sich um das Gesetz über die Auflösung der deutschen autonomen Schulverwaltung vom 12. Juli 1934, das Gesetz zur Staatssprache vom 5. Januar 1935, als deren Folge der Gebrauch der deutschen Sprache im Amtsgebrauch aufgehoben wurde, das Gesetz vom 31. Januar 1935, das die Zahl der deutschen Juristen unter den Anwälten begrenzte, und das Gesetz vom 25. Februar 1935 über Grundstückserwerb, das es Deutschen fast völlig unmöglich machte, Grundstücke in ländlichen Gebieten Lettlands zu erwerben.

Eine vernichtende Auswirkung auf deutsche Handelsunternehmen und Fabriken hatte das Gesetz über die lettischen Kreditbanken vom 9. April 1935. Auf das Gesetz über die Einrichtung von Wirtschaftskammern vom 31. Dezember 1935 folgte die Schließung von 14 deutschen Wirtschaftsorganisationen und die Beschlagnahmung von bedeutendem Eigentum, darunter die historischen Gebäude der Großen und Kleinen Gilde.¹²⁰ In seinem Bericht an das Auswärtige Amt berichtete der deutsche Botschafter in Riga v. Schack am 1. Juli 1936, dass das entsprechende Eigentum und die Einnahmen zum

¹¹⁹ Skujenieks, *Latvijas statistikas atlās* (wie Anm. 51), S. 16.

¹²⁰ Wilhelm von Rüdiger, *Aus dem letzten Kapitel deutschbaltischer Geschichte in Lettland 1919–1939*. Hannover 1955, S. 20 f.

Zeitpunkt der Schließung zusammen einen Wert im Umfang von vier Millionen Lats gehabt hätten.¹²¹ Am 22. Dezember 1937 wurde ein Gesetz über die Umregistrierung von Gesellschaftsstatuten von Aktien- und Anteilsgesellschaften im Finanzministerium verabschiedet. Unternehmen, die im Besitz von Deutschen waren, gehörten zu jenen, deren Registrierung häufig abgelehnt wurden. Zudem führte das Gesetz über Presse und Vereine vom 11. und 14. Februar 1938 zu Kontrolle und Zensur von deutschen Vereinen und deutschen Pressezertifikaten durch die lettische Verwaltung.¹²² Obwohl das autoritäre Regime in jenen Jahren die Parole zur Lettisierung von Handel und Industrie ausgegeben hatte, profitierten lettische Unternehmer tatsächlich nicht davon. Denn das Ergebnis der Umsetzung der proklamierten nationalen Wirtschaft bedeutete in Endergebnis die Ausbildung eines Staatsmonopols und die Kontrolle des privaten Kapitals, darunter auch des lettischen.

Trotz dieser staatskapitalistischen Tendenzen blieb auch in den 1930er Jahren die Wirtschaft überwiegend in privatwirtschaftlicher Hand. Dies belegt auch der bedeutende Umfang an deutschem Eigentum, das während der Zeit der Umsiedlung in den Jahren 1939/40 in Lettland zurückgelassen und von der deutschen „Umsiedler-Treuhand AG“ (UTAG) anfangs auf 209,1 Millionen Lats geschätzt wurde. 46 deutsche Unternehmen in Lettland, die große Bedeutung für die deutsch-lettischen Handelsbeziehungen hatten, blieben zunächst erhalten.¹²³

Die Deutschbalten hielten auch in den 1930er Jahren ihre Selbstbesteuerung in Form freiwilliger Spenden aufrecht, um die deutschen Schulen, Landbesitzer und andere soziale Fürsorgeprojekte zu unterstützen. Zudem erfolgten weiterhin wie in den 1920er Jahren Sammlungen von Spenden durch deutschbaltische Organisationen. So hatte das Ulmanis-Regime zwar einen gewissen Erfolg, die wirtschaftlichen Aktivitäten der deutschen Minderheit zu begrenzen, doch gelang es dem Regime nicht, sie völlig zu unterdrücken, und dies war möglicherweise auch nicht das tatsächliche Ziel des Regimes.

Ein weiteres Phänomen, das Auswirkungen auf die Emigration von Deutschbalten hatte, waren Verbreitung und Aktivitäten des Nationalsozialismus unter den lettländischen Deutschen ab Beginn der

¹²¹ Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA), 31287/680450, 680451, 680452.

¹²² Rüdiger, Aus dem letzten Kapitel (wie Anm. 120), S. 20 f.

¹²³ LVVA, Best. 6824, Verz. 1, A. 297, Bl. 6, 28, 61; Latvijas PSR AP Prezidija Ziņotājs [Anzeiger des Präsidiums des Obersten Sowjets der Lettischen SSR], 28. Oktober 1940, S. 7 f.

1930er Jahre.¹²⁴ Die Machtübernahme der NSDAP 1933 spielte eine wichtige Rolle bei der Entscheidung von Deutschbalten, in Lettland zu bleiben oder das Land zu verlassen. Insbesondere nach der Machtergreifung Hitlers und der darauf folgenden Änderung des außenpolitischen Kurses des Deutschen Reiches wurden Einflüsse der nationalsozialistischen Bewegung unter den Deutschbalten größer. Nach Angaben der lettischen Politischen Polizei, dem Inlandsgeheimdienst, wurde die nationalsozialistische Bewegung in Lettland im Jahr 1932 gegründet.¹²⁵ Ab 1933 begannen die Deutschen in Lettland schrittweise, sich vom lettischen Staat zu distanzieren. Die nationalsozialistische Politik verstand es besonders, unter der Jugend Anhänger zu mobilisieren. Unter der jüngeren Generation wuchs auch das Interesse an Deutschland, das oft mit dem Wunsch verbunden war, dort zu studieren. Dennoch führte diese Begeisterung nicht automatisch zu einer Auswanderungsbewegung. Es gab auch deutschbaltische Opposition gegen die zunehmende Einflussnahme deutschbaltischer Nationalsozialisten innerhalb der deutschen Volksgruppe. Eine wichtige Persönlichkeit war in diesem Zusammenhang der Politiker und liberale Demokrat Paul Schiemann, der nach 1933 wegen seiner Überzeugungen Lettland verließ und nach Österreich auswanderte. Er lebte von März 1933 bis zum „Anschluss“ Österreichs an das Dritte Reich 1938 in Wien und engagierte sich weiterhin in der europäischen Minderheitenbewegung. In Wien machte er seine vehement ablehnende Haltung gegenüber allem Nationalistischen deutlich und verließ dem Protest gegen den Nationalsozialismus und dessen Verbreitung unter Auslandsdeutschen eine Stimme.¹²⁶

Insgesamt war die Abwanderung der Deutschen aus Lettland in der Zwischenkriegszeit nicht besonders intensiv. Dies belegt andererseits doch eine starke Verwurzelung der Volksgruppe im jungen lettischen Staat. Die Intensität der deutschbaltischen Auswanderung unterlag einer Wellenbewegung, und diese wurde stark durch die Entwicklung einer für die Deutschbalten ungünstigen gesellschaftlichen Situation im Lande beeinflusst – jedenfalls wurde das von den Deutschbalten selbst so wahrgenommen. Auch wenn in Lettland letztlich keine ausdrücklich antideutsche Politik realisiert wurde, so war doch die deutschbaltische Volksgruppe durch verschiedene Entwicklungen auf der Ebene der Wirtschaft, des politischen Einflusses und ganz

¹²⁴ LVVA, Best. 3835, Verz. 3, A. 156, Bl. 61.

¹²⁵ LVVA, Best. 3835, Verz. 3, Ak. 156, Bl. 61.

¹²⁶ LVVA, Best. 3234, Verz. 21, A. 15 438.

besonders der Minderheitenrechte betroffen. Einen großen Einfluss für die Motivation zur Auswanderung der Deutschbalten spielten Deutschland selbst und dessen Politik gegenüber den auslandsdeutschen Volksgruppen. Letztlich wurde die Geschichte der deutschbaltischen Volksgruppe in Lettland genauso wie der übrigen Bevölkerung Lettlands durch die Politik der beiden benachbarten totalitären Regime, dem nationalsozialistischen Deutschland und der Sowjetunion entschieden, die die erzwungene „Umsiedlung“ der Deutschbalten aus Lettland in den Jahren 1939/40 und die „Nachumsiedlung“ im Jahr 1941, auch als „Diktierte Option bezeichnet“,¹²⁷ zu verantworten haben.

Die lettische Presse gab damals bekannt, dass etwa 80% der in Lettland lebenden Deutschen das Land verließen. Das Amt für Statistik des Lettischen Staates veröffentlichte folgende Zahlen: Bis zum 15. Dezember 1939 lebten in Lettland 45 159 Deutsche mit lettischer Staatsbürgerschaft. Nach der Umsiedlungsaktion im Jahre 1939 verblieben 16 813 Deutsche im Lande.¹²⁸ Im Frühling des Jahres 1940 verließen etwa weitere 500 Deutsche Lettland.¹²⁹ Es ist anzunehmen, dass die zukünftige Forschung zur Geschichte der Deutschbalten in Lettland ihre besondere Aufmerksamkeit auf die Frage der Auswanderung richten muss. Dies birgt große Möglichkeiten in sich als Ausgangsbasis zur weiteren Bewertung der demografischen Lage und der wirtschaftlichen Situation der deutschen Minderheit in Lettland.

Aus dem Lettischen übersetzt von Jana Felder, Lübeck

¹²⁷ Vgl. den Titel der Dokumentensammlung zur Umsiedlung: Diktierte Option. Die Umsiedlung der Deutsch-Balten aus Estland und Lettland 1939–1941. Eine Dokumentation, hrsg. v. Dietrich A. Loeber. Neumünster 1972.

¹²⁸ LVVA, Best. 5969, Verz. 1, A. 389, Bl. 3 f.

¹²⁹ Hehn, Umsiedlung (wie Anm. 22), S. 174.

Die deutschbaltische Minderheit in der Republik Estland von 1918 bis 1940

von Kaido Laurits

Summary

After the collapse of the Russian Empire and the founding of the Republic of Estonia, the Baltic Germans lost their former privileges and were reduced to a numerically small national minority. They sought to compensate for the loss of their commercial influence following the appropriation of the aristocracy's property (the agrarian reform) and the decrease of their political influence (the introduction of parliamentary democracy) by developing their own educational and cultural life.

Within this national group, the middle class, who lived predominantly in the cities, took over the leading role from the aristocracy. Baltic German employers (big industry and banks) exercised a far-reaching influence on the country's economy relative to their numerical standing.

With the adoption of the exemplary law concerning the cultural autonomy of minorities in Estonia (1925) the Germans were able to conduct their cultural life under a publically and legally recognised cultural self-administration (*Kulturselbstverwaltung*). Individual and communal resources, however, were insufficient to sustain this, and the administration became financially dependent on the Weimar Republic and later on the Third Reich.

After the coup d'état of Konstantin Päts (1934), the dissolution of Parliament and the introduction of an authoritarian system, the German *Kulturselbstverwaltung* also assumed the functions of political representation. While the powers of the *Kulturselbstverwaltung* were certainly reduced (especially after the adoption of a new constitution in 1938), the rights of the minority as such were preserved. Yet the German-Estonian relationship was not without tensions, especially following the increase of national-socialist influence within the national group. The time until the outbreak of the Second World War and until the resettlement of the Baltic Germans was too short to allow the historically-conditioned opposing factors to be altogether overcome.

Aus dem Deutschen übersetzt von Louis Marvick, Reno/Lüneburg

Einleitung

Mit der Gründung der Republik Estland im Jahr 1918 veränderte sich die Welt der dort lebenden Deutschbalten. Sie verloren ihre traditionelle Dominanz in fast allen Bereichen des politischen, ökonomischen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens und sahen sich plötzlich in die Rolle einer nationalen Minderheit versetzt. Dieser existenzielle Wandel stellte einen entscheidenden Faktor für die Gestaltung des Verhältnisses zwischen Esten und Deutschen in der unabhängigen Republik Estland dar. Besonders schwer war es für den traditionsbewussten deutschbaltischen Adel, sich nun als verschwindende Minderheit in den Rahmen einer parlamentarischen Demokratie einzuordnen. Viele von ihnen blieben der jungen Republik gegenüber reserviert. Die Beziehungen zwischen Esten und Deutschbalten wurden in der Gründungsphase der Republik durch einen historisch bedingten sozialen und nationalen Antagonismus belastet; zu dem historischen Gegensatz gesellten sich aber auch frische Erinnerungen daran, wie Deutschbalten gegen Ende der Revolution von 1905 an den Strafexpeditionen gegen estnische Revolutionäre teilgenommen sowie sich im Ersten Weltkrieg aktiv an den Angliederungsplänen des Deutschen Kaiserreiches und an dem Landeswehrkrieg 1919 beteiligt hatten. Die Esten stellten den nationalen Minderheiten, bevor deren Kulturautonomie anerkannt wurde, verschiedene Bedingungen. Die wichtigste darunter war, die Unabhängigkeit Estlands und seine demokratisch-parlamentarischen Grundlagen bedingungslos zu respektieren. Man verlangte Loyalität der Mehrheitsnation gegenüber und setzte voraus, dass die Minderheiten beim Wiederaufbau des politischen und wirtschaftlichen Systems ihren Beitrag leisten würden. Dabei scheint es, dass sich sog. Optanten, d.h. diejenigen Deutschbalten, die nach der Oktoberrevolution aus Russland nach Estland zurückkehrten, aber auch russische Revolutionsflüchtlinge mit deutschen Verbindungen, eher in den neuen politischen Verhältnissen zurecht fanden.

In den ersten Jahren der Unabhängigkeit Estlands bis zur Verabschiedung des Gesetzes über die Kulturautonomie der nationalen Minderheiten im Jahr 1925 schufen die nationalpolitischen Prozesse keine besonders günstigen Voraussetzungen für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Esten und Deutschen. Das Klima war für eine schnelle Lösung der Minderheitenfrage eher ungünstig. Die Esten, so scheint es, standen den Deutschbalten immer noch misstrauisch gegenüber, während diese wiederum dem jungen Staat gegenüber eine eher abwartende Haltung einnahmen.

Im Parlament Estlands war eines der politischen Hauptziele der Deutschbalten, eine nationale und kulturelle Selbstverwaltung ins Leben zu rufen, wie sie in Grundzügen bereits in der Verfassung von 1920 vorgesehen war. Ein weiteres Ziel war eine Entschärfung der Folgen der Agrarreform und die Durchsetzung einer Entschädigung für die enteigneten Gutsbesitzer. Die Realisierung dieser politischen Ziele hing, vor allem in innenpolitisch stürmischen Zeiten, in vielerlei Hinsicht vom persönlichen Einsatz und der Begabung der jeweiligen Politiker ab.

Das Gesetz über die kulturelle Selbstverwaltung der nationalen Minderheiten (Gesetz über die Kulturautonomie) und die deutsche Kulturautonomie

Begriff und Idee der nationalen Kulturautonomie in ihrer modernen Bedeutung haben ihre Anfänge im Kaiserreich Österreich-Ungarn des späten 19. Jahrhunderts, als die österreichische Sozialdemokratie Antworten auf die immer aktueller werdende Minderheitenfrage im Vielvölkerreich suchte. 1899 verabschiedete die Sozialdemokratische Partei Österreichs in Brünn eine Resolution, in der das Prinzip der personalen nationalkulturellen Autonomie festgehalten wurde.¹ Der Begriff der nationalen Autonomie steht vor allem mit den Namen Karl Renner und Otto Bauer in Verbindung, die die theoretischen Grundlagen der nationalen Autonomie ausarbeiteten.² Die Ideen der österreichischen Sozialdemokraten erreichten auch die Peripherie des von der Revolution ergriffenen Russland, unter anderem Estland. Als Bindeglied zwischen Estland und den europäischen Ideen der Minderheitenrechte kann der Entwurf eines internationalen Abkommens für

¹ Hans Kruus, *Rahvusautonoomia* [Die nationale Autonomie], in: *Poliitiline kirjastik* [Politische Schriften]. Tartu (1917), Nr. 6, S. 27.

² Karl Aun, *Vähemusrahvuste kultuurautonoomia Eestis. Tagapõhjast ja teostumisest* [Die Kulturautonomie der nationalen Minderheiten in Estland. Über Hintergründe und Realisierung], in: *Eesti Teaduste Akadeemia Toimetised. Ühiskonnateadused* 40 (1991), Nr. 1, S. 61 ff. Einen guten Überblick über die theoretischen Grundlagen der nationalen Kulturautonomie gibt Moritz Mintz, *Die nationale Autonomie im System des Minderheitenrechts unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsentwicklung in den baltischen Randstaaten*. Riga 1927. Über die Theorie Renners siehe auch: Dietmar Willoweit, *Minderheitenrecht und nationale Autonomie*, in: *Staatliche Einheit und nationale Vielfalt im Baltikum*. Festschrift für Prof. Dr. Michael Garleff zum 65. Geburtstag, hrsg. v. Gert v. Pistohlkors u. Matthias Weber. München 2005 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. 26), S. 35-46, hier S. 41 f.

den Schutz der Minderheitenrechte angesehen werden, der 1919/20 an der Universität Hamburg auf einer Konferenz des Völkerbunds von dem Völkerrechtler Rudolf Laun vorgestellt wurde.³ Die frühen Prinzipien der Minderheitenrechte in der Republik Estland entsprechen in vielen Punkten dem Entwurf Launs, dessen Ideen zudem auch die Kulturautonomiebestrebungen der nationalen Minderheiten in Estland stark beeinflusst haben.

Am 5. Februar 1925 wurde im Parlament der Republik Estland, dem Riigikogu, das Gesetz über die kulturelle Selbstverwaltung der nationalen Minderheiten verabschiedet.⁴ Die Selbstverwaltung der Minderheiten war darin auf den Kulturbereich im engeren Sinne begrenzt, ausgeschlossen blieben sowohl die Wohlfahrtspflege als auch kirchliche Belange. Die Kulturautonomie beruhte auf dem Personalprinzip, ihre Institutionen hatten öffentlich-rechtliche mit staatlich festgesetzten Aufgaben zu sein. Die zunächst gehegte Befürchtung, die Kulturselbstverwaltung der nationalen Minderheiten könne sich zu einem „Staat im Staate“ entwickeln, wurde dadurch entschärft, dass Kultur und Politik streng voneinander getrennt wurden. Die Beschlüsse und Verordnungen, die von der Selbstverwaltung innerhalb ihrer Zuständigkeitsgrenzen verabschiedet wurden, benötigten keine staatliche Genehmigung. Um darauf zu achten, dass diese Grenzen nicht überschritten wurden, waren dem Staat, konkret dem Gerichts- und dem Innenministerium, weitreichende Aufsichtsrechte überlassen worden.

Die Kulturselbstverwaltung war zuständig für die Verwaltung und die Aufsicht der Bildungseinrichtungen sowie verschiedene Bereiche der Kultur der nationalen Minderheit. Ihren Mitgliedern gegenüber hatte die Selbstverwaltung das Recht auf Zwangsverordnungen und durfte Steuern erheben. Finanziell beruhten die Selbstverwaltungen auf staatlich zugesicherten Summen, den Steuereinnahmen, Spenden und Geldsammlungen.

³ Michael Garleff, Die kulturelle Selbstverwaltung der nationalen Minderheiten in den baltischen Staaten, in: Die baltischen Nationen. Estland, Lettland, Litauen, hrsg. v. Boris Meissner. 2. Aufl., Köln 1991 (Schriftenreihe Nationalitäten- und Regionalprobleme in Osteuropa. 4), S. 87-107, hier S. 94; Werner Hasselblatt, Kulturautonomie. Ein Erinnerungsblatt für Prof. Rudolf Laun, in: G.C. Hernmarck, Festschrift zu Ehren von Prof. Dr. R. Laun, Rektor der Universität Hamburg, anlässlich der Vollendung seines 65. Lebensjahres am 1. Januar 1947. Hamburg 1946, S. 32-35; Aun, Kultuurautonoomia (wie Anm. 2), S. 65; Detlef Henning, Formen kultureller Autonomie in den baltischen Staaten, in: Staatliche Einheit (wie Anm. 2), S. 47-68, hier S. 51.

⁴ Deutsche Übersetzung u.a. in: Herbert Kraus, Das Recht der Minderheiten. Berlin 1927, S. 191-199; Oskar Angelus, Die Kulturautonomie in Estland. Detmold 1951, S. 34-40.

Die Exekutive der deutschen Kulturselbstverwaltung wurde von der Kulturverwaltung gebildet, deren Vorsitzender oder Präsident sie in den offiziellen Beziehungen mit der Regierung, den örtlichen Gemeinden, Behörden und Gerichten vertrat. Die ordentlichen Sitzungen der Kulturverwaltung fanden in der Regel wöchentlich statt, darüber hinaus gab es bei Bedarf außerordentliche Sitzungen und Verhandlungen. Die deutsche Kulturverwaltung war nach den Tätigkeitsbereichen in verschiedene Ausschüsse aufgeteilt.⁵ Ihr wichtigstes übergeordnetes Organ war der Kulturrat mit 41 Mitgliedern, der über ihre Gründung und Auflösung entschied, innerhalb seiner Kompetenzen Zwangsverordnungen verabschiedete, das Budget zusammenstellte, die so genannten Kultursteuern festlegte, die Mitglieder der Kulturverwaltung ernannte usw.

Das Gesetz der Kulturautonomie der nationalen Minderheiten sollte ein provisorisches Rahmengesetz sein, das bis zur Einführung eines entsprechenden Sondergesetzes die Arbeit der kulturellen Selbstverwaltungen zu regeln hatte.⁶

Die Unterstützung aus dem Deutschen Reich für die deutsche Kulturselbstverwaltung in Estland war zu Anfang der 1920er Jahre sporadisch, wurde jedoch in der Mitte des Jahrzehnts regelmäßiger und erreichte einen größeren Umfang in den 1930er Jahren. Die gesamte finanzielle Unterstützung, die den Deutschen in Estland bis zur Umsiedlung aus dem Deutschen Reich zufloss, bildete geschätzte 35-50% von der Gesamtsumme, die für die kulturellen und nationalen Aktivitäten der Volksgruppe ausgegeben wurden.⁷ Damit war diese Unterstützung im Haushalt der Selbstverwaltung von entscheidender Bedeutung und führte die deutsche Minderheit zwangsläufig in eine wachsende finanzielle Abhängigkeit vom Deutschen Reich.

⁵ Das Sekretariat war zuständig für die Korrespondenz; die Abteilung des Nationalregisters schuf die Grundlagen für die Arbeit der Selbstverwaltung, weil dadurch deren Mitgliedschaft bestimmt wurde; die Schulabteilung regelte die Arbeit der deutschen Schulen; die Finanzabteilung bewilligte die Kultursteuern und stellte das Budget auf; die Kulturabteilung organisierte Ausstellungen, Konzerte, Vorträge; die Abteilung für Sport und Jugend leitete die Jugendarbeit und die nationale Arbeit.

⁶ Oskar Angelus schrieb später, er sei 1938 beauftragt worden, dieses neue Gesetz der Kulturselbstverwaltung auszuarbeiten; er habe dessen Einzelheiten mit Wilhelm v. Wrangell besprochen und auch das erste Kapitel fertig gestellt. Die Arbeit sei allerdings nicht zu Ende geführt worden, weshalb das Gesetz der Kulturautonomie der nationalen Minderheiten von 1925 als Rahmengesetz bis zur sowjetischen Besetzung 1940 gültig blieb; vgl. Oskar Angelus, *Esten und Deutsche in ihren gegenseitigen Beziehungen*, in: *Baltische Hefte* (1968), S. 108-134, hier S. 128.

⁷ Jürgen v. Hehn, *Die Umsiedlung der baltischen Deutschen – das letzte Kapitel baltisch-deutscher Geschichte*. 2. Aufl., Marburg a.d.L. 1984 (Marburger Ostforschungen. 40), S. 30.

Das deutschbaltische Bildungs- und Schulleben

Mit der Gründung der Kulturselbstverwaltung begann 1925 im deutschen Schulwesen ein neues Kapitel. Es wurde möglich, alle deutschen Schulen unter eine Verwaltung zu bringen und damit die Voraussetzungen zu schaffen, ein Schulnetz aufzubauen, das den Bedürfnissen der deutschen Volksgruppe entsprach. Für die Organisation, die Verwaltung der Bildungseinrichtungen sowie für die Lösung ihrer Finanzierungsfragen wurde im Dezember 1925 die Bildungsabteilung der Kulturverwaltung gegründet. Um die Grundsatzfragen zu besprechen, wurde beim Kulturrat ein Schulausschuss ins Leben gerufen.⁸ Die Revision der Schulen in Sachen Erziehungs- und Bildungstätigkeit war Aufgabe eines Bildungsrates, der als Schulrevident dem Leiter der Bildungsabteilung der Kulturverwaltung unterstellt war.⁹

Die Kulturselbstverwaltung musste ein äußerst verstreutes Netz von deutschen Schulen übernehmen, das in einer Zeit entstanden war, als die Bevölkerungsgruppe der Deutschbalten zahlenmäßig und finanziell stärker war. Die wichtigste Aufgabe der Kulturselbstverwaltung war die Reorganisation des deutschen Schulnetzes. Dabei galt das Prinzip, sich nach Möglichkeit auf das schon Vorhandene zu stützen und, soweit es gerechtfertigt war und den neuen Bedingungen entsprach, die historisch gewachsenen Strukturen weiterzuentwickeln.¹⁰ So hielt man es z.B. für notwendig, das klassische Gymnasium zu erhalten.¹¹ Weil die Deutschbalten im ganzen Lande verstreut lebten,

⁸ Eesti Riigiarhiiv (Staatsarchiv Estland, ERA), f. 85, n. 1, s. 60, Bl. 138.

⁹ Der Bildungsrat musste alle Schulen jährlich überprüfen, kontrollierte, ob das Wissen der Schüler den geltenden Normen entsprach, und stellte der Kulturverwaltung am Ende des Schuljahres einen schriftlichen Bericht über die Ergebnisse der Revision zur Verfügung; vgl. ERA, f. 85, n. 1, s. 67: Määrus järelvalve teostamise kohta kasvatus- ja õpetustöö üle saksa kultuurromavalitsusele alluvates koolides [Verordnung über die Aufsicht über die Erziehungs- und Bildungsarbeit in den der deutschen Kulturselbstverwaltung unterstellten Schulen].

¹⁰ Vgl. ERA, f. 85, n. 1, s. 67: Kultuurnõukogu poolt kultuurvalitsusele tehtud ülesanne koolitüüpide ja koolivõrgu suhtes [Die vom Kulturrat an die Kulturverwaltung delegierte Aufgabe bezüglich der Schultypen und des Schulnetzes].

¹¹ Emil Musso, Pädagoge, Lehrer und 1927–1930 Schulrat der deutschen Kulturverwaltung in Estland, hielt dessen Erhalt für wichtig, weil das Ende der klassischen Bildung in Zukunft den Nachwuchs an deutschen Historikern, Linguisten und Theologen in Frage stellen würde. Andererseits schätzte er auch die ideellen Vorteile, die die Beschäftigung mit dem klassischen Altertum und den alten Sprachen für die Entwicklung des Geistes und Charakters eines jungen Menschen biete; vgl. ERA, f. 85, n. 1, s. 558: Denkschrift zur Beurteilung der Lage und der Bedürfnisse des deutschen Schulwesens in Estland (Auf Grund einer Bitte des Schulausschusses des II. Estl. Deutschen Kulturrats vom 22. Sept. 1930 ausgearbeitet von Emil Musso).

wollte man die Schulen in Kleinstädten aufrecht erhalten, weil sie den kulturellen Mittelpunkt des lokalen deutschen Gesellschaftslebens bildeten. Allerdings bedeutete die Reorganisation des Schulnetzes für viele Kleinstädte, dass sie ihre deutsche Schule verloren.

Eine weitere wichtige Aufgabe, mit der sich die Bildungsabteilung rasch beschäftigen musste, waren die Verhandlungen mit dem Bildungsministerium über die Unterstellung der deutschen Schulen unter die Kulturselbstverwaltung. Die Kulturverwaltung versuchte, wie es das Gesetz erlaubte, alle deutschen Schulen in das öffentliche Schulnetz aufzunehmen zu lassen. Die Verhandlungen darüber verliefen allerdings zäh, weil weder im Gesetz über die Kulturautonomie noch in den entsprechenden Regierungsverordnungen etwas Konkretes dazu formuliert worden war. In der Praxis gab es allerdings mehr Schwierigkeiten bei den Verhandlungen mit den Kommunen als in denen mit dem Staat.¹² Als Ergebnis der Verhandlungen wurden am 1. Januar 1926 die deutschen Privatschulen und am 1. September desselben Jahres die öffentlichen Schulen vom Bildungsministerium an die Schulabteilung der deutschen Kulturverwaltung übergeben.

Schon 1919/20 begann das Auswärtige Amt in Berlin, deutsche Schulen im Ausland finanziell zu unterstützen. Der Hauptunterstützer der Schulen war der Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA), der einen Großteil seiner Mittel vom Auswärtigen Amt erhielt. In erster Linie kam die Unterstützung den unter den örtlichen Schulvereinen wirkenden deutschen Privatschulen zugute, bei den staatlichen oder kommunalen Schulen kamen direkte Unterstützungen aus Deutschland nicht in Frage. Dem Historiker Karl-Heinz Grundmann zufolge lag die Aufgabe der deutschen Botschaft in Tallinn (Reval) betreffend die deutschen Schulen in Estland darin, die Unterstützungsanträge der einzelnen Schulen nach einer oberflächlichen Prüfung an das Auswärtige Amt weiterzuleiten. An Grundsatzdiskussionen über Ziele und Struktur des deutschen Schulnetzes war die Botschaft nicht beteiligt, die Kulturselbstverwaltung hatte dort völlige Entscheidungsfreiheit. Dies ist erstaunlich, weil ein großer Teil des Haushaltsdefizits der Schulen aus den Mitteln des Deutschen Reiches gedeckt werden musste.¹³ Inwiefern die Regierung Estlands über den Umfang der Unterstützung Bescheid wusste, die aus dem Deut-

¹² Dokumentensammlung des Herder-Instituts [DSHI] 100, Wrangell, Bd. 3, Bl. 270.

¹³ Karl-Heinz Grundmann, *Deutschtumspolitik zur Zeit der Weimarer Republik. Eine Studie am Beispiel der deutsch-baltischen Minderheit in Estland und Lettland*. Hannover-Döhren 1977 (Beiträge zur baltischen Geschichte. 7), hier besonders S. 602-608.

schen Reich den deutschen Schulen in Estland zuffloss, bleibt ungewiss. Man kann jedoch annehmen, dass die entsprechenden Behörden über die Tatsache der Unterstützungen aus Deutschland, die durch die deutsche Botschaft vermittelt wurden, informiert waren.

Obwohl das Auswärtige Amt schon 1920 angefangen hatte, den deutschen Schulen und deutschbaltischen Organisationen Bücher und andere Unterrichtsmaterialien zu schicken,¹⁴ herrschte ein großer Mangel an Lehrbüchern, die den Lehrprogrammen entsprachen. Die Lehrbücher aus Deutschland waren in der Regel inhaltlich nicht geeignet, weshalb die Kulturverwaltung das Drucken von Lehrbüchern für verschiedene Fächer unterstützte, die von örtlichen Autoren verfasst wurden. Auch das Bildungsministerium war der Meinung, dass in den deutschen Schulen nach Möglichkeit in Estland gedruckte Bücher benutzt werden sollten.¹⁵

Bei einem Vergleich zwischen der Schulbildung an deutschen Schulen und der im estnischen Schulwesen kam Emil Musso 1930 zu dem Schluss, dass erstere im Vergleich zur letzteren noch einige Vorteile besitze, doch im Allgemeinen „muss doch gesagt werden, dass das estnische Schulwesen sich in einer merklich aufsteigenden Linie befindet, und unsere heute vielleicht [Hervorhebung im Original; K. L.] noch vorhandene Überlegenheit in kurzer Zeit verloren zu gehen droht. Damit aber wäre ein starker Pfeiler unserer Stellung im Lande geborsten.“¹⁶

Estnischerseits wurden den Deutschen ständig Vorwürfe gemacht, ihre großen Bemühungen im Bereich der Bildung seien durch den Versuch bestimmt, weiterhin als Oberschicht gelten zu wollen. Die Deutschen verteidigten sich dagegen mit dem Argument, dass ihre Handlungsfreiheit im Bereich der Landwirtschaft ja größtenteils beschnitten sei und sie dadurch gezwungen seien, sich auf andere Berufe zu konzentrieren, was wiederum zumindest eine gymnasiale, oft aber eine Hochschulbildung voraussetze.¹⁷

In den 1930er Jahren wurden Tendenzen sichtbar, die muttersprachliche Bildung der Minderheiten zu beschränken. Die Verfassung von 1933 sah zwar immer noch muttersprachliche Bildung vor, aber verschiedenen Einzelschulgesetzen zufolge durften manche Fächer in den Schulen der nationalen Minderheiten nur auf Estnisch unter-

¹⁴ Ebenda, S. 406.

¹⁵ DSHI 100, Wrangell, Bd. 11, Bl. 988.

¹⁶ Musso, Denkschrift (wie Anm. 11).

¹⁷ DSHI 100, Wrangell, Bd. 3, S. 209.

richtet werden. Für die Bestimmung der Volkszugehörigkeit wurde nun die Nationalität des Vaters ausschlaggebend, und Kinder aus deutsch-estnischen Mischehen durften die deutschen Schulen nicht mehr besuchen. Dies galt allerdings nicht für diejenigen, die bereits an deutschen Schulen eingeschrieben waren. Viele nichtdeutsche Familien, darunter auch Esten, zogen es vor, ihre Kinder in deutsche Schulen zu schicken, weil sie die dortige Bildung für besser hielten. So waren 1935 in Kuressaare (Arensburg) unter den 66 Schülern der dortigen deutschen Schule 20, d.h. fast 30%, Esten.¹⁸ Und noch 1936 waren an deutschen Progymnasien wenigstens 15% estnische Schüler angemeldet.¹⁹

1934 wurde in Estland eine tiefgreifende Schulreform durchgeführt, wodurch diese Progymnasien (Mittelschulen) als neue Bildungsstufe zwischen Grundschule und Gymnasium eingeführt wurden.²⁰ Das deutsche Schulsystem sollte dadurch gründlich reorganisiert werden. Als Hauptschultyp war das Progymnasium vorgesehen, während das Gymnasium nur den begabtesten Schülern, die ein Universitätsstudium anvisierten, eine ihren Fähigkeiten entsprechende Ausbildung geben sollte.²¹

Das Ziel der Kulturverwaltung war, jedem deutschen Schüler die Möglichkeit zu garantieren, eine deutschsprachige Schule zu besuchen. In enger Zusammenarbeit mit den deutschen Lehrervereinen wurden staatliche Lehrprogramme für verschiedene Schultypen ausgearbeitet und im Bildungsministerium bewilligt. Bei der Zusammenstellung der Lehrprogramme hatte die Schulabteilung der Kulturverwaltung verhältnismäßig große Handlungsfreiheit, allerdings mussten diese vom Bildungsministerium bestätigt werden.

¹⁸ Eduard Salurand, „Kadakad“ ja „pajuvenelased“ ilmuvad päevalgele. Ringvaade [„Halbdeutsche“ und „Halbrussen“ treten ans Tageslicht. Rundschau], in: ERK (1935), H. 2, S. 48.

¹⁹ Aleksander Vaigla, Eesti lapsed saksa koolides [Estnische Kinder in deutschen Schulen], in: Tähiseid II. Eestluse aastaraamat. Eesti Rahvuslaste Klubi toimetised [Zeichen II. Jahrbuch des Estentums. Veröffentlichungen des Klubs der Estnischen Nationalen]. Tartu 1936, S. 56-61, hier S. 57.

²⁰ Nach vier Jahren Grundschule musste das Kind wählen, ob es die Grundschule weitere zwei Jahre besuchen oder ein fünfjähriges Progymnasium absolvieren wollte. An das Progymnasium schloss sich das dreijährige Gymnasium an, das zum Besuch der Hochschule berechtigte. Statt elf Jahre dauerte der Weg zum Abitur nun zwölf Jahre; vgl. Toomas Karjahärm, Väino Sirk, Väim ja võim. Eesti haritlaskond 1917-1940 [Geist und Macht. Die estnischen Intellektuellen 1917-1940]. Tallinn 2001, S. 380; Werner Stillmark, Das deutsche Schulwesen in Estland seit 1918, in: Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums, hrsg. v. C. Petersen (u.a.). Bd. 2, Breslau 1936, S. 214 f., hier S. 214; Hellmuth Weiss, Das deutsche Schulwesen Estlands 1925-1939, in: Zeitschrift für Ostforschung 35 (1986), H. 1/2, S. 185.

²¹ Stillmark, Das deutsche Schulwesen (wie Anm. 20), S. 214.

Trotz mehrerer Entwürfe kam es in Estland nicht zur Verabschiedung eines Sondergesetzes über die Schulautonomie der Minderheiten. Die Verfassung von 1938 schränkte später zwar das Recht der Minderheiten auf den bisher garantierten muttersprachlichen Unterricht nicht direkt ein, schuf aber die rechtlichen Voraussetzungen für mögliche Einschränkungen, indem es festlegte, dass „in den Schulen und Lehranstalten für die nationalen Minderheiten der Unterricht in ihrer Nationalsprache und in der Staatssprache entsprechend den gesetzlich festgelegten Grundlagen und Einschränkungen stattfindet.“²² In der Praxis fiel es in den Zuständigkeitsbereich des Bildungsministers, den Umfang des muttersprachlichen Unterrichts zu bestimmen. In einem Gesetzentwurf, der 1938 im Bildungsministerium ausgearbeitet wurde, war vorgesehen, dass Geschichte, Geografie und Gesellschaftskunde auf Estnisch unterrichtet werden sollten. Tatsächlich erfuhr die deutschbaltische Volksgruppe in der kurzen Zeit, die bis zur Umsiedlung und der damit zwangsläufig verbundenen Schließung der öffentlichen deutschen Schulen blieb, keine besonderen Einschränkungen im deutschsprachigen Unterricht mehr. Die öffentlichen deutschen Schulen wurden anlässlich der Umsiedlung ins Reich offiziell am 16. Oktober 1939 geschlossen.

Ihre Hauptaufgabe sah die Kulturverwaltung in der Bewahrung der deutschsprachigen Schulbildung und in der ständigen Verbesserung des deutschen Schulwesens. Für diese Ziele wurden 85% der Mittel der deutschen Kulturselbstverwaltung ausgegeben.²³ Mit der Zeit entstand daher die Gefahr, dass sich die Kulturverwaltung zu einem einfachen Schulverein wandeln und ihre führende Position und Autorität innerhalb der deutschen Volksgruppe verlieren könnte.

Das deutschbaltische Kulturleben

Nach dem Kulturautonomiegesetz gehörten in den Zuständigkeitsbereich der Kulturselbstverwaltung die Sorge um die Kulturaufgaben der nationalen Minderheit sowie die Verwaltung der kulturellen Institutionen. Die Kulturfragen waren der Kulturabteilung der deutschen Kulturverwaltung zugeteilt. Die Abteilung bestand aus drei Sektionen: die Sektion für Hochschulwesen, die Sektion für allgemeines

²² Grundgesetz (gültig ab 1. Januar 1938), in: Riigi Teataja (1937), Nr. 71, Art. 590.

²³ Cornelius Hasselblatt, Minderheitenpolitik in Estland. Rechtsentwicklung und Rechtswirklichkeit 1918–1995. Hamburg 1996, S. 55; ERA, f. 85, n. 1, s. 60, Bl. 155.

Bildungswesen sowie die Sektion Museen und wissenschaftliche Vereine.²⁴ Neben der Kulturabteilung der Kulturverwaltung galten als zentrale Organisationen, um die sich das deutsche Kulturleben der Zeit sammelte, der Verband Deutscher Vereine in Estland (im Folgenden: VDV) und die Estländische Literarische Gesellschaft (im Folgenden: ELG). Nach der Gründung der Kulturselbstverwaltung mussten die Kompetenzen zwischen Kulturverwaltung und dem VDV aufgeteilt werden. Diesem wurden die Arbeitsbereiche überlassen, die außerhalb der gesetzlichen Aufgaben der Kulturverwaltung blieben, wie Wohlfahrtspflege, Berufsberatung und die Beziehungen mit deutschen Organisationen im Ausland.

Im Zentrum der Aktivitäten der Kulturabteilung standen die Bemühungen um die akademische Weiterbildung der deutschen Jugend nach dem Schulabschluss; damit waren vor allem die Hochschulsektion der Kulturabteilung und deren Untersektionen, nämlich die 1929 gegründete Deutsche Hochschulhilfe in Tartu (Dorpat) und die Abteilung für Wissenschaftsvorträge, beschäftigt.²⁵ Das Studium sollte durch planmäßige Weiterbildungskurse, Praktika, Diskussionsrunden, Seminare und Vorträge ergänzt werden, die sowohl von einheimischen als auch von reichsdeutschen Lehrkräften durchzuführen waren. So galt den Deutschen ein Abschluss an der Universität Tartu in einigen Fächern aufgrund der gerade einmal zehnjährigen estnischsprachigen Tradition im Vergleich zu dem hohen Niveau einiger mittel- und westeuropäischer Universitäten als nicht ausreichend. Zudem betrachtete man die Universität Tartu im nationalkulturellen Sinn für die deutschbaltische Jugend oft als nicht ganz geeignet.²⁶ Aus diesen Erwägungen heraus begann man nach der Gründung der Kulturselbstverwaltung, Hochschulkurse zu organisieren, wobei mehrere namhafte deutsche Professoren einbezogen wurden. 1925–1935 hielten ca. 50 Dozenten aus dem Inland sowie dem Deutschen Reich in Tallinn oder Tartu Vorträge oder gaben Vorlesungskurse.²⁷ Unter den bekannteren Namen waren Oswald Spengler (1924) und

²⁴ Roderich v. Engelhardt, *Das deutsche Kulturamt in Reval*, in: *Jahrbuch des baltischen Deutschtums* (1927), S. 85–88, hier S. 85.

²⁵ ERA, f. 85, n. 1, s. 1719: Kurzer Überblick über die Bedeutung und Entwicklung des deutsch-baltischen akademischen Lebens in Dorpat.

²⁶ Werner Hasselblatt, *Über die Kulturautonomie*. Manuskript, in: ERA, f. 85, n. 1, s. 60, Bl. 149–150. Es handelt sich um ein unvollendetes Manuskript mit mehreren Anhängen (Kopien von Gesetzentwürfen und Gesetzestexten), welches einen Überblick über die (Vor-)Geschichte der deutschen Kulturselbstverwaltung 1921–1928 beinhaltet.

²⁷ Hellmuth Weiss, *Aus der Arbeit des Deutschen Kulturamts*, in: *Revalsche Zeitung*. Jubiläumsnummer (1860–1935) v. 12. Dezember 1935, S. 6.

Max Planck (1937).²⁸ Bei der Auswahl der Vortragsthemen konzentrierte man sich auf Fragen der Weltanschauung und der Ideologien, wodurch so neuere gesellschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Strömungen aus Deutschland vermittelt wurden.²⁹ Man vermied gezielt alle Themen, die die nationalen Gegensätze hätten verschärfen können. Die estnische Universitätsleitung, estnische Professoren und Studenten sahen in diesen Kursen allerdings eher deutsche Kulturpropaganda. Dies umso mehr, weil die genannten Hochschulkurse vom deutschen Auswärtigen Amt finanziell unterstützt wurden.³⁰

Die Aufgabe der Sektion für Allgemeinbildung der Kulturabteilung der Kulturverwaltung war in erster Linie, Vorträge und Kunstveranstaltungen zu organisieren, während das Hauptinteresse der Sektion für Bibliotheken, Museen und Wissenschaftsvereinigungen bei der Erhaltung und Ergänzung der Museumssammlungen lag.

Die Kulturabteilung, deren Aufgabe es war, das deutsche Bildungsleben auch außerhalb der Schulen zu fördern, arbeitete eng mit der Schulabteilung zusammen. Besonders intensiv war die Zusammenarbeit im Bereich Bibliotheken, weil sich viele öffentliche deutsche Volksbibliotheken in den Schulen befanden und dort oft Lehrer ehrenamtlich tätig waren. Neben den Volksbibliotheken besaßen die Deutschen zwei größere wissenschaftliche Bibliotheken: die Bibliothek der ELG in Tallinn und die der Pärnuer (Pernauer) Gesellschaft für Altertumforschung. Als zentrale Wissenschaftsbibliothek kam allerdings nur die Bibliothek der ELG in Frage, die mit ihren rund 80 000 Bänden nach der Universitätsbibliothek in Tartu die zweitgrößte Wissenschaftsbibliothek des Landes war.

Neben der Organisation von Kulturveranstaltungen unterstützte die Kulturabteilung auch entsprechende Aktivitäten anderer deutscher Organisationen nach Kräften, obwohl die knappen Mittel es nur zuließen, wenigen derartigen Wünschen entgegenzukommen. Deshalb widmete man sich in erster Linie nicht der materiellen Unterstützung, sondern versuchte, die Eigeninitiative der deutschen Organisationen zu stärken.

Am 20. Oktober 1920 war in Estland der Verband deutscher Vereine gegründet worden, dessen Ziel es war, die Tätigkeit aller deut-

²⁸ Rein Loodus, *Baltisaksa vähemuse kultuurielust Eestis kultuurautonoomia tingimustes (1918–1940)* [Über das Kulturleben der deutschen Minderheit unter der Kulturautonomie in Estland (1918–1940)], in: *Eesti Teaduste Akadeemia Toimetised. Humanitaar- ja Sotsiaalteadused* (1996), Bd. 3, S. 314.

²⁹ Hasselblatt, *Über die Kulturautonomie* (wie Anm. 26), S. 150.

³⁰ Siehe näher: Grundmann, *Deutschumpolitik* (wie Anm. 13), S. 549 ff.

schen Organisationen in Estland zu koordinieren, sie finanziell zu unterstützen, Kredite zu vermitteln, deutsche Jugendliche in ihrer Ausbildung zu beraten, sich um Stipendien für Studenten und um die Aus- und Weiterbildung von Handwerkern und Lehrern zu kümmern sowie ab 1927 zusammen mit der Zentrale deutsch-baltischer Arbeit in Lettland (später unter der Bezeichnung „Deutschbaltische Volksgemeinschaft in Lettland“) das „Jahrbuch des baltischen Deutschtums“ herauszugeben.³¹ Der VDV umfasste viele Sektionen, die wichtigsten waren das Wirtschaftsamt und das Kulturamt. Über ihn wurde die finanzielle Unterstützung seitens größerer lokaler deutscher Unternehmen sowie aus Deutschland an deutsche Kulturorganisationen vermittelt. Bei der Verteilung dieser Unterstützung aus Deutschland spielte die Deutsche Botschaft in Tallinn eine Schlüsselrolle.³²

Als Vertreter des VDV in Tartu wirkte der Deutsche Volksbund (im Folgenden: DVB),³³ der im Herbst 1924 von Siegmund Klau in Kooperation mit dem Tartuer Schuldirektor Heinrich Pantenius gegründet worden war, als die Gründung einer öffentlich-rechtlichen deutschen Kulturselbstverwaltung wegen der ungünstigen politischen Lage erst in unabsehbarer Zukunft realisiert zu werden schien. Als die Kulturselbstverwaltung ein Jahr später doch ins Leben gerufen wurde, blieb der DVB bestehen und ergänzte fortan die Arbeit der Kulturselbstverwaltung. Mitte der 1920er Jahre hatte er rund 1 200 Mitglieder. Innerhalb des Vereins arbeiteten mehrere Unterabteilungen: der Frauenbund, das Amt für Fachausbildung, der Landschulausschuss, die Volkshilfe, die Zentralstelle für deutsche Wohlfahrtspflege, die Winterhilfe und eine Stellenvermittlung.³⁴ Somit erinnerte der DVB in Tartu trotz seines präventösen Namens gewissermaßen an ein lokales Gegenstück zum VDV, sein Tätigkeitsfeld blieb aber auf Tartu und seine Umgebung begrenzt. Im vielseitigen Sozial- und Kulturprogramm des DVB spiegelten sich hier möglicherweise Bestrebungen in Südestland, mit der an akademischen Traditionen reichen „Provinzstadt“ Tartu einen kulturellen Kontrapunkt zur politischen und wirtschaftlichen Hauptstadt des Landes, Tallinn, zu setzen.

Während der Zwischenkriegszeit herrschte in Estland unter den Deutschbalten trotz aller Schicksalsschläge, die die Volksgruppe hin-

³¹ Wolfgang Wachtmuth, Von deutscher Schulpolitik und Schularbeit im baltischen Raum, von ihren Anfängen bis 1939, in: Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung 7 (1943), H. 3, S. 45-88 u. 351-396, hier S. 73.

³² Hehn, Umsiedlung (wie Anm. 7), S. 53.

³³ Estländisch-deutscher Kalender. Dorpat 1926, S. 37 f.

³⁴ Wachtmuth, Von deutscher Schulpolitik (wie Anm. 31), S. 73.

nehmen musste, ein reges Gesellschaftsleben – dies vor allem in den Städten, aber auch in den ländlichen Gegenden. Direkt vor der Umsiedlung waren in Estland 157 deutschbaltische Organisationen tätig, von denen sich 131 im VDV zusammengeschlossen hatten.³⁵

Die Deutschbalten auf dem Lande und ihre wirtschaftliche Lage

Als das Gesetz über die Kulturautonomie verabschiedet wurde, wohnten 84,4% der Deutschen Estlands in Städten und nur 15,6% auf dem Lande.³⁶ Das radikale Agrargesetz, das die Verfassunggebende Nationalversammlung im Oktober 1919 verabschiedet hatte, sah vor, dass die Rittergutsbesitzer ihrer Ländereien außerhalb der Städte verlustig gingen. Die Frage der Entschädigung für das verstaatlichte Gut war jedoch nicht gelöst worden und sollte einem gesonderten Gesetz vorbehalten bleiben. Insgesamt wurden fast 97% der Ländereien der Großgrundbesitzer enteignet.³⁷ Zusammen mit den Gutshöfen wurden auch die dazugehörigen Industrieunternehmen nationalisiert (Molkereien, Sägewerke, Bierbrauereien und Brennereien). Auch 57 Großgrundbesitzer estnischer Herkunft waren von der Agrarreform betroffen.³⁸ Nicht nationalisiert wurden Güter in städtischem Besitz, Gutshöfe und Ländereien, die im Besitz von Wohltätigkeitsorganisationen oder wissenschaftlichen Institutionen waren sowie als Landstellen bezeichnete kleinere Güter. Städtischer Besitz der Deutschbalten wurde nicht verstaatlicht. In Privatbesitz blieb auch das Industrie- und Handelskapital, sodass die Deutschen immer noch die wichtigeren Industrieunternehmen und Banken besaßen. Nach T. Pool, einem der Hauptautoren des Agrargesetzes, war die radikale Enteig-

³⁵ Jüri Kivimäe, *Raske lahkumine. Baltisaklaste ümberasumine eestlaste rahvuslikus vaatevinklis* [Ein schwerer Abschied. Die Umsiedlung der Deutschbalten aus nationaler Sicht der Esten], in: *Looming* (1989), H. 9, S. 1245; vgl. ähnlich ders., „Aus der Heimat ins Vaterland“. Die Umsiedlung der Deutschbalten aus dem Blickwinkel estnischer und nationaler Gruppierungen, in: *Nordost-Archiv. Zeitschrift für Regionalgeschichte N.F. IV* (1995), H. 2: Estland und seine Minderheiten. Esten, Deutsche und Russen im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. v. Konrad Maier, S. 501-520.

³⁶ Vor der Agrarreform waren die entsprechenden Anteile schätzungsweise 65% und 35%. *DSHI* 140, *Baltikum* 488, Bl. 31.

³⁷ 82,5% davon hatten den Rittergutsbesitzern gehört; vgl. H.A. v. Wahl, 1944. *Die durch die Agrarreform Estlands bedingte Einbuße volksdeutschen Vermögens*. Berlin-Dahlem 1944, S. 1.

³⁸ Michael Garleff, *Esten und Deutsche im Freistaat Estland*, in: *Tausend Jahre Nachbarschaft. Die Völker des baltischen Raumes und die Deutschen*, hrsg. v. Wilfried Schlaw. München 1995, S. 123-140, hier S. 128.

nung mit dem politischen Ziel der Reform verbunden, das wirtschaftliche Rückgrat des deutschbaltischen Adels zu brechen und damit der Gefahr einer deutschen Kolonialisierung zu entgehen.³⁹ Als sich die innenpolitische Lage stabilisierte, wurde die Landreform etwas entschärft. Das im Mai 1925 verabschiedete Gesetz zur Ergänzung und Änderung des Agrargesetzes sah vor, den ehemaligen Rittergutsbesitzern und deren Erben bis 50 ha Land des früheren Gutes mit den nötigsten Gebäuden zurückzugeben.⁴⁰

Nach den Angaben W. v. Harpes, des Vorsitzenden des Estländischen Landwirtschaftlichen Vereins, besaßen im Jahr 1924 deutsche Landwirte 90 ehemalige Rittergüter, 20 Landstellen und 68 deutsche Bauernhöfe (vor allem in den Bauernkolonien bei Heimtali [Heimthal] und Visusti-Kaarepere [Vissust-Kersel]).⁴¹ Insgesamt besaßen 178 Haushalte 18 100 ha Land, das nur einen Bruchteil des früheren deutschen Landbesitzes bildete. Kleinere landwirtschaftliche Unternehmen mussten hart ums Überleben kämpfen, viele deutschbaltische Bauernwirte zogen in die Stadt. Weil die Arbeitsmöglichkeiten dort aber begrenzt waren, wanderten viele ehemalige Gutsbesitzer nach Deutschland aus. Mit ihnen gingen auch die Gutsverwalter, Förster, Hauslehrer und andere Gutsangestellte. So wurde als Folge der Agrarreform die deutsche Volksgruppe in Estland weiter urbanisiert.⁴²

Nach langen Debatten wurde 1926 unter internationalem Druck das Gesetz über die Entschädigung für die enteigneten Ländereien verabschiedet. Die Höhe der Entschädigung wurde nach alten Schätzwertgutachten der Ritterschaften festgelegt. Die Auszahlung sollte mit Hilfe von speziellen Pfandbriefen erfolgen, die der Staat innerhalb von 60 Jahren auslösen sollte.⁴³ Die Entschädigung sollte drei

³⁹ Theodor Pool, *Maauendus Eestis ja selle tulemusi* [Länderneuerung in Estland und deren Ergebnisse]. Äratrükk [Abdruck], in: *Fenno-Ugrica* V, A, 6. Tallinn/Tartu 1936, S. 7.

⁴⁰ Riigi Teataja (1925), Nr. 95/96, S. 457 ff. Siehe auch Tiit Rosenberg, *Baltisaksa põllumehed Eesti Vabariigis ja Läänemaal 1919–1939* [Deutschbaltische Landwirte in der Republik Estland und in Läänemaa/Wiek 1919–1939], in: *Läänemaa Muuseumi toimetised* [Veröffentlichungen des Läänemaa-Museums]. Bd.VII, Haapsalu 2003, S. 25-55, hier S. 29 f.

⁴¹ DSHI 100, Harpe, Bd. 2, S. 2: Die Entwicklung der Landwirtschaft in Estland. 1939. Manuskript.

⁴² Rosenberg, *Baltisaksa põllumehed* (wie Anm. 40), S. 27. 1922 lebten in den Landgemeinden und -ortschaften Estlands 3 762 Deutsche, 1934 waren es nur noch 2 702 (0,48 bzw. 0,35% der gesamten Landbevölkerung Estlands).

⁴³ Riikliku maatajavara loomiseks võõrandatud maade eest tasumaksmise seadus [Das Gesetz über das Entgelt für die Ländereien, die wegen der Schaffung eines staatlichen Landvorrates enteignet wurden], in: Riigi Teataja (1926), Nr. 26, S. 249 f.; Rosenberg, *Baltisaksa põllumehed* (wie Anm. 40), S. 30.

estnische Kronen pro Hektar betragen, was ca. 3% des realen Bodenwertes ausmachte.⁴⁴ Waldbesitz wurde nicht entschädigt.

Wilhelm v. Wrangell schrieb später, auch die deutschbaltische Seite habe die Notwendigkeit einer Agrarreform erkannt und die Gutsbesitzer seien in dieser Hinsicht auch zu „Opfern“ bereit gewesen. Im Gesetzentwurf der Deutsch-Baltischen Partei im Riigikogu war von Seiten der Deutschbalten allerdings eine wesentlich höhere Entschädigung in Höhe von 20-30% des Marktwertes des enteigneten Guts vorgesehen gewesen.⁴⁵

1930 begann das Deutsche Reich von der Regierung Estlands zu verlangen, deutschen Staatsangehörigen die Entschädigungssummen in Eil- und Sonderverfahren auszuzahlen, und bis 1935 waren die Entschädigungen für die enteigneten Gutshöfe an Reichsangehörige tatsächlich ausbezahlt.⁴⁶ Diejenigen Deutschbalten, die jedoch die Staatsangehörigkeit Estlands besaßen, mussten weiterhin warten.

Die deutschen Bauernkolonien (Heimtali, Visusti-Kaarepere und Wiera) blieben von der Agrarreform größtenteils verschont.⁴⁷ Die größte deutsche Kolonie in Estland, Heimtali, gegründet 1912/13 bei Sõmerpalu (Sommerpahlen) im Kreis Võru (Werro), war während des Krieges stark in Mitleidenschaft gezogen worden. 1919/20 wurden dort ca. 15 Höfe in Panikstimmung an Esten verkauft. Die ehemaligen Besitzer siedelten nach Deutschland um, viele wanderten von dort später nach Amerika aus. Die zurückgebliebenen Bauern konnten bis 1934 ihr wirtschaftliches Vorkriegsniveau erreichen. Die Größe der Kolonie betrug insgesamt 627 ha, mehr als die Hälfte davon war landwirtschaftliches Nutzland. 1934 lebten in Heimthal 198 deutsche Bauern. Die Wirtschaftslage der Kolonisten war schwer, die meisten Höfe trugen an ihrer Schuldenlast.⁴⁸ Die Zukunft sah jedoch in ihren Augen nicht vielversprechend aus. Weil die Kolonie maximal nur 200 Menschen ernähren konnte, verließen viele junge Leute den Ort.⁴⁹

⁴⁴ Gert v. Pistohlkors, Estland, Lettland und Litauen 1920–1940, in: Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Bd. 6, hrsg. v. W. Fischer, J.A. van Houtte, Hermann Kellenbenz (u.a.). Stuttgart 1987, S. 729-768, hier S. 752.

⁴⁵ DSHI 100, Wrangell, Bd. 3, Bl. 197.

⁴⁶ Rosenberg, Baltisaksa põllumehed (wie Anm. 40), S. 31.

⁴⁷ Hans-Jürgen Seraphim, Die deutschen Kolonisten aus Wolhynien, in: Sozialgeschichte der baltischen Deutschen, hrsg. v. Wilfried Schlaw. Köln 2000, S. 259-270, hier S. 266.

⁴⁸ Rudolf Schulz, Der deutsche Bauer im Baltikum. Zur Wirtschaftsgeographie des deutschen Ostens. Berlin 1938 (Politisch- und wirtschafts-geographische Untersuchungen und Darstellungen. 16).

⁴⁹ Die Resultate der Zählung der deutschen Volksgruppe in Estland im Februar 1936 und die aus ihnen erwachsenden Arbeitsaufgaben. ERA, f. 85, n. 1, s. 353.

Eine zweite, recht isoliert lebende deutsche Bauernkolonie war von landlosen Heimthaler Bauern 15-20 km entfernt in Wiera errichtet worden. Die Kolonie hatte 100 ha Land und bestand aus acht deutschen Familien. Eine dritte Kolonie, Visusti-Kaarepere, bildete eine Art Streusiedlung und umfasste Gebiete in den Kreisen Viljandi (Fellin) und Tartu, 150 km in Nord-Süd- und 80 km in Ost-West-Ausdehnung. In den 1920er Jahren wohnten in diesem Gebiet rund 100 deutsche Familien, das Zentrum der Kolonie waren die Dörfer Kaarepere (Kersel) und Visusti (Vissust) in der Nähe der Bahnstrecke Tallinn-Tartu.⁵⁰ Die meisten Kolonisten besaßen kein Land, lebten zerstreut und arbeiteten als Knechte und Tagelöhner auf den örtlichen Staatsgütern oder bei estnischen Bauern, viele waren auch Handwerker. 1936 lebten dort rund 50 deutsche Familien mit insgesamt 300 Personen.⁵¹ Die deutschen Bauern wurden durch deutsche Landwirtschaftskreise unter Leitung von akademisch ausgebildeten Landwirten beraten. Um die Beziehungen zwischen einzelnen Höfen zu fördern, wurden diese 1934 in so genannten Nachbarschaften zusammengeschlossen.⁵²

Mit der Kooperation deutscher Bauern untereinander und deren Unterstützung waren der Estländische Landwirtschaftliche Verein in Tallinn und die Livländische Gemeinnützige und Ökonomische Sozietät in Tartu beschäftigt. 1932 gründeten beide Vereine gemeinsam einen Wirtschaftsrat für die Kooperation und Erfassung aller Probleme deutschbaltischer Bauern. Dieser vermittelte auch die aus Deutschland stammende finanzielle Unterstützung an die Bauern.⁵³ 1934 wurde mit Hilfe von Finanzmitteln aus Deutschland die Genossenschaft „Oma Vara“⁵⁴ gegründet. Mit Unterstützung des Estländischen Landwirtschaftlichen Vereins waren die Landwirte nicht nur in der Lage, ihre Höfe wirtschaftlich abzusichern und zu erweitern, sondern auch neue Höfe hinzuzuerwerben. Es gelang, die Zahl der deutschen Wirtschaften auf 350 mit insgesamt 35 000 ha Land zu erhöhen.⁵⁵ Vom steigenden Interesse für die Landwirtschaft und die

⁵⁰ Schulz, *Der deutsche Bauer* (wie Anm. 48), S. 137 f.

⁵¹ Hans Handrack, Arved von Taube, *Soziale Entwicklung und Gliederung*, in: *Handwörterbuch* (wie Anm. 20), S. 183-194, hier S. 187.

⁵² Schulz, *Der deutsche Bauer* (wie Anm. 48), S. 138 ff.

⁵³ Rosenberg, *Baltisaksa põllumehed* (wie Anm. 40), S. 25 f.

⁵⁴ In deutscher Sprache etwa „Eigenbesitz“; in den Quellen findet sich nur die estnischsprachige Bezeichnung.

⁵⁵ Adolf von Mickwitz, *Die Landwirtschaft Estlands, insbesondere die deutschen Betriebe im Kampf mit der Krise*, in: *Baltische Monatshefte* (1932), S. 497-504, hier S. 501; DSHI 100, Harpe, 2, 2.

landwirtschaftlichen Berufe zeugt auch die steigende Mitgliederzahl des Estländischen Landwirtschaftlichen Vereins von 150 Mitgliedern im Jahr 1930 auf 500 im Jahr 1939.⁵⁶ Beliebt waren die vom Verein organisierten Tagungen, zu denen Fachleute sowohl aus Estland als auch aus Deutschland als Vortragende eingeladen wurden. Die regelmäßige Finanzhilfe aus dem Deutschen Reich für deutschbaltische Bauern betrug in den 1930er Jahren fast 356 000 Reichsmark.⁵⁷

In den Sitzungen der Kulturverwaltung und des Kulturrats widmete man den Deutschen auf dem Lande und ihrer Bodenständigkeit viel Aufmerksamkeit, denn im Fortbestehen des deutschbaltischen Bauerntums sah man eine Lebensfrage für die gesamte Volksgruppe⁵⁸ und den Ansatzpunkt für eine erfolgreiche deutsche Bevölkerungs-, „Volkstums-“ und Agrarpolitik. Die diesbezügliche Politik und Propaganda der Kulturverwaltung hatte positive Folgen. Wenn 1930 von den Deutschen, die ins Nationalregister eingetragen waren, 15,6% auf dem Lande wohnten, so waren es 1936 mit 16% schon etwas mehr.⁵⁹ Möglicherweise trug hier die Politik der Förderung der deutschbaltischen Landwirtschaft in Estland und die Besinnung auf eine ländliche Verbundenheit erste bescheidene Früchte. Am deutlichsten konnte man in den Landkreisen Virumaa (Wierland), Saaremaa (Ösel) und Tartumaa (Dorpat) erkennen, dass die Zahl der deutschen Landbevölkerung zu steigen begann. Im Falle Virumaas erklärt sich diese Tatsache aber wohl damit, dass sich die dortige Ölschieferindustrie im Aufschwung befand und man diejenigen, die nach Virumaa zogen, um dort Arbeit und Brot zu finden, nur bedingt als Landbevölkerung bezeichnen kann. Meistens handelte es sich hier um technische Angestellte und Bürokräfte.

Die Deutschen auf dem Lande hatten eine höhere Geburtenrate als in den Städten, im Gegensatz zu den allgemeinen Tendenzen sanken die Bevölkerungszahlen in den deutschen Bauernkolonien nicht, sondern stiegen sogar kräftig an. Auch die Altersstruktur war in den Kolonien günstiger als in der Volksgruppe allgemein. Wenn unter den Deutschen in den Städten der Anteil der über 60-Jährigen 15,6% be-

⁵⁶ Adolf von Mickwitz, Erinnerungen an Walter v. Harpe und den Estländischen Landwirtschaftlichen Verein, in: Henning v. Wistinghausen, Zwischen Reval und St. Petersburg. Erinnerungen von Estländern aus zwei Jahrhunderten. Weissenhorn 1993, S. 360-376, hier S. 361.

⁵⁷ Rosenberg, Baltisaksa põllumehe (wie Anm. 40), S. 26.

⁵⁸ ERA, f. 85, n. 1, s. 353.

⁵⁹ Mark von Engelhardt, Das Deutschtum Estlands, in: Baltische Monatshefte (1936), S. 390-406, hier S. 394.

trug, so lag diese Zahl in Heimtali bei 2,9% und in Visusti-Kaarepere bei 3%.⁶⁰ Auch der Anteil der Mischehen war auf dem Lande etwas kleiner als in der Stadt. Das deutschbaltische Gutsbesitzertum war nach der Agrarreform somit nicht verschwunden. Vielen ehemaligen Gutsbesitzern gelang es, ihre Großwirtschaften auf dem merklich kleineren Niveau von Bauernwirtschaften zu halten. Tatsächlich handelte es sich bei der Mehrheit der deutschen Landwirte um ehemalige Gutsbesitzer und Gutsangestellte, die eine bäuerliche Lebens- und Wirtschaftsweise übernommen hatten.⁶¹

Besonders in der deutschsprachigen Literatur ist die Agrarreform in Estland heftig kritisiert worden,⁶² während die estnische Seite nicht zugeben wollte, damit Minderheitenrechte verletzt zu haben, auch wenn von der Nationalisierung des Großgrundbesitzes vor allem die nationalen Minderheiten, in erster Linie die Deutschen, betroffen waren. Andererseits darf man die historische Tatsache nicht vergessen, dass die Deutschbalten ihren Landbesitz im Laufe der Jahrhunderte durch Eroberungen, Kolonisation und Lehnsbeziehungen erworben hatten. Vor der Landreform hatten Esten nur kleine und mittelgroße Ländereien besessen, die sie den Großgrundbesitzern gegen Ende des 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts hatten abkaufen müssen.

Als die Deutschbalten 1939 aus Estland umsiedelten, stellte sich heraus, dass sie rund 60 Gutskerne und Großwirtschaften mit Flächen zwischen 60 und 630 ha besaßen und rund 200 Höfe unter 50 ha. Die meisten deutschbaltischen Großwirtschaften befanden sich in Virumaa, wo geschätzte 500 Landeinheiten mit insgesamt 25 000 ha von knapp 200 deutschen Landwirten bewirtschaftet wurden.⁶³ Dies bedeutete, dass offensichtlich viele Ansiedlerhöfe, die infolge der Landreform an interessierte Esten verteilt worden waren, von den ehemaligen Gutsbesitzern mit dem Ziel aufgekauft worden waren, den früheren Großgrundbesitz nach und nach wieder herzustellen. Durch diesen allmählichen Ankauf von Boden gelang es den Deutschen, erneut solide Großwirtschaften aufzubauen.

⁶⁰ Schulz, *Der deutsche Bauer* (wie Anm. 48), S. 142.

⁶¹ Rosenberg, *Baltisaksa põllumehed* (wie Anm. 40), S. 36.

⁶² Tiit Rosenberg, *Eesti 1919. aasta agraarreformi historiograafia* [Die Historiografie der estnischen Agrarreform von 1919], in: *Õpetatud Eesti Seltsi Aastaraamat* [Jahrbuch der Gelehrten Estnischen Gesellschaft] 1994–1999. Tartu 2002, S. 125–161, hier S. 131 ff.

⁶³ *Virumaa sakslastel 25 000 ha maad* [Die Deutschen in Virumaa haben 25 000 ha Land], in: *Päevaleht* v. 16. Oktober 1939, S. 1; *Sakslaste maaomandid ja tõukarjad* [Das Landbesitz und das Zuchtvieh der Deutschen], in: *Ebenda* v. 28. Oktober 1939, S. 2.

Die Deutschbalten in den Städten

Die Urbanisierung der deutschbaltischen Volksgruppe nach der Agrarreform vollzog sich rasch: 1922 wohnten 72,9% aller estländischen Deutschen in den Städten, 1936 waren es schon 84%, die vor allem in Tallinn und Tartu lebten. 1922 wohnten 37,7% der Deutschbalten in Tallinn, wo sie 5,6% der Gesamtbevölkerung ausmachten.⁶⁴ Im Hinblick auf die zerstreute Siedlungsweise und die freilich noch höhere Urbanisierung war von den anderen Nationalitäten nur die jüdische Minderheit mit der deutschen zu vergleichen.⁶⁵

Die sozialpolitische Lage der städtischen Deutschbalten war um einiges besser als auf dem Lande. Zwar hatten sie das politische Machtmonopol verloren, besaßen jedoch immer noch eine starke Stellung in der Industrie, im Banken- und Versicherungswesen sowie im Handel. Die Führung innerhalb der Volksgruppe ging nach der Agrarreform in die Hände von Vertretern der städtischen Berufsgruppen wie Literaten, Kaufleute und Industrielle über, während sich die adligen Großgrundbesitzer, die früher die führende Rolle gespielt hatten, wegen ihrer bisherigen Politik diskreditiert hatten. Darüber hinaus war ihre Gruppe durch Emigration (bedingt durch Krieg, Revolution, Bürgerkrieg und Agrarreform) stark geschrumpft. Insgesamt gingen die alten ständischen Unterschiede zwischen der deutschbaltischen Führungs- und Intellektuellenschicht merklich zurück.

Viel Aufmerksamkeit widmete die deutsche Kulturverwaltung dem Fortbestehen der Gruppe der so genannten Kleindeutschen (Handwerker u.a.), weil die Deutschbalten als soziale Gruppe, bestehend nur aus Ober- und Literatenschicht, kaum Aussichten auf eine langfristige Existenz gehabt hätten. 1927 vertraten von den in das deutsche Nationalregister eingetragenen Personen rund 31% die so genannten freien Berufe und 49% waren in Handel und in Industrie tätig. Nur 4% waren Handwerker und 2,3% Arbeiter.⁶⁶

Nach den Angaben der Volkszählung von 1934 waren die wichtigsten Tätigkeitsgebiete der Deutschen „gesellschaftliche Tätigkeiten“, Handel, Industrie und Handwerk. In der Landwirtschaft waren ca. 10% der Deutschen beschäftigt.⁶⁷ Der Anteil der Deutschbalten am

⁶⁴ Hehn, *Die Umsiedlung* (wie Anm. 7), S. 18.

⁶⁵ 1922 lebten 99% der Juden Estlands in den Städten; vgl. Michael Garleff, *Die Baltische Staaten und die Juden 1918–1940*, in: *Jahrbuch des baltischen Deutschtums* (2005), S. 93–114, hier S. 106.

⁶⁶ ERA, f. 85, n. 1, s. 192.

⁶⁷ Bastian Filaretow, *Kontinuität und Wandel. Zur Integration der Deutsch-Balten in die*

allgemeinen Handel Estlands lag bei 5,5% und in der Industrie bei 1,6%.⁶⁸ Den größten Teil der Bevölkerungsgruppe bildeten mit 22,8% jedoch diejenigen, die außerhalb von Berufsgruppen standen, d.h. vor allem von Kapital-, Pacht- und Mieterträgen lebten. Betrachtet man die Sozialpyramide der Deutschbalten, fällt der niedrige Anteil (0,8%) von Arbeitern und Angestellten auf. Unter den Beamten standen die Deutschen hinter den Esten an zweiter Stelle, womit die Beamten die größte soziale Gruppe unter den Deutschbalten stellten. Vertreter der freien Berufe waren 7,9% der Deutschen, die insgesamt 20,7% der Gesamtzahl dieser Berufsgruppe ausmachten.⁶⁹ Nach K. v. Maydell waren 26% der etwa 6 400 im Arbeitsleben stehenden Deutschen Arbeiter, 42% Beamte und Angestellte, 10% Vertreter freier Berufe und 19% selbständige Unternehmer.⁷⁰

Bei einigen Berufen mit wichtiger gesellschaftlicher Bedeutung war der Anteil der Deutschen besonders hoch: 1928 gab es unter den Rechtsanwälten 27% Deutsche, 1933 waren es noch 18%; unter den Notaren waren 1933 14% Deutsche, unter den Zahnärzten 8%, unter den Tierärzten 14%, unter den Apothekern 32% und unter den Pastoren 43%.⁷¹ Am Ende des unabhängigen Estland war immerhin noch ein Viertel aller Ingenieure, ein Fünftel aller Geistlichen und ein Sechstel aller Ärzte deutscher Nationalität.⁷²

1933 lebten in Estland 318 deutsche Kaufleute.⁷³ Die Deutschen waren Eigentümer von 43 größeren Industrieunternehmen in 26 verschiedenen Bereichen, außerdem besaßen sie 242 handwerkliche und kleinere Industrieunternehmen, die in 55 verschiedenen Bereichen tätig waren. Am häufigsten waren unter ihnen Uhrmacher, Bäcker,

Gesellschaft der BRD. Baden-Baden 1990 (Nomos Universitätschriften. Geschichte. 2), S. 84. Unter der Rubrik „gesellschaftliche Tätigkeit“ wurden in der Statistik Personen subsumiert, die auf den Gebieten Gesundheitswesen, Bildung und Religion tätig waren, im Dienst des Staates, der Kommunen oder der Armee standen, sowie Rechtsanwälte, Agronomen u.a.

⁶⁸ R. Kadaja, Vähemusrahvused Eestis [Die Minderheitenvölker in Estland], in: Tähiseid (wie Anm. 19), S. 29-55, hier S. 41 f.

⁶⁹ Filaretow, Kontinuität und Wandel (wie Anm. 67), S. 82 ff.

⁷⁰ Kurt von Maydell, Die Baltendeutschen vor ihrer Umsiedlung. Ein statistischer Rückblick, in: Jomsburg. Völker und Staaten im Osten und Norden Europas 4 (1940), S. 59-90, hier S. 87 ff.

⁷¹ ERA, f. 85, n. 1, s. 195.

⁷² Rein Ruutsoo, Rahvusvähemused Eesti Vabariigis [Die nationalen Minderheiten in der Republik Estland], in: Vähemusrahvuste kultuurielu Eesti Vabariigis 1918-1940. Dokumente ja materjale [Das kulturelle Leben der nationalen Minderheiten in der Republik Estland 1918-1940. Dokumente und Materialien], zusammengest. v. Anni Matsulevitš. Tallinn 1993, S. 5-24, hier S. 18.

⁷³ ERA, f. 85, n. 1, s. 195.

Schuster und Fahrer vertreten. Es gab 21 deutsche Bankunternehmen.⁷⁴ Das Bankwesen Estlands wurde fast vollständig vom Kapital der nationalen Minderheiten kontrolliert.

Nach Angaben Karl-Heinz Grundmanns waren 8,5% der 1533 größeren Unternehmen in Estland in deutschem Besitz.⁷⁵ Uno Kaur zufolge waren 1936 in Estland 3 688 Industrieunternehmen mit 47 181 Arbeitern tätig, davon waren 3 184 Unternehmen mit 19 994 Arbeitern in estnischem und 155 Unternehmen mit 8 723 Arbeitern in deutschem Besitz. Der Gesamtwert aller Unternehmen wurde auf 260 Millionen Kronen berechnet, die estnischen stellten davon 75,9 und die deutschbaltischen 66,5 Millionen.⁷⁶ Die Deutschbalten besaßen vorrangig größere Unternehmen (mit durchschnittlich 56 Mitarbeitern im Vergleich zu 6,3 Mitarbeitern in estnischen Unternehmen). Nur staatliche Unternehmen mit durchschnittlich 65 Mitarbeitern waren neben den deutschbaltischen Privatunternehmen vergleichbar groß.⁷⁷ Wenn man einzelne Industriezweige näher betrachtet und dabei den Wert der Unternehmen zur Grundlage nimmt, waren die Deutschbalten am stärksten vertreten in der Zellulose- und Papierindustrie, in Bergwerken – wichtig war hier die Ölschieferindustrie in Virumaa, die sich in den 1920er Jahren im Aufschwung befand und bei der das Bankhaus Scheel eine wichtige Rolle spielte⁷⁸ – und in der Textilindustrie.⁷⁹

Der „primus motor“ der deutschen Industrie, wie es der finnische Historiker Vesa Vasara ausgedrückt hat, war das Bankhaus G. Scheel & Co., das 1884 von Georg J. Scheel gegründet worden war. 1920 übernahm der Enkel Klaus Scheel die Leitung des Hauses und machte 1925 aus dem Familienunternehmen eine Aktiengesellschaft. Er konzentrierte sich auf die Finanzierung der Großindustrie und des Handels. 1928 war das Unternehmen zur größten Privatbank Estlands geworden.⁸⁰ Scheel finanzierte direkt die meisten größeren und

⁷⁴ ERA, f. 85, n. 1, s. 194.

⁷⁵ Grundmann, Deutschtumspolitik (wie Anm. 13), S. 726.

⁷⁶ Uno Kaur, Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftspolitik des Freistaates Estland 1918–1940, in: *Commentationes Balticae VIII/IX: 1962 (1960/61)*, Nr. 3, S. 1-174 (83-256), hier S. 21 (103).

⁷⁷ Vesa Vasara, Die deutsche Minderheit in Estland in der Zwischenkriegszeit. Wirtschaft, Finanzen, Kultur, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 44 (1995), H. 4, S. 578-589, hier S. 580.

⁷⁸ Ebenda, S. 583 f.

⁷⁹ Kaur, Wirtschaftsstruktur (wie Anm. 75), S. 21 ff. (103 ff.).

⁸⁰ Auch im internationalen Vergleich war das Bankhaus Scheel recht groß. 1930 übertraf seine Bilanz 30 Millionen Kronen. Das estnische Staatsbudget betrug in diesem Jahr 95 Millionen Kronen; vgl. Vasara, Die deutsche Minderheit (wie Anm. 76), S. 580 f. Über das

bedeutenderen Unternehmen in Estland und hatte Anteile an vielen anderen Unternehmen. Durch eine direkte Beteiligung oder durch Kredit waren neun Zehntel der deutschbaltischen Unternehmen mit dem Haus Scheel verbunden.⁸¹ Weil die meisten Großunternehmen in deutschem Besitz waren, erscheint die Annahme gerechtfertigt, dass Scheel einen erheblichen Teil der estnischen Wirtschaft beeinflusste.

Mit ihren mehr oder weniger regelmäßigen Spenden wurden die großen deutschbaltischen Unternehmen nach der Agrarreform, die die bisher führende Gruppe der wirtschaftlich einflussreichen Gutsbesitzer erheblich geschwächt hatte, immer mehr zu Förderern des deutschbaltischen Kulturlebens. Von großer Bedeutung war dabei das so genannte „Garantenkomitee“, ein Verband von Industriellen, Bankiers und Großkaufleuten unter Leitung von Scheel. Die daran beteiligten Unternehmen deckten das Haushaltsdefizit verschiedener deutschbaltischer Kulturinstitutionen mit einer freiwilligen finanziellen Unterstützung. Im Budget der Kulturverwaltung gab es regelmäßig einen größeren Betrag unter dem Vermerk „Spende des Verbands der deutschen Vereine“. Hierunter verbarg sich die Unterstützung des „Garantenkomitees“ für die deutsche Kulturselbstverwaltung.⁸²

Die deutschbaltischen Banken, Handels- und Industrieunternehmen waren die Hauptarbeitgeber der Deutschen. Bei einer statistischen Analyse der Umgesiedelten aus Estland kam R. Hippius zu dem Schluss, dass die deutsche Volksgruppe in Estland ausschließlich von der Industrie und vom Handel abhängig war.⁸³ Aus dem Bericht des staatlichen Amtes für Außenhandel, der bei der Umsiedlung der Deutschbalten erstellt wurde und einen Überblick über das Vermögen der Volksgruppe in den baltischen Staaten Ende der 1930er Jahre gab, ging hervor, dass die Deutschen, die nur 1,5% der Gesamtbevölkerung Estlands ausmachten, nicht weniger als 20% des Gesamtvermögens im Land besaßen.⁸⁴ Der deutschbaltische Besitz betrug bei der Umsiedlung ca. 281,6 Millionen RM.⁸⁵ Mitte der 1920er Jahre

Unternehmen Scheel siehe näher: Vesa Vasara, *Das Bankhaus Georg Scheel & Co., Reval (1884–1940)*, in: *Die deutsche Volksgruppe in Estland während der Zwischenkriegszeit und aktuelle Fragen des deutsch-estnischen Verhältnisses*, hrsg. v. Boris Meissner (u.a.), Hamburg 1996, S. 108–115.

⁸¹ Grundmann, *Deutschtumspolitik* (wie Anm. 13), S. 698.

⁸² DSHI 100, Wrangell, Bd. 3, Bl. 204.

⁸³ Vgl. Vasara, *Die deutsche Minderheit* (wie Anm. 77), S. 588.

⁸⁴ Grundmann, *Deutschtumspolitik* (wie Anm. 13), S. 726 ff.

⁸⁵ Davon waren 64,4 Mio. RM Vermögen aus der Land- und Forstwirtschaft, 80,1 Mio. an Immobilien, 40,5 Mio. an Industrievermögen, 56,1 Mio. in Aktien, bewegliches Inventar

brachten die Deutschbalten nach Angaben der Finanzabteilung der Kulturselbstverwaltung 14% der estnischen Einkommenssteuer auf, obwohl sie zu jenem Zeitpunkt nur 1,6% der Gesamtbevölkerung ausmachten.⁸⁶

Deutschbaltische Großindustrielle pflegten gute Beziehungen zu estnischen Wirtschafts- und Regierungskreisen. M. Luther und E. Rosen waren in der autoritären Periode (1934–1940) Mitglieder der Industrie- und Handelskammer, Luther sogar Vorsitzender von deren Abteilung für Großindustrie.⁸⁷ Auch in anderen Kammern waren die Deutschbalten entsprechend der Berufsstruktur der Volksgruppe stark vertreten. Die Entwicklung der estnischen Ölschieferindustrie zeugt davon, dass Esten und Deutschbalten im Bereich der Großindustrie eng neben- und nicht gegeneinander arbeiteten. Die deutschbaltischen Industriellen spielten als Finanziere der Deutsch-Baltischen Partei in Estland ebenfalls eine wichtige Rolle.

Unter dem Einfluss des wachsenden Nationalismus der 1930er Jahre behaupteten estnische radikalnationale Kreise, Deutschbalten hätten die leitenden Positionen in Industrie und Handel an sich gerissen, würden die estnischen Arbeitskräfte diskriminieren und sich somit die Früchte von deren Arbeit aneignen, große Profite aus den Unternehmen herauspumpen und diese ins Ausland schaffen. Man verlangte, die Unternehmen, die den Deutschbalten gehörten, zu übernehmen, was A. Grönberg im Hinblick auf die Agrarreform „Kapitalreform“ nannte. Es erschienen Aufrufe, „die letzten Hochburgen der fremden Macht zu erobern, den Freiheitskampf zu Ende zu führen und wirtschaftlich unabhängig zu werden“.⁸⁸ Die Radikalen hatten jedoch keinen realen Einfluss auf die Minderheitenpolitik der Regierung in jenen Jahren. Aus der Statistik geht nicht hervor, dass die Deutschbalten in den 1930er Jahren unter Beamten oder Intellektuellen diskriminiert worden wären. Allerdings gab es im Wirtschaftsleben der Minderheiten einige Einschränkungen.

Als Folge des Ersten Weltkrieges und der Agrarreform wanderte nicht nur ein beachtlicher Teil der Deutschbalten aus, sondern es kam

im Wert von 23,7 Mio., Bankguthaben im Wert von 4,8 Mio., 6,7 Mio. an Bargeld und 13,4 Mio. an Vermögen der Kirchen und Vereine; vgl. Burchard Klot, Deutsches Vermögen in Lettland und Estland zur Zeit der Umsiedlung, in: Jahrbuch des baltischen Deutschtums XXIV (1977), S. 116-133, hier S. 133; Bastian Filaretow, Die Deutschbalten zwischen 1939 und 1944/45, in: Die Deutsch-Balten, hrsg. v. Wilfried Schlaw. München 1995 (Studienbuchreihe der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat. 6), S. 116-134, hier S. 127.

⁸⁶ Vasara, Die deutsche Minderheit (wie Anm. 77), S. 587.

⁸⁷ Ebenda.

⁸⁸ Karjahärm, Sirk, Vaim ja võim (wie Anm. 20), S. 282 u. 374.

auch zu einem Wandel in der beruflichen und sozialen Struktur der Volksgruppe. Von den bereits erwähnten etwa 6 400 Deutschbalten, die im Arbeitsleben standen, gingen 4 950 im Jahr 1934 einer Beschäftigung in der Stadt nach.⁸⁹ Ungefähr 20% der Deutschbalten lebten nicht von ihren Arbeitslöhnen, sondern von Einkommen aus verschiedenen Vermögen und Immobilien. Fast alle Deutschbalten arbeiteten in der Industrie, im Handel und im öffentlichen Dienst, die Mehrheit von ihnen war in Angestelltenverhältnissen tätig.

Die Deutschbalten besaßen die meisten der größeren kapitalkräftigen und rentablen Unternehmen. Politisch bildeten die deutschbaltischen Industriellen und Großkaufleute eine modernisierende, gleichzeitig aber auch eine stabilisierende Kraft. Gute Beziehungen mit den Esten lagen in ihrem direkten Interesse. Und was noch wichtiger ist: Neben den Zuwendungen aus dem Deutschen Reich schufen sie die finanziellen Voraussetzungen für die Realisierung der deutschen Kulturautonomie. Die inländische deutsche Großindustrie förderte regelmäßig das deutsche kulturelle Leben, die Parteien, die Kulturselbstverwaltung und die Schulen; im Schulbereich spielte die vom VDA kommende Unterstützung aus dem Deutschen Reich allerdings eine wichtigere Rolle. Die Situation der Deutschbalten war sowohl im Bereich der Bildung als auch in Bezug auf die dadurch geschaffenen Möglichkeiten, einen entsprechenden Beruf zu finden, im Großen und Ganzen gut, möglicherweise sogar etwas besser als die der Esten. Viele wichtige Schaltstellen in der Wirtschaft des Landes blieben in deutschbaltischen Händen, sodass die deutsche Minderheit weiterhin eine der vermögendsten Gruppen der Republik Estland bildete.

Die interethnischen Beziehungen in Estland in den 1930er Jahren

Seit Ende der 1920er Jahre konnte man vor allem unter der deutschbaltischen Jugend die Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts beobachten, konkrete Gruppierungen traten jedoch erst nach der Machtübernahme Hitlers in Deutschland 1933 in die Öffentlichkeit. Die Jugend „fühlte sich vor allem von der Idee der gesamtdeutschen Volksgemeinschaft angeprochen, von der sie sich eine nationale Festigung und soziale Neugliederung der gefährdeten Volksgruppe er-

⁸⁹ Maydell, *Die Baltendeutschen* (wie Anm.70), S.85 ff.; Hehn, *Die Umsiedlung* (wie Anm.7), S.19.

hoffte“.⁹⁰ Jahrhundertlang galt es für die Deutschbalten als Ehre, dem Land gegenüber, dessen Bürger sie waren, loyal und treu zu bleiben, doch brach die Gleichschaltungspolitik des „Dritten Reiches“ mit dieser Tradition. Nun entwickelte sich unter den Deutschbalten ein innerer Konflikt zwischen der ethnischen bzw. nationalen Zugehörigkeit und der Staatsangehörigkeit. Arved v. Taube, der damals Jugendarbeitsleiter der Kulturverwaltung war, schrieb, mit dem Siegeszug des Nationalsozialismus in Deutschland habe auch unter der deutschbaltischen Jugend Estlands „eine wirkliche innere Erneuerung des estländ. Deutschtums“ begonnen und sich allmählich ein „Übergang vom romantisch-bündischen Lebensstil zum straffen realistisch-völkischen“ vollzogen.⁹¹ Man hoffte, der steigende Einfluss NS-Deutschlands würde eine positive Wirkung auf die politische und soziale Lage der Deutschen auch in Estland haben. Es herrschte besonders unter der jungen Generation das Gefühl, man dürfe die Veränderungen im Deutschen Reich nicht verpassen. Unter dem Begriff der „deutschen Erneuerungsbewegung“ fasste man wahllos verschiedene in Deutschland einflussreiche, meist idealistisch-romantische Impulse und Anregungen zusammen, in deren Zentrum die nationale Idee stand.⁹² Den Nationalsozialismus betrachtete man nur als eine Form dieser Bewegung. Historisch gesehen war die „Erneuerungsbewegung“ zwar nicht mit dem Nationalsozialismus gleichzusetzen, tatsächlich wurde es allerdings bald unmöglich, die beiden voneinander zu unterscheiden.⁹³ Einige Deutschbalten unterhielten darüber hinaus enge Beziehungen zu rechtsnationalen Kreisen in Deutschland, den Hauptkritikern der Weimarer Demokratie. Eine wichtige Rolle spielte dabei auch die wachsende finanzielle Unterstützung aus dem Deutschen Reich. Der von Deutschland ausgehende „Ruf nach einer Erneuerung der politischen und gesellschaftlichen Formen“ fand bei ihnen ein offenes Ohr.⁹⁴

⁹⁰ Arved von Taube, Erik Thomson, *Die Deutschbalten. Schicksal und Erbe einer eigenständigen Gemeinschaft*. 3. Aufl., Lüneburg 1991, S. 66.

⁹¹ Arved von Taube, *Jugendarbeit und Erwachsenenbildung*, in: *Handwörterbuch* (wie Anm. 20), S. 217 f.

⁹² Reinhard Wittram, *Rückblick auf den Strukturwandel der deutschbaltischen Volksgruppen in letzten Jahrzehnt vor der Umsiedlung*, in: *Festschrift für Percy Ernst Schramm zu seinem 70. Geburtstag von Schülern und Freunden zugeeignet*, hrsg. v. P. Classen (u.a.). Bd. 2, Wiesbaden 1964, S. 231-250, hier S. 237.

⁹³ Zu den Beziehungen zwischen der Erneuerungsbewegung und dem Nationalsozialismus vgl. ebenda, S. 237 ff.

⁹⁴ Georg v. Rauch, *Geschichte der baltischen Staaten*. 2. Aufl., München 1977, S. 159. Zur Problematik, auch in Lettland: Deutschbalten, Weimarer Republik und Drittes Reich. Bd. I

Eine christlich-konservative Form der „Erneuerungsbewegung“ zeigte sich in den geheimen Kreisen der „Baltischen Brüderschaft“. Diese 1929 in Berlin von dem aus Rakvere (Wesenberg) stammenden Otto v. Kursell gegründete Organisation, deren höhere Führung geheim war, war aus dem seit 1920 bestehenden „Verband der Ordensgründer“ entstanden, versuchte frühere Ideale der Ordenszeit des Mittelalters wieder zu beleben und unter der deutschbaltischen Jugend eine aristokratische Elite zu bilden.⁹⁵ Die Leitung der Organisation in Estland soll anfänglich R. v. Antropoff und seit 1932 dem Tallinner Arzt O. Haller übertragen worden sein.⁹⁶ In Estland war die Baltische Brüderschaft illegal. Ziel der Organisation war es, die Deutschbalten zu vereinen, deren Organisationen umzugestalten und zu beeinflussen, Kontakte zwischen Deutschen im Baltikum und im Deutschen Reich aufrechtzuhalten usw. Mitglieder der Brüderschaft übten in vielen deutschbaltischen Organisationen in Deutschland Einfluss aus.⁹⁷

Die nationalsozialistische Bewegung in Estland, oft nur „Bewegung“ genannt, versuchte anfangs, die Aktivitäten der deutschbaltischen Volksgruppe zu lenken, später jedoch gleichzuschalten. Aus zunächst recht einfachen Diskussionsrunden formten sich 1932 Organisationsstrukturen der deutschbaltischen nationalsozialistischen Bewegung in Estland. Die Anfänge der „Bewegung“ in Estland sind eng mit der Person von Victor von zur Mühlen, dem ehemaligen Stabschef des Baltenregiments, verbunden. Auf einer Reise nach Deutschland (vermutlich zum Jahreswechsel 1928/29) soll er Hitler persönlich getroffen haben.⁹⁸ Er wollte vermutlich in Estland einen „Außenposten“ der NSDAP gründen und dafür die Zustimmung Hitlers bekommen. Dieser unterstützte den Plan allerdings nicht.⁹⁹ Nach seiner Rückkehr nach Estland begann von zur Mühlen, den Nationalsozialismus aktiv zu propagieren und Vorträge zu halten; er war auch die Kontaktperson zwischen der NSDAP und der „Bewegung“ in Estland.

u. II, hrsg. v. Michael Garleff. Köln (u.a.) 2001 u. 2008 (Das Baltikum in Geschichte und Gegenwart. 1/I und 1/II).

⁹⁵ Claus Grimm, *Die Baltische Brüderschaft*. Hannover-Döhren 1977, S. 1 u. 16.

⁹⁶ DSHI 100, Wrangell, Bd. 6, Bl. 528.

⁹⁷ Berend von Uexküll, *Erinnerungen an Schloss Fickel und die Nachkriegszeit in Berlin und München*, in: Wistinghausen, *Zwischen Reval* (wie Anm. 56), S. 140-177, hier S. 168 f.

⁹⁸ Jürgen v. Hehn, *Zur Geschichte der deutschbaltischen nationalsozialistischen Bewegung in Estland*, in: *Zeitschrift für Ostforschung* 26 (1977), S. 597-650, hier S. 600.

⁹⁹ Niels v. Redecker, *Victor von zur Mühlen und die nationalsozialistische Bewegung im estländischen Deutschtum. Eine biographische Annäherung*, in: *Deutschbalten, Weimarer Republik* (wie Anm. 94), Bd. I, S. 77-117, hier S. 90.

Als Sprachrohr der Bewegung erschien seit dem 20. März 1932 die Wochenzeitung „Der Aufstieg“, die zum ideologischen Zentrum der nationalsozialistischen Bewegung in Estland avancierte. Als deren Herausgeber fungierte H. v. Schulmann, die politische Verantwortung lag bald bei H. Jucum. „Der Aufstieg“ veröffentlichte neben außenpolitischen Nachrichten, hauptsächlich aus dem Deutschen Reich, auch rassenideologische Artikel, verlangte in seinen Beiträgen die Gleichschaltung und pries Hitler. Mit innenpolitischen Nachrichten war man vorsichtiger. Ruft man sich in Erinnerung, dass die Deutschen in Estland eine Minderheit darstellten, war „Der Aufstieg“ eine auffallend radikale Zeitung, die sich öffentlich als Anhänger des Hitlerschen Nationalsozialismus präsentierte. Nach der Machtergreifung Hitlers im Januar 1933 wurde die Zeitung abermals radikaler, denn sie verlangte nun immer entschiedener die Gleichschaltung aller deutschbaltischen Institutionen, vor allem der Medien und der Deutsch-Baltischen Partei, und die Übernahme der Kontrolle über die deutsche Kulturselbstverwaltung.

Am 23. März 1932 wurde in Tallinn der Deutsche Klub registriert, der einen äußeren Rahmen für die „Bewegung“ bilden sollte. Zu Beginn hatte der Klub 90, kurz vor seinem Verbot im Dezember 1933 128 Mitglieder.¹⁰⁰ Am 12. April 1932 wurde im Tallinner Schwarzhäupterhaus die erste Generalversammlung einer weiteren nationalsozialistischen Organisation, der Deutschen Selbsthilfe, abgehalten. Zum Vorsitzenden wurde R. v. Antropoff gewählt.¹⁰¹ Später war die Selbsthilfe vor allem mit dem Namen des Tallinner Rechtsanwalts Oskar Lutz verbunden. Ziel der Organisation sollte sein, „aus eigener Kraft die wirtschaftliche, ethische und moralische Wiedergeburt ihrer Mitglieder“ zu bewirken.¹⁰² Am 25. März 1933 teilte W. v. Maydell in der „Revalschen Zeitung“¹⁰³ die deutschbaltische Volksgruppe in drei politische Gruppierungen ein: erstens die so genannten „Altbalten“, worunter er vor allem Adlige verstand, die an den alten Traditionen festhielten, zwar konservativ, aber nicht reaktionär gesinnt und gegenüber der Republik Estland loyal waren; zweitens die „neue“ Gruppe, die zum Teil aus Einwanderern (Optanten) bestand und bislang nicht besonders stark konsolidiert war; und drittens die Nationalsozialisten, die vor Tatendrang sprühten und deren Einfluss

¹⁰⁰ Ebenda, S. 89 f.

¹⁰¹ Vgl. Der Aufstieg v. 17. April 1932, S. 4.

¹⁰² Vgl. Der Aufstieg v. 1. Mai 1932, S. 4.

¹⁰³ Woldemar von Maydell, Die politischen Strömungen im Lager der Deutsch-Balten, in: Revalsche Zeitung v. 25. März 1933, S. 5.

nach Ansicht v. Maydells von der „altbaltischen“ Gruppe ausgeglichen werden sollte. Die deutsche Kulturverwaltung bezog keine Position in Bezug auf die diversen Strömungen, obgleich sie eigentlich keine Spaltung innerhalb der Volksgruppe wünschte.

1932 begannen die beiden größeren estnischen Tageszeitungen „Päevaleht“ und „Postimees“ erstmals, die Prinzipien der Kulturautonomie zu kritisieren. In einer Erwiderung schrieb der Chefredakteur der „Revalschen Zeitung“ Axel de Vries, dass eine entscheidende Wende in den Beziehungen zwischen den Esten und den Deutschbalten zu beobachten sei. Die jungen estnischen Intellektuellen hätten andere Ansichten als ihre Väter, und ebenso sei auch das Weltbild der jüngeren deutschen Generation ein völlig anderes. Deshalb sei es notwendig, das Gesetz über die Kulturselbstverwaltung zu ergänzen.¹⁰⁴ Die Führung der deutschen Kulturverwaltung hielt derweil die wachsende Isolation der Volksgruppe für das größere Problem.

Obwohl schon zu Beginn der 1930er Jahre nationalistische Strömungen in Europa immer stärker hervortraten, entwickelten sich in der Mitte des Jahrzehnts regelrechte nationalistische Chauvinismen. In Estland, wo sich dies vor allem in einer antideutschen Gesinnung zeigte, zeichneten radikale estnische Nationalisten ihren Landsleuten in düsteren Farben das Bild einer stillen Germanisierung.¹⁰⁵ Besonders heftig wurden die Deutschbalten von den örtlichen Klubs der Estnischen Nationalen (Eesti Rahvuslaste Klubid, ERK) angegriffen, die alle politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Belange von einem nationalen Standpunkt aus betrachteten und deren Lösung „Estland den Esten“ lautete, worunter sie die Estifizierung der Nicht-Esten verstanden.¹⁰⁶ Sie verlangten, die Regierung solle ihre bisherige Nationalitätenpolitik revidieren und die Kulturautonomie der nationalen Minderheiten einschränken. Die Radikalen stellten die These von der Diskriminierung des Stammvolkes durch eine Fremdbevölkerung auf, die einen „Staat im Staate“ errichtet habe und dabei von der amtlichen Minderheitenpolitik unterstützt werde. Dahinter steckte vor allem die Angst um die Sicherheit und Unabhängigkeit des Landes, die durch eine wachsende Illoyalität von Deutschbalten und Russen erschüttert schien. Man befürchtete auch, dass die Kulturselbstverwaltungen ein politisches Mittel darstellten, sich in

¹⁰⁴ DSHI 100, Wrangell, Bd. 5, Bl. 425.

¹⁰⁵ Angelus, Kulturautonomie (wie Anm. 4), S. 21.

¹⁰⁶ Der Klub der Estnischen Nationalen wurde im Frühjahr 1931 in Tartu gegründet, im Herbst entstand ein Klub in Tallinn, in den darauf folgenden Jahren auch in anderen Städten. 1933 wurde der Gesamtverband der ERKs gegründet.

die estnische Innenpolitik einzumischen. 1934 legte der Verband der ERKs dem Staatsältesten ein Memorandum über die Kulturautonomie der nationalen Minderheiten vor.¹⁰⁷ Die estnische Version des radikalen Nationalismus begnügte sich allerdings mit verhältnismäßig milden Maßnahmen zur Assimilierung der Nicht-Esten, es gab keine direkte Diskriminierung oder Repressionen aus Gründen der Nationalität. Die estnischen Radikalnationalen bildeten letztlich nur eine kleine Gruppe und ihr Einfluss auf die Regierungspolitik war verhältnismäßig unbedeutend. Allerdings waren auch viele estnische Normalbürger kritisch gegenüber der Kulturautonomie eingestellt. Wiederholt hörte man, dass die Kulturautonomie abgeschafft werden sollte, weil sie die Minderheiten, insbesondere die Deutschen, daran hindere, loyale Bürger zu werden.¹⁰⁸ Man verlangte, deutsche Schulen zu schließen, und war unzufrieden, dass ein Este bei Behörden in einer Fremdsprache angesprochen werden konnte.

Nach der Machtübernahme Hitlers in Deutschland war das Hauptziel der „Bewegung“, die Kontrolle über die Deutsch-Baltische Partei zu ergreifen. Auf dem Delegiertentag der Partei am 19. April 1933 gelang es von zur Mühlen allerdings noch nicht, die Macht vollständig zu übernehmen. Am 25. Juni veröffentlichte „Der Aufstieg“ in elf Punkten erstmals Grundsätze der baltischen nationalsozialistischen Bewegung in Estland. Darin wurden die Grundlagen einer beabsichtigten Reorganisation des inneren Lebens der deutschbaltischen Volksgruppe sowie der Beziehungen zwischen Esten und Deutschen dargelegt.¹⁰⁹

Auf dem außerordentlichen Delegiertentag der Deutsch-Baltischen Partei am 26. November 1933 war die „Bewegung“ erfolgreicher und errang im neuen Parteivorstand die Mehrheit. Anstelle des Industriellen Luther wurde von zur Mühlen zum Vorsitzenden gewählt. In seiner programmatischen Rede nach der Wahl machte er jedoch zwei

¹⁰⁷ Man behauptete, die Regelung der Kulturautonomie habe ihren Zweck nicht erfüllt, da sie die Minderheiten nicht loyaler gegenüber Estland gemacht habe, sondern dass umgekehrt den Staatsinteressen widerspreche. Man verlangte eine strengere staatliche Kontrolle der Kulturselbstverwaltungen. Siehe ERK-ide Liidu märgukiri [Denkschrift des Verbandes der ERKs], in: ERK (1934), Nr. 2, S. 44 f.

¹⁰⁸ Vgl. Indrek Jürjo, Das Verhältnis der Deutschbalten zum estländischen Staat und dem estnischen Volk in der Zwischenkriegszeit. Auf Grundlage von Archivakten der Politischer Polizei, in: Die deutsche Volksgruppe in Estland während der Zwischenkriegszeit und aktuelle Fragen des deutsch-estnischen Verhältnisses, hrsg. v. Boris Meissner (u.a.). 2. Aufl., Hamburg 1997, S. 195-212, hier S. 209.

¹⁰⁹ Victor von zur Mühlen, Grundsätze der baltischen nationalsozialistischen Bewegung in Estland, in: Der Aufstieg v. 25. Juni 1933, S. 1.

gravierende Fehler. Erstens übertrieb er, als er behauptete, dass „man die Erkenntnis reifen“ sehe, dass „Deutscher sein und Nationalsozialist sein ein und dasselbe ist (...). Und zweitens sprach er ausgerechnet seine Unterstützung für den radikalnationalen „Estnischen Bund der Freiheitskämpfer“ (Vapsid) aus, weil er glaubte, dort einen politischen Partner zu finden.¹¹⁰ Was folgte, war ein Sturm der Empörung in der estnischen Presse und Öffentlichkeit, woraufhin es die Freiheitskämpfer für besser hielten, sich vom deutschbaltischen Nationalsozialismus scharf zu distanzieren und die Rede von zur Mühlen als Provokation zu bezeichnen.¹¹¹ Um sich von den Deutschbalten gänzlich loszusagen, verlangte der Vorstand des Bundes der Estnischen Freiheitskämpfer in einem Brief an den Staatsältesten, die weitreichenden Autonomiebemühungen der Deutschbalten müssten eingeschränkt werden.¹¹² Auf diese Entwicklung der Dinge war von zur Mühlen nicht vorbereitet, wobei ihn die Kritik der Freiheitskämpfer besonders hart traf, die er als „Verrat“ bezeichnete.¹¹³ Um mögliche, gegen die Volksgruppe gerichtete Maßnahmen abzuwenden, trat von zur Mühlen mit dem gesamten nationalsozialistischen Vorstand der Deutsch-Baltischen Partei am 4. Dezember 1933 zurück. Somit war der Versuch, das estnische Deutschtum „von oben“ auf den Nationalsozialismus zu orientieren, gescheitert. Von zur Mühlen zog sich auf sein Restgut in Eistvere (Eigstfer) zurück und überließ die Zukunft der „Bewegung“ mehr oder weniger dem Zufall. Am 28. Januar 1934 wurde Luther erneut zum Vorsitzenden der Deutsch-Baltischen Partei gewählt, und der neue Vorstand distanzierte sich zumindest formell vom Nationalsozialismus.¹¹⁴

Angeregt durch diese Ereignisse, machte der ehemalige estnische Ministerpräsident Jaan Teemant am 5. Dezember 1933 in der Staats-

¹¹⁰ Rede des Vorsitzenden der D.-B. Partei Rittmeister V. v. z. Mühlen-Eigstfer, gehalten auf dem außerordentlichen Delegiertentag am 26. November 1933, in: *Der Aufstieg* v. 3. Dezember 1933, S. 5 f.

¹¹¹ Über diese Ereignisse siehe: Mati Graf, *Parteid Eesti Vabariigis 1918–1934* [Parteien in der Republik Estland 1918–1934]. Tallinn 2000, S. 254 ff.; Andres Kasekamp, *The Radical Right in Interwar Estonia. Studies in Russia and East Europe*. London/New York 2000, S. 52 f.

¹¹² Lõpp sakslaste autonoomitsemisele. Vabadussõjalaste märgukiri Riigivanemale vähemusrahvuste asjus [Schluss mit den Autonomiespielchen der Deutschen. Eine Denkschrift der Freiheitskrieger an den Staatsältesten in Sachen der nationalen Minderheiten], in: *Võitlus* v. 7. Dezember 1933, S. 1.

¹¹³ Hehn, *Zur Geschichte* (wie Anm. 98), S. 623.

¹¹⁴ Balti sakslased hädaohudest Eestile [Deutschbalten über die Gefahren für Estland], in: *Vaba Maa* v. 31. Januar 1934, S. 5; zu v. zur Mühlen allgemein: Redecker, Victor von zur Mühlen (wie Anm. 99), hier besonders. S. 99 ff.

versammlung den Vorschlag, das Gesetz über die Kulturautonomie der nationalen Minderheiten zu revidieren, um „der Regierung der Republik die notwendige Macht zu geben, Missstände bei der Tätigkeit der Kulturselbstverwaltungen zu vermeiden und abzuschaffen“. Den estnischen sozialistischen Politiker A. Oinas erinnerte die deutsche Kulturselbstverwaltung an eine „Abteilung des Deutschen Reiches in Estland“, weil sie von Menschen geführt werde, die von der Deutsch-Baltischen Partei ausgewählt seien. Außerdem habe von zur Mühlen den Präsidenten der Kulturselbstverwaltung einen ihm untergeordneten Mitarbeiter genannt und v. Wrangell habe an Besprechungen teilgenommen, die von zur Mühlen für seine Mitkämpfer organisiert hatte.¹¹⁵ Auf diese Anschuldigungen von Oinas antwortete v. Wrangell mit einer Nachricht der Kulturverwaltung in der „Revalschen Zeitung“, worin er beteuerte, dass weder die Kulturverwaltung noch ihre einzelnen Mitglieder Verhandlungen geführt oder Absprachen gemacht hätten, um die Kulturverwaltung der Deutsch-Baltischen Partei oder deren Vorsitzendem unterzuordnen. Die Kulturverwaltung sei in ihrer Tätigkeit weiterhin autonom und würde in keiner Weise von den Entscheidungen der Deutsch-Baltischen Partei beeinflusst. Sie habe sich bisher weder einer politischen Partei oder Einzelperson unterworfen noch werde sie dies in Zukunft tun.¹¹⁶ Allerdings waren doch einige der neuen nationalsozialistischen Führungsleute gleichzeitig auch Mitglieder des Kulturrats (Jucum, Bremen, der als Leiter der Abteilung des Nationalregisters sogar Mitglied der Kulturverwaltung war, Musso und Sellheim). Gleichzeitig erklärte C. v. Schilling in der Staatsversammlung im Namen der deutsch-schwedischen Fraktion (in Hinblick auf die Ereignisse in der Deutsch-Baltischen Partei), dass die Fraktion nichts mit diesen Ereignissen zu tun habe und sie nicht billige. Ihren Kenntnissen zufolge habe die überwiegende Mehrheit der deutschen Mitbürger die Ergebnisse der letzten Vorstandswahlen der Deutsch-Baltischen Partei nicht unterstützt.¹¹⁷

Nachdem die nationalsozialistische Führung der Deutsch-Baltischen Partei zurückgetreten war, traf die Regierung Maßnahmen, um die Organisationsstrukturen der „Bewegung“ zu liquidieren. „Der Aufstieg“ wurde verboten, der Deutsche Klub geschlossen, es fan-

¹¹⁵ Riigikogu V koosseis. Täielikud protokollid ja stenograafilised aruanded. III ja IV istungjark [Die V. Staatsversammlung. Vollständige Protokolle und stenografische Berichte. III. und IV. Session]. Tallinn 1934, S. 1075 u. 1097; Revalsche Zeitung (1933), Nr. 280, S. 3.

¹¹⁶ DSHI 100, Wrangell, Bd. 6, Bl. 521.

¹¹⁷ Riigikogu V koosseis (wie Anm. 115), S. 1079.

den Festnahmen, Durchsuchungen und Verhöre statt. Am 5. Dezember 1933 beschloss die Staatsversammlung, dass die deutschbaltische nationalsozialistische Bewegung als staatsfeindliche Erscheinung aufgelöst werden müsse: Die Regierung müsse deshalb „auf der Hut sein und Maßnahmen ergreifen, damit die Versuche liquidiert werden, in Estland eine nationalsozialistische Organisation zu bilden“.¹¹⁸

Schon im Oktober war aufgrund eines Plebiszits ein Gesetz zur Änderung der Verfassung der Republik Estland verabschiedet worden, wonach die bisherige demokratische Staatsordnung deutlich autoritäre Züge bekam. Die Grundlagen der Minderheitenrechte wurden jedoch nicht angetastet. Kulturautonomie und -selbstverwaltung blieben bestehen, doch nutzte die Regierung am 6. Dezember 1933 die im Gesetz über die Kulturautonomie der nationalen Minderheiten vorgesehene Möglichkeit, den deutschen Kulturrat aufzulösen. Die Tätigkeit der Kulturverwaltung wurde nicht unterbrochen. Die Auflösung des Kulturrats schien eher demonstrativ gemeint. Die Stimmung sollte beruhigt und den Bürgern gezeigt werden, dass die Regierung energische Maßnahmen ergreifen würde, wenn faschistische Tendenzen im Lande stärker werden sollten. Als Präsident und Vizepräsident standen der Kulturselbstverwaltung Wilhelm v. Wrangell und Hellmuth Weiss vor, beide waren als Gegner des Nationalsozialismus bekannt. Die Regierung kämpfte vor allem gegen den Bund der Estnischen Freiheitskämpfer, und die deutsche Kulturverwaltung wurde aus allgemeinen innenpolitischen Gründen in Mitleidenschaft gezogen. Die deutsche Kulturselbstverwaltung schien „Sündenbock“¹¹⁹ und nicht Hauptangeklagte zu sein. Offensichtlich war die Auflösung des Kulturrats als eine Mahnung sowohl an die deutschbaltische Volksgruppe als auch an den Bund der Estnischen Freiheitskämpfer gedacht; so wurde es auch in der Öffentlichkeit verstanden und hatte einen positiven Effekt: In den kritischen Monaten Ende 1933 wurde der demokratische Rückhalt innerhalb der Kulturselbstverwaltung gestärkt. Die neuen Kulturratswahlen sollten gemäß Gesetz innerhalb von drei Monaten durchgeführt werden. Dem Wahlhauptausschuss gehörten der Vizepräsident der Kulturselbstverwaltung v. Wrangell, O. Angelus als Vertreter des Innenministeriums und H. Kasse als Mitglied der Staatsversammlung an.

¹¹⁸ ERA, f. 80, n. 5, s. 281, Bl. 483: Riigikogu otsuste protokoll [Protokoll der Beschlüsse der Staatsversammlung], Nr. 93 v. 5.12.1933, Auflage Nr. 8.

¹¹⁹ Angelus, Kulturautonomie (wie Anm. 4), S. 15 ff.

W. v. Wrangell zufolge war die Volksgruppe von der Auflösung des Kulturrats überrascht. Er habe vor den Wahlen persönlich gegenüber Kasse erklärt, dass die Deutschbalten die Auflösung des Kulturrats für falsch und ungerecht hielten, weshalb sie dieselben Leute wieder wählen würden. Ausnahmen könne es nur dann geben, wenn ein ehemaliges Mitglied des Kulturrats aus Gesundheits- oder Altersgründen nicht mehr in der Lage sei, seine Aufgaben zu erfüllen.¹²⁰ Bei den Kulturratswahlen im März 1934 wurden als politisches Signal tatsächlich von den früheren 42 Mitgliedern 38 wiedergewählt. Der im April zusammengetretene neue Kulturrat wählte v. Wrangell zu seinem Präsidenten und Weiss zum Vizepräsidenten. Die Wahlen des deutschen Kulturrates fanden in ruhiger Stimmung statt, es gab keinen staatlichen Druck. Allerdings lag die Wahlbeteiligung bei nur 53%.¹²¹

Im Oktober 1934 fand die Gerichtsverhandlung gegen die Mitglieder der Baltischen Brüderschaft statt, die beschuldigt wurden, eine illegale, politisch orientierte Organisation gegründet und an deren geheimer Tätigkeit teilgenommen zu haben.¹²² Ihr Mitglied Haller erklärte, dass das Ziel der Brüderschaft nur darin bestanden habe, für die moralische Reinheit der Deutschbalten zu sorgen und die „baltischen Brüder“ zu vereinigen; man habe nicht an aktiver Politik teilgenommen. Die Anklage wies darauf hin, dass die Vorträge der Brüderschaftsmitglieder allerdings auch von einer politischen Tätigkeit zeugten.¹²³ Am 17. Oktober 1934 wurden im Friedensgericht von Rakvere-Paide von den 27 „Brüdern“ 26 schuldig gesprochen.¹²⁴ Weil das Verfahren in höheren Instanzen andauerte, traten die Verurteilten ihre Strafen erst 1937 an, als die Organisation im Dritten Reich schon aufgelöst war.¹²⁵

¹²⁰ Damit sollte erklärt werden: „Wir fühlen uns nicht schuld. Wir vertrauen denselben Menschen, die wir einmal gewählt haben“, nach: Wilhelm v. Wrangell, Zur Situation der Deutschbalten bis zur Umsiedlung, in: Wistinghausen, Zwischen Reval (wie Anm. 56), S. 396-420, hier S. 413; DSHI 100, Wrangell, Bd. 6, Bl. 525 f.

¹²¹ DSHI 100, Wrangell, Bd. 6, Bl. 552.

¹²² Kohtumenetluse materjalid Balti Vendluse liikmete süüasjas [Materialien der Gerichtsverhandlung über die Schuldhaftigkeit der Mitglieder der Baltischen Brüderschaft]. ERA, f. 4377, n. 1, s. 16 (darunter die Abschrift der Anklageschrift vom 7.6.1934: Bl. 66 f.).

¹²³ In seiner Rede über die Beziehungen zum Estentum soll Emil Musso Ansprüche auf einen Teil Estlands und dessen Leitung erhoben haben; vgl. DSHI 100, Wrangell, Bd. 7, Bl. 592.

¹²⁴ Haller wurde zu einem Jahr, Antropoff, Musso und Boström zu acht Monaten, andere zu kürzeren Haftstrafen verurteilt. Der Prozess ging noch durch mehrere Instanzen; im Januar 1937 verminderte Staatspräsident Päts die Strafen erheblich; vgl. ERA, f. 4377, n. 1, s. 16, Bl. 55p; f. 1108, n. 1, s. 1024, Bl. 162-182.

¹²⁵ Grimm, Die Baltische Brüderschaft (wie Anm. 95), S. 46; DSHI 100, Wrangell, Bd. 7, Bl. 593.

Im Herbst 1934 fand im Friedensgericht Tallinn-Haapsalu der Prozess gegen die deutschbaltischen Nationalsozialisten statt.¹²⁶ Der Staatsanwalt stellte fest, man könne den Angeklagten nicht vorwerfen, dass sie den Staat ablehnten oder nach Anweisungen „von außen“ gehandelt hätten, weshalb sie nur beschuldigt wurden, eine nicht angemeldete Organisation gegründet zu haben.¹²⁷

Parallel zu den beschriebenen Ereignissen wurde im Oktober 1934 auf Initiative des aus St. Petersburg nach Estland optierten Siegmund Klau eine weitere Gruppe der Erneuerungsbewegung, die Estländisch-Deutsche Volksnationale Vereinigung (VNV) gegründet.¹²⁸ Die Vereinigung stützte sich vor allem auf das so genannte „andere Deutschtum“, diejenigen Deutschbalten also, die bis dahin den traditionellen Führungsschichten fern geblieben waren.¹²⁹ Klau wollte die Beziehungen mit den Esten verbessern, welche er als „Front- und Schicksalgemeinschaft“ bezeichnete, und betonte seine starke Loyalität zum estnischen Staat. Die Einstellung gegenüber dem Nationalsozialismus und vor allem gegenüber dem Führerprinzip war anfangs ablehnend, allerdings wurde eine moralische Erneuerung angestrebt. Weitere Grundprinzipien der Vereinigung waren die geistige und wirtschaftliche Unterstützung ihrer Mitglieder, die Pflege der deutschnationalen Gesinnung und der Kampf gegen ständische oder berufsspezifische Vorurteile.¹³⁰ Seit Februar 1935 erschien „Die Neue Zeit“ als Presseorgan der VNV.

Im Oktober 1934 wurde das Gesetz über die Bestimmung der nationalen Zugehörigkeit verabschiedet, womit das freie subjektive Be-

¹²⁶ Tallinn-Haapsalu Rahukogu avaliku kohtuistungi protokoll [Das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Friedensgerichts Tallinn-Haapsalu] 29.11.–30.11.1934, in: ERA, f. 1357, n. 3, s. 321, Bl. 215-222. Die von der politischen Polizei gesammelten Beweisstücke des Prozesses befinden sich in: ERA, f. 949, n. 1, s. 93.

¹²⁷ Im Vergleich zu den Mitgliedern der Baltischen Bruderschaft waren die Strafen milde, sie reichten von zwei bis sechs Monaten Haft bis Geldstrafen in Höhe von 50 bis 150 Kronen; vgl. ERA, f. 1357, n. 3, s. 321, Bl. 268 (Abschrift des Gerichtsurteils vom 27.3.1936); DSHI 100, Wrangell, Bd. 7, Bl. 608. Siehe auch Hehn, Zur Geschichte (wie Anm. 98), S. 628 ff.

¹²⁸ Organisatsioonid registreerimistoimik [Registrierungsakten der Organisation], in: ERA, f. 14, n. 1, s. 104.

¹²⁹ Vor allem Personen, die nach dem Friedensvertrag zwischen der Republik Estland und Sowjetrußland von 1920 aus Rußland eingewandert waren; vgl. Michael Garleff, Die Deutschbalten als nationale Minderheit in den unabhängigen Staaten Estland und Lettland, in: Baltische Länder, hrsg. v. Gert v. Pistohlkors. Berlin 1994 (Deutsche Geschichte im Osten Europas), S. 451-550, hier S. 530; Hehn, Die Umsiedlung (wie Anm. 7), S. 48; ders., Zur Geschichte (wie Anm. 98), S. 608 f.

¹³⁰ Georg v. Rauch, Sozialstruktur und Organisationsformen im estländischen Deutschtum der dreißiger Jahre. Zur Einordnung der „Volksnationalen Bewegung“, in: Baltische Briefe (1976), Nr. 7/8, S. 12 f.

kenntnis der eigenen Nationalität eingeschränkt wurde.¹³¹ Gleichzeitig wurde das Sprachgesetz verabschiedet, das die Benutzung der Minderheitensprachen vor Gericht sowie in staatlichen und lokalen Behörden und Institutionen regulierte. Im offiziellen Gebrauch, in allen Dokumenten und gedruckten Publikationen sowie im öffentlichen Leben sollten danach die estnischsprachigen Ortsnamen benutzt werden. Bei Bedarf konnte der estnischen Bezeichnung eine Übersetzung in der Minderheitensprache beigefügt werden.

Am 8. November 1934 erschien eine Regierungsverordnung über Änderungen im System der Nationalitätenregister. Um in das nationale Register der Kulturselbstverwaltung eingetragen zu werden, brauchte man als Beleg für die nationale Zugehörigkeit von nun an eine vom Innenministerium herausgegebene Bescheinigung über die Nationalität.¹³²

1935 verlangte das Innenministerium, der bisherige Name „Deutsche Kulturverwaltung der Republik Estland“ müsse durch einen neuen („Kulturselbstverwaltung der deutschen Minderheit der Republik Estland“ [Hervorhebung K. L.]) ersetzt werden.¹³³

Die innere Haltung der Estlanddeutschen gegenüber ihrer nationalen Kulturselbstverwaltung war während des ersten Jahrzehnts ihres Bestehens reservierter, als man annehmen könnte.¹³⁴ Ein wichtiger Grund dafür, warum die Kulturselbstverwaltung noch zehn Jahre nach ihrer Gründung alles andere als populär war, bestand in ihrer Struktur. Für viele Deutschbalten, die eine jahrhundertalte, organisch entstandene ständische Struktur gewohnt waren, blieb die de-

¹³¹ Die Bürger, deren Väter oder Großväter in einer Landgemeinde angemeldet gewesen waren, wurden zu den Esten gezählt, wenn es keine Beweise dagegen gab. Eine Ausnahme bildeten Bürger, die in Gemeinden angemeldet waren, die nach einer Anordnung des Innenministers als Gemeinden galten, in denen eine nationale Minderheit die Mehrheit der Bevölkerung stellte. Bei Mischehen war die Nationalität des Vaters entscheidend. Es wurde festgelegt, dass ein Bürger, der sich als Este angemeldet hatte, seine Nationalität später nicht mehr ändern konnte. Bürger, die beim Inkrafttreten des Gesetzes in die Listen einer nationalen Kulturselbstverwaltung eingetragen waren, wurden ipso jure zu den Vertretern dieser Nationalität gezählt.

¹³² Riigi Teataja (1934), Nr. 97, Art. 775.

¹³³ Obwohl es sich dabei um eine Äußerlichkeit handelte, deuteten die Deutschbalten dies als Versuch, mit dem neuen offiziellen Namen die Bedeutung der Kulturverwaltung herabzusetzen, vgl. ERA, f. 85, n. 1, s. 146. Wrangelli kiri riigivanem Pätsile [Brief v. Wrangells an den Staatsältesten Päts] v. 5.7.1935.

¹³⁴ Im November 1935 befand v. Wrangell auf der Jahrestagung des deutschen Kulturrats, dass der Kulturrat begonnen habe, sich inzwischen im Bewusstsein der Deutschen als zentrale Institution der Deutschen in Estland zu verankern, aber bis zu einer Anerkennung als Verkörperung der nationalen Einheit sei es noch ein weiter Weg; vgl. Wilhelm v. Wrangell, Zehn Jahre deutsche Kulturselbstverwaltung in Estland, in: Nation und Staat (1936), H. 4, S. 222-226, hier S. 225 f.

mokratisch-parlamentarische Verfassung der Kulturselbstverwaltung mit einem nach allgemeinen Wahlen gebildeten Kulturrat als Parlament und einer von diesem gewählten Kulturverwaltung als ausführendem Organ ziemlich fremd.

Ein wichtiger Teil der deutschen „Volkstumsarbeit“, auf den in den 1930er Jahren viel Wert gelegt wurde, war das Zusammenführen der Jugendlichen nach ihrem Schulabschluss. Für die Leitung der Jugendarbeit und für die Kontrolle über die Jugendorganisationen war das Amt für Sport- und Jugendfragen der Kulturverwaltung gegründet worden. Später wurde es als Amt für Jugend- und Volkstumsarbeit reorganisiert.¹³⁵ Ab November 1933 war A. v. Taube der Jugendarbeitsleiter bei der Kulturverwaltung. Das größte Problem des Jugendamts war in den 1930er Jahren die Sorge um das Fortbestehen der deutschsprachigen Schulbildung und die Frage, wie mit dem nationalsozialistisch gesinnten Teil der deutschbaltischen Jugend umzugehen sei. Außerdem wollte man die Arbeit der Jugendorganisationen stärker vereinheitlichen. Alle Versuche in diese Richtung scheiterten, weil zwischen den Weltanschauungen der beiden größeren deutschen Jugendorganisationen, dem deutschen Christlichen Verein Junger Männer und dem Deutschbaltischen Pfadfinderkorps, Abgründe lagen. Das Pfadfinderkorps war 1932 aus einer kleinen Wandergruppe namens „Wolf“ hervorgegangen und wuchs rasch zu einer Vereinigung aller bewusst national gesinnten deutschbaltischen Jugendlichen. 1934 war es bereits die zahlenmäßig größte und einflussreichste deutsche Jugendorganisation in Estland.¹³⁶ Man kann sagen, dass das deutschbaltische Pfadfinderkorps der Hitlerjugend näher stand als die „Bewegung“ der NSDAP.

Von den insgesamt rund 2 400 deutschbaltischen Schülern gehörten 1935 rund 1 300 (54%) einer der beiden Organisationen an, davon waren 800 Mitglieder des Pfadfinderkorps.¹³⁷ In Zusammenarbeit mit

¹³⁵ Paul Blossfeld, *Geschichte des deutschen Schulwesens in Estland 1919–1935*. Reval 1935, S. 30.

¹³⁶ Nach Taubes Worten zeigte das Pfadfinderkorps seit Beginn eine betont kämpferische Einstellung und erhob die Forderung nach einem vollkommenen Zusammenschluss und der Führung der deutschbaltischen Jugend; vgl. Arved v. Taube, *Deutsche Jugend- und Volkstumsarbeit in Estland*, in: *Revalsche Zeitung*. Jubiläumsnummer (wie Anm. 27), S. 40.

¹³⁷ 1936 hatten die Pfadfinder schon rund 1 000 Mitglieder, was mehr als 50% der über 18-jährigen deutschbaltischen Jugendlichen ausmachte. 28% der jungen Leute waren in christlichen deutschbaltischen Jugendverbänden organisiert; vgl. Taube, *Deutsche Jugend- und Volkstumsarbeit* (wie Anm. 136); ders., *Jugendarbeit* (wie Anm. 91), S. 217 f. Über den Pfadfinderkorps siehe auch: Berndt v. Staden, *Erinnerungen aus einer verlorenen Welt. Eine Jugend im Baltikum 1919–1939*. Berlin 1999, hier zitiert nach der estnischen Übersetzung: *Mälestusi kadunud maailmast. Noorusaastad Baltikumis 1919–1939*. Tallinn 2004, S. 112 ff.

den deutschbaltischen landwirtschaftlichen Organisationen wurde der so genannte Landdienst, den Freiwillige auf deutschen Bauernhöfen verrichteten, zu einem der wichtigsten Tätigkeitsfelder des Jugendamts. Nach den Worten von v. Taube war dies eine Möglichkeit, die Jugend durch körperliche Arbeit zu erziehen, sie mit der Landwirtschaft bekannt zu machen und zugleich deutschbaltische Landwirte wirtschaftlich zu unterstützen.¹³⁸ Das erste dieser Landdienst-Lager fand 1933 in Riguldi in Läänemaa auf dem Restgut von v. Taube statt. Die Freizeit der jungen Leute sollte ausgefüllt werden mit Sport, vor allem aber mit geistiger Auseinandersetzung in Form von Vorträgen und Diskussionen.¹³⁹ Im nächsten Sommer wurden schon drei Lager mit 43 Teilnehmern veranstaltet, wobei sich die meisten Teilnehmer in der Bauernkolonie Heimtali in Võrumaa einfanden. Die Mitglieder der deutschbaltischen Studentenkorporationen stellten die Mehrheit der Teilnehmer. Den Höhepunkt des Landdienstes bildete das Jahr 1935, als erstmals auch Mädchen und Schüler beteiligt und insgesamt zwölf Lager organisiert wurden. Fast überall standen Meliorations- und Grabungsarbeiten im Vordergrund.¹⁴⁰

Die Regierung verhielt sich diesem deutschbaltischen Landdienst gegenüber misstrauisch. Am 1. August 1933 stellte das Justiz- und Innenministerium eine Anfrage an die Kulturverwaltung, welche Rolle sie selbst bei der Organisation des Landdienstes, beim Propagieren seiner Ziele und bei der finanziellen Unterstützung spiele. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass es nach dem Kulturautonomiegesetz „nicht in den Aufgabenbereich der Ämter der Kulturselbstverwaltung der nationalen Minderheiten gehört, die Jugend zu einer politischen Weltanschauung zu erziehen“, egal um welche Richtung es sich dabei handele. In ihrer Antwort erklärte die Kulturverwaltung, dass sie die Frage der Landdienst-Lager nicht erörtert habe, allerdings über deren Organisation informiert sei und die Idee begrüße. Finanziell habe sie die Lager nicht unterstützt.¹⁴¹ In den Folgejahren, spätestens ab 1934, unterstützte allerdings das Amt für Jugend- und Volkstumsarbeit Propagierung und Organisation des Landdienstes. Dabei sind die Impul-

¹³⁸ Blossfeld, *Geschichte* (wie Anm. 135), S. 31.

¹³⁹ „Die vereinte Arbeit mit dem Spaten, die gemeinsame Verarbeitung des Gedankengutes der deutschen Erneuerungsbewegung und dessen Anwendung auf unsere baltischen Verhältnisse, auf unsere baltischen Aufgaben, soll zu seinem Teil dazu beitragen, unser Deutschtum immer mehr zu einer geschlossenen Volksgemeinschaft werden zu lassen“, in: *Der Aufstieg* v. 11. Juni 1933, S. 3 f.

¹⁴⁰ Die Landdienst-Kampagne des Sommers 1935, in: ERA, f. 85, n. 1, s. 1767.

¹⁴¹ ERA, f. 85, n. 1, s. 146.

se, die zur Idee des Landdienstes führten, ohne eine allgemeine Befürwortung der nationalsozialistischen „Erneuerungsbewegung“ kaum vorstellbar. Die Teilnehmer an den Schülerlagern gehörten fast ausnahmslos dem Pfadfinderkorps an.¹⁴²

Im März 1936 löste die Regierung den Deutschen Christlichen Verein Junger Männer aufgrund der Anschuldigung auf, er habe seinen Mitgliedern eine militärische Ausbildung erteilt und im Sommer 1935 in Virumaa (Wierland) militärische Übungen durchgeführt. Die Vertreter des Vereins behaupteten, es habe sich dabei um übliche waffenlose Landschaftsspiele gehandelt.¹⁴³ Am 1. März 1937 wurde auf Anordnung des Bildungsministers allen Schülern der nationalen Minderheiten verboten, nationalen Jugendorganisationen anzugehören. Diese Maßnahme richtete sich in erster Linie gegen das Deutschbaltische Pfadfinderkorps.

Im Herbst 1938 kehrte von zur Mühlen auf die politische Bühne zurück. Durch die Unterstützung seiner Waffenbrüder aus dem Baltenregiment und nach positiv verlaufenden Verhandlungen mit dem Staatspräsidenten Päts konnte er 1938 die Führung der Estländisch-Deutschen Volksnationalen Vereinigung übernehmen. Bald darauf änderte diese ihren Namen in Estländisch-Deutsche Volksdeutsche Vereinigung.¹⁴⁴ Danach versuchte von zur Mühlen, mit der von Oskar Lutz geführten Deutschen Selbsthilfe ein Übereinkommen zu treffen, was jedoch zunächst nicht gelang. Im März 1939 schickte die Volksdeutsche Mittelstelle, eine von der NSDAP gegründete Institution für politische und finanzielle Kontakte mit deutschen Volksgruppen im Ausland,¹⁴⁵ einen Vertreter nach Tallinn, der mit Hilfe des deutschen Botschafters Frohwein versuchte, von zur Mühlen und Lutz zu gegenseitiger Kooperation zu bewegen. Hierbei kam man überein, dass von zur Mühlen als Führer der deutschen Volksgruppe über Lutz stehen sollte. Von zur Mühlen sollte die Leitung der Volksdeutschen Vereinigung einem Vertrauensmann übergeben und sich selbst

¹⁴² Heinrich Bosse, *Der deutsch-baltische Landdienst 1933–1939 und seine Wurzeln*, in: Reval und die baltischen Länder. Festschrift für Hellmuth Weiss zum 80. Geburtstag, hrsg. v. Jürgen v. Hehn u. Csaba János Kenéz. Marburg a.d.L. 1980, S. 161.

¹⁴³ Gründlich schreibt über diese Ereignisse v. Wrangell; vgl. DSHI 100, Wrangell, Bd. 8, Bl. 711 ff.

¹⁴⁴ Georg v. Rauch, *Politische Gruppierungen im Estländischen Deutschtum der 30er Jahre. Die Volksnationale Vereinigung*, in: *Jahrbuch des baltischen Deutschtums XXVIII* (1981), S. 135–156, hier S. 140; siehe auch Bernd Nielsen-Stokkebye, *Die politische Lage der deutschen Volksgruppe von 1934 bis zur Umsiedlung 1939*, in: *Die deutsche Volksgruppe in Estland* (wie Anm. 108), S. 72–82, hier S. 80; Hehn, *Zur Geschichte* (wie Anm. 98), S. 612 f.

¹⁴⁵ Garleff, *Die Deutschbalten* (wie Anm. 129), S. 528.

auf die Führung der Volksgruppe beschränken. Um das estnische Deutschtum gänzlich zusammenzuschließen, wollte die Volksdeutsche Mittelstelle auch den Präsidenten der Kulturselbstverwaltung von zur Mühlen unterstellen. Dieser Gedanke wurde jedoch aufgegeben, als die Botschaft auf die öffentlich-rechtliche Position der Kulturselbstverwaltung hingewiesen wurde.¹⁴⁶ Im Januar 1939 weilten von zur Mühlen und Lutz zu Verhandlungen in Berlin, woraufhin von zur Mühlen als alleiniger Vertreter der deutschen Volksgruppe in Estland anerkannt wurde, ohne dabei jedoch die Autorität der Kulturverwaltung zu berühren.¹⁴⁷ Letztere blieb weiterhin offizieller Gesprächspartner der deutschen Reichsbehörden. Somit war eine Einheit der Volksgruppe nur formal erreicht.

Charakteristisch für die Deutschbalten in Estland zu jener Zeit waren staatspolitische Loyalität und nationalpolitische Isolation. Der großdeutsche Nationalismus und der Nationalsozialismus waren für sie zunächst etwas Neues und Fremdes, was zu der Frage führt, wie es möglich wurde, dass Teile der traditionsreichen deutschbaltischen Volksgruppe mit dem Nationalsozialismus sympathisierten? Die Voraussetzungen dafür, dass nationalsozialistische Elemente übernommen wurden, waren durch die demografischen und sozialpolitischen Veränderungen innerhalb der Volksgruppe geschaffen worden. Der steigende Einfluss des „Dritten Reiches“ ab 1933 in Europa hinterließ Eindruck, und man erhoffte sich davon positive Einflüsse auch für das Leben der Volksgruppe in Estland. Die deutschbaltischen Jugendlichen, denen die Berufswahl in der Heimat immer schwerer gemacht wurde, ließen sich an den Universitäten in Deutschland einschreiben und kehrten später mit nationalsozialistischem Gedankengut zurück, um in der Heimat für die „Erneuerung“ zu kämpfen. Einwänden der älteren Generation begegnete man mit dem Hinweis, dass „eine junge Bewegung eben ihre Kinderkrankheiten durchmachen müsse und der Kern gut sei, weil er nach einer Zeit der Flaumacherei den Weg wieder ins Leben führe“.¹⁴⁸ Dem deutschbaltischen Ostrechtler und Historiker Dietrich A. Loeber zufolge war die „nationalsozialistische Krankheitsinfektion“ bei den Deutschbalten im Vergleich mit deutschen Volksgruppen in anderen Ländern verhältnismäßig gering ausgeprägt. In Estland und Lettland gab es nach Loebers Schätzung

¹⁴⁶ Zu den Versuchen, die deutsche Volksgruppe zu vereinigen, vgl. Hehn, *Zur Geschichte* (wie Anm. 98), S. 609 ff., hier S. 615.

¹⁴⁷ Rauch, *Politische Gruppierungen* (wie Anm. 144), S. 150.

¹⁴⁸ Garleff, *Die Deutschbalten* (wie Anm. 129), S. 528.

insgesamt rund 1000 aktive Mitglieder der „Bewegung“, allerdings entpuppte sich diese kleine Gruppierung als sehr lautstark, die die ganze Volksgruppe kompromittierte. Immerhin habe der Nationalsozialismus bei den Deutschbalten keinen sonderlich großen „geistigen Schaden“ hinterlassen.¹⁴⁹ Möglicherweise sorgte das so genannte konservative baltische Erbe in dieser Hinsicht für eine gewisse Immunität. Nach v. Wrangells Schätzungen waren in der „Bewegung“ nicht mehr als 5% der Deutschen in Estland aktiv. Der Nimbus Hitlers beruhte seiner Ansicht zufolge nur auf seinem anfänglichen Erfolg, später seien auch die Schattenseiten der nationalsozialistischen Innenpolitik in Estland bekannt geworden.¹⁵⁰ Von der unterschiedlichen Gewichtigkeit der nationalsozialistischen Bewegung in Estland und Lettland zeugt auch die Tatsache, dass im Oktober 1939 in Lettland der Aufruf zur Umsiedlung gleichzeitig vom Präsidenten der Deutschen Volksgemeinschaft in Lettland A. Intelmann als auch vom Anführer der dortigen „Bewegung“ E. Kroeger unterzeichnet wurde, während dies in Estland nur der Präsident der Kulturselbstverwaltung Weiss tat.¹⁵¹

Am 1. Januar 1938 trat in Estland die neue Verfassung in Kraft, in der der Begriff der Autonomie eingeschränkt wurde, weil dort nicht mehr von den „autonomen“, sondern nur noch von „selbstverwaltenden“ Institutionen der nationalen Minderheiten die Rede war. In der Nationalversammlung (Rahvuskogu) wurde zwar der Vorschlag gemacht, für die Institutionen der nationalen Minderheiten weiterhin die Bezeichnung „autonome Institutionen“ zu verwenden, die Mehrheit war jedoch dagegen, weil sie keinen großen Unterschied erkennen wollte.¹⁵² Dies darf jedoch durchaus kritisiert werden, weil das estnische Verwaltungsrecht einen klaren Unterschied zwischen Institutionen mit – breiteren – autonomen und – engeren – selbstverwaltenden Vollmachten machte. In der Praxis änderte sich zwar nichts, und die Kulturselbstverwaltungen als öffentlich-rechtliche Institutionen blieben bestehen, doch wurde jeglichen Ansprüchen der

¹⁴⁹ Dietrich A. Loeber, *Baltisakslaste ümberasumine Eestist ja Lätist. Tagasivaade 50 aasta distantilt* [Die Umsiedlung der Deutschbalten aus Estland und Lettland. Rückblick aus der Distanz von 50 Jahren], in: *Looming* (1989), Nr. 9, S. 1234-1241, hier S. 1238.

¹⁵⁰ Wilhelm von Wrangell, *Die Vorgeschichte der Umsiedlung der Deutschen aus Estland*, in: *Baltische Hefte*, (1957/58), H. 3, S. 134-165, hier S. 163.

¹⁵¹ Hehn, *Zur Geschichte* (wie Anm. 98), S. 616.

¹⁵² Ants Piip, *Vähemusrahvused* [Die nationalen Minderheiten], in: *Põhiseadus ja Rahvuskogu. Rahvuskogu Üldkoosoleku Juhatus Väljaanne* [Die Verfassung und die Nationalversammlung. Ausgabe der Allgemeinen Leitung der Nationalversammlung]. Tallinn 1938, S. 384-388, hier S. 387.

nationalen Minderheiten auf eine „echte“ Autonomie die rechtliche Grundlage entzogen.¹⁵³ Das bisherige Recht, seine Nationalität frei zu bestimmen, wurde ersetzt durch das Recht, seine nationale Zugehörigkeit zu bewahren. In den Schulen der Minderheiten konnte nach der neuen Verfassung der Unterricht in konkreten Fächern auf die Staatssprache umgestellt werden. Auch wurde im Gesetz nicht mehr das Recht der Minderheiten erwähnt, sich in ihrer Muttersprache an staatliche Zentralbehörden zu wenden.

Nach der Verfassung musste der zweiten Kammer des Parlaments (Riiginõukogu) auch ein Mitglied aus dem Kulturbereich der nationalen Minderheiten angehören. Nach dem Gesetzentwurf für die Gestaltung des Staatsrats, den der Staatsälteste vorgeschlagen hatte, sollte als Vertreter der nationalen Minderheiten der Vertreter der gemäß Gründung ältesten, d.h. der deutschen Kulturselbstverwaltung gelten.¹⁵⁴ In der endgültigen Version legte das Gesetz dennoch fest, dass der Vertreter der nationalen Minderheiten auf einer gemeinsamen Versammlung der Vertreter der Kulturselbstverwaltungen gewählt werden sollte. Am 18. März 1938 wurde Harry Koch als Vertreter sowohl der deutschen als auch der jüdischen Kulturselbstverwaltung zum Mitglied des Staatsrats gewählt. Als er im Januar 1939 aus Gesundheitsgründen zurücktrat, wurde er durch v. Wrangell ersetzt. Werner Hasselblatt sollte diese Vertretung später treffend als „Ein-Mann-Fraktion“ bezeichnen.¹⁵⁵ Das Wahlsystem der ersten Kammer des neuen Parlaments (Riigivolikogu) überließ der zerstreut lebenden deutschen Volksgruppe kaum eine Möglichkeit, eine eigene Vertretung zu erreichen. Deshalb beantragte man, als Ausnahme einen exterritorialen nationalen Wahlkreis einzurichten, dem allerdings nicht stattgegeben wurde, obwohl die bisherige politische Tätigkeit der Deutschen in Estland voll anerkannt wurde.¹⁵⁶

Ende der 1930er Jahre näherten sich die maßgebenden estnischen und deutschen Kreise einander auf gesellschaftlicher Ebene wieder an, was offenbar einer Initiative des Präsidenten Päts zu verdanken war.¹⁵⁷ Es fanden gegenseitige Besuche in den Klubs statt – in der Bruderschaft der Schwarzhäupter, im Aktienclub, in Centrum-Klub u.a. 1938 wurde Päts zum Ehrenmitglied der Bruderschaft der

¹⁵³ Hellmuth Weiss, Das Volksgruppenrecht in Estland vor dem Zweiten Weltkriege, in: Zeitschrift für Ostforschung 1 (1952), S. 253-256, hier S. 255.

¹⁵⁴ Siehe Piip, Vähemusrahvused (wie Anm. 152), S. 388.

¹⁵⁵ DSHI 100, Baltikum 488, Bl. 57.

¹⁵⁶ DSHI 100, Wrangell, Bd. 8, Bl. 712; ERA, f. 85, n. 1, s. 96.

¹⁵⁷ DSHI 100, Weiss 41, Bl. 68.

Schwarzhäupter gewählt,¹⁵⁸ was einige Jahre früher noch undenkbar gewesen wäre.

Nach dem autoritären Umsturz von Konstantin Päts 1934, der Auflösung der Staatsversammlung und dem Verbot der politischen Parteien 1935, also der Ausschaltung der demokratisch gewählten, politischen Vertretungen, wuchs die Kulturselbstverwaltung auch in die Rolle einer politischen Vertretung gegenüber der Regierung Estlands. Beide Funktionen, die Leitung der Kulturverwaltung und die politische Vertretung der Volksgruppe, vereinte nunmehr Wilhelm v. Wrangell in seiner Person, Auf seiner Schultern ruhte die verantwortungsvolle und schwere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Rechte der deutschen Volksgruppe aufgrund der angespannteren zwischennationalen Beziehungen nicht beschnitten wurden. Im Rückblick kann geurteilt werden, dass es ihm gelang, mit einer ruhigen und sachlichen Herangehensweise das Vertrauen und die Anerkennung der estnischen Regierungsbeamten zu gewinnen. In der zweiten Hälfte der 1930er Jahre gelang es v. Wrangell auch, eine vertrauensvolle Beziehung zu Staatspräsident Päts aufzubauen, was ihm ermöglichte, bestimmte Fragen schnell und außerhalb der offiziellen Wege zu lösen. Er hielt es auch für besser, den Staatspräsidenten unmittelbar über die Anliegen und Entwicklungen des Deutschtums sowohl in Estland als auch in Deutschland zu informieren, bevor dieser seine Informationen aus der Presse bezog.¹⁵⁹

Am 28. September 1939 wurde in Moskau das Geheimprotokoll zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion über die Umsiedlung unterzeichnet, wovon die breitere Öffentlichkeit erst aus der Reichstagsrede Adolf Hitlers am 6. Oktober erfuhr, in der er die Umgestaltung der ethnischen Beziehungen in Osteuropa ankündigte, um angeblich klarere Grenzen zwischen den Völkern zu ziehen und damit mögliche zukünftige Konfliktherde zu liquidieren.¹⁶⁰ Die meisten Deutschen in Estland traf die Nachricht über die Umsiedlung zwei Tage später wie ein Schock. Am 15. Oktober unterzeichneten der Vertreter der Republik Estland J. Markus und der deutsche Botschafter H. Frohwein in Tallinn ein Protokoll über die Umsiedlung

¹⁵⁸ Arved von Taube, Konstantin Päts und die Deutschbalten, in: *Jahrbuch des baltischen Deutschtums* XXII (1975), S. 22-29, hier S. 28.

¹⁵⁹ DSHI 100, Wrangell, Bd. 7, Bl. 633 ff.

¹⁶⁰ Text der Rede Hitlers in den für diesen Zusammenhang relevanten Auszügen in: *Diktirte Option. Die Umsiedlung der Deutsch-Balten aus Estland und Lettland 1939-1941. Eine Dokumentation*, hrsg. v. Dietrich A. Loeber. Neumünster 1972, S. 79 ff. (mit Dok. 72).

der deutschbaltischen Volksgruppe ins Deutsche Reich.¹⁶¹ Ein Recht zur Umsiedlung hatten alle Personen samt Ehepartner, Kindern und Eltern, die in das deutsche Nationalitätenregister eingetragen waren oder ein Zeugnis des Innenministeriums vorweisen konnten, dass sie der deutschen Nationalität angehörten. Mit dem Verlassen des estnischen Territoriums gaben sie gleichzeitig ihre estnische Staatsangehörigkeit auf.

Die Umsiedlung wurde zwischen dem 18. Oktober 1939 und dem 18. Mai 1940 durchgeführt, die so genannte Nachumsiedlung von Januar bis März 1941. Am 8. November 1939 veröffentlichte die „Revalsche Zeitung“ die letzte Ansprache des Präsidenten der Kulturselbstverwaltung H. Weiss und des Umsiedlungsbevollmächtigten E. v. Bremen an die Volksgruppe.¹⁶² Am 18. Dezember 1939 bat v. Wrangell, von den Verpflichtungen eines Abgeordneten der Staatsversammlung befreit zu werden. In der letzten größeren Gruppe, die am 29. Februar 1940 aus der estnischen Staatsangehörigkeit entlassen wurden, waren auch v. Wrangell und Weiss.¹⁶³

Mit Recht haben deutschbaltische Autoren betont, dass die Umsiedlung der Deutschbalten aus eigener Kraft durchgeführt wurde und gut organisiert war. Im Falle Estlands muss hervorgehoben werden, dass die traditionelle Elite ihre führende Position auch während der Umsiedlung behielt. Es gab keine organisierte Opposition gegen die Umsiedlung, einzelne Stimmen in dieser Hinsicht wurden ignoriert.¹⁶⁴

Am 21. Dezember 1939 wurde die deutsche Kulturselbstverwaltung durch Regierungsverordnung mit der formaljuristischen Begründung aufgelöst, dass die Anzahl der volljährigen Bürger deutscher Nationalität weniger als die Hälfte aller Deutschen nach der Volkszählung von 1934 betrage.¹⁶⁵

¹⁶¹ Eesti Vabariigi lepingud välisriikidega. Protokoll Eestis asuva saksa rahvusgrupi Saksa Riiki ümberasustamise kohta [Die Verträge der Republik Estland mit anderen Staaten. Protokoll über die Umsiedlung der deutschbaltischen Volksgruppe in das Deutsche Reich]. Riigi Teataja (1939), Nr. 17, Art. 29.

¹⁶² Diktierte Option (wie Anm. 159), S. 233 (hier mit Dok. 166).

¹⁶³ Riigi Teataja Lisa (1940), Nr. 36.

¹⁶⁴ Öffentlich waren gegen die Umsiedlung der Parlamentsabgeordnete C. v. Schilling und Hermann Koch, die später jedoch zu den Spätumsiedlern gehörten; vgl. Garleff, Die Deutschbalten (wie Anm. 129), S. 542.

¹⁶⁵ Die Kulturselbstverwaltung stellte ihre Tätigkeit am 1. Januar 1940 ein, am gleichen Tag wurden alle Regierungsverordnungen über die Organisation der deutschen Kulturverwaltung ungültig. Die Kulturselbstverwaltung wurde durch eine Liquidierungskommission des Innenministeriums aufgelöst, die übrig gebliebenen Besitztümer übernahm das Innenministerium; vgl. Riigi Teataja (1939), Nr. 117, Art. 918.

Anfang 1940 hatten 14 368 Menschen Estland verlassen,¹⁶⁶ 1941 folgten ihnen noch einmal rund 7 000 Nachumsiedler. Wenn man von den 16 346 Deutschen der Volkszählung von 1934 ausgeht, kommt man zu dem Schluss, dass schon 1940 mehr als 90% der Deutschbalten Estlands das Land verlassen hatten. Es muss allerdings in Betracht gezogen werden, dass sich unter den Umsiedlern, besonders im Rahmen der Nachumsiedlung 1941, also bereits während der sowjetischen Besetzung, auch viele Esten sowie solche Personen befanden, die sich bis dahin nicht als Deutsche registriert hatten.

Die Worte Paul Schiemanns, die Umsiedlung sei unumwendbar und gleichzeitig ein „Todesurteil über das deutsche Baltentum“¹⁶⁷ gewesen, erwiesen sich im Rückblick als richtig. In den Jahren 1939 bis 1947 verloren die Deutschbalten insgesamt 21 364 Menschen (darunter waren 4 144 Personen im Krieg gefallen, 259 ermordet, 14 766 gestorben und 1 747 vermisst).¹⁶⁸ Loeber rechnet mit etwa 15 200 Kriegsoptionen unter den insgesamt etwa 84 000 Umgesiedelten aus Estland und Lettland.¹⁶⁹ Die Umsiedlung war kein Zwischenstadium und kein vorübergehendes Verlassen des Landes, sondern der Anfang vom Ende des Deutschbaltentums, das als Teil der Deutschen und ihrer Geschichte seine Eigenart nach und nach verlor und noch verlieren wird. Obwohl es gegenwärtig noch viele deutschbaltische Organisationen und Institutionen in der Bundesrepublik Deutschland gibt und deutschbaltische Publikationen veröffentlicht werden, bewegt sich die Geschichte der Deutschbalten ihrem Ende zu.

Aus dem Estnischen übersetzt von Tea Vassiljeva, Tallinn

¹⁶⁶ Taube, Thomson, *Die Deutschbalten* (wie Anm. 90), S. 15.

¹⁶⁷ Vgl. Paul Schiemann, *Die Umsiedlung 1939 und die europäische Minderheitenpolitik*, in: *Jahrbuch des baltischen Deutschtums XXI* (1974), S. 99-106, hier S. 103.

¹⁶⁸ Wilfried Schlau, *Zur Wanderungs- und Sozialgeschichte der baltischen Deutschen*, in: *Ders., Die Deutschbalten* (wie Anm. 85), S. 32-50, hier S. 47.

¹⁶⁹ *Diktierte Option* (wie Anm. 161), S. 60.

Die Verwaltung baltischer Kulturgüter in Posen (Poznań) während des Zweiten Weltkrieges

von Rasa Pārpuce

Summary

This essay concerns the administration of cultural properties of the Baltic Germans (archives, libraries and museum artefacts) during the years of their relocation in national-socialist Germany (1939–1941), and more specifically in the German-occupied Warthe region of Poland (“Warthegau”) between the beginning of the relocation operation in Fall 1939 and early 1945. Following the “settlement” of the Baltic Germans in the western area of Poland surrounding Posen (Poznań), the greater part of the cultural properties removed from Estonia and Latvia were brought there.

The first part describes the way in which the administration of cultural properties was supervised or organised. The second part concerns the practical implementation of these provisions. The process was affected by wrangling among various national-socialist departments for control over it. The decisive role, however, was played by Heinrich Himmler Reichsführer-SS, Chief of Police, and “Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums”, whose ambition to extend his personal power in the Third Reich also influenced the administration of Baltic cultural properties.

The practical conduct of the administration of cultural properties was related to the jurisdiction of two departments. Original materials or copies of genealogical documents were administered by the “Landessippenamt. Sippenamt für ostdeutsche Rückwanderer”, an entity within the “Warthegau” administration under the supervision of the “Reichsstelle für Sippenforschung”. The “Sammelstelle für baltendeutsches Kulturgut” was subordinate to the Posen branch of the central office of the “Volksdeutsche Mittelstelle”. In turn, the materials (libraries, remaining archival materials and artefacts relating to cultural history) given over to the keeping of the “Sammelstelle” came under the supervision of various other departments.

As early as 1939, Baltic Germans attempted to realize the idea of founding a so-called “Baltic Institute” in Posen. Although they did not succeed in carrying out their plan completely, the activities of the “Sammelstelle” pointed in this direction. This office not only

organised the distribution, preservation and completion of cultural properties as they arrived, but also began to issue scholarly publications. Yet the concentration of Baltic German cultural properties in a “Sammelstelle” did not prevent them from being scattered at the end of the war.

Aus dem Deutschen übersetzt von Louis Marvick, Reno/Lüneburg

Die Organisierung der Verwaltung der Kulturgüter in Posen

Während der Umsiedlung der Deutschbalten¹ fand eine Aufteilung baltischer Kulturgüter bzw. beweglicher Kulturdenkmäler aufgrund der abgeschlossenen internationalen Verträge und Gespräche der Delegationen statt.² In Lettland war eine deutsch-lettische Paritätische

¹ Zur Umsiedlung der Deutschbalten siehe (Auswahl): Dietrich A. Loeber, Die Umsiedlung der Deutsch-Balten aus Estland und Lettland 1939–1941 im Spiegel der Dokumente. Eine Einführung, in: *Diktierter Option. Die Umsiedlung der Deutsch-Balten aus Estland und Lettland 1939–1941. Dokumentation zusammengestellt und eingeleitet v. dems. Neumünster 1972*, S. (15)-(60); Jürgen v. Hehn, Die Umsiedlung der baltischen Deutschen – das letzte Kapitel baltisch-deutscher Geschichte. 2. Aufl., Marburg 1984; Inesis Feldmanis, *Vācbaltiešu izceļošana* [Die Umsiedlung der Deutschbalten], in: *Latvijas Arhīvi* (1994), Nr. 3, S. 32-41 u. Nr. 4, S. 35-45; ders., *Vācbaltiešu pēcizceļošana 1941. gadā* [Die Nachumsiedlung der Deutschbalten im Jahr 1941], in: *Okupācijas režīmi Baltijas valstīs 1940–1991* [Die Besatzungsregime in den baltischen Staaten 1940–1991], hrsg. v. *Latvijas Vēsturnieku komisija* (u.a.). Rīga 2009 (*Latvijas Vēsturnieku komisijas raksti*. 25), S. 100-116; Jūri Kivimäe, „Aus der Heimat ins Vaterland“. Die Umsiedlung der Deutschbalten aus dem Blickwinkel estnischer nationaler Gruppierungen, in: *Nordost-Archiv. Zeitschrift für Regionalgeschichte*. N.F. IV (1995), H. 2: Estland und seine Minderheiten. Esten, Deutsche und Russen im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. v. Konrad Maier, S. 501-520; Matthias Schröder, Die Umsiedlung der Deutschbalten im Kontext europäischer Zwangsmigrationen, in: *Nordost-Archiv. Zeitschrift für Regionalgeschichte*. N.F. XIV (2005): Zwangsmigrationen in Nordosteuropa im 20. Jahrhundert, hrsg. v. Hans-Jürgen Bömelburg, S. 91-112.

² Zu den internationalen Verhandlungen über die Aufteilung der baltischen Kulturgüter und deren weitere Verwaltung siehe Hehn, Umsiedlung (wie Anm. 1), S. 144-162; Wilhelm Lenz, „Die kulturellen Güter der Umsiedler“. Deutsch-estnische Verhandlungen 1939–1941 [Manuskript, 2007]; ders., Kulturgut der Deutschbalten zu den Umsiedlungsverhandlungen mit Estland und Lettland 1939 bis 1941, in: *Buch und Bildung im Baltikum: Festschrift für Paul Kaegbein zum 80. Geburtstag*, hrsg. v. Heinrich Bosse, Otto-Heinrich Elias u. Robert Schweitzer. Münster 2005 (*Schriften der Baltischen Historischen Kommission*. 13), S. 599-622; ders., Die Baltischen Archivfilme im Herder-Institut in Marburg, in: *Journal of Baltic Studies* 21 (1990), Nr. 4, S. 309-318; Peter Wörster, Geschichte der Dokumentensammlung des Herder-Instituts, in: *Archivbestände zur Geschichte Est-, Liv- und Kurlands in der Dokumentensammlung des Herder-Instituts*, hrsg. v. C.J. Kenez u. P. Wörster. Marburg 2000, S. 1-20; Anne Lõugas, *Baltisaksa kunstivarde küsimusi* [Fragen der deutschbaltischen Kulturgüter], in: *Umsiedlung 60. Baltisakslaste Organiseeritud Lähkumine Eestist*. 24. novembril 1999 Tallinna Linnaarhiivis Toimunud Konverentsi Ettekanded [Der organisierte Auszug der Deutschbalten aus Estland. Vorträge zur Konferenz vom 24. November 1999 im Tallinner Stadtarchiv], hrsg. v. Sirje Kivimäe. Tallinn 2000, S. 93-108; M. Piotr Michałowski, Die Sammlung baltischer Kunst im Nationalmuseum Posen, in: *Berichte*

Kommission von November 1939 bis Juni 1940 tätig, die sich mit der Aufteilung der Kulturdenkmäler und parallel zum Beginn der Umsiedlung der Deutschbalten auch mit der Ausfuhr der Kulturgüter befasste. In Estland nahm eine ähnliche Kommission ihre Arbeit im Mai 1940 auf und setzte die Durchsicht der bis dahin zwischen den Delegationen auf dem Verhandlungsweg erzielten Übereinkünfte fort. In Lettland wurde der Abtransport der Kulturgüter mit der sowjetischen Besatzung im Juni 1940 unterbrochen, in Estland wiederum wurden die Verhandlungen zwar unterbrochen, aber schon bald, jetzt unter sowjetischer Herrschaft, wieder aufgenommen. Die Arbeit der deutschen Spezialisten in Estland dauerte bis Anfang September 1940.³ In Lettland konnten die Deutschen mit der sowjetischen Verwaltung eine neue Vereinbarung über die Aufteilung der Kulturgüter treffen, indem im Juli 1940 die Arbeit der Paritätischen Kommission wieder aufgenommen wurde.⁴ Die Arbeit der deutschen Delegation, die Ausfuhr von Gegenständen und das Abfotografieren von Materialien dauerten in Lettland bis Ende August 1940.⁵

-
- und Forschungen. Jahrbuch des Bundesinstituts für ostdeutsche Kultur und Geschichte 2 (1994), S. 231-240; Rasa Pārpuce, Die Arbeit des Paritätischen Ausschusses in den Jahren 1939-1940: Die Aufteilung der lettischen Kulturgüter, in: Forschungen zur Baltischen Geschichte 3 (2008), S. 164-197; dies., Vācu izceļotāju kultūras vērtības Baltijā. 1940. g. jūnijs – 1941. g. jūnijs [Die Kulturgüter der deutschen Umsiedler im Baltikum von Juni 1940 bis Juni 1941], in: Baltijas reģiona vēsture 20. gs. 40.–80. gados [Geschichte der baltischen Region von den 40er bis 80er Jahren des 20. Jahrhunderts], hrsg. v. Latvijas Vēsturnieku komisija (u.a.). Rīga 2009 (Latvijas Vēsturnieku komisijas raksti. 24), S. 376-383.
- ³ Wörster, Geschichte der Dokumentensammlung (wie Anm. 2), S. 11; in dieser Zeit erfolgten auch Aktionen zum Abfotografieren von Kulturgüter. Die ausgeführten Denkmäler aus Estland gehörten meist Privatpersonen, vgl. Lenz, „Die kulturellen Güter der Umsiedler“ (wie Anm. 2) und Lõugas, Baltisaksa kunstivarde (wie Anm. 2), S. 99-104.
- ⁴ In den Protokollen wird betont, dass diese Sitzungen die Fortsetzung der im Juni stattgefundenen Verhandlungen seien, obwohl die lettische und deutsche Delegation bereits Anfang Juni behaupteten, dass die Verhandlungen beendet seien und dass die Ausführung des Beschlusses erfolgt sei. Zu beachten ist, dass am 17. Juni 1940 die Souveränität der Republik Lettland unterbrochen wurde und im Juli bereits sämtliche neue Einigungen bezüglich der Güterausfuhr aus dem Baltikum von der sowjetischen Besatzungsmacht bestimmt wurden, auch wenn sich die Sowjetmacht darum bemühte, alle erzielten Einigungen und Verträge als Fortsetzung der vorherigen Gespräche (von Deutschland mit den unabhängigen Staaten Lettland und Estland) erscheinen zu lassen. Obwohl die Verhandlungsergebnisse für die deutsche Seite sehr positiv ausfielen, ignorierten die sowjetischen Beamten diese, und sie wurden nicht vollständig umgesetzt.
- ⁵ Hehn, Umsiedlung (wie Anm. 1), S. 157; Wörster, Geschichte der Dokumentensammlung (wie Anm. 2), S. 11; Angaben über den möglichen Umfang der aus Lettland und auch Estland ausgeführten bzw. fotokopierten Archivalien geben die Historiker P. Wörster und W. Lenz. Die ausgeführten Bibliotheksbestände umfassten etwa 70 000 Bände, die hauptsächlich aus der Sammlung der Kurländischen Gesellschaft für Literatur und Kunst bzw. dem Kurländischen Provinzialmuseum in Jelgava (Mitau) stammten; vgl. Lenz, Kulturgut der Deutschbalten (wie Anm. 2), S. 621; die Zahl der aus Lettland ausgeführten kulturgeschichtlichen Gegenstände und Kunststücke betrug etwa 13 000 (darunter etwa 5 000

Man muss allerdings berücksichtigen, dass die sowjetischen Beamten die getroffenen Vereinbarungen, sowohl die aus lettischer Zeit bis Juni 1940 als auch die, die bereits mit der sowjetischen Besatzungsmacht geschlossen worden waren, unvollständig umsetzten. Dasselbe gilt auch für Estland. Ein weiteres Abkommen zur Umsiedlung der Deutschbalten wurde zwischen der UdSSR und Deutschland am 10. Januar 1941 abgeschlossen, doch in der Frage der Aufteilung von Kulturgütern wurde keine wirkliche Lösung erreicht.⁶

Aufgrund der Verhandlungen zur Aufteilung der Kulturgüter während der Umsiedlung der Deutschbalten wechselten diese nicht nur ihren Ort, sondern auch den Besitzer. Bis dahin gehörten die Kulturgüter zumeist Vereinen und Stiftungen der Deutschbalten, die im Rahmen der Umsiedlung aufgelöst wurden. Nach der Aufteilung gingen sie vertragsgemäß in den Besitz des jeweiligen Staates über, der für sie verantwortlich war: Die zurückgelassenen Güter blieben in der Obhut der Republik Lettland bzw. Estland (später der UdSSR), während die ausgeführten Güter vom deutschen Staat übernommen wurden. Der vorliegende Beitrag untersucht die Frage, wie die baltischen Kulturgüter während des Zweiten Weltkrieges nach ihrer Aufteilung und Ausfuhr verwaltet wurden, d.h. wie der deutsche Staat diese Verwaltung umsetzte.

In der Forschungsliteratur wurde dieser Frage von Wilhelm Lenz und Peter Wörster nachgegangen, die ihr besonderes Augenmerk auf die Verwaltung von Archivalien während des Krieges richteten.⁷ Wörster verfolgt vor allem den Weg der Archivalien (und deren Fotokopien) aus dem Baltikum nach Berlin und weiter nach Posen. Zudem betrachtet der Autor das Schicksal der Archivmaterialien nach dem Krieg bis hin zu ihrem heutigen Aufenthaltsort (zum Teil im Marburger Herder-Institut, zum Teil wieder im Baltikum). Lenz seinerseits berührt auch die Gründung der „Sammelstelle für baltendeutsches Kulturgut“ in Posen. Tatsächlich wurde diese Institution im Krieg zum Ort, an dem die Kulturgüter, die aus dem Baltikum ausgeführt worden waren, zusammengetragen wurden – zumindest deren größter Teil (genealogisches Material, etwa Kirchenbücher, wurden gesondert verwaltet). Der vorliegende Beitrag versucht sowohl den Mechanis-

Münzen und Medaillen). Die Zahlen stammen aus den Listen der zur Ausfuhr freigegebenen Gegenstände, siehe ausführlich bei Pärpuce, Arbeit des Paritätischen Ausschusses (wie Anm. 2), S. 193.

⁶ Hehn, Umsiedlung (wie Anm. 1), S. 159 ff.

⁷ Lenz, Kulturgut der Deutschbalten (wie Anm. 2); Wörster, Geschichte der Dokumentensammlung (wie Anm. 2).

mus der Aufsicht über diese Kulturgüter, wie ihn das nationalsozialistische Deutschland vorsah, als auch deren Verwaltung in der Praxis zu beschreiben.

Posen wurde während des Zweiten Weltkrieges im vom Dritten Reich besetzten Teil Polens zum Zentrum der umgesiedelten Deutschbalten. Im Oktober 1939 begann die praktische Vorbereitung der Umsiedlung, nachdem entschieden war, dass als Ansiedlungsort der Deutschbalten der „Warthegau“ (auch als „Reichsgau Wartheland“ bezeichnet) vorgesehen war, dessen Verwaltungszentrum Posen war.⁸ Gleichwohl stand noch nicht fest, wo und in welcher Form die Verwaltung der ausgeführten Kulturgüter ihren Sitz haben sollte.⁹

Die baltischen Kulturgüter wie auch die Volksgruppen selbst gerieten in das Kompetenzgerangel der verschiedenen nationalsozialistischen Staats- und Parteiinstitutionen. Der Verwaltungsapparat des Dritten Reichs war in einem ständigen Prozess der Veränderung und Verzweigung begriffen, so dass auch stets interne Konkurrenzkämpfe ausgetragen wurden.

Für Deutschbalten, die sich für die Kulturgüter verantwortlich fühlten, war es daher möglich, mit denjenigen Instanzen zusammenzuarbeiten, die ihre eigenen Interessen unterstützten. Sie hofften zunächst, sich möglichst geschlossen auf polnischem Territorium ansiedeln zu können. Zwar wollten deutsche Stellen dies einerseits grundsätzlich vermeiden, weil so die Deutschbalten die Möglichkeiten bekommen würden, sich im neuen Siedlungsgebiet selbst zu organisieren und alte Strukturen fortzuführen. Andererseits konnten die deutschen Dienststellen ohne organisatorische Hilfe und Beteiligung der Deutschbalten die praktische Organisation der Umsiedlung, darunter den Abtransport der Kulturgüter und die weitere Organisation der Verwaltung, nur schwerlich durchführen. Daher sollte eine Reorganisation der deutschbaltischen Gemeinschaft nur unter Aufsicht reichsdeutscher Organe möglich werden.¹⁰

⁸ Markus Leniger, Nationalsozialistische „Volkstumsarbeit“ und Umsiedlungspolitik. 1933–1945: Von der Minderheitenbetreuung zur Siedlerauslese. Berlin 2006, S. 71.

⁹ So schlug etwa am 12. Oktober 1939 Conrades, der Provinzialkonservator der Denkmäler der Kunst und Geschichte in Ostpreußen, vor, die ausgeführten Kunstwerke in Königsberg zu sammeln; vgl. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA), Gesandtschaft Reval, 96, Umsiedlung, Bd. 1, Bl. 52; ferner Lenz, „Die kulturellen Güter der Umsiedler“ (wie Anm. 2), S. 3. Der Gauleiter und Reichsstatthalter im Warthegau Arthur Greiser selbst schlug vor, in Litzmannstadt (Łódź) ein Kulturzentrum der Deutschbalten einzurichten; siehe Bundesarchiv Berlin (BA-B), R 1509 (Reichssippenamt), A. 1771 (Landessippenamt. Sippenamt für ostdeutsche Rückwanderer. 1940–1945), [A. Greiser] an: Amt für Sippenforschung, 16.1.1940.

¹⁰ Leniger, Nationalsozialistische „Volkstumsarbeit“ (wie Anm. 8), S. 71 f.

Am 7. Oktober 1939 verkündete Adolf Hitler den „Erlass zur Festigung deutschen Volkstums“, aufgrund dessen dem Reichsführer-SS und Polizeichef Heinrich Himmler die Aufgabe der Umsiedlung der im Ausland lebenden Deutschen ins Reich anvertraut wurde.¹¹

Himmler nutzte den unpräzisen Erlass, um seinen Einfluss im Reich zu vergrößern. Unter anderem ernannte er sich zum „Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums“ (im Folgenden: RKF); sein RKF-Büro entwickelte sich von einem kleinen Koordinierungsstab, der anfangs die Strukturen und Dienste anderer Institutionen nutzte, zu einem großen, weit verzweigten und einflussreichen Apparat. Dieser beschränkte seinen Einfluss nicht nur auf das besetzte Polen, sondern begann ihn auf den gesamten von Deutschland beherrschten Raum auszuweiten.¹²

Diese Behörde verfügte über unbegrenzte und unkontrollierte Mittel, als sie ihre Arbeit aufnahm.¹³ Das Büro war keine staatliche, sondern eine Parteiinstitution.¹⁴ Wie D. Loeber zeigte, hatte dies jedoch keine besondere Bedeutung, da seit 1933 in Deutschland ohnehin die Einheit von Staat und Partei angestrebt wurde.¹⁵ Zur „Festigung des Volkstums“ arbeitete Himmler mit schon bestehenden Institutionen zusammen und schuf neue. So richteten etwa die Leiter des Sicherheitsdienstes und der Sicherheitspolizei auf seinen Befehl hin eine Einwandererzentralstelle (im Folgenden: EWZ) ein. Neben der „Filtration“ der Volksdeutschen sorgte dieser Stab für die Schaffung von „freiem Raum“ für die Umsiedler. Ende November 1939 wurde der Deutschbalte Erhard Kroeger (1905–1987) Leiter des Stabes „EWZ Nordost“.¹⁶ Mit der praktischen Ansiedlung der umgesiedelten Deutschen in Posen befasste sich eine andere Behörde, die ebenfalls dem Reichsführer-SS und Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums Himmler unterstand: die Volksdeutsche Mittelstelle (im Folgenden: VoMi). Für praktische Fragen der Niederlassung der Deutschbalten in den neuen polnischen Gebieten war die „Ein-

¹¹ Loeber, Umsiedlung (wie Anm. 1), S. (29)-(32).

¹² Leniger, Nationalsozialistische „Volkstumsarbeit“ (wie Anm. 8), S. 62.

¹³ Ebenda, S. 64 ff.

¹⁴ Mehr über Himmlers Ambitionen und die Verbindung von Staat und Partei siehe: Loeber, Umsiedlung (wie Anm. 1), S. (29)-(32); Leniger ist dagegen der Meinung, dass das Büro des RKF weder echte Partei noch staatliche Behörde gewesen sei und sich in einer „typischen Zwischenlage“ befunden habe; vgl. Leniger, Nationalsozialistische „Volkstumsarbeit“ (wie Anm. 8), S. 62.

¹⁵ Loeber, Umsiedlung (wie Anm. 1), S. (31) f.

¹⁶ Leniger, Nationalsozialistische „Volkstumsarbeit“ (wie Anm. 8), S. 148-152.

wandererberatung“ der VoMi in Posen zuständig, deren Leiter ebenfalls Kroeger war.¹⁷ Nach Kroegers eigenen Angaben arbeiteten in diesem Büro nur Deutschbalten, denen „Freunde bei der Volksdeutschen Mittelstelle“ erlaubt hätten, dieses nach eigenem Gutdünken und gemäß eigenen Traditionen aufzubauen.¹⁸

Sowohl aus fragmentarischen Quellen als auch aus der historischen Fachliteratur (die zum Teil auf den 1967 veröffentlichten Kroeger-Erinnerungen basiert, wie etwa die Arbeit von Jürgen von Hehn) und den Memoiren von Kroeger selbst wird deutlich, dass Ende des Jahres 1939 und Anfang des Jahres 1940 sowohl der „Beratungsstelle“ als auch ihm persönlich eine führende Rolle in Fragen der Verwaltung deutschbaltischer Angelegenheiten zufiel.

In seinen Erinnerungen war Kroeger bemüht, sich als Dienststellenleiter darzustellen, der den letzten Rest landsmannschaftlicher Selbstverwaltung repräsentiere,¹⁹ und herauszustreichen, dass in der Organisation ein großer Teil des deutschbaltischen Kulturlebens fortgesetzt würde. Aus den Quellen ist ersichtlich, dass Kroeger zwar einen großen Einfluss und eine erhebliche Weisungbefugnis bezüglich der Ausformung des kulturellen Leben hatte, doch tat er dies nicht als Leiter der deutschbaltischen Gemeinschaft, sondern als Parteimitglied und Vertreter des von Himmler errichteten deutschbaltischen Verwaltungssystems.²⁰

¹⁷ Hehn, Umsiedlung (wie Anm. 1), S. 192. Zur Ansiedlung der Deutschbalten im Warthegau siehe Lars Bosse, Vom Baltikum in den Reichsgau Wartheland, in: Deutschbalten, Weimarer Republik und Drittes Reich. Bd. 1, hrsg. v. Michael Garleff. Köln 2001 (Das Baltikum in Geschichte und Gegenwart. 1/1), S. 297-387.

¹⁸ Erhard Kroeger, Auszug aus der alten Heimat. Die Umsiedlung der Baltendeutschen. Tübingen 1967 (Veröffentlichungen des Instituts für deutsche Nachkriegsgeschichte. 4), S. 122 f. Es ist anzuzweifeln, ob die Arbeit tatsächlich „gemäß eigenen Traditionen“ ausgeführt wurde, denn die nationalsozialistischen Dienststellen hätten dies sicher nicht zugelassen, auch wenn dies von einem so vertrauenswürdigen Parteimitglied wie Kroeger forciert worden wäre. Vgl. auch den Hinweis, dass Deutschbalten sich selbst nicht organisieren wollten, bei Hehn, Umsiedlung (wie Anm. 1), S. 196 f.

¹⁹ Kroeger, Auszug (wie Anm. 18), S. 169; Kroeger berief sich auf den Status des letzten Leiters der „Deutschbaltischen Volksgemeinschaft in Lettland“, auch wenn er sich nicht direkt so ausdrückte. Doch seine Erinnerungen belegen, dass er diesen Eindruck vermitteln wollte. Auch die Schilderung der Einwanderungsberatung als „gemäß eigenen Traditionen“ geleitet dokumentiert dies. Zu Kroegers Ambitionen in der Volksgemeinschaft gegen Ende der 1930er Jahre vgl. Inesis Feldmanis, Vācbaltieši: nostāja pret nacionālsociālismu un attiecības ar Latvijas valsti (1933–1939) [Die Deutschbalten: ihre Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus und ihre Beziehungen zum Staat Lettland (1933–1939)] in: Latvijas Vēsture (1997), Nr. 1, S. 102-113, hier S. 105.

²⁰ Loeber betont, dass Kroeger nicht alle Deutschbalten vertrat, da er nicht gewählt, sondern im Gegenteil parteiisch war und nur eine kleine Minderheit vertrat; vgl. Loeber, Umsiedlung (wie Anm. 1), S. (35).

Um z.B. eine Arbeit zu erhalten, mussten sich Deutschbalten (und andere Volksdeutsche) einer „Rasseprüfung“ unterziehen, d.h. sie mussten anhand von Dokumenten ihre „Reinrassigkeit“ nachweisen. Die endgültige Entscheidung, ob eine Person dem „Deutschtum“ angehörte, wurde von der Behörde unter Kroeger gefällt. Auf diese Weise erschien Kroegers „Einwanderungsberatung“ als eine deutschbaltische Verwaltungsstelle, denn die Beratungsstelle bescheinigte die Zugehörigkeit zum deutschen Volk etwa aufgrund der Tatsache, dass nur Deutsche aus dem Baltikum ausreisen durften. Kroeger selbst gewann so wiederum den Eindruck, als sei er der „Führer der deutschbaltischen Volksgemeinschaft“. Tatsächlich handelte er aber auch hier stets als Parteimitglied, das dem Verwaltungsapparat des Reiches in Gänze und keinesfalls einer deutschbaltischen Gemeinschaft unterstellt war.

Im nationalsozialistischen Deutschland reichte es jedoch nicht aus, sich die Zugehörigkeit zur arischen Rasse von einer Behörde bestätigt zu lassen, auch wenn es Ausnahmen gab.²¹ Die Zugehörigkeit musste mit Dokumenten nachgewiesen werden, etwa mit dem sog. „Ahnenpass“, der aufgrund genealogischer Nachforschungen erstellt wurde. Obwohl im Dritten Reich bereits ein Verwaltungssystem zum Nachweis der Rassezugehörigkeit geschaffen worden war, konnte dies auf die Deutschbalten wiederum nicht angewandt werden – zumindest nicht direkt nach ihrer Ankunft im Reich bzw. im Warthegau. Denn die entsprechenden genealogischen Unterlagen, aufgrund derer man einen entsprechenden Nachweis hätte führen können, befanden sich noch im Baltikum und waren zu jenem Zeitpunkt, Ende des Jahres 1939 und zu Beginn des Jahres 1940, Verhandlungsgegenstand der bilateralen Paritätischen Kommission. So waren die Reichsbehörden anfangs gezwungen, sich auf eine „eidesstattliche Erklärung“ bzw. „eidesstattliche Versicherung“ zu stützen.²²

Auch wenn Kroegers Dienststelle und er selbst die Entscheidungsgewalt über die Rassefrage bezüglich der Deutschbalten hatte, wurde anfänglich ein Teil der Auskünfte von einer anderen der VoMi unterstellten Behörde eingeholt und herausgegeben: der „Zweigstelle Posen, Abteilung Kultur und Schule“. Zu Beginn gab tatsächlich nur diese Zweigstelle Auskunft über die Volkszugehörigkeit (möglicherweise nur über solche, die in Kultur und Bildung tätig gewesen waren), bis

²¹ Diana Schulle, *Das Reichssippenamt. Eine Institution nationalsozialistischer Rassenpolitik*. Berlin 2001, S. 330 f.

²² Archiwum Państwowe w Poznaniu (Staatsarchiv Poznań, APP), Best. 800 (Volksdeutsche Mittelstelle, Zweigstelle Posen), A. 97 (Abt. Kultur und Schule. Berichte, 1939–1940), S. 22 u. 130.

eine spezielle Behörde eingerichtet wurde, die die genealogischen Dokumente verwaltete und entsprechende Auskünfte erteilte.

Der Leiter der Posener Zweigstelle für Kultur und Schulangelegenheiten war der ehemalige Leiter der Kulturabteilung der Deutschbaltischen Volksgemeinschaft in Lettland, Wilhelm Lenz sen. (1906–1976).²³ Die Abteilung befasste sich auch mit der Verwaltung der ausgeführten deutschbaltischen Kulturgüter (Überführung und Unterbringung); Anfang Dezember 1939 wurden ihre Aufgaben folgendermaßen beschrieben. 1. Regelung der Bildungsfragen (Schüler, Lehrer, deren Integration in bereits bestehende Schulen), 2. Unterstützung von Künstlern und Wissenschaftlern bei der Arbeitssuche, 3. Sicherstellung und Einordnung mitgeführter Kulturgüter (Archive, Bibliotheken, Museumsgegenstände usw.).²⁴ Bei der Formulierung der Aufgaben der Abteilung und ihrer Mitarbeiter wurde Lenz auch als Referent für „Sippenforschung“ aufgeführt.²⁵ Die Mitarbeiter, die sich mit der Verwaltung der Kulturgüter befassten, waren Jürgen von Hehn²⁶ (1912–1983) für die Regelung der künstlerischen und wissenschaftlichen Angelegenheiten sowie die Aufsicht über die Kulturgüter, Achim von Akerman (1909–1945) für Bibliotheksfragen sowie Reinhard Wittram (1902–1973) für Hochschulfragen und Fragen der

²³ APP, Best. 800, A. 98 (Abt. Kultur und Schule. Berichte, Korrespondenz, 1939–1940), Bl. 21; die Deutschbalten wählten W. Lenz sen. „als Berater in kulturellen Angelegenheiten beim Regierungsdirektor der Abteilung III (Erziehung, Unterrichts-, Kultur- und Gemeinschaftspflege)“ im Warthegau; vgl. ebenda, A. 97, Bl. 66; es fehlen Informationen über die offizielle Ernennung für das Amt, aber die Zusammenarbeit mit der Gauverwaltung fand statt.

²⁴ APP, Best. 800, A. 98, Bl. 21.

²⁵ APP, Best. 800, A. 98, Bl. 21. Vor der Umsiedlung aus Lettland war Lenz Leiter der Genealogischen Abteilung der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde zu Riga; vgl. ebenda, A. 100 (Abt. Kultur und Schule. Allgemeine Korrespondenz, 1941–1944), Bl. 253.

²⁶ Jürgen v. Hehn arbeitete genauso wie Lenz in der Kulturabteilung der Deutschbaltischen Volksgemeinschaft in Lettland und war neben Helmut Speer einer der Verantwortlichen für den Abtransport der Kulturgüter aus dem Baltikum nach Deutschland Ende 1939 und Anfang 1940; vgl. BA-B, R 153 (Publikationsstelle Berlin-Dahlem, PuSte), A. 1435 (NOFG [...] Baltikum, Bd. 11: 1939–1941), Dok.: W. Rohr, Aktenvermerk v. 22.12.1939; Wolfgang Wachsmuth, Wege, Umwege, Weggenossen. Lebenserinnerungen eines Balten 1876–1950. München 1954, S. 274 f.; in der Kulturabteilung der VoMi blieb Hehn nicht lange, denn bereits am 18. Dezember 1940 war er Leiter der Buchsammelstelle der deutschen Reichsuniversität Posen. Bereits am 1. November 1940 hatte er eine Tätigkeit an der PuSte in Berlin-Dahlem angetreten, von wo er in der zweiten Junihälfte des Jahres 1941 zum Dienst in eine spezielle Archivkommission des Auswärtigen Amts, das sog. „Sonderkommando Künsberg“ eingezogen wurde. Zwar arbeitete er künftig sowohl im Baltikum als auch in anderen deutsch besetzten östlichen Gebieten, behielt aber sein Amt in Berlin; vgl. BA-B, R 153, A. 1127 (Dr. J. v. Hehn, 1940–1942).

Archivverwaltung.²⁷ Andere Abteilungsmitarbeiter befassten sich mit Schulfragen. Stellvertretender Leiter der VoMi-Zweigstelle war Burkhard von Ulrichen.

Als die Umsiedlung der Deutschbalten begonnen hatte, der Warthegau als neues Ansiedlungsgebiet bereits feststand und es auch ein zentrales Büro für Volksdeutsche bzw. eine „deutschbaltische Abteilung“ in der VoMi gab, herrschte jedoch zur Frage der Gründung eines Kulturzentrums und wie (und wo) die aus dem Baltikum ausgeführten Kulturgüter verwaltet werden sollten, noch Unklarheit. Die Dokumente der zuständigen deutschen Stellen in der Anfangsphase zeigen, dass die Verhandlungen über den Abschluss der Verträge im Baltikum im Oktober 1939 stattfanden. Die Aufsicht über die bilateralen Verhandlungen in der Frage der Kulturgüter wurde von deutscher Seite an die „Nord- und Ostdeutsche Forschungsgemeinschaft“ (im Folgenden: NOFG) übergeben, die den verantwortlichen deutschen Stellen im Oktober entsprechende Unterlagen zukommen ließ.²⁸ Die Briefwechsel spiegeln wider, dass die Behörden in Deutschland über die weitere Organisation des zur Ausfuhr geforderten Materials und dessen Verwaltung noch nicht entschieden hatten.

Am 11. Oktober erklärte die NOFG, die Kulturgüter aus dem Baltikum müssten an einem Ort konzentriert werden, der die Grundlage für ein zentrales baltisches Archiv, ein baltisches Museum, eine Bibliothek und eine baltische sippenkundliche Forschungsstelle bilden sollte.²⁹ Ende Oktober stimmte Ernst Zipfel (1891–1966), Generaldirektor des Preußischen Staatsarchivs und Direktor des Reichsarchivs, in einem Brief an die NOFG zu, dass alle umgesiedelten Bildungseinrichtungen, an einem Ort konzentriert werden sollen. Wenn möglich, sollte dies in Thorn (Toruń) oder Posen sein.³⁰

Der Aufbau der Verwaltung der Kulturgüter und deren reale Ausfuhr erfolgten gleichzeitig, da nicht nur die Umsiedlung der Deutschbalten, sondern auch der Abtransport der Kulturgüter aus dem Bal-

²⁷ APP, Best. 800, A. 98, Bl. 21.

²⁸ PA AA, Gesandtschaft Riga (Ges. Riga), 91, Umsiedlung. Generalia (Ums. Gen.) 2, Bd. 1, S. 143, 150-158; die NOFG wurde von der Dahlemer Publikationsstelle geleitet, die ihrerseits der Generaldirektion der Reichsarchivs unter Ernst Zipfel im Innenministerium unterstellt war. Die Leiter der NOFG und der PuSt waren dieselben Personen: der Direktor des Reichsarchivs Johannes Papritz und sein Vertreter W. Kothe.

²⁹ PA AA, Ges. Riga, 91, Ums. Gen. 2, Bd. 1, S. 152. Die Dokumente erwähnen auch die Möglichkeit, eine „neue deutsche Universität“ auf der Grundlage bereits bestehender hochschulähnlicher Einrichtungen zu errichten.

³⁰ BA-B, R 153, A. 1429 (NOFG. [...], Baltikum, Bd. 9: 1939), Dok.: E. Zipfel an NOFG v. 31.10.1939.

tikum im Oktober 1939 begann.³¹ Das Hauptziel der Transporte lag hauptsächlich auf heutigem polnischen Territorium. Kunstschätze, Kunstwerke und der größte Teil der Bücher wurden anfangs in Lagerhallen der Häfen in Danzig (Gdańsk) und Gotenhafen (Gdynia) gelagert. Archivmaterial (Originale und Kopien) und ein Teil der Bibliotheksbestände wurden zunächst nach Berlin ins Auswärtige Amt gebracht, das die Vermittlung und Koordination durchführte, sowie in die Publikationstelle Berlin-Dahlem (im Folgenden: PuSte), wo die Bestände zuerst von Spezialisten der Deutschen Archivkommissionen, die in Estland und Lettland gearbeitet hatten, begutachtet wurden.

Während in Berlin die zuständigen Reichsstellen die Frage bezüglich der Verwaltung und Aufsicht der Kulturgüter noch nicht geklärt hatten, machten sich die Deutschbalten, genauer deren Führung in der „Zweigstelle Posen, Abteilung Kultur und Schule“ an die praktische Lösung der Aufgabe. Bereits im November 1939 begannen sie, Räume für die Unterbringung der verschiedenen Sammlungen von Kulturgütern zu suchen,³² obwohl am Ende desselben Monats noch keine Klarheit darüber herrschte, wie mit den mitgebrachten Kulturgütern verfahren werden sollte.³³ Gleichwohl wurde in den Verhandlungen im November und Dezember 1939 mit bereits bestehenden Archiven und Bibliotheken in Posen festgestellt, dass diese zwar bereit seien, die baltischen Kulturgüter aufzunehmen, sie dann aber keinen Platz mehr zur Verfügung haben würden, um ihre eigenen Sammlung zu vergrößern.³⁴

Gleichzeitig fand ein Gespräch zwischen W. Lenz und der Reichsstelle für Sippenforschung (im Folgenden: RfS)³⁵ über die Verwaltung des genealogischen Materials sowie über den Aufbau einer besonderen (möglicherweise vorläufigen) deutschbaltischen Verwaltungsstruktur statt.³⁶ Dass die genealogischen Quellen (hier hauptsächlich die

³¹ Informationen über den Abtransport der Sammlung aus Lettland durch die Vermittlung von Privatpersonen und der deutschen Botschaft in Riga. So wurden Archivalien aus dem „Bauer-Archiv“ in Riga und dem „von Ramm-Helmsing“-Archiv in Riga ausgeführt; vgl. PA AA, Ges. Riga, 91, Ums. Gen. 2, Bd. 1, S. 161, 180, 262 u. 265-270. Die Ausfuhr im Oktober erfolgte ohne Zustimmung der Regierung Lettlands, denn zu dieser Zeit waren die Verhandlungen über die Sammlungen, die als bedeutend für die lettische Geschichte eingestuft wurden, noch nicht beendet.

³² APP, Best. 800, A. 97, Bl. 5.

³³ APP, Best. 800, A. 97, Bl. 47.

³⁴ APP, Best. 800, A. 98, Bl. 56 f.

³⁵ Ab 1940 hieß es dann Reichssippenamt; vgl. Schulle, Reichssippenamt (wie Anm 21).

³⁶ APP, Best. 800, A. 97, Bl. 22.

Kirchenbücher) gesondert von den anderen Archivalien aufbewahrt werden sollten, war seit Beginn der Umsiedlung klar – darüber wurde nicht diskutiert, da das nationalsozialistische Deutschland diese Materialien gesondert verwaltete, besonders aus Gründen rassenideologischer Prinzipien und des dafür zuständigen RfS im Innenministerium. „Diskutiert“ wurde über die Fragen, welche Institution Material aufnehmen und unter welche Aufsicht dieses gestellt werden sollte. Erstens bemühte sich das Innenministerium um die Klärung jener Materialien, die der Archivverwaltung und dem RfS untergeordnet waren. Zweitens meldete SS-Reichsführer und RKF Himmler mit seinem riesigen Apparat ebenfalls sein Interesse an.

Besondere Bedeutung für die weitere Entscheidung kam dem Direktor des RfS Kurt Mayer (1903–1945) zu. Seine Behörde war dem Innenministerium unterstellt, aber Mayer war auch Leiter des Amts für Sippenforschung der NSDAP, und er war Himmler loyal ergeben. Gemeinsam mit Wolfram Sievers (1905–1948), Parteimitglied und Leiter der Forschungsstelle „Ahnenerbe“,³⁷ entschied er in der Frage der Aufsicht über die deutschbaltischen genealogischen Archivalien zugunsten des „Himmlerschen Imperiums“.

Zu Beginn, im November 1939, unterstützte das RfS den deutschbaltischen Wunsch nach einer eigenen (vorübergehenden) Verwaltung aus folgenden Gründen nicht: „Finanzmittel zur deutschbaltischen Ahnenforschung sollen nicht gewährt werden,“ da „eine vorläufige Beglaubigungsstelle für Ariernachweise nicht erforderlich ist, weil alle staatlichen Stellen sich zunächst mit eidesstattlichen Erklärungen begnügen werden.“³⁸ Möglicherweise bildete für die Deutschbalten (Lenz) die Notwendigkeit, den deutschbaltischen Umsiedlern den Erfordernissen des Reichs entsprechende Auskünfte und Dokumente auszuhändigen, damit diese Arbeitsstellen finden konnten, den Grund für ihre Argumentation.

Nach anfänglicher Ablehnung änderte Mayer im Dezember 1939 seinen Standpunkt und unterstützte den Aufbau einer speziellen Kartei für die deutschbaltischen genealogischen Archivalien. Den ausschlaggebenden Punkt für seinen Wandel gab vermutlich ein Treffen der verantwortlichen Behörden im Innenministerium zu den Archivalien aus dem Baltikum am 8. Dezember 1939. Auf dieser Konfe-

³⁷ Zum „Ahnenerbe“ siehe Michael H. Kater, *Das „Ahnenerbe“ der SS 1935–1945. Ein Beitrag zur Kulturpolitik des Dritten Reiches*. 4. Aufl., München 2006 (Studien zur Geschichte. 6).

³⁸ APP, Best. 800, A. 97, Bl. 22.

renz wurde endgültig entschieden, dass die deutschbaltischen Kulturgüter nach Posen transportiert werden sollten. Damit wurde formal bestätigt, was die Deutschbalten ohnehin in Posen zu organisieren versuchten.³⁹ Auf dieser und einer weiteren Zusammenkunft der verantwortlichen Behörden zur Frage der baltischen Archivalien am 26. Januar und 3. April 1940 kristallisierte sich ein Modell zur Aufsicht über diese Materialien heraus. Tatsächlich war das Endergebnis nicht allein eine Entscheidung der zuständigen deutschen Stellen – auch die Deutschbalten hatten einen gewissen Einfluss auf die Lösung der Frage.

Auf der Konferenz am 8. Dezember 1939 wurde entschieden, ein geschlossenes „baltisches Archiv“ als Unterabteilung des deutschen Reichsarchivs Posen zu schaffen, dessen Leiter ein Deutschbalte sein sollte. Diesem „baltischen Archiv“ sollte auch ein „baltisches sippenkundliches Archiv“ beigeordnet werden, das die Kirchenbücher und andere genealogische Materialien verwalten sollte.⁴⁰ Auf der Konferenz wurde ebenfalls besprochen, dass ein „baltisches Museum“ und eine „baltische Bibliothek“ eingerichtet werden sollten. Zudem wurde entschieden, das Johannes Papritz (1898–1992), der Generaldirektor des Reichsarchivs, der gleichzeitig Leiter der PuSt und der NOFG war, und Kurt Mayer, der Leiter des RfS, zusammen nach Posen reisen sollten, um die dortigen Stellen über die Entscheidung zu unterrichten. Ferner wurde beschlossen, dem Gauleiter und Reichsstatthalter Arthur Greiser (1897–1946) ein Schreiben zukommen zu lassen, in dem dieser über den Besuch informiert werden sollte.⁴¹

Offensichtlich war jedoch die Nuance in jenem Beschluss, das genealogische Material auf dem Verwaltungswege in die Struktur des Reichsarchivs einzuordnen, genauer: das RfS der Generaldirektion des Reichsarchivs unterzuordnen, nicht im Sinne Himmlers. Mayer erschien daher zusammen mit Himmler einige Tage vor Papritz in Posen, regelte die Angelegenheit in seinem Sinne und ignorierte die Entscheidungen des Innenministeriums.⁴² Aufgrund der weiteren Er-

³⁹ BA-B, R 153, A. 1435, Dok.: Reichsminister des Inneren, betr. Baltisches Archivgut, 14.12.1939, mit Anlage.

⁴⁰ BA-B, R 153, A. 1435, Dok.: Reichsminister des Inneren, betr. Baltisches Archivgut, 14.12.1939, mit Anlage.

⁴¹ BA-B, R 153, A. 1435, Dok.: Reichsminister des Inneren, betr. Baltisches Archivgut, 14.12.1939, mit Anlage.

⁴² BA-B, R 153, A. 1435, Dok.: W. Rohr, Aktenvermerk, 22.12.1939; Wilhelm Rohr bemerkt, dass Mayer nur wegen Himmlers Visite am 12. Dezember 1939 nach Posen gekommen sei; vgl. hierzu Lenz, Kulturgut der Deutschbalten (wie Anm. 2), S. 617; seine Unzufriedenheit mit dem Ausgang des Gesprächs sprach Mayer sehr offen aus, so etwa in einem Schreiben

eignisse kann geschlossen werden, dass sich die beiden darüber hinaus mit deutschbaltischen Vertretern sowie Gauleiter Greiser trafen und möglicherweise einen „Handel“ abschlossen, um den eigenen Einfluss zu vergrößern. Zumindest unterstützten die drei „Gesprächspartner“ (der Vertreter Himmlers, der Gauleiter des Warthegaus und die deutschbaltischen Vertreter) in den folgenden Monaten in wechselseitigen Gesprächen den Aufbau zweier Behörden.

Erstens förderten die „Gesprächspartner“ die Gründung einer speziellen deutschbaltischen Familienabteilung („Sippenamt“) für Forschungszwecke, der Gauleitung und nicht dem Innenministerium und der Verwaltung der Archive untergeordnet, wie es zunächst am 8. Dezember 1939 beschlossen worden war.⁴³ Zweitens beschlossen die „Partner“ die Gründung eines deutschbaltischen Instituts.⁴⁴ Möglicherweise erhielten die Deutschbalten dieses Versprechen im Tausch gegen ihre Unterstützung für den Wunsch Himmlers und Mayers, eine dem Archivsystem nicht unterstellte Familienforschungsstelle aufzubauen.

Die Deutschbalten konnten mit den zu diesem Zeitpunkt erreichten Einigungen zufrieden sein. Erstens erhielten sie konkrete Klarheit über den Verbleib zumindest einer Sammlung der ausgeführten bzw. zur Ausfuhr vorgesehenen Kulturgüter, des genealogischen Materials, darunter insbesondere die Kirchenbücher. Zweitens war die Idee eines speziellen deutschbaltischen Instituts mehr als alles, was die Deutschbalten je erhofft hatten, und mehr als alles, was ihnen von der Verwaltung des Reichsarchivs und der NOFG angeboten worden war.

Es ist unklar, wann und auf wessen Initiative hin die Idee zu einem „Baltischen Institut“ entstanden war. Als Vater der Idee hat sich Kroeger selbst bezeichnet. In seinen Erinnerungen behauptet er, dass alle Kulturgüter, die die Deutschen aus dem Baltikum mitgebracht hat-

an den Gauleiter: „Dieses Schreiben ist für Sie nur persönlich bestimmt und im parteiamtlichen Interesse geschrieben“; noch am selben Tag, dem 8. Dezember, begann er damit, die Verwaltung der deutschbaltischen Kulturgüter seiner Verwaltung „unmittelbar zu unterstellen“; vgl. BA-B, R 1509, A. 1819 (Sicherstellung von deutschen Kirchenbüchern [...], Überführung, 1939–1943), Dok.: K. Mayer, an A. Greiser, 08.12.1939.

⁴³ Die Verwaltung des deutschen Reichsarchivs in Posen war dem Gauleiter Warthegau unterstellt, der wiederum dem Innenministerium unterstand. Die Beziehung von Greiser zur Archivverwaltung war verwaltungstechnischer Natur, aber zur Archivgeneraldirektion betrafen sie fachliche und wissenschaftliche Angelegenheiten, d.h. die Materialien wären in jedem Fall in Greisers Zuständigkeitsbereich gefallen; vgl. Torsten Musial, *Staatsarchive im Dritten Reich. Zur Geschichte des staatlichen Archivwesens in Deutschland 1933–1945*, Potsdam 1996 (Potsdamer Studien. 2), S. 190 f.

⁴⁴ APP, Best. 800, A. 97, Bl. 86.

ten, in einer zentralen Institution in Posen gesammelt werden sollten. Dies schloss das genealogische Material und deren „Erforschung“ ein. Über den endgültigen juristischen Status hätte er selbst (sic!) nach dem Krieg entscheiden sollen.⁴⁵ Gerade in Bezug auf das genealogische Material gibt es jedoch wesentliche Unterschiede zwischen dem, was Kroeger behauptet, und dem tatsächlichen Ablauf der Geschehnisse. Denn von Beginn der Umsiedlung im Oktober an war von einer Verwaltung gesondert von den übrigen Kulturgütern die Rede.

1940 behauptete der Vertreter der Generaldirektion des Reichsarchivs in Posen Zipfel, der Hauptvertreter dieses Gedankens sei Reinhard Wittram gewesen.⁴⁶ Überliefert sind etwa Wittrams schriftlich niedergelegte Gedanken, die er den Mitarbeitern des Reichsarchivs in Berlin übergab, über neue deutschbaltische Forschungsaufgaben und durchzuführende Arbeiten. Er plädierte für eine Fortführung dieser Forschungen und für die Verwaltung möglichst aller Kulturgüter in einem gemeinsamen Archiv.⁴⁷ Die Quellen stützen den Eindruck, Wittram und daneben auch Lenz seien die Väter und vehementesten Vertreter dieser Idee gewesen.

Auf der bereits erwähnten Besprechung im Innenministerium in Berlin vom 8. Dezember 1939 wurde ebenfalls beschlossen, dass der Leiter des Reichsarchivs Papritz am 18. und 19. Dezember 1939 nach Posen fahren sollte, um die Frage der Einrichtung eines „baltischen Archivs“ im Bestand des örtlichen Staatsarchivs zu regeln. Dort allerdings musste er feststellen, dass sich die Situation dank der Intervention von Mayer und Himmler bereits wesentlich verändert hatte.⁴⁸ Der Gauleiter des Warthegaus empfing Papritz entgegen den Abmachungen nicht – den Brief des Innenministeriums, in dem die Visite von Mayer und Papritz angekündigt worden war, hatte er angeblich nicht erhalten.

Auch mit den Deutschbalten gelang Papritz kein konstruktives Gespräch. Die Unterredung mit Wittram „als führendem baltendeutschen Wissenschaftler“⁴⁹ habe zwar vielversprechend begonnen, aber „plötzlich habe letzterer das Gespräch unterbrochen und darauf hingewiesen, dass SS-Standartenführer Kroeger *den Auftrag erteilt* habe

⁴⁵ Kroeger, Auszug (wie Anm. 18), S. 168.

⁴⁶ BA-B, R 153, A. 1435, Dok.: E. Zipfel, an: PuSte, 11.9.1940.

⁴⁷ BA-B, R 153, A. 1435, Dok.: [R. Wittram,] Erwähnungen über die aus der Umsiedlung erwachsenden Aufgaben der baltendeutschen Geschichts- und Volkskundeforschung, 12.12.1939.

⁴⁸ BA-B, R 153, A. 1435, Dok.: W. Rohr, Aktenvermerk, 22.12.1939.

⁴⁹ BA-B, R 153, A. 1435, Dok.: W. Rohr, Aktenvermerk, 22.12.1939.

[Hervorhebung R. P.], ein großes, baltendeutsches Institut in Posen zu gründen, in dem alle Kulturgüter, die hierher gebracht würden, gesammelt werden sollten, auch Archivalien“.⁵⁰ Ganz offensichtlich war die Rede davon, dass die Himmler unterstellten Behörden eingebunden werden sollten (und Kroeger als führender Deutschbalte zu seinem Apparat gehörte), denn das Innenministerium entschied nach der Fahrt von Papritz nach Posen, dass von Himmler eine Erklärung eingefordert werden müsse. Von dieser sollte abhängig gemacht werden, inwieweit sich die Archivverwaltung und die PuSt weiterhin an der „Sicherung der Baltendeutschen Archivalien“ beteiligen sollten.⁵¹

Während sich in Berlin die Staats- und Parteiinstanzen die Macht- und Einflussphären aufteilten, suchten die Deutschbalten im Dezember des Jahres 1939 und im Januar 1940 weiterhin nach Unterstützung zur Gründung ihres Instituts. Am 20. Dezember 1939 verfasste Lenz ein Dokument mit Richtlinien zur Gründung eines Ostdeutsches Instituts in Posen, dessen Ziel „die Sicherstellung“ der „aus den baltischen Staaten geretteten Kulturwerte“ sei, außerdem der Abschluss der begonnenen wissenschaftlichen Tätigkeiten, die Aufnahme weiterer Forschung zu den Deutschbalten und Publikationen zu ihrer Geschichte. Die Denkschrift war mit dem Hinweis versehen, dass die Tätigkeit des Instituts auch dem Warthegau selbst gewidmet werden könne.⁵² Leider ist nicht bekannt, an wen dieses Dokument gerichtet war.

Die Deutschbalten vertrauten immer noch darauf, dass ihre verbündeten Gesprächspartner die Gründung eines Instituts unterstützen würden. Doch wurde auch ihnen schnell klar, dass die Führung des Warthegaus ein deutschbaltisches Institut nicht unterstützen würde. Bereits am 18./19. Dezember erhielt Papritz die Erklärung des Vertreters des Gauleiters, dass dieser kein Interesse daran habe, die Gründung einer deutschbaltischen Einrichtung unter eigener Aufsicht zu fördern, denn man wolle verhindern, dass sich die Deutschbalten als „Sondergruppe“ konstituierten.⁵³ In der zweiten Januarhälfte 1940 untersagte Greiser den Deutschbalten, das besagte Institut zu gründen. Er würde lediglich zustimmen, wenn die für das Institut vorgesehenen

⁵⁰ BA-B, R 153, A. 1435, Dok.: W. Rohr, Aktenvermerk, 22.12.1939.

⁵¹ BA-B, R 153, A. 1435, Dok.: W. Rohr, Aktenvermerk, 22.12.1939.

⁵² APP, Best. 800, A. 97, Bl. 88 f. (Volksdeutsche Einwanderer Beratungsstelle, Abt. Kultur und Schule, W. Lenz, „Vorschlag der Begründung eines Ostdeutschen Institutes in Posen“, 20.12.1939.). Das Dokument wurde von Lenz zusammengestellt und ist auf dem Briefpapier von Kroegers „Beratungsstelle“ niedergeschrieben.

⁵³ BA-B, R 153, A. 1435, Dok.: W. Rohr, Aufzeichnung, 22.12.1939.

Personen ihre Forschung innerhalb der landeskundlichen Forschungen fortsetzen würden.⁵⁴ Das einzige Zugeständnis, das die Deutschbalten ihm abringen konnten, war die bereits genannte Unterstützung der Gründung einer Abteilung für Genealogie.⁵⁵ Genauso temporär wie die Unterstützung für die Gründung des Instituts durch den Gauleiter war die Unterstützung durch das RfS und dessen Leiter Mayer. Das RfS arbeitete weiter in Richtung Förderung der bereits genannten Abteilung für Genealogie.

Doch die definitive Zusage zur Gründung dieser Abteilung, abgesehen von dem großen Interesse der Behörde in diese Frage, blieb über Monate hinweg aus – möglicherweise deshalb, weil die endgültige Entscheidung über die Einrichtung eines deutschbaltischen Instituts noch ausstand. Anfang März 1940 wurde die Zusage schließlich erteilt.⁵⁶ Allerdings waren Bezeichnung und Bedeutung nicht allein auf die deutschbaltischen Materialien und deren „Erforschung“ bezogen, sondern wurden auf alle Volksdeutschen, die im Warthegau lebten, ausgedehnt. Es erhielt die Bezeichnung „Landessippenamt. Sippenamt für ostdeutsche Rückwanderer“ (im Folgenden: Sippenamt).⁵⁷ In den Dokumenten wird es auch als „Das Sippenamt für volksdeutsche Umsiedler“ bezeichnet. Als Leiter des Amtes wurde der Deutschbalte Helmut Speer ernannt (1906–1996).⁵⁸

Zu Jahresbeginn 1940 verhandelten die Deutschbalten die Frage des Instituts mit der Forschungsgemeinschaft „Ahnenerbe“, die der Partei unterstellt war. Den Deutschbalten wurde Hilfe durch den Vertreter des „Ahnenerbes“ Professor Hans Schleif (1902–1945) versprochen.⁵⁹ Dieser sagte zu, rasch einen Vorschlag an das „Ahnenerbe“ zu

⁵⁴ APP, Best. 800, A. 97, Bl. 106-109.

⁵⁵ APP, Best. 800, A. 97, Bl. 106-109.

⁵⁶ APP, Best. 800, A. 97, Bl. 124, 130.

⁵⁷ Die Bezeichnung „Landessippenamt“ wurde vom Gauleiter des Warthegaus gewählt; vgl. BA-B, R 1509, A. 1771, Dok.: Vermerk, 9.4.1940. Im Warthegau existierte auch ein „Gausippenamt“, das allerdings nicht mit der Verwaltung des deutschbaltischen genealogischen Materials betraut war; vgl. Schulle, Reichssippenamt (wie Anm. 21), S. 283 ff.

⁵⁸ Speer war von 1932 bis 1939 Mitarbeiter des Instituts für wissenschaftliche Heimatforschung; während des Krieges war er ehrenamtlicher Amtsleiter in Posen. Seit September 1941 arbeitete er auch für den Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg (ERR) im Baltikum, außerdem war er im Reichskommissariat Ostland zuständig für Sippenfragen; vgl. etwa: BA-B, R 1509, A. 1756 (Sippenreferent beim Reichskommissar Ostland in Riga, 1941–1943), Dokument: H. Speer, 19.01.1942, und: K. Mayer, an: N. v. Essen, 24.3.1942. Während seiner Abwesenheit wurde Speer in Posen von Nikolaj von Essen vertreten.

⁵⁹ Schleif war eine Autorität auf diesem Gebiet und hatte großen Einfluss auf die wissenschaftlichen und ideologischen Kreise in Deutschland; vgl. Kater, „Ahnenerbe“ (wie Anm. 37), S. 287 u. 292 mit Anm. 262.

formulieren, konkret an dessen Leiter Sievers, damit dieser die Unterlagen wiederum an SS-Führer Himmler weitergeben könne.⁶⁰ Die Gespräche mit dem „Ahnenerbe“ begannen kurz nachdem Himmler Anfang des Jahres 1940 dieser Einrichtung angeordnet hatte, für das „dingliche und geistige Kulturgut aller umgesiedelten Volksdeutschen“ zu sorgen.⁶¹ Im Januar wurde Sievers von Lenz und Wittram über die vorgesehene Aufteilung der Archivalien und den geplanten Aufbau eines Livländischen Forschungsinstituts unterrichtet.⁶² Allerdings konnten sie die mitgenommene Denkschrift nicht einreichen, da diese noch nicht vorlagereif war: Es fehlte in ihr die Genehmigung von SS-Standartenführer Kroeger.⁶³ Ungeachtet dieser Formalität versprach Sievers ihnen eine vorübergehende Finanzierung zur „Sicherstellung“ der Archivalien. Eben jene Sicherstellung in entsprechenden Räumen betrachtete er als wichtigste und dringlichste Aufgabe, viel dringender als die Einrichtung eines Livländischen oder deutschbaltischen Forschungsinstituts, denn ohne die Sicherstellung der Archivalien hätte eine solche Einrichtung kein Forschungsmaterial. Der Vorschlag von Sievers ging dahin, kein spezielles „Sonderarchiv“ für Archivalien aus dem Baltikum zu gründen, sondern dies in die bestehenden Strukturen des deutschen Reichsarchivs in Posen einzugliedern und auch dessen rechtliche Stellung zu nutzen.⁶⁴ Als Lenz von dieser Visite berichtete, merkte er an, dass der spätere Abteilungsleiter des „Ahnenerbes“ und Mitarbeiter des Bildungsministeriums Heinrich Harmjanz (1904–1994), der auch Generaltreuhänder für die Sicherstellung deutschen Kulturgutes in Polen war, gegenüber Wittram ernsthafte Einwände in Bezug auf die Gründung des Instituts angedeutet hatte.⁶⁵

Im Januar 1940 änderte sich die Situation im „Dschungel der NS-Zuständigkeiten“⁶⁶ zu Gunsten von Himmler. Das hatte Auswirkungen auf die Gründung eines deutschbaltischen Sippenforschungsamtes, als es Himmler und der Führung des RfS unterstellt werden

⁶⁰ APP, Best. 800, A. 97, Bl. 106-110.

⁶¹ Kopie des Dokuments: APP, Best. 800, A. 98, Bl. 50 (Der Reichsführer SS, RKF, Anordnung 12/II, 2.01.1940.); auch BA-B, R 1509, A. 1819.

⁶² Zitiert nach Lenz, Kulturgut der Deutschbalten (wie Anm. 2), S. 617 f.

⁶³ Ebenda, S. 618. Lenz hatte bereits im Dezember 1939 einen Entwurf auf dem Briefpapier von Kroeger verfasst; deshalb scheint es unverständlich, warum im Januar 1940 die „Genehmigung“ für die von Lenz und Wittram verfasste Denkschrift immer noch fehlen sollte.

⁶⁴ Ebenda.

⁶⁵ APP, Best. 800, A. 97, Bl. 113.

⁶⁶ Kater, „Ahnenerbe“ (wie Anm. 37), S. 297.

sollte. Sievers versuchte, den Einfluss der Verwaltung des RKF zu verbreitern,⁶⁷ während Papritz die Interessen des Innenministeriums und der Verwaltung des Reichsarchivs vertrat – er galt als guter Kenner deutschbaltischer Fragen.⁶⁸ Am 29. März 1940 fand ein weiteres Treffen zwischen deutschbaltischen Vertretern und Sievers statt, an dem auch Harmjanz teilnahm, der ihnen mitteilte, dass man im Moment von der Gründung eines solchen Instituts absehen müsse, dass aber unbedingt eine „Sammlung mit der neutralen Bezeichnung ‚Sammelstelle für baltendeutsches Kulturgut‘“ eingerichtet würde, die gleichzeitig die eiligsten Forschungsaufgaben übernehmen könne.“⁶⁹ Aus den entsprechenden Dokumenten geht hervor, dass das von den Deutschbalten erhoffte baltische Forschungsinstitut auf Anregung des „Ahnenerbes“ auf ein Archiv reduziert worden war, das allerdings den Deutschbalten und der Leitung des Reichsarchivs annehmbar erschien.

Hauptsächlich wegen der Einigung zwischen den Deutschbalten (Lenz, Wittram) und dem „Ahnenerbe“ schrieb Kroeger am 31. März 1940 bezüglich der Einrichtung des Archivs an Sievers und informierte über Räumlichkeiten und Verteilung der Finanzierung.⁷⁰ Nach einer weiteren Zusammenkunft der verantwortlichen Stellen für die baltischen Kulturgüter sandte Sievers aufgrund des genannten Schreibens von Kroeger am 13. April 1940 die Informationen persönlich an Himmler weiter.⁷¹

Obwohl die Gründung einer Sammelstelle nun erreicht worden war, konnte die Arbeit noch nicht begonnen werden, da es keine entsprechenden Räume für die Aufbewahrung der Kulturgüter gab. Offensichtlich war die Erlaubnis zur Gründung des Archivs im Frühjahr zunächst nur ein bürokratischer Akt gewesen. Verwaltungstechnisch wurde es der „Zweigstelle Posen, Abteilung Kultur und Schule“ unterstellt; die Sammelstelle und die Abteilung der VoMi hatten die gleiche Anschrift.⁷² Auf einer weiteren Zusammenkunft der an der geplanten Verwaltung des baltischen Archivs beteiligten Institutionen am 3. April 1940 erreichte der Generaldirektor des Deutschen Reichsarchivs Zipfel, dass er die Oberaufsicht über die Archivalien erlangte.

⁶⁷ BA-B, R 153, A. 1435, Dok.: Niederschrift [...], 26.1.1940.

⁶⁸ BA-B, R 153, A. 1435, Dok.: E. Zipfel, an: PuSte, 26.3.1940 und 9.5.1940.

⁶⁹ Zitiert nach Lenz, Kulturgut der Deutschbalten (wie Anm. 2), S. 618.

⁷⁰ Ebenda, S. 618 mit Anm. 66.

⁷¹ Ebenda.

⁷² Die Adresse während des Krieges lautete Helmholzstraße 10.

Obwohl nun die Frage geklärt schien, fanden noch das ganze Jahr 1940 über weitere Briefwechsel bezüglich der baltischen Archivalien statt. So sprach Himmler etwa in seinen Schreiben von einem „Baltischen Archiv am Reichsarchiv“, Zipfel wiederum von einer „Baltischen Abteilung im Reichsarchiv“. Himmler führte in einem Brief aus, dass es angesichts der kulturpolitischen Pläne der Nationalsozialisten nicht vorteilhaft sei, die deutschbaltischen Kulturgüter aufzuteilen.⁷³ Er wünschte, dass die Archivalien in das von den Deutschbalten errichtete Archiv überführt werden sollten, auch wenn die „Oberaufsicht“ dem Generaldirektor des Reichsarchivs zukomme. Himmler wurde so im Sommer des Jahres 1940 zu einem Unterstützer der deutschbaltischen „Sonderbestrebungen“, womit Zipfel unzufrieden war.⁷⁴

Im Herbst 1940 wies der Gauleiter des Warthegaus dem deutschbaltischen Archiv besondere Räume zu, ein Gebäude auf der Dominikel,⁷⁵ in dem sich zuvor das Museum des Erzbischofs, dessen Archiv und Bibliothek und davor ein Geistliches Seminar (Akademie) befunden hatte.⁷⁶ Es handelt sich dabei um ein älteres Steingebäude, was in Kriegszeiten nicht unwichtig für die Sicherheit von Sammlungen war. Eine Erklärung für diesen „auffallenden Wandel“ und das Entgegenkommen bezüglich der Deutschbalten sah Zipfel in der Tatsache, dass Kroeger in der Gauverwaltung als „Sachbearbeiter des Reichsstatthalters“ zu arbeiten begonnen hatte.⁷⁷ Die Deutschbalten bezogen die Räume des Archivs im Oktober 1940.⁷⁸ Offiziell erhielt es die Bezeichnung „Sammelstelle für baltendeutsches Kulturgut“ (im Folgenden: Sammelstelle). Dennoch bezeichneten die Deutschbalten es auch weiterhin als Institut, was im Übrigen nicht nur die Deutsch-

⁷³ BA-B, R 153, A. 1435, Dok.: RKF-15.7.1940. Abschrift, 7.8.1940.

⁷⁴ BA-B, R 153, A. 1435, Dok.: E. Zipfel; 10.9.1940.

⁷⁵ Die Adresse während des Krieges lautete Domherr-Klinke-Str. 1.

⁷⁶ APP, Best. 800, A. 100, Bl. 70. Die bauhistorische Geschichte des Gebäudes beginnt im 16. Jahrhundert, als auch die Akademia Lubrańskiego errichtet wurde. Während des Zweiten Weltkrieges wurden die polnischen Kulturgüter aus dem Gebäude herausgebracht und auf andere Ort in Posen und dessen Umgebung verteilt: an das Kaiser-Friedrich-Museum, an Kathedralen und Klöster. Ein Teil des Materials ging im Krieg verloren. Mehr zur Geschichte des Gebäudes siehe: Jan Skuratowic, Akademia Lubrańskiego. Pomnik wielkopolskiej kultury i nauki [Die Akademie von Lubranski. Ein Denkmal großpolnischer Kultur und Wissenschaft]. Poznań 2007, S. 76.

⁷⁷ BA-B, R 153, A. 1435, Dok.: E. Zipfel an Reichsminister des Inneren, 21.11.1940.

⁷⁸ APP, Best. 800, A. 99 (Abt. Kultur und Schule. Allgemeine Korrespondenz [P-W], [1933–1934]; 1939–1940 [Dieser Bestand beinhaltet auch den Briefwechsel von R. Wittram aus den Jahren 1933 und 1934]), Bl. 46; ebenda, A. 101 (Abt. Kultur und Schule. Diverse Korrespondenz (M-Q), 1940–1944), Bl. 167.

balten,⁷⁹ sondern auch die Reichsbeamten in Berlin taten.⁸⁰ Leiter des Archivs wurde der Abteilungsleiter der „Zweigstelle Posen, Abteilung Kultur und Schule“, Lenz.⁸¹

Da Zipfel sich abschlägig gegenüber Himmlers Wunsch geäußert hatte, der deutschbaltischen Sammelstelle Archivalien zu übergeben, reichten folglich dem deutschen Reichsarchiv in Posen die Räume nicht zur Ausweitung ihrer Sammlung.⁸² Der Briefwechsel zur Übergabe der Materialien dauerte bis Januar 1941, als Zipfel nach einem persönlichen Besuch in Posen und der Besichtigung der Räume zustimmte, die baltischen Materialien in der Sammelstelle aufzubewahren. Zipfel betonte sowohl, dass die Verwaltung der Archivalien dem deutschen Reichsarchiv in Posen unterstehe, als auch, dass es sich dabei nur um eine vorläufige Lösung handle, da in Zukunft die Materialien in das Reichsarchiv überführt werden müssten.⁸³ Die Oberaufsicht durch das Reichsarchiv sollte sich positiv auswirken, als 1943 im Rahmen von Sicherheitsmaßnahmen für die Archivalien die in der Sammlung befindlichen baltischen Archive in Bunkern in der Umgebung von Posen eingelagert wurden.

Zunächst, von Oktober bis Dezember 1939, wollte das Innenministerium auch das genealogische Material in die Strukturen des Reichsarchivs eingliedern. Gleichwohl, wie bereits erwähnt, kam dieses Material in die Obhut des im Frühjahr 1940 gegründeten „Sippenforschungsamtes“, womit die Hauptaufsicht über das Material beim RKF unter Himmler lag. Obwohl diese Frage entschieden war, dauerten die Diskussionen noch bis Sommer des Jahres 1940 an, zumindest intern im Innenministerium, etwa als Zipfel den Vorschlag einbrachte, das bei der Verwaltung des Warthegaus gegründete Sippenforschungsamt müsse derart organisiert werden, dass sich das Material zwar im Staatsarchiv befinde und dort aufbewahrt würde, die Auswer-

⁷⁹ BA-B, R 153, A. 1436 (NOFG. [...], Baltikum, Bd. 12, 1939–1941), Dokument: J. v. Hehn an NOFG, 24.4.1940 („als Rechtsnachfolge des Kulturamts der Deutschen Volksgemeinschaft und der baltischen wissenschaftlichen Gesellschaften“).

⁸⁰ BA-B, R 153, A. 1435, Dok.: E. Zipfel, 28.1.1941.

⁸¹ APP, Best. 800, A. 100, Bl. 48. Er bekleidete beide Ämter bis zum Ende des Krieges, auch dann, als er sich von Ende 1941 bis Herbst 1944 hauptsächlich als Referent für Bibliotheksfragen für das Reichskommissariat Ostland im Baltikum aufhielt. Während seiner Abwesenheit wurde er in Posen von Burkhard von Ulrichen vertreten.

⁸² Dem Reichsarchiv wurde zum Beispiel eine Kirche übergeben, die sich zuvor unter der Verwaltung der Gauleitung des Warthegaus befunden hatte. Das Archiv plante, diese mit Magazinen und Arbeitsräumen für eigene Zwecke umzugestalten.

⁸³ BA-B, R 153, A. 1435, Dok.: E. Zipfel, an PuSte, 28.1.1941; die PuSte in Berlin gründete ebenfalls eine Sammlung von Büchern aus dem Baltikum.

tung jedoch durch das „Sippenforschungsamt“ erfolge.⁸⁴ Die Deutschbalten wiederum hofften, aufgrund der Institutsgründung könne in Zukunft ein noch größeres Institut zur „Sippenforschung“ entstehen. Für diese Idee sprach sich Lenz im Oktober 1940 in einem Briefwechsel mit genealogischen Forschern aus Dresden aus, denen gegenüber er das Sippenforschungsamt für umgesiedelte Deutsche aus dem Osten als nur vorübergehende Einrichtung ausgab.⁸⁵

Über den Aufbewahrungsort der baltischen Bibliothek in Posen gab es keine größeren Auseinandersetzungen. Die Leitung des Reichsarchivs sprach von den Buchbeständen stets im Zusammenhang mit den Archivalien, etwa in Form einer Hilfsbibliothek zur Erforschung der Materialien.⁸⁶ Tatsächlich bildeten die Bücher später in der Sammelstelle eine eigene Abteilung, die den Abteilungen der Archivalien oder der Museumsbestände gleichgeordnet war. Mit der Zustimmung von Zipfel und der Empfehlung von Papritz ernannte der Gauleiter des Warthegaus den Deutschbalten Albert Bauer (1894–1961) zum Leiter der baltischen Abteilung im deutschen Reichsarchiv in Posen.⁸⁷ Es war vorgesehen, dass er auch den Buchbestand bearbeiten sollte, doch bearbeitete im deutschbaltischen Archiv bis annähernd 1943 Walter Maurach neben Archivalien auch die Bibliotheksbestände.⁸⁸ Die Kunstschatze und Kunstwerke waren wiederum der Aufsicht des Bildungsministeriums unterstellt, dessen Vertreter, der Leiter des Außenamts der Staatlichen Museen zu Berlin, Niels v. Holst (1907–1993), seine Tätigkeit mit Himmler bzw. dessen Mitarbeitern koordinierte. Darüber, dass die Kunstschatze in das deutschbaltische Archiv nach Posen gelangen sollten, wurde nicht viel diskutiert. Die einzige negative Nachricht in diesem Fall kam aus den Hafenstädten nach

⁸⁴ BA-B, R 153, A. 1435, Dok.: E. Zipfel, an Reichsinnenministerium, 1.6.1940.

⁸⁵ APP, Best. 800, A. 99, Bl. 253; dass eine solche Tendenz bestand, dokumentieren auch die Notizen des Leiters des Reichsarchivs Zipfel über die Verhandlungen mit deutschen Mitarbeitern des deutschen Staatsarchivs in Posen Anfang 1943: „man der bestehenden Tendenz entgegenstehen müsse, ein ‚Archiv‘ zu gründen“; vgl. BA-B, R 1506 (Reichsarchiv), A. 1042, Dok.: Entwurf einer Niederschrift über Rücksprache [...] Dr. Zipfel mit Oberarchivrat Dr. Weise am 28.1.1943.

⁸⁶ BA-B, R 153, A. 1435, Dok.: E. Zipfel an: Reichsminister des Inneren, 1.6.1940.

⁸⁷ BA-B, R 153, A. 1435, Dok.: E. Zipfel an: PuSte, 10.9.1940. Im Jahr 1942 arbeitete Bauer auch in Riga; vgl. ebenda, R 1509, A. 1819, Dok.: [G. Kayser], 25.11.1942.

⁸⁸ Von 1941 bis 1942 studierte Maurach in Posen an der deutschen Staatsuniversität und arbeitete in der deutschbaltischen Sammelstelle nur auf einer halben Stelle; vgl. APP, Best. 800, A. 101, Bl. 86; im Jahr 1943 arbeitete er als Mitarbeiter der ERR in den von den Deutschen besetzten östlichen Gebieten und war zugleich Mitarbeiter eines Generalbezirks (vermutlich Estland) im Generalkommissariat; vgl. ebenda, S. 79. Im Jahr 1944 war er jedoch wieder in Posen; vgl. BA-B, R 153, A. 1766, Dok.: Übernahmeakt; 19.1.1944.

Posen, wo es an diesbezüglichem Lagerraum fehlte. Nachdem Räume gefunden und die Bedürfnisse des Archivs erfüllt waren, konnte man über den weiteren Transport der Gegenstände nachdenken. Als Leiter des „deutschbaltischen Museums“ wurde Karl v. Stritzky (1911–1943) eingesetzt.⁸⁹ Dieser hielt sich allerdings bis zum Frühjahr im Zusammenhang mit den zwischenstaatlichen Verhandlungen betreffend die Kulturgüter überwiegend im Baltikum auf.⁹⁰ Ab Juli 1941 war Stritzky während der Zeit der deutschen Militärverwaltung zusammen mit Niels v. Holst eine der bestimmenden Persönlichkeiten in Kulturangelegenheiten. Ab September 1941 arbeitete er für die dortige Zivilverwaltung. In Posen kümmerte sich in dieser Zeit Lenz als Leiter der Sammlung um die Einlagerung der musealen Gegenstände.

Wenn man von der Ausfuhr der baltischen Kulturgüter spricht, muss man auch die Kriegereignisse und deren Einflüsse berücksichtigen. Dazu gehören die Besetzung der baltischen Staaten durch die UdSSR ab Sommer 1940, die deutsche Okkupation im Baltikum ab Sommer 1941 und der Rückzug der Wehrmacht aus dem Osten am Ende des Krieges. Die genannten Ereignisse hatten nicht alle den gleichen Einfluss auf die baltischen Kulturgüter – abgesehen von den Kulturgütern, die sich noch im Baltikum befanden. Die führenden Stellen in Deutschland rechneten schon früher damit, dass sich die politische Situation im Baltikum ändern könnte,⁹¹ und die sowjetische Besetzung im Juni 1940 war für sie keine Überraschung. So waren etwa die Beamten Anfang 1940 davon überzeugt, dass auch in dem Falle, dass die UdSSR die baltischen Staaten annektieren würde, sie freien Zutritt zu den Archiven behielten. Dennoch verhielt sich die sowjetische Seite nicht so, wie es die Deutschen erwartet hatten: Den deutschen Spezialisten wurde der Zutritt zu den Archiven verboten, das Fotokopieren der Materialien wurde unterbrochen. Auch die Ausfuhr der Kulturgüter wurde erschwert und schließlich ganz unterbunden.

⁸⁹ APP, Best. 800, A. 100, Bl. 43; v. Holst betonte, dass die Kulturgüter, die im Deutschbaltischen Archiv aufbewahrt wurden, später als Grundlage für ein künftiges „Baltendeutsches Museum“ dienen sollten.

⁹⁰ APP, Best. 800, A. 100, Bl. 101.

⁹¹ BA-B, R 153, A. 1435, Dok.: E. Zipfel, Aktenvermerk, [20.12.], 21.12.1939. Bezüglich der bilateralen Verhandlungen und der Fotokopieraktion in Lettland traf sich Zipfel mit v. Holst und Legationssekretär Krieger aus der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes. v. Holst hätte empfohlen, sich zu beeilen und die Arbeit innerhalb eines Monats zu beenden („ein politischer Umschwung, der die Situation völlig verändert, hängt in der Luft“), während Krieger einen Umschwung innerhalb eines halben Jahres prognostizierte. Sehr viel wurden Findmittel fotografiert, in der Annahme, dass auch nach einer politischen Veränderung der Situation die Archive den deutschen Spezialisten zugänglich bleiben würden; vgl. Wörster, *Geschichte der Dokumentensammlung* (wie Anm. 2), S. 10.

Das Resultat war eine Panik unter den deutschen Spezialisten.⁹² Sie versuchten den Zoll zu umgehen, um so viele Kulturgüter wie möglich auszuführen. Dies galt sowohl für die Kulturgüter, über die in den bilateralen Verhandlungen gesprochen worden war, als auch darüber hinaus für Ankäufe von Privatpersonen und in Antiquariaten.

Als im Sommer 1941 das Baltikum von Deutschland besetzt wurde, wurde das Material von dort nach Berlin und auch direkt nach Posen geschickt. Dabei handelte es sich allerdings verglichen mit den bis dahin bereits ausgeführten Gegenständen um wesentlich weniger Material. Dieses Ungleichgewicht hing mit den bilateralen Verhandlungen über die Kulturgüter zusammen, die zuvor stattgefunden hatten. Für den späteren Historiker Wilhelm Lenz (jun.) lag einer der Gründe dafür, dass während der deutschen Besatzung nicht massenhaft Kulturgüter aus dem Baltikum verschleppt wurden, darin begründet, dass Alfred Rosenberg (1893–1946), der Minister für die besetzten Ostgebiete, sich dadurch die Loyalität der einheimischen Bevölkerung versprach.⁹³ Es ist möglich, dass Rosenberg in dieser Entscheidung von Zipfel unterstützt wurde, der gute Beziehungen zu Rosenberg sowie dessen „Einsatzstab des Reichsleiters Rosenberg“ unterhielt und parallel Ämter in der Zivilverwaltung der besetzten Ostgebiete innehatte.⁹⁴ Zipfel war tatsächlich damit einverstanden, das Archivmaterial im Baltikum „an Ort und Stelle“ zu lassen. Selbst in Posen musste er damit rechnen, dass sich Himmler in die Verwaltung der Archive einmischte. Der Entschluss, die Kulturgüter vor Ort zu belassen, könnte auch mit den Plänen der nationalsozialistischen Führung zusammenhängen, das Baltikum während des Krieges zu germanisieren.⁹⁵

⁹² APP, Best. 800, A. 100, Bl. 61; v. Hehn schrieb, man müsse retten, was zu retten sei. Egal wohin die Kulturgüter später im Reich gelangten, im Baltikum würden sie dagegen vernichtet werden. – Er sprach konkret von Büchern.

⁹³ Wilhelm Lenz, Die Verlagerung des Revaler Stadtarchivs im Rahmen des „Archivschutzes“ während des Zweiten Weltkrieges, in: Reval. Handel und Wandel vom 13.–20. Jahrhundert, hrsg. v. Norbert Angermann u. Wilhelm Lenz. Lüneburg 1997 (Schriften der Baltischen Historischen Kommission. 8), S. 397–443, hier S. 403; die Politik der „Nichtausschiffung“ blieb bis ins Jahr 1944 in Kraft, als die Wehrmacht auf dem Rückzug große Mengen von Kulturgütern evakuierte.

⁹⁴ Musial, Staatsarchive (wie Anm. 43), S. 94, 118 u. 163; Michael Fahlbusch, Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ von 1931–1945. Baden-Baden 1999, hier S. 493.

⁹⁵ Kārlis Kangeris, Nacionālsociālistiskās Vācijas plāni Baltijā un to izpausme Latvijas ģenerālapgabala kultūrpolitikā [Die nationalsozialistischen Pläne im Baltikum und deren Ausdruck in der Kulturpolitik des Generalbezirks Lettlands], in: Starptautiska konference „Bibliotēka, grāmatniecība, ideoloģija Otrā pasaules kara laikā (1939–1945)“. 8.10.–12.10.1996. Jūrmala: Materiālu krājums [Internationale Konferenz „Bibliothek, Buchwe-

Nachdem im Jahr 1941 das Baltikum von Deutschland besetzt worden war, machten sich die Deutschbalten sowohl Hoffnung darauf, wieder ins Baltikum zurückzukehren, als auch die Kulturgüter wieder dorthin zu bringen. Wenn auch Kulturgüter nicht evakuiert wurden, so begaben sich dennoch mehrere deutschbaltische Spezialisten ins Baltikum, die mit der Verwaltung der Kulturgüter in Posen verbunden waren. Ende Juni 1941 fand in Posen ein deutschbaltisches Historikertreffen statt, das sich dem folgenden Thema widmete: „Sacharbeitertagung über die Fragen der Sicherstellung deutscher Kulturwerte im Osten“.⁹⁶ Die Tagung wurde seit Ende Mai vorbereitet, ein Grund hierfür war sicherlich die Unterbrechung der Verhandlungen zwischen Deutschland und der UdSSR. Tatsächlich begann, während das deutschbaltische Historikertreffen stattfand, schon der deutsche Angriff auf die Sowjetunion, und ein Teil des Baltikums wurde bereits besetzt. Während des Treffens wurde eine „Zehn-Mann-Liste“⁹⁷ mit Spezialisten zusammengestellt, um im Baltikum eingesetzt zu werden. Doch wurden diese Pläne nicht umgesetzt und die Deutschbalten, die später im Baltikum tätig waren, kamen auf verschiedenen Wegen dorthin.⁹⁸ Ein Teil von ihnen zeigte dabei persönliche Initiative. Einer der hartnäckigsten war der Leiter des deutschbaltischen Archivs in Posen, Lenz, der sich seit Ende 1941 als Referent des Reichskommissariats Ostland für Bibliotheksfragen vorwie-

sen und Ideologie während des Zweiten Weltkrieges“. 8.10.–12.10.1996. Jūrmala: Materialsammlung]. Riga 1999, S. 24-46, hier S. 34, 38-41. Kangeris schreibt sowohl über die deutschen Pläne zur Umwandlung des Baltikums als auch über die Notwendigkeit, sich die Loyalität der Bevölkerung zu sichern; vgl. auch ders., Die Kulturpolitik der deutschen Okkupationsmacht in Lettland 1941–1944. Eine Einführung, in: *The Ethnic Dimension in Politics and Culture in the Baltic Countries 1920–1945*, hrsg. v. Baiba Metuzāle-Kangere. Stockholm 2004, S. 188-213, hier S. 195-198. Der Autor unterteilt die Umwandlungspläne in anfängliche Germanisierung des Landes (Ansiedlung von Deutschen) und nach einer Entscheidung von 1943 in Germanisierung der Einheimischen.

⁹⁶ APP, Best. 800, A. 100, Bl. 141, 145 f., 169, 171, 175; ebenda, A. 101, Bl. 44. Es gibt Informationen über die Teilnahme von Lenz, Wittram, Gerhard Massing und v. Holst; auch v. Hehn wurde eingeladen.

⁹⁷ Ebd., Akte 100, Bl. 188 (in dem Briefwechsel werden keine speziellen Personen genannt).

⁹⁸ Mehrere Spezialisten, die in den von den Deutschen besetzten Gebieten im Osten in verschiedenen Dienststellen arbeiteten, behielten ihre ursprünglichen Positionen in Posen oder Berlin (etwa Lenz, Speer, G. v. Krusenstjern, Maurach, v. Hehn). Über die Möglichkeit für Deutschbalten, im Baltikum während der deutschen Besatzung tätig zu sein, siehe Kārlis Kangeris, *Die Deutschbalten und die nationalsozialistische Okkupationspolitik im Baltikum. Fragen der Rückkehr und des Einsatzes der Deutschbalten in Lettland 1941–1944*, in: *Die deutsche Volksgruppe in Lettland*, hrsg. v. Boris Meissner, Dietrich A. Loeber u. Detlef Henning, Hamburg 2000, S. 187-206. Genauso waren auch Reichsbeamte während der deutschen Besatzung im Baltikum tätig, die zu Anfang des Krieges an den internationalen Verhandlungen über die Kulturgüter im Baltikum teilgenommen hatten, wie etwa Kurt Dülfer, Wolfgang A. Mommsen und J. v. Holst.

gend im Baltikum aufhielt; gleichzeitig blieb er in seinen Ämtern in Posen. Lenz hatte die Idee, dass man das deutschbaltische Archiv von Posen ins Baltikum verlegen müsse. Möglicherweise war dies mit den Hoffnungen der Deutschbalten im Juli 1941 verbunden, als viele von ihnen dachten, sie würden zurück ins Baltikum gebracht. Doch im Herbst desselben Jahres entschied sich Himmler dagegen.⁹⁹ Gleichwohl verlor Lenz noch nicht die Hoffnung, das deutschbaltische Kulturzentrum ins Baltikum zu verlegen. Im Juli 1941 war er der Meinung, dass die Sammelstelle ins Baltikum verlegt werden müsse, sobald sich die Situation „nach der endgültigen Einverleibung Livlands“ geklärt habe.¹⁰⁰ Er hoffte, dass dies schon nach wenigen Monaten eintreten würde.¹⁰¹ Im August 1941 rechnete er damit, dass die Sammelstelle in Posen noch ein Jahr arbeiten würde.¹⁰² Selbst noch im Oktober 1941 sprach Lenz, kurz vor seiner ersten Fahrt nach Riga, von der Verlegung der Sammelstelle ins Baltikum; damals rechnete er mit der Verbringung ins Baltikum nach spätestens zwei Jahren.¹⁰³ Diese Idee taucht auch in den Dokumenten des Deutschbalten Speer auf, Spezialist (und Beamter) in genealogischen Fragen, in denen er sich genauso wie Lenz über die Rückführung des baltischen Materials äußert.¹⁰⁴ Als deutlich wurde, dass die Deutschbalten nicht ins Baltikum zurückkehren sollten, kam der Gedanke auf, die Kulturgüter aus dem Baltikum nach Posen zu bringen. Dieser Vorschlag kam von Max v. Radecki, der sich im August 1942 mit Bitten an die Beamten des Reichskommissariats Ostland wandte, sämtliche Archive des „deutschen Bildungswesens“ und der Schulen nach Posen zu bringen.¹⁰⁵ Weder dieser noch andere Pläne der Deutschbalten (falls es solche gab) bezüglich der vollständigen Ausfuhr von Kulturwerten aus dem Baltikum während der deutschen Besatzung (es geht um den Zeitraum bis Mitte 1944) wurden jedoch realisiert.

⁹⁹ Hehn, Umsiedlung (wie Anm. 1), S. 197.

¹⁰⁰ APP, Best. 800, A. 100, Bl. 192.

¹⁰¹ APP, Best. 800, A. 100, Bl. 200.

¹⁰² APP, Best. 800, A. 100, Bl. 207.

¹⁰³ APP, Best. 800, A. 101, Bl. 149; eine solche Äußerung von Lenz erwähnt zum Beispiel A. Bauer in einem Gespräch mit G. Kaiser, vgl.: BA-B, R 1509, A. 1819, Dok.: [G. Kayser], 25.11.1942.

¹⁰⁴ BA-B, R 1509, A. 1756, Dok.: G. Kayser, 19.12.1941.

¹⁰⁵ APP, Best. 800, A. 99, Bl. 118.

Die praktische Verwaltung der Kulturgüter in Posen: Das genealogische Material

Verglichen mit den anderen baltischen Kulturgütern wurde die Verwaltungsfrage bezüglich dieser Dokumente relativ rasch geklärt. Räume für den Bedarf des Sippenamtes wies Gauleiter Greiser bereits in der zweiten Hälfte des Januars 1940 zu.¹⁰⁶ Die Einrichtung der Behörde verzögerte sich zwar im Februar, aber da zu diesem Zeitpunkt noch unklar war, was etwa in Sachen des deutschbaltischen Forschungsinstitutes unternommen werden sollte, drängten die Deutschbalten die örtlichen Behörden diesbezüglich nicht.¹⁰⁷ Ein weiterer Grund für die Verzögerung lag in der Abwesenheit des bereits genannten Beamten Speer begründet, der sich in dieser Zeit zu deutschestnischen Verhandlungen in Berlin aufhielt.¹⁰⁸ In der zweiten Hälfte des Februars 1940 wurden die Räume für die Abteilung bereitgestellt, und Anfang März nahm sie ihre Tätigkeit auf.¹⁰⁹

Das neu gegründete Sippenamt begann seine Arbeit im Zentrum der Stadt, im selben Gebäude wie das Kaiser-Friedrich-Museum, wo sich auch das Büro befand.¹¹⁰ Doch wenig später wurden dem Amt zur Erweiterung passende Räume für die Aufbewahrung des Materials im Keller des Gebäudes, in dem sich die Sicherheitsbehörden befanden, zugeteilt.¹¹¹

Die Zusammenarbeit zwischen den genealogischen Forschungsämtern (RfS) im Reich und den Deutschbalten begann bereits Ende des Jahres 1939, offensichtlich aus dem Grund, dass die „Verbündeten“ übereingekommen waren, sich gegenseitig in den jeweiligen Interessen zu unterstützen. Ein Beispiel für das Einvernehmen zeigt sich im Briefwechsel zwischen Lenz und dem Direktor der Einrichtung Mayer, in dem Einverständnis darüber herrscht, dass die Kirchenbücher und andere Quellen im Baltikum kopiert werden sollten.¹¹² Diese spezielle Information war für die Deutschen in den bilateralen Verhandlungen im Baltikum notwendig.

¹⁰⁶ APP, Best. 800, A. 97, Bl. 110.

¹⁰⁷ APP, Best. 800, A. 97, Bl. 113.

¹⁰⁸ APP, Best. 800, A. 97, Bl. 113 u. 116.

¹⁰⁹ APP, Best. 800, A. 97, Bl. 120, 122, 124 u. 130.

¹¹⁰ APP, Best. 299 (Reichsstatthalter im Warthegau Posen), A. 2609 (Kaiser-Friedrich-Museum), Bl. 4 u. 9. Anfangs lautete die Adresse Wilhelmstraße 8, aber seit April 1941 Martinstraße 24.

¹¹¹ APP, Best. 800, A. 97, Bl. 126; die Adresse war Kaiserring 13, später wurde das Material in ein anderes Gebäude in derselben Straße verbracht.

¹¹² APP, Best. 800, A. 98, Bl. 33.

Das „Sippenamt“ gab Nachweise aus und verwahrte das genealogische Archivmaterial der Volksdeutschen im Warthegau. Anfangs bestand es nur aus deutschbaltischen Materialien (Originale und Kopien), doch später übernahm das Amt auch genealogische Dokumente der aus Galizien und Wolhynien umgesiedelten Deutschen.

Die Auskünfte waren von großer Wichtigkeit, sie ermöglichten den Inhabern eine Tätigkeit aufzunehmen.¹¹³ Das Amt gab sowohl „Beglaubigungen des Ahnenpasses“ als auch „provisorische Bescheinigungen an die Umsiedler“ aus.¹¹⁴ Die vorläufigen Bescheinigungen wurden in jenen Fällen ausgestellt, in denen dem Amt nicht die notwendigen Dokumente vorlagen. Noch öfter wurde eine „vorläufige Variante“, eine „Bescheinigung mit eidesstattlicher Versicherung“ ausgestellt. So erklärte zum Beispiel Lenz in seinem Briefwechsel noch im März 1941, dass diejenigen, die sich beim Sippenamt nicht die notwendige Bescheinigung beschaffen konnten, sich bei der Zweigstelle Posen, „Abteilung Kultur und Schule“, ein Dokument, eine „Unbedenklichkeitsbescheinigung“, ausstellen lassen sollten, dass „kein Einwand“ gegen die konkrete Person bestehe.¹¹⁵ Das RfS war nicht zufrieden mit dieser Regelung der VoMi, da sie nicht „Himmlers kulturpolitisches Ziel“ erfülle, eine unabhängige und zentrale Verwaltung der Rassennachweise einzurichten,¹¹⁶ die bezüglich des deutschbaltischen Materials an deren Abteilung, das „Sippenamt“ delegierte.

Dem „Sippenamt“ standen nur die Kirchenbücher der evangelisch-lutherischen Gemeinden bzw. deren Kopien, je nachdem, was nach Posen gelangt war, sowohl aus dem Baltikum als auch aus anderen Gebieten zur Verfügung.¹¹⁷ Wichtige Informationen bezüglich der Deutschbalten musste das Amt im Baltikum nachfragen. So gab es etwa einen Briefwechsel von Speer mit R. Horn, Mitarbeiter der deutschen Botschaft in Riga, der in den lettischen Archiven Informa-

¹¹³ APP, Best. 800, A. 97, Bl. 130, 132; A. 99, Bl. 178.

¹¹⁴ APP, Best. 800, A. 99, Bl. 22.

¹¹⁵ APP, Best. 800, A. 99, Bl. 244. In diesem Fall sollte die Person Informationen zu ihren Vorfahren sammeln und die Unterlagen der von Lenz geleiteten Abteilung einreichen, damit auf deren Grundlage die besagten Dokumente erstellt werden konnten.

¹¹⁶ BA-B, R 1509, A. 1771, Dok.: RKE, an RfS, 27.11.1940.

¹¹⁷ BA-B, R 1509, A. 1773 (Landessippenamt. Sippenamt für ostdeutsche Rückwanderer), Dok.: o.D. [Aug.-Sept. 1940]; das „Sippenamt“ besaß Materialien zu Umsiedlern aus Galizien, Wolhynien, dem Narew-Gebiet, Litauen, Lettland und Estland. Das genealogische Material zu anderen Volksdeutschen aus Bessarabien, der Dobrudscha und Bukowina befand sich in Danzig in der „Sippenstelle für Umsiedler“, die dort (anders als im Warthegau) dem „Gausippenamt“ unterstellt war; vgl. ebenda, A. 1819, Dok.: Fotokopie der Zeitschrift für Standesamtswesen Nr. 8 v. 24.4.1942.

tionen zu einzelnen Personen einholte.¹¹⁸ Lenz schrieb in der ersten Hälfte des Jahres 1940, dass die Archive in Lettland und Estland überfordert seien, die besagten Informationen auszuhändigen. Daher würden sich die Antworten verspäten, auch weil die Archive insgesamt diese Tätigkeit vermeiden wollten.¹¹⁹ Während es zu Beginn der sowjetischen Besatzung im Juli 1940 noch möglich war, Informationen zu erhalten (Ausnahme war das Staatsarchiv in Riga),¹²⁰ wurde dies später, im Jahr 1941, praktisch unmöglich.¹²¹ Als das Baltikum dann von Deutschland besetzt worden war, wurden Bestellung und Erhalt von Archivauskünften fortgesetzt. Die letzte Auskunft aus dem Baltikum erhielt die Abteilung im Juli 1944.¹²²

Parallel dazu erhielt das Sippenamt auch Auskünfte seitens des privaten Familienforschers Erich Säuberlich (1882–1946), der das Material möglicherweise vorbereitete, aufgrund dessen Reichsbehörden Bescheinigungen ausgeben konnten. Säuberlich erbrachte seine Dienstleistungen sehr viel schneller, er war aber auch „mehrfach teurer als eine Landesfamilienforschungsbehörde“.¹²³ Das RfS spornte Speer zur Zusammenarbeit mit Säuberlich an, um im Falle seines Todes dessen private genealogische Sammlung in das Sippenamt zu übernehmen.¹²⁴ Wahrscheinlich aufgrund dieser Zusammenarbeit konnte Säuberlich das Material des Sippenamtes frei nutzen.¹²⁵ Das RfS förderte auch die Zusammenarbeit des Amtes mit anderen privaten Forschern, etwa im Falle von Georg v. Krusenstjern (1899–1989), der am 1. Mai 1941 eine Tätigkeit in der Abteilung aufnahm, um Material zu erhalten, das aus Estland ausgeführt worden war und sich in Berlin im „Baltischen Familienarchiv“ befand.¹²⁶ Im Wesentlichen handelte

¹¹⁸ PA AA, Ges. Riga, 72 (Baltisches Archiv, Sippenstelle Posen u.a.), A. 67 (246) (Landessippenstelle Posen, 1940–1941).

¹¹⁹ APP, Best. 800, A. 99, Bl. 201.

¹²⁰ PA AA, Ges. Riga, 72, A. 67 (246), Dok.: Horn an H. Speer, 8.7.1940.

¹²¹ APP, Best. 800, A. 99, Bl. 139.

¹²² BA-B, R 1509, A. 1771, Dok.: N. v. Essen, an RfS, Tätigkeitsbericht, 18.10.1944.

¹²³ APP, Best. 800, A. 99, Bl. 250; die Gebühr für die Erstellung eines Dokuments betrug etwa zwei Reichsmark; vgl. ebenda, S. 58.

¹²⁴ BA-B, R 1509, A. 1773, Dok.: G. Kayser, 12.09.1940.

¹²⁵ BA-B, R 1509, A. 1773, Dok.: N. v. Essen an RfS, 22.12.1942.

¹²⁶ BA-B, R 1509, A. 1771, Dok.: VDA an G. Kayser, 10.10.1940; H. Speer an RfS, 3.6.1941; ebenda, A. 1773, Dok.: Empfangsbestätigung, 21.4.1941; die besagte Sammlung kam aus Berlin zum Sippenamt, wo sie von Krusenstjern und dem VDA akzeptiert wurde. Abgesehen von der Zusammenführung und Ausfuhr der Sammlung war die Frage der Eigentumsrechte ungeklärt. Krusenstjern betrachtete sie als sein persönliches Eigentum, aber für Lenz handelte es sich um das Eigentum des liquidierten Estländischen Gemeinnützigen Verbandes, in dem Krusenstjern als „geschäftsführendes Glied der Matrikelkommission“ tätig gewesen war, das als Sammlung entsprechend der deutschbaltischen Sammelstelle

es sich um eine Sammlung mit Bildern (Fotografien) zu baltischen Personen, mit Ansichten von Gutshäusern usw.¹²⁷

Auch wenn für den Abtransport des genealogischen Materials, etwa der Kirchenbücher, in das Reich alle erdenklichen Ressourcen (Spezialisten, Finanzmittel) mobilisiert wurden,¹²⁸ gingen die Transporte doch sehr langsam vonstatten. Bis April 1940 waren die Kirchenbücher erst aus zwei Kirchengemeinden von Lettland nach Posen überführt worden.¹²⁹ Lenz machte für diese Verzögerung die mangelhafte Führung auf Seiten der Kirchenverwaltung verantwortlich („wegen Säumigkeit“¹³⁰). Die Stelle im Reich, die offiziell Material der Gemeinden entgegennahm, war die Leitung der Lutherischen Kirche, da das Material aus dem Baltikum bzw. Lettland von der Oberleitung der Lutherischen Kirche in Lettland verschickt wurde (die Rede ist von Dokumenten, die sich bis zur Umsiedlung in den Gemeinden befunden hatten).¹³¹ Die leitenden Dienststellen des Dritten Reiches jedoch, gerade die RfS als verantwortliche Stelle, betrachteten die Dokumente forthin nicht mehr als Eigentum der Kirche.¹³²

Dies wird anhand des Briefwechsels von Lenz mit Bischof Peter Harald Poelchau (1870–1945) über die Möglichkeiten, die Kirchenbücher schneller nach Posen zu liefern, deutlich. Der Bischof seinerseits wünschte, dass die Kisten von der Gepäckstelle Gotenhafen zuerst nach Berlin transportiert würden, wo sich die Kirchenleitung befand, denn unter den Materialien seien nicht nur einfach Kirchenbücher und Archive, sondern auch das „Archiv und Inventar des Ev. Oberkir-

zuzuführen sei. Lenz merkte zudem an, dass die Sammlung in Berlin mit seiner Zustimmung bzw. der der VoMi deponiert worden sei; vgl. ebenda, A. 1771, Dok.: W. Lenz an RfS, 30.9.1940. v. Krusenstjern arbeitete genauso wie Speer seit September 1941 in den besetzten Ostgebieten im ERR und in der Zivilverwaltung, gleichzeitig hatte er ein Amt in Posen inne, vgl.: BA-B, NS 30 (ERR), A. 210; R 1509, A. 1756.

¹²⁷ In den bilateralen Verhandlungen zwischen Estland und Deutschland über die Kulturgüter wurde diese Kollektion als Privatsammlung bezeichnet; doch in den Beschlüssen zu anderen Kulturgütern (etwa den Kunstwerken) bemerkten die estnischen Verhandlungspartner, dass Deutschland als Staat schon viele „Ahnenbilder“ ausgeführt habe. Mehr zu den Verhandlungen bei Lenz, „Die kulturellen Güter der Umsiedler“ (wie Anm. 2).

¹²⁸ APP, Best. 800, A. 99, Bl. 69.

¹²⁹ APP, Best. 800, A. 97, Bl. 132.

¹³⁰ APP, Best. 800, A. 97, Bl. 126.

¹³¹ APP, Best. 800, A. 99, Bl. 208.

¹³² Ausführlicher über die Beziehungen zwischen Staat und Kirche in dieser Frage vgl. Reimund Haas, „Zur restlosen Erfassung des deutschen Volkes werden insbesondere Kirchenbücher unter Schriftdenkmalschutz gestellt“. Kirchenarchive im Spannungsfeld zwischen Kooperation und Enteignung 1933–1943, in: Das deutsche Archivwesen und der Nationalsozialismus. 75. Deutscher Archivtag 2005 in Stuttgart, red. v. Robert Kretzschmar, hrsg. v. VdA (Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V.). Bd. 10, Essen 2007, S. 139–152.

chenrates aus Riga sowie Silber der deutschen Gemeinden.“¹³³ Zudem wünschte er eine Entscheidung über das Kirchenarchiv und anderes Inventar im Einklang mit der deutschen Evangelischen Kirchleitung und dessen Archivamt, dass in Breslau (Wrocław) über eine „ordentlich eingerichtete Kirchenbuchstelle“ verfügte.¹³⁴

In seiner Antwort berief sich Lenz auf den Direktor der RfS Mayer und betonte, dass die Kirchenleitung keinerlei Verfügungsgewalt über diese Bücher habe. Zudem wünsche er, „etwaige langdauernde Kompetenzverhandlungen“ zu vermeiden, da diese den Abtransport nur verzögern würden.¹³⁵ Involviert in die Lösung dieser Frage war auch Himmlers RKF-Büro sowie der Leiter des „Ahnenerbes“ Sievers.¹³⁶ Himmler gab einer deutschen Speditionsfirma den Auftrag, die besagten Kisten nach deren Auftauchen zu konfiszieren. Er stellte klar, dass sie vor allem nicht an Bischof Poelchau auszuliefern seien.¹³⁷ Nachdem der Fall zwei Monate lang behandelt worden war, inklusive einer „Erforschung“ in Riga, stellte sich heraus, dass der Dampfer „Schwabens“, mit dem die Kirchenbücher aus Lettland geschickt werden sollten, im Winter in Riga eingefroren war. Erst Anfang Juni informierte Lenz das RKF-Büro, das Schiff sei wohlbehalten in Danzig angekommen.¹³⁸

Obwohl Lenz, genauso wie andere Leiter der Dienststellen im Reich, der Auffassung war, die Kirchenbücher seien in Posen aufzubewahren, da dies der Mittelpunkt des Siedlungsgebietes der Rückwanderer war,¹³⁹ wickelte er in der Frage, ob auch andere Materialien dem Sippenamt übergeben werden sollten, vom Standpunkt der Führung ab. Dies gilt insbesondere für die Kirchengerichtsprotokolle. Lenz war der Meinung, dass diese Dokumente bei den Vertretern der Kirche bleiben sollten.¹⁴⁰ Diesen Standpunkt teilten die Beamten in Berlin nicht. Im März 1941 äußerte Mayer gegenüber Lenz, dass er für dieses Material den „sippenkundlichen Wert“ höher einschätze als den „rechtsgeschichtlichen und kulturgeschichtlichen Wert der Dokumente“.¹⁴¹ Einzelne Protokolle waren in dieser Zeit nach Breslau gebracht worden (offensichtlich in die Sammelstelle für Archivalien

¹³³ APP, Best. 800, A. 99, Bl. 71.

¹³⁴ APP, Best. 800, A. 99, Bl. 71.

¹³⁵ APP, Best. 800, A. 99, Bl. 68.

¹³⁶ APP, Best. 800, A. 99, Bl. 176-179.

¹³⁷ APP, Best. 800, A. 99, Bl. 179.

¹³⁸ APP, Best. 800, A. 99, Bl. 176.

¹³⁹ APP, Best. 800, A. 99, Bl. 70.

¹⁴⁰ APP, Best. 800, A. 99, Bl. 186.

¹⁴¹ APP, Best. 800, A. 99, Bl. 186.

der Lutherischen Kirche); daher wurde angeordnet, diese nach Posen zu schicken.¹⁴² Über Kunstwerke und Kunstschatze der Kirchengemeinden kam es zu keinem Streit. Die Stellen im Reich anerkannten hier das Eigentumsrecht der Kirchen.

Die Kirchenbücher aus dem Baltikum, als Original oder in Form von Filmkopien, wurden zunächst nach Berlin zum RfS geschickt, von wo sie an das Sippenamt in Posen weitergeleitet wurden.¹⁴³ So erhielt das Amt im November 1940 etwa 400 Bücher, im Januar 1941 dagegen war die Zahl der Bände bereits auf 1 000 gestiegen, wobei es sich hierbei auch um Bücher aus anderen Gebieten, nicht nur dem Baltikum handelte. Das RfS stellte aus Fotografien auch Faksimilebände her und schickte zum Beispiel im Juli 1941 150 solcher „fotografischer Neubücher“ nach Posen, im September 1942 noch einmal 656. Es folgten noch weitere kleinere Sendungen, darunter im Januar 1943 17 fotografische Neubücher mit Kopien aus der Sammlung von Christoph Brotze.

Auf Befehl der Gauleitung wurden im September 1943 alle Kirchenbücher in Gnostingen zur Sicherung eingelagert. Anfangs wurden nur Originale eingelagert, später folgten aber auch Fotografien und Pressematerialien, die sich im Besitz des Sippenamtes befanden. Die Überführung der Dokumente dauerte bis ins Jahr 1944.¹⁴⁴ Bis Kriegsende organisierte das RfS von Berlin aus die Verlagerung der Materialien weiter nach Westen.¹⁴⁵

Die Arbeit der „Sammelstelle für baltendeutsches Kulturgut“

Die baltischen Kulturgüter ließen sich insgesamt in drei Kategorien einteilen: in Archivalien, Bibliotheksbestände und museale Gegen-

¹⁴² APP, Best. 800, A. 99, Bl. 185 f.

¹⁴³ Briefwechsel dazu in: BA-B, R 1509, A. 1771.

¹⁴⁴ BA-B, R 1509, A. 1772 (Landessippenamt. Sippenamt für ostdeutsche Rückwanderer).

¹⁴⁵ So tauschten Kaiser und v. Krusenstjern im November und Dezember 1940 Briefe über die Verlagerung von Archivalien, Fotokopien und auch Büchern aus Posen; letzterer war bereit, Urlaub zu nehmen (er befand sich in den besetzten Ostgebieten) und zu helfen, das Material umzulagern. Aus dem Briefwechsel von Kaiser geht auch hervor, dass Gauleiter Greiser bis dahin davon ausging, dass das Material aus dem Warthegau nicht verlegt werden müsse; er änderte diese Auffassung in der Situation gegen Ende 1944, da es schwierig sei, Transportmittel für die Verlegung zu erhalten; vgl. ebenda, A. 1773, Dok.: G. Kayser an: G. v. Krusenstjern, 6.11.1944. Heute befindet sich die v. Krusenstjern'sche Sammlung im Bildarchiv Foto Marburg; vgl. Lexikon der deutschsprachigen Literatur des Baltikums und St. Petersburgs, hrsg. v. Carola L. Gottzmann u. Petra Hörner. Bd. 2, Berlin/New York 2007, S. 779.

stände. Deren Verwaltung erfolgte nach der Zustimmung der Stellen im Reich durch die deutschbaltische Sammelstelle. Wie bereits früher angemerkt, bemühten sich die Deutschbalten seit dem Jahr 1939, die Idee zur Gründung eines baltischen Forschungsinstituts in Posen umzusetzen, das die Kulturgüter, die aus dem Baltikum abtransportiert wurden, ordnen und sich Forschungsaufgaben widmen sollte. Im Frühling des Jahres 1940 reduzierten die verantwortlichen Stellen im Reich diese Idee auf das Format einer Sammlung.

Obwohl die Gründung dieser Sammelstelle bereits im Frühling 1940 akzeptiert wurde, konnte die vorläufige Arbeit erst mit der Zuteilung von entsprechenden Räumen auf der Dominsel im Oktober desselben Jahres begonnen werden. Die Sammelstelle wurde der VoMi unterstellt, die Materialien jedoch, die die Sammelstelle zur Aufbewahrung erhielt, unterstanden der Aufsicht verschiedener Behörden. Während die Deutschbalten mit den Räumlichkeiten zufrieden waren, entstand das Problem, dass es aufgrund mangelnder Räume keine Möglichkeit gab, die aus dem Baltikum bereits ausgeführten und künftig noch auszuführenden Kulturgüter für die Öffentlichkeit auszustellen. Darüber hinaus besaß das Gebäude keine Zentralheizung. Die Deutschbalten hofften, dass nach dem Krieg sowohl eine Zentralheizung eingebaut als auch ein Anbau angefügt würde, in dem Ausstellungen gezeigt werden könnten.¹⁴⁶

Die Verwaltung der Archivalien

Wie bereits erwähnt, war die Zuteilung der Räume an die Sammelstelle die Grundlage für die Zustimmung des Generaldirektors des Reichsarchivs Zipfel im Januar 1941 zur Aufbewahrung der Archivmaterialien aus dem Baltikum in den Räumlichkeiten der Sammelstelle auf der Dominsel. Die Archivverwaltung des Reiches behielt das Recht, die Verwaltung und Aufbewahrung zu beaufsichtigen.

Die endgültige Einigung auf einen Ort, an dem die Archivalien aufbewahrt würden, machte endlich eine Pressemitteilung und de-

¹⁴⁶ APP, Best. 800, A. 100, Bl. 70; über die Sicherheit der Räume gab es unterschiedliche Ansichten. Als etwa die Mitarbeiter des RfS 1942 das weitere Schicksal der Sammlung des Archivs, insbesondere der Archivalien, besprachen, wurde konstatiert, dass die Räume nicht ausreichend sicher seien, weder gegen Hochwasser auf der Insel noch gegen einen möglichen Aufstand; vgl. BA-B, R 1509, A. 1819, Dok.: [G. Kayser], 25. und 28.11.1942; möglicherweise war dies nur ein Vorwand im Gespräch mit den VoMi-Mitarbeitern, um die weitere Verlegung der Kulturgüter zu beeinflussen.

ren Veröffentlichung möglich. Diese forderte die Umsiedler aus dem Baltikum auf, Materialien an die Sammelstelle abzugeben.¹⁴⁷ War die Abgabe solcher Materialien bis dahin nur in besonderen Fällen erfolgt,¹⁴⁸ so wurde nach der Veröffentlichung der Pressemitteilung Anfang 1941 der Briefwechsel der Sammelstelle mit Privatpersonen über die Abgabe von Materialien an die Sammelstelle und die Bibliothek intensiver.¹⁴⁹ Die Archivalien aus dem Baltikum, über deren Ausfuhr die bilateralen Kommissionen entscheiden mussten, wurden zuerst nach Berlin in die Publikationsstelle (PuSte) nach Dahlem gebracht. Der Direktor dieser Behörde, Papritz, leitete auch die deutsche Archivkommission bei den Verhandlungen in Estland und Lettland, und entsprechend erfolgte die Auswertung des angelieferten Materials. Die PuSte wollte vermeiden, dass die Archivalien nach Posen abgegeben würden, bevor die Fotofilme mit den in den Archiven im Baltikum erstellten Aufnahmen entgegengenommen, entwickelt und überprüft waren. Die Archivalien wurden bis zur Überführung nach Posen im Preußischen Geheimen Staatsarchiv aufbewahrt, dort wurden auch die Filme entwickelt.¹⁵⁰ Im Juli 1942 wurde das Archivmaterial – Originale und fotografierte Kopien – von Berlin nach Posen gebracht.¹⁵¹

Nachdem im Sommer 1941 Deutschland das Baltikum besetzt hatte, schickte das „Sonderkommando Künsberg“, eine Einheit, die dem deutschen Auswärtigen Amt unterstand und von Eberhard Künsberg (1909–1945/49) geleitet wurde, vier bis fünf unbelichtete Filme und auch Fotografien aus dem Baltikum, die seinerzeit die deutsche Archivkommission im Baltikum aufgenommen, sie aber nicht mitgenommen hatten, an die PuSte. Diese entwickelte die Filme und übergab sie später der Sammelstelle in Posen.¹⁵²

¹⁴⁷ Gleichzeitig mit der Veröffentlichung in der Presse wurde der Aufruf auch im Hörfunk verbreitet; vgl. APP, Best. 800, A. 100, Bl. 125.

¹⁴⁸ So übergab Lenz etwa am 26. Juli 1941 dem deutschen Reichsarchiv in Posen die Archivalien einer Privatperson zur Aufbewahrung und Sichtung; vgl. APP, Best. 800, A. 99, Bl. 174.

¹⁴⁹ Unterlagen zu diesem Briefwechsel finden sich in: APP, Best. 800, A. 100.

¹⁵⁰ Lenz, *Baltische Archivfilme* (wie Anm. 2), S. 312; Woerster, *Geschichte der Dokumentensammlung* (wie Anm. 2), S. 12 f.

¹⁵¹ Unterlagen (Briefwechsel und Übergabeprotokolle) über die Abgabe von Archivalien an das deutschbaltische Archiv finden sich in: BA-B, R 153, A. 1766 (Übergabeprotokolle [...], 1940–1944); und in: APP, Best. 800, A. 101; mehr hierzu findet sich bei Woerster, *Geschichte der Dokumentensammlung* (wie Anm. 2), S. 13; Lenz, *Kulturgut der Deutschbalten* (wie Anm. 2), S. 619.

¹⁵² BA-B, R 153, A. 1766, Briefwechsel vom 13.7. bis 9.11.1942.

Auch Wolfgang Arthur Mommsen (1907–1986), der in den besetzten Ostgebieten im ERR und in der Verwaltung des Reichskommissariats Ostland tätig war, schickte Unterlagen aus dem Baltikum nach Dahlem.¹⁵³ Unter den Kulturgütern befanden sich sowohl Archive von umgesiedelten Privatpersonen, die aber zunächst vom Zoll beschlagnahmt worden waren, als auch Bestände von Museen und Gesellschaften, etwa Bestände des Kurländischen Provinzialmuseums und der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde zu Riga.¹⁵⁴ Mommsen hatte 1940 in der deutschen Archivkommission im Baltikum gearbeitet und dementsprechend einen guten Überblick über die Materialien.

Einen konzentrierten Überblick über die sich 1943 in der Sammelstelle befindlichen Archivmaterialien hat Wilhelm Lenz jun. in seiner Forschung über die deutschbaltischen Kulturgüter veröffentlicht.¹⁵⁵ Zur Zusammensetzung des Archivbestandes muss angemerkt werden, dass es Mitte 1943 der Sammelstelle gelang, aus Gründen der Sicherheit das ehemalige Archiv des Rigaer Herder-Instituts nach Posen zu bekommen, nachdem es sich zunächst nach dem Abtransport aus Lettland an der Universität in Königsberg befunden hatte.¹⁵⁶

¹⁵³ Stefan Lehr, Wolfgang A. Mommsens Aufzeichnungen aus dem Baltikum, Polen und Ukraine 1942–1944, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 57 (2008), H. 4, S. 453–514, hier S. 460.

¹⁵⁴ BA-B, R 153, A. 1766, Dokumente: Verzeichnis der aus Lettland in das Reich überführten Kulturgüter, o.D., mit der Marginale „am 8.7.1942 übergeben / M.“ [zwei Schreibmaschinenseiten]; und: Verzeichnis der aus Estland in das Deutsche Reich überführten Kulturgüter, o.D., mit der Marginale „am 8.7.1942 übergeben / M.“ [fünf Schreibmaschinenseiten]; Wilhelm Lenz nennt als Autor der Randbemerkung einen v. Maydell; ebenso publiziert er im Anhang 2 seiner Veröffentlichung die Liste des Materials aus Estland; vgl. Lenz, „Die kulturellen Güter der Umsiedler“ (wie Anm. 2); die Liste enthält mehrere Hinweise, an wen die Materialien übergeben werden sollten, so etwa an das „Baltenmuseum“, die „Sippenstelle Posen“ oder das „Posener Archiv“.

¹⁵⁵ Lenz, Kulturgut der Deutschbalten (wie Anm. 2), S. 619 ff.

¹⁵⁶ APP, Best. 800, A. 100, S. 256, 361, 364, 365, 369, 377. In dieser Akte befindet sich der Briefwechsel der Universität mit der Sammelstelle von März bis Juli 1943. Am wahrscheinlichsten ist, dass die Materialien, als sie Posen erreichten, in Bunker im Umkreis der Stadt gebracht wurden, wo aus Sicherheitsgründen schon andere Archive eingelagert waren. Das Archiv des Herder-Instituts befindet sich heute im Latvijas Valsts vēstures arhīvs (Historisches Staatsarchiv Lettlands, LVVA), in Riga, Best. 4772; vgl. Sarmīte Pijola, Deutschbaltische Archivalien im Historischen Staatsarchiv Lettlands, in: Berichte und Forschungen. Jahrbuch des Bundesinstituts für Ostdeutsche Kultur und Geschichte 1 (1993), S. 177–185, hier S. 184. Sofort nach Ende des Krieges übergaben die Alliierten fast alle Archivalien, die von Posen nach Goslar gekommen waren, an Polen. Der polnische Staat wiederum gab die Akten, die aus dem Baltikum kamen, weiter an die UdSSR. Dort gelangten die Archivalien schließlich im Jahr 1950 wieder nach Riga; vgl. Wörster, Geschichte der Dokumentensammlung (wie Anm. 2), S. 14 mit Anm. 32; Lenz, Kulturgut der Deutschbalten (wie Anm. 2), S. 619.

Im Schriftverkehr der Sammelstelle ging es z.B. auch um die Sicherheit des Kurländischen Landesarchivs, das sich zu dieser Zeit in Berlin befand.¹⁵⁷ Die Leitung des deutschen Reichsarchivs in Posen war bereit, dieses Archiv in sichere Räume (im Bunkerteil) aufzunehmen.¹⁵⁸

Über die Vermittlung von Jürgen v. Hehn erfuhr die Leitung der Sammelstelle, dass Vertreter der Mitglieder der Kurländischen Ritterschaft im September 1943 ihre Sammlung in die Stahlbetonkeller des Geheimen Preußischen Staatsarchivs eingelagert hatten.¹⁵⁹ Im Zusammenhang mit baltischen Archiven, die zunächst ausgeführt und später der Sammelstelle übergeben wurden, ist auch die Sammlung der Historikerin Hertha v. Ramm-Helmsing (1900–1987) zu nennen.¹⁶⁰ Ihre Materialien waren Gegenstand von Verhandlungen (und Briefwechsel) zwischen verschiedenen staatlichen Stellen in Deutschland und der Historikerin selbst. Grund waren Unklarheiten bezüglich der Bildersammlung.

Einen Teil des Archivs nahm v. Ramm-Helmsing im Oktober 1939 aus Lettland mit (bzw. verschickte ihn), zu einem Zeitpunkt, als die deutsch-lettischen Verhandlungen über die Verträge und die Kulturfragen noch andauerten.¹⁶¹ Die Materialien wurden als Privatarchiv ausgeführt, aber aus dem Schriftwechsel wird ersichtlich, dass sie von der VoMi versandt wurden.¹⁶² Das Material, drei Kisten, wurde als so wertvoll betrachtet, dass es weder einer Transportfirma noch

¹⁵⁷ Das Archiv befand sich bereits vor dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland. Nach mehreren Verlagerungen während des Krieges kam das Archiv schließlich 1970 nach Lettland; vgl. Teodors Zeids, *Senākie rakstītie Latvijas vēstures avoti* [Die ältesten schriftlichen Quellen der Geschichte Lettlands]. Rīga 1992, S. 123.

¹⁵⁸ APP, Best. 800, A. 100, Bl. 392.

¹⁵⁹ APP, Best. 800, A. 100, Bl. 393 f.

¹⁶⁰ Die Sammlung umfasste Bilder (Fotografien, gläserne Fotoplatten und Negative), die in den 1930er Jahren aufgenommen worden waren und Kulturdenkmäler im Baltikum dokumentierten, etwa Sammlungen von Museen, Herrenhäuser usw. Über die Entstehung der Fotos siehe Margit Romang, *Zur Geschichte der „Fotosammlung Dommuseum“ im Bildarchiv des Herder-Instituts*, in: *Das Dommuseum in Riga – Ein Haus für Wissenschaft und Kunst*. Sammelband, hrsg. v. Margit Romang u. Ilona Celmiņa. Marburg 2001, S. 144 f.; dies., *Das Dommuseum in Riga. Geschichte einer Museumsgründung im Baltikum*, in: *Ebenda*, S. 76–92, hier S. 89 f. mit Anm. 77.

¹⁶¹ PA AA, Ges. Riga, 91, Ums. Gen. 2. Bd. 1, S. 264 u. 270; sie versandte drei Kisten mit verschiedenen Materialien. Darunter befanden sich Dokumente zum „Streit von 1935“ (Silvestergesetzgebung der autoritären lettischen Regierung u.a. zur Enteignung von Kulturbesitz) und zum Briefwechsel mit Berlin, Auszüge aus Archiven, Manuskripte und Bücher. In einer Kiste befanden sich die Kamera, Filme und Fotoplatten, davon erstellte Bilder sowie „Materialien der Rigaschen Bildstelle“.

¹⁶² PA AA, Ges. Riga, 91, Ums. Gen. 2. Bd. 1., Bl. 161 u. 164; abgesehen von dieser Angabe wurde das Material für den „Volksbund für das Deutschtum im Ausland“ (VDA) versandt.

der Gepäckzentrale in Gotenhafen anvertraut wurde. Die Archivalien wurden durch Vermittlung der Deutschen Gesandtschaft und des Außenministeriums mit einem Flugzeug ausgeflogen.¹⁶³

Ein Teil der Bildersammlung befand sich bereits seit Ende der 1930er Jahre in Deutschland. So wandte sich am 7. März 1940 der VDA an Kroeger, um ihn zu „veranlassen“, dass der Rechtsnachfolger der „Deutschbaltischen Volksgemeinschaft“ die Öffnung dieses Archivs erklärte und es „der Öffentlichkeit übergibt“; er merkte an, dass v. Ramm-Helmsing ihre privaten Rechte an diesem Archiv angemeldet habe.¹⁶⁴ Als juristischer Bevollmächtigter wurde während des Krieges offensichtlich die Abteilung für Kultur und Schule der VoMi angesehen.¹⁶⁵

Möglicherweise wurde dieses Material mit den Negativen und Bildern vereinigt, die im Oktober 1939 ausgeführt wurden. Denn der Briefwechsel über die baltischen Fotomaterialien dauerte auch noch im November 1940 an, als v. Hehn aus Berlin an Lenz in Posen schrieb, dass diese vom VDA bei v. Ramm-Helmsing selbst angefragt wurden.¹⁶⁶ Da diese Materialien schließlich den Behörden in Posen zugeteilt wurden,¹⁶⁷ aber die Historikerin dafür ihre Erlaubnis geben musste (der RKF hatte ihr den Zugang zum Archiv genehmigt), muss daraus geschlossen werden, dass es dabei auch um Material aus der Zeit der Umsiedlung aus dem Baltikum ging.¹⁶⁸ Es fehlen allerdings präzise Informationen, ob und wann die Fotonegative und andere Materialien dieser Sammlung während des Krieges nach Posen gelangt sind.¹⁶⁹

¹⁶³ Pa AA, Ges. Riga, 91, Ums. Gen. 2. Bd. 1., Bl. 161 u. 164.

¹⁶⁴ APP, Best. 800, A. 99, Bl. 157 (VDA an Kroeger, Berlin, 7.3.1940). Als Anlage zu dem Brief übersandte der VDA die 1937 vom Präsidenten der Kurländischen Gesellschaft für Literatur und Kunst (die das Kurländische Provinzialmuseum in Mitau [Jelgava] verwaltete), Otto Weiss, an den Präsidenten der Deutschbaltischen Volksgemeinschaft in Lettland, Erich Mündel, gesandte Abschrift einer Bescheinigung, mit der diesem Handlungsvollmacht über Materialien gegeben wurde; vgl. ebenda, Bl. 158 (Weiss an Mündel, 19.1.1937).

¹⁶⁵ APP, Best. 800, A. 100, Bl. 36 u. 39.

¹⁶⁶ APP, Best. 800, A. 100, Bl. 36 u. 39. J. von Hehn bemerkt, dass die Rede sowohl von den Fotoglasplatten (Plattenarchiv) als auch vom Archiv für Baudenkmäler war.

¹⁶⁷ APP, Best. 800, A. 100, Bl. 39.

¹⁶⁸ APP, Best. 800, A. 100, Bl. 40; eine solche Handhabe der Materialien, wie in diesem Falle die „Anordnung zur Verschickung“ konnte nur eine Person geben, deren Material aus dem Baltikum verschifft worden war, und das war in diesem Fall v. Ramm-Helmsing. Die Behauptungen anderer Historiker, v. Ramm-Helmsing habe das Material selbst beansprucht, ist möglicherweise ein Missverständnis, denn aus den Dokumenten, die sich auf die Ausfuhr im Oktober 1939 beziehen, wie auch aus dem Briefwechsel der Historikerin wird deutlich, dass das Material an die VoMi übergeben werden sollte.

¹⁶⁹ Ein Teil der in den 1930er Jahren aufgenommenen Bilder (insgesamt sind es etwa 250 Filmplatten und 1200 Leica-Filme) befindet sich im Herder-Institut in Marburg; vgl. Ro-

Tatsächlich führte Lenz im Namen der „Zweigstelle Posen, Abteilung Kultur und Schule“ der VoMi im Februar 1940 von Posen aus einen Briefwechsel mit dem Auswärtigen Amt über „drei Kisten mit der baltendeutschen Personalkartei“, die mittels der Deutschen Botschaft an das Ministerium geschickt und versehentlich als Eigentum von Hertha v. Ramm-Helmsing angesehen worden waren.¹⁷⁰ Dieser Vorfall betraf nicht die Bildersammlung.

Wie bereits bemerkt, kamen auch die Archivfilme (Kopien von Archivmaterialien), die aufgrund der Tätigkeit der bilateralen Kommission entstanden waren, nach Posen. In der Sammlung befanden sich nicht nur Kopien von Archivmaterialien, sondern auch Bilder von Kunst- und kulturhistorischen Gegenständen.¹⁷¹ Die Sammelstelle bestellte im Sommer 1941 über 7 000 Fotoabzüge dieser Bilder im Preußischen Forschungsinstitut für Kunstgeschichte in Marburg.¹⁷²

Die Sammelstelle war bemüht, ihre Bildersammlungen auch durch Sammlungen von Privatpersonen zu vervollständigen. So gab es den Versuch, an den Nachlass des Fotografen Nietzsche zu gelangen.¹⁷³ Es zeigte sich allerdings, dass es schwierig war, Fotonegative von deutsch-baltischen Umsiedlern zu bekommen, denn deren Eigentümer konnten die Fotografien sehr gut verkaufen.¹⁷⁴ Gleichwohl tauschte die Sammelstelle Fotografien mit dem Fotografen Haman.¹⁷⁵ Auch Bil-

mang, Das Dommuseum (wie Anm. 160), S. 90 mit Anm. 77; die Informationen zu dieser Kollektion während des Krieges sind sehr unvollständig.

¹⁷⁰ APP, Best. 800, A. 99, Bl. 159.

¹⁷¹ Über das Fotografieren von Kunstdenkmälern im Baltikum vom 2.3. bis 17.11.1940 vgl. BA-B, R 1509, A. 1826, Dok.: R. Hamann, Abschlussbericht, Aug. 1941. N. v. Holst informierte Lenz, dass ihm zwei Abzüge von jedem Negativ versprochen worden seien, die während der Tätigkeit der Kunstkommission im Jahr 1940 angefertigt worden seien, und dass ein Exemplar davon für Posen vorgesehen sei; 1941 riet er Lenz, er solle „seine“ Exemplare selbst vom Institut für Kunstgeschichte der Universität Marburg einfordern; vgl. APP, Best. 800, A. 100, Bl. 254. Zur Herstellung der Kopien im April 1941 in Marburg (es wurden 7 376 Fotos aufgenommen) vgl. auch Romang, Zur Geschichte der „Fotosammlung Dommuseum“ (wie Anm. 160), S. 145, Anm. 7. Diese Materialien befinden sich heute im Bildarchiv Foto Marburg.

¹⁷² Von Juni bis Juli 1941 bestellte das Posener Archiv 7 261 Fotos für 3 000 RM in Marburg; vgl. APP, Best. 800, A. 101, Bl. 11, 14 u. 16. Ein Teil des Materials befindet sich möglicherweise heute im Archiv des Rigaer Denkmalschutzamtes. Dort finden sich Fotos mit dem Stempel „Foto Marburg, Marburg/L., Wolffstrasse; Vervielfältigung untersagt“ und der Nummerierung „LA 494/ ...“.

¹⁷³ APP, Best. 800, A. 100, Bl. 96; ebenda, A. 101, Bl. 151. Tatsächlich zeigte sich, dass die Witwe des Fotografen nur etwa 30 Bilder von „alten Kirchen in der Provinz“ besaß; aus dem Briefwechsel wird ersichtlich, dass sich das übrige Material in Riga im „Kunstmuseum“ befinden müsse.

¹⁷⁴ APP, Best. 800, A. 100, Bl. 139.

¹⁷⁵ APP, Best. 800, A. 100, Bl. 139. Die Fotografen Nietzsche und Haman nahmen auch an

der des Fotografen Ludwig von Kupffer in Berlin konnte die Sammelstelle zusammen mit Material aus anderen Familienarchiven in ihre Sammlung aufnehmen.¹⁷⁶

Während des Krieges war die Möglichkeit, die Bestände der Sammelstelle für die Forschung zu nutzen (sie zu publizieren oder auszustellen), eingeschränkt. So erhielt die Sammelstelle etwa Bilder, die die Dahlemer Publikationsstelle veröffentlicht hatte.¹⁷⁷ Während des Krieges organisierte die Sammelstelle die Herausgabe einer Zeitschrift, der wissenschaftlichen Aufsatzsammlung „Quellen und Forschungen zur Baltischen Geschichte“ (im Folgenden: Quellen und Forschungen).¹⁷⁸ Diese Reihe muss man als Teil der „Kulturpolitik“ bzw. „Wissenschaftspolitik“ des nationalsozialistischen Deutschlands sehen, denn keine offizielle Publikation durfte ohne Erlaubnis der zuständigen Stelle veröffentlicht werden.¹⁷⁹ Zudem verhielt sich die Sache mit Serienpublikationen so, dass hierfür spezielle Formalitäten erfüllt werden mussten.¹⁸⁰ Gleichwohl kann man die wissenschaftliche Bedeutung der Zeitschrift nicht abstreiten.

Über die Herausgabe einer eigenen Zeitschrift sprachen die Deutschbalten bereits Ende 1939 – so etwa, als Wittram die geplanten Tätigkeitsfelder des von den Deutschbalten geplanten wissenschaftlichen Instituts aufzählte. Hierzu sollte auch die Fortführung der deutschbaltischen Tradition zählen, Forschungsarbeiten zu publizieren.¹⁸¹ Der tatsächliche Beginn der Publikationstätigkeit begann direkt, nachdem

der Fotograferaktion der deutschen Delegation im Baltikum im Jahr 1940 teil; vgl. ebenda, Bl. 54.

¹⁷⁶ „Eine Kiste und ein Koffer mit Büchern und Fotoplatten“; vgl. APP, Best. 800, A. 100, Bl. 275. Am Ende des Krieges im Jahr 1944 schickte die Sammelstelle dieses Material, versichert mit 2000 RM, mit einer Transportfirma nach Dresden zur Familie Kupffer; vgl. ebenda, Bl. 434.

¹⁷⁷ APP, Best. 800, A. 100, Bl. 89 f. u. 93.

¹⁷⁸ Der umfangreichste Briefwechsel zur Publikation der „Quellen und Forschung“ findet sich in: APP, Best. 800, A. 100 (hier hauptsächlich der Briefwechsel zwischen der Sammelstelle und dem Verlag Häcker).

¹⁷⁹ Während des Krieges musste jede Publikation von mehreren Stellen geprüft werden: angefangen von der inhaltlichen Überprüfung bis hin zur Zuteilung von Papier.

¹⁸⁰ APP, Best. 800, A. 100, Bl. 130.

¹⁸¹ BA-B, R 153, A. 1435, Dok.: [R. Wittram], 12.12.1939. Wittram nannte alle von Deutschbalten im Baltikum herausgegebenen Zeitschriften, deren Traditionen auch auf dem Gebiet Polens fortgeführt werden müssten. Diese Publikationen wurden auch in der Einleitung zur ersten Nummer der „Quellen und Forschung“ genannt (Zusammenstellung von Wittram), doch wurde betont, dass es sich hierbei um eine völlig neue Publikation handele, die keinerlei Verbindungen zu früheren Zeitschriften habe. Dies war ein Zugeständnis an den Standpunkt von Politikern des Dritten Reiches, dass die Deutschbalten in den neu gewonnenen Gebieten die im Baltikum angefangenen Traditionen nicht fortzuführen hätten und ihre Geschichte nicht betonen sollten.

die Sammelstelle 1941 ihre Arbeit aufgenommen hatte.¹⁸² Dank der Hartnäckigkeit der Mitarbeiter sowie der guten Beziehungen von Fritz Woldemar Jacob Häcker, Leiter des Verlages „W.F. Häcker“, zu den verantwortlichen Stellen in Berlin¹⁸³ erhielten die Deutschbalten die Erlaubnis zu publizieren.¹⁸⁴

Im Oktober 1941 kam die erste Ausgabe der „Quellen und Forschungen“ heraus.¹⁸⁵ Während des Krieges erschienen fünf Ausgaben; es gibt auch Informationen zu einem sechsten Heft, das 1944 vor der Drucklegung noch mit den letzten Korrekturen versehen wurde.¹⁸⁶ Herausgeber aller Nummern, von denen die ersten vier in Leipzig gedruckt wurden,¹⁸⁷ die fünfte und sechste (die im Druck war) dagegen in Riga, war die Sammelstelle in Posen. Der Druck der letzten beiden Ausgaben in Riga steht in Zusammenhang mit der Tätigkeit von Lenz und Häcker während der deutschen Besetzung im Baltikum.

Bibliotheksbestände

Im Gegensatz zu anderen Materialien in der Sammelstelle erfolgte die Zusendung von Büchern relativ schnell seit Anfang 1941. Der größte und bedeutendste Teil der Bibliothek der Sammelstelle setzte sich aus Beständen der Bibliothek des Kurländischen Provinzialmuseums zusammen. Im Februar 1941 nahm die Sammelstelle 360 Kisten entgegen, die aus Lettland angekommen waren und sowohl die Bi-

¹⁸² APP, Best. 800, A. 100, Bl. 87; v. Hehn schrieb aus Berlin, dass es sehr unsicher sei, die Erlaubnis zur Herausgabe der Zeitschrift zu erhalten. Er arbeitete zu dieser Zeit in der PuSt, hatte dort mit Zeitschriften und deren Herausgabe zu tun und hatte eine Vorstellung davon, was es bedeutete, im Krieg eine Zeitschrift herauszubringen.

¹⁸³ APP, Best. 800, A. 100, Bl. 216.

¹⁸⁴ Häcker informierte Lenz, dass man in Berlin grundsätzlich keine Erlaubnis zur Herausgabe neuer Periodika gab, dass aber das Propagandaministerium das Gesuch trotzdem entgegengenommen habe; und dass er auch Wittrams „Einleitung“ für die erste Ausgabe beigefügt habe, in der Ziel und Zweck der Schriftenserie gut wiedergegeben würden, siehe: APP, Best. 800, A. 100, Bl. 163. Im Juli 1941 erhielt Hecker die Erlaubnis, die Zeitschrift zu publizieren; vgl. ebenda, Bl. 182.

¹⁸⁵ APP, Best. 800, A. 100, Bl. 231 u. 247. In dieser Nummer wurde u.a. auch die Forschungsarbeit von W. Lenz (sen.), „Umvolkungsvorgänge in der ständischen Ordnung Livlands: der landische Mittelstand in Südlivland in der Zeit vom Nordischen Kriege bis zum Weltkrieg“ publiziert.

¹⁸⁶ APP, Best. 800, A. 100, Bl. 421. Im Juni 1944 wurde es der Druckerei übergeben. Häcker nahm nur noch einige letzte Korrekturen vor.

¹⁸⁷ Die Ausgabe Nr. 2, die 1942 erschien, enthielt Beiträge von Leonid Arbusow, Karl v. Stern, Niels v. Holst und Klara Redlich; Nr. 3 von 1942 enthielt eine Arbeit von Wilhelm Räder; Nr. 4 von 1943 eine Arbeit von Friedrich Koch; Nr. 5 von 1944 Aufsätze von Leonid Arbusow, Niels v. Holst, Georg Sacke und Karl v. Stern.

bibliothek des Mitauer Museums als auch Material der Kurländischen Gesellschaft für Literatur und Kunst enthielt, die das Museum verwaltete hatte.¹⁸⁸ Die Deutschbalten betrachteten somit sowohl die Verhandlungen im Baltikum als auch den Transport als Erfolg. Die Bibliothek wurde als geschlossener Bestand überführt, auch wenn auf dem Weg nach Posen einzelne Kisten verloren gegangen waren.

Über die Verluste auf dem Transport kann man in v. Hehns Berichten über die Ausfuhr der Kulturgüter nachlesen. So wird von einem Bombenangriff auf Bremen im Sommer 1940 berichtet, in dessen Folge durch ein Feuer in Lagerräumen einer Transportfirma Kulturgüter vernichtet wurden.¹⁸⁹ Offensichtlich handelte es sich dabei um Archivalien und Bücher sowohl von Privatpersonen als auch um Eigentum von Vereinen und Gesellschaften, das durch die „Volksgemeinschaft“ aus Lettland ausgeführt worden war; drei Kisten mit Materialien des Kurländischen Provinzialmuseums („zumeist Bücher und Akten“), sowie zwei Kisten mit nicht näher beschriebenem Material der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde zu Riga werden genannt. Zur Zeit, als die Buchbestände aus Mitau nach Posen geschickt wurden, charakterisierte Lenz die Bibliothek als „bedeutend“, die durchaus mit den Materialien anderer Einrichtungen konkurrieren könne.¹⁹⁰ Im Jahr 1942 befanden sich etwa 70 000 Bände in der Bibliothek der Sammelstelle, von der etwa die Hälfte Bezüge zum Baltikum aufwies.¹⁹¹ Der Leiter der Institution, Lenz, stellt zusammen mit seinen Kollegen das Ziel auf, nach Möglichkeit in Posen eine vollständige Sammlung aller Bücher über das Baltikum zu erstellen, besonders, nachdem das Gebiet von der UdSSR besetzt worden war.¹⁹²

Gemeinsam mit den Beständen aus Mitau wurden aus Lettland auch diejenigen Bücher nach Posen geschickt, die deutsche Beamte in Lettland eingekauft hatten.¹⁹³ Die Vertreter der deutschen Ar-

¹⁸⁸ APP, Best. 800, A. 100, Bl. 76 u. 116.

¹⁸⁹ APP, Best. 800, A. 100, Bl. 10, 14 u. 23; ebenda, A. 101, Bl. 155.

¹⁹⁰ APP, Best. 800, A. 100, Bl. 70; ebenda, A. 101, Bl. 176.

¹⁹¹ APP, Best. 800, A. 101, Bl. 230; über andere Materialien in der Bibliothek siehe Lenz, *Deutschbaltisches Kulturgut* (wie Anm. 2), S. 621.

¹⁹² APP, Best. 800, A. 100, Bl. 90; ebenda, Bl. 101, S. 33.

¹⁹³ APP, Best. 800, A. 100, Bl. 108-113, 158 f.; die für Posen gekauften Bücher seien unauffällig zusammen mit der Bibliothek des Kurländischen Provinzialmuseum in Kisten gepackt worden; einige Kisten seien noch unversandt in Riga geblieben, sowohl mit Büchern des Museums als auch möglicherweise mit den Neukäufen. Die sowjetischen Beamten verboten Bücher auszuführen, die älter als 1919 waren; vgl. ebenda, A. 101, Bl. 54. Möglicherweise wurden die Kisten nach Juli 1941 nach Posen geschickt.

chivkommission im Baltikum kauften im Baltikum Bücher sowohl bis zum Juni 1940 als auch noch später auf.¹⁹⁴ Im Winter 1941/42 wurde das verstärkt – möglicherweise ergriff die deutschbaltischen Spezialisten Panik, als sie begannen, die Situation im Baltikum realistisch einzuschätzen. Berliner Behörden, darunter auch die PuSte, wiesen Mittel zum Einkauf von Büchern von Privatpersonen und Antiquariaten zu. V. Hehn, der Anfang 1941 in der Dahlemer Publikationsstelle in Berlin arbeitete, informierte Lenz über die aufgekauften Bücher und versprach, Duplikate der Sammelstelle gegen Neuerwerbungen der PuSte einzutauschen. Der Austausch von Büchern zwischen den beiden Institutionen dauerte von Juni 1941 bis Dezember 1942.¹⁹⁵ Im Juli 1941 beteiligte sich auch das Marburger Institut an dem Tauschhandel.¹⁹⁶

Die Bibliothek der Sammelstelle wurde durch Aufkäufe bei umgesiedelten Deutschbalten vervollständigt. Gleichwohl beendete die Sammelstelle den Einkauf von Sammlungen mit Beginn des Angriffs auf die Sowjetunion und der Besetzung der baltischen Staaten.¹⁹⁷ Doch wurden weiterhin Bücher und ganze Bibliotheken als Schenkungen angenommen.¹⁹⁸ Möglicherweise waren die angebotenen Bestände wertvoll, oder man beabsichtigte, mit den neu erhaltenen Duplikaten fehlende Literatur einzutauschen.

Auch wenn Rosenberg im Baltikum erklärte, dass Kulturgüter nicht ausgeführt werden sollten, gab es doch Fälle, in denen (ähnliche wie Archivalien) auch Bibliotheksbestände abtransportiert wurden. So schickte zum Beispiel W. Maurach, Bibliothekar der Sammelstelle und 1943 gleichzeitig Mitarbeiter des ERR, neun Kisten mit Zeitschriften aus Reval nach Posen, und gab an, dass in näherer Zeit noch weitere Kisten mit Büchern folgen würden, die beim ERR ausgewählt würden.¹⁹⁹

¹⁹⁴ So gibt es z.B. Hinweise darauf, dass v. Holst zusammen mit Kollegen in Lettland bis zum Ende des Sommers 1940 für die „Baltische Bibliothek in Posen“ Bücher für insgesamt 2 883 Lat oder 1 407 RM (100 Lat = 48,40 RM) aufkaufte; vgl. APP, Best. 800, A. 100, Bl. 109 u. 111.

¹⁹⁵ APP, Best. 800, A. 101, Bl. 293, 294-298, 309, 314 f. u. 321.

¹⁹⁶ APP, Best. 800, A. 101, Bl. 15, 18 u. 19.

¹⁹⁷ APP, Best. 800, A. 101, Bl. 23, 26 u. 33; in der ersten Hälfte des Jahres 1941 führte die Sammelstelle einen Schriftwechsel mit Harry Martinson, der während der Umsiedlung seine Bibliothek aus Dorpat mitnehmen konnte. Die Sammelstelle war bereit, von ihm Bücher im Wert von 1 800 RM zu erwerben, doch zog sie ihr Angebot im Juli 1941 „aufgrund der völlig veränderten Lage in Nordosteuropa“ zurück.

¹⁹⁸ APP, Best. 800, A. 101, Bl. 149, 173.

¹⁹⁹ APP, Best. 800, A. 101, S. 79; drei der neun Kisten enthielten private Gegenstände von Maurach; vgl. ebenda, Bl. 77. Dennoch zeigte die Leitung der Sammelstelle keinerlei Be-

Kunstwerke und Kunstschätze

Ebenso wie der größte Teil der Bibliotheksbestände wurden Kunstwerke und Kunstschätze zunächst nach Danzig und Gotenhafen gebracht und von dort später nach Posen transportiert, in speziellen Fällen auch in andere Städte. In Danzig und Gotenhafen wurden die Kunstschätze und Kunstwerke sowohl in Lagerhallen als auch in gepackten Kisten im Danziger Stadtmuseum aufbewahrt.²⁰⁰ Den vorläufigen Lagerort in Kisten im Danziger Museum hatte v. Holst ausgewählt,²⁰¹ der als Mitarbeiter des Bildungsministers und der Verwaltung des Reichsarchivs nicht nur für die bilateralen Verhandlungen über Kunstgegenstände und Kunstschätze im Baltikum, sondern auch für den Abtransport der Gegenstände und deren Verteilung im Reich verantwortlich war.

So befand sich etwa das Silber der Bruderschaft der Rigaer Schwarzhäupter im Danziger Stadtmuseum,²⁰² neben einem Teil ihrer ausgeführten Gemälde.²⁰³ Im November 1940, als die Sammelstelle ihre Arbeit in den neuen Räumen auf der Dominsel aufnahm, war v. Holst bereit, die Erlaubnis zum Abtransport der Gegenstände aus Danzig mit der Auflage zu genehmigen, dass sie nicht öffentlich ausgestellt werden dürften. Dies ist damit zu erklären, dass die Sowjetunion während des Krieges nicht erfahren sollte, für welche Kulturgüter sich die Deutschen interessierten.²⁰⁴ Dennoch musste v. Holst die Angelegenheit überdenken, als der Mitarbeiter des „Ahnenerbes“ und Verantwortliche für die Kulturgüter in Polen Harmjanz im Namen von

geisterung über die Lieferungen, was damit zusammenhing, dass der Sammelstelle Räume und Arbeitskapazität fehlten. Daher bat die Sammelstelle von weiteren Lieferungen abzu-
sehen; vgl. ebenda, Bl. 78. Es ist möglich, dass diese Lieferung von Maurach aus privater
Initiative heraus erfolgte. Denn die Sammelstelle in Posen hatte keinen regulären und en-
gen Kontakt mit dem ERR und erhielt auch keine Lieferungen von dort. Möglicherweise
kann Maurachs Handlung damit erklärt werden, dass er sich des Wohlwollens der Leitung
der Sammelstelle versichern wollte, um später wieder dorthin zurückkehren und arbeiten
zu können.

²⁰⁰ Vgl. auch Lenz, Kulturgut der Deutschbalten (wie Anm. 2), S. 621.

²⁰¹ APP, Best. 800, A. 100, Bl. 42; ebenda, A. 101, Bl. 64.

²⁰² APP, Best. 800, A. 100, Bl. 41-44.

²⁰³ APP, Best. 800, A. 101, Bl. 63.

²⁰⁴ APP, Best. 800, A. 100, Bl. 42 f.; man muss beachten, dass die Sammelstelle keinen Platz
hatte, um die Gegenstände aufzubewahren; vgl. ebenda, Bl. 70. Im Herbst 1940 wollte der
Direktor des Danziger Museums das Silber aus dem Rigaer Schwarzhäupterhaus ausstellen,
aber auch ihm wurde dies „bezüglich der Politik gegenüber der UdSSR“ nicht erlaubt; v.
Holst versprach ihm, dass er der erste sei, der die Erlaubnis zur Ausstellung der Stücke
erhalte, sobald dies möglich sei; vgl. ebenda, Bl. 41-44 u. 49; auch BA-B, R 153, A. 1714,
Dok.: N. v. Holst an Kletzl, 25.9.1940.

Reichsführer und RKF Himmler bekannt gab, dass die Gegenstände zunächst unter der Oberaufsicht des Danziger Museum verbleiben sollten.²⁰⁵

Es ist möglich, dass die Entscheidung von Harmjanz durch eine Behauptung von v. Holst beeinflusst wurde: v. Holst berichtete, in Berlin gehört zu haben, dass die Deutschbalten planten, besondere Silberstücke aus dem Schwarzhäupterhaus, mittelalterliche Waffen und Gemälde aus dem 19. Jahrhundert „Personen mit großen Verdiensten“ zu schenken, und dass ein Teil der Schenkungen schon stattgefunden habe.²⁰⁶ Es gibt keine weiteren Belege, die die Behauptung über die „Schenkungen“ stützen würden. V. Holst jedenfalls stimmte zur selben Zeit der Entscheidung zu, dass die verantwortlichen Dienststellen im Reich dafür Sorge tragen sollten, dass die Kunstgegenstände in Danzig blieben.²⁰⁷ Im Juli 1941, nach dem Angriff auf die Sowjetunion, stimmte er den Beschluss, die Kunstgegenstände in Danzig zu lassen, mehrmals mit Berlin ab.²⁰⁸ Doch bereits Ende desselben Monats informierte Lenz v. Holst darüber, dass er die Anordnung erhalten habe, die zentralen Depots in Danzig zu räumen, und dass die dort gelagerten Kulturgüter stufenweise umgelagert werden sollten.²⁰⁹ Gleichwohl verlief die Umlagerung der Kunstgegenstände und Kunstschatze sehr langsam. Schriftwechsel mit Speditionen über den Abtransport aus dem Hafen in die Stadt wurden bis in das Jahr 1944 geführt. Damit die Sammelstelle die Kulturgüter nach Posen bringen konnte, musste sie entsprechend freie Lagerräume schaffen und zwar sowohl in Form von Depots für die Spedition als in eigenen Räumen auf der Dominsel. Letzteres löste man, indem die Sammelstelle als Vermittler Gegenstände an Privatpersonen zurücksandte. Die intensive Arbeit, die Gegenstände jeweils zuzuordnen und an ihre ursprünglichen Besitzer zu schicken, erfolgte bis Mitte des Jahres

²⁰⁵ APP, Best. 800, A. 100, Bl. 45. Zur selben Zeit wurde auch entschieden, dass die Kisten mit den Bibliotheksbeständen nach Posen geschickt werden sollten; offensichtlich war die Rede von der Mitauer Bibliothekssammlung.

²⁰⁶ APP, Best. 800, Bl. 42 f. Die Praxis, dass Museumsstücke für besondere Verdienste verschenkt wurden, bestand im Reich tatsächlich. So erwähnte v. Holst in einem Brief an Lenz, dass zum Beispiel in den 1930er Jahren in Deutschland Museumsmitarbeiter darauf verzichteten, solche Geschenke zu machen, wofür sie der „Führer“ selbst als „Bewahrer der Kulturgüter, die dem gesamten deutschen Volk gehören“, belohnte; vgl. ebenda, Bl. 15.

²⁰⁷ Es verdient Erwähnung, dass v. Holst neben seinen Ämtern in der Verwaltung des Reiches Kunsthistoriker mit besonderem Interesse für das Baltikum war. Er war in Riga geboren, wohnte erst seit den 1930er Jahren in Deutschland und ließ sich 1940/41 in Danzig nieder, was eventuell seine Entscheidung, die Kunstwerke dort zu belassen, beeinflusste.

²⁰⁸ APP, Best. 800, A. 100, Bl. 186.

²⁰⁹ APP, Best. 800, A. 100, Bl. 200.

1944.²¹⁰ So führte das Archiv etwa 1942 einen Schriftwechsel mit den Mitgliedern der Gesellschaft „Ressource“ über die Räumung von Lagerräumen, da dies in nächster Zeit für die Aufnahme von „Gegenständen aus Danzig“ notwendig sei.²¹¹

Als einzelne Fälle sollen erwähnt werden: der Versand von Material (eine Kisten mit Gegenständen) an den Architekten und Architekturhistoriker Paul Campe nach Bonn;²¹² dem Pfarrer Arved Rosenstein wurde eine Kiste mit „Libauer Kirchengut“ gesandt;²¹³ auch Graf v. Ungern-Sternberg erhielt ein Kiste.²¹⁴ Unter den abgegebenen Sachen befanden sich nicht nur private Archive, Bibliotheken und Gemälde, sondern auch Gegenstände wie Gefäße, ein Gasofen, ein Motorrad, ein Schreibtisch und viele andere Dinge.

Während des Krieges kamen auch wertvolle Silbergegenstände aus Privatbesitz von Reval nach Posen. Über deren Besitzer gab es keine Informationen. Sie wurden im Herbst 1942 über v. Holst, deutsche Spezialisten in Estland und Mitarbeiter der Botschaft (auch der französischen) aus dem Land herausgebracht.²¹⁵ Die Sammelstelle übernahm schließlich das Silber nach längerem Briefwechsel und Verzögerungen im Januar 1944.²¹⁶ 1943 oder 1944 erhielt die Sammelstelle aus Danzig schließlich auch das Silber der Rigaer Schwarzhäup-

²¹⁰ APP, Best. 800, A. 100. Es wurde von Gegenständen gesprochen, die mittels der „Volksgemeinschaft“, der UTAG und auch der Abteilung Kultur und Schule der VoMi nach Polen transportiert wurden, Privatpersonen und einzelnen Vereinen gehörte und nicht Inhalt der Verhandlungen der bilateralen Kommissionen im Baltikum waren. Gleichwohl waren sie dermaßen wertvoll, dass der Transport von der Abteilung Kultur und Schule der VoMi durchgeführt wurde. Dies waren eventuell solche Gegenstände, die die Zollbehörden im Baltikum zunächst zurückhielten, aber später von der UTAG ausgeführt werden konnten.

²¹¹ APP, Best. 800, A. 100, Bl. 292.

²¹² APP, Best. 800, A. 100, Bl. 299.

²¹³ APP, Best. 800, A. 100, Bl. 400.

²¹⁴ APP, Best. 800, A. 100, Bl. 408. Die Kisten trugen die Aufschrift „KPM.58“, was bedeutete, dass das Material zusammen mit den Beständen des Kurländischen Provinzialmuseums aus Lettland abtransportiert worden war.

²¹⁵ V. Holst erklärte, dass die Privatpersonen für die ausgeführten Wertgegenstände keinerlei Garantien erhalten hätten und das auch gewusst hätten; zum Silber aus Reval gab er an, dass es auch aus der Großen Gilde und der Olaikirche stammte; vgl. BA-B, R 153, A. 1766, Dok.: N. v. Holst, 27.5.1943. Die ausgeführten Gegenstände bewahrte sowohl die PuSte (etwa zwei Kisten) als auch die Familie von Holst auf (eine Kiste); vgl. ebenda u. APP, Best. 800, A. 100, Bl. 291 u. 384. Am 19. Januar 1944 erhielt die VoMi in Posen von der PuSte 28 Wertgegenstände (hauptsächlich Silberarbeiten), ein Etui mit Tischutensilien und zwei Zeichnungen mit Ansichten von Reval; eine detaillierte Liste in: BA-B, R 153, A. 1766, Dok.: Übernahmeakt, 19.1.1944. In der Liste werden aufgeführt: Beschreibung und Zahl der Gegenstände, Material und Künstler, allerdings nicht zu allen Gegenständen sowie das Jahr.

²¹⁶ Vgl. APP, Best. 800, A. 101, Bl. 261-273.

ter.²¹⁷ So wurde 1943 ein Teil der Silbergegenstände von Danzig direkt nach Posen gebracht, was für die Mitarbeiter eine erhebliche Arbeit bedeutete.²¹⁸

Lenz, der Leiter der Sammelstelle, wünschte, dass auch die ausgeführten wertvollen kulturhistorischen Gegenstände der Kirchengebäude, darunter auch das Silber, nach Posen kommen sollten. Er schrieb bereits im Juli 1940 an Erzbischof P.H. Pelhaus bezüglich der wertvollen kirchlichen Kunstschatze, die sich zu dieser Zeit in Danzig befanden.²¹⁹ Dennoch gelangten diese Gegenstände nicht in die Sammelstelle; die im Zuge der Umsiedlung aus Riga herausgebrachten Epitaphe der Rigaer St. Petri Kirche lagerten 1943 immer noch verpackt in Danzig.²²⁰

Die Kulturgüter am Ende des Krieges

Die baltischen Kulturgüter waren während des Zweiten Weltkriegs in ständiger Bewegung, was zum einen von den Entscheidungen der Mitarbeiter der verantwortlichen Dienststellen abhing, zum anderen auch durch den Verlauf des Krieges bestimmt war, der wiederum die Beschlüsse der Sachbearbeiter beeinflusste. Nach dem Abtransport der Kulturgüter aus dem Baltikum zu Beginn des Krieges fand die zweite große Verlagerungsaktion in den Jahren 1943 und 1944 statt, als diese, gemäß den Anordnungen der deutschen Führung bezüglich der kriegsbedingten Sicherstellung von Kulturgütern, an sichere Orte und in sichere Gebäude gebracht wurden.

Bereits im August 1942 tauchen im Schriftverkehr der Sammelstelle Informationen darüber auf, dass die Sicherheit der Sammlung beson-

²¹⁷ Hans-Albert Koch, *Rigische Geschichte im Spiegel der Compagnie der Schwarzen Häupter*, in: *Der Silberschatz der Compagnie der Schwarzen Häupter aus Riga. Katalog zu den Ausstellungen in Bremen und Bielefeld 1997*. Bremen/Bielefeld 1997, S. 8-27, hier S. 15. Während des Krieges gingen einige Gegenstände verloren wie der Großteil der Tischutensilien und drei Tabakdosen, dennoch sind die wertvollsten Stücke des ausgeführten, historischen Silbers erhalten geblieben. Die wieder zusammengeführte Sammlung der Rigaer Schwarzhäuptergesellschaft wurden dem in Bremen ansässigen Museum Roselius-Haus zur Aufbewahrung und Ausstellung übergeben.

²¹⁸ BA-B, R 153, A. 1766, Dok.: B. v. Ulrichen, an PuSte, 27.7.1943; vgl. auch: Lenz, *Kulturgut der Deutschbalten* (wie Anm. 2), S. 621.

²¹⁹ APP, Best. 800, A. 99, Bl. 66 f. Lenz bat Erzbischof Pelhaus sehr eindringlich um die Gegenstände in Danzig, da es vermehrt Hinweise auf Diebstähle gebe. Er wies auch darauf hin, dass in Posen eine wertvolle baltische Sammlung begründet werde, und gab ihm so den Hinweis, dass man Kirchenschätze ebenfalls der Sammelstelle anvertrauen könne.

²²⁰ APP, Best. 800, A. 100, Bl. 371.

ders berücksichtigt werden sollte. So bat etwa die Sammelstelle die Sicherheitsbehörden in Posen, den stellvertretenden Leiter des Archivs v. Ulrich nicht zum Kriegsdienst einzuziehen bzw. für Spezialaufgaben abzukommandieren, mit der Begründung, dass er momentan der einzige männliche Mitarbeiter sei, der in Lage sei, die eingelagerten Wertgegenstände im erforderlichen Fall zu sichern bzw. zu verlagern. So hatte sich v. Ulrich eine Wohnung im Gebäude der Sammelstelle eingerichtet, damit er kurzfristig das Haus beaufsichtigen konnte.²²¹ Zu dieser Zeit erschien das alte Steingebäude auf der Dominsel zur Aufbewahrung der Bestände noch als sicher genug, und die Materialien befanden sich auch noch dort.

1943 wurde ein Teil der Archivalien der Sammelstelle an das deutsche Reichsarchiv in Posen abgegeben, das darum gebeten hatte, Maßnahmen zur Sicherstellungen der Bestände zu organisieren. Dies beruhte auf den Anordnungen des Generaldirektors des Reichsarchivs und auch Kommissars für den Archivschutz, Zipfel, bezüglich der Sicherung von Archivmaterialien durch Verlagerung an einen sichereren Ort.²²² Die Archivalien der Sammelstelle, ebenso wie die Bestände des „Sippenamtes für volksdeutsche Umsiedler“, wurden zur Sicherstellung in Bunkern unweit von Posen eingelagert. Im Mai und Juli 1944 übergab die Sammelstelle einen kleinen Teil ihres Bestandes an das Sippenforschungsamt, das vor allem genealogisches Material zu den Deutschbalten verwaltete.²²³ Genauso wurden die aus Danzig abtransportierten Kunstwerke in Bunkern sichergestellt: Hierzu mussten die eingepackten Gemälde freilich erst ausgepackt, entrahmt, von neuem verpackt und in die Bunker verbracht werden.²²⁴ Wie bereits erwähnt, interessierte sich die Sammelstelle auch für Kulturgüter, die sich an verschiedenen anderen Orten befanden, etwa im Fall der Be-

²²¹ APP, Best. 800, A. 101, Bl. 230.

²²² Musial, Staatsarchive im Dritten Reich (wie Anm. 43), S. 94.

²²³ APP, Best. 800, A. 100, Bl. 417 u. 420.

²²⁴ APP, Best. 800, A. 101, Bl. 78. Zu den Gemälden, die in Posen blieben, siehe M. Piotr Michalowski, Die Sammlung baltischer Kunst im Nationalmuseum Posen, in: Jahrbuch des Bundesinstituts für Ostdeutsche Kultur und Geschichte 2 (1994), S. 231-240, hier S. 231 ff. Der Autor erwähnt fast 200 Gemälde, die in das Museum auf ganz verschiedene Wege gelangten: von der Sammelstelle auf der Dominsel, aus deutschbaltischen Privatsammlungen, auch als Einkäufe, die das Kaiser-Friedrich-Museum (heute: Muzeum Narodowe w Poznaniu) in den Jahren 1940 bis 1944 ausführte. Michalowski stellt fest, dass 1945 die Inventarbücher des Museums verbrannten. Kunstwerke und Kunstschätze aus dem Baltikum befinden sich heute auch im Museum für Gebrauchskunst in Poznań (Muzeum Sztuk Użytkowych), so etwa ein holzgeschnitztes Leseputz von Tobias Heinz aus dem 17. Jahrhundert aus der St. Dreieinigkeitskirche in Mitau.

stände des Herder-Instituts in Königsberg oder des Kurländischen Landesarchivs in Berlin.

In der Mitte und zweiten Hälfte des Jahres 1944 setzte die Sammelstelle ihre Bemühungen fort, für die eigenen Materialien wie für die Kulturgüter von Privatpersonen Sorge zu tragen.²²⁵ Die Spedition „Hartwig“, mit der die Sammelstelle den gesamten Krieg über regelmäßig zusammenarbeitete, bekam den Auftrag, 57 Kisten mit Archivalien an eine andere Spedition in Wronki (im heutigen Polen) zu schicken.²²⁶ Doch ein Teil der Kunstschatze befand sich 1944 noch immer in Danzig, von wo 105 Kisten (Kolli) nach Leslau (Włocławek) gelangten, wo wie in Wronki ebenfalls die Speditionsfirma Alfons Minor tätig war.²²⁷

Ende 1944, als sich die Wehrmacht immer rascher aus dem Osten zurückzog, wurden die sichergestellten Bestände in den Bunkern zum Teil weiter nach Westen verlagert. Dennoch glaubte zum Beispiel Gauleiter Greiser zu dieser Zeit immer noch, dass die Bestände in den Bunkern nicht umgelagert werden müssten.²²⁸

Am Ende des Krieges gelangte ein Großteil der Archivalien auf das Gebiet der heutigen Bundesrepublik Deutschland, die Bibliotheksbestände und die Kunstschatze dagegen blieben zum größten Teil im heutigen Polen. Unter den Beständen, die nach Deutschland kamen, waren unter anderem das Silber der Rigaer Schwarzhauptergesellschaft, das sich gegen Ende des Krieges noch im Osten befand²²⁹ und offensichtlich aufgrund seines Wertes besonders beaufsichtigt wurde. Nach dem Krieg wurde ein Teil der Archivalien ins Baltikum, etwa in die SSR Lettland, zurückgeschickt. Dabei handelte es sich

²²⁵ APP, Best. 800, A. 100, Bl. 424 u. 433.

²²⁶ APP, Best. 800, A. 100, Bl. 425 (6.7.1944-25 Kisten); Bl. 435 (11.12.1944-32 Kisten). Die Stadt Wronki befindet sich etwa 40-50 km nordwestlich von Posen. Die beauftragte Firma hieß „Beamtliche Spedition Alex Tahlmann“.

²²⁷ APP, Best. 800, A. 101, Bl. 107-112 (Briefwechsel der Sammelstelle mit Speditionen von Mai bis Oktober 1944). Zunächst ging es um 72 Kisten (Kolli) mit einem Gewicht von 12 Tonnen. Nach dem Krieg befanden sich die Kunstschatze in Włocławek. Ein Teil davon wurde 1947 in die SSR Lettland geschickt, ein anderer Teil blieb dort; vgl. Rasa Pārpuce, Rīgas Sv. Pētera baznīcas 16. gs. septiņu žuburu svečturis [Der siebenarmige Leuchter aus dem 16. Jahrhundert in der Rigaer St. Petri-Kirche], in: Senā Rīga. Pētījumi pilsētas arheoloģijā un vēsturē. 5. sēj. [Alt-Riga. Forschungen zur Archäologie und Geschichte der Stadt]. Rīga 2005, S. 320-332, hier S. 328 f.

²²⁸ BA-B, R 1509, A. 1773, Dok.: G. Kayser an G. v. Krusenstjern, 6.11.1944. In diesem konkreten Fall ging es um die Umlagerung der Unterlagen des Sippenamtes, aber es ist auch möglich, dass es sich hierbei um die grundsätzliche Haltung des Gauleiters bezüglich aller Materialien handelte, die in der Umgebung von Posen in Bunkern eingelagert waren.

²²⁹ Koch, Rigische Geschichte (wie Anm. 217), S. 15.

nicht nur um Gegenstände, die in an Polen gefallen Gebieten geliebt waren, sondern auch um Materialien, die die Alliierten aus deutschen Archiven an Polen abgegeben hatten. 1950 gab Polen diese Archivalien an die Sowjetunion weiter.²³⁰ Am wenigsten ist über den Verbleib der Bibliotheksbestände bekannt. Es gibt Informationen darüber, dass Bücher aus der deutschbaltischen Sammelstelle später auch in polnischen Antiquariaten angeboten wurden.²³¹

Die Zahl der Kulturgüter

Es ist kaum möglich zu sagen, wie viele Kulturgüter während des Krieges in der deutschbaltischen Sammelstelle verwaltet worden sind. Nur bezüglich der Buchbestände gibt es die ungefähre Anzahl von etwa 70 000 Bänden, während die Zahl der Archivalien, der Kunstwerke und Kunstschatze unbekannt ist. Im Falle der Archivalien hängt dies mit der inkonsequenten Registrierung zusammen. Registriert wurden einzelne Dokumente, Akten, aber auch Kisten, Koffer, ganze Sammlungen, Familienarchive usw. Hinzu kamen noch Kopien von Archivalien sowie die Fotosammlung des Archivs mit Negativen, Filmplatten und neu angefertigten Fotoabzügen. Die Anzahl der Kunstwerke und Kunstschatze, die aus dem Baltikum abtransportiert wurden, ist ungefähr bekannt. Es handelt sich für Lettland um etwa 13 000 Stück. Eine Gesamtzahl zu erhalten ist unmöglich, weil die Gegenstände während des Krieges ständig umgelagert wurden. Die Kulturgüter wurden an verschiedene Orte im Reich verbracht. Dabei blieben sie verpackt, bis sie ihren Adressaten erreicht hatten. Manche Sammlungen und wertvolle Gegenstände sind auch „spurlos“ verschwunden. Es gibt zum Beispiel keine Informationen über den Verbleib der Münzsammlungen sowie über eines der wertvollsten Stücke, die ausgeführt wurden: die Kaiser-Otto-Schale aus dem 12. Jahrhundert.²³² Eine Gesamterfassung der Bestände der Sammelstelle wird durch die Tatsache erschwert, dass dort viele Gegenstände von Privatpersonen aufbewahrt wurden, die zur Sortierung in die Sammelstelle oder in Lagerhallen von Speditionen gebracht wurden und später an die Besitzer weiter verschickt wurden. Außerdem befand sich die Verwaltung der Kulturgüter nicht immer in der Hand

²³⁰ Wörster, *Geschichte der Dokumentensammlung* (wie Anm. 2), S. 14.

²³¹ Lenz, *Kulturgut der Deutschbalten* (wie Anm. 2), S. 621.

²³² Zur Darstellung vgl. *Das Dommuseum in Riga* (wie Anm. 160), S. 203.

der Sammelstelle, wie das etwa der Fall mit den Gegenständen war, die in polnischen Hafenstädten gelagert wurden.

Schlussbetrachtung

Betrachtet man die Organisation der Verwaltung der während der Umsiedlung der Deutschbalten aus dem Baltikum ausgeführten Kulturgüter, muss man konstatieren, dass die wichtigste Rolle bei der Entscheidung und Zuweisung von Verwaltungskompetenzen der SS-Reichsführer und RKF Himmler und dessen Apparat spielte. Man hat den Eindruck, dass während des Krieges seine Ambitionen wuchsen, die Verwaltung der deutschbaltischen Kulturgüter zu kontrollieren.

So wurde ein spezielles Sippenamt gegründet, das sowohl dem Reichsarchiv als auch dem Innenministerium nicht unterstellt, aber in die Verwaltung des Warthegaus integriert war und das im Grunde, besonders anfänglich, mit der Verwaltung der deutschbaltischen genealogischen Unterlagen beschäftigt war. Ebenso beeinflussten Himmler und seine Mitarbeiter sowohl die formale Ausweitung der Verwaltung der Sammelstelle auf die übrigen Kulturgüter aus dem Baltikum als auch die Aufnahme der praktischen und intensiven Arbeit, etwa durch Amtshilfe bei der Zuteilung von geeigneten Räumen, und bestärkten so indirekt andere deutsche Dienststellen in deren Ansicht, dass hier ein deutschbaltischer Separatismus gefördert würde – was wiederum ihre Assimilation mit den übrigen Volksdeutschen im besetzten Polen verlangsamte.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die deutschbaltischen Spezialisten wie Lenz, Wittram oder andere bei der Verwaltung der Kulturgüter das Kompetenzgerangel der verschiedenen Dienststellen im nationalsozialistischen Deutschland in ihrem Sinn für den Aufbau der Sammelstelle nutzten. Auch wenn sie ihren Traum von einem offiziellen deutschbaltischen Forschungszentrum nicht vollständig realisieren konnten, ging die Tätigkeit der Sammelstelle gleichwohl in diese Richtung. So wurden dort nicht nur die Verteilung der einlaufenden Kulturgüter organisiert, die Gegenstände verwahrt und, falls gewünscht, auch in die eigene Sammlung aufgenommen, sondern es wurde auch eine wissenschaftliche Zeitschrift herausgebracht. Leider schützte die Zusammenlegung der baltischen Kulturgüter in der Sammelstelle diese nicht vor der Zerstreuung am Ende des Krieges.

Die stalinistischen Deportationen in Lettland und die „Deutsche Aktion“ vom 5. und 6. Februar 1945

von Jānis Riekstiņš

Summary

Historians, philosophers and political scientists today regard the Soviet regime, in the form it took in the Soviet Union in the 1920s and 30s, as a classic example of left-wing totalitarianism. One of the essential characteristics of this regime was its ruthless use of terror and all-inclusive political suppression, including the practice of deportation. In total, within a period of twenty years (from 1930 to the beginning of the 1950s) at least 52 deportation campaigns were organised and 130 separate deportation operations carried out. As a result, approximately six million people were deported. Of these, during the time of banishment and in the camps at least 1.2 million people died.

The deportations were an implementation of political, social, class- or ethnicity-related criteria. Thirty-eight of the deportation campaigns (73%) were ethnically motivated and targeted (among others) residents of the USSR who held German ethnicity. The deportations of Germans began in August 1941 and were continued throughout the Second World War. In total, 446,480 citizens of German nationality were exiled to special settlements during these years. At the spoken order of V. Merkulov, the People's Commissar for State Security in the USSR, a „German Action“ was also carried out in Riga, the capital of Latvia, on 5–6 February 1945. During this action, 286 families were deported to the autonomous Soviet republic of Komi, i.e., 521 persons who had been assigned to the „German category“. They remained in camps until the end of the 1950s, when the survivors were allowed to return to their places of origin. The deportations carried out by the totalitarian Soviet regime should be classified as crimes against humanity.

Aus dem Deutschen übersetzt von Louis Maverick, Reno/Lüneburg

Die Historiografie zu den stalinistischen Deportationen im Westen und in Russland

Die Erforschung politischer Verfolgungen durch das kommunistische Regime in der Sowjetunion, denen die Deportationen der 1940er Jahre zuzurechnen sind, war viele Jahre in der UdSSR streng verboten. Bis zum XX. Parteitag der KPdSU im Jahre 1956, als Nikita Chruščev eine breite Kritik und „Demaskierung“ des „stalinistischen Personenkults“ versprach, war dies mit wenigen Ausnahmen das Monopol ausländischer, zumeist entschieden antikommunistischer Wissenschaftler. 1960 erschien das Buch zur Deportation sowjetischer Völker des amerikanischen Historikers Robert Conquest.¹ Obwohl sich der Autor nur auf eine sehr schwache Quellenbasis stützen konnte, gab seine Darstellung bereits ein recht reales Bild der Deportationen in Bezug auf Chronologie und statistische Daten, auch wenn sie bezüglich der Geografie noch wenig genau war. Zwischen 1973 bis 1979 erschienen in Paris die drei Bände des „Archipel Gulag“ von Aleksandr Solženicyn, der dadurch weltweite Berühmtheit erlangte.² Im Kapitel „Die Geschichte unserer Kanalisation“ beschreibt der Autor in bestürzender Weise die Deportationswellen in der Sowjetunion zwischen 1918 und 1965. Da der „Archipel Gulag“ in viele Sprachen übersetzt wurde, wurde das Phänomen gewaltsamer Umsiedlung von Menschen, wie es in der Sowjetunion häufig angewendet wurde, weltweit bekannt. Von der im Westen erschienenen Literatur soll hier auch das 1978 in russischer Sprache erschienene Buch „Verurteilte Völker“ des aus der Sowjetunion emigrierten A. Nekrič erwähnt werden, das 1979 auch auf Englisch erschien.³ Ein gesonderter Teil des Bandes ist dem Leben der Deportationsopfer während des Zweiten Weltkrieges von der Krim, aus der Kalmückensteppe und dem Kaukasus sowie dem Leben in den Speziallagern und dem Prozess der Entlassung gewidmet.

Obwohl die Beschlüsse des XX. Parteitages zumindest im kleinen Rahmen die Möglichkeit eröffneten, die Verbrechen des Stalinismus zu erforschen, wurden die Ergebnisse einer breiteren Öffentlichkeit vorenthalten. Auch eine umfangreiche Publikation von Dokumenten zu den politischen Verfolgungen wie etwa den Deportationen gab es

¹ Robert Conquest, *Soviet deportation of nationalities*. New York 1960.

² Aleksandr Isaevič Solženicyn, *Archipelag GULAG: opyt chudožestvennogo issledovanija* [Der Archipel Gulag – Weg einer künstlerischen Verarbeitung]. T. 1-3, Paris 1973–1975.

³ Aleksandr Nekrič, *The punished peoples. The deportation and fate of Soviet minorities at the end of the Second World War*. New York 1978.

nicht und konnte es unter den politischen Bedingungen der UdSSR auch nicht geben. Erst Ende der 1980er und zu Beginn der 1990er Jahre, während der so genannten „Archivrevolution“, wurden viele Dokumente entdeckt, und Historiker hatten nun die Möglichkeit, sich seriös mit Unmengen an Archivmaterial zu beschäftigen, das Auskunft zum langjährigen System der stalinistischen Verfolgung geben konnte.

Die historische Wende und die damit verbundene neue politische Situation sowie das Ende der ideologischen Zensur in der Wissenschaft förderten auch die Qualität der akademischen, historischen Forschung. Mit der Beendigung des marxistisch-leninistischen Monopols begann der schwierige Findungsprozess neuer, historischer Objektivitäten. Monografien, Aufsätze und Quelleneditionen, die in dieser Zeit erschienen, unterscheiden sich qualitativ erheblich von dem, was während der Jahre des Sowjetregimes über den „Aufbau des Sozialismus“ publiziert worden war. Einen der wichtigsten Themenbereiche bildete dabei die Erforschung der stalinistischen Deportationen.

Am fruchtbarsten auf diesem Gebiet arbeitete der russische Historiker Nikolaj Bugaj, der viele umfangreiche Quelleneditionen über verschiedene Deportationsaktionen in unterschiedlichen Regionen herausbrachte,⁴ die es zum ersten Mal ermöglichten, sich mit einer sehr breiten Quellenbasis vertraut zu machen, darunter auch die verschiedenen Deportationen von Deutschen zu unterschiedlichen Zeitpunkten. Leider wird der Wert der Veröffentlichungen dadurch getrübt, dass sie zumeist ohne Quellenangaben auskommen.

Besser überprüfbar sind daher die Editionen des russischen Historikers Viktor Zemskov zu den Verschleppungen, den Verschleppten, den „Sondersiedlern“ sowie dem System der Sondersiedlungen.⁵

⁴ Nikolaj F. Bugaj, „Pogruženy v ešelony i otpravleny k mestam poselenij...“: L. Berija – I. Stalinu [„In die Züge einladen und am Ort der Siedlungen ausladen“. Schreiben von Berija an Stalin], in: *Istorija SSSR* (1991), No. 1, S. 144-160; Iosif Stalin – Lavrentiju Berii: „ich nado deportirovat?...“: Dokumenty, fakty, kommentarii [Josef Stalin an Lavrentij Berija: „man muss deportieren...“: Dokumente, Fakten, Kommentare], hrsg. v. dems. Moskva 1992; ders., 40–50 gody posledstvija deportacii narodov: Svidetel'stvujut archivy NKVD-MVD SSSR [Die Folgen der Deportationen von Völkern in den 40er und 50er Jahren: Zeugnisse aus den Archiven des NKGB-MVD der UdSSR], in: *Istorija SSSR* (1992), Nr. 1, S. 22-143; ders., O deportacii narodov iz Pribaltiki v 40–50-e gody [Über die Deportationen der Völker aus dem Baltikum in den 40er und 50er Jahren], in: *Molodaja gvardija* (1993), Nr. 4, S. 213-223.

⁵ Viktor N. Zemskov, *Specposelency: po dokumentacii NKVD-MVD SSSR* [Sondersiedler: aus den Dokumentationen des NKVD-MVD der UdSSR], in: *Sociologičeskie Issledovanija* (1990), Nr. 11, S. 3-17; ders., *Zaključennye, specposelency, ssil'no-poselency, ssyl'nye*

Zemskovs Forschung wurde später in einer Monografie zusammengefasst.⁶ Seine Arbeiten halfen, das Schicksal der Deportationsopfer aus Lettland besser zu verstehen. Sehr wichtige Informationen über die Deportation vom 14. Juni 1941 in den baltischen Staaten veröffentlichte der russische Historiker A. Gurjanov, der lange Zeit in verschiedenen Archiven die stalinistischen Deportationen in der Westukraine, in Westweißrussland, Weißrussland sowie in Moldawien erforschte.⁷

Die umfangreichste Übersicht über die stalinistischen Verfolgungen im Baltikum, sowohl zu den Deportationen vom 14. Juni 1941 als auch zu denen vom März 1949, bietet die Quellenedition „Was man nicht verschweigen darf“⁸ der estnischen Historikerin Hilda Sabbo, die erstmals viele Dokumente der zentralen Behörden der UdSSR zur Vorbereitung und Durchführung der Deportationen veröffentlichte. Auch lettischen Historikern, die sich mit den Deportationen beschäftigen, diente diese Veröffentlichung als wichtige und aussagekräftige Quelle.

Obwohl die Herausgeberin keine ausgebildete Historikerin ist und die Dokumente mitunter unsystematisch und ohne Nachweis veröffentlicht wurden, finden sich in der Sammlung seltene Dokumente als Kopien abgedruckt, die Sabbo am Ende der 1980er und zu Beginn der 1990er Jahre in russischen Archiven sammeln konnte. Viele dieser Dokumente sind inzwischen für die Wissenschaft erneut unzugänglich gemacht worden.

Als eine der wichtigsten Publikationen jener Zeit gilt der Quellenband „Die dunklen Kapitel der moldawischen Geschichte“ des moldawischen Forschers V. Passat,⁹ die auch der Deportationsaktion „Süd“ vom Juli 1949 großen Platz einräumt. Der Autor entdeckte viele Dokumente der sowjetischen und moldawischen Staatssicherheit

i vyslannye: statistikogeografičeskij aspekt. [Häftlinge, Sondersiedler, Strafansiedler und Verbannte: der statistisch-geografische Aspekt], in: Istorija SSSR (1991), S. 151-165; ders., Massovoe osvobodženie specposelencev i ssyl'nych [Die Massenbefreiung der Sondersiedler und Verbannten], in: Sociologičeskije issledovanija (1991), Nr. 11, S. 5-26; ders., Prinuditel'naja migracija iz Pribaltiki v 1940–1950-ch godach [Zwangsmigration aus dem Baltikum in den 1940er und 1950er Jahren], in: Otečestvennye archivy (1993), Nr. 1, S. 4-19.

⁶ Viktor N. Zemskov, Specposelency v SSSR [Sondersiedler in der UdSSR]. 1930–1960. Moskva 2005.

⁷ A. Gurjanov, Masštaby deportacii naselenija v glub' SSSR v mae – ijune 1941 g. [Maßstäbe der Deportation der Bevölkerung von der Peripherie der UdSSR von Mai bis Juni 1941], in: Daugava (1997), Nr. 3 (203), S. 124-145.

⁸ Võimatu vaikida. Nevozmžno molčat' [Was man nicht verschweigen darf], hrsg. u. red. v. Hilda Sabbo. Bd. I-II, Tallinn 1996; Bd. III, Tallinn 1998; Bd. IV, Tallinn 1999; Bd. V, Tallinn 2000; Bd. VI, Tallinn 2002.

⁹ V.I. Passat, Trudnye stranicy istorii Moldovy. 1940–1950-e g.g. [Die dunklen Seiten der Geschichte Moldawiens. 1940–1950]. Moskva 1994.

über die Vorbereitung und Durchführung jener Deportationen. Lettische Historiker haben bei der Erforschung der Massendeportationen häufig das Problem, dass bisher keine Dokumente zur Umsetzung jener Operation durch die Staatssicherheit der Lettischen SSR gefunden wurden. Die Dokumente der moldawischen Staatssicherheit erlauben jedoch, Aussagen darüber zu machen, wie die Sicherheitsorgane arbeiteten und wie sie ihre Tätigkeit mit anderen Verfolgungsorganen, der Kommunistischen Partei und der staatlichen Verwaltung koordinierten.

Bedeutende Beiträge zur Deportationsforschung sind auch V. Berdinskichs „Sondersiedler“¹⁰ sowie die Arbeit „Nicht nach seinem Willen“ von Pavel Poljan.¹¹ Poljan beschäftigt sich umfassend mit der Erforschung aller Arten von Deportation, also der erzwungenen, massenhaften Umsiedlung von Bevölkerung. Sein Verdienst sind die Präzisierung und Ausgestaltung der Terminologie sowie die immense Sammlung von Dokumenten und statistischen Daten zu den Deportationen und Sondersiedlungen, die während des gesamten Zeitraums des Bestehens der UdSSR stattfanden, sowohl innerhalb der Grenzen als auch von außen, etwa die Verschleppung von Personen mit anderer Staatsbürgerschaft in die UdSSR oder die Zwangsrepatriierungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Eine große Summe von Daten zu den politischen Verfolgungen und der Rehabilitierung der Opfer enthält die Dokumentensammlung „So erfolgte die Rehabilitierung“.¹² Sie enthält Informationen unter anderem darüber, wie die Liquidierung der Sondersiedlungen geplant, vorbereitet und durchgeführt wurde und wie verschiedene Kategorien von Häftlingen aus den Sondersiedlungen befreit wurden.

Wichtig für die Erforschung der Deportationen war das Erscheinen der „Sammlung von Gesetzen und normativen Akten zu den Repressionen und zur Rehabilitation von Opfern politischer Repressionen“ aus dem Jahre 1993, die der Oberste Rat der Russischen

¹⁰ V.A. Berdinskich, *Specposelency. Političeskaja slylka narodov Sovetskoj Rossii* [Sondersiedler. Politische Strafverfolgung der Völker der Sowjetunion], Kirov 2003.

¹¹ Pavel Poljan, *Ne po svoej vole. Istorija i geografija prinuditel'nych migracij v SSSR* [Nicht nach seinem Willen. Geschichte und Geografie der Zwangsmigration in der UdSSR]. Moskva 2001.

¹² *Reabilitacija, kak eto bylo. Dokumenty Prezidiuma CK KPSS i drugie materialy*. T. 1: Mart 1953 – Fevral' 1956 [So erfolgte die Rehabilitierung. Dokumente des Präsidiums des ZK der KPdSU und andere Materialien. Bd. 1: März 1953 bis Februar 1956]. Moskva 2008; T. 2: Fevral' 1956 – načalo 80-tych godov [Bd. 2: Februar 1956 bis Anfang der 1980er Jahre]. Moskva 2003.

Föderation herausgegeben hatte.¹³ Einen Band mit ähnlichem Inhalt veröffentlichte im Jahre 1999 die Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation.¹⁴

Die bedeutendste Veröffentlichung aber ist sicherlich die umfangreiche Quellenedition zur „Geschichte des stalinistischen GULAG vom Ende der 1920er bis zur ersten Hälfte der 1950er Jahre. Dokumente in sieben Bänden“, die von der Archivagentur der Russischen Föderation, dem Staatsarchiv der Russischen Föderation sowie der Hoover Institution on War, Revolution and Peace herausgegeben wurde. Sie zeigt am umfangreichsten die Tragik der Deportationen verschiedener Jahre in verschiedenen Regionen der UdSSR.¹⁵ Der erste Band „Die Massenrepressionen“ widmet sich mit seinen Materialien den Massenverfolgungen in den 1930er bis 1950er Jahren. Er enthält Dokumente der Verfolgungsorgane, der herrschenden Kommunistischen Partei sowie der staatlichen Verwaltung aus der Hauptphase der stalinistischen Verfolgungen: von den Verhaftungen und Deportationen während der Zwangskollektivierung über die Phase des „Großen Terrors“ 1937 bis 1938 bis hin zu den politischen Säuberungen und Sondergesetzgebungen der 1940er und 1950er Jahre. Besonders wichtig ist, dass hier erstmals der Beschluss des Ministerrates der UdSSR Nr. 390-139 vom 29. Januar 1949 zur Verschleppung der „Kulaken“, „Nationalisten“ sowie deren Familienangehörigen aus Estland, Lettland und Litauen veröffentlicht wurde. Der fünfte Band der Edition „Sondersiedler in der UdSSR“ beinhaltet vor allem Material zu den Sondersiedlungen, den Insassen der Sondersiedlungen sowie dem

¹³ Sbornik zakonodatel'nych i normativnych aktov o repressijach i reabilitacii žertsv političeskich repressij [Sammelband zu den Verurteilungen, den normativen Akten der Repressionen und zur Rehabilitierung der Opfer der Repression]. Moskva 1993.

¹⁴ Sbornik zakonodatel'nych i normativnych aktov o repressijach i reabilitacii žertsv političeskich repressij [Sammelband zu den Verurteilungen, den normativen Akten der Repressionen und zur Rehabilitierung der Opfer der Repression]. Kursk 1999.

¹⁵ Istorija Stalinskogo GULAGA. Konec 1920-ch – pervaja polovina 1950-ch godov. Sbranie dokumentov v semi tomach [Geschichte des stalinistischen GULAG vom Ende der 1920er bis zur ersten Hälfte der 1950er Jahre. Dokumente in sieben Bänden]. Tom 1: Massovyje repressii [Die Massenrepressionen]. Moskva 2004; Tom 2: Karatel'naja sistema: struktura i kadry [Bd. 2: Das Strafsystem: Struktur und Kader]. Moskva 2004; Tom 3: Ekonomika Gulaga [Bd. 3: Die Wirtschaft des Gulag]. Moskva 2004; Tom 4: Naselenie Gulaga: čislennost' i uslovija soderžanija [Bd. 4: Die Insassen des Gulag: ihre Zahl und Unterhaltsbedingungen]. Moskva 2004; Tom 5: Specpereselency v SSSR [Bd. 5: Die Sondersiedler in der UdSSR]. Moskva 2004; Tom 6: Vosstanija, bunty i zabastovki zaključennyh [Bd. 6: Aufstände, Aufruhr und Streiks der Gefangenen]. Moskva 2004; Tom 7: Sovetskaja repressivno-karatel'naja politika i penitenciar'naja sistema v materialach Gosudarstvennogo archiva Rossijskoj Federacii. Annotirovannyj ukazatel' del [Bd. 7: Die sowjetische Straf- und Unterdrückungspolitik und das Strafsystem in den Akten des Staatlichen Archivs der Russischen Föderation. Kommentiertes Findbuch der Akten]. Moskva 2005.

schrittweisen Abbau des Systems der Sondersiedlungen nach Stalins Tod. Hier finden sich ebenfalls alle Befehle, Direktiven und Instruktionen der wichtigsten Staatsorgane, die an den Verfolgungen beteiligt waren. Die Dokumente geben Auskunft über den rechtlichen Status und das „Regime“, dem die Insassen zugeteilt worden waren, und enthalten verschiedene Rechenschaftsberichte, die eine Rekonstruktion des Lageralltags erlauben. Die Materialien enthalten zusätzlich statistische Daten sowie Angaben zur Anzahl und Zusammensetzung der Deportierten. Im Jahr 2005 erschien ferner der von N. Pabol' und P. Poljan herausgegebene Dokumentenband „Die stalinistischen Deportationen“,¹⁶ der viele außergewöhnlich wertvolle Zeugnisse über die vom sowjetischen Regime durchgeführten verbrecherischen Deportationen enthält.

Die Deportationen in Lettland

Die Tragödie und das Schicksal der Leidtragenden der baltischen Deportationen vom 14. Juni 1941, vom 25. März 1949 und anderer Jahre war für die Betroffenen wie für Historiker von Anfang an von besonderem Interesse. Bereits während des Zweiten Weltkrieges begann man im deutsch besetzten Lettland damit, Zahl und Leidenswege der nach Sibirien verschleppten Einwohner Lettlands zu rekonstruieren. Nach dem Ende des Krieges und bereits im Exil war auf diesem Gebiet besonders der Jurist, Historiker und Publizist Ādolfs Šilde aktiv. Er veröffentlichte u.a. 1956 das Buch „Auf den Spuren der Deportierten“.¹⁷ Eine besondere Forschungsleistung des lettischen Exils stellte 1982 die in Schweden veröffentlichte fast vollständige Personenliste der Deportierten vom 14. Juni 1941 dar, die erstmalig detaillierte Angaben über diese erste sowjetische Deportation in Lettland enthielt.¹⁸

Mit der politischen Wende ab Ende der 1980er Jahren konnten auch Historiker in Sowjetlettland viele wichtige Zeugnisse über die stalinistischen Verbrechen und das Schicksal der betroffenen Personen sowohl in wissenschaftlichen Zeitschriften, in Quelleneditionen als auch in verschiedenen Zeitungsartikeln veröffentlichen. Viele wichti-

¹⁶ N.L. Pabol', P.M. Poljan, *Stalinskie deportacii 1928–1953* [Die Stalinschen Deportationen 1928–1953]. Moskva 2005.

¹⁷ Ādolfs Šilde, *Pa deportēto pēdām: Latvieši padomju vergu nometnēs* [Auf den Spuren der Deportierten. Letten in sowjetischen Sklavenlagern]. Stokholmā [Stockholm] 1956.

¹⁸ *These Names accuse. Nominal List of Latvians Deported to Soviet Russia in 1940–1941*, hrsg. v. Latvian National Foundation. Stockholm 1982.

ge Publikationen zur Vorbereitung und Durchführung der Deportationen, zur Rückkehr der Verschleppten aus den Orten der Sondersiedlungen sowie zu den Bemühungen der Deportierten auf Restituierung oder Kompensation ihres verlorenen Eigentums veröffentlichte der Autor dieses Beitrages.¹⁹ Bedeutend für die Erforschung der Deportationen vom 25. März 1949 sind Materialien aus dem Staatlichen Russischen Militärarchiv, die Heinrihs Strods veröffentlichte und die die Beteiligung von Teilen des sowjetischen Militärs, die der sowjetischen Staatssicherheit unterstellt waren, während der Vorbereitung und Durchführung der Operation „Küstenbrandung“ belegen.²⁰ Strods befasste sich auch mit der Frage, welche Rolle Aktivisten und Mitglieder der sog. Vernichter-Bataillone in Sowjetlettland bei der Durchführung der Deportationsaktion spielten.²¹

¹⁹ Jānis Riekstiņš, Staļinisko represiju aizsākums Latvijā [Der Beginn der stalinistischen Repressionen in Lettland], in: *Latvijas Vēsture* (1991), Nr. 1, S. 21-30; ders., Latvijas bāreņu atgriešanās no Sibīrijas [Die Rückkehr der lettischen Waisen aus Sibirien], in: *Latvijas Vēstnesis* v. 26. Dezember 1996; ders., Genocīds (1949. gada 25. marta deportācijas akcija Latvijā) [Genozid (Die Deportationen vom 25. März 1949 in Lettland)], in: *Latvijas Vēsture* (1991), Nr. 2, S. 34-39 u. Nr. 3, S. 24-29; ders., Lauksaimniecības kolektīvizācijas un „kulaku“ deportācija Latvijā 1949. gads [Die Kollektivierung der Landwirtschaft und die Deportation der „Kulaken“ in Lettland im Jahre 1949], in: *Zinātņu Akadēmijas vēstis* (2000), Nr. 1/2, S. 59-79; ders., Deportēto Latvijas iedzīvotāju atbrīvošana no spēcīnētājuma (1953.-1959.) [Die Entlassung der deportierten Einwohner Lettlands aus den Sondersiedlungen], in: *Latvijas Vēsturnieku komisijas Raksti*. 20. sēj.: Okupācijas režīmi Latvijā 1940.-1959. gadā [Schriften der Historikerkommission Lettlands. Bd. 20: Die Okkupationsregime in Lettland] 1940-1959]. Rīga 2004, S. 576-604; ders., Deportēto Latvijas pilsoņu centieni atgūt zaudēto īpašumu (1953-1959) [Die Bemühungen der deportierten Staatsbürger Lettlands um Rückerhalt ihres verlorenen Eigentums (1953-1959)], in: *Latvijas Vēsturnieku komisijas Raksti*. 13. sēj.: Totalitārie okupācijas režīmi Latvijā 1940.-1964. gadā [Schriften der Historikerkommission Lettlands. Bd. 13: Die totalitären Okkupationsregime in Lettland 1940-1964]. Rīga 2004, S. 511-526; ders., 1949. gada 25. marta deportācija Latvijā [Die Deportation vom 25. März 1949 in Lettland], in: *Latvijas Vēsturnieku komisijas Raksti*. 9. sēj.: Padomju okupācijas režīms Baltijā 1944.-1959. gadā. Politika un tās sekas [Schriften der Historikerkommission Lettlands. Bd. 9: Das sowjetische Okkupationsregime im Baltikum 1944-1959. Die Politik und deren Folgen]. Rīga 2003, S. 162-169.

²⁰ Heinrihs Strods, Deportācijas operācija „Krusta banga“ [Die Deportationsaktion „Küstenbrandung“], in: *Okupācijas varu nodarītie postījumi Latvijā 1940.-1990. Rakstu krājums* [Die von den Besatzungsmächten in Lettland verursachten Zerstörungen 1940-1990. Sammelband], red. v. T. Puisāns. Stockholm/Toronto 2000, S. 256-272; ders., PSRS Valsts Drošības ministrijas pilnīgi slepenā Baltijas valstu iedzīvotāju izsūtīšanas operācija „Krusta Banga“ („Priboj“) [Die streng geheime Aktion „Küstenbrandung“ zur Deportation der Bevölkerung der baltischen Staaten durch das sowjetische Ministerium für Staatssicherheit], in: *Latvijas Okupācijas Gadagramāta*. 1999. Genocīda politika un prakse [Jahrbuch des Okkupationsmuseums Lettlands. 1999. Politik und Praxis des Genozids]. Rīga 2000, S. 164-186; ders., Matthew Kott, The File on Operation „Priboi“: A Re-Assessment of the Mass Deportations of 1949, in: *Journal of Baltic Studies* 33 (2002), Nr. 1, S. 1-36.

²¹ Heinrihs Strods, Latvijas cilvēku izvedēji 1949. gada 25. martā [Die Entführer der Menschen aus Lettland vom 25. März 1949], in: <http://vip.latnet.lv/lpra/izvedeji.html> [letzter Zugriff: 20. September 2010].

Parallel zur Veröffentlichung von Dokumenten und Arbeiten, die sich auf diese Editionen stützten und sich direkt den Deportationen widmeten, sind Arbeiten erschienen, die die Deportationsaktionen im Kontext der gesamten Repressionsthematik betrachteten. So analysierte der wissenschaftliche Mitarbeiter des baltischen Forschungszentrums an der Stockholmer Universität Kārlis Kangeris das Material der Lettischen Statistischen Verwaltung zum „Jahr des Schreckens“ (das erste Jahr der sowjetischen Besatzung 1940/41), das in der Hoover Institution erhalten ist.²² Daina Bleieres Artikel „Die Repressionen gegen die Einwohner Lettlands von 1944 bis 1965“ beinhaltet auch die Deportationen des Jahres 1949.²³

Viele Dokumente zu den Deportationen vom Juni 1944 sowie vom März 1949 sowohl aus dem Staatsarchiv Lettlands als auch aus dem Staatsarchiv der Russischen Föderation wurden in dem Dokumentenband „Die Politik der Besatzungsmächte in Lettland 1939–1991“ veröffentlicht.²⁴

Dokumente, die die Durchführung der Deportation vom März 1949 sowie die Stimmung der Bevölkerung nach der Verschleppungsaktion, den Prozess der Rückkehr der Verschleppten nach Lettland und die Haltung der Regierung der Lettischen Sowjetrepublik dazu widerspiegeln, finden sich im Quellenband „Lettland unter sowjetischer Besatzung. 1945–1986“.²⁵

In den Jahren 1995 und 1996 edierte und publizierte das Staatsarchiv Lettlands zusammen mit der „Abteilung zur Rehabilitierung von zu Unrecht verfolgten Bürgern des Innenministeriums der Republik Lettland“ eine Beilage „Verzeichnis der Verfolgten“ zur Zeitschrift „Latvijas Arhīvi“, die kurze Informationen zu allen Einwohnern Lettlands beinhaltete, die von den Deportationen in der Zeit von 1941 bis 1953 betroffen waren. Dem Material, das die beiden Leiter der genannten Abteilung Benedikts Spridzāns²⁶ und Zenons Indri-

²² Kārlis Kangeris, Latvijas Statistikas pārvaldes materiāli par Baigo gadu Hüvera institūtā arhīvā [Das Material der Statistischen Verwaltung Lettlands über das Jahr des Schreckens im Archiv der Hoover Institution], in: Latvijas Arhīvi (1994), Nr. 2, S. 87-91.

²³ Daina Bleiere, Represijas pret Latvijas iedzīvotājiem 1944.–1965. gadā, in: Latvijas Vēstures institūta žurnāls (2006), S. 110-135.

²⁴ Okupācijas varu politika Latvijā. 1939.–1991. Dokumentu krājums. Rīga 1999.

²⁵ Latvija padomju režīma varā. 1945.–1986. Dokumentu krājums. Rīga 2001.

²⁶ Benedikts Spridzāns, Tā sākās Latvijas iedzīvotāju masveida represijas [So begannen die Massenrepressionen gegen die Einwohner Lettlands], in: Represēto saraksts. 1941 [Liste der Verfolgten. 1941], hrsg. v. Latvijas Valsts arhīvs. Rīga (1995), Nr. 1, S. 2 f.; ders., Deportāciju turpinājums [Die Fortsetzung der Deportationen], in: Represēto saraksts. 1941–1953 [Liste der Verfolgten. 1941–1953], hrsg. v. Latvijas Valsts arhīvs. Rīga (1995), Nr. 2, S. 128; ders.,

kovs²⁷ gesammelt hatten, konnten wichtige Informationen sowohl zur Vorbereitung und Durchführung der Deportationen als auch zum Verlauf der Rehabilitation der Verschleppten entnommen werden. In diesem „Verzeichnis der Verfolgten“ wurde erstmals die Deportation der Deutschen aus Lettland, die am 5. und 6. Februar 1945 stattfand, erwähnt.

1999 begannen Mitarbeiter des Staatsarchivs Lettlands mit Unterstützung der Historikerkommission Lettlands ein Projekt unter der Überschrift „Sammelband zur Erinnerung an die Einwohner Lettlands, die am 14. Juni 1941 deportiert wurden“. Zur Vorbereitung auf eine größere Publikation wurden vor allem Bestände des Staatsarchivs Lettlands ausgewertet, deren Daten mit Unterstützung des Hauptinformationszentrums des Innenministeriums der Russischen Föderation vervollständigt und präzisiert werden konnten. Auch das Staatsarchiv der Russischen Föderation stellte Dokumente zentraler Behörden der UdSSR zur Verfügung. Zu jeder Person, die am 14. Juni 1941 verhaftet und verschleppt wurde, konnten folgende Daten ermittelt werden: Vor- und Nachname, Vatersname, Geburtsjahr; Adresse des Wohnortes; Angaben zum Ort, von dem die Person verschleppt wurde; Verhaftung bzw. Deportationsdatum; der erste Ort der Haft bzw. der Deportation; der Ort, von dem die Entlassung erfolgte, bzw. bei denjenigen, die in der Deportation verstarben, das Datum des Todes bzw. der Erschießung; und schließlich Entlassungs- und Aktennummer. Aufgrund dieser Daten wurden die Sammel Listen der Deportation für die Veröffentlichung vorbereitet.

Die Ergebnisse des Projektes wurden schließlich 2001 in dem Erinnerungsband „Die Verschleppten. Der 14. Juni 1941“²⁸ publiziert. Insgesamt konnten Daten zu 15 424 Opfern dieser ersten größeren Deportation veröffentlicht und im Hinblick auf das Ausmaß und die Folgen für Wirtschaft, Demografie und Gesellschaft Lettlands analysiert werden – Folgen, die sowohl Letten als auch andere ethnische Bevölkerungsgruppen Lettlands trafen. In dem Buch konnte jedoch belegt werden, dass die Deportationsaktion die lettische Bevölkerung

Latvijas melnākā diena [Lettlands schwärzester Tag], in: Repesēto saraksts. 1949 [Liste der Verfolgten. 1949], hrsg. v. Latvijas Valsts arhivs. Rīga (1995), Nr. 1, S. 2 ff.

²⁷ Zenons Indrikovs, Tragēdijai nav noilguma [Für Tragödien gibt es keine Verjährung], in: Repesēto saraksts. 1949 [Liste der Verfolgten. 1949], hrsg. v. Latvijas Valsts arhivs. Rīga (1995), Nr. 1, S. 6.

²⁸ Aizvestie. 1941. gada 14. jūnijs. Rīga 2001. Da das Buch bald zu einer bibliografischen Rarität wurde, gab das Lettische Staatsarchiv mit Unterstützung der Europäischen Kommission und des Kultusministeriums der Republik Lettlands 2007 eine Neuauflage heraus.

besonders schwer traf, die einen Anteil von 81% an der Gesamtzahl der aus Lettland verschleppten Personen zu verzeichnen hatte. 46,5% Deportierten waren Frauen und 15% Kinder im Alter bis zehn Jahre. Betroffen waren vor allem lettische Politiker, Militärs, Justizpersonal, Polizisten, Leiter von politischen und gesellschaftlichen Organisationen und Personen, die in Wissenschaft und Kultur oder als Lehrer beschäftigt waren sowie jeweils deren Familienangehörige. Von zehn Deportierten starben vier in Haft oder Sondersiedlungen. Zudem erkrankten viele an unheilbaren Krankheiten. Der überwiegende Teil der Überlebenden konnte erst Mitte der 1950er Jahre in die Sowjetrepublik Lettland zurückkehren. Die Herausgeber des Bandes gelangten in ihrer Untersuchung zu dem Schluss, dass die Deportation vom 14. Juni 1941 als Genozid gegen das lettische Volk zu bewerten sei. Viele Einwohner Lettlands, die 1941 verschont geblieben waren, flüchteten am Ende des Zweiten Weltkrieges in den Westen, um sich und ihre Angehörigen vor weiteren sowjetischen Deportationen zu bewahren.

Die größte Deportationsaktion im Baltikum wurde jedoch auf Beschluss der sowjetischen Führung im März 1949 ausgeführt, und die Familien von „Kulaken“, „Banditen“, und „Nationalisten“ wurden auf „ewige Zeit“ nach Sibirien verschleppt. Um diese größte Massenverschleppung von Einwohnern Lettlands sowie andere kleinere Deportationsaktionen der Nachkriegszeit und ihre Folgen zu erforschen, begannen die Mitarbeiter des Staatsarchivs Lettlands mit Unterstützung der Lettischen Historikerkommission 2002 mit einem weiteren Forschungsprojekt unter dem Titel „Erstellung einer Datenbank zu den Personen, die am 25. März 1949 deportiert worden sind“ und mit der Vorbereitung zu einem Folgeband des Buches „Die Verschleppten“.

Die Datenbank zu den Deportationsopfern der lettischen Bevölkerung vom 25. März 1949 beinhaltetete gegen Ende des Projektes Daten aus 13 283 Deportationsakten und 3 902 Strafverfolgungsakten der Staatssicherheit zu 44 271 Personen, die verschleppt wurden. Außerdem wurden Daten zu weiteren 11 299 Personen gesammelt, darunter Personen, die zwar auf den Deportationslisten standen, tatsächlich aber nicht verschleppt wurden, sowie Kinder, die an den Verbannungsorten nach 1950 geboren wurden und über die Informationen in den Archivbeständen gefunden wurden. Weitere Datensätze betrafen Verurteilte, die aus der Haft befreit und in Sondersiedlungen verbracht wurden. Insgesamt finden sich in der Datenbank Informationen zu 55 570 Personen.

Die Daten und Personalbögen, die die Mitarbeiter des Staatsarchivs Lettlands zusammentrugen, geben zudem Auskunft über wei-

tere kleinere Deportationen in anderen Jahren: so wurden z.B. am 5. und 6. Februar 1945 aus Riga und Jurmala 521 Deutsche und 145 Staatenlose verschleppt; nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurden 607 Familienangehörige von Personen verschleppt, die als „Verräter der Heimat“ zum Tode verurteilt und erschossen worden waren; und schließlich wurden 1951 44 Angehörige der Religionsgemeinschaft „Zeugen Jehovas“ deportiert.

Die lettische Datenbank zu den Opfern der sowjetischen Verfolgungen besteht heute aus folgenden Teilen: den Deportationsopfern vom 14. Juni 1941, den Opfern der Verschleppungsaktion vom 25. März 1949, sowie den Opfern kleinerer Aktionen, wie sie genannt wurden; darüber hinaus weiterer Personen, die nach der Verbüßung einer Haft oder dem Aufenthalt in Filtrationslagern aus Sowjetlettland deportiert wurden. Aufgrund der Datenbank wurde schließlich die zweibändige Veröffentlichung „Die Verschleppten vom 25. März 1949“ erstellt,²⁹ die Daten zu 44 271 Personen enthält und 2007 erschien.

Wie die beiden genannten Veröffentlichungen zu den Deportationen von 1941 und 1949 belegen, betrafen die Massendeportationen von Einwohnern Lettlands, die das totalitäre Sowjetregime durchführte, mehr als 60 000 Personen, die in der Mehrheit Letten waren. So bildeten zum Beispiel Letten unter den Opfern der Deportation von 1949 mit 95,4% die große Mehrheit. Auch wenn die Deportationen formal aufgrund politischer Merkmale und von „Klassenmerkmalen“ durchgeführt wurden, kann man als Grundstruktur einen ethnischen Charakter der Deportationen ausmachen. Das Ziel der Operation war nicht einfach „die Liquidierung der antikommunistischen Zersetzungstätigkeit“ (Motiv der Deportation vom 14. Juni 1941) oder die „Liquidierung des bewaffneten Widerstandes und der Kulaken als Klasse“ (Begründung für die Deportationen vom 25. März 1949), sondern auch, Vorbereitungen für eine Kolonisierung, Russifizierung und umfassende Sowjetisierung Lettlands zu treffen. Die Vernichtung oder die Verschleppung auf „ewige Zeiten“ von vielen tausend einheimischen Letten eröffnete die Möglichkeit, Tausende russischsprachiger Migranten in das Land strömen zu lassen: als Arbeiter der Schwer-

²⁹ Aizvestie. 1949. gada 25. marts [Die Verschleppten. 25. März 1949]. Riga 2007. Auch in dieser Veröffentlichung werden folgende Angaben gemacht: Vor- und Nachname, Vatersname, Geburtsjahr und Adresse des Wohnorts; der Ort, von dem die Person verschleppt wurde; das Datum der Deportation oder Verhaftung; der erste Ort der Haft bzw. der Sondersiedlung sowie der Ort, an dem die Personen entlassen wurden; das Datum der Befreiung und die Nummer der Archivakte.

industrie, Facharbeiter, Leitende Angestellte und pensionierte Militärangehörige, die lange Zeit als die sichersten und kämpferischsten Unterstützer des sowjetischen Besatzungsregimes in Lettland galten.

Deportationen – Verbrechen gegen die Menschheit

Der bekannte russische Intellektuelle und Wissenschaftler Aleksandr Jakovlev bewertete im Vorwort der russischen Ausgabe der großen, zusammenfassenden Forschungsarbeit „Das Schwarzbuch des Kommunismus“ unter der Überschrift „Bolschewismus – eine soziale Krankheit des 20. Jahrhunderts“ die Kommunistische Partei der Sowjetunion und die Politik der sowjetischen Führung, den Bolschewismus, als Verbrechen. Er schrieb:

„Nach der marxistischen Ideologie ist alles moralisch und vorbildlich, was für die Revolution, das Proletariat und die Interessen des Kommunismus förderlich ist. Begründet auf dieser Ethik wurden im Bürgerkrieg Geiseln erschossen, Bauern vernichtet, Konzentrationslager errichtet und ganze Völker umgesiedelt. Indem die Utopie über die Menschlichkeit gestellt wurde, wurde die Möglichkeit eröffnet, sich in der Auswahl der Mittel keine Beschränkungen aufzuerlegen, Gewalt und Repressionen anzuwenden und im Kampf um die Macht Kategorien wie Gut und Böse zu ignorieren. Wahrhaftige Werte wie Freiheit, Solidarität, Güte und Liebe schienen verbannt zu sein, weil sie nur das Klassenbewusstsein schwächen würden.“³⁰

Zahlreiche Historiker, Philosophen und Politologen bewerten heute das Sowjetregime in der Weise, wie es sich in den 1920er und 1930er Jahren offenbarte, als klassisches Beispiel für linken Totalitarismus. Die wichtigsten Aspekte dieses Phänomens waren der rücksichtslose Terror und breite politische Repressionen, zu denen auch die Deportationen zählen.

Die sowjetischen Deportationen sind als Verbrechen gegen die Menschheit zu bewerten. Der US-amerikanische Historiker und Po-

³⁰ Le Livre noir du communisme. Crimes, terreur, répression, hrsg. v. Stéphane Courtois (u.a.). Paris 1997; dt. Ausgabe unter dem Titel: Das Schwarzbuch des Kommunismus, hrsg. v. Stéphane Courtois (u.a.). München 2004. Hier zitiert nach der russischen Ausgabe: Černaja kniga kommunizma. Prestuplenija. Terror. Repressii. Moskva 1999, S. 9.

litikwissenschaftler Norman Naimark (Universität Stanford) schreibt über die Massendeportationen:

„(...) erzwungene Deportationen können selten ohne Gewaltanwendung durchgeführt werden, sie nehmen gelegentlich auch die Form physischer Vernichtung an.

Die Menschen wollen nicht freiwillig ihre Häuser verlassen. Sie wollen bis zuletzt in ihrer Umgebung bleiben. Sie tun alles, um dort zu bleiben, wo seit Jahrhunderten ihre Familien gelebt haben und sich die Gräber ihrer Vorfahren befinden. Somit haftet den Zwangsdeportationen oft der Charakter genozidaler Politik an, wenn Menschen mit Gewalt aus ihren Häusern gezerrt werden und jene, die sich widersetzen, ermordet werden. Auch dann, wenn das Ziel der Zwangsdeportationen nicht die Vernichtung der Bevölkerung beinhaltete, kann man deren tatsächliche Folgen oft von geplantem Völkermord nicht unterscheiden.“³¹

Die Deportation von Deutschen durch das sowjetische Volkskommissariat für Staatssicherheit in Riga vom 5. und 6. Februar 1945 und das System der „Sondersiedlungen“

Die zwangsweise Umsiedlung oder Deportation ist eine besondere Form politischer Unterdrückung. Der Deportationsforscher Pavel Poljan zeigte, dass diese in der Sowjetunion zwei charakteristische Merkmale besaß: Zunächst hatten die Deportationen einen administrativen Charakter bzw. erfolgten im rechtsfreien Raum. Zudem wurde nach Listen vorgegangen: Es wurde nicht etwa eine Einzelperson verfolgt, sondern eine ganze Gruppe von Personen, die nach Kriterien zusammengesetzt wurde, die von staatlichen Behörden aufgestellt worden waren. Die Entscheidung zu den Deportationen, die von Sicherheitsbehörden und anderen staatlichen Stellen geplant worden waren, fiel in der Führung der Kommunistischen Partei und des Staates, dies geschah jedoch nicht in Einklang mit ihren rechtlichen

³¹ Norman M. Naimark, *Fires of Hatred. Ethnic Cleansing in 20th Century Europa*. Harvard 2001. Hier zitiert nach der russ. Ausgabe: Norman M. Naimark, *Plamja nenavisti: Etničeskie čistki v Evrope XX veka*. Moskva/S.-Peterburg 2005, S. 12 f.

Kompetenzen und dem formalen Rechtssystem der Sowjetunion. Ein weiteres Merkmal der Deportationen war das Herausreißen einer großen Bevölkerungsgruppe aus seiner bekannten Umgebung und die Verschleppung in eine neue, ungewohnte und lebensfeindliche Gegend.³² Als Deportation definiert Poljan die zwangsweise Verschleppung einer präzise festgelegten Personengruppe, als Kontingent bezeichnet, an einen konkreten Ort unter Anwendung von Gewalt, mit Durchführung nach einem festen Zeitplan und nach einem vorher festgelegten Ablaufplan.³³ Für jede Verschleppungsaktion einzelner Bevölkerungsgruppen waren besondere juristische Formalitäten vorgesehen, die mit den damaligen historischen Umständen der Deportation verbunden waren, z.B. besondere Dokumente oder unterschiedliche Zeitpunkte der Maßnahme. Die Deportationen wurden nach politischen, sozialen, ökonomischen, ideologischen und „Klassen“-Kriterien durchgeführt. Oft wurden die Kriterien auch vermischt, so wurde etwa die „soziale Klasse“ mit der „Nationalität“ verbunden.

Obwohl die ersten zwangsweisen Umsiedlungen von Bevölkerungsgruppen in Sowjetrußland bereits gegen Ende des Bürgerkrieges stattfanden, wurde die Deportation als Instrument zur systematischen Bekämpfung tatsächlicher und eingebildeter politischer Feinde erst in der zweiten Hälfte der 1920er bis in die 1940er Jahre entwickelt. Bis 1952 wurden in der Sowjetunion über sechs Millionen Menschen Opfer „innerer“ Deportationen. Hinzu rechnet man nach Ende des Zweiten Weltkrieges und in der darauf folgenden Zeit über 5,7 Millionen Menschen als Opfer so genannter „äußerer“ oder „internationaler“ Umsiedlungsaktionen, darunter die erzwungene Repatriierung von Sowjetbürgern, die Zwangsmobilisierung von Volksdeutschen aus Polen, Rumänien und anderen Staaten zur Zwangsarbeit in der Sowjetunion, die Zwangsumsiedlung von Bevölkerung, die Verschiebung von Grenzen u.a.³⁴ Bereits im Jahr 1936 wurden aus den Grenzregionen der UdSSR Angehörige der polnischen und deutschen Minderheit deportiert. Später wurde die „Säuberung“ des sowjetischen Grenzraumes noch umfassender: Als „nichtvertrauenswürdige Elemente“ wurden Afghanen, Iraner, Koreaner, Kurden, Polen, Ukrainer und Angehörige anderer Minderheitsvölker deportiert. 1940 erfolgten die größten Deportationen im Westteil der UdSSR, im Jahr 1941

³² Pabol', Poljan, *Stalinskie deportacii* (wie Anm. 16), S. 5.

³³ Ebenda, S. 11.

³⁴ Poljan, *Ne po svoej vole* (wie Anm. 11), S. 240.

auch in Moldawien, in Weißrussland und den von der Sowjetunion besetzten baltischen Staaten.

Die Deportationswellen gegen ethnische Gruppen nahmen während des Zweiten Weltkrieges deutlich zu. Zunächst richteten sie sich gegen die deutsche Bevölkerung. Die Deportationen der Deutschen begannen im August 1941. Sie erfolgten gemäß dem Beschluss Nr. 2060-93 „Zur Deportation der Wolgadeutschen nach Kasachstan“ des Rates der Volkskommissare der UdSSR sowie des Zentralkomitees der Kommunistischen Allunionspartei (Bolschewiki) Partei vom 12. August 1941. Wenig später, am 28. August, verabschiedete das Präsidium des Obersten Sowjet der UdSSR ein Dekret, in dem es hieß: „Deportiert alle deutschen Einwohner, die im Wolgagebiet wohnen“.³⁵ Danach wurden viele weitere Beschlüsse verfasst und Verordnungen erlassen, die die Deportation der Deutschen aus vielen Regionen der UdSSR zum Inhalt hatten. Während des Zweiten Weltkrieges wurden insgesamt 446 480 Deutsche in Sondersiedlungen verbracht.³⁶ Den verschleppten Deutschen wurde vorgeworfen, dass in ihren Reihen über 10 000 Spione und Diversanten seien, die auf ein Signal aus Deutschland warten würden, um Diversionstätigkeiten auszuüben. Deutsche wurden unter anderem auch als Arbeitssoldaten der Roten Armee zwangsrekrutiert und zu verschiedenen anderen Zwangsarbeiten verpflichtet. Besonders umfangreiche Verfolgungen von Deutschen wurden auch in Gebieten durchgeführt, die die Rote Armee „befreit“ hatte. Eines dieser Gebiete wurde 1944/45 auch Lettland.

Am 26. Januar 1945 schickte Lavrentij Berija, Volkskommissar des Inneren der UdSSR, eine geheime Mitteilung an Josef Stalin, den Vorsitzenden des Verteidigungskomitees, an Vjačeslav Molotov, den stellvertretenden Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare, und an Georgij Mal'enkov, Sekretär des Zentralkomitees der Allunions-K(b)P, „betreffend die Maßnahmen zur Säuberung der SSR Lettland von feindlichen Elementen“, und berichtete, dass elf deutsche Staatsbürger und Zivilisten entdeckt worden seien, die in Riga wohnten. Sie seien verhaftet und nach dem Ende der Untersuchung in Lager eingewiesen worden. Berija berichtete zudem, dass eine Deportation von Deutschen mit sowjetischer Staatsbürgerschaft sowie von Staatenlosen aus der Gruppe der Polen und Russen in Lettland

³⁵ Zemskov, *Specposelency* (wie Anm. 6), S. 92.

³⁶ Ebenda, S. 94. Vgl. auch: *Deportation, Sondersiedlung, Arbeitsarmee. Deutsche in der Sowjetunion 1941 bis 1956*, hrsg. v. Alfred Eisfeld u. Victor Herdt. Köln 1996.

vorbereitet werde.³⁷ Über die Gründe für die besagte Deportation erklärte die Abteilung für Sonderumsiedler des sowjetischen Innenministeriums (im Frühling 1946 wurden die Volkskommissariate der UdSSR in Ministerien umbenannt) im Sommer 1946:

„Die Umsiedlung spezieller Volksgruppen und ganzer Nationen, zusammen mit ihren Familien und deren persönlichem Eigentum in die zentralasiatischen Republiken, nach Sibirien und in Teile der nordöstlich gelegenen sozialistischen Republiken der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) wurden wegen der besonderen Umstände als staatliche Maßnahmen in Form von Massenrepressionen wegen Verrat der Heimat und Widerstand gegen die Rote Armee während des Kriegs durchgeführt. Die Sonderumsiedlungen wurden vom Innenministerium in bürokratischer Ordnung auf Beschluss des Ministerrates durchgeführt, der in jedem besonderen Fall vom Präsidium des Obersten Sowjet der UdSSR mit und ohne Angabe von Fristen und unter Angabe des Ortes der Sondersiedlung bestätigt worden war.“³⁸

Tatsächlich verliefen die Dinge bei der Deportation vom 5. und 6. Februar 1945 anders. Ein Beschluss der sowjetischen Führung lag nicht vor. So meldete Unterleutnant Verbovskis, stellvertretender Leiter der Abteilung „A“ des Ministeriums für Staatssicherheit der SSR Lettland, am 9. Juni 1951 an Oberst Krotkovs, den stellvertretenden Leiter der 3. Abteilung der 9. Verwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit der UdSSR: „(...) die Deportation erfolgte nach einer Liste der allgemeinen Visa- und Registrierungsabteilung der Milizverwaltung im Innenministerium der SSR Lettland ohne Beschluss zur Deportation“.³⁹ Im Zuge der Überprüfung der Begründetheit der Deportation einer gewissen Elvīra Klokova schrieb der leitende Beamte der Untersuchungsabteilung des Komitees für Staatssicherheit der SSR Lettland (der KGB wurde in der Sowjetunion 1954 gebildet) Hauptmann Saulītis, nachdem er sich mit der Deportationsliste vom

³⁷ Krievijas Federācijas Valsts arhīvs [Staatsarchiv der Russischen Föderation], Fond 9401, Verzeichnis 2, Akte 92, S. 212 f.

³⁸ L.P. Belkovec, Administrativno-pravovoe položenie rossijskich nemcev na specposelenii 1941–1945 g.g.: Istoriko-pravovoe issledovanie [Administrativ-rechtliche Lage der Russlanddeutschen in den Sondersiedlungen in den Jahren 1941–1945: historisch-juristische Untersuchung]. Novosibirsk 2003, S. 189.

³⁹ Latvijas Valsts arhīvs [Lettisches Staatsarchiv, LVA]: F. 1994, A. 12478, S. 14.

5. und 6. Februar 1945 bekannt gemacht hatte, in einer von ihm am 4. Januar 1970 verfassten „Übersichtsauskunft“:

„Die besagte Liste beinhaltete folgende Punkte: 1. Die laufende Nummer, 2. Den Vor- und Nachnamen sowie den Vatersnamen der zur Deportation vorgesehenen Person, 3. Das Geburtsjahr, 4. Die Nationalität, 5. Die Staatsangehörigkeit, 6. Den Wohnort, 7. Bemerkungen. Die Liste erstreckte sich über 24 Seiten und war korrespondierend mit den Wohnorten in 13 Sektoren eingeteilt.

Die Seite 16 der Liste beginnt mit dem neunten Sektor und der ersten Nummer des Sektors: Roberts Berendolfs, Sohn des Eduards, geboren im Jahr 1886, Deutscher, sowjetischer Staatsangehöriger, wohnhaft Daugavpils-Straße 72, Wohnung 7.

Unter der Nummer 16 in diesem Sektor finden sich Elvira Klovov, Tochter des Alexanders, geboren 1909, Deutsche, sowjetische Staatsangehörige, wohnhaft Lubāna-Straße 22, Wohnung 36, Luiza Bartuševiča, Tochter der Ivans (Mutter), geboren 1880, Deutsche, sowjetische Staatsangehörige, wohnhaft Lubāna-Straße 22, Wohnung 36, Luiza Kasparovica, Tochter des Ivan (Verwandte), geboren 1936, Nationalität nicht angegeben, sowjetische Staatsangehörige, wohnhaft Lubāna-Straße 22, Wohnung 36. Als letzter in diesem Sektor wird angegeben Fjodor Novickis, Sohn des Jakovs, geboren 1897, ohne Staatsangehörigkeit, wohnhaft Salaca-Straße 1A, Wohnung 25.“

Die Liste endet mit der Bemerkung: „In der Liste sind nicht die 19 Familienmitglieder aufgezählt, die sich entschlossen haben, freiwillig mit den Deportierten Riga zu verlassen.“

Des Weiteren finden sich am linken Rand der letzten Seite die Eintragung „Oberst Salamatov, stellvertretender Volkskommissar für Staatssicherheit der SSR Lettland“ und am rechten Rand „Kuznjecov, stellvertretender Staatsanwalt für Sonderermittlungen der SSR Lettland“. Ferner steht auf der linken Seite das Datum „Februar 1945“. Ein Datum, wann die Liste erstellt wurde, sowie die Unterschriften der Amtspersonen zur Beglaubigung der Kopie existieren nicht. Auf der letzten Seite findet sich dafür mit rotem Stift die Randbemerkung einer unbekanntenen Person: „Die Deportation wurde aufgrund eines mündlichen Befehls von G.[enosse] Merkulov [V. Merkulov war der Volkskommissar für Staatssicherheit der UdSSR; J. R.] im Rahmen der Säuberung der Stadt Riga in die Stadt Syktyvkar in der KASSR

[der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik Komi] durchgeführt. Eine Kopie dieser Liste wird in der Sonderabteilung des Innenministeriums der SSR Lettland aufbewahrt.“⁴⁰

Um die Umstände der Deportation vom 5. und 6. Februar 1945 zu klären, schrieb Oberst Lukaševič, stellvertretender Vorsitzender des Komitees für Staatssicherheit der SSR Lettland, in einer Anfrage vom 17. Dezember 1969 an A. Prokopenko, Abteilungsleiter im Komitee für Staatssicherheit der UdSSR, und an den Kommissar Dritten Rangs der Miliz I. Krilov, Leiter der 1. Sonderabteilung des Innenministeriums der UdSSR:

„Die 1. Sonderabteilung des Innenministeriums der SSR Lettland hat keine beglaubigte Kopie der Liste der Personen mit deutscher Nationalität und der Personen ohne Staatsbürgerschaft, die im Februar 1945 aus Riga in die ASSR Komi deportiert worden sind. Es handelt sich insgesamt um 666 Personen (...).

Es ist nicht auszuschließen, dass die Deportation der Personen mit deutscher Nationalität auf Wunsch des militärischen Befehlshabers der Baltischen Front geschah, da zu diesem Zeitpunkt der Zweite Weltkrieg noch nicht beendet war, die Kriegshandlungen noch andauerten und es Fälle gab, in denen Deutsche im Rücken der sowjetischen Streitkräfte Angriffe auf Militärpersonal der Roten Armee unternahmen.

Im Zusammenhang mit der Überprüfung der Begründung der Deportation von Deutschen aus Riga im Jahr 1945 und der wiederholten Deportation einiger von ihnen in entfernte Regionen, nachdem diese auf eigene Faust aus Sondersiedlungen in die Lettische SSR zurückgekehrt waren, und auf Grundlage der Weisung des Ministeriums für Staatssicherheit der UdSSR vom 26. Juni 1952, bitten wir Sie zu überprüfen und uns mitzuteilen, aufgrund der Entscheidung welcher Instanz, und aufgrund welcher Motive die Deportation von Deutschen aus der SSR Lettland am 5. Februar 1945 erfolgte.

Oder wurden später irgendwelche Gesetzgebungsakte (Dekret, Beschluss, Befehl) zur Befreiung der Staatsbürger mit deutscher Nationalität aus den Sondersiedlungen mit oder ohne Einschränkungen der vorzeitigen Rückkehr an den ehemaligen Wohnort erlassen?

⁴⁰ LVA, F. 1994, A. 12456, S. 33 f.

Unter Berücksichtigung dessen, dass bezüglich der deportierten Deutschen und Personen ohne Staatsbürgerschaft im Februar 1945 eine Liste zusammengestellt wurde, bitten wir Sie zu überprüfen, wo die uns interessierende Liste ordnungsgemäß aufbewahrt wird (...).⁴¹

Das Komitee für Staatssicherheit der UdSSR antwortete am 11. Februar 1970, dass es keinerlei Dekrete in der fraglichen Angelegenheit der Deportation von Staatsbürgern deutscher Nationalität vom Territorium Lettlands während des Zweiten Weltkrieges Vaterländischen Krieges gegeben habe. Zudem existierten weder beim Komitee für Staatssicherheit der UdSSR noch bei der 1. Sonderabteilung des Innenministeriums der UdSSR Informationen über den Ort, an dem die Personenliste derjenigen, die 1945 aus Riga deportiert worden waren, aufbewahrt werden.⁴²

Als Zusammenfassung in dieser Angelegenheit mag eine Notiz von Oberstleutnant Z. Berkovičs, stellvertretender Leiter des Informationszentrums des Innenministeriums der SSR Lettland, vom 6. April 1972 gelten, in der es heißt:

„Am 5. Februar 1945 erfolgte auf mündlichen Befehl des damaligen Volkskommissars für Staatssicherheit der UdSSR Merkolov, der aufgrund dienstlicher Angelegenheiten in Riga erschien, eine ‚Säuberung‘ der Stadt im Zusammenhang mit kriegsbedingten Umständen und die Deportation von Personen deutscher Nationalität sowie Personen ohne Staatsbürgerschaft⁴³ aus Riga in die ASSR Komi durch Mitarbeiter des Volkskommissariats für Staatssicherheit der SSR Lettland, insgesamt 656 Personen.

Die Deportation erfolgte nach einer Liste des Volkskommissariats für Staatssicherheit, die vom stellvertretenden Staatsanwalt der Lettischen SSR Lettland bestätigt wurde.

Die Überprüfung ergab, dass 63 Personen bereits kurz nach Ankunft in der ASSR Komi im Jahr 1945 verstarben, da das

⁴¹ LVA, F. 1994, A. 12456, S. 70 f.

⁴² LVA, F. 1994, A. 12456, S. 82.

⁴³ Dabei handelte es sich um Inhaber des sog. Nansen-Passes des Hochkommissars des Völkerbundes für Flüchtlingsfragen für staatenlose Flüchtlinge und Emigranten, der 1922 von dem damaligen Hochkommissar Fridtjof Nansen entworfen und nach dem Ersten Weltkrieg besonders für staatenlose russische Flüchtlinge eingeführt worden war.

Kontingent der Deportierten vor allem aus alten Menschen bestand (...).

Die besagten 656 Personen wurden allein aufgrund ihrer Nationalität deportiert (wenn das Familienoberhaupt oder ein anderes Familienmitglied deutscher Nationalität war, oder als Person ohne Staatsbürgerschaft war). Aus anderen Gründen wurden diese Personen nicht deportiert, da es zu diesen Personen keine Anhaltspunkte für antisowjetische Aktivitäten zum Zeitpunkt der Deportation gab.⁴⁴

In diesem Zusammenhang ist die Frage interessant, wie viele Deutsche gegen Kriegsende und nach dem Rückzug der deutschen Wehrmacht überhaupt noch in Lettland und Riga lebten. Laut Volkszählung aus dem Jahr 1935 lebten vor dem Krieg in Lettland 3 518 deutsche Staatsbürger und 62 144 Personen mit deutscher Nationalität, davon hielten sich 38 523 in Riga auf.⁴⁵ Im Herbst 1939 begannen die Umsiedlungen von Auslandsdeutschen in ihre ethnische Heimat. Besondere Aufmerksamkeit erlangten diejenigen Deutschen, die in der sowjetischen Interessensphäre des am 23. August 1939 abgeschlossenen deutsch-sowjetischen Freundschaftsvertrages (Molotov-Ribbentrop-Pakt) lebten. Im geheimen Zusatzprotokoll des Folgevertrages vom 28. September 1939 fand sich ein Punkt über gegenseitige Hilfe für Deutsche, die im sowjetischen Teil der Einflusszone lebten, für den Fall, dass sie aus eigenem Willen in die deutsche Einflussphäre übersiedeln wollten.⁴⁶ Bis zum Frühling 1940 verließen über 51 000 Deutsche Lettland.⁴⁷ Nach der gewaltsamen Eingliederung Lettlands in die UdSSR im Juni 1940 entschied sich auch die Mehrheit der verbliebenen Deutschen dazu, das Land zu verlassen. Eine „Deutsch-sowjetische Vereinbarung über die Umsiedlung von Reichsdeutschen und Volksdeutschen aus der Lettischen und Estnischen SSR“ vom 10. Januar 1941 ermöglichte diesen Personen, die von der UdSSR annektierten baltischen Staaten zu verlassen.⁴⁸ Diese Nachumsiedlung wurde als Akt freiwilligen Handelns dargestellt, doch entsprach dies nicht der Wirklichkeit. Es war klar, dass diejenigen, die bleiben

⁴⁴ LVA, F. 1996, A. 12647, S. 38.

⁴⁵ *Latvija skaitļos. 1936* [Lettland in Zahlen. Das Jahr 1936]. Rīga 1937, S. 39 u. 42.

⁴⁶ Poljan, *Ne po svoej vole* (wie Anm. 11), S. 33.

⁴⁷ Daina Bleiere (u.a.), *Latvijas vēsture. 20. gadsimts* [Geschichte Lettland. Das 20. Jahrhundert]. Rīga 2005, S. 193.

⁴⁸ *Diktierter Option. Die Umsiedlung der Deutsch-Balten aus Estland und Lettland 1939–1941*, zusammengestellt u. eingeleitet v. Dietrich A. Loeber. Neumünster 1972, S. 545 ff.

würden, von sowjetischer Seite als „deutsche Agenten“ angesehen und als verdächtig gelten würden. In der Zeit von Januar 1941 bis zum 25. März verließen im Rahmen der deutschen Nachumsiedlung noch einmal 10 845 Personen Lettland, darunter 3 765 Männer, 5 487 Frauen und 1 785 Kinder im Alter bis 16 Jahre.⁴⁹ Zur selben Zeit verließen 223 deutsche Staatsbürger das Land.⁵⁰ An dieser Stelle muss nachgetragen werden, dass unter den Opfern der Massendeportation aus Lettland vom 14. Juni 1941 auch 10 Deutsche waren.⁵¹

Sofort nach der Rückeroberung Rigas durch die Rote Armee am 13. Oktober 1944 begann die Erfassung der Einwohner, die Ausgabe von Pässen und die Anmeldung der Einwohner. In dieser Phase wurde besonderes Augenmerk darauf gerichtet, „kriminell-verbrecherische und feindliche Elemente“ zu enttarnen. Der Oberst der Miliz A. Košeļev, stellvertretender Volkskommissar des Inneren der SSR Lettland, schrieb an Vilis Lācis, den Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare der SSR Lettland, am 10. April 1945 einen Dienstvermerk „Zur Dokumentation der Einwohner der Stadt Riga“, in dem es u.a. hieß, dass sich „in der Gruppe von Personen, zu der man kompromittierende Nachrichten“ erhalten habe, auch 1 968 Personen deutscher Nationalität befänden. Košeļev führte weiter aus, dass während der Ausgabe der Pässe, die bis zum 20. März 1945 angedauert hatte, neun Personen verhaftet und 406 aus Riga deportiert worden waren. Außerdem seien zu 81 Personen Akten angelegt worden, die dem Volkskommissariat für Staatssicherheit und dem Volkskommissariat des Inneren übergeben worden seien, darüberhinaus seien Akten zu 1 562 Personen angelegt worden, die zu deportieren seien.⁵²

Zu diesem Zeitpunkt begann darüber hinaus auch die Verfolgung von Familienmitgliedern so genannter „Verräter der Heimat“, von „sozial gefährlichen Elementen“ und weiterer Bevölkerungsgruppen. Die Dokumente des Volkskommissariats für Staatssicherheit der UdSSR zur „deutschen“ Operation vom 5. und 6. Februar 1945, die sich im Staatsarchiv Lettlands befinden, belegen, dass die Deportation in großer Eile vorbereitet, sehr oberflächlich und in gewissem Sinne nicht ordnungsgemäß durchgeführt wurde. In den so genannten „Registrierungsakten“ (die in diesem Fall nur bedingt als solche bezeichnet werden können) finden sich nur einige oberflächlich ausgefüllte

⁴⁹ LVA, Partijas arhīvs [Parteiarchiv], F. 101, Verz. 1, A. 52, S. 109.

⁵⁰ LVA, Partijas arhīvs, F. 101, Verz. 1, A. 52, S. 109.

⁵¹ Spridzāns, *Tā sākās* (wie Anm. 26), S. 3.

⁵² LVA, F. 270, Verz. 1, A. 124, S. 148.

Dokumente, so die Personalbögen der Verhafteten, der Haftbefehl oder die Vollmacht zum Verkauf der zurückgebliebenen Gegenstände. In gesonderten Akten gibt es jedoch auch Berichte des Leiters der Operativgruppe über die verhafteten Personen oder die Übergabe der Familien an die Bewacher der Deportationszüge. Die Verhaftung erfolgte in der Nacht. Danach wurden die Verhafteten zum Rigaer Bahnhof gebracht und in Viehwaggons gepfercht. Der Zug Nr. 47/841 in die Autonome SSR Komi verließ Riga am 6. Februar 1945. Am Ort der Sondersiedlungen in der ASSR Komi, in die die Opfer deportiert wurden, übernahm die Abteilung für Sondersiedlungen des Innenministeriums der UdSSR deren Unterbringung und auch die Personalakten. Diese befinden sich noch heute in den Archiven des Innenministeriums der Republik Komi und sind Wissenschaftlern aus Lettland praktisch nicht zugänglich.

In der Sowjetunion wurde das System der Sondersiedlungen zu Beginn der 1930er Jahre ausgebaut, als verbunden mit der Kollektivierung der Landwirtschaft mehrere Millionen wohlhabender Bauern („Kulaken“) in die Randgebiete des Landes deportiert wurden. Die Aufsicht über die Deportierten führte der GULag⁵³ sowie die Verwaltung für Sonderumgesiedelte und deren Abteilungen. 1943 wurde dieses System reorganisiert. Die zuständigen Abteilungen des GULag im sowjetischen Volkskommissariat des Inneren sowie die Abteilungen für Sonderumgesiedelte wurden in der Abteilung für Sondersiedlungen des Volkskommissariats des Inneren zusammengefasst, die eigenständig war und nicht der GULag-Verwaltung im Volkskommissariat des Inneren unterstand. Die Abteilung wurde der Gebiets- und Bezirksverwaltung des Volkskommissariats des Inneren unterstellt. Die wichtigste Verwaltungseinheit für das System der Sondersiedlungen waren die Sonderkommandanturen, eine administrativ-operative Behörde der Verwaltung des Innenministeriums, die sich im jeweiligen Zentrum eines Gebietes mit Sondersiedlern befand. An ihrer Spitze standen ein Kommandant, sein Stellvertreter, ein Gehilfe sowie ein Aufseher. Sie organisierten die Registrierung der Bewohner der Sondersiedlungen und sicherten deren administrative Aufsicht.

Im Februar 1944 trat das Gesetz über Sonderkommandanturen des Volkskommissariats des Inneren in Rayons und Dörfern in Kraft, die die Rechte und Pflichten der Sondersiedler überwachen sollten. In diesem Dokument werden die Kommandanturen zu „einem Appa-

⁵³ Akronym für russ. Glavnoe Upravlenie lagerej, dt. Hauptverwaltung der Besserungsarbeitslager.

rat des Volkskommissariats des Inneren für Dienstleistungen an Deportierten (ehemalige Kulaken, Deutsche, Deportierte aus dem Baltikum und Moldawien etc.)“ erklärt. Die Sondersiedler behielten alle Bürgerrechte, mit einigen Einschränkungen, die vor allem besondere Beschlüsse der Staatsmacht betrafen. So durften etwa die Sondersiedler und ihre Familienmitglieder nicht ohne Erlaubnis der Sonderkommandanturen des Volkskommissariats des Inneren die Verwaltungsgebiete, in denen sich ihre Sondersiedlungen befanden, verlassen. Für Ordnungswidrigkeiten in den Sondersiedlungen konnten verschiedene Zivilstrafen angewendet werden; im Falle von Flucht wurde ein Strafverfahren eingeleitet. Die Hauptgründe für Flucht lagen in den äußerst harten materiellen Umständen und Lebenssituationen sowie dem Wunsch begründet, an den früheren Wohnort zurückzukehren. Anfangs wurden Flüchtlinge als Straftäter nach Art. 82 des Strafgesetzbuches verfolgt und für ein bis fünf Jahre in eines der Lager des Gulag eingewiesen. Als aber am 26. November 1948 das Präsidium des Obersten Sowjet der UdSSR das Dekret „Zur Strafanwendung bei Personen, die von obligaten ständigen Wohnsitzen flüchten“ annahm, wurde die Strafe auf 20 Jahre Arbeitslager festgelegt.⁵⁴ Meist aber missachteten die Machtinstanzen den rechtlichen Status der Sondersiedler und verhängten für verschiedene Vergehen rechtswidrig die höchsten Strafen.

Die Rechtsunsicherheit der Sondersiedler dokumentiert z.B. der Fall des Vilhelms Bartulovičs. Am 5. Februar 1945 wurde er als Deutscher aus Riga in die Stadt Syktyvkar in der ASSR Komi deportiert. Im Oktober 1946 flüchtete er von seinem Zwangsort in den Sondersiedlungen und kehrte nach Lettland zurück. Kurz darauf wurde er verhaftet. Leutnant Skabuls, der operative Verantwortliche der Untersuchungsabteilung des Innenministeriums der SSR Lettland, der den Fall V. Bartulovičs bearbeitet hatte, schickte dessen Akte zur Durchsicht zur Besonderen Beratung beim Innenministerium der UdSSR⁵⁵ und erklärte, dass Bartulovičs ein Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches der RSFSR nach Art. 82, Abs. 2 begangen habe (deren Strafe fünf Jahre nicht überschreiten durfte). Dennoch entschied die Besondere Beratung, ihn gemäß dem Dekret des Präsidiums des

⁵⁴ Sbornik zakonodatel'nych i normativnych aktov (wie Anm. 13), S. 124.

⁵⁵ Die Besondere Beratung, eine Art Sondergericht, wurde 1934 als außergerichtliche Instanz am Volkskommissariat des Inneren der UdSSR eingerichtet. Ihre Beschlüsse wurden in Abwesenheit der Angeklagten nach Listen gefasst. Nach dem Krieg wurde eine Besondere Beratung auch beim Minister für Staatssicherheit der UdSSR eingerichtet. Sie wurde erst nach Stalins Tod im Jahr 1953 wieder aufgelöst.

Obersten Sowjets der UdSSR vom 26. November 1948 zu verurteilen, und verhängte eine Strafe von 20 Jahren Arbeitslager. Aufgrund der Amnestie vom 27. März 1953 wurde seine Strafe aus gesundheitlichen Gründen um die Hälfte verkürzt. Bereits am 15. Oktober 1954 revidierte das Gebietsgericht von Kemerovo Vilhelms Bartulovičs' „Verbrechen“ im Sinne des zuvor genannten Dekrets vom 26. November 1948 und verurteilte ihn nach Art. 82, Abs. 1 des Strafgesetzbuches der RSFSR, das ein Strafmaß von drei Jahren Freiheitsentzug vorsah, auf die aber die bisher abgeleistete Haft angerechnet wurde, so dass er aus der Haft entlassen und an den früheren Ort seiner Sondersiedlung, die Stadt Syktyvkar in der ASSR Komi, gebracht wurde. Von dort wurde er im Dezember 1954 entlassen.⁵⁶

Während der Deportationsaktion vom 5. und 6. Februar 1945 wurden die Opfer, die der „deutschen Kategorie“ zugeordnet worden waren (insgesamt 521 Personen aus 286 Familien, die namentlich abweichend von der weiter oben genannten Zahl 656 festgestellt werden konnten), in Sondersiedlungen der Rayons Ižma, Kožva, Pečora und Syktyvkar sowie in der Stadt Syktyvkar in der ASSR Komi verschleppt. Aus den Archivadokumenten wird ersichtlich, dass sich unter ihnen 355 Deutsche, 60 Letten, 23 Russen, sieben Polen, zwei Juden und jeweils ein Tscheche, Litauer und Österreicher befanden. Bei 71 Personen wird die Nationalität nicht angegeben. Während der Deportation wurden drei Kinder geboren. 118 der Deportierten starben in den Sondersiedlungen, darunter 8 auf der Fahrt dorthin und 73 bereits im Jahr 1945. Dies erklärt sich durch die große Zahl älterer Menschen unter den Deportierten. Von 33 Deportierten ist bekannt, dass sie später aus den Sondersiedlungen flüchteten.⁵⁷

Die Auflösung der Sondersiedlungen und die Entlassung der Deportierten

Zum Zeitpunkt der Deportation im Februar 1945 glaubten die Deutschen, dass sie lediglich bis zum Ende des Krieges deportiert würden, wie aus Archivmaterialien hervorgeht. Wie schon berichtet, wurde ihnen damals weder ein staatlicher Beschluss über ihre Deportation gezeigt, noch wurden die Opfer über die Gründe und die Dauer der Deportation aufgeklärt. Im Jahr 1948 wurde für die verschleppten

⁵⁶ LVA, F 1994, A. 12556, S. 51, 59, 96 u. 97.

⁵⁷ Aizvesti 1949. gada (wie Anm. 29), S. 742.

Deutschen vom Februar 1945 genauso wie alle anderen Deportierten in dieser Kategorie der Aufenthalt in den Sondersiedlungen auf „ewige Zeiten“ festgelegt, so dass keiner darauf hoffen konnte, jemals in seine Heimat zurückzukehren.

Zu Beginn der 1950er Jahre erlebte das System der Sondersiedlungen in der Sowjetunion seinen Höhepunkt. Am 1. Januar 1953 gab das sowjetische Ministerium für Staatssicherheit an, dass sich insgesamt 2 819 776 Personen in Sondersiedlungen aufhielten, die von 51 Abteilungen für Sondersiedlungen, 19 Zweigstellen, 2 976 Sonderkommandanturen und 31 operativen Flüchtlingssucheinheiten beaufsichtigt wurden.⁵⁸ Doch bald darauf erfolgte die schrittweise Liberalisierung dieses Unterdrückungssystems und schließlich dessen Auflösung. Am 5. März 1953 starb der langjährige Führer der Sowjetunion Josef Stalin, doch seine politischen Erben waren weder fähig, dessen Politik der politischen Verfolgung fortzusetzen, noch Verantwortung für die verübten Verbrechen zu übernehmen. Daher begannen Versuche, sowohl den riesigen Gulag als auch das System der Sondersiedlungen zu reorganisieren und die politischen Häftlinge wie die Insassen der Sondersiedlungen zu befreien.

Am 5. Juli 1954 verabschiedete der Ministerrat der UdSSR den Beschluss zur „Aufhebung der Begrenzung der juristischen Bedingungen einiger Sondersiedler“. Die Insassen der Sondersiedlungen durften nun in bestimmten Gebieten, Regionen und Republiken leben (nicht wie zuvor nur in den Grenzen bestimmter Kreise), unter bestimmten Voraussetzungen durften sie sich auf Dienstreisen im ganzen Land bewegen und mussten sich in den Sonderkommandanturen nur einmal im Jahr melden.⁵⁹

Nach dem Befehl Nr. 00597 des sowjetischen Innenministeriums vom 16. Juli 1954 wurden aus den Sondersiedlungen Kinder entlassen, die nach dem 31. Dezember 1937 geboren worden waren. Diesen Kindern wurde erlaubt, in die Heimat zurückzukehren. Da aber deren Eltern und Verwandte nicht aus den Sondersiedlungen entlassen wurden, blieben viele Kinder noch Jahre zusammen mit ihren Familienangehörigen am Ort der Verschleppung.

Mit dem Dekret des Präsidiums des Obersten Rates der UdSSR vom 13. Juli 1954 wurde auch das Dekret vom 26. November 1948 außer Kraft gesetzt, das besagte, dass den Insassen der Sondersiedlungen bei Flucht eine Strafe von 20 Jahren Arbeitslager drohte. In der Folge

⁵⁸ Istorija Stalinskogo GULAGa (wie Anm. 15), Bd. 5, S. 90.

⁵⁹ Reabilitacija, kak eto bylo (wie Anm. 12), Bd. 1, S. 158 f.

musste bei Flucht Art. 82, Abs. 1 des Strafgesetzbuches angewendet werden, der nur noch eine Strafe von drei Jahren Haft vorsah.⁶⁰ Ein weiterer Beschluss des Ministerrates der Sowjetunion vom 24. November 1955 besagte, dass „alleinstehende Invaliden und unheilbar kranke Personen, die ihre Existenz nicht selbst sichern können und ständige Pflege benötigen“, aus der Registrierung der Sondersiedlungen und der Aufsicht verschiedener Instanzen des Innenministeriums zu entlassen seien.⁶¹ Auch in den folgenden Jahren wurden schrittweise verschiedene Kategorien von Deportierten entlassen. Die Sondersiedlungen selbst wurden in der Sowjetunion jedoch erst im Jahr 1965 endgültig aufgelöst.

Die Vorbereitungen zur Entlassung der Deutschen begannen im Februar 1955. Zunächst fertigte das sowjetische Innenministerium für die Staatsführung eine Übersicht über die Zahl der in Sondersiedlungen lebenden Deutschen an, über den Zeitpunkt und die Gründe für ihre Aufnahme in die Registratur der Sondersiedlungen und ihren Aufenthaltsort auf dem Territorium der UdSSR. Im Herbst 1955 begann das sowjetische Innenministerium an den Orten der Sondersiedlungen die Möglichkeit zu sondieren, Bürger mit deutscher Nationalität zu entlassen. Besondere Bedeutung für die Entlassung der Deutschen kam in diesem Zusammenhang dem Besuch des deutschen Bundeskanzlers Konrad Adenauer in der Sowjetunion im September 1955 und der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland zu.

Am 17. August 1955 reichten Generalstaatsanwalt R. Rudenko, Innenminister S. Kruglov und der Vorsitzende des KGB beim Zentralkomitee der KPdSU einen Bericht mit dem Vorschlag ein, alle Deutschen und ihre Familienangehörigen aus den Sondersiedlungen zu entlassen. Das Zentralkomitee der KPdSU beauftragte die Vorbereitung eines Beschlusses in dieser Frage. Am 23. November 1955 verlautbarte die Sonderkommission und das Präsidium des ZK der KPdSU eine Meldung über die bevorstehende Aufhebung der rechtlichen Beschränkungen für deutsche Insassen der Sondersiedlungen und ihre Familienangehörigen. Zu dieser Zeit lebten 727 823 Deutsche in Sondersiedlungen in der Kasachischen SSR, der ASSR Komi, den Gebieten Irkutsk, Kemerovo, Molotava, Novosibirsk, Omsk, Sverdlovsk und Čeljabinsk sowie in der Region Altaj und Krasno-

⁶⁰ Ebenda, S. 161.

⁶¹ Ebenda, S. 287.

jarsk.⁶² Die Kommission ermöglichte die Entlassung der Deutschen aus den Sondersiedlungen, untersagte aber die Rückgabe von Eigentum, das während der Deportation beschlagnahmt worden war.⁶³ Am 13. Dezember 1955 erließ das Präsidium des Obersten Rates der UdSSR das Dekret „zur Aufhebung der rechtlichen Beschränkungen der deutschen Insassen der Sondersiedlungen und ihrer Familienangehörigen“.⁶⁴ Mit diesem Dekret wurden aus den Sondersiedlungen diejenigen Deutschen entlassen, die während des Zweiten Weltkriegs deportiert worden waren; darunter waren auch die sowjetischen Staatsbürger deutscher Nationalität, die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges aus Deutschland in die Sowjetunion repatriert und danach in Sondersiedlungen verschleppt worden waren.

Ein Großteil der Deutschen, die am 5. und 6. Februar 1945 aus Riga deportiert worden waren, wurde bereits als alt oder hilfsbedürftig 1954 und 1955 entlassen, andere erst aufgrund des letztgenannten Dekrets.

Nach der Entlassung aus den Sondersiedlungen versuchten viele der Deportierten, ihr Eigentum zurückzuerhalten, das sie bei der Deportation hatten zurücklassen müssen, jedoch vergeblich. Wie bereits erwähnt, sind die Dokumente, die im Lettischen Staatsarchiv zu dieser Kategorie der Deportierten aufbewahrt blieben, sehr unvollständig. Dies gilt auch für die Entlassungsdokumente, die ebenfalls nur fragmentarisch vorhanden sind. An einem Einzelbeispiel soll jedoch zum Schluss noch einmal das Schicksal einer der wenigen deutschen Familien, die gegen Ende des Zweiten Weltkrieges noch im sowjetisch zurückeroberten Lettland lebten, und der Kampf um Kompensation des verlorenen Eigentums und damit um einen Rest Gerechtigkeit erläutert werden:

Henrich Biermann [in den Akten: Henrihs Birmanis] wurde am 5. Februar 1945 in Riga aus der Bezdelīgu-Straße 1, Wohnung 4, zusammen mit seiner Frau Fanni [Fanija] und den Töchtern Ilse und Lilli deportiert. Das Familienoberhaupt selbst, Henrich Biermann, starb am 20. April 1946 in der Verbannung in Syktyvkar, doch seine Töchter kehrten am 15. Mai 1947 nach Lettland zurück.

Zur selben Zeit kam auch Fanni Biermann zurück nach Lettland. Am 12. Januar 1969 bestätigte der Staatsanwalt der SSR Lettland V. Laiviņš folgendes Urteil bezüglich des Eigentums der Familie Bier-

⁶² Ebenda, S. 283.

⁶³ Ebenda, S. 285.

⁶⁴ Ebenda, S. 287.

mann, welches abschließend die Behandlung von Deportationsopfern durch die sowjetischen Behörden nach ihrer Rückkehr in die Heimat bis weit in die 1980er Jahre hinein illustrieren mag:

„Der leitende Justizrat Čibisov, Assistent des Staatsanwalts der SSR Lettland, konstatiert betreffend eine Beschwerde, die er von der Bürgerin Fanija Birmane, Tochter des Solomons, erhalten hat und nach Durchsicht des Prüfungsberichtes betreffend die Begründetheit der Beschwerde, wie folgt:

Die Bürgerin Fanija Birmane, Tochter des Solomons, geboren 1913, wurde am 6. Februar 1945 zusammen mit ihrem Mann Henrihs Birmanis, Sohn des Jevgeņijs, geboren 1884, und ihren zwei Töchtern auf mündlichen Befehl des damaligen Volkskommissars für Staatssicherheit Merkulov (der später wegen feindlicher Tätigkeit verurteilt wurde) aus Riga in eine Sondersiedlung in der ASSR Komi deportiert.

Auf Beschluss der Staatsanwaltschaft der SSR Lettland vom 30. September 1968 wurde die Deportation der Familie Birmanis als unrechtmäßig erklärt und das diesbezügliche Urteil des Volkskommissariats für Staatssicherheit der SSR Lettland aufgehoben. F.S. Birmane, ihre Töchter sowie ihr verstorbener Ehemann wurden rehabilitiert, hierzu wurde ihnen eine diesbezügliche Auskunft ausgehändigt. Am 12. Dezember 1968 erhob F.S. Birmane in einer Beschwerde die Frage nach der Rückgabe des Eigentums, das in der Wohnung der deportierten Beschwerdeführerin verblieben war, beziehungsweise nach Entschädigung des Wertes, denn alle ihre Gegenstände und Wertsachen wurden ihr abgenommen, obwohl kein Beschluss über deren Konfiszierung vorlag.

Die Überprüfung dieser Frage ergab folgendes Ergebnis: Zum Zeitpunkt der Deportation der Familie Birmanis, die zu diesem Zeitpunkt in der Bezdēlīgu-Straße 1, Wohnung 4 wohnte, wurden deren Eigentum und Wertgegenstände von Beamten des Volkskommissariats für Staatssicherheit der SSR Lettland in eine Liste aufgenommen, die nach der Deportation der Klägerin und ihrer Familie in der Wohnung verblieb. Alle Gegenstände und Wertsachen seien in der Obhut der Nachbarin O.J. Berga geblieben, wie die Bürgerin Otilija Berga, Tochter des Jānis, in einem unterschriebenen Brief, der aber von keiner Dienststelle beglaubigt wurde, bezeugt habe. Berga habe zudem versprochen, das ihr zur Bewahrung zurückgelassene

Eigentum zu verkaufen und das Geld nach der ersten Aufforderung durch das Volkskommissariat für Staatssicherheit an Birmanis zu schicken.

Wie Birmane behauptete, haben weder sie noch ihr Ehemann während des Aufenthalts in der Sondersiedlung eine Nachricht von Berga oder dem Volkskommissariat für Staatssicherheit der SSR Lettland bezüglich des Verkaufs ihres Eigentums erhalten.

Im Jahr 1956 verstarb O.J. Berga. Nahe Verwandte hatte sie keine. In der Registrierungsakte über die Deportation der Familie findet sich keine Liste der Gegenstände der Beschwerdeführerin.

Am 3. November 1968 unterrichtete das Volkskommissariat für Staatssicherheit der SSR Lettland in einem Schreiben die Staatsanwaltschaft der Republik darüber, dass eine Eigentumsliste der Familie Birmanis, die diese nach der Deportation am 6. Februar 1945 zurückgelassen habe, im Archiv nicht aufzufinden sei.

Im Zeitraum von 1945 bis heute lebten in der Wohnung, aus der die Familie Birmanis deportiert worden war, mehr als zehn verschiedene Familien. Es haben sich keine Wertgegenstände und Besitzgegenstände, die der Familie Birmanis gehörten, in der erwähnten Wohnung erhalten.

Während ihres Aufenthalts in der Sondersiedlung in der ASSR Komi und nach ihrer Rückkehr in die SSR Lettland im Jahr 1947 wurde Birmane nirgends mit einem Antrag vorstellig, die Rückgabe jenes Eigentums zu beantragen, das nach ihrer Deportation aus Riga in der Wohnung Bezdelligu-Straße 1 verblieben war; stattdessen habe sie die ganze Zeit auf einen Bescheid der Organe des Volkskommissariats für Staatssicherheit über den Verkauf ihrer Wertsachen und Gegenstände gewartet.

Später, bis in jüngste Zeit, hat Birmane die Frage nach ihrem Eigentum nicht aufgeworfen, da sie nicht rehabilitiert war.

Nach Durchsicht der genannten Bitte wurden von der Staatsanwaltschaft der SSR Lettland folgende Umstände in Betracht gezogen:

- a) Es gab weder einen Beschluss eines Staatsorgans noch wurde Birmanes Eigentum nach der Deportation von ihr und ihrer Familie konfisziert;
- b) in einem Brief des Arbeiterdeputiertensowjets des Lenin-Rayons der Stadt Riga vom 22. Oktober 1968 wurde versichert, dass das Eigentum der Familie Birmane auch nicht

- auf dem Verwaltungswege fortgenommen und verkauft wurde;
- c) die Mitarbeiter des Volkskommissariats für Staatssicherheit der SSR Lettland unternahmen keine Maßnahmen im notwendigen Umfang, um das Eigentum und die Wertsachen der Familie Birmanis, die aus der Stadt Riga deportiert wurde, zu retten. Aus unerklärlichen Gründen befinden sich weder in der Deportationsakte noch im Archiv eine Liste über das Eigentum und die Wertsachen;
 - d) seit der Zeit der Deportation von Birmane aus Riga sind mehr als 23 Jahre vergangen, d.h. dass die dreijährige Frist für Forderungen gemäß dem Zivilgesetzbuch der SSR Lettland, Artikel 79, bereits mehrmals abgelaufen ist, und
 - e) der Aufenthalt von Birmane in einer Sondersiedlung bildete keinen Hinderungsgrund, sich mit einem Antrag an zuständige Organe um Entschädigung ihres Eigentums und ihrer Wertgegenstände zu wenden, die seit dem 6. Februar 1945 in der Verfügung des Volkskommissariats für Staatssicherheit der SSR Lettland verblieben waren, denn eine Konfiszierung des Eigentums der Klägerin war nicht erfolgt. Bis zum Auslaufen der Antragsfrist hat Birmane keinen Antrag gestellt.

Unter Berücksichtigung der obigen Punkte und der Tatsache, dass nicht mehr geklärt werden kann, wer das Eigentum der Familie Birmanis genutzt hat, würde ich unter Bezug auf Art. 41 des Strafgesetzbuches der SSR Lettland empfehlen:

1. die Klage der Bürgerin Fanija Birmane, Tochter des Solomons, in der sie um eine Entschädigung des Wertes der Wertgegenstände und des Eigentums nachsucht, die nach der Deportation der Familie Birmanis aus Riga in deren Rigaer Wohnung in der Bezdēliģu-Straße 1, Wohnung 4 verblieben, wegen mehrfacher Verjährung der Antragsfrist nicht zu berücksichtigen;
2. die Beschwerde von Birmane niederzuschlagen.⁶⁵

Aus dem Lettischen übersetzt von Jana Felder, Lübeck

⁶⁵ IVA, F. 1994, A. 12481, S. 45 f. Original in russischer Sprache. Weiterführend auch: Jānis Riekstiņš, Par „vāciešu“ operaciju Latvijā. 1945. gada 5.–6. februāris, [Über die „deutsche“ Operation in Lettland. 5.–6. Februar 1945] in: Valdības Vēstnesis v. 5., 6., 14. u. 18. Februar 2003.

Displaced Persons. Esten, Letten und Litauer im Lübeck der Nachkriegszeit

von Christian Pletzing

Summary

At the end of the Second World War, thousands of people from Lithuania, Latvia and Estonia were in Germany who could not or did not want to return to their homeland. Approximately 45% of the Baltic people registered as Displaced Persons (DPs) by the Allied powers came from Latvia, 35% from Lithuania and 20% from Estonia. The majority of Displaced Persons from the Baltic states had fled the impending occupation of Estonia, Latvia and Lithuania by the Soviet army. A further large group of Baltic DPs consisted of former members of the German Waffen-SS and the Wehrmacht. Many had volunteered for German military service; others had been drafted by the German occupation authorities. In comparison to other groups of DPs, there were far fewer forced laborers and concentration camp inmates among the Balts. A rather high percentage of DPs from the Baltic states gathered in the Northern German city of Lübeck. A particular aspect of these DPs was the large percentage of intellectuals and artists among them. However, the Lübeck citizens kept a distance and accused the DPs to increase crime and violence. Especially noteworthy is the rich cultural activity that the Baltic DPs developed in Lübeck. They furthermore established different organizations to represent their interests against the Military Government and the Lübeck municipality. The majority of the Baltic DPs left Lübeck in the late 1940s, most of them to settle overseas. Some Estonians, Latvians and Lithuanians remained in Lübeck. From 1950 on they obtained the legal status as "stateless aliens" in the Federal Republic of Germany.

Letland, Estland und Litauen zählen zu den europäischen Staaten, die im Zweiten Weltkrieg sehr hohe Bevölkerungsverluste erleiden mussten. Schätzungen zufolge verloren Lettland bis zu einem Drittel, Estland etwa ein Viertel und Litauen rund 15% seiner Vorkriegsbevölkerung.¹ Auch wenn diese Zahlen mangels genauer statistischer

¹ Björn M. Felder, Lettland im Zweiten Weltkrieg. Zwischen sowjetischen und deutschen

Grundlagen und differierender Erhebungsmethoden nur eine Tendenz andeuten, so machen sie doch den tiefen Einschnitt deutlich, den die Jahre des Zweiten Weltkriegs für die baltischen Staaten bedeuteten. Anders als im Falle Polens oder der Sowjetunion, die ebenfalls dramatisch hohe Bevölkerungsverluste zu verzeichnen hatten, verloren die baltischen Staaten jedoch Zehntausende ihrer Einwohner durch Flucht vor der Roten Armee. Hatten in Lettland 1935 etwa 1,9 Millionen Menschen gelebt, so befanden sich nach Schätzungen des Lettischen Roten Kreuzes zehn Jahre später 130 000 Letten außer Landes. Davon lebte die große Mehrheit, etwa 118 500 Menschen, in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands, 6 500 Letten befanden sich 1945 in Schweden, 3 000 in Österreich und 2 000 in Dänemark.² Estland, das 1934 1,1 Millionen Einwohner zählte, verlor im Zweiten Weltkrieg 200 000 Menschen, davon 80 000 durch Flucht in den Westen. Auch 60 000-70 000 Litauer sollen sich bei Kriegsende in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands aufgehalten haben.³ Die Lücke, die diese Menschen in den baltischen Staaten hinterließen, wird bei einem Blick auf das soziale Profil der Flüchtlinge noch deutlicher: Sehr viele Flüchtlinge gehörten dem gebildeten Bürgertum an, in den Flüchtlingslagern Nachkriegsdeutschlands fanden sich Tausende Intellektuelle, Künstler oder Wissenschaftler. So hatten ein Viertel des litauischen Klerus ebenso wie 70% der Mitglieder des litauischen Schriftstellerverbands auf der Flucht vor der Roten Armee das Land verlassen. Von ehemals 130 Mitgliedern der nationalen litauischen

Besatzern 1940–1946. Paderborn 2009, S. 15; Eduard Mühle, *Resettled, Expelled and Displaced: The Baltic Experience 1939–1951. Some Observations on the Current State of Research*, in: *Ostseeprovinzen, Baltische Staaten und das Nationale. Festschrift für Gert von Pistohlkors zum 70. Geburtstag*, hrsg. v. Norbert Angermann, Michael Garleff u. Wilhelm Lenz. Münster 2005 (Schriften der Baltischen Historischen Kommission. 14), S. 565-589, hier S. 569.

² Daina Bleiere, Ilgvars Butulis, Inesis Feldmanis (u.a.), *Geschichte Lettlands. 20. Jahrhundert*. Riga [2008], S. 441. Angaben der United Nations Relief and Rehabilitation Administration (UNRRA) zufolge waren im Dezember 1946 97 382 Letten in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands registriert. Vgl. Wolfgang Jacobmeyer, *Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945–1951*. Göttingen 1985, S. 122.

³ Mati Laur, Tõnis Lukas, Ain Mäesalu (u.a.), *History of Estonia. 2. Aufl.*, Tallinn 2002, S. 276; Svetlana Červonnaja, *Litauer in Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg. Zur Situation der litauischen Kultur im Exil*, in: *Displaced Persons. Flüchtlinge aus den baltischen Staaten in Deutschland*, hrsg. v. Christian u. Marianne Pletzing. München 2007 (*Colloquia Baltica*. 12), S. 107-138, hier S. 110. Die UNRRA hatte zum 31. Dezember 1946 in der britischen, der amerikanischen und der französischen Besatzungszone 30 505 Esten sowie 58 805 Litauer registriert, vgl. Jacobmeyer, *Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer* (wie Anm. 2), S. 122.

Künstlervereinigung lebten 1945/76 im Exil.⁴ In den westlichen Besatzungszonen Deutschlands erhielten die Flüchtlinge aus den baltischen Staaten den Status von „Displaced Persons“ (DPs). Damit bezeichneten die Alliierten Zivilisten, die sich kriegsbedingt außerhalb ihrer Heimat aufhielten. In Deutschland waren dies vor allem die aus den Lagern befreiten Zwangsarbeiter und KZ-Insassen, aber auch ehemalige Kriegsgefangene sowie in die westlichen Besatzungszonen geflüchtete Menschen aus dem Baltikum oder anderen Staaten Ostmitteleuropas.

Angesichts der Dimension, die die Fluchtbewegung aus den baltischen Staaten nach Mittel- und Nordeuropa erreichte, nimmt es Wunder, dass dieses Thema in der historischen Forschung vergleichsweise wenig Beachtung fand.⁵ Zwar erschienen in Kreisen der baltischen Emigration seit den 1980er Jahren wissenschaftliche Arbeiten zur Geschichte der Displaced Persons aus den baltischen Staaten,⁶ insgesamt wurden aber vor allem Erinnerungsbücher von Zeitzeugen publiziert. In den baltischen Staaten konnten nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit ebenfalls erste Forschungsergebnisse veröffentlicht werden.⁷ Nach wie vor ist die Emigration gegen Ende des Zweiten Weltkriegs in Litauen, Lettland und Estland jedoch ein Thema jenseits des akademischen Mainstreams – insbesondere im Vergleich zur intensiven Erforschung der Deportationen aus den baltischen Staaten in die Sowjetunion. Dazu mag die Tatsache beigetragen haben, dass das Thema in der Öffentlichkeit kaum präsent ist. Bisweilen wird sogar der Vorwurf geäußert, die in den Westen geflüchteten Esten, Letten und Litauer hätten im Vergleich zu den Daheimgebliebenen den Weg des geringeren Widerstands gewählt.⁸

⁴ Vincas Bartusevičius, Die Litauer in Deutschland 1944–1950, in: Deutschland und Litauen. Bestandsaufnahmen und Aufgaben der historischen Forschung, hrsg. v. Norbert Angermann u. Joachim Tauber. Lüneburg 1995, S. 137–174, hier S. 154; Cervonnaja, Litauer in Deutschland (wie Anm. 3), S. 111 f.

⁵ Zum Forschungsstand vgl. Mühle, Resettled (wie Anm. 1).

⁶ Vgl. z.B. Milda Danys, DP. Lithuanian Immigration to Canada after the Second World War. Toronto 1986; Bartusevičius, Die Litauer in Deutschland 1944–1950 (wie Anm. 4); Ferdinand Kool, DP-Kroonika. Eesti pagulased Saksamaal 1944–1951 [DP-Chronik. Estnische Flüchtlinge in Deutschland 1944–1951]. Lakewood, NJ 1999.

⁷ Vgl. z.B. Suur põgenemine 1944. Eestlaste lahkumine läände ning selle mõjud. 22. oktoobril 2004 Tartus toimunud rahvusvahelise teaduskonverentsi artiklite kogumik [Die große Flucht 1944. Die Flucht der Esten nach Westen und deren Folgen. Sammelband der internationalen Konferenz vom 22. Oktober in Tartu], hrsg. v. Kaja Kumer-Haukanõmm, Tiit Rosenberg u. Tiit Tammaru. Tartu 2006.

⁸ So etwa Meinungsäußerungen aus Lettland, vgl. Daina Zalāne, www.dpalbums.lv – Der Alltag lettischer DPs in Bildern, in: Displaced Persons (wie Anm. 3), S. 175–198, hier S. 178 f.

In Deutschland folgten auf die 1985 erschienene Studie von Wolfgang Jacobmeyer „Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945–1951“ zahlreiche weitere Arbeiten zu Zwangsarbeitern und Displaced Persons in Nachkriegsdeutschland.⁹ In den 1990er Jahren sowie im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts sind in Deutschland zunehmend Publikationen mit lokal- und regionalgeschichtlichem Schwerpunkt erschienen, wie z.B. Stefan Schröders Arbeit über die für die baltischen Displaced Persons wichtigen Lager in Greven und Münster oder Hannes Hardings Studie zu den Displaced Persons in Schleswig-Holstein.¹⁰ Allerdings nehmen in den meisten deutschen lokalgeschichtlichen Arbeiten über das DP-Problem, ebenso wie in der Pionierstudie von Jacobmeyer, die Balten nur eine marginale Rolle ein. Es dominieren Forschungen zur Geschichte der jüdischen, polnischen oder sowjetischen DPs. Da Esten, Letten und Litauer innerhalb der Displaced Persons der westlichen Besatzungszonen Deutschlands nur eine kleine Gruppe bildeten, ist dieses Ungleichgewicht verständlich, es wird aber der besonderen Situation der baltischen DPs nicht gerecht.¹¹

Im Mittelpunkt dieses Beitrags stehen daher – am Beispiel der norddeutschen Stadt Lübeck – allein die baltischen Displaced Persons. Lübeck zählte zu den Zentren der baltischen DPs im Norden Deutschlands. Keine andere Stadt im Bereich des britischen 8. Corps beherbergte so viele baltische Flüchtlinge.¹² Der lokal- und regionalgeschichtliche Blick auf die Geschichte der Displaced Persons ist auch im Falle Lübecks von der Sichtweise der alliierten und deutschen Verwaltung und den Quellen, die sie hinterlassen haben, geprägt. Die Quellengrundlage wurde jedoch durch ausgewählte Lagerzeitungen und Selbstzeugnisse der DPs erweitert. Damit kann zumindest ansatzweise deutlich werden, welches Potenzial für die Erforschung der Displaced Persons eine multiperspektivische Lokalgeschichte birgt, die auch die Sichtweise der DPs selbst berücksichtigt.

⁹ Jacobmeyer, *Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer* (wie Anm. 2).

¹⁰ Stefan Schröder, *Displaced Persons im Landkreis und in der Stadt Münster 1945–1951*. Münster 2005; Hannes Harding, *Displaced Persons (DPs) in Schleswig-Holstein 1945–1953*. Frankfurt a.M. 1997.

¹¹ Eine Ausnahme bilden die Arbeiten von Tillmann Tegeler, *Esten, Letten und Litauer in Nachkriegsdeutschland. Von rechtlosen Flüchtlingen zu heimatlosen Ausländern*, in: *Displaced Persons* (wie Anm. 3), S. 13–27, hier S. 20; ders., *Esten, Letten und Litauer in der Britischen Besatzungszone Deutschlands*. Aus Akten des Foreign Office, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas*. Neue Folge 53 (2005), S. 42–57.

¹² Harding, *Displaced Persons* (wie Anm. 10), S. 89.

Displaced Persons in Lübeck

Lübeck war im Vergleich zu anderen Großstädten im Zweiten Weltkrieg relativ wenig zerstört worden. An der Grenze zwischen der britischen und sowjetischen Besatzungszone gelegen, befand sich die Hansestadt im Zentrum der Fluchtbewegungen der Nachkriegszeit. Wegen des geringen Zerstörungsgrades war Lübeck die am stärksten mit Flüchtlingen belegte Stadt Nordwestdeutschlands.¹³ Hatte die Stadt vor Kriegsausbruch rund 155 000 Einwohner gezählt, so lebten am 31. Dezember 1945 neben 136 000 „Ortsansässigen“ 80 000 deutsche Flüchtlinge bzw. Vertriebene und 34 000 „Ausländer“ in Lübeck.¹⁴ Damit hatte sich die Bevölkerungszahl gegenüber dem Vorkriegsstand um 61% erhöht. Zu den Menschen, die von der deutschen Verwaltung als „Ausländer“, von der alliierten Militärregierung jedoch als „Displaced Persons“ bezeichnet wurden, zählten in Lübeck bei Kriegsende etwa 10 000 Esten, Letten und Litauer. Zum Jahresende 1945 waren bereits 11 580 Menschen aus den baltischen Staaten in Lübeck wohnhaft.¹⁵ In der gesamten britischen Besatzungszone wurden im Juli 1945 34 700 Balten registriert. Ihre Zahl stieg bis Oktober des Jahres auf 53 800 an.¹⁶ Wegen der unterschiedlichen Erhebungsmethoden und statistischer Ungenauigkeiten gerade in der schwierigen Nachkriegszeit lassen sich die Zahlen zwar nicht direkt in Beziehung zueinander setzen. Man kann indes davon ausgehen, dass in der zweiten Jahreshälfte 1945 etwa 20-30% der baltischen Displaced Persons der britischen Besatzungszone in Lübeck lebten.

Mit der Rückführung der Displaced Persons in ihre Heimat war die bereits 1943 gegründete United Nations Relief and Rehabilitation Administration (UNRRA) beauftragt. Die Repatriierung führte auch in Lübeck allmählich zu einem Rückgang der DP-Zahlen. Während die Mehrheit der bei Kriegsende etwa 18 000 früheren Zwangsarbeiter aus West- und Osteuropa¹⁷ Lübeck in der zweiten Hälfte der

¹³ Vgl. Lübeckische Geschichte, hrsg. v. Antjekathrin Graßmann. Lübeck 1988, S. 737; Siegfried Schier, Die Aufnahme und Eingliederung von Flüchtlingen und Vertriebenen in der Hansestadt Lübeck. Lübeck 1982; Karen Meyer-Rebentisch, In Lübeck angekommen. Erfahrungen von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen. Lübeck 2008.

¹⁴ Lübecker Notzeit in Zahlen. 1945–1948, hrsg. v. Statistischem Amt der Hansestadt Lübeck. Lübeck o.J., S. 23.

¹⁵ Lübeckische Geschichte (wie Anm. 13), S. 739; Harding, Displaced Persons (wie Anm. 10), S. 89.

¹⁶ Jacobmeyer, Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer (wie Anm. 2), S. 80.

¹⁷ Christian Rathmer, „Ich erinnere mich nur an Tränen und Trauer...“ Zwangsarbeit in Lübeck 1939 bis 1945. Essen 1999, S. 26.

1940er Jahre verließ, war die Zahl der Esten, Letten und Litauer in der Stadt zunächst nur leicht rückläufig. Nur wenige Balten konnten oder wollten in ihre wiederum der Sowjetunion angeschlossenen Heimatstaaten zurückkehren. Sie hatten bereits während der ersten Okkupation der baltischen Staaten durch die Sowjetunion in den Jahren 1940/41 Erfahrungen mit der stalinistischen Herrschaft gemacht, die in den Massendeportationen vom Juni 1941 einen schrecklichen Höhepunkt erreichte. Einige Balten hatten während der deutschen Besatzung ihrer Heimatstaaten zwischen 1941 und 1944/45 mit den Nationalsozialisten kollaboriert. Viele junge Männer hatten freiwillig oder nach der Zwangseinberufung durch die deutschen Besatzer in der Waffen-SS gegen die Sowjetunion gekämpft.¹⁸

Die Zahl der baltischen DPs veränderte sich in Lübeck in den ersten Nachkriegsjahren kaum. Während manche relativ bald nach Westeuropa oder Übersee migrierten, übersiedelten andere erst nach und nach aus Privatquartieren in die von den Alliierten betreuten DP-Lager, wo sie statistisch erfasst wurden. Manche Esten, Letten oder Litauer gelangten sogar erst im Laufe des Jahres 1946, indem sie sich als deutsche Flüchtlinge ausgaben, aus der sowjetischen Besatzungszone oder den polnisch gewordenen preußischen Ostprovinzen nach Lübeck.¹⁹ Ende Oktober 1946 war die Zahl der „Ausländer“ in Lübeck auf 12 138 gesunken. Die größten Gruppen stellten nun polnische und baltische DPs.²⁰ Einen Einblick in die Unterbringung der Displaced Persons erlaubt eine Statistik aus dem September 1946. Danach lebten die meisten baltischen DPs in Kasernen; allein 2 757 Balten waren in der Artilleriekaserne untergebracht, deren Aufnahmekapazität allerdings offiziell nur 2 300 Personen betrug. Auch in der mit 2 246 DPs belegten Meesenkaserne lebten neben Polen viele Balten. Kleinere Lager befanden sich in geräumten Schulen, so wohnten beispielsweise 200 Letten in der Luther- und der Marienschule. Im Falle des Lagers Marienschule ist eine direkte Kontinuität zur Nutzung während des Zweiten Weltkriegs feststellbar: Hier hatte sich bis zum Mai 1945 ein Lager für „Zivilarbeiter“ aus Lettland befunden.

¹⁸ Vgl. David Feest, Auf zwei Seiten der Front: Letten und Esten im sowjetischen und deutschen Dienst während des Zweiten Weltkriegs, in: *Europa der Regionen: Der Finnische Meerbusen. Esten, Deutsche und ihre Nachbarn*, hrsg. v. Karsten Brüggemann. München 2007, S. 89-101; Felder, *Lettland* (wie Anm. 1), S. 266-275.

¹⁹ Vgl. den Fluchtbericht von Irene Celtniece in: *History, Culture, Society through Life Stories. A Selected Collection of Latvian Life Stories*, hrsg. v. Māra Zirnite u. Maija Hinkle. 2. Aufl., Riga 2004, S. 121-126.

²⁰ Archiv der Hansestadt Lübeck (im folgenden AHL) Wohnungsamt 3. Verwaltungsbericht des Quartieramtes und Amtes für Raumbewirtschaftung vom 1.4.1946 bis 31.3.1947.

Auch andere Lübecker DP-Lager, wie z.B. das „Lager Arnimsruh“ mit 200 estnischen DPs oder das Lager „Am Stau“, in dem mehr als 600 Letten lebten, waren bis zum Kriegsende als Unterkunft für Kriegsgefangene oder Zwangsarbeiter genutzt worden. In einem Wohnhaus in der Moltkestraße befand sich zudem ein litauisches Altersheim mit 125 Bewohnern.²¹

Eine weitere statistische Übersicht über die DP-Lager in Lübeck vom 1. November 1949 zeigt, dass zu diesem Zeitpunkt die kleineren Lager schon weitgehend aufgelöst worden waren oder aber nicht mehr von baltischen DPs bewohnt wurden. Fast alle Balten waren nun in Lübecker Kasernen untergebracht, wo die Wohnbedingungen im Vergleich zu den Barackenlagern vergleichsweise gut waren. In der Meesenkaserne waren von 1 316 Bewohnern 1 297 Balten, in der Artilleriekaserne war die Belegung auf 1 436 Personen zurückgegangen, darunter waren 1 261 Letten, Esten und Litauer. 542 Esten lebten in der Churchillkaserne, zwei Esten und ein Lette in der Cambraikaserne. Insgesamt stellten in Lübeck im Herbst 1949 mit 1 606 Personen die Letten die größte baltische DP-Gruppe, gefolgt von den Esten (993 Personen) und Litauern (504 Personen). Das soziale Profil der baltischen DPs unterschied sich nicht nur in Lübeck deutlich von anderen DP-Gruppen. Überwogen bei DPs aus Polen und den Republiken der Sowjetunion, die als Kriegsgefangene oder Zwangsarbeiter nach Lübeck gelangt waren, junge Männer, so waren die baltischen Displaced Persons zumeist zusammen mit ihren Familien geflüchtet. Daher entfielen im November 1949 auf 999 männliche DPs aus den baltischen Staaten 1 287 Frauen und 825 Kinder unter 18 Jahren.²²

Im Frühjahr 1950 stellten Esten, Letten und Litauer zusammen die Mehrheit der DPs in Lübeck. Von etwa 5 000 DPs, die sich zu diesem Zeitpunkt noch in der Stadt befanden, waren 3 250 Balten. Mit dem Übergang der DP-Lager in deutsche Verwaltung am 1. Juli 1950 sank die Zahl der nun als „heimatlose Ausländer“ geltenden Balten rasch. Im Juli 1951 lebten in drei Lübecker Lagern noch 1 644 heimatlose Ausländer, davon waren 886 aus den baltischen Staaten (583

²¹ Angaben zu den DP-Lagern aus: AHL Hauptamt 866. 626 Mil Gov Det an Hansestadt Lübeck, 25.9.1946, Angaben zu den Lagern für Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter aus Rathmer, „Ich erinnere mich...“ (wie Anm. 17), S. 47.

²² AHL Hauptamt 871. Accomodation Table for Relief Detachment 626 Kreis Group Luebeck on 1 Nov 1949. Für 1948 gab die lettische Lagerzeitung „Informācijas Biletens“ [„Informationsbulletin“] das zahlenmäßige Verhältnis von Männern zu Frauen mit 100:120 an. Vgl. Informācijas Biletens. Lübeck 25/12. August 1948.

Letten, 178 Litauer und 125 Esten).²³ Durch den im Zuge mehrerer „Lagerräumungsprogramme“ forcierten Wohnungsbau für heimatlose Ausländer wurden die Lager schließlich entbehrlich. Das letzte ehemalige DP-Lager wurde in Lübeck jedoch erst im Herbst 1966 geschlossen.²⁴

Zwangsarbeiter, Flüchtlinge, Kriegsgefangene

Ein Forschungsdesiderat sind nach wie vor die Umstände, unter denen die baltischen DPs nach Deutschland gelangten.²⁵ Die überlieferten Akten der alliierten und der deutschen Verwaltung dokumentieren die Anwesenheit der Balten, nicht aber ihren Weg nach Deutschland. Berichte von Zeitzeugen und 33 gut dokumentierte Fluchtwege baltischer DPs, deren Aufenthalt in Lübeck vor der Kapitulation der Wehrmacht registriert worden war, erlauben indes Rückschlüsse auf die Wege aus den baltischen Staaten nach Norddeutschland.²⁶

Nicht alle baltischen DPs kamen erst gegen Ende des Krieges nach Lübeck. Bereits im Sommer 1942 waren mehrere tausend Einwohner aus Lettlands östlichster Provinz Lettgallen nach Deutschland zum Arbeitseinsatz deportiert worden. Parallel lief seit dem Frühjahr 1942 eine Werbekampagne des Reichsarbeitsdienstes, um junge Letten als Arbeitskräfte für das Deutsche Reich zu gewinnen. In der Praxis mussten die deutschen Besatzer jedoch nicht selten Zwang anwenden, um Lettinnen und Letten für den deutschen Arbeitsmarkt zu rekrutieren.²⁷

Mit Sammeltransporten gelangten 1942/43 auch „Zivilarbeiter“ aus den deutsch besetzten baltischen Staaten nach Lübeck. Sechs Lettinnen und Letten, deren Schicksal durch eine schriftliche Aufenthaltsanzeige dokumentiert ist, kamen mit einem Sammeltransport aus Lettgallen.²⁸ Eine im März 1943 erlassene „Polizeiverordnung über die Lebensführung der Arbeitskräfte aus den ehemaligen Staaten Litauen, Lettland und Estland“ verbot den baltischen Zivilarbeitern, ohne polizeiliche Genehmigung die Stadt oder den Landkreis ih-

²³ Lübecker Nachrichten v. 28. Juli 1951.

²⁴ Lübecker Nachrichten v. 19. Oktober 1966.

²⁵ Vgl. Schröder, *Displaced Persons* (wie Anm. 10), S. 124.

²⁶ AHL Staatliche Polizeiverwaltung 90/3 und 90/6; Irēna Mirdza Stower, *Von Riga nach Lübeck*, in: *Displaced Persons* (wie Anm. 3), S. 207-213.

²⁷ Felder, *Lettland* (wie Anm. 1), S. 301 f.

²⁸ AHL Staatliche Polizeiverwaltung 90/6.

res Arbeitsplatzes zu verlassen. Aber nicht nur die Freizügigkeit der Arbeitskräfte aus den baltischen Staaten war in Deutschland eingeschränkt. Auch der Geschlechtsverkehr zwischen Deutschen und Arbeitskräften „aus den Baltenländern“ war nach einem Erlass Himmels von Februar 1942 verboten. Allerdings wurde dieser Erlass bereits im Oktober 1943 modifiziert: Für Esten und Letten, nicht aber für Litauer, wurde das Verbot aufgehoben. Geschlechtsverkehr mit Deutschen galt jetzt nur noch als „unerwünscht“.²⁹ Insgesamt wurden die baltischen Arbeitskräfte zwar besser behandelt als andere „Ostarbeiter“, z.B. aus der Ukraine oder Weißrussland, jedoch deutlich schlechter als Zwangsarbeiter aus Westeuropa.

Die meisten Litauer, Letten und Esten kamen indes nicht als Zwangsarbeiter, sondern als Flüchtlinge nach Lübeck. Per Schiff erreichten estnische und lettische Flüchtlinge im September/Okttober 1944 einen Ostseehafen des Deutschen Reichs, häufig Pillau in Ostpreußen, Danzig oder Gotenhafen/Gdingen. Anschließend hielten sich die baltischen Flüchtlinge zumeist in den preußischen Ostprovinzen Pommern, West- und Ostpreußen, in Brandenburg oder Berlin auf. Zwischen Herbst 1944 und Mai 1945 gelang es einigen baltischen Flüchtlingen, einer beruflichen Tätigkeit nachzugehen. So hatte die Estin Marie Erusk am 22. September 1944 in Wismar die deutsche Grenze überschritten; am 30. April 1945, noch vor Besetzung der Stadt durch die Alliierten, gelangte sie nach Lübeck, wo sie im Mai bei der Commerzbank arbeitete. Die in Leningrad geborene Tatjana Schmidt-Vestena, Primaballerina an der Rigaer Oper, war über Bad Nauheim im November 1944 nach Berlin gekommen. Dort war sie im Ministerium für die besetzten Ostgebiete tätig, bis sie im Februar 1945 nach Lübeck flüchtete.³⁰ Belegt ist auch die Existenz von Koordinierungsstellen wie der „Estnischen Leitstelle“ bzw. der „Lettischen Leitstelle“ in Berlin, die die Aufgabe hatten, den Flüchtlingsstrom zu steuern. Mit der erneuten Offensive der Roten Armee im Januar 1945 mussten die baltischen Flüchtlinge, ähnlich wie die Deutschen in den preußischen Ostprovinzen, erneut fliehen. Nach Lübeck gelangten die baltischen Flüchtlinge zumeist auf dem Landweg über Mecklenburg.

²⁹ AHL Staatliche Polizeiverwaltung 48, Polizeiverordnung über die Lebensführung der Arbeitskräfte aus den ehemaligen Staaten Litauen, Lettland und Estland [...], 2. März 1943; Gestapo, Staatspolizeistelle Kiel, Rundverfügung Nr. 21/43, 4.11.1943; Felder, Lettland (wie Anm. 1), S. 302.

³⁰ AHL Staatliche Polizeiverwaltung 90/3, Aufenthaltsanzeige Marie Erusk; AHL Staatliche Polizeiverwaltung 90/6, Aufenthaltsanzeige Tatjana Schmidt-Vestena.

Die dritte Gruppe der baltischen Displaced Persons bildeten ehemalige Soldaten, die – zumeist zwangsrekrutierte – Angehörige der Waffen-SS oder der Wehrmacht gewesen waren. Nach Lübeck kamen vor allem Soldaten der 15. Waffen-Grenadier-Division der SS (Lettische Nr. 1), die 1945 im Raum Schwerin gegenüber den Westalliierten kapituliert hatte. Im Laufe des Jahres 1946 wurden die baltischen Angehörigen der Waffen-SS und der Wehrmacht aus der Kriegsgefangenschaft entlassen. Viele ehemalige Kriegsgefangene aus den baltischen Staaten, u.a. aus dem ostholsteinischen Lager Großbrode, gelangten nach Lübeck und erhielten dort den DP-Status.³¹

In einer Grauzone zwischen baltischen DPs und Deutschen lebten 1945 zahlreiche Deutschbalten. Im August des Jahres führte die britische Militärverwaltung in Schleswig-Holstein die Operation „Round up“ durch. Ziel der Maßnahme war es, sämtliche Ausländer, die nicht in DP-Lagern lebten, zu registrieren und zur Rückkehr in ihre Heimat zu bewegen.³² Maßgeblich für die Definition als „Ausländer“ war die Tatsache, dass die Betroffenen am 2. September 1939 nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besessen hatten. In Lübeck wurden 436 lettische, 166 estnische und 87 litauische Staatsangehörige registriert, von denen nur 28 (Lettland), sechs (Litauen) bzw. zwei (Estland) in ihre Heimat zurückgeführt werden wollten.³³ Eine Durchsicht der anlässlich der Operation „Round up“ angefertigten Namenslisten ergibt indes, dass zahlreiche in Lübeck registrierte Staatsangehörige der baltischen Staaten deutsche Namen trugen. Selbst bekannte deutsch-baltische Adelsfamilien finden sich in den Listen des „Round up“. Auch Lübecker Zeitzeugen berichten, dass nicht wenige Deutschbalten aufgrund der besseren Lebensmittelversorgung für DPs und wegen der unklaren Situation in den ersten Nachkriegsmonaten versuchten, als Displaced Persons anerkannt zu werden. Dieser Zustand währte jedoch höchstens einige Monate, da die „Ethnic German Balts“ nicht den DP-Status erhielten.³⁴

³¹ AHL Hauptamt 866. 626 Mil Gov Det an Hansesstadt Lübeck, 25.9.1946: Amended list of Displaced Persons and P.W.X. Camps under the control of this Detachment. Vgl. Schröder, Displaced Persons (wie Anm. 10), S. 122; sowie Andreas Lembeck, *Leben im Transit. Zur Nachkriegssituation der befreiten Zwangsarbeiter, ausländischen KZ-Häftlinge und Kriegsgefangenen*, in: *Nationalsozialismus und Zwangsarbeit in der Region Oldenburg*, hrsg. v. Katharina Hoffmann u. Andreas Lembeck. Oldenburg 1999, S. 187-225, hier S. 205.

³² Vgl. Harding, *Displaced Persons* (wie Anm. 10), S. 73 f.

³³ AHL Polizeiverwaltung 93-99.

³⁴ Mündlicher Bericht von Boris F., Lübeck, und Ingeborg N., Lübeck. Vgl. Lembeck, *Leben im Transit* (wie Anm. 31), S. 205.

Lebensbedingungen

In den ersten Monaten nach Ende des Zweiten Weltkriegs lebte eine große Zahl DPs in Lübecker Privatquartieren. Einige dieser „free living DPs“ waren in die 1 500 Wohnungen eingewiesen worden, die 1945 von den Alliierten in Lübeck beschlagnahmt und für die Unterbringung von DPs geräumt worden waren.³⁵ Viele baltische DPs wohnten jedoch mit Deutschen zusammen in einer Wohnung – wie etwa der lettische Oberst Aleksandrs Plensners, der mit insgesamt 20 Personen, darunter seine Familie, in der Lübecker Altstadt untergekommen war.³⁶ Erst im Sommer 1946 ordneten die Briten den Umzug sämtlicher „free living DPs“ aus Privatquartieren in geschlossene Lager an. Wer der Anweisung nicht Folge leistete, lief Gefahr, den DP-Status zu verlieren.³⁷ Für Lübecker Wohnungsbesitzer war es dennoch attraktiv, DPs aufzunehmen, denn diese waren vielfach in der Lage, höhere Mieten zu zahlen als deutsche Mieter. Im September 1946 beklagte sich deshalb das in Lübeck stationierte Relief-Detachment 626 der Militärregierung, insbesondere viele baltische DPs nähmen nur die Hauptmahlzeiten in den Lagern ein, wohnten aber ansonsten weiterhin in Privatwohnungen. Wegen der schlechten Kontrollmöglichkeiten wurde daraufhin den Lübeckern untersagt, weiterhin DPs als Mieter oder Untermieter aufzunehmen.³⁸

Am 19. Mai 1945 befanden sich in Lübeck 27 Lager für Displaced Persons. Das Erscheinungsbild dieser Lager war, wie auch in anderen deutschen Städten, durchaus unterschiedlich: Das Spektrum der DP-Lager reichte von ehemaligen Lagern für Zwangsarbeiter über Kasernengebäude bis zu geräumten Gasthöfen oder Schulen.³⁹ Waren die Bewohner der Lager zunächst nach Nationen gemischt, so setzten die Briten allmählich eine nach Nationen getrennte Belegung der Lager durch. Im September 1946 befanden sich die meisten Lübecker DP-Lager in gutem oder akzeptablem Zustand. Lediglich in den Lagern Luther- und Marienschule, in denen Letten untergebracht waren,

³⁵ AHL Wohnungsamt 3, Verwaltungsbericht des Quartieramtes und Amtes für Raumbewirtschaftung von Mai 1945 bis 31.3.1946.

³⁶ AHL Hauptamt 888, Schreiben Privat-Tanz-Schule Stolze, 29.10.1945.

³⁷ AHL Hauptamt 889, Aktenvermerk vom 18.6.1946.

³⁸ AHL Hauptamt 866, 626 Mil Gov Det an PWDP Branch HQ Mil Gov Schleswig-Holstein Region, 13.9.1946.

³⁹ AHL Hauptamt 1354, Bericht über die am 19.5.45 stattgefunden Besichtigung der [...] Läger.

herrschten schlechte Wohnbedingungen.⁴⁰ Anlässlich der Verlegung lettischer DPs aus Privatquartieren in geschlossene Lager berichtete die Zeitung des DP-Camps „Riga“ über das Lager „Am Stau“, dass es aus elf hölzernen Wohnbaracken mit je acht Zimmern bestand; in jedem Zimmer lebten sieben bis acht Personen. Zwei kleinere Zimmer waren in jeder Baracke Alten und Kranken vorbehalten. Das Lager besaß einen Veranstaltungssaal, in dem auch Filme gezeigt wurden, einen Kindergarten, Unterrichtsräume und eine Küche mit einer „gemischtethnischen“ Kochschule der UNRRA. Außerdem wurden Nähkurse für Frauen angeboten.⁴¹

Insbesondere in den Jahren 1945/46, als viele DPs in Privatquartieren untergebracht waren, gestaltete sich das Zusammenleben von Deutschen und Balten nicht immer spannungsfrei. Das von archivalischen Quellen überlieferte Bild wird freilich dadurch verzerrt, dass in den Akten der Verwaltung vor allem Konflikte Niederschlag fanden, nicht aber der Alltag, der ohne Auseinandersetzungen verlief. Zahlreiche Quellen überliefern, dass die mittel- und osteuropäischen Displaced Persons für die Deutschen eine Projektionsfläche nationalistischer und rassistischer Stereotype darstellten, wie sie insbesondere in der Zeit des Nationalsozialismus geprägt oder verbreitet worden waren. Im Vergleich zu anderen DP-Gruppen – wie z.B. Polen oder Juden – hatten Litauer, Letten und Esten bei ihren deutschen Nachbarn jedoch noch einen eher positiven Ruf.⁴² Die latenten oder auch offenen Spannungen zwischen Deutschen und DPs beschränkten sich keineswegs auf die ersten Nachkriegsmonate. In Lübeck beklagten sich noch 1947 die im Artillerielager wohnhaften litauischen DPs über die feindliche Haltung der deutschen Bevölkerung.⁴³

Konflikte zwischen den baltischen DPs und Lübecker Bürgern waren 1945/46 häufig eine Folge des engen Zusammenlebens in einer Wohnung. Auseinandersetzungen dieser Art veranschaulicht die Beschwerde einer Lübeckerin über den estnischen DP Alexander Raag im Februar 1946. Frau Budgenhagen informierte das Quartieramt der Hansestadt Lübeck durch einen Rechtsanwalt, dass der DP Raag, den

⁴⁰ AHL Hauptamt 866, Amended list of Displaced Persons and P.W.X. Camps under the control of this Detachment, 25.9.1946.

⁴¹ Nometnes „Riga“ Ziņas. Latvian DP Camp „Riga“ Newssheet. Lübeck Nr. 38 v. 15. Juli 1946.

⁴² Vgl. Stefan Schröder, Nachbarschaft und Konflikt. Die DPs und die Deutschen, in: Displaced Persons (wie Anm. 3), S. 63-83.

⁴³ Ziņas. Latvian Newsheet in Artillery Barracks. Lübeck Nr. 17 v. 6. März 1947.

sie im Sommer 1945 in ihre Wohnung aufgenommen habe, keinerlei Anstalten mache, die Wohnung wieder zu verlassen, obwohl sie ihm ein Zimmer nur für einige Wochen zur Verfügung gestellt habe. Der Konflikt zwischen Vermieterin und Mieter war, so erklärte Budgenhagen, nach einigen „Trinkgelagen“ des estnischen DPs eskaliert. Dabei sei es sogar zu Handgreiflichkeiten gekommen. Daher bat Frau Budgenhagen das Lübecker Quartieramt um Umquartierung des estnischen DPs in ein Sammellager.⁴⁴

Spannungen ergaben sich auch aus der Beschlagnahme von Häusern durch die britischen Militärbehörden. Dazu zählte in Lübeck auch das Gebäude des Traditionsrestaurants „Schiffergesellschaft“ in der Altstadt. Es war im Juni 1945 beschlagnahmt worden und diente als „Lithuanian DP Restaurant“ sowie als Sitz verschiedener litauischer Organisationen. Der deutsche Pächter des Restaurants kritisierte, dass die Litauer eigenes Küchenpersonal beschäftigten, so dass die deutschen Angestellten arbeitslos geworden seien. Zudem seien sämtliche Vorschläge, das Restaurant unter deutscher Regie zu betreiben und neben den litauischen DPs auch deutsche Flüchtlinge zu versorgen, von den Briten mit der Begründung abgelehnt worden, „dass Deutsche nicht mit den Litauern zusammen sein dürften“. Auf weitere Beschwerden des Pächters reagierten die Briten mit der Feststellung, dass das Restaurant „durch die Litauer gut in Stand gehalten“ werde.⁴⁵

Kriminalität

In den Jahren 1945/46 war in Lübeck ein drastischer Anstieg der Kriminalität zu verzeichnen. Die Zahl der Delikte stieg von 8 700 in der zweiten Jahreshälfte 1945 auf 15 400 im Jahre 1946, um 1947 auf 11 500 und 1948 auf 8 500 zu sinken. Die drastische Zunahme der registrierten Straftaten war in den ersten Nachkriegsmonaten vor allem auf Diebstahlsdelikte zurückzuführen. Aber auch die Zahl der Morde war vom zweiten Halbjahr 1945 bis 1948 mit 105 sehr hoch. Zu den Ermordeten zählten zehn Polizisten. Sie verloren ihr Leben bei

⁴⁴ AHL Hauptamt 862, Schreiben RA Dr. jur. Wolfgang Hollensteiner an Quartieramt der Hansestadt Lübeck im Auftrage der Frau Budgenhagen zu Lübeck, Moltkestr. 19 I, 19.2.1946.

⁴⁵ AHL Hauptamt 889, Schreiben Wirtschaftsgruppe Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, Geschäftsstelle Lübeck, Geschäftsführer Hasselbrink, 13.9.1945; ebenda, Schreiben 626 Mil Gov Det, 16.2.1946.

der Verfolgung krimineller Banden, die Diebstähle und Raubüberfälle verübten.⁴⁶

Diese kriminellen Banden rekrutierten sich nach Meinung der Lübecker vor allem aus Displaced Persons. „Die mit DPs besetzten Wohnblocks der Artillerie-Kaserne, Cambrai-Kaserne und das Lohmühlen-Lager sind ausgesprochene Verbrechernester. Die Spuren fast aller Einbrüche und Viehdiebstähle in den umliegenden Landkreisen führen in diese DP-Läger“, hieß es noch 1950 in einem Bericht aus Lübeck.⁴⁷ Auch der Lübecker Oberbürgermeister hatte bereits 1948 in einer Stellungnahme die DPs für die zahlreichen Fälle schwerer Kriminalität verantwortlich gemacht. Die Furcht vor den angeblich oder tatsächlich kriminellen Displaced Persons wurde auch dadurch gesteigert, dass die DPs in geschlossenen Lagern lebten, zu denen Deutsche, auch die deutsche Polizei, keinen Zutritt hatten.⁴⁸

Beschuldigt wurden indes vor allem polnische DPs, während Esten, Letten und Litauer in Presseberichten wie in den Mitteilungen der Lübecker Behörden seltener Erwähnung fanden.⁴⁹ Auch der britische Presseoffizier Arthur Geoffrey Dickens urteilte im Juni 1945: „Baltic nationals as a whole play little part in the prevalent disorders among the D.Ps.“⁵⁰ Die subjektiven Einschätzungen von Bürgern und Behördenvertretern werden durch die amtliche Kriminalstatistik nur teilweise bestätigt. 1949 etwa waren 3,5% der in Lübeck ermittelten Täter Ausländer, die damit gegenüber ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung der Stadt (2%) überrepräsentiert waren. Täter der 275 strafbaren Handlungen, die in diesem Jahr von Ausländern verübt wurden, waren 231 Polen, 28 Letten und drei Litauer. Esten werden nicht genannt. Täter aus den baltischen Staaten verübten ausweislich der Statistik vor allem Diebstähle. 1950 bestätigte die Lübecker Polizei hingegen, dass die Displaced Persons nicht mehr Straftaten verübten als die deutsche Bevölkerung.⁵¹ Die Unterschiede zwischen polnischen und baltischen DPs sind zum einen auf die höhere Zahl

⁴⁶ Lübecker Notzeit (wie Anm. 14), S. 51; AHL Hauptamt 867, Bürgermeister der Hansestadt Lübeck an Ministerpräsident Lüdemann, 5.7.1948.

⁴⁷ AHL Hauptamt 871, Bürgermeister der Hansestadt Lübeck an Sozialministerium Schleswig-Holstein, 1.3.1950.

⁴⁸ Zinas. Latvian Newsheet in Artillery Barracks. Lübeck Nr. 15 v. 1. März 1947.

⁴⁹ AHL Hauptamt 867, Bürgermeister der Hansestadt Lübeck an Ministerpräsident Lüdemann, 5.7.1948.

⁵⁰ Arthur Geoffrey Dickens, Lübeck Diary. London 1947, S. 84.

⁵¹ AHL Hauptamt 871, Übersicht über die Lübecker DP-Lager, 25.1.1950; ebenda, Niederschrift über eine Besprechung zwischen Vertretern des Sozialministeriums, der Polizei Lübeck und der Hansestadt Lübeck, 10.3.1950.

polnischer DPs, zum anderen auf das unterschiedliche soziale Profil beider DP-Gruppen zurückzuführen. Bei Esten, Letten und Litauern überwogen Frauen, Kinder, ältere Menschen und Familienväter, wohingegen die polnischen DPs einen hohen Prozentsatz alleinstehender jüngerer Männer aufwiesen, die bis Mai 1945 zumeist mehrere Jahre Zwangsarbeit in Lübeck geleistet hatten.

Es gab jedoch auch in Lübeck Stimmen, die vor einer Dämonisierung der Displaced Persons warnten. „Es hieße, dem geschehenen Unrecht ein neues hinzuzufügen, wollte man von den Displaced Persons rundweg als von Verbrechern sprechen“,⁵² stellten die „Lübecker Nachrichten“ 1948 fest, nachdem sie zuvor ausführlich über die Kriminalität in den DP-Lagern berichtet hatte. Die lettische Lagerzeitung „Informācijas Biletēns“ veröffentlichte daraufhin eine Gegen Darstellung der Lübecker Letten.⁵³ Es sei im eigenen Interesse der baltischen Nationen, argumentierte ein lettischer Staatsanwalt am britischen Militärgericht, diese „erbärmlichen Erscheinungen“ der Kriminalität unter den DPs zu bekämpfen. Denn gerade Esten, Letten und Litauer seien wegen der ungewissen politischen Lage ihrer Nationen auf ein positives Bild in den Staaten des Westens angewiesen.⁵⁴

Institutionen und kulturelles Leben

Die Displaced Persons aus den baltischen Staaten unterschieden sich von anderen DP-Gruppen durch einen hohen Grad an Selbstorganisation. In Lübeck verfügten die litauischen DPs im Februar 1946 über folgende Einrichtungen: das Litauische Komitee, das Litauische Rote Kreuz, eine litauische Zeitung, ein litauisches Restaurant, die litauische Jugendbewegung sowie eine Vorschule für litauische Kinder, die nicht in Lagern untergebracht waren. Noch differenzierter war das Organisationsniveau der Letten, die ein Komitee, eine „Justiz- und Paßabteilung“, das Lettische Rote Kreuz, eine Lebensmittel-Verteilungsstelle, Speise- und Aufenthaltsraum mit Betreuungsstelle, mehrere Zeitungen sowie ein eigenes Krankenhaus mit Krankenspeiseraum und Ärzteunterkunft besaßen.⁵⁵

⁵² Lübecker Nachrichten v. 8. Juli 1948.

⁵³ Informācijas Biletēns v. 3/5. Juli 1948.

⁵⁴ Nometnes „Rīga“ Ziņas. Latvian DP Camp „Riga“ Newsheet. Lübeck Nr. 60 v. 4. September 1946.

⁵⁵ AHL Hauptamt 889, A.J.R. Munro, Lt. Col., 820 Mil Gov Det an Oberbürgermeister

Für die lettische Emigration war Lübeck in der unmittelbaren Nachkriegszeit von überregionaler Bedeutung, da sich der Sitz des Lettischen Nationalkomitees in der Stadt befand. Gegründet worden war das Nationalkomitee im Februar 1945 in Potsdam, sein erster Vorsitzender war der Generalleutnant der Waffen-SS, Rūdolfš Bangerskis (1878–1958). Die Hoffnungen, das Nationalkomitee könne sich als politische Vertretung der Letten gegenüber den Deutschen etablieren, erfüllten sich nicht, da die deutschen Besatzer selbst kurz vor Ende des Krieges nicht bereit waren, ihre Macht zu teilen. Daher erfüllte das Lettische Nationalkomitee vorrangig Aufgaben einer Flüchtlingsorganisation.⁵⁶ Nachdem Bangerskis im Juni 1945 von den Briten verhaftet worden war, übernahm der Physiker Fricis Gulbis (1891–1956), der spätere Präsident der Baltischen Universität in Pinnenberg, den Vorsitz des Lettischen Nationalkomitees.⁵⁷ Spätestens im August 1945 ist das Lettische Nationalkomitee in Lübeck mit einem Büro in der Großen Burgstraße 40 nachweisbar, als Gulbis bei der britischen Militärregierung eine Zuzugsgenehmigung für den früheren Minister Alfrēds Bērziņš (1899–1977) beantragte, der ein enger Mitarbeiter des lettischen Präsidenten Kārlis Ulmanis gewesen war. Bērziņš war bis 1943 im KZ Sachsenhausen inhaftiert und sollte nach Gulbis' Angaben im lettischen Lazarett in Lübeck versorgt werden.⁵⁸ Auch andere Angehörige der politischen und militärischen Elite Lettlands hielten sich zumindest zeitweise in Lübeck auf. Dazu zählte beispielsweise Oberst Aleksandrs Plensners, der in der Zeit der deutschen Besatzung zu den führenden lettischen Militärs gezählt hatte.⁵⁹ Aus den wenigen Quellenhinweisen lässt sich die Geschichte des Lettischen Nationalkomitees nicht weiter rekonstruieren. 1948 wird die Vertretung der Letten in Lübeck lediglich als „Lettische Vertretung in Schleswig-Holstein“ bezeichnet.⁶⁰ Auch Litauer und Esten verfügten über ein „Nationalkomitee“ in Lübeck, doch scheint es sich bei diesen Organisationen von Anfang an lediglich um lokale Vertretungen

der Hansestadt Lübeck, 7.2.1946; AHL Hauptamt 866, Kriegsschädenverwaltung Lübeck, 19.7.1945.

⁵⁶ Vgl. Egil Levits, *Der Zweite Weltkrieg und sein Ende in Lettland*, in: Nordost-Archiv N.F. V (1996), H. 1: Das Jahr 1945 und das nördliche Ostmitteleuropa. Rückblicke in die Zukunft, hrsg. v. Joachim Tauber, S. 37-62.

⁵⁷ Zur Person von Gulbis vgl. Gulbis, Fricis, in: *Latvju Enciklopēdija*. Bd. 1, Stockholm 1950–1951, S. 737.

⁵⁸ AHL Hauptamt 866, Prof. Dr. Fr. Gulbis an Lt. Col. Munro, Chef der Militärregierung Lübeck, 13.8.1945.

⁵⁹ AHL Hauptamt 888, Schreiben Privat-Tanz-Schule Stolze, 29.10.1945; Felder, *Lettland* (wie Anm. 1), S. 251.

⁶⁰ Zīgas. *Latvian Newsheet in Artillery Barracks*. Lübeck Nr. 145 v. 1. Januar 1948.

gehandelt zu haben. Über das Estnische Nationalkomitee, das noch 1956 im Lager Meesenkaserne tätig war, heißt es in einer Stellungnahme des Lübecker Ordnungsamtes: „Der eigentliche Zweck des Komitees ist die Vertretung und Verfolgung der wirtschaftlichen Interessen der jetzt in Lübeck ansässigen Esten. Politische Ziele werden nur insoweit verfolgt, als der Volkstumsgedanke gepflegt und die Wiedererlangung der Heimat erhofft und angestrebt wird.“⁶¹

Den Organisationen der baltischen Displaced Persons kam zudem eine wichtige Mittlerfunktion zwischen DPs, britischen und deutschen Behörden zu. Ihre Aufgabe war nicht nur die Fürsorge für die DPs ihrer Nation, sondern auch deren Interessenvertretung. Dass die Komitees auch von den Briten als Interessenvertretung der baltischen DPs wahrgenommen wurden, zeigte sich in Lübeck bei den Planungen für einen eintägigen Streik der Mitarbeiter von Militärverwaltung und UNRRA im März 1947. Die britischen Militärbehörden bestellten daraufhin die Vertreter der baltischen Komitees ein, da viele ihrer Mitarbeiter Letten, Esten und Litauer waren. Nach massiven Drohungen der Briten, die die Balten damit einschüchterten, ihnen die Versorgung der UNRRA zu entziehen, verzichteten die Vertreter der baltischen Nationen auf ihre Beteiligung an dem Streik.⁶²

Von großer Bedeutung war für die baltischen DPs der Aufbau eines eigenen Schulwesens. In mehreren Lübecker Lagern bestanden Schulen für Esten, Letten und Litauer. Schon 1945 wurde ein lettisches Gymnasium in Lübeck gegründet, an dem 1947 21 Schüler das Abitur bestanden. Auch ein litauisches Gymnasium ist für Lübeck nachgewiesen.⁶³ Nach Abschluss des Gymnasiums konnten sich die Abiturienten bei der Militärregierung um ein Studium an einer deutschen Hochschule bewerben.⁶⁴ Viele Lübecker DPs besuchten allerdings die 1946 in Hamburg eröffnete Baltische Universität, die von 1947 bis 1949 ihren Sitz in Pinneberg hatte.⁶⁵

⁶¹ AHL Hauptamt 862, Schreiben Ordnungsamt an Zentralamt, 18.2.1956.

⁶² Ziņas. Latvian Newsheet in Artillery Barracks. Lübeck Nr. 19 v. 12. März 1947.

⁶³ Ziņas. Latvian Newsheet in Artillery Barracks. Lübeck Nr. 17 v. 6. März 1947. Zum litauischen Gymnasium in Lübeck vgl. die Erinnerungen von Pranas Jurkus, Lemties Vingiuose. Lietuvių Gimnazija 1945–1948 Liubekas (Lübeck) Vokietija [Im Strudel des Schicksals. Das Litauische Gymnasium 1945–1948 in Lübeck Deutschland]. Elmhurst JAV 2007.

⁶⁴ Vgl. dazu u.a. Schröder, Displaced Persons (wie Anm. 10), S. 277–290; Marcus Velke, Zwischen Universität und Lagerleben: Zum Studium von Displaced Persons in Bonn und Köln. Bachelorarbeit, Universität Bonn 2009.

⁶⁵ Vgl. Harding, Displaced Persons (wie Anm. 10), S. 159–164 sowie Angelika Eder, Die Baltische Universität 1946 bis 1949, in: Baltica 10 (1997), H. 4, S. 9–27; Arnolds Grāmatiņš, Baltijas Universitāte 1946–1949. Minstere/Münster 1989.

Eine Lübecker Besonderheit war das „Latvian Hospital“, das unabhängig vom zentralen DP-Krankenhaus in der Meesenkaserne bestand. Das Lettische Krankenhaus in Lübeck war aus dem Lazarett der Lettischen Legion hervorgegangen. Auf Initiative des ehemaligen Pressechefs im lettischen Außenministerium, Pauls Reinhardt, der sich seit Mai 1945 in Lübeck aufhielt, wurde das Lazarett der Waffen-SS-Legion am 20. Juni 1945 mit britischen Fahrzeugen von Schwerin nach Lübeck verlegt. Die UNRRA brachte das nunmehr als „Latvian Hospital“ bezeichnete Lazarett in der Gewerbeschule, Parade 2, unter. Das Personal des Krankenhauses erhielt den DP-Status. Im Frühjahr 1946 übersiedelte das Lettische Krankenhaus in das von den Briten beschlagnahmte Rot-Kreuz-Krankenhaus in der Marlistraße. Dort fungierte es bis 1949 als DP-Krankenhaus für ganz Norddeutschland.⁶⁶

Ein wichtiges Kommunikationsmittel der Displaced Persons waren die Lagerzeitungen. Heute sind diese Zeitungen eine ergiebige Quelle zur Erforschung des Lageralltags, die jedoch schwer zugänglich ist und deshalb von der Forschung wenig beachtet wird.⁶⁷ In Lübeck verfügte fast jedes größere Lager zumindest über eine Lagerzeitung in lettischer Sprache.⁶⁸ Hinzu kam als offizielles Publikationsorgan der DPACS (Displaced Persons Assembly Centre Staff) in lettischer Sprache das „Informācijas Biletens“. Auch estnische und litauische Zeitungen wurden in Lübeck herausgegeben. Die Lagerzeitungen wurden mit Schreibmaschinen geschrieben und dann vervielfältigt. Sie enthielten meist vier Seiten – die erste Seite enthielt Nachrichten aus Lübeck, auf den Seiten 2 und 3 wurde über die internationale Politik und ihre Auswirkungen auf die DPs berichtet, während die vierte Seite Informationen über das kulturelle Leben enthielt.

Für die Militärbehörden stellte es ein Problem dar, dass kein Offizier der britischen Militärverwaltung in Lübeck über lettische, litauische oder estnische Sprachkenntnisse verfügte, wie der britische Presseoffizier Arthur Geoffrey Dickens festhielt. Eine Zensur der La-

⁶⁶ Vgl. die Erinnerungen von Arvēds Alksnis in: *Latviešu karavīrs otra pasaules kara laikā. Dokumentu un atmiņu krājums* [Der lettische Soldat im Zweiten Weltkrieg. Dokumente und Erinnerungen]. Bd.VII, hrsg. v. Vilis Hāzners u. Alfrēds Jānis Bērziņš. Minstere/Münster 1979, S. 252-267.

⁶⁷ Eine Sammlung lettischer Lagerzeitungen aus verschiedenen deutschen Lagern befindet sich im Lettischen Zentrum in Münster.

⁶⁸ Vgl. die Übersicht zu den lettischen DP-Zeitungen bei Ingūna Daukste-Silasproģe, *Latviešu literārā dzīve un latviešu literatūra bēgļu gados Vācijā 1944–1950* [Das lettische literarische Leben und lettische Literatur in den Flüchtlingsjahren in Deutschland 1944–1950]. Rīga 2002.

gerzeitungen war damit praktisch unmöglich. Die Briten standen vor dem Dilemma, dass man die baltischen DPs einerseits mit den Anordnungen der Militärregierung vertraut machen wollte und dafür Zeitungen in der jeweiligen Muttersprache benötigte. Andererseits befürchtete die Militärregierung, diese Zeitungen könnten für anti-sowjetische Propaganda genutzt werden.⁶⁹

Sportveranstaltungen nahmen in der Berichterstattung der Lagerzeitungen ebenfalls großen Raum ein. Viele DP-Lager veranstalteten eigene Sportfeste und Leichtathletikwettbewerbe. Zu den sportlichen Höhepunkten des Jahres 1946 zählte für die lettischen DPs das von 10 000 Zuschauern verfolgte Fußballspiel des Hamburger Sportvereins gegen eine lettische Nationalauswahl im Hamburger Rothenbaum-Stadion. Die lettischen Spieler waren u.a. aus Lübeck, Mölln, Segeberg, Itzehoe, Geesthacht, Oldenburg und sogar aus Österreich angereist. Drei Spieler aus der amerikanischen Zone mussten ihre Teilnahme jedoch kurz vor Beginn des Spiels absagen.⁷⁰

Einen noch höheren Stellenwert als der Sport hatte in der Nachkriegszeit bei DPs wie Deutschen die Kultur. Die Lagerzeitungen berichteten laufend über zahlreiche kulturelle Veranstaltungen in Lübeck und Umgebung. Zu den Eckpfeilern des lettischen kulturellen Lebens zählte das Lettische Theater in Lübeck, das die Sporthalle der Meesenkaserne für seine Aufführungen nutzte. Dort traten auch ein DP-Varieté sowie verschiedene Chöre auf. Von besonderer Qualität war das Lübecker Ballett, das sich u.a. aus ehemaligen Tänzern der Rigaer Oper rekrutierte. Ein DP-Kino befand sich in der Meesenkaserne, ein weiteres in der Lübecker Innenstadt. Gezeigt wurden zu meist deutsche Filme. Bei Vortragsveranstaltungen in den Lagern referierten Professoren der Baltischen Universität in Pinneberg.⁷¹ 1947 wurde in Lübeck eine Lettische Kulturwoche veranstaltet. Das Programm enthielt Theateraufführungen, Sinfoniekonzerte, literarische Matineen, Ballettabende, Auftritte verschiedener Chöre sowie Ausstellungen von bildender Kunst und Kunsthandwerk. Im folgenden Jahr war Lübeck Veranstaltungsort des lettischen Sängertags, der in Erinnerung an das erste allgemeine Sängerfest in Lettland 75 Jahre zuvor begangen wurde. Zehn Chöre mit 400 Sängern aus norddeutschen DP-Lagern fanden sich zum Sängertag ein. Eröffnet wurde das

⁶⁹ Dickens, *Lübeck Diary* (wie Anm. 50), S. 59 f.

⁷⁰ Ziņas. *Latvian Newsheet in Artillery Barracks*. Lübeck Nr. 39 v. 17. Juli 1946.

⁷¹ Ziņas. *Latvian Newsheet in Artillery Barracks*. Lübeck Nr. 162 v. 10. Februar 1948: Bericht über den Vortrag des litauischen Professors Vladas Stanka.

Sängerfest mit einem Konzert zu Ehren des wenige Wochen zuvor in Lübeck verstorbenen Komponisten Jāzeps Vītols. Estnische, lettische und litauische Musiker aus Lübecker DP-Lagern traten jedoch nicht nur in Norddeutschland auf. Das lettische Streichquartett aus Lübeck beispielsweise spielte im Sommer 1948 sogar in Großbritannien und Schweden.⁷²

Kulturelle Aktivitäten eröffneten zudem Möglichkeiten zur Begegnung zwischen den baltischen DPs und ihren deutschen Nachbarn. Regelmäßig berichtete die deutsche Presse Lübecks über kulturelle Veranstaltungen der baltischen DPs. Diese fanden auch außerhalb der für Deutsche geschlossenen DP-Lager statt, wie z.B. eine Ausstellung lettischer Kunst 1948 im Rathaus Lübeck. Im Gegenzug hatten deutsche Künstler Gelegenheit, bei kulturellen Veranstaltungen der DPs aufzutreten. So war es ein deutsches Orchester, das bei den 2. lettischen Kulturtagen in Lübeck 1948 eine Sinfonie des Komponisten Komponisten Jānis Kalniņš uraufführte.⁷³

Von Displaced Persons zu Heimatlosen Ausländern

Am 1. Juli 1950 wurden die DP-Lager von den Alliierten der deutschen Verwaltung übergeben. Damit wurden aus Displaced Persons in der Terminologie der deutschen Behörden „Heimatlose Ausländer“. Zu diesem Zeitpunkte hatte die Mehrheit der Esten, Letten und Litauer die westlichen Besatzungszonen Deutschlands im Zuge des „Resettlements“ bereits verlassen. Die meisten baltischen DPs wanderten von Deutschland in die Vereinigten Staaten, nach Kanada, Australien oder Großbritannien aus. Vor der Auswanderung mussten sich die DPs umfangreichen medizinischen Untersuchungen in den „Processing Centres“ der International Refugee Organization (IRO) unter-

⁷² Lübecker Nachrichten v. 11. September 1948.

⁷³ Ziņas. Latvian Newsheet in Artillery Barracks. Lübeck Nr. 162 v. 10. Februar 1948. Zur Geschichte der baltischen Musiker in deutschen DP-Lagern vgl. Jurate Vyliūtė, Lietuvių muzikai Vokietijoje, 1944–1949 [Litauische Musiker in Deutschland 1944–1949]. Vilnius 2005; dies., Das Phänomen der „displaced persons“ im Spiegel amerikanischer und litauischer Archivbestände, in: Musik-Sammlungen – Speicher interkultureller Prozesse, hrsg. v. Erik Fischer. Stuttgart 2007, S. 562-575, sowie Ingo Hoddick, Musiker als Displaced Persons. Vladas Jakubėnas und Jāzeps Vītols in Deutschland, in: Displaced Persons (wie Anm. 3), S. 139-148; Swietłana M. Czerwononaja, Litewska emigracja i litewska kultura w Niemczech po II wojnie światowej: zmieniające się granice etnicznej enklawy [Die litauische Emigration und die litauische Kultur in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg: Die sich verändernden Grenzen einer ethnischen Enklave]. Toruń 2008.

ziehen. Außerdem waren Fragen zur Zusammenarbeit mit den Deutschen während des Krieges zu beantworten. Zeigten sich bei den Untersuchungen Anzeigen auf Tuberkulose oder wurde eine freiwillige Mitgliedschaft in der Waffen-SS festgestellt, dann erteilte die IRO in der Regel keine Genehmigung zur Auswanderung. Diejenigen DPs, die nicht auswandern konnten oder wollten, wurden von den Alliierten als „hard core“ bezeichnet.

Die britischen Behörden strebten die Assimilation der in Deutschland verbleibenden DPs an. Daher war es notwendig, so äußerten die Vertreter der britischen Behörden in einer Besprechung mit Vertretern der Stadt Lübeck, die deutschen Sprachkenntnisse der Kinder in den DP-Lagern zu verbessern. Sie sollten mit dem Übergang der Lager in deutsche Verwaltung deutsche Schulen besuchen. Eine schulische Ausbildung in der Muttersprache der DPs lehnten die Briten daher ab.⁷⁴ Explizit baten die Vertreter der Briten die Lübecker Behörden darum, „anzustreben, dass die DPs nicht als abgesonderter Bevölkerungsteil sozusagen in der Diaspora gehalten würden, sondern dass eine Assimilierung dieser Leute in der Lübecker Bevölkerung möglichst bald erreicht würde.“⁷⁵

Der 1. Juli 1950 bedeutete nicht nur für die Kinder baltischer und anderer DPs einen tiefen Einschnitt. Viele Kinder mussten nun Schulen besuchen, deren Sprache sie kaum verstanden.⁷⁶ Auch für die Erwachsenen hatte der neue Status als „Heimatloser Ausländer“ Veränderungen zur Folge. So endete im Sommer 1950 ebenfalls die Versorgungspflicht der IRO, die früheren DPs mussten sich nun selbst ernähren und versorgen. In den Lagern wurden deshalb Geschäfte und Handwerksbetriebe konzessioniert. Im September 1950 hatten im Lübecker Lager Meesenkaserne bereits zwölf Betriebe ihre Tätigkeit aufgenommen.⁷⁷

Auch der Young Men's Christian Association (YMCA) verstärkte nach dem Übergang der Lager in deutsche Verwaltung seine Bemühungen, frühere DPs auf eine Auswanderung vorzubereiten, die dazu willens und in der Lage waren. Angeboten wurde Sprachunter-

⁷⁴ AHL Hauptamt 871, Aktenvermerk zur Sitzung am 12.4.1950 betr. Übergabe der DPs in die Zivilverwaltung; ebenda, Protokoll einer Besprechung über DP-Angelegenheiten, 11.7.1950.

⁷⁵ AHL Hauptamt 871, Aktenvermerk betr. Überführung der DP-Läger in die Zivilverwaltung, Besprechung am 22.3.1950.

⁷⁶ Vgl. Stoewer, Von Riga nach Lübeck (wie Anm. 26), S. 208.

⁷⁷ Harding, Displaced Persons in Schleswig-Holstein (wie Anm. 10), S. 183 f.; Lübecker Freie Presse v. 27. Juni 1950.

richt in Englisch, außerdem hielten amerikanische Studenten Vorlesungen über das Leben in den USA.⁷⁸ Die ärztliche und politische Überprüfung der potenziellen Auswanderer erfolgte durch 26 Einwanderungskommissionen der verschiedenen Aufnahmeländer im Lager Lübeck-Blankensee. Die Anerkennungsquote betrug 1951 lediglich 13%. Den Abschluss des „Resettlement“ bildete die Schließung des IRO-Durchgangslagers Blankensee zum Jahresende 1951. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten 15 000 Menschen das Lager durchlaufen, dessen Eingangstor die Aufschrift „Gateway to Freedom“ trug.⁷⁹

Die Lübecker Behörden verfolgten das Ziel, die Flüchtlingslager schnell zu räumen. Immer wieder meldeten Verwaltungsstellen der Stadt Lübeck Raumbedarf an. Auch Vertreter der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen wiesen gegenüber der Stadt wiederholt darauf hin, dass die Lebensbedingungen in den Lagern für Heimatlose Ausländer wesentlich besser waren als in den Flüchtlingslagern für Deutsche.⁸⁰ Zum ersten Jahrestag der Übernahme der DP-Lager durch die deutsche Verwaltung organisierte die Hansestadt Lübeck eine Besichtigungsfahrt für Pressevertreter. Die anschließenden Berichte der Lübecker Presse fielen durchweg positiv aus: „Den gemeinsamen Bemühungen des Gemeindebeauftragten und des Beirates ist es gelungen, hier, vor den Toren unserer Stadt, eine echte Gemeinschaft zu bilden. Ausländer und Deutsche wohnen nicht getrennt, sondern in denselben Häusern. Ihre Kinder besuchen gemeinsam den Lagerkindergarten, die Volksschule und die Klubzimmer der YMCA oder die Gemeinschaftsveranstaltungen im Kinosaal.“⁸¹

Die Wohnungssituation der Heimatlosen Ausländer entspannte sich in Lübeck im Laufe der 1950er Jahre, als in den Vororten St. Hubertus, Kücknitz sowie in der Ziegelstraße in Moisling zahlreiche neue Wohnungen für die ehemaligen DP's entstanden. Viele Wohnungen wurden vom Wohnungsbauunternehmen „Neue Heimat“ mit Förderung des UNO-Hochkommissars für Flüchtlinge gebaut. Zwischen 1958 und 1960 wurden die letzten Kindergärten in den Ausländerlagern aufgelöst.⁸² Der Prozess der Lagerräumung zog sich allerdings noch

⁷⁸ Lübecker Freie Presse v. 17. August 1950.

⁷⁹ Lübecker Freie Presse v. 5. Dezember 1951.

⁸⁰ AHL Hauptamt 894, Schreiben an Landesregierung Schleswig-Holstein, Koordinierungsreferat für Demontage- bzw. Entmilitarisierungsfragen, Kiel, 21.2.1950; ebenda, Schreiben Landessozialminister Damm an den Senat der Hansestadt Lübeck, 10.7.1950.

⁸¹ Lübecker Freie Presse am Wochenende v. 28. Juli 1951.

⁸² Verwaltungsbericht der Hansestadt Lübeck 1. April 1952 bis 31. März 1960. Lübeck 1960, S. 67 f.

hin und trat erst mit dem „Weltflüchtlingsjahr“ 1960 in seine letzte Phase. 1963 lebten noch 29 Haushalte Heimatloser Ausländer in einem Block der Meesenkaserne in der Goebenstraße. Mit der Übergabe von 15 Neubauwohnungen an Heimatlose Ausländer verließen im Herbst 1966 die letzten Bewohner das ehemalige Lager Meesenkaserne.⁸³ Damit hörte das letzte Lager für ehemalige Displaced Persons in Schleswig-Holstein zu bestehen auf.⁸⁴

Bis heute leben Esten, Letten und Litauer als „Heimatlose Ausländer“ in Deutschland, sofern sie nicht deutsche Staatsangehörige wurden oder nach 1991 erneut die Staatsbürgerschaft ihres Heimatlands angenommen haben. Die ehemaligen Displaced Persons passten sich an die Mehrheitsgesellschaft an, ohne sich vollständig zu assimilieren: Eigene Schulen, wie das bis heute bestehende Litauische Gymnasium in Lampertheim-Hüttenfeld oder das frühere Lettische Gymnasium in Münster, der Zusammenschluss in „Volksgemeinschaft“ genannten Organisationen, muttersprachliche Periodika, Gottesdienste und kulturelle Veranstaltungen ermöglichten den Esten, Letten und Litauern in Deutschland, ihre kulturelle und sprachliche Identität zu bewahren.

⁸³ AHL Hauptamt 873.

⁸⁴ Lübecker Nachrichten v. 19. Oktober 1966.

Lettische Flüchtlinge in Deutschland nach 1944 und die Integration lettischer Exilschriftsteller: Jānis Jaunsudrabiņš und Pēteris Ērmanis

von Liene Lauska

Summary

With the great wave of Latvian emigration in 1944 and 1945 almost 200,000 people fled Latvia. Among them was a considerable number of intellectuals, and an active cultural life in the refugee camps of the western allies developed accordingly. With the departure of Latvian refugees to third countries, these cultural activities also moved. As of the beginning of the 1950s, new Latvian centres arose in New York, Chicago, Toronto, Sidney and Stockholm. Pēteris Ērmanis and Jānis Jaunsudrabiņš were among the few Latvian exile writers who remained in West Germany. Prior to their exile, both had established reputations in their homeland and were able to support their families by writing. In West Germany, however, they were unable to meet the cost of living by their professional efforts and were referred to the state for financial support. While their status as writers during their exile was recognised in the exile community, they did not receive complete recognition from the native population. The lack of such recognition seems not to have mattered to Pēteris Ērmanis, whereas Jānis Jaunsudrabiņš strove to achieve it during the whole time of his exile.

Aus dem Deutschen übersetzt von Louis Marvick, Reno/Lüneburg

Lettische Flüchtlinge in Deutschland

Während des Zweiten Weltkrieges und besonders in den Jahren 1944 und 1945 verließen aus Furcht vor sowjetischer Verfolgung und Repressalien etwa 10% (annähernd 200 000 Menschen)¹ der lettischen Bevölkerung Lettland. Der größere Teil floh nach Deutschland. Ein geringer Teil der lettischen Flüchtlinge ging nach Dänemark, Österreich, Belgien und in andere Länder. Laut dem exillettischen Juris-

¹ Valters Nollendorfs, Trimdas literatūras paaudzes [Die Generationen der Exilliteratur], in: Kritikas gadagrāmata (1991), Nr. 18, S. 88.

ten und Historiker Ādolfs Šilde kehrten in der Nachkriegszeit etwa 2 000 Letten in ihre Heimat zurück.² Die Motive waren unterschiedlich, meistens stand jedoch die Familienzusammenführung im Vordergrund.

Infolgedessen existierten 1944/45 auf dem Territorium des Dritten Reichs ca. 400 Flüchtlingslager mit vielen lettischen Flüchtlingen. Die meisten Lager bestanden jedoch nur kurze Zeit. Die lettische Literaturwissenschaftlerin Ingūna Daukste-Silasproģe schreibt in ihrem Buch über das lettische literarische Leben und die Literatur in den Flüchtlingsjahren von 1944 bis 1950 in Deutschland, die lettischen Flüchtlinge seien während des Winters 1944/45 und im Frühling 1945 wegen der ständigen Kriegsbedrohung nicht in der Lage gewesen, Lager zu gründen oder kulturelle Aktivitäten zu entwickeln. Stattdessen seien die Letten als Fabrikarbeiter von Stadt zu Stadt gezogen oder hätten auf dem Lande als Landarbeiter gearbeitet, ständig auf der Flucht und in Angst vor der Roten Armee.³

Berlin war Anfang 1945 das größte Zentrum lettischer Intelligenz im Dritten Reich.⁴ Hier hatte bereits am 29. August 1944 die erste lettische Exilorganisation, die „Lettische Verwaltung“, ihre Tätigkeit aufgenommen. Aufgabe dieser Organisation war es, lettischen Flüchtlingen zu helfen und Angehörige von Militärpersonen, Hilfsbedürftige sowie Beschäftigte in Fabriken, in der Landwirtschaft und in der Kunst- und Kulturszene zu betreuen. Gleichzeitig registrierte die „Lettische Verwaltung“ die lettischen Flüchtlinge. Seit November 1944 erschien darüber hinaus in Berlin die exillettische Zeitung „Daugavas Vanagi“ („Die Dünahabichte“), seit Anfang Januar 1945 die exillettische Zeitung „Latvju Balss“ („Die lettische Stimme“) und seit Ende Januar 1945 die exillettische Zeitschrift „Signāls“ („Das Signal“). Ebenso fanden einige kulturelle Veranstaltungen statt.⁵ Im Februar und März 1945, als Berlin bereits massiv bombardiert wurde, wurden alle exillettischen Aktivitäten eingestellt, und die Flucht vor der anrückenden Roten Armee begann.

Einige der lettischen Flüchtlinge, die sich nach dem Krieg immer noch im Westteil Berlins befanden, wurden organisiert in die west-

² Ādolfs Šilde, *Trimdinieka raksti. 1944–1990* [Schriften eines Exilanten. 1944–1990]. 2. Aufl., Rīga 1992, S. 223.

³ Ingūna Daukste-Silasproģe, *Latviešu literārā dzīve un latviešu literatūra bēgļu gados Vācijā 1944–1950* [Das lettische literarische Leben und lettische Literatur in den Flüchtlingsjahren in Deutschland 1944–1950]. Rīga 2002, S. 10.

⁴ Ebenda, S. 11 f.

⁵ Ebenda.

alliierten Besatzungszonen überführt. Bis zur Einrichtung der ersten Lager für Displaced Persons (DPs) durch die Westalliierten in ihren jeweiligen Besatzungszonen ab Mai bzw. Juni 1945 blieb die Situation für lettische Flüchtlinge jedoch gefährlich, und sie waren meist von Obdachlosigkeit bedroht.

Langsam verlagerte die lettische Exilgesellschaft nach dem Kriegsende ihre Exilorganisationen in die Besatzungszonen der Westalliierten. Bereits im April 1945 wurde in Lübeck das Lettische Rote Kreuz mit dem Ziel gegründet, sich hauptsächlich um kranke Soldaten, Frauen und Kinder zu kümmern, Gottesdienste zu organisieren, Konzerte lettischer Künstler zu ermöglichen und im Krieg verlorene Angehörigen zu suchen. Die Mittel dafür erhielt die Organisation durch Spenden, hauptsächlich vom Schwedischen Roten Kreuz. Um das Leben der Flüchtlinge zu koordinieren, organisierten Exilletten im Mai 1945 die Gründung der ersten lokalen lettischen Flüchtlingsorganisationen. Die wichtigsten davon waren: der „Lettische Zentralrat“ („Latviešu Centrālā padome“, LCP), das „Lettische Zentralkomitee“ („Latviešu Centrālā komiteja“, LCK) mit einer Kulturstiftung (seit dem 9. Oktober 1945) und der „Lettische Nationalrat“ („Latviešu Nacionālā padome“, LNP). Der LCP erklärte sich zur zentralen Vertretung aller im Exil befindlichen Letten, unabhängig von deren politischer Überzeugung, Religion oder Zugehörigkeit zu anderen Organisationen.

Eine der wichtigsten Aufgaben des LCK war die Errichtung lettischer Flüchtlingsvertretungen in Flüchtlingslagern, in denen sich Letten befanden. Eine der Aufgaben der Kulturstiftung war, sich um kulturelle Veranstaltungen für die Flüchtlinge zu kümmern. Bereits ab 1944 gab es regelmäßige Schriftstellerabende, die meistens zahlreich besucht wurden, und aus Spenden der lettischen Flüchtlinge wurden Preise an Künstler vergeben. Ebenso legte die Kulturstiftung des Lettischen Zentralkomitees 1946 Honorare fest, die die Künstler für verschiedene Aktivitäten bekommen sollten. Hier einige Beispiele: Für ein neues Prosastück erhielt der Autor 10,00 bis 20,00 DM,⁶ für ein Gedicht 1,00 bis 2,00 DM, für einen Liedertext 2,00 DM. Das Honorar eines Autors für eine Theateraufführung betrug 5 bis 10% der Einnahmen aus jeder Aufführung. Das Honorar für Publikationen in einer Zeitschrift oder Zeitung belief sich für Prosa (bei 30 bis 40 Buchstaben pro Zeile) auf 0,30-0,50 DM, für ein Gedicht

⁶ Latviešu trimdas kopības noteikumi [Bestimmungen für die lettische Exilgemeinschaft]. Detmolda [Detmold] 1949, S. 80 ff. Die Preise wurden hier in DM und nicht in der damaligen Währung RM (Reichsmark) angegeben.

auf 0,50-1,00 DM und für eine wissenschaftliche Abhandlung auf 0,30-0,50 DM, jeweils pro Zeile. Anfangs stellten diese Vergütungen für die Schriftsteller einen Anreiz und eine materielle Stütze dar; nach der Auflösung der Stiftung 1948⁷ bekamen sie oft nicht einmal mehr ein Honorar für die Veröffentlichung eines Buches oder einer Publikation in exillettischen Periodika.

Der LNP arbeitete eng mit deutschen Behörden und der United Nations Relief and Rehabilitation Administration (UNRRA) zusammen. Neben diesen zentralen exillettischen Organisationen gab es noch einige spezialisierte exillettische Organisationen, z.B. den „Christlichen Jugendbund“ (seit 1945, „Jaunatnes kristīgā savienība“, JKS), die „Scouts and Guides“ (seit 1945, „Skauti un gaidas“), die „Vereinigung lettischer Ingenieure im Ausland“ (seit 1948, „Latviešu inženieru apvienība ārzemēs“, LIAA), den „Verein Lettischer Architekten“ (seit 1947, „Latvijas Arhitektu biedrība“, LAB) und die „Vereinigung lettischer Ärzte und Zahnärzte“ (seit 1946, „Latviešu Ārstu un zobārstu apvienība“, LAZA). Die wichtigste dieser Vereinigungen war der exillettische Fürsorgeverein „Die Dünahabichte“ (seit 1945). Dieser Verein übernahm eine Fürsorge- und Registrierungsfunktion für die zahlreichen ehemaligen lettischen Militärpersonen, insbesondere für Kriegsinvaliden. Zu Beginn der 50er Jahre sorgte sich der Fürsorgeverein ebenso um Kranke, Rentner, Waisen und die Familien von Kriegsgefallenen.

Zwischen 1945 und 1950 gab es in Westdeutschland 294 Flüchtlingslager⁸ und fast in jedem Flüchtlingslager lettische Flüchtlinge (ca. 125 000)⁹. In Schleswig-Holstein und Hamburg bestanden 67 Lager mit ca. 23 000 Letten, in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen 61 Lager mit ca. 12 800 Letten, in Baden-Württemberg 58 Lager mit ca. 11 500 Letten, in Bayern 93 Lager mit ca. 30 700 Letten und in Hessen 15 Lager mit ca. 4 000 Letten.¹⁰

⁷ Daukste-Silasproģe, *Latviešu literārā dzīve* (wie Anm. 3), S. 18. Die Kulturstiftung wurde aufgelöst, weil nicht mehr ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung standen.

⁸ Ebenda, S. 27.

⁹ Artūrs Priedītis, *Latvijas kultūras vēsture: no vissenākajiem laikiem līdz mūsdienām* [Kulturgeschichte Lettlands: von der Antike bis heute]. Daugavpils 2000, S. 229. Wolfgang Jacobmeyer nennt hierzu etwas abweichende Zahlen. Für das Jahr 1946 gibt er die Anzahl der in den Lagern lebenden lettischen DPs mit 91 108 Personen und der außerhalb von Lagern lebenden Letten mit 6 274 an, vgl. Wolfgang Jacobmeyer, *Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945–1951*. Göttingen 1985 (Schriftenreihe Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft. 65), S. 122.

¹⁰ *Latvju enciklopēdija* [Lettische Enzyklopädie], Bd. 1, Stockholm 1950, S. 507. Zur Lage der Standorte von lettischen DPs vgl. Daukste-Silasproģe, *Latviešu literārā dzīve* (wie Anm. 3), S. 325-328; Ilgvars Veigners, *Latvieši ārzemēs* [Letten im Ausland]. Rīga 1993, S. 152 f.; Lie-

Fast in jedem größeren Lager mit vielen Letten war eine lettische Theatergruppe aktiv, wurden lettische Zeitungen und Lehrmaterial für lettische Schulen gedruckt und fanden lettische Literaturabende statt, wofür das LCK verantwortlich war. Damit versuchten die lettischen Flüchtlinge, inmitten der Ungewissheit ein normales Leben aufrechtzuerhalten. Dieser Ausnahmezustand in den Lagern, der für die Flüchtlinge in der damaligen Situation immer noch ein sichereres Leben als außerhalb eines Lagers bedeutete, dauerte etwa bis 1950, als immer mehr Flüchtlinge in andere Emigrationsländer auswanderten. Lettische kulturelle Ereignisse außerhalb der lettischen Heimat waren zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Möglich wurde dieses künstlerische Schaffen dadurch, dass die lettischen Flüchtlinge in Enklaven und nicht zerstreut lebten und meistens Freizügigkeit genossen, was das kulturelle Geschehen in den Lagern anging. Die Inhalte der Zeitungen, die die lettischen Lagerinsassen reichlich mit literarischen Werken versahen und herausgaben, wurden lediglich formal zensiert. Niemand musste zunächst hungern und an Geld verdienen denken.¹¹ Erst in den darauf folgenden Jahren wurde gerade diese Sorglosigkeit zu einem größeren Problem, welches man nur ungern zugab. Um die Moral, die zu verfallen schien, aufrechtzuerhalten, wurden unterschiedliche Beschäftigungen eingeführt: die Arbeit in Vereinen, Theatergruppen oder sonstigen Interessengruppen.¹² Es fehlte nicht an Teilnehmern, weil noch nie in der lettischen Geschichte so viele Intellektuelle konzentriert an einem Ort gelebt hatten – Schriftsteller, Maler, Dramaturgen, Sänger und andere Künstler.¹³ Im Jahr 1946 zählte die Kunstagentur des Lettischen Zentralkomitees in Westdeutschland 750 Künstler sowie 174 Schriftsteller und Journalisten. Auch Wolfgang Jacobmeyer bestätigt in seinem Buch die Tatsache, dass die soziale Zusammensetzung unter den baltischen DP's einen überdurchschnittlich hohen Prozentsatz (ca. 37%) an Flüchtlingen mit anspruchsvollem Ausbildungshintergrund (z.B. Künstler, Schriftsteller, Lehrer, Chemiker und Anwälte) auf-

ne Lauska, Pēteris Ērmanis und Jānis Jaunsudrabiņš: Die soziale und kulturelle Integration lettischer Schriftsteller in Lettland und im deutschen Exil (Diss., Universität Greifswald). Frankfurt a.M. 2011, S. 28.

¹¹ Valdemārs Kārklīņš, Mājupceļš. Sarunas ar rakstniekiem trimdā [Der Weg nach Hause. Gespräche mit Schriftstellern im Exil]. Rīga 2003, S. 331.

¹² Šilde, Trimdinieka raksti (wie Anm. 2), S. 215.

¹³ Jānis Bičolis, Latviešu trimdas literatūras 10 gadi [Zehn Jahre lettische Exilliteratur], in: Latviešu trimdas desmit gadi. Rakstu krājums [Zehn Jahre lettisches Exil. Schriftensammlung], hrsg. v. H. Tihovskis. [Toronto] 1954, S. 145.

wies.¹⁴ Im Gegensatz zu dieser Feststellung steht jedoch seine Überlegung, dass in den Lagern keine Interessengruppen entstehen konnten, weil den Insassen Gemeinschaftsbewusstsein und Zusammengehörigkeitsgefühl gefehlt hätten.¹⁵ Ihr Leben sei sinnentleert gewesen und sie hätten keinerlei Motivation zu individueller Leistungsbereitschaft besessen.¹⁶ Diese Diskrepanz zwischen den Berichten ehemaliger Lagerinsassen und den Aussagen des deutschen Historikers Jacobmeyer könnte darin begründet sein, dass der Forschungsstand zum Zeitpunkt des Erscheinens der Studie Jacobmeyers (1985) noch nicht umfassend war.

Aufgrund der einsetzenden Maßnahmen von UNRRA, Kriegsgefangene und deportierte ausländische Zivilisten zurück in ihre Heimatländer zu transportierten, reduzierte sich die Anzahl der lettischen Flüchtlinge im März 1946 auf 78 839.¹⁷

Als die International Refugee Organization (IRO, 1946–1952) die UNRRA ablöste, setzte jene im Jahr 1947 verstärkt „screenings“ (Selektion arbeitsfähiger DPs) ein, um diese anderen Ländern als billige Arbeitskräfte anzubieten. Noch vor dem Organisationswechsel hatte sich die Lage der Flüchtlinge radikal verschlechtert, Essensrationen wurden gekürzt, gebrauchte Kleidungsstücke, die bis dahin regelmäßig angeboten worden waren, wurden Mangelware und immer mehr Lagerinsassen wurden in immer kleineren Räumen zusammengelegt, weil die Mittel der IRO hierfür noch knapper waren als die der UNRRA.¹⁸ Dies löste zugleich eine gravierende gesundheitliche Verschlechterung unter den Flüchtlingen aus. Die Westalliierten und die westdeutschen Verwaltungen waren stark daran interessiert, die Flüchtlingslager aufzulösen, da deren Aufrechterhaltung hohe Kosten verursachte.¹⁹ „Das Volksvermögen war praktisch vollständig für Hitlers Größenwahn verschleudert worden, der materielle Schaden enorm, das menschliche Leid unermesslich.“²⁰ Die Kriminalitätsrate

¹⁴ Jacobmeyer, *Vom Zwangsarbeiter* (wie Anm. 9), S. 179.

¹⁵ Ebenda, S. 247 f.

¹⁶ Ebenda, S. 248 f.

¹⁷ Daukste-Silasproģe, *Latviešu literārā dzīve* (wie Anm. 3), S. 28.

¹⁸ Jacobmeyer, *Vom Zwangsarbeiter* (wie Anm. 9), S. 167.

¹⁹ Stefan Schröder, *Nachbarschaft und Konflikt: Die DPs und die Deutschen*, in: *Displaced Persons. Flüchtlinge aus den baltischen Staaten in Deutschland*, hrsg. v. Christian u. Marianne Pletzing, München 2007 (*Colloquia baltica*. 12), S. 63 f.

²⁰ Rolf-Dieter Müller, *Grundzüge der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945*, in: *Deutschland 1933–1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft*, hrsg. v. Karl-Dietrich Bracher, Manfred Funke u. Hans-Adolf Jacobsen. 2. Aufl., Bonn 1993, S. 375.

stieg stark an, auch unter den DPs, und ging hier vorwiegend von sowjetischen und polnischen DPs aus.²¹ Insgesamt überschritt die Kriminalität der DPs zwar nicht die allgemeine deutsche Kriminalität, wurde aber von den Deutschen vielfach als höher empfunden.²² Die deutsche Bevölkerung suchte kaum Kontakt zu den DPs, diesen gegenüber herrschte eine desinteressierte bis feindselige Verhaltensweise.²³ Das Desinteresse, ja ein Wiederaufleben von Ressentiments, sogar Hassgefühle unter Deutschen entstanden nicht zuletzt wegen der Politik der Alliierten, da die gute Versorgung der DPs ihrer Meinung nach zum Anstieg der Kriminalität und zu Müßiggang führen würde.²⁴ Somit galt bereits kurz nach dem Krieg, im Jahr 1946, die Bezeichnung „DP“ als Beleidigung, und Flüchtlinge wurden nicht länger als unglückliche, in Not geratene Menschen angesehen, sondern lediglich als Störfaktoren wahrgenommen.²⁵ Ebenso verlief die Integration von Vertriebenen und Flüchtlingen in Dorfgemeinden keineswegs problemlos.²⁶ Viele Bauern betrachteten sie bestenfalls als willkommene billige Arbeitskräfte. Die größten Konflikte brachen wegen der Zwangseinweisungen auf Bauernhöfe und der Enttäuschung der Bauern aus, da diese die Flüchtlinge nicht wunschgemäß einsetzen konnten, da letztere meist aus anderen Berufsgruppen stammten.²⁷ Von diesem feindseligen Bild gegenüber den DPs blieben auch die lettischen DPs nicht verschont.²⁸ Oft durften sie ihr Lager nicht mehr ohne eine gesonderte Erlaubnis verlassen, was ihnen zusätzlich das Gefühl der Ausgeschlossenheit gab.

Diese Umstände verstärkten allmählich den Wunsch der Lagerbewohner, ein neues Leben mit Arbeitsstelle und festem Einkommen aufzunehmen. Einige Länder, darunter die USA, Großbritannien, Brasilien, Frankreich, Kanada oder Australien, waren bereit, billige Arbeitskräfte aufzunehmen, stellten jedoch unterschiedlich hohe Ansprüche. So suchte Großbritannien ausschließlich kräftige, unverheiratete Frauen für die Arbeit in Fabriken. Diese Kriterien zu erfüllen fiel oft nicht leicht, da grundsätzlich eine gute gesundheitliche Verfas-

²¹ Jacobmeyer, *Vom Zwangsarbeiter* (wie Anm. 9), S. 47.

²² Ebenda, S. 215.

²³ Ebenda, S. 52.

²⁴ Ebenda, S. 204.

²⁵ Ebenda, S. 205 ff.

²⁶ Axel Schildt, *Die Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland bis 1989/90*. München 2007, S. 4.

²⁷ Ebenda.

²⁸ Jacobmeyer, *Vom Zwangsarbeiter* (wie Anm. 9), S. 211.

sung vorausgesetzt wurde, die bei vielen aber infolge des Krieges nicht vorhanden war. Trotz aller Schwierigkeiten versuchten viele Letten, Westdeutschland zu verlassen, da eine Verbesserung ihrer Lage nicht in Sicht war. Glücklicherweise schätzten sich diejenigen, die in Richtung Schweden oder USA ausreisen konnten. Auch in diesen Ländern war es aber besonders für Intellektuelle schwer, eine entsprechende Tätigkeit zu finden. War man jedoch bereit, schwere körperliche Arbeit zu verrichten, wurde diese entsprechend gut bezahlt.²⁹ Das Wichtigste aber war, dass es dort nach dem Überleben im Krieg eine Zukunft für lettische Flüchtlinge gab. Die Emigranten wohnten dort nun nicht mehr in Notunterkünften oder Lagern, sondern bereits in privaten Unterkünften.³⁰ In den Folgejahren lebten in den USA (1960) ca. 50 000 Letten und in Australien (1954) und Kanada (1961) 20 000 ehemalige lettische Flüchtlinge.³¹

Als am 1. Juli 1950 die Zuständigkeit der IRO über die Flüchtlinge wegfiel, erhielten die Behörden der Bundesrepublik Deutschland die Zuständigkeit für sie. Laut Gesetz über die Rechtsstellung der heimatlosen Ausländer im Bundesgebiet vom 25. April 1951, das Flüchtlinge mit DP-Status zivilrechtlich den westdeutschen Bürgern gleichstellte, wurden sie zu heimatlosen Ausländern. Damit hatten die Alliierten das Problem der Integration der in Deutschland zurückgebliebenen ehemaligen DPs an die deutsche Bundesregierung weitergegeben.³² Im Jahr 1945 hatte sich die Gruppe der vermutlichen Nichtrückkehrer unter den DPs wie folgt zusammengesetzt: 61 000 Letten, 47 000 Litauer, 32 000 Bürger der Sowjetunion, 25 000 Bürger Jugoslawiens, 22 000 Staatenlose, 21 000 Esten und 3 000 Tschechen und Slowaken.³³ Diese Zahlen verdeutlichen, dass die Balten, und unter ihnen besonders die Letten, die stärkste Gruppe (129 000 von insgesamt 211 000 Personen) unter den Nichtrückkehrern darstellte.

Die Nachkriegslage in der Bundesrepublik verbesserte sich rasch. Zwischen 1950 und 1965 kam es zu einer jährlichen Steigerung des

²⁹ Šilde, Trimdnieka raksti (wie Anm. 2), S. 216.

³⁰ K. Ozoliņš, „Mazā Latvija“ un latviešu dzīve Vācijā [Das „Kleine Lettland“ und das lettische Leben in Deutschland], in: Latviešu trimdas desmit gadi (wie Anm. 13), S. 304 f.

³¹ Edgars Dunsdorfs, Trešā Latvija [Das dritte Lettland]. Melburna [Melbourne] 1968, S. 32-42; Priedītis, Latvijas kultūras vēsture (wie Anm. 9), S. 232; Valters Nollendorfs, Ievads, vēsturiskais fons, raksturojums [Einleitung, historischer Hintergrund, Charakterisierung], in: Latviešu literatūras vēsture trīs sējumos. 3. sējums. 1940–1941. 1945–1999. [Geschichte der lettischen Literatur in drei Bänden. Band 3. 1940–1941. 1945–1999]. Rīga 2001, S. 364.

³² Jacobmeyer, Vom Zwangsarbeiter (wie Anm. 9), S. 218.

³³ Ebenda, S. 83.

Bruttosozialproduktes zwischen 5,6 und 8%.³⁴ Die ehemaligen lettischen Flüchtlinge, die freiwillig (nicht aufgrund des nicht bestandenen screenings) in Westdeutschland geblieben waren (im Jahr 1957 waren dies ca. 9 000)³⁵ und Ende 1950 bzw. Anfang 1960 in der Regel einer Beschäftigung nachgingen, waren insgesamt zufrieden. Dagegen waren diejenigen, die unfreiwillig aufgrund des Alters, von Invalidität oder ähnlichem geblieben waren, materiell schlechter gestellt und unzufrieden.³⁶ Im März 1957 war die Auswanderung endgültig abgeschlossen und damit auch die Ära der Flüchtlingslager, die bis zum Beginn der 60er Jahre aufgelöst wurden. Die Lage der ehemaligen lettischen DP's in Westdeutschland hatte sich endgültig normalisiert.

Lettische Schriftsteller und Literatur im Exil

Die Schriftsteller gehörten zu der Gruppe der Intellektuellen, die am stärksten von den schlechten Lebensbedingungen in den meisten Flüchtlingslagern betroffen waren. Sie waren keine schwere körperliche Arbeit gewohnt, da dies in der Heimat nicht ihr Metier gewesen war. Nun waren viele einer Doppelbelastung ausgesetzt: tagsüber oft schwere körperliche Arbeit und abends oder in der Freizeit generell ihr eigentliches Schaffen, das Schreiben, wofür die Umstände äußerst ungünstig waren.

Mit der Auswanderungswelle sank auch die Anzahl der lettischen Schriftsteller in Deutschland drastisch. Es entstanden neue lettische Zentren in New York, Chicago, Toronto, Sidney und Stockholm. Bereits im April 1951 schrieb der noch in Deutschland lebende lettische Exilschriftsteller Pāvils Klāns an seinen Freund, den exillettischen Schriftsteller Arturs Plaudis, dass das Zentrum der Letten nun die USA seien.³⁷ Die lettischen Exilschriftsteller waren in der ganzen

³⁴ Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*. Band 5: Bundesrepublik und DDR 1949–1990. München 2008, S. 15.

³⁵ Vācija kļuvusi tukšāka [Deutschland ist leerer geworden], in: *Latvija* Nr. 10 (779) v. 9. März 1957, S. 1 f. Im Jahr 1960 bestand die westdeutsche Bevölkerung zu einem Viertel aus Flüchtlingen und Vertriebenen, vgl. Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte* (wie Anm. 34), S. 35. Darunter war die Anzahl der in Westdeutschland gebliebenen ehemaligen lettischen Flüchtlinge äußerst gering.

³⁶ Jānis Rudzītis, *Tālos ceļos, savos ļaudis: ceļojumu piezīmes un vērojumi* [Auf weiten Wegen, unter Seinesgleichen: Reisenotizen und -beobachtungen]. Vesterosa [Västerås] 1973, S. 67–71.

³⁷ Brief von P. Klāns an A. Plaudis vom 24. April 1951, in: *Trimdas rakstnieku vēstules* [Briefe von Exilschriftstellern]. Bd. 2, Park Orchards 1982, S. 107.

Welt verstreut: In Schweden lebten unter anderem Veronika Strēlerte, Andrejs Eglītis, Arveds Švābe, Andrejs Johansons, Kārlis Ieviņš, Kārlis Dzirleja, Mirdza Čuibe, Alfrēds Dziļums, Kārlis Dzirleja, Zenta Mauriņa, Jānis Grīns und Jānis Rudzītis. In New York entstand zu Beginn der 50er Jahre die einzige lettische literarische Exilgruppierung „Elles ķēķis“ („Hell’s Kitchen“ – benannt nach einem ärmlichen Stadtteil in Manhattan, in dem viele lettische Intellektuelle lebten) mit den jungen Literaten Linards Tauns, Gunars Saliņš, Jānis Krēsliņš, Roberts Mūks, Rita Gāle, Aina Kraujiete und anderen. In die USA wanderten unter anderem Aīda Niedra, Zinaīda Lazda, Anšlavs Eglītis, Valentīns Pelēcis, Rūta Skujiņa, Ēriks Raisters, Elza Kezbera, Teodors Zeltiņš, Velta Toma, Karola Dāle, Jānis Kadilis, Rasma Galeniece und Zenta Liepa aus, die aber nicht zu dieser Gruppierung gehörten. Nach England gingen Velta Sniķere und Pēteris Aigars, nach Frankreich Ilona Leimane, nach Australien Jānis Sarma, Kārlis Ābele, Mintauts Eglītis und Teodors Tomsons. Über seine Erfahrungen in Neuseeland schrieb 1951 der Exildichter Kārlis Dzelzītis Folgendes:

„So wie viele andere Intellektuelle habe auch ich in der Emigration keine Karriere gemacht. Ich habe weder den Beruf des Schuhmachers noch des Maurers erlernt, noch ein anderes einträgliches Handwerk, und meine Muskeln sind in den langen Jahren als Geistesschaffender verkümmert und wollen sich nach fünfzig Jahren um keinen Preis mehr entwickeln, aber eine geistige Arbeit will man uns, den ehemaligen DPs, in diesem Land, wie Sie es selbst wohl schon gesehen haben, nicht geben. Wir sind für die schmutzigen und schweren Arbeiten vorgesehen, die die Angehörigen der herrschenden Nation selbst nicht besonders gerne verrichten wollen, sodass es in diesen Branchen immer vakante Stellen zu besetzen gibt.“³⁸

Diese bittere Erfahrung eines Einzelnen war jedoch keine Ausnahme, sondern der Alltag der meisten Schriftsteller. In Deutschland hatte sich das kulturelle Leben der Exilletten extrem verschlechtert. Es gab zwar immer noch zwei bis fünf jährliche Schriftstellerabende, nur in viel kleinerem Rahmen. Die bedeutendsten solcher Abende wurden von den „Altmeistern“ der lettischen Literatur gestaltet: Jānis Jaunsudrabiņš und Pēteris Ērmanis.³⁹ Daneben waren folgende Schriftsteller

³⁸ Brief von K. Dzelzītis an A. Plaudis vom 10. September 1951, in: Ebenda, S. 22.

³⁹ Ingūna Daukste-Silasproģe, *Starp cerībām un spitu. Literārās norises Vācijā pēc lielās izce-*

in Deutschland geblieben: Jānis Sudrabiņš, Vilis Lesiņš, Oskars Kalējs, Anita Daugule, Zeltīte Avotiņa, Irma Brača, Irma Bērziņa und Nikolajs Lečmanis. Beinahe alle lebten getrennt voneinander, was auch der Grund für ihr Einsamkeitsgefühl war. Um dieses zu bewältigen, entstand unter den Exilschriftstellern ein reger Briefkontakt. Deutschland war nicht mehr kurzzeitiger Zufluchtsort, sondern Exilland, und man begann, praktisch und auf Dauer angelegt zu denken.

Mit der Ausreise in weitere Emigrationsländer verlagerten sich die exillettischen Verlage und die exillettische Presse, die ihren Anfang in Deutschland genommen hatten. Insgesamt wurden im Exil in Deutschland zwischen 1945 und 1950 neue Werke in folgender Anzahl herausgegeben: Kurzprosaerwerke – 94, Romane – 27, Dramen – 9 und Lyrik – 48.⁴⁰ Gleichzeitig wurden im Zeitraum zwischen 1945 und 1948 (bis zur Währungsreform am 20. Juni 1948) auf dem Buchmarkt in den Zonen der Westalliierten ca. 5 000 Bücher herausgegeben.⁴¹

Die Zahl der im deutschen Exil herausgegebenen Bücher erreichte Rekordzahlen. Zwischen 1944 und 1950 wurden außerhalb Sowjetlettlands die meisten Bücher auf Lettisch in Westdeutschland herausgegeben. In Deutschland lebten zu jener Zeit die meisten lettischen Schriftsteller und gleichzeitig befand sich dort die überwiegende Leserschaft. Es kam stärker auf die Quantität als auf die Qualität des gedruckten Wortes an. Trotzdem fanden fast alle Bücher den Weg zum Leser, da sie billig und somit für jeden zugänglich waren.⁴² Die Exilletten lasen scheinbar wahllos, als ob sie nach Literatur förmlich ausgehungert waren. Wenn man bedenkt, welche Themen behandelt wurden, ist dies leicht nachvollziehbar. Geschildert wurden oft die eigenen traumatischen Reiseerlebnisse, die Erinnerungen an Lettland, die Sehnsucht nach der Heimat und vor allem die Hoffnung auf eine baldige Rückkehr. Das Lesen, das Besprechen des Gelesenen sowie der Vergleich zwischen dem Gelesenen und den eigenen Erfahrungen halfen den Flüchtlingen, sich leichter der so oft vorhandenen Monotonie und Tristesse des Lagerlebens zu entziehen. Der heftigste Kritiker der damaligen Zeit, Jānis Rudzītis, behauptete, dass lediglich

ļošanas (1950–1960) [Zwischen Hoffnung und Trotz. Literarische Verläufe in Deutschland nach der großen Ausreise (1950–1960)], in: *Materiāli par kultūru Latvijā* [Material über die Kultur in Lettland]. Rīga 2002, S. 132 f.

⁴⁰ Daukste-Silasproģe, *Latviešu literārā dzīve* (wie Anm. 3), S. 177.

⁴¹ Kārlis Ieleja, *Latviešu gramatniecība trimdā* [Lettisches Buchwesen im Exil], in: *Latviešu trimdas desmit gadi* (wie Anm. 13), S. 179.

⁴² Daukste-Silasproģe, *Latviešu literārā dzīve* (wie Anm. 3), S. 172.

ein Drittel des damals Geschriebenen als literarisch hochwertig gelten könne.⁴³ Nach der Währungsreform im Jahr 1948 änderte sich allerdings das Kaufverhalten. Die Exilletten hatten bedeutend weniger Geld zur Verfügung und Bücher wurden weniger gekauft. Folglich wurden auch deutlich weniger Bücher gedruckt.

Aber wofür brauchte man überhaupt die Exilliteratur? Der lettische Exilschriftsteller, Übersetzer und Journalist Oļģerts Liepiņš schrieb im Jahr 1953 in einem Brief über die Rolle der Exilliteratur: „der Schriftstellerei wird meines Erachtens gegenwärtig die Hauptrolle für den Erhalt des Volksgeistes zugesprochen. Trotz aller schwierigen Umstände können die Schriftsteller auch etwas Gutes, Bleibendes verfassen“.⁴⁴ Und Jānis Bičolis, der lettische Literaturhistoriker und -kritiker im Exil, meinte zur Rolle und Entstehung der lettischen Exilliteratur während der ersten zehn Nachkriegsjahre (1944–1954):

„Die Exilliteratur ist ein Dokument des Exils, die Verkünderin der Erlebnisse und der Gedanken der lettischen Exilanten. Darüber hinaus gab es für den Ausdruck des Lettischen weder bezüglich der Form noch des Inhalts weder Zwänge noch Eingrenzungen. Die Exilliteratur wurde durch den freien Willen des Schriftstellers erschaffen, durch den Drang des freien Künstlers, sich auszudrücken und mit seinem Publikum zu reden. Materielle oder andere Überlegungen utilitaristischer Art gab es zu dieser Zeit weniger denn je; oft bekam der Schriftsteller für seine Arbeit rein gar nichts, manchmal zahlte er sogar für die Publizierung dazu. Einklang mit sich und seinem Volk war sein Lohn, die von Lügen reine Seele war seine Rettung im Dunste eines verlogenen Zeitalters.“⁴⁵

Wie eingangs geschildert, war es nicht die Aufgabe der Flüchtlingslager, die Flüchtlinge zu integrieren. Nach der Auflösung der Lager sollte ausschließlich der Kern der ehemaligen Flüchtlinge integriert werden. Zu diesem Kern gehörten auch die beiden bereits erwähnten wichtigsten lettischen Exilschriftsteller Pēteris Ērmanis (geb. am 2. Februar 1893 in Plāņi, Livland, gest. am 8. Oktober 1969 in Delmenhorst, Westdeutschland) und Jānis Jaunsudrabiņš (geb. am 25. August

⁴³ Jānis Rudzītis, *Latviešu literatūra emigrācijā* [Lettische Literatur in der Emigration], in: *Archīvs VI* (1966), S. 13.

⁴⁴ Brief von O. Liepiņš an A. Plaudis vom 4. Dezember 1953, in: *Trimdas rakstnieku vēstules* (wie Anm. 37), S. 49.

⁴⁵ Bičolis, *Latviešu trimdas literatūras 10 gadi* (wie Anm. 13), S. 131.

1877 in Nereta, Kurland, gest. am 28. August 1962 in Möhnesee-Körbecke, Westdeutschland).

Jānis Jaunsudrabiņš im Exil

Jaunsudrabiņš hatte in Lettland bereits früh schriftstellerische Anerkennung breiter lettischer Bevölkerungsschichten gewonnen. Wie Ērmanis verließ auch er im Oktober 1944 zusammen mit seiner Frau das besetzte Lettland und floh vor den sowjetischen Truppen Richtung Westen. Begleitet wurden sie von der Hoffnung auf eine baldige Wiederkehr in das freie Lettland. Jānis Jaunsudrabiņš hat später seine Fluchterlebnisse in dem Buch „Ich erzähle meiner Frau“ geschildert.⁴⁶ Die anfänglichen Lebensumstände im Exil waren für ihn umso schwerer. Bis zur Aufnahme von Jānis Jaunsudrabiņš und seiner Frau Nate im Lager Greven bei Münster wohnten beide fast ein Jahr lang überwiegend bei deutschen Verwandten und bei fremden Leuten in der Nähe von Bielefeld. Von einer Integration während dieser Zeit war keine Rede. Es ging um das pure Überleben bis zum Ende des Krieges, das die Rückkehr in das freie Lettland mit sich bringen sollte. Jaunsudrabiņš, der sich laut dem lettischen Exilkritiker Jānis Grīns schnell zu einem Klassiker der lettischen Literatur entwickelt hatte und sich dessen anscheinend selbst bewusst war,⁴⁷ hatte vor dem Exil bereits über 40 Bücher herausgegeben. Den größten Teil der literarischen Tätigkeit von Jaunsudrabiņš bildet eine Reihe von Romanen, Erzählungen und Skizzen. Insgesamt veröffentlichte er zwischen 1906 und 1944 in Periodika in Lettland über 1 360 Publikationen, meistens Skizzen, Rezensionen und Anmerkungen, gefolgt von Gedichten, Erinnerungen, Abhandlungen, Reisebeschreibungen, Übersetzungen, Romanen, Erzählungen, übersetzten Gedichten und zuletzt Theaterstücken.

Nach fast zwei Jahren des anfangs ersehnten Lagerlebens in Greven war Jaunsudrabiņš dessen überdrüssig: keine Privatsphäre, zu viele Landsleute auf zu engem Raum. Zu einem seiner sehnlichsten Wünsche wurde mehr Abgeschlossenheit, eine typisch lettische Eigenschaft – die Landsleute in der Nähe zu wissen, um mit diesen

⁴⁶ Jānis Jaunsudrabiņš, *Es stāstu savai sievai*. Vesterosa [Västerås] 1951; deutsche Übersetzung: Ders., *Ich erzähle meiner Frau von der Flucht aus Lettland und dem Exil in Westfalen*. Münster 2006.

⁴⁷ Jānis Grīns, *Draudzība ar Jaunsudrabiņu* [Freundschaft mit Jaunsudrabiņš], in: *Latvija* Nr. 41 (1048) v. 3. November 1962, S. 2.

kommunizieren zu können, aber nach Möglichkeit nicht mit ihnen zusammenzuleben. Die lettische Exilschriftstellerin Velta Toma fasste dies einmal in einem Brief an Jānis Jaunsudrabiņš in wenigen Worten zusammen: „Das Leben im Lager ruiniert einen, wie schon einen absonderlichen lettischen Menschen. Etwas anderes ist es, wenn man mit den Seinen zusammen sein kann; Fremde bleiben einem fremd und oft ekelt einen, was sie machen, und jeder Schritt nervt.“⁴⁸

Es war also nicht nur das Problem von Jaunsudrabiņš, sondern auch das anderer Lagerinsassen. Jaunsudrabiņš empfand das Grevenener Lager jedenfalls als eine Art Gefängnis, da das englische UNRRA-Aufsichtspersonal mit den Insassen dort oft brutal umging und sie seiner Meinung nach am liebsten erschießen würde.⁴⁹ Aber auch die Erfüllung von Pflichten für die Lagerinsassen, ohne irgendwelche Rechte zu haben, störte ihn.⁵⁰ Seiner Meinung nach besaßen weder die lettischen Flüchtlinge noch ihre Kultur in den Augen der Lagerleitung einen Wert. Ihre Kultur, auf die sie so stolz waren, sei für die anderen noch weniger wert als eine afrikanische Erscheinung.⁵¹ Sicherlich hatten viele Schriftsteller die negativen Seiten des Lagerlebens nach ihrer Emigration in Drittländer positiver in Erinnerung, als dieses tatsächlich gewesen war, doch waren dies v.a. Folgen der Einsamkeit und Ausgeschlossenheit aus dem öffentlichen Leben der Einheimischen.

Im Frühling 1948 ging ein Wunsch von Jaunsudrabiņš in Erfüllung – am Möhnesee im sauerländischen Körbecke (heute: Möhnesee-Körbecke) bot sich eine Möglichkeit, ein Häuschen (das „Mondscheinhaus“) mit einem kleinen Garten zu mieten, wie er es aus Lettland gewohnt war. Trotz der Bedenken seiner Brieffreunde bezüglich des abgeschiedenen Lebens und der Integration in die westdeutsche Gesellschaft freute sich der betagte Schriftsteller sehr auf die langersehnte Einsamkeit nach dem für ihn chaotischen Lagerleben.

Trotz der kritischen Beurteilung war die Lagerperiode für die schriftstellerische Tätigkeit von Jaunsudrabiņš fruchtbarer als die anfängliche Exilzeit. Er hatte keine Schwierigkeiten, in der Fremde zu publizieren, wenngleich nur für den lettischen Leser, und gehörte

⁴⁸ Brief von V. Toma an J. Jaunsudrabiņš vom 7. März 1947, in: *Tā mums iet: Jānim Jaunsudrabiņam adresētas vēstules, 1944–1954* [So geht es uns. Briefe an Jānis Jaunsudrabiņš, 1944–1954]. Kopenhāgena [Kopenhagen] 1956, S. 66.

⁴⁹ Jānis Jaunsudrabiņš, *Mana dzīve* [Mein Leben]. Västerås 1957, S. 200 ff.

⁵⁰ Brief von Jānis Jaunsudrabiņš an Jānis Grīns vom 10. November 1947, in: Jānis Jaunsudrabiņš, *Trimdas raksti* [Schriften im Exil]. Bd. 1, Rīga 2000, S. 184 f.

⁵¹ Ebenda, Bd. 3, S. 205.

neben Alfrēds Dziļums, Irma Gebzde, Jānis Veselis, Oskars Kalējs und Aīda Niedra zu den lettischen Exilschriftstellern, von denen die meisten Bücher mit Kurzprosa zwischen 1945 und 1950 erschienen (insgesamt waren es 92 Kurzprosabücher von 50 Schriftstellern).⁵² Darunter befanden sich, herausgegeben von lettischen Exilverlagen in den deutschen Westzonen zwischen 1946 und 1948, mindestens 18 Bücher (neue Werke und Wiederauflagen) von Jānis Jaunsudrabiņš.⁵³ Auch in der lettischen Exilpresse publizierte er, zwar wenig, anfangs jedoch regelmäßig. Zwischen dem Beginn seines Exils im Herbst 1944 bis zum Jahr 1956 handelte es sich um 171 Publikationen in lettischen Exilperiodika.⁵⁴ Nach 1956 erschienen nur noch einige wenige Werke.⁵⁵ Insgesamt wurden zu Lebzeiten von Jānis Jaunsudrabiņš im Exil zehn neue Bücher auf Lettisch verlegt, fünf während der Lagerperiode und fünf in der Körbecker Periode. In Wiederauflagen erschienen im Exil sogar 19 seiner älteren Werke, überwiegend während der Lagerperiode. In der Körbecker Zeit wurden nicht nur seine Wiederauflagen seltener, auch wurden die Auflagen der herausgegebenen Bücher immer kleiner. Nach 1957 erschien von Jānis Jaunsudrabiņš kein Buch mehr.

Zu Lebzeiten wurde von ihm kein einziges Buch auf Deutsch publiziert, weil seine bei den deutschen Verlagen eingereichten Werke abgelehnt wurden, zum einen wegen des unpassenden Stoffes,⁵⁶ zum anderen wegen der schlechten Übersetzung.⁵⁷ Jānis Jaunsudrabiņš selbst hatte in Erwägung gezogen, der Grund, warum seine Werke auf Deutsch schlecht ankämen, sei bei seinen Übersetzern zu suchen, jedoch nur, weil die lettische Sprache schwer zu übertragen sei.⁵⁸ Erst zehn Jahre nach seinem Tod, im Jahr 1972, kam das erste Buch

⁵² Ingūna Daukste-Silasproģe, *Īsproza (1945–1950)* [Kurzprosa (1945–1950)], in: *Latviešu literatūras vēsture* (wie Anm. 31), Bd. 3, S. 419.

⁵³ Wolfgang Raub, *Asyl in Westfalen. Janis Jaunsudrabins 1944 bis 1962*, in: *Literatur in Westfalen. Bielefeld 2007* (Beiträge zur Forschung. 7), S. 71.

⁵⁴ Diese Angaben basieren auf einer eigenen Statistik des Schriftstellers, vgl. Jaunsudrabiņš, *Mana dzīve* (wie Anm. 49), S. 225 ff.

⁵⁵ I. Bērsons, *Ciemos un darbā pie Jāņa Jaunsudrabiņa* [Zu Besuch und bei der Arbeit bei Jānis Jaunsudrabiņš], in: *Karogs* (1978), Nr. 12, S. 177.

⁵⁶ Brief von H. Korte (Droste Verlag und Druckerei GmbH) an J. Jaunsudrabiņš vom 7. April 1960, Original im Jānis Jaunsudrabiņš-Museum im Lettischen Zentrum in Münster; Brief von Fauteck (C. Bertelsmann Verlag Gütersloh) an K. Ostermann vom 28. September 1955, in: Ebenda.

⁵⁷ Brief von Sponholtz, Kohlberg (Adolf Sponholtz Verlag) an J. Jaunsudrabiņš vom 9. Dezember 1961, in: Ebenda.

⁵⁸ V. Kārklīņš, *Diennakts Mēnesnīcā* [Ein Tag im Mondscheinhaus], in: *Laika Mēnesraksts* (1958), Nr. 12, S. 382.

mit Erzählungen heraus, und bis 2010 wurden fünf seiner Bücher in deutscher Sprache verlegt. Letztlich ging damit der große Wunsch, seine Werke auf Deutsch herauszugeben, doch noch in Erfüllung. Mit Veröffentlichungen in deutschen Periodika hatte der Schriftsteller zu Lebzeiten mehr Glück. Jaunsudrabiņš fragte in seinen Korrespondenzen bei deutschen Freunden immer wieder nach, ob sie etwas von ihm veröffentlichen könnten, was von den Angesprochenen viel Kreativität und gute Kontakte zu den jeweiligen Zeitungsredakteuren erforderte.⁵⁹ Zwischen 1949 und 1968 erschienen in westfälischen Zeitungen und Zeitschriften (darunter „Soester Anzeiger“, „Hellweger Anzeiger“, „Westfälische Nachrichten“, „Ruhr-Nachrichten“, „Westfalenspiegel“, „Die Glocke“, „Westfälisches Volksblatt“, „Westfalenblatt“, „Westfalenpost“ und „Sauerländischer Gebirgsbote“) über 80 Texte von Jānis Jaunsudrabiņš. Die meisten Werke stammten aus seinem Buch „Das Weiße Buch“ (lett. „Baltā grāmata“), zusätzlich aber auch aus seinen aktuellen Erzählungen über die Möhnesee-Gegend.⁶⁰ Die „Westfalen Nachrichten“ und die „Westfalenpost“, der „Soester Anzeiger“, „Westfalenspiegel“ und „Grevener Anzeiger“ sowie das „Jahrbuch Westfalen“ erwähnen den lettischen Dichter noch heute, zwar selten, aber regelmäßig zu seinen Geburtstagen. Die Körbecker Periode von Jaunsudrabiņš gilt als die Zeit seiner Integration nicht nur aufgrund seiner Publikationen, sondern auch wegen seiner Kontakte zu regionalen Literaturinteressierten, Literaturförderern oder Literaten. „Jānis Jaunsudrabiņš hat im Exil mit seinen westfälischen Freunden europäische Integration vorgelebt“, schreibt Wolfhard Raub diesbezüglich, „als dies noch die große Ausnahme war.“⁶¹

Welche Kontakte halfen dem Schriftsteller, einzelne seiner Werke in deutschen Veröffentlichungen erscheinen zu lassen? Es handelte sich um einflussreiche Deutsche, die Jaunsudrabiņš erst fünf Jahre nach seiner Ankunft in Körbecke kennen lernte. Zu dem Kreis seiner Förderer gehörten zum Beispiel der Chefredakteur der Soester Zeitung „Westfalenpost“, Albert Dalhoff, der Gründer und Herausgeber der Zeitung „Westfalenspiegel“, Vorstandsmitglied des Westfälischen Heimatbundes und stellvertretender Vorsitzender des WDR-Programmbeirats, Clemens Herbermann, und Josef Ostermann, der zu den Eigentümern des Mondscheinhauses gehörte und damals Landrat a.D. war. Ebenso förderlich waren seine Kontakte zu den deutschen

⁵⁹ Raub, *Asyl* (wie Anm. 53), S. 102-105.

⁶⁰ Ebenda, S. 105.

⁶¹ Jaunsudrabiņš, *Ich erzähle meiner Frau* (wie Anm. 46), S. 17.

Schriftstellern Josefa Berens-Totenohl, Hannes Tuch, Hans Dieter Schwarze, Paul Heitkemper sowie zu den Journalisten Erwin Sylvanus und Friedhelm Kaiser. Dank einer Einladung von Clemens Herbermann wurde Jaunsudrabiņš zu dem „1. Westfälischen Dichtertag“ eingeladen, den das Kulturamt des Landes Westfalen zum ersten Mal nach dem Krieg in Marl vom 28. März bis 1. April 1955 veranstaltete. Hier fand die erste große öffentliche Lesung eines seiner Werke auf Deutsch statt, die auch im Rundfunk und Fernsehen übertragen wurde. Ebenso wurde er zum „2. Westfälischen Dichtertreffen“ vom 17. bis 21. April 1956 in Schmallenberg eingeladen, das unter der Bezeichnung „Schmallenberger Dichtertreit“ in die deutsche Literaturgeschichte einging. Diese Treffen stärkten zusätzlich seine Kontakte, da er dort die wichtigsten westfälischen Schriftsteller kennenlernte. Ein Jānis Jaunsudrabiņš-Abend in der kulturellen Einrichtung „Die Brücke“ in Münster am 22. Mai 1951 sowie ein Baltischer Dichterabend in Bielefeld (ebenfalls in der „Brücke“) am 23. Mai 1951, auf denen der Dichter Fragmente seiner Werke auf Lettisch und Deutsch vortrug, brachten Jaunsudrabiņš nicht den erhofften Erfolg. Dabei war er sich zunächst sicher gewesen, dass diese Abende ihm die Tür zur deutschen Leserschaft öffnen würden und er nun kein Problem mehr hätte, für seine Bücher auf Deutsch einen Herausgeber zu finden.⁶²

Wirksamer blieben seine persönlichen Kontakte, die er in Westfalen geknüpft hatte. Mit Unterstützung von Josef Ostermann konnte seine lettische Biografin Austra Rudzīte nach dem Tod des Dichters einen längeren Aufsatz über Jānis Jaunsudrabiņš „Ein lettischer Dichter als Flüchtling in Westfalen“ im „Westfälischen Heimatkalender 1972“ publizieren. Auch wurde im Jahr 1975 ein Gedenkzimmer des Dichters im „Alten Fachwerkhaus Stockebrand“ in Körbecke eingerichtet.

Aber war das bereits Integration? Was heißt Integration für einen Schriftsteller? Reichen diese aufgezählten Tatsachen, um die Integration eines ausländischen Schriftstellers nachzuweisen? Gehört dazu nicht in erster Linie die Anerkennung des Künstlers noch zu Lebzeiten? Und dies auch ohne die mühselige Suche nach einflussreichen Mäzenen, die versuchen, den Schriftsteller der Masse „schmackhaft zu machen“? Und das Wichtigste: Warum wollte Jānis Jaunsudrabiņš unbedingt in der deutschen Presse erscheinen und seine Bücher in deutscher Übersetzung herausgeben? Finanzielle Gründe steckten

⁶² Brief von J. Jaunsudrabiņš an J. Veselis vom 12. Juni 1951, in: Jaunsudrabiņš, Trimdas raksti (wie Anm. 50), Bd. 2, Rīga 2004, S. 207.

nicht dahinter. Vielmehr strebte er nach Anerkennung als Gleichwertiger. Genau dies bedeutete für ihn Anerkennung und gleichzeitig auch Integration: In einem fremden Land Schriftsteller sein zu dürfen. Das sein dürfen, was er war, und nicht das, als was man ihn sah – ein Ausländer, der einfach für alles dankbar sein musste und nicht zu viel zu verlangen hatte. In Anbetracht seiner Biografie in Bezug auf die Körbecker Periode liegt der Gedanke nahe, dass Jānis Jaunsudrabiņš von seinen deutschen Freunden eher als interessante und vielseitige Persönlichkeit angesehen wurde und weniger als bedeutsamer lettischer Schriftsteller; so war er gleichzeitig auch Maler, einige seiner Bilder befinden sich in seinem Museumszimmer im Lettischen Zentrum in Münster.

Während seines 80. Geburtstags am 28. August 1957⁶³ trug Jaunsudrabiņš seinen anwesenden und nicht anwesenden lettischen und deutschen Freunden, Mitstreitern und Helfern folgende Anrede vor: Er richte seinen Dank an seinen Vater, an seine Mutter, an Lettland, an das Land Westfalen, an das Dorf Körbecke, an die Familie Ostermann für die Unterkunft und an seine westfälischen Kollegen, die ihn als einen der Ihrigen in ihren Kreis aufgenommen hätten. Darin drückte sich keine Verbitterung, nur ein leichter Schmerz aus. Jaunsudrabiņš, der durchaus arrogante Züge hatte, war tatsächlich dankbar für das, was er hatte. Immerhin hätte es ihm und seiner Frau auch schlechter gehen können, was er aus zahlreichen Korrespondenzen wusste. Auch in Bezug auf die ersehnte Anerkennung war dem Dichter der Kontakt zu einheimischen Deutschen besonders wichtig: Gerade dieser Zeispanne seines Lebens widmete er ein Extrakapitel in seiner Biografie „Mana dzīve“⁶⁴.

Dass die Werke Jaunsudrabiņš' tatsächlich aufgrund einer schlechten Übersetzungsqualität nicht verlegt worden seien, ist nicht nachweisbar. Sich als vollwertiger Schriftsteller zu integrieren, war Jaunsudrabiņš verwehrt. Die Sprache des Gastlandes zu sprechen ist die unstrittige Voraussetzung dafür. Die meisten der in Deutschland gebliebenen lettischen Exilschriftsteller beherrschten zwar Deutsch, darunter auch Jānis Jaunsudrabiņš und Pēteris Ērmanis. Trotzdem schrieben die meisten nicht selbst auf Deutsch, sondern brauchten einen Übersetzer, um ihre Werke ins Deutsche zu übertragen. Dies ist mög-

⁶³ Quelle in Maschinenschrift im Jānis Jaunsudrabiņš-Museum im Lettischen Zentrum in Münster, aber auch zahlreich in der exillettischen Presse veröffentlicht, z.B. in: Rakstnieka pateicība Mātei Latvijai [Der Dank des Schriftstellers an seine Mutter Lettland], in: Londonas Avīze Nr. 587 v. 30. August 1957, S. [1].

⁶⁴ Jaunsudrabiņš, Mana dzīve (wie Anm. 49), S. 214-222.

licherweise ein Grund für die Nicht-Integration, die Nicht-Akzeptanz und die Nicht-Anerkennung. Das Exil brachte Jaunsudrabiņš nicht nur eine unvollständige Integration als Schriftsteller und Dichter, sondern auch noch die Tragödie verlorener Heimat mit sich. Diese auf den ersten Blick scheinbar plakative Aussage beinhaltet mehr: Sein Personenstatus als heimatloser Ausländer (seit 1951) war nicht nur eine rechtliche Bezeichnung. Die Bezeichnung „heimatloser Ausländer“ bedeutete für Jānis Jaunsudrabiņš, dass seine Heimat, so wie er sie verlassen hatte, nicht mehr existierte. Jaunsudrabiņš bemängelte, dass viele exillettische Schriftsteller ohne jegliches schriftstellerisches Talent versuchten, immer wieder zu schreiben. Anscheinend wollten sie nicht nur den Lesern immer wieder die verlorene Heimat ins Gedächtnis rufen, sondern verfolgten auch egoistische Ziele. Die Heimat hatten sie bereits verloren, genauso wie ihre Zielgruppe wollten sie diese jedoch wenigstens in der Erinnerung lebendig halten. Auch wenn sie sich wie Tausende Flüchtlinge an die Hoffnung klammerten, ihr Exil würde nicht lange andauern, so war diese Hoffnung doch ein Selbstbetrug. Eine Veränderung des sozialistischen Regimes in Lettland war nicht in Sicht. Es existierte nur noch eine schwache Erinnerung an ein idealisiertes Heimatland. Deutlich wurde dies viel später anlässlich eines Kongresses über lettische Identität und Kultur im Exil, der im September und Oktober 2004 in Riga stattfand. Viele der damaligen, noch lebenden Flüchtlinge äußerten, dass das heutige Lettland nicht mehr das sei, das sie damals verlassen hätten, und dass sie in das heutige Lettland keinesfalls zurückkehren würden. Selbst wenn Jaunsudrabiņš also zurückgekehrt wäre, hätte er nichts mehr von seinem idealisierten Heimatbild vorgefunden. Möglicherweise lehnte er deswegen später auch eine Rückreise ab, die das sowjetlettische Komitee „Über die Rückkehr in die Heimat“ Mitte der 1950er Jahre gegenüber namhaften exilierten lettischen Persönlichkeiten forcierte. Im Alter von 80 Jahren schrieb Jaunsudrabiņš mit erstaunlicher Nüchternheit und Klarheit: „Alles in allem bin ich über die Heimat der Meinung, dass diese nicht mehr meine ist. Ja, gerade jetzt, wo den sowjetischen Dichtern der Wink gegeben wird, diese hochzuhalten und zu preisen. Für mich ist sie nur noch ein Altersheim, dessen Bewohner mir fremd, so fremd sind.“⁶⁵

Ähnlich äußerte er sich gegenüber dem deutschen Schriftsteller Hannes Tuch. Er habe dort keine Freunde mehr und es sei schmerz-

⁶⁵ Ebenda, S. 202.

haft, sich fremd in der Heimat zu fühlen.⁶⁶ In seiner Autobiografie rät Jaunsudrabiņš dem Leser, an die Heimat zu denken, den Kindern von ihr zu erzählen und sie lieben zu lernen, samt der lettischen Sprache und lettischen Sitten; man solle aber nicht zurückkehren, da man dort nur Trauer finde und alles fremd geworden sei.⁶⁷ Wegen der beunruhigenden Lage im okkupierten Lettland startete er in den 50er Jahren folgenden Aufruf an die Letten in Sowjetlettland:

„[...] Bewahrt Lettland. Bewahrt alles, was lettisch ist! Seit mir Zeitungen aus der Heimat zugeschickt werden, beobachte ich mit Angst, dass sich langsam, aber ständig über euch das Joch des Russentums zusammenzieht. Abgesehen von allen Liebesbekenntnissen sehe ich, dass unserem Lettland der geistige Schmuck weggenommen wird. Bald wird es sich mit Volkstrachten brüsten können. Das besondere Antlitz der lettischen Landschaften wird sich bald nach russischem oder litauischem Geschmack verändert haben.⁶⁸ Man treibt euch in Dorfgemeinden zusammen, damit man euch besser im Auge behalten kann, schon wegen des Glaubens an Gott.“⁶⁹

Ähnlich äußerte sich Jaunsudrabiņš auch über die lettische Exilgesellschaft. Diese sei ebenfalls ein Altersheim und auch diese Gesellschaft werde bald aussterben.⁷⁰ Fremd in der Heimat, sei das Leben im Exil nur „eine Parodie eines echten Lebens“, wie er schrieb.⁷¹ Somit bewahrheitete sich für ihn seine Voraussage, die er im Exil mehrfach wiederholte und die auch seine letzten Worte waren: „Wenn du Lettland verlierst, verlierst Du dich selbst.“⁷²

⁶⁶ Vgl. die Schrift von Hannes Tuch „Mein Freund Janis Jaunsudrabiņš“, im Jānis Jaunsudrabiņš-Museum im Lettischen Zentrum in Münster.

⁶⁷ Jaunsudrabiņš, *Mana dzīve* (wie Anm. 49), S. 203.

⁶⁸ Als Patriot fand es Jaunsudrabiņš selbstverständlich, dass es keinen besseren und stilvolleren als den lettischen Geschmack gebe.

⁶⁹ Jānis Jaunsudrabiņš, *Uzruna Lieldienās tautiešiem dzimtenē* [Osterrede an die Volksangehörigen in der Heimat], in: Ders., *Sirmā grāmata* [Das Graue Buch]. Västerås 1972, S. 50.

⁷⁰ Jānis Jaunsudrabiņš, *Nevar vilcināties* [Man darf nicht warten], in: *Latvija* Nr. 42 (763) v. 10. November 1956, S. 5.

⁷¹ Brief von Jaunsudrabiņš an J. Rudzītis vom 18. April 1949, in: Jaunsudrabiņš, *Trimdas raksti* (wie Anm. 50), Bd. 2, Rīga 2004, S. 46.

⁷² Šilde, *Trimdinieka raksti* (wie Anm. 2), S. 305.

Pēteris Ērmanis im Exil

Wie Jaunsudrabiņš war auch Pēteris Ērmanis vor seinem Exil in Lettland als Schriftsteller bereits etabliert und konnte von seinem Beruf eine Familie ernähren. Ērmanis war allerdings in literaturinteressierten Kreisen eher als Literaturkritiker, -historiker und -wissenschaftler und weniger als Dichter und Schriftsteller bekannt, was mit zunehmendem Alter für seine innere Tragödie verantwortlich wurde.

Ērmanis hat weder seine Erlebnisse während der Flucht noch in den ersten Aufenthaltsorten bis zum Flüchtlingslager in Würzburg in seinen Werken beschrieben; es gibt darüber auch keine Gesprächsnotizen Dritter. Warum Ērmanis die Heimat verließ, bleibt daher ungewiss, auch bleibt unklar, warum der Dichter den Weg nach Deutschland und nicht nach Schweden einschlug. Möglicherweise erschien es ihm gefährlicher, mit kleinen Booten über die Ostsee zu fliehen, als die Flucht nach Deutschland. Auch hatte der Schriftsteller mit der deutschen Sprache keinerlei Schwierigkeiten, da er bereits im Alter von 10 Jahren Deutsch so gut beherrschte, dass er Schiller im Original las. Die Standardaussage, man wolle nicht mehr in Lettland bleiben,⁷³ ist immer wieder zu lesen, wenn nach den Gründen für die große Flucht- und Auswanderungswelle vieler Intellektueller gesucht wird. Im Einzelfall bedarf es der Suche nach genaueren Gründen, was jedoch nur unzureichend möglich ist, und so gibt es, wie der lettische Germanist und Historiker Valters Nollendorfs feststellt, bis jetzt keinerlei wissenschaftliche Daten und Auswertungen über diese größte Auswanderungswelle aus Lettland.⁷⁴

Auch hatte Ērmanis scheinbar keine Integrationsprobleme – er hatte gar nicht die Absicht, sich in Westdeutschland zu integrieren. Mit einem gewissen Sarkasmus schrieb er seinem Freund, dem lettischen Exilschriftsteller Teodors Zeltiņš, Anfang 1952, er habe sich in die deutsche Wirtschaft integriert und erhalte nun monatlich 76,00 DM.⁷⁵ Er suchte keinen Kontakt zu Deutschen, und aufgrund

⁷³ Edmunds Zirnis, *Dzīvotājs dzejā: Pēteris Ērmanis (1893.–1969.)* [Lebendig in der Lyrik: Pēteris Ērmanis (1893–1969)]. Koloradospringsa [Colorado Springs] 1987, S. 22; vgl. auch T. Zeltiņš, 35 gadus pa savu ceļu [35 Jahre auf seinem Weg], in: *Sauksme* (1946), Nr. 28-31, S. 56.

⁷⁴ Nollendorfs, *Ievads, vēsturiskais fons, raksturojums* (wie Anm. 31), S. 354.

⁷⁵ Brief von P. Ērmanis an T. Zeltiņš vom 21. Januar 1952, Original im Pēteris Ērmanis-Museum in Münster; vgl. auch: Pētera Ērmaņa Teodoram Zeltiņam rakstīto vēstuļu izlase [Auswahl an Briefen von Pēteris Ērmanis an Teodors Zeltiņš], in: *Treji Vārti* (1986), Nr. 111. S. 50. – Damit meinte er die Fürsorgeunterstützung.

seiner pessimistischen Einstellung versuchte er auch nicht, seine Werke in deutscher Übersetzung herauszugeben oder sie in der deutschsprachigen Presse zu publizieren. Verständlich wird dies in einem Gespräch des Dichters mit seiner Bibliografin Austra Rudzīte von 2. Oktober 1964, in dem er zum Ausdruck brachte, dass seine zahlreichen Notizen, Zeitungsausschnitte, Manuskripte der Gedichte und sonstige persönliche Sachen keinen jemals interessieren würden, da seine Berühmtheit nicht einmal annähernd so groß sei wie z.B. die des bekanntesten lettischen Dichters und Dramatikers Jānis Rainis.⁷⁶ Damit meinte er das lettische Publikum – vom deutschen war nicht einmal die Rede. Pēteris Ērmanis war bei der deutschen Leserschaft so gut wie unbekannt. Bekannt sind nur seine sechs ins Deutsche übersetzten Gedichte „Letzte Freude“, „Resignation“, „Trübseliges Gleichnis“, „Lautsprecher in der Linde“, „Puschkins Klage an Goethe“ und „Novalis' Tod“ in der Anthologie „Lettische Lyrik“.⁷⁷ Zudem erschien im Holzmindener „Täglichen Anzeiger“ vom 9. Mai 1964 die Übersetzung seines Gedichts „Mutter und Kind“ von Otto Wiese.⁷⁸ Das nächste und zugleich letzte Mal erschien in einer deutschen Zeitung sein Name in seiner Todesanzeige der örtlichen Zeitung „Delmenhorster Kreisblatt“.⁷⁹

Ērmanis wandte sich gegen jegliche Art von Integration. Bereits im Jahr 1947 sagte der Dichter, er könne weder etwas Neues in seine Dichtung integrieren noch wolle oder könne er sich ändern, und man solle ihn so annehmen, wie er sei, oder es lassen.⁸⁰ Möglicherweise war es für ihn als 50-Jährigen besonders schwer, sich anderswo einzuleben. Der Kritiker Jānis Rudzītis meinte dazu: „Mit allen seinen Wurzeln wurde er nicht nur aus seinem Boden gerissen, sondern überhaupt aus seiner geistigen Welt, in der er wie ein Mönch in einer Zelle lebte, und wenn wir im Geiste diejenigen unserer lettischen

⁷⁶ Notizen des Besuches von A. Rudzīte beim Schriftsteller am 2. Oktober 1964, S. 5, Original im Pēteris Ērmanis-Museum in Münster. Nach dem Tod von Ērmanis wurde sein Nachlass am 14. Oktober 1969 in die Räume des Lettischen Gymnasiums überführt und dort ein Museum eingerichtet.

⁷⁷ Lettische Lyrik, ins Deutsche übertragen von Elfriede Eckardt-Skalberg. Hannover 1960 (Die Baltische Bücherei. 4).

⁷⁸ Notizen des Besuchs von A. Rudzīte beim Schriftsteller in Delmenhorst am 24./25. Juli 1964, S. 3, Original im Pēteris Ērmanis-Museum in Münster.

⁷⁹ Pēteris Ērmanis, in: Delmenhorster Kreisblatt Nr. 239 v. 14. Oktober 1969, S. [4]; vgl. Lauska, Pēteris Ērmanis (wie Anm. 10), S. 137.

⁸⁰ Brief von P. Ērmanis an O. Sprogere-Jansone vom 24. April 1947, Original im Pēteris Ērmanis-Museum in Münster.

Schriftsteller durchgehen, die das Exil am meisten beugt und schädigt, dann ist unter ihnen mit Sicherheit Pēteris Ērmanis zu nennen.“⁸¹

Wohlgemerkt, Jaunsudrabiņš ging mit 67 Jahren in die Fremde, war also bedeutend älter als Ērmanis. Es sind allerdings gravierende Unterschiede zu vermerken: Im Gegensatz zu Jaunsudrabiņš, der gern auf längere Reisen ging, hatte Ērmanis bis zu seinem Exil Lettland noch nie verlassen. In Anbetracht seines Lebensabschnitts in den Flüchtlingslagern ist auffällig, dass Ērmanis dort förmlich aufblühte, da er gebraucht, geschätzt und geachtet wurde. Auch hinsichtlich seiner literarischen Tätigkeit war die Zeit in Lagern (insbesondere in Würzburg und Traunstein) für ihn fruchtbar. Wenn sich Jaunsudrabiņš von dem regen Lagerleben mit zahlreichen Verpflichtungen gestört fühlte, war Ērmanis im Gegensatz dazu glücklich, in das gesellschaftlich-kulturelle Leben der Flüchtlingslager eingebunden zu sein, Vorlesungen zu geben oder an der redaktionellen Arbeit der jeweiligen Lagerzeitung beteiligt zu sein.

Nach über sechs Jahren Aufenthalt in verschiedenen Lagern folgte eine ruhigere Periode von 13 Jahren in einer kleinen Wohnung in Ingolstadt. Jānis Jaunsudrabiņš beklagte sich nie über die Einsamkeit in Körbecke. Pēteris Ērmanis fühlte sich mit seiner Frau Anna einsam, verlassen und unnütz in seiner Wohnung, wobei sich diese Empfindungen nach seinem Umzug ins Delmenhorster Altenheim 1964 verstärkten. Ērmanis, der immer gleichzeitig ein Realist und Pessimist war, überkam eine Lebensmüdigkeit, die für den optimistischen und lebensfrohen Jānis Jaunsudrabiņš undenkbar war. Er schien im Altenheim innerlich mit dem Leben abgeschlossen zu haben, auch wenn er noch zeitweise dichtete. Sein Tod am 8. Oktober 1969 scheint für Ērmanis ersehnt und befreiend gewesen zu sein.

Die bereits in Lettland herausgegebenen Bücher von Pēteris Ērmanis erlebten im Gegensatz zu den Büchern von Jaunsudrabiņš keine zahlreichen Wiederauflagen im Exil: Zu seinen Lebzeiten erschien nur eine Wiederauflage seines Buches „Atmiņu vija“.⁸² Nicht zu vergessen ist dabei aber die Tatsache, dass Ērmanis im Gegensatz zu Jaunsudrabiņš vor dem Exil nur 17 Bücher geschrieben hatte. Ebenso ist bei den im Exil geschriebenen Büchern ein Unterschied zu verzeichnen: Es

⁸¹ J. Rudzītis, Bēgļu smeldzīgās ikdienas dzeja [Sehnsüchtige Alltagslyrik der Flüchtlinge], in: *Latvija* Nr. 13 v. 18. Februar 1947, S. 3.

⁸² Pēteris Ērmanis, *Atmiņu vija*. Viena cilvēka bērnība un pirmjaunība sešpadsmit tēlojumos [Girlande der Erinnerungen. Eines Menschen Kindheit und frühe Jugend in sechzehn Schilderungen]. Chicago 1954. Die Erstausgabe war 1935 in Riga erschienen.

wurden zehn Bücher zu Lebzeiten von Jānis Jaunsudrabiņš im Exil herausgegeben, während von Pēteris Ērmanis gleichzeitig nur vier Bücher erschienen. Nach dem Tod von Ērmanis erschienen insgesamt (mit Wiederauflagen) sechs Werke, nach dem Tod von Jaunsudrabiņš (mit Wiederauflagen) über 30 Werke.

Am Beispiel dieser zwei lettischen Exilschriftsteller wird ersichtlich, dass eine Integration eines ausländischen Schriftstellers, dessen schriftstellerische Anerkennung durch die ehemalige DP-Existenz vorbelastet war, in den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts in Westdeutschland mehr als problematisch war. Der eine – Pēteris Ērmanis – wollte sich erst gar nicht integrieren, zum Teil bedingt durch seine Minderwertigkeitsgefühle. Dieser Selbstschutz ersparte ihm womöglich eine bittere Erfahrung. Der andere – Jānis Jaunsudrabiņš – strebte nach einer Anerkennung im Exilland, die mit der Integration des Schriftstellers gleichzusetzen wäre. An Selbstwertgefühl und Energie mangelte es ihm nicht, auch wenn er erst mit knapp 70 Jahren ins Exil ging. Es ist anzunehmen, dass Jaunsudrabiņš aufgrund seiner weltoffenen Einstellung eher erkannte, was Anerkennung eigentlich für einen Schriftsteller bedeutete, und sich deswegen auch stets um seine Übersetzungen bemühte. Auch wenn er behauptete, dass er ein lettischer Schriftsteller sei und sich an den lettischen Leser richte, war für ihn das deutschsprachige Publikum ebenso wichtig.

Wäre es tatsächlich so, dass die Anerkennung eines Schriftstellers ausschließlich an die Bedingung geknüpft wäre, die Sprache des Gastlandes in solch einem Ausmaß zu beherrschen, dass er in der Lage wäre, ohne Hilfe eines Übersetzers perfekt in der Fremdsprache schreiben zu können, dann wäre jegliche Integrationsmöglichkeit zum Scheitern verurteilt.

Die provokative Frage, warum fremdsprachliche übersetzte Literatur (wohlgemerkt nicht vom Autor selbst übersetzt oder direkt in einer Fremdsprache verfasst) überhaupt eine Chance auf einem einheimischen Büchermarkt hat, ist leicht zu beantworten. Schriftsteller, deren Werke in andere Sprachen übersetzt werden, haben sich bereits in ihren Heimatländern etabliert. Auch die exillettischen Schriftsteller Jānis Jaunsudrabiņš und Pēteris Ērmanis verließen Lettland als berühmte Schriftsteller. Der entscheidende Unterschied liegt jedoch im Herkunftsland. Lettland, das erst 1918 die Unabhängigkeit erlangte und bis dahin als Teil Russlands angesehen wurde, war und ist immer noch zu wenig bekannt, als dass man sich für die dortigen Schriftsteller interessieren würde. Der Status der lettischen Schriftstel-

ler war für den deutschen Leser irrelevant, und den gleichen Status wie im Heimatland zu erlangen, war ihnen aufgrund der geschilderten Probleme unmöglich. Mit dem Verlassen der Heimat behielt der lettische Schriftsteller seinen Status ausschließlich in der lettischen (Exil-)Gesellschaft, für das Gastland war er nur ein Flüchtling, DP, heimatloser Ausländer, Ausländer, Emigrant oder einfach ein Jemand mit Migrationshintergrund. Ihren ursprünglichen Beruf auch im Gastland auszuüben, blieb für die meisten der Exilschriftsteller eine Traumvorstellung.

REZENSIONEN

Florian J. Anton, Staatlichkeit und Demokratisierung in Lettland. Entwicklung – Stand – Perspektiven. Würzburg: Ergon Verlag 2009, 491 S. (Spektrum Politikwissenschaft. 41).

Seit den Anfängen der Unabhängigkeitsbewegung in den baltischen Staaten in den späten 1980er Jahren hatten westliche Medien und Wissenschaftler ein eher angespanntes Verhältnis zur dortigen antisowjetischen Freiheitsbewegung. Viel war die Rede von Nationalismus und gar Faschismus. Nicht selten wurde sowjetische und später russische Propaganda kritiklos übernommen. Auch nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit Estlands, Lettlands und Litauens in den Jahren 1990 bis 1991 berichteten deutsche Medien viel über deren angeblich mangelhafte Demokratie vor allem bezüglich der Minderheiten- und Sprachpolitik gegenüber der russischen und russischsprachigen Bevölkerung. Auch Politologen sprachen mitunter von einer „defekten“ Demokratie.

Nun hat sich Florian Anton mit seiner politologischen Untersuchung das Ziel gesetzt, den Prozess der Demokratisierung und Staatswerdung in Lettland, die Transformation von der ehemaligen Sowjetrepublik zu einem unabhängigen Staat in der Europäischen Union und NATO zu untersuchen. Anton interessiert sich nicht einfach für die Umwandlung des politischen Systems und die Etablierung einer neuen demokratischen Ordnung, der Autor sucht nach den Fundamenten des Staates, dem „Geist“ bzw. der Politikkultur des Landes. Anton untersucht das Ausmaß und die Entwicklung der Demokratie sowohl in Hinblick auf die politische Ordnung als auch die demokratische Durchdringung der Gesellschaft. Hierzu nutzt er als methodisches Instrument die theoretischen Überlegungen der „eingebetteten Demokratie“. Dieses Modell beinhaltet nicht nur die Ausprägung einer demokratischen Ordnung mit entsprechenden Institutionen, sondern auch die Verankerung und Verflechtung des politischen Systems in einer Zivilgesellschaft.

Anton gibt nach der Einführung zur Methode einen historischen Überblick über die Geschichte des heutigen Lettland vom frühen Mittelalter bis zur Sowjetisierung nach 1945. Der Hauptteil seiner Untersuchung widmet sich der späten sowjetischen Phase in den späten 1980er Jahren bis zum Beitritt der Republik Lettland zu NATO und EU im Jahre 2004. Anton unterteilt diese Zeit abweichend von der

herkömmlichen Periodisierung, in der das Jahr 1991 als Beginn der erneuten faktischen Unabhängigkeit Lettlands gesehen wird. Zunächst behandelt er die Phasen von 1987 bis 1993 unter der Überschrift „Ursachen der Transition“, die Übergangsphase von 1991 bis 1993 und den Anfang der Demokratie nach 1993. Hierbei widmet sich Anton der politischen Geschichte und analysiert zudem den Aufbau demokratischer Institutionen und Strukturen. Insgesamt bilden historische Bezüge und Darstellung einen Schwerpunkt der Arbeit. Nach Anton spielt die erste Republik Lettland von 1918 bis 1940 einen wichtigen Bezugspunkt für die zweite Republik, nicht zuletzt deshalb, weil die Verfassung der Zwischenkriegsrepublik als Grundlage für den heutigen Staat dient. Zudem spielen laut Anton der Verlust der Unabhängigkeit, die Erfahrung der sowjetischen Besatzung und des stalinistischen Terrors der Jahre 1940/41 sowie der Zeit nach 1945 eine zentrale Rolle bei der politischen Diskussion über die Bildung des zweiten lettischen Staates. Die nationale Identität und die Wahrnehmung des sowjetischen Regimes als Fremdherrschaft waren Axiome der lettischen Unabhängigkeitsbewegung in den 1980er Jahren, die sich zunächst im Umweltschutz artikulierten.

Eine weitere, zentrale Problematik waren die russischsprachigen Bevölkerungsteile, die als Strategie des sowjetischen Kolonialismus seit 1945 systematisch in das Land gebracht worden waren – mit der Folge, dass in den 1970er Jahren die lettische Bevölkerung zur Minderheit in der Lettischen SSR wurde. In den 1980er Jahren hatte das Titularvolk wieder eine knappe Mehrheit erreicht, blieb gleichwohl aber in der Hauptstadt Riga weiterhin in der Unterzahl. Nach der Unabhängigkeit wurde die Frage der Einbürgerung und später die Frage der Sprachpolitik ein zentrales Politikum, das nicht nur ein Streitpunkt zwischen gemäßigten und radikalen lettischen Kräften bildete, sondern auch zur politischen Manipulation durch die Sowjetunion bzw. die spätere Russische Föderation instrumentalisiert wurde. Deren Einfluss schwand im Grunde erst mit dem endgültigen Abzug der letzten GUS-Soldaten Mitte der 90er Jahre. Aber erst mit dem Beitritt zur NATO und zur EU war die staatliche Souveränität gesichert.

Anton zeigt, wie mit der Auflösung der Volksfront, einer breiten Koalition aller Anhänger der Unabhängigkeit, nach Erlangung der Unabhängigkeit eine Änderung der politischen Kultur erfolgte. Die politischen Akteure aus der Anfangszeit, die sich aus Umwelt- und Unabhängigkeitsaktivisten, Nationalisten, Bürgerrechtlern und Dissidenten rekrutiert hatten, wurden von Berufspolitikern abgelöst. Es

entstand eine fragmentierte Parteienlandschaft ohne feste Stammwähler, die mitunter von lokalen Oligarchen und zum Teil vermutlich auch von anderen Interessengruppen, eventuell auch anderen Staaten, beeinflusst wurde und wird. Diese Form der „state capture“ sieht Anton als eines der dringlichsten strukturellen Probleme der jungen Demokratie an, was freilich symptomatisch für die gesamte Region Ostmitteleuropa ist. Insgesamt stellt Anton der Demokratie in Lettland ein positives Zeugnis aus, auch wenn er Defizite bei der Ausbildung einer Zivilgesellschaft und einer demokratischen Kultur sieht. Nach Anton gibt es daher Forschungsmeinungen, die die zielstrebige Umsetzung der EU-Kriterien und die damit verbundene Demokratisierung lediglich als Strategie zur internationalen Sicherstellung von staatlicher Souveränität durch Mitgliedschaft in den westlichen Bündnissen bewerten.

Insgesamt erscheint unklar, warum Anton seiner Arbeit eine über 100-seitige, historische Abhandlung voranstellt, die zudem noch im Mittelalter ansetzt. Deren tatsächlicher Schwerpunkt ist freilich die Zwischenkriegszeit. Es ist zunächst logisch, deren Geschichte als Referenz darzustellen, doch finden sich in der Analyse der Ereignisse nach 1987 kaum Rückbezüge. Allein auf die sowjetische Besatzung wird eingegangen, diese allerdings genauso wie der Zweite Weltkrieg in der historischen Übersicht auf wenigen Seiten abgehandelt. Zudem muss man anmerken, dass die historische Darstellung den Forschungsstand der 1970/80er Jahre widerspiegelt, der zumeist von deutsch(baltisch)en Historikern verfasst wurde und durchaus Mängel aufweist. Tatsächlich hat Anton offensichtlich kaum historische bzw. politologische Literatur lettischer Autoren für seine Arbeit verwendet. Es finden sich auch kaum lettischsprachige Quellen für seine Analyse der Demokratisierung nach 1987. Insgesamt bietet die Arbeit aber einen guten Überblick über die politischen Ereignisse in Lettland nach 1987 und eine Analyse der demokratischen Verhältnisse im Land.

Björn Felder, Lübeck/Lüneburg

Auswahlbibliographien zur Geschichte des Kommunismus in Osteuropa. Bd. III: Estland, hrsg. v. Wiebke Jürgens. Berlin: Osteuropa-Zentrum Berlin 2009, 225 S.

Die vorliegende Bibliografie bildet den dritten Band von „Auswahlbibliographien zur Geschichte des Kommunismus in Osteuropa“,

herausgegeben vom Osteuropa-Zentrum Berlin. Ihr Ziel ist es, Forschungsarbeiten zur Geschichte einzelner Länder Ost- und Ostmitteleuropas unter kommunistischer Herrschaft systematisch aufzulisten. Dabei sind jedoch nur jene Arbeiten berücksichtigt, die nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems verfasst wurden – in Estland also seit 1991. Diese Einschränkung, die wohl einem gewissen Pragmatismus geschuldet ist, ist insofern bedauernd, da gerade die Zeit der Perestrojka eine erste intensive Phase der Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit mit sich brachte, die auf diese Weise unbeachtet bleibt. Zudem stellt die Beschränkung auf Titel in estnischer, englischer und deutscher Sprache den von der Herausgeberin in der Einleitung formulierten Anspruch in Frage, die „Problematik aufeinandertreffender Geschichtsbilder“ zu erfassen. Dazu hätte es der Einbeziehung der – freilich ohnehin nicht sehr umfangreichen – russischsprachigen Literatur bedurft. Dafür umfasst die Bibliografie über Estland überraschenderweise nicht nur Titel, welche sich mit der sowjetischen Zeit befassen, sondern beginnt bereits mit dem Zusammenbruch des Zarenreiches im Jahr 1917.

Die Einleitung von Olaf Mertelsmann ist sachkundig, gleicht aber eher einem historischen Aufriss der Geschichte Estlands seit 1917, als dass sie eine eigentliche Einführung in die Forschung geben würde. Hier wäre ein historiografischer Beitrag über Forschungsthemen und -kontroversen sicher passender gewesen. Auch der Aufbau der Bibliografie selbst ist auf den ersten Blick ein wenig verwirrend, mag aber für den Gebrauch durchaus sinnvoll sein. So ist der politischen Geschichte ein eigener, chronologisch untergliederter Abschnitt gewidmet, während der Rest des Buchs umgekehrt in chronologischen Abschnitten organisiert ist, die thematisch untergliedert sind. Auf diese Weise ist es möglich, sich vor der thematischen Arbeit einen schnellen Überblick zum Forschungsstand der allgemeinen politischen Geschichte zu machen.

Dass bei dieser Art von Bibliografie einige Lücken auftauchen, ist unvermeidbar. So sticht etwa ins Auge, dass offenbar nur solche Zeitschriften systematisch ausgewertet wurden, die sich ausschließlich mit Geschichte befassen. Die primär kulturwissenschaftlichen Zeitschriften „Vikerkaar“ und „Akadeemia“ wurden nur unvollständig, die stark national orientierte „Kultuur ja Elu“ überhaupt nicht gesichtet, obwohl sich hier durchaus noch weitere Beiträge zur estnischen Geschichte im betreffenden Zeitraum hätten finden lassen. Auch sonst lässt sich mit dem nötigen Spezialwissen noch eine Reihe einzelner Titel aufführen, die in der Bibliografie ungenannt bleiben. Gleich-

wohl erscheint es wenig sinnvoll, von einer Bibliografie zu einem so breiten Thema Vollständigkeit zu erwarten. Als systematische Aufarbeitung der wichtigsten Titel ist sie ein sehr willkommenes und nützliches Hilfsmittel.

Abgeschlossen wird der Band mit einer Chronologie der Geschichte Estlands, einem Personenverzeichnis sowie einer Liste der wichtigsten Websites zur estnischen Geschichte. Gerade letztere lässt die grundsätzliche Frage aufkommen, ob die Publikation einer solchen Bibliografie in Buchform eigentlich noch zeitgemäß ist. Eine digitale Veröffentlichung als Datenbank im Internet hätte eine ganze Reihe von Vorteilen: Sie ließe sich schneller aktualisieren, erlaubte die Verlinkung verschiedener Beiträge, könnte mit einer leistungsstarken Suchfunktion verbunden werden und wäre breiter zugänglich. Die Herausgeber der Reihe sollten über diese Möglichkeit nachdenken.

David Feest, Göttingen

Die baltischen Lande im Zeitalter der Reformation und Konfessionalisierung. Livland, Estland, Ösel, Ingermanland, Kurland und Lettgallen. Stadt, Land und Konfession 1500–1721, Teil I, hrsg. v. Matthias Asche, Werner Buchholz u. Anton Schindling. Münster: Aschendorff 2009, 305 S. (Katholisches Leben und Kirchenreform im Zeitalter der Glaubensspaltung. 69).

Die Herausgeber, zugleich Mitautoren, und der aus Estland gebürtige Historiker Alexander Loit (Uppsala), Verfasser des aus dem Schwedischen übersetzten Hauptaufsatzes des Buches (S. 49–215), haben es sich zur Aufgabe gesetzt, die religiöse Entwicklung in den genannten Gebieten im Zeitraum zwischen 1500 und dem Ende der baltischen Schwedenherrschaft 1721 darzustellen, Alexander Loit hinsichtlich der ländlichen Gebiete. Der Band enthält außerdem zwei wertvolle literaturhistorische Untersuchungen zur genannten Epoche: Raimo Raag (Uppsala) zur frühen estnischsprachigen Literatur und Peteris Vanags (Stockholm und Riga) zur frühen lettischsprachigen Literatur (S. 217–300, jeweils mit Abbildungen von Titelseiten). Das vorliegende Buch ist der erste Teil einer auf drei Teile hin geplanten Teilreihe der umfangreichen Reihe „Katholisches Leben und Kirchenreform im Zeitalter der Glaubensspaltung (KLK)“, ediert von der „Gesellschaft zur Herausgabe des Corpus Catholicorum“.

Alexander Loits umfangreiche Arbeit widmet sich an Hand der im schwedischen Reichsarchiv vorhandenen ungedruckten Quellen (Li-

vonica II) vor allem den von der schwedischen Regierung ausgehenden Initiativen zur Neuordnung der kirchlichen Verhältnisse ab 1585 im estländischen und ab 1621 im livländischen Gebiet. In dieser Konzentration ist seine Arbeit besonders wertvoll für die Erkenntnis, dass Schweden in diesen Gebieten „die Grundlagen für ein protestantisches Kirchen- und Gemeindeleben“ (S. 80) gelegt und eine Festigung des evangelischen Glaubens bewirkt hat.

Die Vorgeschichte wird von Loit in einleitenden Überblicken dargeboten: Als „Hintergrund“ beschreibt er die politischen, gesellschaftlichen und religiösen Verhältnisse zwischen 1200 und 1561 (S. 55-68) und die Einführung der Reformation (S. 68-77). Details zu den ersten Frömmigkeitsimpulsen und literarischen Wirkungen der 1520er bis 1540er Jahre als Neuaufbruch bieten im Sinne des Buchtitel-Stichworts „Reformation“ die genannten Aufsätze von Raimo Raag für den estländischen und Peteris Vanags für den lettländischen Sprachbereich. Da Loit allein an den langfristigen Wirkungen und Ergebnissen der Reformationsimpulse interessiert ist, nennt er wenige der für den Beginn entscheidenden Ereignisse und Personen, erwähnt werden nur Andreas Knopken (hier „Knopke“ genannt) und Melchior Hoffman. Erst in der schwedischen Zeit werden ja die „überdauernden Ergebnisse der Reformation“ greifbar, etwa die Entwicklung des Estnischen und Lettischen zu Schriftsprachen (S. 197 f.) und die Ausbildung einer lutherischen konfessionellen Identität für die ländliche Bevölkerung der Esten und der Mehrheit der Letten („Konfessionalisierung“).

Loit beschreibt 1. die Versuche der schwedischen Regierung zur Neugestaltung der Gesellschaft (Verbesserung der Lage der Landbevölkerung, Reduktion der großen Güter, S. 82-93), 2. die Entscheidung für das Augsburger Bekenntnis („Lehre und Glaube“, S. 139-149), 3. die „institutionelle Organisation des Kirchenwesens“ nach 1561 für den estnischen (S. 94-107) und für den (seit 1621 schwedischen) livländischen Bereich (S. 107-117) auch für die anderen Gebiete (Ösel, Ingermanland, Kurland und Semgallen sowie Lettgallen, S. 118-135). Gewürdigt werden für Estland die eingesetzten Bischöfe Rudbeckius und Ihering, für Livland der Gouverneur Skytte und die beauftragten Superintendenten Hermann Samson und Johann Fischer. 4. Wertvoll ist Loits ausführliche Darstellung der regierungsamtlichen Maßnahmen zur Ordnung des Kirchenwesens, vor allem mit Hilfe des Kirchengesetzes von 1686, die Gründung der Theologischen Fakultät 1632 in Dorpat, die Förderung der Bibelübersetzungen (z.B. der lettischen durch Johann Ernst Glück) und die erste Einrichtung von ländlichen Schulen. Eingehend behandelt werden Position und Auf-

gaben der Kirchengemeinden (S. 172-181) und besonders ausführlich die Stellung, Aufgaben, Einkünfte und Kontrolle der Pastorenschaft (S. 156-172). Loit erkennt, dass die Visitationsprotokolle als Quellengrundlage hinsichtlich des Verhaltens der Pastoren ein vorwiegend negatives Bild ergeben (S. 167).

Zu Recht betont Loit, dass die Landbevölkerung weithin keine eindeutige Einstellung zu einer konfessionell bestimmten Religiosität gewonnen, sondern naturreligiöse Vorstellungen im Brauchtum beibehalten hat. Alter Volksglaube, überlieferte katholische Praxis und lutherische Elemente verbanden sich nicht selten zu einer „synkretistischen“ Religiosität (S. 181-191). Die Herausgeber betonen, dass in der Gesamtentwicklung vom Mittelalter bis zum 18. Jahrhundert vielfach „Phasen ungewisser Erwartungshorizonte und Zukunftsperspektiven“ mit „stets vorhandenen Alternativen und unterschiedlichen Optionen“, sogar „konfessionelle Niemandsländer“ zu erkennen sind (S. 29 f.). Sie erinnern daran, dass auch der katholische Anteil an der lettischen Sprachentwicklung nicht vergessen werden darf (S. 42 f.).

Zu den bekannten Kontroversen zwischen der schwedischen Politik und den baltischen Ritterschaften äußert sich Loit äußerst kritisch zur Rolle des Adels: „Offenbar waren es nicht primär religiöse Gründe, die einen großen Teil des Adels veranlaßten, für die Reformation Partei zu ergreifen, sondern vorwiegend materielle Interessen“ (S. 76). Die Gutsherren „verhinderten eine vollständige Durchführung des schwedischen Schulprogramms“ (S. 192) und „wollten sich an den Kosten des Aufbaus einer Kirchenorganisation nicht beteiligen“ (S. 195). Eine Überprüfung an Hand weiterer Quellen bedarf Loits These, die „Beziehung der Pastoren zu den Gutsherren als den Inhabern des Kirchenpatronats“ habe „jeder religiösen Dimension entbehrt“, sie sei „ausschließlich von sozio-ökonomischen Kriterien geprägt“ gewesen, und dieses „im Unterschied zum Verhältnis der Pastoren zur Obrigkeit, zur Kirchenführung und zur Gemeinde“ (S. 170).

In „Prolegomena zu einer Reformations- und Konfessionsgeschichte der baltischen Lande“ (S. 29-43) äußern sich die drei Herausgeber des Buches zu den Grundsätzen der baltisch-kirchlichen Historiografie. Sie sagen zu Recht: „Die Vielfalt kann nur in multiperspektivischer und vergleichender Betrachtung angemessen gewürdigt werden“, jede „national bzw. konfessionalistisch getönte Brille führt zu Kurzsichtigkeit und einem getrübten Blick“ (S. 38); sie befürworten daher „differenzierende Neuinterpretationen“ (S. 39). Die drei Autoren (und Loit) möchten sich absetzen von einer „national-romantischen“ est-

nischen und lettischen Geschichtsschreibung und – noch schärfer – von einer „borussisch-kulturprotestantischen Geschichtsschreibung“, die die Christianisierung der Gebiete als „deutsche Kulturmission im Osten“ verstehen wolle (S. 36). Da die Autoren eine solche Auffassung durchgehend bei der „deutschbaltisch geprägten Forschungstradition“ vermuten, möchten sie zu ihr auf Distanz gehen (Vorwort S. 9). Alexander Loit meint, ein „deutschbaltisches Konzept“ käme wegen der Güterreduktion, die nur einen Teil des Adels betraf, zu einem „eher negativen“ Urteil über die schwedische Herrschaft im Baltikum (S. 81).

Die Verfasser wären gewiss zu einer anderen Beurteilung der deutschbaltischen Forschung gekommen, wenn sie deren Autoren aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zur Kenntnis genommen hätten, z.B. August Westrén-Doll, der 1956 die schwedische Zeit als „bedeutsam und segensreich für die Verfassung der estländischen und livländischen Kirche“ bezeichnet hat (S. 102 in: Baltische Kirchengeschichte, hrsg. v. Reinhard Wittram. Göttingen 1956). Im ausführlichen Literaturverzeichnis Alexander Loits (S. 200-215) hätte die Darstellung der schwedischen Zeit durch Heinz von zur Mühlen 1994 im Band „Baltische Länder“ der Reihe des Siedler-Verlages „Deutsche Geschichte im Osten Europas“ nicht fehlen dürfen, eine Darstellung, die in der Berücksichtigung der verschiedenen Völker und Konfessionen den Grundsätzen der Verfasser des hier besprochenen Buches voll entspricht. Aus der Übereinstimmung in den Grundsätzen heraus verdient das vorliegende Buch die Anerkennung, dass es unsere Kenntnisse der Zeit der schwedischen Herrschaft in den „baltischen Landen“ beträchtlich bereichert und vertieft hat.

Heinrich Wittram, Hemmingen

Die baltischen Staaten im Schnittpunkt der Entwicklungen. Vergangenheit und Gegenwart, ed. by Carsten Goehrke and Jürgen von Ungern-Sternberg. Basel: Schwabe & Co AG 2002, 196 pp. (Texte und Studien. 4).

There is an ongoing need for excellent historical introductions to the region of the southern Baltic littoral – the territory that comprises Estonia, Latvia, and Lithuania today – over the past 800 years since this region became the subject of recorded history. The history of the region is diverse, more than one might surmise from the seemingly unitary term “the Baltic states”, and it can be a challenge to a com-

elling logic undergirding “Baltic history”. Just as historians hold that the present cannot be understood without an awareness of the past, the inverse is also true – at least for most historians today – that to be able to study adequately the past one must have an awareness of current-day issues. In careless hands this can result in presentism, the anachronistic application of concerns and perspectives of the present in interpreting the past. In the hands of capable historians, however, this approach can permit them to ask “so, what can we learn from the past that will inform our understanding of the present?” This inevitably must result in provisional, even essayistic conclusions, but this is not a reason to suspect the endeavor. Judgments reached through this line of thinking must be treated with some degree of caution, however, as the richness of the fabric of the past can be dulled by forced comparisons with this current, though arbitrarily selected, moment in history, and conclusions can be inherently unprovable.

The twelve primary contributions in the book under review each examine a different major time period or historically bounded nexus of developments, beginning with the early 13th century and ending with the Baltic of the early 21st century. The book succeeds overall in connecting Baltic past and present, as its subtitle suggests. This was an explicit aim for each author, as the editors asked them to discuss both their given historical period as well as “dessen historische Bedeutung und zukunfts-gestaltende Nachwirkung für das Baltikum” (p. 179). In addition to this design for the volume, there is an additional interpretive thread running through the book as whole – that Baltic history, in the words of editor Carsten Goehrke, manifests the “Zusammenspiel einheimischer Kräfte mit den bereichernden und bedrohlichen Einwirkungen von außen” (p. 7).

This is a collection of essays, not a general history of the Baltic, and the book should not be used as an initial introduction to the history of the region. Those already familiar with the general outlines of this history will find the book thought-provoking. For German-reading audiences it could be used effectively as a companion volume to one of the surveys of Baltic history, such as Michael Garleff’s “Die Baltischen Länder. Estland, Lettland, Litauen vom Mittelalter bis zur Gegenwart” (Regensburg 2001) or Ralph Tuchenhagen’s “Geschichte der baltischen Länder” (Munich 2005). The contributions, in the form of chapters, are mainly presented without footnotes. Each author includes a bibliography, with a list of the resources each used in writing his or her chapter, not a list of recommendations for further reading.

The volume’s primary weakness – and it is a glaring one – is its

failure adequately to examine the Soviet period as a central point in the development of the Baltic peoples and polities. Goehrke explains this lacunae thus: "Dies hat seinen Grund nicht zuletzt darin, dass sie von der Forschung bislang eher stiefmütterlich behandelt worden ist und dass vor allem die post-sowjetischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der neuerstandenen baltischen Republiken eine gewisse Scheu an den Tag legen, dieses heiße Eisen anzufassen" (pp. 187 f.). This remains true today, but historians must begin picking up this "hot iron" sooner or later. Quality historical work on aspects of the first decade of Soviet rule after the end of World War II has been done recently by historians in Estonia (notably Tõnu Tannberg and Olaf Mertelsmann), but systematic studies, based on archival sources, of most of the Soviet period are still lacking.

The book here under review includes no maps, which undoubtedly will hinder readers who with this book are still being introduced to the region of the Baltic littoral.

Goehrke in his opening essay on the Baltic in the early 13th century emphasizes the geographical location of the region, which led to its exposure to outside forces. In the wider region, three types of mobilizing forces were of key importance: states (Denmark, Sweden, and Novgorod as part of Kievan Rus); churches (Roman and Eastern Orthodox) and their conversion drives; and German-speaking merchants, organized corporatively. He argues that as state power in the form of medieval Livonia eventually emerged from the combination of ecclesiastic and private initiative, this later made it easier for Baltic independence to be restored in the late 20th century. Such an argument might indeed be excessive presentism for some.

Alvydas Nikžentaitis discusses the origins and development of the Grand Duchy of Lithuania in the 13th-14th centuries and the emergence of a Lithuanian political nation. Nikžentaitis emphasizes Lithuania's difference and peculiarity compared to the rest of Europe. Rooted in a military union of various Lithuanian tribal chiefs, the state adopted ruling and tax-collective practices of east Slavic principalities to the east. Soon after the state adopted Christianity in 1387, the rising nobility and urban elites (some influenced primarily by trade with Russian counterparts, others by trade with Germans) received legal recognition of their positions. Combined with the Polish influence that came with the personal union of the Grand Duchy with Poland in 1385, Lithuania in some ways followed central European trends. However, society in the Grand Duchy remained extremely heterogeneous in linguistic and confessional terms, and the

formation of a unified Lithuanian “political nation” came only in the 16th century, with all parts of society recognizing the 13th century grand prince Vytautas/Witold as the key figure in Lithuanian history. In this same period, the state was reconstituted through the Union of Lublin (1569) as the “Republic of Two Nations” (generally called in English the “Polish-Lithuanian Commonwealth”).

Ilgvars Misāns’s chapter on medieval Livonia focuses on what one might call “Baltic cooperation”, emphasizing the leading urban centers in medieval Livonia – Riga, Reval (Tallinn), and Dorpat (Tartu). He finds a great deal of cooperation carried out between them through the Hansa-based trade and periodic councils of delegates from towns (Städtetage) from the mid-14th century until the last few decades of the 15th century. The Reformation permitted the rise of a political competitor in the form of an increasingly self-confident nobility.

The following nexus of issues addressed in the volume is the Reformation and Counter-Reformation. Christoph Schmidt focuses on the spread of Luther’s ideas in the towns of Livonia from 1523, when a letter from Luther arrived at the Riga city council, to the early 1530s, when powerful noblemen in Livonia under the Riga archdiocese crowned the victory of the Reformation with their joining it. The overall significance of the Reformation, Schmidt concludes, is that it weakened the Teutonic Knights and thus opened up Livonia to influences from outside the Baltic region. Ingė Lukšaitė’s chapter on the Reformation and Counter-Reformation in Lithuania and in Latgale and Kurland also presents a general history of these areas in the 16th century and first half of the 17th century. In the Lithuanian Grand Duchy, both the Lutheran and Catholic churches fostered reform; both, for instance, published books in the Lithuanian language and built networks of parish schools.

This reviewer found one of the most interesting aspects of the book to be the strongly differing interpretations of Baltic history presented by Alexander Loit, who examines the 17th and early 18th centuries when Estland and Livland were under Swedish rule, and by Jürgen von Ungern-Sternberg, who writes on the two centuries of tsarist Russian rule (1710–1917). The period examined by Loit is known in popular Estonian and Latvian historiography as the “old good Swedish times”. Loit points out that there have been other views of this period that are more negative – the “Soviet Baltic” conception of the era, and also a Baltic German one, which condemned the Swedish policies toward Baltic German landed estates and the Livonian corporation of nobility. Loit, however, makes it clear that he agrees with the

sentiment expressed in the popular local appellation of the era, and he finds an overall salutary influence of the period for the Baltic region. He identifies as the most notable developments in this era the weakening of the feudal order and a strengthening of central state power nearly (but not quite) to the point of establishing colonial rule; a weakening of serfdom (Charles XI forbade serfdom on crown lands in the late 17th century, though many historians doubt the overall efficacy of this action); and a growing interest in the Baltic in manufacturing.

Loit draws a straight line connecting the Swedish era and 20th century independence for Latvia and Estonia, arguing for deep Swedish-era influences in politics, governance, economy, and culture that paved the way for, and underpinned, Baltic independence. Primary among these factors, in Loit's view, is the inclusion of Estonians and Latvians, for the first time in their history, in "a unitary state power" ("einheitliche Staatsmacht").

While for Loit the establishment of tsarist rule in the Baltic is a "conquest" ("Eroberung"), Ungern-Sternberg writes that "die baltischen Länder sich vor wie nach 1710 in einem ganz normalen europäischen Herrschaftsverhältnis befanden" (p. 93). Ungern-Sternberg argues for positive developments in Estland, Livland, and Kurland in the tsarist period, mentioning Pietism, Enlightenment values, German classicism, and the reopening of Dorpat University in 1802. But for the leading class (a strengthening alliance between the nobility and bourgeoisie – all German speakers), problems arose in the 19th century that brought the Baltic provinces from a "Normalfall zu einem Sonderfall" (p. 94). The growing national aspirations of Estonians and Latvians on the one hand, and on the other the centralizing Russian state that was itself increasingly motivated by nationalism, combined to paralyze those who would otherwise have been expected to lead Baltic society in reform and modernization.

Even if we permit ourselves to accept the argument for presentism, from the point of view of the 20th century, which period – the Swedish or the Russian – was better preparation for the eventual realization of values held by contemporary Baltic societies? Readers will have to make up their own minds on this point given the opposite views of Loit and Ungern-Sternberg. Here is an excerpt from each author:

Loit: "Deshalb muss die Vereinigung von Esten und Letten unter einer einzigen Staatsmacht, nämlich der schwedischen, als

eine dringende Voraussetzung für die spätere Nationsbildung dieser Völker betrachtet werden, welche auch die Möglichkeit zu eigenen Staatsbildungen eröffnete” (p. 84).

Ungern-Sternberg: “Gehen wir lieber vom ‘Land’ aus, das im 19. Jahrhundert so gern beschworen wurde. Diesem ist die zweihundertjährige Friedenszeit durchaus gut bekommen, in wirtschaftlicher wie in kultureller Hinsicht... Entscheidend aber ist, dass die Verhältnisse breiten Bevölkerungsschichten – und das heißt im konkreten Fall: Esten und Letten – überhaupt die Möglichkeiten boten, sich in jeder Hinsicht zu entwickeln und schließlich zu emanzipieren” (p. 102).

A Swiss connection is maintained in this volume through the contribution of Rudolf Mumenthaler, who highlights the contacts between Swiss and Baltic scholars and scientists in the 19th century and early 20th century. Scholarly exchanges took place in the second half of the 19th century in particular between the Riga Polytechnic and the Zürich Polytechnic, and a number of students from the Baltic region studied in Switzerland. In the period between World War I and World War II a number of Swiss academics held positions in universities in Estonia, Latvia, and Lithuania. Scholarly initiatives between the Baltic region and Switzerland, which had been discontinued in the Soviet period, have in recent years been renewed, of which, it should be noted, this volume is good evidence.

Developments in the twentieth century are addressed in two chapters: Česlovas Laurinavičius looks at the foreign policy of the independent Baltic states in the 1920s and 1930s, and Peeter Järvelaid considers constitutional law and models for the construction of newly independent statehood in the interwar period. Laurinavičius finds the failure of each of the Baltic states to devise a foreign policy that would maintain neutrality from both Germany and the Soviet Union and prevent them from being swept up into the maelstrom that began in the late 1930s rooted in the unresolvable dilemmas posed by their geopolitical location between larger powers. European states were, perhaps inevitably, more focused on issues and tensions between these powers – primarily Germany and the Soviet Union – than they were on the needs of the Baltic peoples. Laurinavičius writes (in the one English-language chapter in this book) that “the Baltic States were confronted with the dilemma of choosing not so much between collective security and non-aggression systems as between the blocs formed by the Great Powers” (p. 127). The attempt by the Baltic

states in the second half of the 1930s to assert neutrality collided with the reality of a Europe moving toward war. Järvelaid discusses the models for the new Baltic democracies, concluding that as a result of the political compromises that had to be made within the Baltic states upon adoption of parliamentary democracy, the resulting political systems were too inflexible. As was the case for a number of other European states in the interwar period, the three Baltic countries were unable to avoid constitutional crises – in Lithuania in 1926, in Estonia in 1933, and in Latvia in 1934.

Baltic economies in the 1990s are examined by Peter Bernholz. He outlines the major aspects of economic reform undertaken in this first decade of independence in the three countries: currency reform, privatization of state-owned enterprises, stimulation of the private sector, and protection of private property. The reforms kept inflation under control; per capita production measured in US dollars rose, though each country remained well below that of Greece as a point of comparison. When purchasing power parity is taken into account, however, Baltic societies had higher standards of living than this would otherwise indicate. This chapter among all in the book has been the first to become dated; those looking for overviews of Baltic economies in the now nearly two-decade long new independence period should probably look elsewhere.

In the book's penultimate chapter, Seraina Gilly looks for cultural affinities between Baltic societies in the new independence period, though her analysis at points extends back in time to earlier eras. In a book that due to space restrictions perhaps necessarily cannot go into great detail regarding the cultural specificities of the Baltic peoples, Gilly's emphasis on both differences and similarities in the development of Baltic societies – including minority groups – is welcome. Her thoughts on the challenges post-Soviet societies face in overcoming mentalities of the past are interesting, though as she herself points out, she presents only general hypotheses, and these require more concrete application to Baltic societies.

As a conclusion, co-editor of the volume Carsten Goehrke presents a remarkably concise, and very readable, overview of Baltic history in the some 800-year time span that the book covers. It is only here that the Soviet period receives any focused attention, and Goehrke is able to give it two and a half pages in his fourteen-page summary. Goehrke again here nicely presents his thesis – parallel with that of the entire volume: despite the manifest differences between Baltic peoples and states, the Baltic region has been throughout its history,

and continues to be, a "Vermittlungsbrücke zwischen Ost und West" (p. 183, cf. pp. 192 f.).

Bradley Woodworth, New Haven

Baltisches Welterlebnis. Die kulturgeschichtliche Bedeutung von Alexander, Eduard und Hermann Graf Keyserling. Beiträge eines internationalen Symposions in Tartu vom 19. bis 21. September 2003, hrsg. v. Michael Schwidtal u. Jaan Undusk unter Mitwirkung v. Liina Lukas. Heidelberg: Universitätsverlag Winter 2007, 586 S. mit 3 Vignetten, 26 Abb.

Im Zusammenhang mit der auch in Estland nach der Wiedererlangung der staatlichen Unabhängigkeit verstärkt einsetzenden Würdigung einer zeitweise dominierenden „deutschen Komponente“ in der eigenen Geschichte befasste sich im Jahre 2003 eine von estnischer Seite angeregte und von deutscher Seite nachhaltig unterstützte Tagung in Tartu (Dorpat) mit der Familie Keyserling. Denn dieser kommt unter den kosmopolitisch gesinnten deutschbaltischen Adelsfamilien eine besondere Bedeutung zu, wobei vor allem drei Persönlichkeiten herausragen: der als Begründer der Geologie in Russland bedeutende Naturwissenschaftler und Landespolitiker Alexander Graf Keyserling (1815–1891), als Schriftsteller sein Neffe Eduard von Keyserling (1855–1918) sowie der Enkel, Philosoph und Begründer der Darmstädter „Schule der Weisheit“ Hermann Graf Keyserling (1880–1946). Alle drei waren mit dem Tagungsort einst persönlich verbunden – Alexander als Kurator der Universität Dorpat 1862 bis 1869, Eduard studierte hier in den Jahren 1875 bis 1877 Jura und Hermann von 1898 bis 1900 Chemie.

Der gesamte Zeitraum des Wirkens dieser Vertreter dreier Generationen einer deutschbaltischen Adelsfamilie war durch radikale Veränderungen gekennzeichnet. Erlebte Alexander in den 1860er Jahren die vielschichtigen Auseinandersetzungen um den sog. Landesstaat mit seinen umkämpften Privilegien, so gestaltete Eduard in Erzählungen vorwegnehmend den Bedeutungsverlust des baltischen Adels in den Umbrüchen von 1918, und Hermann sah sich zunächst ebenfalls einschneidenden Vorgängen und schließlich der mit dem Jahr 1939 eingeleiteten Katastrophe der baltischen Länder ausgesetzt. Darauf weisen die Herausgeber einleitend mit Kurzinformationen über diese drei Persönlichkeiten ebenso hin wie auf deren Rezeptionsgeschichte in Estland, wobei sie erste Bezüge zwischen deren

„baltischer Herkunft“ und ihrer „weltbürgerlichen Gesinnung“ ansprechen. Ob bei der zutreffend erwähnten Gegnerschaft innerhalb der gemeinsamen Geschichte von Deutschen, Esten und Letten im Lande tatsächlich in den unterschiedlichen Epochen von ihnen der Gedanke der Autonomie als „ein und dasselbe Ziel“ verfolgt worden ist – nach Ansicht der Herausgeber „aus heutiger Sicht das wichtigste Charakteristikum in der Geopolitik dieses nordosteuropäischen Gebietes“ (S. 18) –, muss allerdings in Frage gestellt werden. Wenn man darin „nur sehr verschiedenartige Glieder einer einzigen ideengeschichtlichen Kette“ sehen will, sollten doch die Bedingungen und Grundlagen des jeweils vertretenen Autonomiebegriffs berücksichtigt werden. Denn Esten, Letten und Deutschbalten wollten ihre Autonomie in durchaus eigener, ja gegensätzlicher Form verwirklichen, wobei es innerhalb dieser Ethnien wiederum durchaus unterschiedliche Vorstellungen gab, bei den Deutschbalten z.B. zwischen traditionellen Herrschaftsansprüchen und demokratischen Einstellungen.

Die insgesamt 33 Beiträge verteilen sich auf drei, jeweils diesen Persönlichkeiten gewidmete Abschnitte, wobei Alexander Graf Keyserling mit sieben die wenigsten und Hermann mit 15 die meisten Artikel gelten. Zu Anfang behandeln Roger Bartlett „Graf Alexander Keyserlings Beziehungen zum russischen Kaiserhof“ (S. 25-40) und Gert v. Pistohlkors „Die politische Philosophie des Kurators der Dorpater Universität“ (S. 41-60), wobei sie sich weitgehend auf die umfangreichen Textsammlungen der von Keyserlings Tochter Helene v. Taube herausgegebenen Tagebücher und Briefe stützen.¹ Diese für Leben und Persönlichkeit als Hauptquelle nach wie vor wichtigen Publikationen werden allerdings von den Herausgebern des Tagungsbandes wohl nicht zu Unrecht als „in mancher Hinsicht tendenziöse Auswahl“ (S. 11) bezeichnet, mit Bezug auf Hermann Keyserlings späteres Votum, seine Tante habe das Material zu stark „im Licht der liebend-idealisierenden Tochter verarbeitet“.² So bedarf es offensichtlich einer weiteren Detailuntersuchung, was denn nach Hermann Keyserlings Meinung in diesem Quellenwerk alles fehlt, was am Bilde seines Großvaters „von bleibendstem Interesse wäre“, zumal sich

¹ Graf Alexander Keyserling, Ein Lebensbild aus seinen Briefen und Tagebüchern, zusammengestellt von seiner Tochter Freifrau Helene von Taube von der Issen. 2 Bde., Berlin 1902; Aus den Tagebuchblättern des Grafen Alexander Keyserling. Philosophisch-religiöse Gedanken mit einzelnen Zusätzen aus Briefen. Mit einer Lebensskizze, verfaßt von Graf Leo Keyserling, hrsg. v. Freifrau Helene von Taube von der Issen. Stuttgart 1894.

² Hier zitiert nach Hermann Keyserling, Reise durch die Zeit. Bd. 1: Ursprünge und Entfaltungen. Innsbruck 1948, S. 130 f.

auch die anderen mit Alexander Keyserling befassten Autoren auf dieses Material stützen. Während Bartlett vor allem die Bedeutung der persönlichen Beziehungen Alexander Keyserlings zum Zaren für die ritterschaftliche Politik und seine selbstständige Auffassung vom Staatsdienst herausarbeitet, schließt v. Pistohlkors aus den insgesamt spärlichen Hinweisen auf dessen politische Philosophie und analysiert eindringend seine Einstellung zur begonnenen Reformdiskussion innerhalb der Ritterschaft ebenso wie zur Entwicklung an der Universität Dorpat, die mit der Entlassung Carl Schirrens nach dem Erscheinen der „Livländischen Antwort“ eskalierte. An der Gestaltung der in dieser Zeit entstehenden Zivilgesellschaft in den Ostseeprovinzen scheint Alexander Keyserling demnach allerdings wenig Anteil genommen zu haben.

Nach Erki Tammiksaar, der Bemerkungen zu den naturwissenschaftlichen Expeditionen und dem wissenschaftlichen Umfeld beisteuert (S. 61-70), verlor die Akademie der Wissenschaften zu St. Petersburg mit Keyserlings Fortgang einen „befähigten Paläontologen“, dessen Fachgebiet daraufhin noch lange verwaist blieb. Eingehender noch betrachtet Bernhard Fritscher in seinem Beitrag „Naturforschung im Geiste Alexander von Humboldts“ (S. 71-83) die Rolle Keyserlings als europäischer Gelehrter für die Entwicklung der Erdwissenschaften in Russland am Beginn der modernen geologischen Erforschung Osteuropas. Thomas Taterka wiederum sieht in seinem Beitrag „Zwischen Humboldt und Darwin. Naturforschung und Menschenbild bei Alexander Graf Keyserling“ (S. 85-115) als durchlaufende Konstante in dessen Aufzeichnungen die Anwendung seines von der Parole vom ‚Kampf ums Dasein‘ nachgerade besessenen Naturverständnisses auf politische, ökonomische, soziale, moralische und Kulturzustände und meint damit den „ungeheuren Abstand zwischen der Humboldtschen Naturforschung und der grassierenden Fetischisierung der Naturwissenschaft, der wir Keyserling anhängen sehen“ (S. 106 f.), konstatieren zu können. Obwohl dieser kein eigentlich philosophisches Werk verfasst hat, skizziert Guido Rappe dessen anthropologisches und ethisches Denken (S. 117-132), in dem er den Mensch als „Vorfahrenswesen“ sehe, das in einem „transgenerationalen Zusammenhang“ stehe: Statt von „organischem Wesen“ spreche er von „Generationenwesen“ und unterscheide damit eine biologische von einer ethischen Sicht des Menschen. Der sich durch sein Schaffen hindurchziehende rote Faden bestehe methodisch in „möglichst klarem und systematischem Denken, das sich an der Empirie orientiert“, und inhaltlich in einem Bemühen um eine ethische Per-

spektive, die das Ganze durchwirke, ohne dabei auf einen transzendenten Gott zurückgreifen zu müssen. In ihrem Beitrag über „Die Keyserlinge als Landwirte in Estland“ (S. 133-158) fasst Sirje Kivimäe die Tätigkeiten Alexanders, seines Sohnes Leo sowie Hermanns zusammen und gibt einen aufschlussreichen, wenn auch gelegentlich allzu ausführlichen Einblick in die baltische Agrarentwicklung, vor allem jene Estlands, seit dem 19. Jahrhundert. Dabei würdigt sie insbesondere die Verdienste Leo Graf Keyserlings (1849–1895) um die Rinderzucht und geht abschließend auch auf die begrenzte landwirtschaftliche Tätigkeit Hermann Keyserlings ein.

Im zweiten Teil befassen sich zwölf Autoren mit dem Leben und Werk des der nächsten Generation angehörenden Neffen Alexanders, des Schriftstellers Eduard von Keyserling. Gemeinsam beleuchten einleitend Michael Schwidtal und Henning v. Wistinghausen dessen „Dorpater Studentenjahre“ (S. 161-172), insbesondere seine Exmatrikulation im Jahre 1878, und bringen damit Licht in diese aufgrund mangelnder Originalquellen lange im Dunkel gebliebene Wegscheide seines Lebens. Die folgenden literaturwissenschaftlichen Beiträge behandeln die gesamte Breite des dichterischen Schaffens – vom erzählerischen Werk „im Kontext der Epoche“ (S. 173-184) durch Peter Sprengel, „Die Konstruktion des Weiblichen und Männlichen“ in seinem Prosawerk durch Carola Hilmes (S. 269-284), „Landschaftswahrnehmung und Dekadenzerfahrung“ in seinen Romanen durch Jürgen Viering (S. 297-308), über „Baltisches und Heidnisches“ in dem Theaterstück „Ein Frühlingsopfer“ durch Benjamin Breggin (S. 185-196) und Keyserlings Bedeutung für das Drama der Jahrhundertwende durch Benedikts Kalnačs (S. 231-240) bis zu generellen Abhandlungen zur literarhistorischen Einordnung sowie komparatistischen Aspekten. So bemüht sich Armin v. Ungern-Sternberg in seinen längeren „Anmerkungen und Anregungen zum Verständnis von Eduard von Keyserling“ unter der Thomas Manns Nachruf entnommenen Überschrift „Kunstwerdung eines feudalen Heimatmilieus?“ (S. 197-230) um eine „*Entmythologisierung* der Forschungslage“ (S. 198). Denn Keyserling wollte demnach gar keine baltischen Besonderheiten mitteilen, sondern sein Erzählansatz suchte vielmehr das Exemplarische und stellte sich eben damit „auf eine Augenhöhe mit der Literaturtheorie seiner Zeit“. Mit seiner in die Abschnitte „Exemplarische Orte – Zeitlose Handlungen – Normalität als Norm“ gegliederten, tief greifenden Analyse widerlegt Armin v. Ungern-Sternberg Thomas Manns Diktum und weist nach, dass die Dialoge Keyserlings eine „Tiefendimension ständiger Kommentierung und Sinnsuche“ bil-

den; indem sich die Akteure in wechselnden Arrangements ständig mit ihrer Umwelt auseinandersetzen, trete hier eine „abgeklärte nonchalante Beobachtung und Selbstbeobachtung von uns“ zutage. Die Werke des schon zu Lebzeiten fortwährend unterschätzten Keyserling sollten vielmehr als „ironisches philosophisches Pastiche“ gelesen werden (S. 222 f.).

Zu den komparatistischen Arbeiten gehören Michael Schwidts Aufsatz „Herrschaft ohne Hoffnung. Sterbende Geschlechter bei Hermann Bang und Eduard von Keyserling“ (S. 241-252) und Liina Lukas' Vergleich der Raumgestaltung bei Keyserling und dem estnischen Schriftsteller Jaan Oks (S. 253-268). Die bei diesen beiden Autoren latent im erzählten Raum vorhandenen sozialen und ethnischen Konflikte würden nicht thematisiert, seien aber im Innenleben der Menschen deutlich, im subjektiven Empfinden – bei Keyserling „distanzierter, raffinierter, gezügelter“, bei Oks „einführender, von einer fast krankhaften Leidenschaftlichkeit“ (S. 266). In diesem Beziehungsgefüge mit den literarischen Diskursen der Jahrhundertwende bestehe der gemeinsame Raum beider. – In den letzten drei Aufsätzen dieses Teils befassen sich Wolfgang Nehring mit den Stilmitteln von Keyserlings Impressionismus (S. 285-296), Jürgen Viering mit der Landschaftswahrnehmung in den Romanen (S. 297-308) und Ralph-Rainer Wuthenow mit Keyserling als Vertreter der Europäischen Dekadenz (S. 309-318).

Der umfangreichste Teil dieses Sammelbandes gilt mit gut 250 Seiten dem Enkel Alexanders und Großneffen Eduards, dem Philosophen Hermann Graf Keyserling, dessen politische Einstellung und Publizistik in der Gründungsphase des estnischen Staates abschließend unter der Überschrift „Graf Hermann Keyserling und die baltische Frage“ von Henning v. Wistinghausen: „Hermann Graf Keyserling im Konflikt mit seinen estländischen Landsleuten 1917/18“ (S. 489-532) und von Jaan Undusk: „Estland und Belgien. Der letzte Balte Hermann Keyserling“ (S. 533-570) in zwei umfassenderen Artikeln behandelt werden, die bereits 2003/04 in der estnischen Zeitschrift „Tuna“ in Tallinn erschienen sind.

Von den drei in diesem Band behandelten Persönlichkeiten hinterließ Hermann Keyserling den umfangreichsten Nachlass in Form von Büchern – auch fremdsprachigen Originalen – sowie Hunderten von Aufsätzen und Vortragsmanuskripten. Aufgrund dieses immensen Materials gibt die langjährige Nachlass-Bearbeiterin Ute Gahlings eine profunde Einführung in sein Leben und Werk („Hermann Keyserling – ein Lebensphilosoph. Zu einem Werk zwischen Erkenntnis-

theorie, Kulturkritik und Metaphysik“, S. 351-366), in der sie nicht zuletzt auf das seit den 1990er Jahren neu erwachte Interesse an der zeitweise umstrittenen Lebensphilosophie hinweist. Jaan Undusk bezieht in seinem Beitrag über „Philosophieren, hemmungslos. Der Fall Hermann Keyserling“ (S. 312-340) auch Hermanns Sohn Arnold als Philosoph mit ein und betont die besondere Bedeutung des Vaters als Redner, was wiederum Probleme der Rezeption aufwirft, weil von vielen seiner Reden keine vollständigen Abschriften existieren; der Grundkonflikt des Keyserlingschen Schreibens, die „Unüberbrückbarkeit des mündlichen und des schriftlichen Selbstaudrucks“ sei bislang nur spärlich kommentiert worden (S. 329). Ralph-Rainer Wuthenow fasst unter dem Titel „Weltbürgerliches Baltentum“ (S. 341-349) konzis die Ergebnisse der Weltreise zusammen, die Hermann Keyserling in den Jahren 1911/12 unternahm, um über die Begrenzungen der europäischen Kultur hinaus Einsichten in die Lebensformen fremder Völker zu gewinnen und dadurch er selbst zu werden. Das fand 1911 seinen Niederschlag im „Reistagebuch eines Philosophen“, dessen Entstehung Mari Tarvas („Hermann Keyserlings Tagebücher“, S. 415-424) untersucht und in Beziehung setzt zu den Kriegstagebüchern (1944 ff.) und dem Tagebuch über Südamerika (1928 ff.). Die philosophische Substanz seiner Schriften untersucht vergleichend zum einen Wolfhart Henckmann im Beitrag „Die Erdgebundenheit des Geistes – ein Dissens zwischen den anthropologischen Anschauungen Keyserlings und Schelers?“ (S. 469-486), der hinter vielfach ähnlichen gedanklichen Strukturierungen beider letztlich doch „unüberbrückbare weltanschauliche Differenzen“ sieht (S. 482). Zum anderen vergleicht Johann Christian Pöder „Hermann Keyserling und Uku Masing“ (S. 459-468) hinsichtlich ihrer Konzepte des „Augenblicks“, um das Lebensverständnis beider Denker aus dem estnischen Dorf Raikküla zu verdeutlichen.

Das ausgeprägte Verständnis und die Darstellung fremder Milieus bei Keyserling zeigen Martin Kämpchen für Indien (S. 379-390), der insbesondere auf dessen Verhältnis zu Tagore eingeht, sowie Fan Yuh-Cheng über „Hermann Graf Keyserling und Tang Junyi: zwei globale Denker“ (S. 391-403), die beide in der Achtung des Fremden Grundlagen für ein globales Denken geschaffen hätten, in welchem indisches, konfuzianisches und westlich monotheistisches vereint seien. Hans-Joachim Knaup zeigt in seinem Beitrag „Wege zum Zen zwischen Annäherung und Unerreichbarkeit“ (S. 405-414) den Versuch auf, anhand des produktiven Dialogs Keyserlings mit Daisetsu Suzuki eine geistige Brücke zwischen Ost und West zu schlagen; Keyserling habe

durch seine Auseinandersetzung mit der japanischen Spiritualität der westlichen Welt mit dem traditionellen Rüstzeug des europäischen Philosophen einen völlig neuartigen Zugang zum Zen eröffnet.

Grenzen der Annäherung wiederum werden in diesem Band ebenfalls behandelt: So bezeichnet Karin Schmidt Keyserling als „Völkerpsychologen“ aus heutiger Sicht und fragt, ob seine „Südamerikanischen Meditationen“ überhaupt ein Buch über Südamerika seien (S. 425-433), was sie eindeutig verneint, da Keyserlings intuitives Begreifen der „südamerikanischen Seele“ und deren Ausdruck in Sinnbildern eine eher unheilvolle Wirkung bei den Lesern entfaltet; denn sein inneres Erleben habe als Prozess der Selbstverwirklichung zumal mit dem Mittel der Polarisierung in dichterischer Sprachgestaltung suggestiv auf die Leser einwirken sollen, um sie vor einer rein rationalen Aufnahme des Textes zu bewahren. Aus dieser Mischform von dichterischer Sprache und sachlichen Schlussfolgerungen aber hätten die Leser konkrete Realitätsbezüge herausgelesen. Der inzwischen verstorbene Helmut Winter verdeutlicht die Grenzen der Annäherung an der misslungenen Begegnung Keyserlings mit der argentinischen Schriftstellerin Victoria Ocampo im Jahre 1929 (S. 435-446), und Américo Monteiro behandelt die Missverständnisse, die sich aus dem Besuch Keyserlings in Portugal 1930 ergaben: „Portugal im Rahmen des Europagedankens“ (S. 447-457).

In seinem Beitrag „Die Bedeutung Hermann Keyserlings aus Sicht einer europäischen Komparatistik“ (S. 367-377) betont Hugo Dyserinck, dass Keyserling nach 1918 durch seine Kontakte die Fessel des seit dem Zeitalter der Romantik bis weit ins 20. Jahrhundert hinein funktionierenden deutsch-französischen imagotypen Denkens radikal und ostentativ durchbrochen habe. Das „Polaritätsmodell“ des Gegensatzes Deutschland – Frankreich habe auf der Basis eines gemeinsamen ‚europäischen Denkens‘ die nationalen Kategorien mehr und mehr in den Hintergrund geschoben. Keyserling sei in erster Linie ein Förderer der deutsch-französischen Verständigung geworden und habe im Bereich einer der am tiefsten verwurzelten imagotypen europäischen Denkstrukturen zu einer Aufhebung von nationalen Vorurteilen und Spannungen beizutragen versucht. Die besondere Art seines Modells supranationalen Denkens stehe in ursächlichem Zusammenhang mit seiner regionalen Herkunft aus dem Grenz- und Überschneidungsgebiet des Baltikums.

Dieser insgesamt sorgfältig redigierte und mit einem hilfreichen Namensregister versehene Band enthält eine Fülle von Forschungsergebnissen zu unterschiedlichen Wissensgebieten – entsprechend den

vielfältigen Wirkungsfeldern der drei Keyserlinge von der Geschichtswissenschaft über die Naturwissenschaften und die Philosophie bis zur Literaturwissenschaft einschließlich der Imagologie. So kommt die kulturgeschichtliche Bedeutung dieser drei Vertreter einer baltischen Adelsfamilie intensiv in den Blick. Manche inhaltlichen Wiederholungen in den einzelnen Beiträgen vor allem im ersten Teil oder eine wünschenswerte sprachliche Glättung bei einigen Übersetzungen fallen dagegen kaum ins Gewicht. Denn es ist den Herausgebern gelungen, mit den 30 Autorinnen und Autoren jeweils für ihre Fachgebiete hervorragend ausgewiesene Vertreter für die Mitarbeit zu gewinnen – und das mit einem internationalen Ansatz, was für die in der Tat grenzüberschreitende Wirkung spricht. Das „Baltische Welterlebnis“ wird damit nicht nur aus einer verengten baltischen Sicht behandelt, sondern mit dem erforderlichen übernationalen Ansatz. Dadurch kann, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität für alle drei behandelten Persönlichkeiten, das mit Inhalt gefüllt werden, was als spezifisch „baltisches“ Welterlebnis themengebend für Tagung und Publikation formuliert wurde – ein Thema, das nur durch interdisziplinäre und internationale Kooperation sinnvoll zu erarbeiten ist. Diese Tagung und der aus ihr hervorgegangene Sammelband zeigen einmal mehr, wozu eine übergreifende Kulturgeschichtsforschung fähig ist, und vom vorgelegten Ergebnis kann ohne Einschränkung gesagt werden, dass mehrere Disziplinen daraus wertvolle Anregungen zu weiterführenden Forschungen erhalten.

Michael Garleff, Oldenburg

Madlen Benthin, Die Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa. Deutsche und tschechische Erinnerungskulturen im Vergleich. Hannover: Verlag Hahnsche Buchhandlung 2007, 155 S. (Studien zur internationalen Schulbuchforschung. Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts. 120).

Viel ist in den letzten Jahren darüber geschrieben und gestritten worden, ob und inwiefern das Thema „Flucht und Vertreibung“ in der Bundesrepublik Deutschland tabuisiert worden sei. Umso hilfreicher ist es daher, dass nun Madlen Benthin eine Studie vorgelegt hat, die über einen wichtigen Bereich der „Erinnerungskulturen“ Auskunft gibt: die Schulbücher. Noch dazu erhalten wir hier Auskunft über die Rezeption und Darstellung nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch – in vergleichender Perspektive – in

der früheren DDR sowie in der Tschechoslowakei bzw. (ab 1993) in Tschechien.

Benthin versteht, wie sie in der Einleitung erläutert, Schulbücher als ein „höchst einflussreiches Medium“ und „Element von historischer Sozialisation, historischer Bewusstseinsbildung und (...) Teil der Erinnerungskultur“ (S. 11 ff.). Dem ist sicherlich zuzustimmen, zugleich gilt jedoch anzumerken, dass bei Benthin der politische Kontext etwas blass wirkt: In einem demokratischen System mag man ein Schulbuch als Ausdruck eines geschichts- und erinnerungspolitischen Common Sense sehen, für die ehemaligen sozialistischen Länder gilt dies jedoch nicht ohne Weiteres. Samizdat und Tamizdat z.B. reüssierten gerade dadurch, dass sie dem offiziellen, verfälschten Geschichtsbild ihre eigene, „wahre“ Lesart der Vergangenheit entgegenstellten, und genossen vermutlich genau deswegen bei vielen Menschen größeres Vertrauen als so manches staatlich approbierte Lehrbuch.

Den Quellenkorpus in Benthins Untersuchung bilden insgesamt 119 Lehrwerke für den Mittelstufengebrauch (höhere Klassen blieben aufgrund mangelnder Vergleichbarkeit unberücksichtigt), davon 70 west- und 13 ostdeutsche Publikationen sowie 36 tschechische Werke (S. 15 f.). Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich von den 50er Jahren bis zur Gegenwart (S. 133-138). Die Autorin beschränkt sich auf eine qualitative Inhaltsanalyse ihres Quellenkorpus und verweist darauf, dass eine quantitative Herangehensweise den Rahmen ihrer Untersuchung gesprengt hätte. Zum Zweck der inhaltlichen Auswertung entwickelt sie ein Set von „Analysekategorien“, die im Wesentlichen den deutschen Diskussionsstand widerspiegeln. Gefragt wird, ob und auf welche Weise folgende Punkte in den Schulbüchern behandelt und erläutert werden: 1.) die ideengeschichtlichen Grundlagen der Vertreibung, 2.) Genese, Motive und Ziele von Umsiedlungen und Vertreibungen, 3.) der konkrete Verlauf des Vertreibungsgeschehens sowie 4.) die Folgen für die Betroffenen, ihre Herkunftsgebiete und Aufnahmeländer (S. 20-25).

Diesen Analysekriterien folgen im Hauptteil die Ausführungen zu den einzelnen Ländern sowie die Auswertung der Schulbücher. Zunächst wird die DDR besprochen (Kapitel I), dann, am ausführlichsten, die Bundesrepublik Deutschland vor und nach 1989 (Kapitel II) und schließlich die Tschechoslowakei bzw. Tschechien (Kapitel III). In jedem dieser Kapitel führt die Darstellung vom Allgemeinen zum Speziellen, d.h. einer allgemeinen Skizze des Umgangs eines Landes mit seiner Geschichte folgen eine Charakterisierung der dort erschie-

nenen Schulbücher und schließlich längere Zitate aus einzelnen Lehrwerken, die das Gesamtbild abrunden. Durch diese ungewöhnliche Gliederung lassen sich Redundanzen nicht ganz vermeiden, und so wird der Leser, der sich zunächst mit den allgemeinen Geschichtsbildern eines Landes vertraut gemacht hat, nicht überrascht sein, vieles davon in den Schulbüchern wiederzufinden.

Wer sich mit Flucht, Vertreibung und Integration bereits beschäftigt und die Debatten der letzten Jahre verfolgt hat, wird in Benthins Darstellung zunächst viel Vertrautes wiederfinden. Gleichwohl gelingt es der Autorin, einen konzisen Überblick über die spezifischen „Erinnerungskulturen“ zu liefern, der zusätzlichen Reiz dadurch erhält, dass (vermeintlich) gängige Geschichtsdeutungen anhand der Schulbücher exemplifiziert und verifiziert werden. Kaum verwundern mag der Befund, dass in den Lehrwerken der DDR Grenzverschiebung und Bevölkerungstransfer als friedenssichernde Maßnahmen erschienen und entsprechend verharmlost wurden. Zu sehr war der ostdeutsche Staat in die sozialistische Völkerfreundschaft eingebunden, um Unmenschlichkeiten, die Mitverantwortung der Bündnispartner oder auch nur Schwierigkeiten bei der Integration der „Umsiedler“ anzusprechen.

Im Falle der Bundesrepublik unterscheidet Benthin, hierin angeregt von Aleida Assmann, drei Phasen des kollektiven Erinnerns. Bis Ende der 50er Jahre sei der Opferstatus der Vertriebenen weitgehend akzeptiert, die eigene Rolle im Nationalsozialismus hingegen verdrängt worden. Beginnend mit der öffentlichen Aufarbeitung der NS-Vergangenheit sei es dann aber inopportun geworden, über Deutsche als Opfer zu sprechen, so dass das Schicksal der Vertriebenen marginalisiert worden sei. Die politischen Veränderungen der späten 80er und 90er Jahre würden es schließlich wieder ermöglichen, von deutschen Opfern zu sprechen, ohne NS-Verbrechen zu relativieren. Vertreibung werde heute im Kontext einer geteilten europäischen Gewalterfahrung gesehen (S. 53 ff.).

Ein großes Verdienst Benthins ist es, den Inhalt deutscher Schulbücher zu dokumentieren. So erfährt man, welche unterschiedlichen und zum Teil überhöhten Angaben zur Zahl der Vertriebenen und Vertreibungsoffer durch die Unterrichtswerke irrlüchten und welcher Nonsense im Medium Schulbuch mitunter kolportiert wurde – z.B. wenn man 1954 schrieb, Albanien (!) habe durch die „Austreibung der Deutschen (...) den Zusammenhalt mit der westlichen Welt“ verloren (S. 84), oder wenn 1999 erklärt wurde, die in der Tschechoslowakei, Polen und Ungarn verbliebenen Deutschen seien 1945 (!) auf Beschluss des Alliierten Kontrollrates (!) vertrieben worden (S. 70).

Die Bemerkung, viele der vertriebenen deutschen Familien hätten „schon seit der mittelalterlichen Ostkolonisation in Ostmitteleuropa gelebt“, mag da fast noch als Stilblüte durchgehen, würde sie nicht vom Überdauern völkischer Denkmuster selbst in neuesten Publikationen (2004!) zeugen (S. 80).

Benthin beklagt, dass in deutschen Schulbüchern die Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei im Gegensatz zu der aus Polen kaum berücksichtigt werde (S. 57). Auch die einzelnen Vertreibungsphasen würden nur unzureichend herausgearbeitet (S. 78). Diskussionswürdig ist ihre These, dass in den deutschen Schulbüchern vor allem die Alliierten als Initiatoren der Umsiedlungen erscheinen würden, wohingegen der Beitrag der Tschechen und Polen auf die Umsetzung der Potsdamer Beschlüsse reduziert werde (S. 64). Dabei suggerieren einige der von der Autorin selbst zitierten Texte eher das Gegenteil: Die Verantwortung habe vor allem bei Stalin und der Sowjetunion gelegen, und die westlichen Alliierten hätten dem Bevölkerungstransfer nur widerwillig und in Unkenntnis der wirklichen Lage zugestimmt, so der Tenor westdeutscher Schulbücher aus den 50er bis 80er Jahren (S. 68 f.). Bei der Auswertung der Lehrwerke vermisst man ein wenig, dass Benthin nicht über eine bloße Inhaltsanalyse hinausgegangen ist. Sich häufig wiederholende Formulierungen und Bilder hätten es nahegelegt, die Texte auch unter diskursanalytischen Gesichtspunkten zu untersuchen.

Für die Tschechoslowakei bzw. Tschechien konstatiert Benthin, dass der „Abschub“ (*odsun*) der Deutschen vor allem auf München 1938 und die Protektoratszeit zurückgeführt werde. Schon früh hätten jedoch Oppositionelle die Meinung vertreten, dass die Vertreibung zur Demontage der tschechoslowakischen Demokratie beigetragen habe und menschenrechtswidrig gewesen sei. Daneben sei jedoch heute eine „nachholende Zustimmung“ zur Vertreibung zu beobachten, die sich vor allem aus der Angst vor deutschen Restitutionsansprüchen ableite. Benthin kritisiert, dass tschechische Lehrbücher die Genese der Vertreibungspläne und ihren ideengeschichtlichen Hintergrund kaum erläutern würden. Man beschränke sich auf eine nationale Perspektive, so dass die Folgen der Vertreibung für die DDR und die Bundesrepublik keine Beachtung fänden (S. 117). Auch Evakuierung und Flucht würden kaum eine Rolle spielen, lediglich die „wilden“ Vertreibungen und die organisierte Abschiebung in Folge von Potsdam (S. 111 f.).

Hier wird deutlich, dass die von Benthin eingangs entwickelten „Analysekriterien“ im Falle Tschechiens bzw. der Tschechoslowa-

kei zu einer Verlustgeschichte führen: Die Autorin geht stillschweigend davon aus, dass die heute in der Bundesrepublik dominierende Sichtweise auf Flucht und Vertreibung, d.h. ihre Einordnung in ein europäisches „Jahrhundert der Vertreibungen“ und der „ethnischen Säuberungen“, auch von anderen Ländern geteilt werden müsse. Dass in anderen Ländern abweichende Erklärungsmuster herangezogen werden, die vielleicht genauso ihre Berechtigung haben, lässt die Autorin unberücksichtigt. Ihr Vorwurf, tschechische Schulbücher beflößigten sich einer national verengten Perspektive, ließe sich ohne Weiteres auch auf deutsche Schulbücher ausweiten, die sich ihrerseits z.B. wenig für die Integration und Neubesiedlung ehemals deutscher bzw. deutsch besiedelter Gebiete im polnischen und tschechoslowakischen Staat interessieren. Insgesamt gewinnt man den Eindruck, dass der Vergleich Tschechiens mit Deutschland asymmetrisch ist. Dass man sich in Deutschland im Kontext von Flucht und Vertreibung vor allem für Polen interessiert, ist angesichts der Zahlen – rd. 8 Millionen Vertriebene aus Polen und dem ehemaligen Ostdeutschland, rd. 3 Millionen aus der Tschechoslowakei¹ – zumindest verständlich. Und dass man tschechische Mittelstufenschüler sich nicht mit deutsch-polnischen Problemen befassen lassen möchte, kann ebenso wenig überraschen. Auf diese Weise erklärt sich auch das vermeintlich tschechische Desinteresse an Evakuierung und Flucht: Dies waren Phänomene, die für die Tschechoslowakei nur von geringer Bedeutung waren.

Stellenweise gewinnt man den Eindruck, dass Benthin Unmögliches von Schulbüchern erwartet. Wer einmal an der Erarbeitung eines Lehrwerkes beteiligt war, weiß, wie knapp die Darstellung selbst komplexer historischer Vorgänge geraten muss und wie groß die Kompromisse und Zugeständnisse sind, auf die sich Autoren einlassen müssen. „[A]ll das zur Sprache [zu bringen], was über die Vertreibung der Deutschen schlechterdings zu wissen ist“ (S. 123), ist in einem Schulbuch unmöglich. Auch der Versuch, von der Gestaltung der Schulbücher auf das Verhältnis eines Landes zu seiner Vergangenheit zu schließen, scheint überzogen. Dass man in der DDR und der Tschechoslowakei vorgefertigte „narrative Lehrwerke“ statt „diskursiver Materialsammlungen“ bevorzugte, hat mit pädagogischen Traditionen und den politischen Verhältnissen von damals zu tun, und nicht mit dem Umstand, dass „die Erwachsenengeneration (...) in

¹ Die deutschen Vertreibungsverluste. Bevölkerungsbilanzen für die deutschen Vertreibungsgebiete 1939/50, hrsg. v. Statistischen Bundesamt, Wiesbaden. Stuttgart 1958, S. 38, 45.

der DDR und der Tschechoslowakei ihres Geschichtsverständnisses gewiss“ gewesen sei (S. 124).

Benthins Resümee klingt dann auch etwas enttäuscht: Von deckungsgleichen historischen Gedächtnissen könne keine Rede sein, und nicht alle Erinnerungen seien transnational vermittelbar (S. 131 f.). Spätestens hier wird deutlich, dass sich die von der Autorin entwickelten „Analysekategorien“ nicht mit einer teleologischen Erwartungshaltung verknüpfen lassen, dass sich deutsche und tschechische Geschichtsbilder nicht automatisch aneinander angleichen. Diese Unterschiede sichtbar gemacht und gleichzeitig gezeigt zu haben, dass das Thema „Flucht und Vertreibung“ zwar phasenweise marginalisiert, keinesfalls aber tabuisiert wurde, ist zweifelsohne eine wichtige Leistung von Benthins Untersuchung.

Ingo Eser, Köln

Jens Boysen, Preußische Armee und polnische Minderheit. Royalistische Streitkräfte im Kontext der Nationalitätenfrage des 19. Jahrhunderts (1815–1914). Marburg: Verlag Herder-Institut 2008, X, 328 S. (Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung. 18).

Die über 100 Jahre dauernde Teilung Polens und die Beziehungen der polnischen Bevölkerung zu den Teilungsmächten ist eine bis heute die politischen und sozialen Verhältnisse Polens stark prägende Epoche. Jens Boysens Studie analysiert mittels Auswertung einer umfassenden Auswahl von Quellen die Beziehung der preußischen Armee zu dem preußischen Teilungsgebiet Polens und seinen Bewohnern. Es ist das besondere Verdienst dieser Studie, den Leser mit aufbereiteten Statistiken und Zahlen zu Polen in der preußischen Armee zu versorgen. Die dem Buch beigelegte Garnisonskarte ist eine echte Bereicherung und veranschaulicht die von Boysen diskutierte „Verstreupolitik“ der preußischen Armee (wie auch der russischen und der österreichischen). Mittels dieser Politik versetzten die Armeen ihre Minderheits-Regimenter in andere Reichsgebiete, was zu größerer Loyalität gegenüber dem Reich beitragen und nationalen Aufständen entgegenwirken sollte. Boysens Buch beinhaltet einen Exkurs zur Minderheitenpolitik in der Habsburger und der russischen Armee, um einen sinnvollen Vergleich zur preußischen Politik zu bieten.

Das Buch ist ein wichtiger Beitrag zur Forschungslandschaft, sowohl zur Historiografie der preußischen Armee als auch des preu-

ßischen Teilungsgebiet Polens, und bietet Historikern der jeweiligen Themenfelder gut aufbereitete Zahlen und einen breiten Überblick aufgrund einer dichten Quellenarbeit. In mancher Hinsicht mag es jedoch für einen Laien oder Neuling des Themas schwerer zugänglich sein. Die Gliederung bleibt akademisch und ist mitunter sehr kleinteilig, was den Lesefluss erschwert. Bestimmte Begriffe wie etwa „Straż“ oder „Sokoł“, die dem Polenhistoriker, aber nicht jedem Leser vertraut sein werden, hätten vielleicht eingeführt werden sollen. Dies lässt sich durch die Veröffentlichung in der Reihe „Materialien und Studien zur Ostmitteleuropaforschung“ des Herder-Instituts erklären, doch da Boysens Buch auch ein großes Potenzial für eine über Polenhistoriker hinausgehende Leserschaft hat (Preußen- und Militärhistoriker zum einen, aber angesichts des großen Interesses an Büchern zu preußischer Geschichte im Allgemeinen auch darüber hinaus), wäre zum Teil ein zugänglicherer Stil hilfreich gewesen.

Soll schließlich das Buch an dem gemessen werden, was der Autor selbst in seiner Einleitung anführt, so stellen sich vor allem zwei Fragen: zum einen nach dem behandelten Untersuchungszeitraum, zum anderen nach Gegenstand und Fragestellung. Zunächst zum Untersuchungszeitraum: Im Titel kündigt das Buch eine Untersuchung der „Royalistischen Streitkräfte im Kontext der Nationalitätenfrage des 19. Jahrhunderts (1815–1914)“ an. Die folgenden Kapitel wiederum konzentrieren sich überwiegend auf die Beziehungen zwischen preußischer Armee und Polen im Kaiserreich, mit einigen Ausweitungen bis in die 1850er Jahre. Das frühe 19. Jahrhundert wird knapp abgehandelt und nur in einigen Rückblicken wieder miteinbezogen. Auch wenn vieles aus inhaltlichen und praktischen Gründen dafür sprechen mag, die Untersuchung vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs enden zu lassen, so wäre es nach Meinung der Rezensentin gerade dieser Übergang von Friedenszeiten in den Krieg hinein gewesen, der einen besonderen Gewinn für die Studie brächte.

Während eine breite Auswahl an Publikationen zur „bewaffneten Tat“ (*czyn zbrojny*) und den Unabhängigkeitsbestrebungen (politisch wie militärisch) der Polen vorliegt, mangelt es immer noch an guten wissenschaftlichen Publikationen zur Kriegserfahrung der polnischen Minderheit in den Reihen der (nicht nur) deutschen Armee. Insbesondere mit Blick auf die hier zentrale Frage nach der Nationsbildung wäre eine Ausweitung auf den Ersten Weltkrieg und die Folgezeit sehr wünschenswert gewesen, wie der Autor selbst zum Ausdruck bringt, wenn er in der Einleitung sagt, dass „die ersten Überlegungen, die zu der vorliegenden Arbeit führten, (...) der Frage nach den Ursachen

und Umständen des am 27. Dezember 1918 begonnenen Großpolnischen (Posener) Aufstands [galten...]“ (S. 1).

Dies leitet über zur Diskussion von Boysens Gegenstand und Fragestellung. Laut eigener Aussage in der Einleitung will Boysen einen Beitrag zur „so genannten neuen Militärgeschichte (...) unter primär sozialgeschichtlicher, aber auch ideen- und kulturgeschichtlicher Perspektive“ leisten und das „Verhältnis zwischen Armee und Zivilgesellschaft“ (S. 6) untersuchen. Der Untersuchung Boysens wäre daher zum Teil eine größere Einbeziehung von Ego-Dokumenten und Quellen bezüglich der Zivilbevölkerung oder der polnischen Soldaten in der preußischen Armee zu wünschen gewesen. Es fehlt der Untersuchung häufig die in der neuen Militärgeschichte angepriesene „Stimme von unten“. Dies tut der Qualität der Studie keinerlei Abbruch. Boysen bietet einen exzellenten Überblick über jegliche Entscheidungen und Politik der preußischen Armee gegenüber der polnischen Minderheit in ihren Reihen, ihrer Rekrutierungs- und Mobilisierungspolitik, Planungen von Infrastruktur (Eisenbahn) und *social engineering* (worunter sowohl die Kontrolle von polnischen Wehrpflichtigen als Saisonarbeiter als auch die Verstreuungspolitik zur Stärkung der Identifikation mit dem Reich gefasst werden könnte). Durch den Mangel an polnischen Ego-Dokumenten und das starke preußische Gewicht handelt es sich daher bei Boysens Studie beinahe eher um preußische Geschichte als um polnische. Es ist sein Verdienst, preußische Militärgeschichte als eine polnische Geschichte zu schreiben und damit der eindeutigen Verflechtung gerecht zu werden. Die von ihm untersuchte Nationsbildung ist mindestens so sehr die deutsche Nationsbildung in Abgrenzung zu ihren Minderheiten wie die polnische, nur hätte erstere auch mehr thematisiert werden sollen.

Diese Kritik tut jedoch den Verdiensten von Boysens Buch keinen Abbruch, und es wird bei Historikern des preußischen Polen, der preußischen Armee und deutscher sowie polnischer Nationsbildung auf großes Interesse stoßen.

Julia Eichenberg, Dublin

The Cambridge History of Russia. Vol. 3: The Twentieth Century, hrsg. v. Ronald Grigor Suny. Cambridge: Cambridge University Press 2008, 842 S.

Da der Verlag sich nicht imstande sah, dem Rezensenten alle drei Bände der „Cambridge History of Russia“ zu überlassen, bleiben in

dieser Besprechung Bezüge zu den vorangegangenen Bänden unkommentiert. Festzustellen bleibt, dass der anzuzeigende, mit 730 Seiten Text gewichtige Band sein Thema, das ganze 20. Jahrhundert, ernst nimmt. Weder setzt die Darstellung mit dem Oktober 1917 ein noch hört sie im Dezember 1991 auf. Auch wenn Ersteres Überschneidungen mit Bd. 2 der Reihe nach sich zieht, nimmt man dies gern in Kauf. Es war eine weise Entscheidung, die klassischen Zäsuren der sowjetischen Geschichte, die Revolutionen von 1917 und den Augustputsch von 1991, in dieser Form zu kontextualisieren. Auch ist es gerade für ein studentisches Zielpublikum bequem, nicht nur ein chronologisches Narrativ vorgesetzt zu bekommen (Part I: „Russia and the Soviet Union: The Story Through Time“), sondern auch thematisch ausgerichtete Artikel (Part II: „Russia and the Soviet Union: Themes and Trends“). Dass der Band mit einer pointierten Forschungsgeschichte vor allem der angloamerikanischen Tradition aus der Feder des Herausgebers einsetzt, erhöht seinen Wert zusätzlich. Sie bildet den ideologiekritischen Rahmen dessen, was auf den folgenden Seiten präsentiert wird.

Allerdings, und das sei bereits zu Beginn beklagt, beschränkt sich der Referenzrahmen nicht nur von Sunys konzisem Beitrag, sondern des gesamten Bandes auf die englischsprachige Forschungslandschaft. Die Aufnahme von Oleg Chlevnjuk als Koautor des Beitrags über „Stalin and his circle“ als einzigen Autoren aus Russland zeigt zudem, welche Rolle selbst der russischsprachigen Forschung in diesem Projekt zukommt. So beschränkt sich auch der Anmerkungsapparat meist auf englischsprachige Literatur. Nicht einmal Manfred Hildermeiers Gesamtdarstellung sowjetischer Geschichte aus dem Jahr 1998 findet Beachtung. Malte Rolf hat bereits darauf hingewiesen,¹ wie peinlich es ist, dass hier die gesamte deutschsprachige Literatur zum Zweiten Weltkrieg auf sowjetischem Boden komplett übergangen wird („Patriotic War, 1941–1945“, John Barber u. Mark Harrison). Es mutet nahezu unfassbar an, dass Alexander Dallins Arbeit, die zuerst 1957 erschien, hier weiterhin als Grundlage gilt. So ist es auch kein Wunder, dass das Thema „Holocaust“ auf sowjetischem Boden von Barber und Harrison gerade einmal statistisch abgehakt wird (S. 226). Es bleibt der merkwürdige Eindruck, dass die Phase der deutschen Besetzung nicht zum Themenkreis ei-

¹ Siehe die Rezension von Malte Rolf zu den drei Bänden der Cambridge History of Russia in: Neue politische Literatur 51 (2007), S. 393-402.

ner „History of Russia“ gehört. Hier hat der vorliegende Band einen gravierenden „weißen Fleck“.

Wie ist ein solches Großunternehmen zu bewerten? Nehmen wir für diese Rezension in einer „Zeitschrift für Regionalgeschichte“ den Herausgeber beim Wort, der erklärt, er sei überzeugt, dass die Geschichte Russlands unvollständig wäre „without the accompanying and contributing histories of the non-Russian peoples“ des zarischen bzw. sowjetischen Imperiums (S. 4). Um diesem Anspruch gerecht zu werden, wurden Texte aufgenommen, die einen expliziten Schwerpunkt in den imperialen Peripherien oder den nicht-russischen Gebieten des Reiches haben. So sehr dies im Prinzip zu begrüßen ist, bleibt bei vielen anderen Beiträgen doch der Eindruck, dass die jeweiligen Autoren in den nicht-russischen historischen Erfahrungen weniger versiert sind, wenn sie sie überhaupt zur Kenntnis nehmen. Freilich spielt das Sprachenproblem auch in diesem Kontext eine Rolle. Wer nur englisch- bzw. russischsprachige Literatur einbezieht, wird sich nie ein adäquates Bild der nicht-russischen Lebenswelten der Sowjetunion machen können. Gerade in Bezug auf die Region der ehemaligen Ostseeprovinzen des Russländischen Reiches und der litauischen Gebiete ergibt sich ein eher gemischter Eindruck. Sie treten eigentlich nur in Bezug auf ihre Annexion durch die UdSSR (ausführlich geschildert bei Jonathan Haslan, „Comintern and Soviet foreign policy, 1919–1941“) und die Jahre der Perestrojka hervor.

Nun wird man von einer „History of Russia“ im Grunde nicht verlangen wollen, den Geschicken Estlands, Lettlands und Litauens in der Zwischenkriegszeit nachzugehen. Allerdings findet sich tatsächlich in einem noch näher zu betrachtenden Artikel von Serhy Yekelchuk ein kurzer Abschnitt hierzu (S. 532 f.). Verwundert ist man demgegenüber jedoch, wenn ihre Sezession in Krieg, Revolution und Bürgerkrieg 1917–1920 auch nur in diesem gleichsam externen Text Yekelchuks näher erläutert wird. Ja, der unvorbereitete Leser wird sogar einigermaßen irritiert. In dem ansonsten sehr anregenden Beitrag von Mark D. Steinberg zu „Russia’s *fin de siècle*, 1900–1914“ findet sich nichts zu den gerade in dieser Zeit aufblühenden Nationalkulturen der drei Völker, und das kurze Stichwort vom aufkommenden Nationsverständnis verschiedener Ethnien der imperialen Peripherie tut dem Verständnis des Prozesses keinen Gefallen, wenn Esten, Letten und Litauer unter dem anachronistischen Begriff „Balts“ zusammengefasst werden (S. 91). Oder meinte der Verfasser doch die deutschen „Balts“?

Auch Donald J. Raleigh, der sich vor allem mit dem Bürgerkrieg

in Saratov auskennt, liegt falsch, wenn er behauptet, die neuen unabhängigen Staaten an der Ostsee hätten sich gegen die Rote Armee und „local socialists“ zur Wehr setzen müssen (S. 150). Letztere waren im Gegensatz zu den einheimischen Bolschewiki spätestens Anfang 1918 auf den nationalen Kurs umgeschwenkt und stellten zumindest in Estland die Regierung, die den „Freiheitskrieg“ gegen die Rote Armee führte. Und wenn Esther Kingston-Mann schreibt, 1941 sei das europäische Russland von Nazi-Truppen überrannt worden, wobei „enthusiasts from the Baltic states“ ihnen geholfen hätten, gehört das schon in das Kuriositätenkabinett historischer Analyse (S. 426). Oder schränkt die Autorin den geografischen Begriff „European Russia“ auf das Gebiet der baltischen Staaten ein? Hier muss Jeremy Smith aushelfen und seiner Kollegin erklären, was eigentlich in den Jahren 1939–1941 in der Region geschehen ist (S. 505 f.). Nun ist aber Smith auch derjenige, der in seinem Artikel „Non-Russians in the Soviet Union and after“ die im Vorwort von Suny gestellte Aufgabe der Berücksichtigung der multiethnischen Zusammensetzung der Union einlösen darf. So kenntnisreich Smith sich diesem Thema auch widmet, bleiben bei seinem Beitrag zwangsläufig wiederum die Russen außen vor. So verdienstvoll Sunys Bekenntnis in der Einleitung auch anmutet, einlösen konnte sein Team diesen Anspruch nur sehr bedingt. Von einer integrierten, sozusagen transethnischen Geschichte der Sowjetunion sind wir nach dem Stand der „Cambridge History of Russia“ noch weit entfernt.

Der Anteil, der in diesem Kompendium neueren Fragestellungen kulturgeschichtlicher Art gewidmet wird, ist marginal. Es fehlt an einer Analyse des Komplexes „Ethnizität“ im Alltagsleben der Sowjetbürger abgesehen von den notwendigen, aber kaum hinreichenden Diskussionen über die Eigenschaften und politischen Implikationen der These vom „Sowjetvolk“. Gerade auch im Hinblick auf die baltische Region hätte man deren seit den 1960er Jahren wachsender Attraktivität in den Augen vor allem der Moskauer und Leningrader Intelligenz nachgehen können, d.h. der Geschichte des „eigenen Westens“, die mit so illustren Namen der sowjetischen Kulturgeschichte wie Vasilij Aksënov und Sergej Dovlatov verbunden ist.² Während Letzterer nicht einmal Erwähnung findet, war es Aksënov, der mit

² Als Einstieg in das Thema siehe „Tallinskij tekst“ v russkoj kul'ture. Sbornik v čest' prof. I.Z. Belobrovcevoj – k 60-letiju so dnja roždenija [Der „Tallinner Text“ in der russischen Kultur. Sammelband zu Ehren von Prof. I.Z. Belobrovcova zum 60. Geburtstag], hrsg. v. Sergej Docenko. Tallinn 2006 (Baltijskij archiv. Russkaja kul'tura v Pribaltike. 11).

seiner Vorliebe für westliche Musik anekdote, der aber auch die Bedeutung hervorhob, als auf dem Jazzfestival „Tallinn-67“ erstmals auf sowjetischem Boden mit dem „American Jazz Quartett“ unter der Leitung von Charles Lloyd (u.a. mit Keith Jarrett) eine US-Band auftrat.³ Im russischen Kontext finden wir zwar die Namen der stalinistischen Popstars Leonid Utěsov oder Isaak Dunaevskij erwähnt, doch sucht man nach ihren „Nachfolgern“ aus der Zeit der Perestrojka, Viktor Coi und Boris Grebenščikov, vergeblich. Überhaupt hätte man nach Stand der Forschung durchaus ein spezielles Kapitel zum Thema „Jugend“ erwarten können.

Jeremy Smith leitet in seinem breit angelegten Beitrag in ein Thema ein, bei dem der baltische Anteil an der sowjetischen Geschichte deutlich herausgestrichen und bei dem auch der Facettenreichtum des Kremlreiches gut ausgeleuchtet wird: die Perestrojka und der Untergang der UdSSR. Smith streicht heraus, dass gerade an der Ostsee Umweltschutzthemen und Fragen der eigenen Geschichte rasch nationale Massenbewegungen motivierten. Zumindest zu Beginn seien diese auch von Gorbačëv begrüßt worden, da dieser hoffte, sie gegen die jeweiligen reformfeindlichen Republikführungen nutzen und die ökonomisch bestens entwickelte Region zu einem Experimentierfeld für unionsweite Reformen machen zu können (S. 514 f.). Aber auch Smith irrt, wenn er behauptet, Estland und Lettland wären ihrem südlichen Nachbarn Litauen gefolgt, nachdem am 11. März 1990 in Vilnius die Unabhängigkeit verkündet worden war (S. 515). Tallinn und Riga erklärten demgegenüber am 30. März und 4. Mai, sich in einer „Übergangsphase“ zur vollständigen Unabhängigkeit zu befinden. Manchmal sind Details eben doch wesentlich, denn so ließen sie Litauen zunächst allein, das sich dann der Wirtschaftsblockade seitens Moskaus erwehren musste.

Der oben bereits angesprochene Beitrag von Yekelchik („The western republics: Ukraine, Belarus, Moldova and the Baltics“) bietet einen zuverlässigen, wenn auch höchst kursorischen Überblick über die Geschichte der Territorien zwischen Ostsee und Schwarzem Meer im „kurzen“ 20. Jahrhundert. Wie bei Smith sind nur Kleinigkeiten zu bemängeln: Die Estnische Provisorische Regierung wurde 1918/19 offen von Finnland und der Entente (Großbritannien) unterstützt, und nicht „covertly“ (S. 526). Der Putsch von Kārlis Ulmanis ereig-

³ Vasilij Aksěnov, Prostatk v mire džasa ili ballada o tridcadi begemotach [Ein Einfaltspinsel in der Welt des Jazz oder Ballade von den dreißig Flusspferden], in: Junost' (1967), H. 8, S. 94-99.

nete sich nicht am „16 March 1934“, sondern am 15. Mai (S. 533). Davon abgesehen ist dieser Text wirklich eine Bereicherung des Bandes, da schlicht aus einer anderen Perspektive auf Entwicklungen eingegangen wird, die sonst meist aus der Kremlbrille geschildert werden.

So bleibt als Fazit, dass der dritte Band der „Cambridge History of Russia“ bei all den zum Teil hervorragenden Beiträgen zur explizit russischen Geschichte – Mark von Hagens konzise Zusammenfassung zum Ersten Weltkrieg, Alan Balls instruktiver Abschnitt zur NEP-Zeit, Peter Gatrells spannend zu lesender Überblick über „Russia’s age of economic extremes“, David Holloways interessanter Beitrag zu „Science, technology and modernity“, James van Gelderns mit vielen Beispielen angereicherter Artikel zur kulturellen Entwicklung von 1900 bis 1945 oder Ted Hopfs klug gegliederter Aufriss der sowjetischen/russischen Nachkriegsaußenpolitik (um nur einige der 25 Beiträge zu nennen) – der nicht-russische Anteil an diesem 20. Jahrhundert bei allem Bemühen doch weiterhin seltsam ausgelagert wirkt. Allerdings wird man dies dem Herausgeber und seinen Autoren und 3 (!) Autorinnen nicht ernsthaft vorwerfen können, denn der Band deckt sich in diesem Defizit mit der aktuellen Forschungslandschaft, die doch sehr fragmentiert ist. So wie die „Zentrumsforscher“ eher selten Entwicklungen an der Peripherie wahrnehmen, isolieren sich die nationalen Historiografen in den Nachfolgestaaten der UdSSR zum Teil selbst von der einstmals offiziell so gepriesenen geteilten Vergangenheit. Vielleicht kann eine jüngere Generation, von der allerdings erhebliche Sprachkenntnisse erwartet werden müssen, diese Kluft überwinden.

Karsten Brüggemann, Tallinn

Europäische Dimensionen deutschbaltischer Literatur, hrsg. v. Frank-Lothar Kroll. Berlin: Duncker & Humblot 2005, 252 S. (Literarische Landschaften. 6).

Der Herausgeber hat sich – bis vor kurzem auch als langjähriger Vorsitzender der Werner-Bergengruen-Gesellschaft – in mehrfacher Hinsicht durch eigene Studien, Leitung von Tagungen und die Veröffentlichung von Sammelwerken um die Verbreitung der Kenntnisse über die deutsche Literatur im östlichen Europa überaus verdient gemacht. Dabei findet sich vor allem in der von ihm seit dem Jahre 2000 im Auftrag der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen herausgege-

benen Reihe „Literarische Landschaften“ eine Reihe weiterführender, durchaus auch kontroverser Beiträge gerade zur deutschbaltischen Literatur.¹ Besonders zu nennen ist in diesem Zusammenhang vor allem die kommentierte Dokumentation von Werner Bergengruens Tagebuchaufzeichnungen zum Dritten Reich,² welche die Grundlage für drei Beiträge dieses vorliegenden Bandes bilden.

Dieser ging aus einer literarischen Fachtagung im Jahre 1999 hervor und wird eingeleitet durch ein Grußwort des damaligen lettischen Botschafters Andris Teikmanis, der darin betont, dass es in den Jahrhunderte langen wechselseitigen Beziehungen „nicht nur Sonnenseiten“ gab, es nun aber darauf ankomme, vielmehr „gemeinsame europäische Ideale“ zu betonen, die „im kulturellen und vor allem literarischen Bereich“ lägen (S. 11). Der damit hergestellte Bezug zum Tagungsthema erweist sich in der Publikation nun als eine eher problematische Angelegenheit. Denn die „europäischen Dimensionen deutschbaltischer Literatur“ werden in den einzelnen Beiträgen nur teilweise thematisiert, so lesenswert und erkenntnisreich diese auch in vieler Hinsicht sind. Schon die Gliederung in sechs Abschnitte ist nicht hinreichend stringent auf das Gesamtthema bezogen: Lässt sich bei der Analyse deutschbaltischer Autoren im Dritten Reich – Vege-sack, Bergengruen – dieser Bezug nur schwer erkennen (es sei denn, ihre Anerkennung in Europa gelte als „europäische Dimension“), so fallen die beiden letzten Abschnitte „Ausblicke“ und „Erinnerungen“ ganz aus dem vorgesteckten thematischen Rahmen, denn „Litauen als literarische Provinz“ hat mit deutschbaltischer Literatur rein gar nichts mehr zu tun, und die Erinnerungen des bekannten Journalisten Bernd Nielsen-Stokkeby über „Eine Jugend in Estland“ sind wohl als aussagekräftige Quelle zu lesen, stellen aber keine wissenschaftliche Abhandlung wie die übrigen Beiträge dar.

In seinem Vorwort verweist der Herausgeber zu Recht auf den wichtigen Aspekt der Kulturvermittlung als „Leitmotiv für die bewegte Geschichte“ der baltischen Region, in der vor allem auch der Litera-

¹ Neben dem ersten Sammelband: Wort und Dichtung als Zufluchtsstätte in schwerer Zeit, hrsg. v. Frank-Lothar Kroll. Berlin 1996 vgl. besonders: Deutsche Autoren des Ostens als Gegner und Opfer des Nationalsozialismus. Beiträge zur Widerstandsproblematik, hrsg. v. dems. Berlin 2000 (Literarische Landschaften. 3) sowie: Die totalitäre Erfahrung. Deutsche Literatur und Drittes Reich, hrsg. v. dems. Berlin 2003 (Literarische Landschaften. 5).

² Werner Bergengruen, Schriftstellereexistenz in der Diktatur. Aufzeichnungen und Reflexionen zu Politik, Geschichte und Kultur 1940–1963, hrsg. v. Frank-Lothar Kroll, N. Luise Hackelsberger u. Sylvia Taschka. München 2005 (Biographische Quellen zur Zeitgeschichte. 22).

tur deutschbaltischer Autorinnen und Autoren eine Brückenfunktion besonderer Art zukam. Denn viele von ihnen verstanden sich durchaus als Vermittler zwischen den einzelnen Kultur- und Sprachräumen. Zum allgemein-historischen Verständnis gibt Otto-Heinrich Elias mit seinem einführenden Beitrag über „Der baltische Raum als europäische Geschichts- und Kulturlandschaft. Politische Voraussetzungen und geistige Traditionen“ (S. 15-30) einen konzisen Überblick über die Entwicklungsstränge der baltischen Geschichte, der mit seiner pointierten Kennzeichnung der wichtigsten Ereignisabläufe und Hintergründe zu dem Besten gehört, was in dieser knappen Form in letzter Zeit hierzu geschrieben worden ist. Ob allerdings die – von Elias referierte – Auffassung, die weitgehende kulturelle Autonomie sei der Grund für die mangelnde Annäherung der Ethnien gewesen, in dieser Form aufrechterhalten werden kann, darf bezweifelt werden – schuf sie doch vielmehr die Grundlage für Loyalität und innerstaatliche Kooperation der nach 1918 im Lande bleibenden Deutschbalten.

Hauptstränge deutschbaltischer Literaturgeschichte werden anschließend von Heinrich Bosse in seinem Beitrag über „Die deutschbaltische Literatur im 18. Jahrhundert. Europäische Verflechtungen und regionale Eigenart“ (S. 33-49) behandelt, der Geselligkeit und Öffentlichkeit als Voraussetzungen für ein literarisches Leben betont und eingehend die Wirksamkeit mehrerer – durchaus ‚europäische Dimensionen‘ aufweisender – Persönlichkeiten darstellt. Neben Johann Friedrich Hartknoch und Johann Gotthelf Lindner gelten dabei gesonderte Abschnitte Johann Gottfried Herder als „Der Fremde, der kommt und geht“, Jakob Michael Reinhold Lenz als „Das Landeskind, das geht“, August von Kotzebue als „Der Fremde, der ansässig wird“ sowie Casimir Ulrich Boehlendorff als „Das Landeskind, das geht und kommt“, womit das „Unterwegssein“ der schöngeistigen Autoren des 18. Jahrhunderts als Merkmal des „großen nordostdeutschen Kommunikationsraum[s]“ (S. 40) typisiert wird.

Das hier für das 18. Jahrhundert behandelte Wechselverhältnis von Regionalem und gesamteuropäischen Verflechtungen tritt thematisch im Titel des Beitrags von Armin von Ungern-Sternberg hervor: „Europäische Dimension oder regionale Eigenart? Überlegungen zu einem Begriffsfeld mit Blick auf die deutsche Literatur des Baltikums im 19. Jahrhundert“ (S. 51-69). Als einziger Autor dieses Bandes erörtert er facettenreich, was unter diesen beiden Begriffen denn eigentlich verstanden werden könnte. Insofern bemüht sich der Verfasser um eine Begriffsbestimmung der baltischen Literatur des 19. Jahrhunderts, wobei er sich auf sein jüngstes monumentales Werk über

„Erzählregionen“³ ebenso stützt wie auf Gero von Wilperts Thesen zur baltischen Literatur.⁴ Zu ihren Besonderheiten gehört auch in dieser Epoche der bereits im Beitrag von Heinrich Bosse angesprochene permanente Zuzug und Weggang deutschbaltischer Schriftsteller, von denen so mancher anderen Literaturszenen mit größerem Recht zuzuschlagen sei als seiner nordosteuropäischen Heimat oder zeitweisen Arbeitsstätte, sowie „ungelittener Außenseiter“, die den deutschbaltischen „historisch-utopischen Gesellschaftsentwurf subtil unterlaufen oder ihn gar offen in Frage stellen“ (S. 60).

In Abwägung mehrerer Ansätze, baltische Literatur zu charakterisieren, würdigt Armin von Ungern-Sternberg schließlich die Romane von Johanna Conradi wegen ihres realistischen Blicks auf die Provinzialverhältnisse und das Werk von Theodor Hermann Pantenius, in seinen Augen der „größte baltische Romancier des 19. Jahrhunderts (...), dessen kritische Romane Glanzstücke baltischer Literatur bleiben.“ (S. 58 f.) Die europäische Dimension bestehe hier in der Adaption englischer und französischer Romanliteratur. In diesem Zusammenhang wirft der Verfasser den bemerkenswerten Gedanken auf, die baltische Literaturgeschichte mit der Entwicklung der russischen Literatur zu vergleichen, wobei sich in manchem engere Parallelen ergeben könnten als gegenüber der deutschen Literaturgeschichte. Allerdings verlaufe die Entwicklung baltischer Literaturdenkmäler der letzten drei Jahrhunderte der deutschen in vielem parallel, häufiger noch phasenverschoben und in „Hybridbildungen“ (S. 64). Auch hinsichtlich der für eine „europäische Dimension“ relevanten Frage, inwieweit Europa überhaupt zum Thema werde, konstatiert Ungern-Sternberg, dass – abgesehen von Hermann Graf Keyserlings „Spektrum Europa“ – im 19. Jahrhundert „keine baltische Utopie Europas, keine Philosophie europäischer Kulturleistungen“ zu verzeichnen seien; der baltischen Literatur werde Europa „weder als abstraktes Thema noch stofflich interessant“ (S. 65 f).

³ Armin von Ungern-Sternberg, „Erzählregionen“. Überlegungen zu literarischen Räumen mit Blick auf die deutsche Literatur des Baltikums, das Baltikum und die deutsche Literatur. Bielefeld 2003.

⁴ Diese lange nur als Typoskript kursierenden, zum Teil bewusst provozierenden Thesen beruhen auf einem Vortrag vom 23.9.1979 auf dem Schirren-Tag in Lüneburg und wurden inzwischen veröffentlicht. Gero von Wilpert: Baltische Literatur. Thesen und Hypothesen, in: Jahrbuch des baltischen Deutschtums 52: 2005 (2004), S. 115-131, vgl. auch die Gegenthesen von Heinrich Bosse [sen.], Betrachtungen zur Deutsch-baltischen Literatur in kritischer Sichtung einiger Thesen von Prof. Gero von Wilpert vom 23. September 1979 in Lüneburg, in: Ebenda, S. 132-143; jüngst Gero von Wilpert, Einige Thesen zur baltischen Literatur, in: Ders., Deutschbaltische Literaturgeschichte. München 2005, S. 12-29.

Im dritten, mit „Autoren des 20. Jahrhunderts“ überschriebenen Abschnitt behandelt zunächst Burkhard Bittrich „Eduard Graf Keyserling. Ein baltischer ‚homme de lettres‘ von europäischem Rang“ (S. 73-91) und geht dessen stilistischen Verbindungen mit Hermann Bang und Ivan Turgenev nach, zwischen denen er gar eine „bedenkenswerte russisch-baltisch-dänische literarische Dreieinigkeit“ zu erkennen meint. Bittrichs unter mehreren Aspekten durchgeführte Analyse des Gesamtwerks erfolgte vor den detaillierten Beiträgen der umfassenden Keyserling-Tagung des Jahres 2003 in Tartu (Dorpat), die in mancher Hinsicht weiterführende Ergebnisse erbracht haben, in die sich dieser Artikel aber ergänzend einordnen lässt.⁵

Die beiden folgenden Beiträge gelten der Verortung zweier bekannter deutschbaltischer Autoren im nationalsozialistischen Literaturbetrieb. Günter Scholdt weist in seinem Artikel „Siegfried von Vegesack. Ein Deutschbalte im Dritten Reich“ (S. 93-132) durch intensive Werkanalyse überzeugend nach, wie auch Vegesack jene für viele auslandsdeutsche Intellektuelle charakteristische „Ambivalenz von Widerspruch und Loyalität“ verkörperte (S. 93). Wenn auch von einer „weitgehenden Vertreibung“ der Deutschen aus dem Baltikum im Jahre 1919 so nicht gesprochen werden kann (S. 94), gelingt es Scholdt mit einer ausführlichen Interpretation der Romantrilogie „Die baltische Tragödie“, Vegesacks „konsequent perspektivische bzw. diskursive Darstellungsweise“ (S. 115) ebenso nachzuweisen wie dessen Ablehnung von Nationalklischees, die scharfen Attacken gegen jede Art von Despotismus und die „tendenziell pazifistisch[e]“ Grundeinstellung (S. 194). Im Zusammenhang seiner mit allzu ausführlichen Textzitatena belegten Interpretation des Leitmotivs der „Gläsernen Wand“ (S. 96-99), welche Deutschbalten und Letten hermetisch voneinander trennt, wäre ein Hinweis auf Heinrich Bosses Analyse dieses Symbols angebracht gewesen.⁶ Scholdt weist Vegesacks „zunehmend perfektionierte Fähigkeit zur Anspielung und Tarnung“ (S. 121) aber auch anhand weiterer Werke nach und bezieht damit eindeutig Position innerhalb jener Kontroverse, die in der jüngeren Forschungsliteratur über die Bedeutung jener ‚verdeckten Schreibweise‘ entstand, zu der

⁵ Baltisches Welterlebnis. Die kulturgeschichtliche Bedeutung von Alexander, Eduard und Hermann Graf Keyserling. Beiträge eines internationalen Symposiums in Tartu vom 19. bis 21. September 2003., hrsg. v. Michael Schwidtal u. Jaan Undusk unter Mitwirkung v. Liina Lukas. Heidelberg 2007; hier Teil II: Eduard von Keyserling, S. 159-318; vgl. die Rezension im vorliegenden Band, S. 259-266.

⁶ Heinrich Bosse [sen.], Die gläserne Wand. Der lettische Mensch in der deutsch-baltischen Literatur, in: *Journal of Baltic Studies* 17 (1986), S. 329-349.

eben auch die von Vegesack vielfach angewandte ‚Technik perspektivischer Urteile‘ gehört. Während sich für Boris Röhl der dem Leser damit angebotene „Mittelweg“ zwischen „Extrempositionen (...) keineswegs mit unserem heutigen Verständnis von Demokratie und Humanität“⁷ deckt, sieht Scholdt darin gerade die erfolgreiche Methode, „ein beachtliches Quantum an gegenwartsbezogener ideeller Konterbande einzuschmuggeln“ (S. 112). So gelingt es ihm, seinen programmatischen Einleitungssatz zu verifizieren: „Nein, ein Nationalsozialist war Siegfried von Vegesack gewiß nicht, obwohl auch er zu Hitlers 50. Geburtstag ein ‚Führer‘-Gedicht anfertigte, der *Völkische Beobachter* seine *Baltische Tragödie* empfahl oder die Heerespropaganda im Rußlandfeldzug sich seiner bediente.“ (S. 93)

Mit seinem Beitrag über „Auseinandersetzungen um Diktatur und Emigration. Frank Thiess im Romanwerk und im öffentlichen Disput“ (S. 133-152) nimmt Louis Ferdinand Helbig in Umrissen eine Neubetrachtung der sog. „großen Kontroverse“ nach 1945 über die „Innere Emigration“ vor (S. 134-140), und zwar anhand der Romane „Der Leibhaftige“ (1933), „Tsushima“ (1936) sowie „Das Reich der Dämonen“ (1941), und bewertet die Freundschaft zwischen Thiess und Hermann Broch neu, dem einzigen Kollegen unter den Exilautoren, der von seiner „Lauterkeit und Unbescholtenheit überzeugt“ gewesen sei (S. 152). Durch das Verbot mehrerer seiner Bücher habe sich Thiess durchaus als Opfer der NS-Kulturpolitik verstehen dürfen (S. 138), und auch er habe die Technik der historischen Camouflage angewandt, vor allem im „Reich der Dämonen“, dessen „Vielzahl von mehrdeutigen Inhalts- und Handlungsstücken (...) einen erheblichen Grad an Oppositionsgeist“ offenbare (S. 146). Das Werk erfülle damit die Merkmale eines „Geschichtswerkes des Widerstandes“ (S. 148). Helbigs abschließende Forderung, die Auseinandersetzung über die Bedeutung von Frank Thiess nicht nur im Kontext der Inneren Emigration, sondern als „einem der bedeutendsten *postbaltischen* Autoren“ auch für sein Gesamtwerk zu forcieren (S. 152), wird gegenwärtig durchaus nachgekommen.⁸

⁷ Boris Röhl, Die revidierte Moderne. Siegfried von Vegesack – Das gescheiterte Experiment einer „neuen Heimatliteratur“ im Dritten Reich, in: Die totalitäre Erfahrung (wie Anm. 1), S. 86; vgl. jüngst auch Michael Garleff, Zwischen Distanz und Anpassung. Deutschbaltische Autoren im Dritten Reich, in: Jahrbuch des baltischen Deutschtums online 1 (2009), S. 77-95, hier S. 87-94.

⁸ Vgl. die jüngsten kontroversen Beiträge von Norbert Angermann, Frank Thiess und der Nationalsozialismus, in: Deutschbalten, Weimarer Republik und Drittes Reich, hrsg. v. Michael Garleff. Bd. 2, Köln (u.a.) 2008 (Das Baltikum in Geschichte und Gegenwart. 1/II), S. 245-262, sowie Frank von Auer, Thomas Mann und die baltischen „Ofenhocker

Der vierte Teil über „Werner Bergengruen – Werk und Wirkung“ befasst sich mit literaturwissenschaftlichen Fragestellungen sowie mit dem Quellenmaterial seiner autobiografischen Notizen. Jutta Radzewski-Helbig untersucht „Literarische Wirkungen des Phantastischen. Beiträge zu einer Sonderform deutschbaltischer Dichtung im 20. Jahrhundert am Beispiel Werner Bergengruens“ (S. 155-174). Im Vergleich mit E.T.A. Hoffmann zeigt sich dieser nahezu als Vorbild bis hin zu Übernahmen von Sprachgesten und Begriffen durch Bergengruen, dessen phantastische Geschichten nicht etwa nur spannende Unterhaltung des Lesers zum Ziel hätten, sondern vor allem der Darstellung und Offenbarung allgemein-gesellschaftlicher und individuell-seelischer Tabus dienten (S. 163). Mit einer zwischen Ernst und Spott schillernden Sprache gelinge es ihm, „das Alltägliche ins Phantastische zu entrücken und das Phantastische als Wirklichkeit auszugeben“ (S. 164). Wie bei den Romantikern „berühren und durchdringen sich (...) Bergengruens phantastische und religiöse Werke“ in der Grundüberzeugung, dass das Phantastische letztlich nur eine besondere Ausprägungsform des Religiösen und Unbegreiflichen sei (S. 174).

Frank-Lothar Kroll analysiert „Werner Bergengruens Tagebuchaufzeichnungen zum Dritten Reich“ (S. 175-189) aus den Jahren 1940 bis 1963 vor dem Hintergrund einer breiten Literaturbasis und beschreibt das nunmehr in einer wissenschaftlichen Edition vorliegende „Compendium Bergengruenianum“⁹ als ein innerdeutsches Pendant zum Exilautor Zuckmayer (S. 179). Im Unterschied zu anderen literarischen Tagebüchern jener Zeit aber vermerke Bergengruen in seinen Aufzeichnungen kaum jemals den Niederschlag konkreter politischer Tagesereignisse; die Tagebücher vermittelten aber mit ihrer „Fülle prägnant formulierter Aphorismen, Sentenzen und Einsichten ein essayistisches Zeitpanorama von hohen Graden.“ (S. 188)

Unter anderen Perspektiven befassen sich mit diesen Aufzeichnungen auch Bergengruens Töchter N. Luise Hackelsberger und Maria Schütze, erstere in ihrem Beitrag „Freiraum Schreibtisch. Gedanken und Erinnerungen Werner Bergengruens“ (S. 191-195), letztere mit dem Artikel „Paradoxie der Welt. Anmerkungen zu Werner Bergengruens nachgelassenen Aufzeichnungen“ (S. 197-205). Luise Hackelsberger verweist ebenfalls auf die Ausklammerung alltäglicher Bedrängnisse und politischer Tagesereignisse: „Bergengruen versuchte zu

des Unglücks“. Frank Thiess und Werner Bergengruen in der Kontroverse um Emigration, in: Jahrbuch des baltischen Deutschtums 57: 2010 (2009), S. 137-159.

⁹ Wie Anm. 2.

überdauern und im totalitären Staat ein Leben zwischen Distanz und eben noch notwendiger Anpassung zu führen.“ (S. 194) Als „Emigrierter im doppelten Sinne“ sei er ein „Nichtzeitgemäßer“ gewesen, „schreibend auf der Suche nach einer Gegenwelt“ (S. 195). Maria Schütze wiederum betont die auffallende „kontrapunktische Diktion“ in den Tagebüchern, mit der er auf die Antinomien und Paradoxien der Welt aufmerksam machte. „Gegensätzliche Strukturen und deren Zusammenfinden in der Höhe treten (...) wie eine Signatur seiner Persönlichkeit, seines Denkens, Glaubens und Schreibens immer klarer hervor“ und ließen sich auch im Bau der Romane finden (S. 205).

Unter der nicht nachvollziehbaren Überschrift „Ausblicke“ folgt ein Beitrag von Maximilian Rankl über „Litauen als literarische Provinz“ (S. 209-224) mit komprimierten Ausführungen zu einer Reihe wichtiger Aspekte wie die Vermittlungsfunktion aus „Preußisch-Litthauen“, litauische Selbstbilder im Zusammenhang moderner Imagologie- und Stereotypenforschung sowie divergierende Normsysteme u.a. in religiösen Vorstellungen, im Bild der Frau oder dem Imagotyp eines Naturvolkes (Litauer als die ‚Rothäute Europas‘).

Wünschenswert wäre es gewesen, den komparatistischen Ansatz einschließlich der interkulturellen Überschneidungen auch auf die titelgebende deutschbaltische Literatur auszuweiten – so aber steht dieser Beitrag noch stärker isoliert in einem Sammelband über „Europäische Dimensionen deutschbaltischer Literatur“ als der abschließende Erlebnisbericht von Bernd Nielsen-Stokkeby über „Eine Jugend in Estland“ (S. 227-252) mit seinem Blick auf das Lebensumfeld deutschbaltischer Estländer der Vorkriegszeit und die Selbsteinschätzung über den historischen Bruch der Umsiedlung hinaus. Diese Erinnerungen sind von Bedeutung für einen Forschungsbereich, der jüngst besonders auch von estnischen Wissenschaftlerinnen bearbeitet wird: das deutschbaltische Selbstbild und die Erinnerungskultur über historische Zäsuren hinweg im größeren Zusammenhang der wechselseitigen Beziehungen und des Kulturaustausches. Für die in diesem Zusammenhang relevanten Fragestellungen wäre allerdings die umfassende Berücksichtigung zahlreicher – gedruckter wie unveröffentlichter – Erinnerungen erforderlich, was von der aktuellen Forschung auch weitgehend vorgenommen wird. Anstelle der hier erneut aus den bereits seit einiger Zeit vorliegenden Erinnerungen Nielsen-Stokkebys¹⁰ – zudem ohne entsprechenden Hinweis – ab-

¹⁰ Bernd Nielsen-Stokkeby, *Baltische Erinnerungen. Estland, Lettland, Litauen zwischen Unterdrückung und Freiheit*. Bergisch Gladbach 1990; 4. erweiterte u. aktualisierte Aufl. 1991.

gedruckten Teilerinnerungen hätte mit einer eigenständigen Analyse auch solcher deutschbaltischen Literatur durchaus ein weiterer Aspekt „europäischer Dimension“ behandelt werden können.

So bleibt im Ergebnis der etwas zwiespältige Eindruck, dass jeder einzelne Beitrag dieses leider nicht mit einem Personenregister versehenen Bandes für sich genommen durchaus lesenswert und auch Erkenntnis fördernd ist – dass aber nur wenige dem ambitionierten Titel gerecht werden. Es handelt sich insgesamt um ein heterogenes Werk mit wichtigen Ausführungen zu unterschiedlichen Problemfeldern der deutschbaltischen Literatur.

Michael Garleff, Oldenburg

Forschungen zur baltischen Geschichte. Bd. 3, hrsg. v. Mati Laur u. Karsten Brüggemann. Tartu: Akadeemiline Ajalooselts 2008, 320 S.

In ihrem dritten Band zeigen sich die „Forschungen zur baltischen Geschichte“ weiterhin auf erfolgreichem Kurs, zu einem zentralen Publikationsorgan der Baltikumsforschung zu werden. Das Netz der beteiligten Institutionen und Autoren konnte ausgedehnt werden und umfasst den gesamten Nordosten Europas. Wie die vorangegangenen Bände zeichnet sich auch der „blaue“ Band durch seine zeitliche Spannbreite von der baltischen Früh- bis zur Zeitgeschichte und die enge Zusammenarbeit zwischen Archäologie und Geschichtswissenschaft aus. Fast paritätisch verteilen sich die acht Aufsätze zwischen Archäologie, Geschichte des 17. und 18. Jahrhunderts sowie der Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, wobei die nachfolgenden Mitteilungen und der einleitende Aufsatz von Gert von Pistohlkors „Baltische Regionalgeschichte in universalhistorischer Perspektive: Sechzig Jahre Baltische Historikertreffen in Göttingen“ (S. 11-32) den Blick auf die Zeitgeschichte weiten. Der Überblick des langjährigen Ersten Vorsitzenden der Baltischen Historischen Kommission über deren Tätigkeit ist in weiten Teilen ein persönlicher Rückblick über die geleistete Arbeit. Dabei stehen die Schwierigkeiten und die Dynamik der baltischen Forschung im Nachkriegsdeutschland, erste Kontaktaufnahmen zu den Kollegen in den baltischen Sowjetrepubliken, die gemeinsam erlebten Umbruchsjahre und die Neugestaltung der baltischen Forschung seit 1991 im Mittelpunkt. Universalhistorisch sind diese Rückerinnerungen nur insoweit, als sie, bedingt durch die Erfahrung des mehrfachen Systemwechsels, zu ei-

ner den politischen Strömungen gegenüber kritischen, dadurch aber keinesfalls apolitischen Geschichtsforschung aufrufen.

Die folgenden Aufsätze zur Vorgeschichte unterstreichen die Bedeutung des Politischen in der Geschichtsforschung. Andris Šnē stellt in seinem Beitrag „Stammesfürstentum und Egalität: Die sozialen Beziehungen auf dem Territorium Lettlands am Ende der prähistorischen Zeit (10.–12. Jh.)“ (S. 33-56) die seit den 1990er Jahren aufgeworfene These der Existenz einer staatlichen Ordnung in Lettgallen und Kurland für die späte Eisenzeit in Frage. Entgegen der in der Phase der nationalen Geschichtsinterpretation der 20er und 30er Jahre des 20. Jahrhunderts und der darauf folgenden marxistischen Doktrin der ständischen Gesellschaft, geht Šnē von weitgehend egalitär verfassten Stammesfürstengesellschaften aus, die sich im Zuge der Wikinger-einfälle militarisierten. Nur einige wenige herausragende Persönlichkeiten konnten dabei die sozialen Vorgaben der Gentilgesellschaft sprengen und die sich mit der Christianisierung bietenden Veränderungen der Machtstrukturen nutzen, um ihren persönlichen Einfluss zu vermehren. Von einer Ständegesellschaft im frühneuzeitlichen Sinne oder staatsähnlichen Strukturen könne nicht die Rede sein. Heiki Valk beschreibt in seinem Artikel „Estland im 11.–13. Jahrhundert. Neuere Aspekte aus Sicht der Archäologie“ (S. 57-86) einen ähnlichen Wechsel in der estnischen Forschungslandschaft. Nach der Übernahme des Egalitätsmodells der 1980er und 90er Jahre werde die Gesellschaft der späten Eisenzeit in der estnischen Forschung in jüngster Zeit als eindeutig nichtegalitär, sozial und wirtschaftlich stark differenziert beschrieben, wobei auf das Fehlen staatlicher Strukturen hingewiesen wird. Besonderes Interesse werde neben der Erforschung der sozialen Eliten der regionalen Differenzierung der estnischen Gesellschaften entgegengebracht. Das Bild der einen und einheitlichen estnischen Gesellschaft zerfällt somit in das einer Pluralität vieler Gesellschaften, die es zu entdecken gilt.

Auch im Block zur Geschichte der Frühen Neuzeit steht zunächst das Politische im Mittelpunkt, doch weitet sich das Spektrum hin zur Handels-, Bildungs- und Sozialgeschichte. Enn Küng berichtet aus seinen neuesten Forschungen über „Die schwedische Ostseepolitik, die internationale Handelskonjunktur und die Entstehung der Narvaer Handelsflotte in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts“ (S. 87-102). In den 1670er und 80er Jahren war die 1653 zum Zweck der Stärkung der lokalen Kaufmannschaft gegenüber den niederländischen Kaufleuten gegründete Narvaer Handelskompanie im Besitz von 80 Schiffen, mit denen liv- und estländisches Holz, Teer, Pech, Flachs und

Hanf über den Öresund nach Westeuropa befördert wurden. Die zollfreie Fahrt durch den Öresund für schwedische Untertanen sollte die Position des schwedischen Handels stärken, was vor allem den baltischen Handelsunternehmen zugute kam. Mit der Ware wurde an den Börsen Europas gehandelt, doch standen hinter den Strohmännern aus Narva häufig westeuropäische, zumeist niederländische oder englische Investoren. Aus seinen jüngst veröffentlichten, umfassenden Untersuchungen zu den baltischen Studenten an westlichen Universitäten in der Frühen Neuzeit¹ legt Arvo Tering einen Überblick über „Die Seereise baltischer Studenten in die Universitätsstädte Nord- und Westeuropas im 17. und 18. Jahrhundert“ vor (S. 103-131), die er anhand der überlieferten Reisehandbücher, Tagebücher und Reisekosten rekonstruiert. Gewohnt lebensnah beschreibt Tering die durchschnittlich einen Monat dauernde Anreise von Dorpat zum jeweiligen Studienort in Deutschland oder den Niederlanden in allen Einzelheiten von der Logistik und der Nahrung bis zu den Kosten und der Dauer. Der Frage nach dem Verhältnis von Norm und Realität im heiklen Bereich der Sexualdelikte wendet sich Mati Laur zu („*Peccatum contra sextum* vor dem Pernauer Landgericht in den 1740er Jahren“, S. 132-150). Entsprechend den in ganz Europa geltenden Moralvorstellungen sollte Sexualität ausschließlich im Rahmen der Ehe stattfinden und war somit erst mit der Verlobung erlaubt. Vor und außerhalb der Ehe war sie strafbar, was vor allem die Frauen bzw. Mütter betraf. Dies führte dazu, dass Kindsmord zu den verbreitetsten Tötungsdelikten des 18. Jahrhunderts zählte. Ab den 40er Jahren des 18. Jahrhunderts versuchte man durch stärkere Überwachung der Schwangeren, seit 1764 gar durch Herabsetzung des Ehebruchs als nicht strafbare Tat dem so genannten „Himmeln“ Einhalt zu gebieten.

Politischer wird der vorliegende Band der „Forschungen“ erneut in den Studien zur Geschichte des 20. Jahrhunderts. Uldis Krēsliņš nimmt sich des bislang kaum aufgearbeiteten Themas „Der Putsch von Valmiera am 21. Januar 1927: Zur lokalen und allgemeinen Einordnung des Geschehens“ an (S. 151-163). Er stellt die politisch motivierten unterschiedlichen Deutungen der Geschehnisse vom 21. Januar 1927 vor und ordnet sie in den europäischen Kontext der Putschversuche zwischen 1927 und 1935 ein. Putsche, so seine zusammenfassende Überlegung, gehörten zu den üblichen politischen Meinungsäußerungen der Zeit. Ihre eigentlichen Motive treten dabei neben

¹ Arvo Tering, *Eesti-, liivi- ja kuramaalased Euroopa ülikoolides 1561–1798* [Est-, Liv- und Kurländer an den Universitäten Europas 1561–1798]. Tartu 2008.

ihrer späteren Instrumentalisierung in den Hintergrund. Zugleich unterstreicht er die den Geschehnissen vorausgreifende Berichterstattung über die faschistische Gefahr in Lettland in den sowjetischen Presse. Keinesfalls weniger politisch ist der Beitrag von Rasa Pārpuce über „Die Arbeit des Paritätischen Ausschusses in den Jahren 1939–1940: Die Aufteilung der lettischen Kulturgüter“ (S. 164-197). Um die Frage, welche Kunstgegenstände, archäologischen Funde, Fotografien und Archivalien von den Deutschen im Zuge der Umsiedlung das Land verlassen sollten, wurde heftig gerungen, wobei politische Überlegungen von zentraler Rolle waren. Die auch heutig das allgemeine Geschichtsverständnis und die historische Forschung grundsätzlich betreffende Trennung zwischen deutschbaltischer und lettischer (bzw. estnischer) Geschichte wurde hier mit wechselndem Glück auf der Materialebene verhandelt, wobei sich die deutsche Position ab Mai 1940 im Aufwind befand. Ago Pajur beleuchtet „Die Auflösung der estnischen Armee im Sommer 1940“ (S. 198-223), die innerhalb von zwei Monaten nach dem sowjetischen Ultimatum vom 16. Juni am 17. August 1940 vollzogen wurde. Die Reorganisation der baltischen Streitkräfte in Territorialkorps (Schützenkorps) der Roten Armee wurde von Marschall Timošenko vorgedacht, auch wenn der Anschein erweckt werden sollte, dass es sich dabei um eine Initiative der lokalen Marionettenregierungen handle.

Thematisch schließen sich den Aufsätzen Mitteilungen über aktuelle Forschungsthemen an. Ausführlich bespricht Valters Nollendorfs die Neugestaltung des lettischen Okkupationsmuseums (Vergangenheit in der Zukunft: Das Lettische Okkupationsmuseum vor dem Umbau, S. 225-232), wobei ihn Heiki Ahonen mit einem Überblick über das Estnische Okkupationsmuseum flankiert (Das Estnische Museum der Okkupation: Ein Überblick über seine Arbeit, S. 233-238). Die Probleme der Pflege exilbaltischer Kultur und die Arbeit des 2008 gegründeten „Baltic Heritage Network“ stellt Piret Noorhanni vor (*Baltic Heritage Network: Die Pflege des exilbaltischen Kulturerbes – Zwischenbilanz und Zukunftsperspektive*, S. 239-242), und Karsten Brüggemann resümiert das 60. Baltische Historikertreffen (Russland und das Baltikum. Bestandsaufnahme eines komplexen Verhältnisses im Nordosten Europas. 60. Baltisches Historikertreffen der Baltischen Historischen Kommission [Göttingen, 2./3. Juni 2007]. Ein Konferenzbericht, S. 243-249). Wie gewohnt, beschließen Buchbesprechungen auch den dritten Band der „Forschungen“ (S. 251-320).

Ulrike Plath, Tallinn

Helfer der Armen – Hüter der Öffentlichkeit. Guardians of the Poor – Custodians of the Public: Welfare History in Eastern Europe, hrsg. v. Sabine Hering u. Berteke Waaldijk. Opladen: Verlag Barbara Budrich 2006, 250 S.

Anzuzeigen gilt ein Buch, das von seiner Grundidee, seinen Fragestellungen und seinem Problemaufriss her gut ist – aber leider handwerklich schlecht gemacht. So beginnt der erste inhaltliche Beitrag des Bandes mit folgender Fußnote: „Auch wenn wir hier durchgängig von ‚Osteuropa‘ sprechen, ist es uns wohl bewusst, dass das die Gegenübersetzung von ‚Ost‘ und ‚West‘ eine Weltanschauung entspricht des Zeitalters des kalten Krieges. Es ist inzwischen üblich, aus geografisch und aus kulturhistorische Gründen, auch Central Europa, und Südosteuropa, Mittelosteuropa und Nordosteuropa zu unterscheiden. Da dieses Forschungsproject aber letzten Endes geht um die Geschichte des Sozialarbeits in Länder die einmal zum kommunistischen Block gehört haben, benutzen wir manchmal Osteuropa, manchmal die geografisch und kulturhistorisch etwas genaueren andeutungen...“ (S. 41). Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen.

Zumal dies kein Einzelfall ist, sondern das ganze Werk wie eilig, zu eilig zusammengestrickt wirkt. Wollte man aber von den vielen fehlenden Belegen oder den Literaturangaben, die in keiner Fußnote auftauchen, sowie von der diffusen Nutzung der Begrifflichkeiten absehen, käme man zu folgender Besprechung.

Angesichts der aktuellen Debatten um die Krise des Wohlfahrtsstaates ist es wichtig und notwendig, sich einen historischen und internationalen Eindruck davon zu verschaffen, wie es zur Entstehung moderner Wohlfahrtsstaaten gekommen ist, welchen Herausforderungen sich diese gegenüber sahen und wie die Entwicklung in den jeweiligen Ländern verlaufen ist. Bereits ein kurzer Blick in die Literatur würde zeigen, dass Wohlfahrtsgeschichte nicht nur häufig eurozentristisch geschrieben wird, sondern nahezu ausschließlich mit dem Blick auf das sog. Westeuropa erzählt wird. Im Fokus des Interesses stehen zumeist Deutschland, die skandinavischen Länder, England und Frankreich. Über die Situation in den sog. osteuropäischen Ländern erfährt man bestenfalls via Schlagzeilen über die vermeintlichen Zustände in rumänischen Waisenheimen.

Insofern ist es ein durchaus sinnvolles und verdienstvolles Unterfangen, die Wohlfahrtsgeschichte Osteuropas in den Blick zu nehmen: In dem zweisprachigen Buch geht es um die Zusammenfassung der Ergebnisse eines Forschungsprojekts, das sich mit der Geschichte der

sozialen Arbeit in Osteuropa in den Jahren zwischen 1900 und 1960 befasst hat. Beteiligt waren acht Länder: Bulgarien, Kroatien, Lettland, Polen, Rumänien, Russland, Slowenien und Ungarn. Das Buch ist zur Hälfte auf Deutsch, die andere Hälfte ist nahezu identisch auf Englisch – angesprochen werden soll damit ein internationales Publikum. Herausgeberinnen sind Sabine Hering von der Universität Siegen, die bereits mit einigen wichtigen Veröffentlichungen im Bereich der sozialen Arbeit und der Geschlechtergeschichte hervorgetreten ist, und Bertheke Waaldijk, Professorin für Language and Culture Studies an der Universität Utrecht.

Der Band besteht aus drei inhaltlichen Beiträgen sowie einer ausführlichen und kommentierten Bibliografie. Im Blick sind die Facetten Konfession, Ideologie, Eugenik, Methodologie, Politik, Gender und Ausbildung. Die Auswahl der acht osteuropäischen Länder – zu denen hier auch Russland gezählt wird – geschieht aus forschungspragmatischen Gründen, d.h. Aufgabe der Leiterinnen des von der VolkswagenStiftung geförderten Forschungsprojektes war es, die Forscherinnen und Forscher in den nationalen Teams zu koordinieren und deren Ergebnisse zu publizieren. Dies geschieht im Überblickskapitel 5, das die Länderberichte unkommentiert aneinanderreihet, unter Verzicht auf Zitate und Quellenverweise. Einleitend heißt es: „Die folgenden Zusammenfassungen [fast 60 Seiten, d.h. ein Drittel des Buches; R. S.] basieren auf dem auf der Website veröffentlichten Material, so ich als Autorin dieses Beitrages selbstverständlich für jedes Land des jeweiligen Ko-Autorinnen und -Autoren danken möchte.“ (S. 96) Man beachte die Satzstellung, aber davon sollte ja nicht mehr die Rede sein, also zurück zum Inhalt...

Der Band beginnt mit einem Vorwort des Sozialwissenschaftlers und Rektors der Freien Universität Bozen, Walter Lorenz, dessen 1994 erschienenes Werk „Social Work in a Changing Europe“ in Verbindung mit seiner 2006 publizierten theoretischen Untersuchung „Perspectives on European Social Work. From the Birth of the Nation State to the Impact of Globalisation“ schon früh kritisch auf die nationalstaatlichen Wurzeln Sozialer Arbeit aufmerksam machte und angesichts der zunehmenden transnationalen Verflechtungen europäische und internationale Lösungen forderte.

In der von den Herausgeberinnen verfassten Einleitung werden Ausgangsbedingungen, Forschungsdesign und -prozess, die untersuchten Länder sowie die inhaltlichen Schwerpunkte des Vorhabens knapp vorgestellt. Unter die Schwerpunkte fallen die Periodisierung – in Form von drei übergeordneten Zeiträumen (1900–1918, 1919–1945,

1945–1960) – und die Ebenen des Vergleichs, nämlich die Rekonstruktion der nationalen Wohlfahrtsgeschichte, zweitens ein „interosteuropäischer“ Vergleich und schließlich die Synopse mit den bisher vorliegenden Annahmen über die Geschichte der Wohlfahrtspflege in Westeuropa. Die Einleitung schließt mit einer Situationsbeschreibung am Ende des Projektes.

An die Einleitung schließt sich eine achtseitige Erläuterung zur vergleichenden Geschichte der Wohlfahrtspflege und ihrer internationalen Dimensionen an, vermutlich von den Herausgeberinnen verfasst. Ziel dieses Abschnittes ist es darzulegen, „in welcher Hinsicht die vergleichende Geschichte der Wohlfahrtspflege aufgrund der Forschungsergebnisse für Osteuropa überprüft werden muss“, um zu einer „gleichberechtigten internationalen Forschung“ beizutragen (S. 32).

Das dritte Kapitel, welches mit der zu Beginn dieses Beitrages zitierten Fußnote einsetzt, untersucht den Einfluss von Kulturen, Konfessionen und Ideologien auf die Wohlfahrtsgeschichte Osteuropas. Weitestgehend unkommentiert und unbearbeitet werden hier Zitate aus den Länderberichten unter verschiedenen Gesichtspunkten zusammengestellt, z.B. unter der Überschrift „Kirche und Wohltätigkeit in Osteuropa“ (S. 53 ff.). In diesem Abschnitt finden sich folgende Unterüberschriften: „Liebe Deinen Nächsten‘: Die katholische Wohltätigkeit“, „Hüte Dich vor Deinem Nächsten‘: Die jüdische Selbsthilfe“ [sic – es handelt sich um ein Zitat aus Jesus Sirach, wobei es in dem Abschnitt weder erläutert wird noch erklärt wird, was dies mit jüdischer Ethik zu tun hat; R. S.], „Fürsorge in der Gemeinde: Die orthodoxe Kirche“ und „Gib den Armen jeden Tag etwas Geld‘: Die muslimische Wohlfahrt“ [die Herkunft dieses Zitates bleiben ebenso wie der Zusammenhang zu muslimischer Wohlfahrt verborgen; R. S.]. Das dritte Kapitel schließt mit einer Literaturliste – die Mehrzahl der aufgelisteten Titel sucht man allerdings in dem Kapitel selbst vergebens.

Im vierten Kapitel, verfasst von Berteke Waaldijk, geht es der Überschrift nach um „Macht und Politik: Politik, Gender und Ausbildung in der osteuropäischen Sozialfürsorge“. Behandelt werden auf knapp 20 Seiten die politischen Dimensionen der sozialen Arbeit unter dem Theologumenon „Widerstand und Anpassung“, die Genderfrage und die internationale Entwicklung der Ausbildung zur Sozialarbeit. Grundsätzlich schwierig sind die Bewertungen, die fortlaufend mit der Rekonstruktion und Beschreibung der Wohlfahrtsgeschichte Osteuropas verquickt werden; so heißt es etwa einleitend zu dem Kapitel auf S. 78: „Die in den acht Länderberichten dargestellten Forschungs-

ergebnisse geben uns Beispiele mutigen Widerstands, Fälle charakterloser Anpassung bis hin zu Handlungen, die aus jeder Sicht inakzeptabel sind. Bevor solche Entscheidungen jedoch bewertet werden, sollte jeder Wissenschaftler, der sich mit der Wohlfahrtsgeschichte auseinandersetzt, untersuchen, in welcher Weise verschiedene Formen der Hilfe mit perversen politischen Zielen verknüpft werden können.“ Das Handeln von Menschen im Rahmen totalitärer Staaten ex post zu beurteilen, ist vielleicht doch etwas differenzierter, als es hier dargestellt wird...

Das ausführlichste und lesenswerteste Kapitel dieses Sammelbandes stellt schließlich das fünfte Kapitel dar, in dem überblicksartig und chronologisch sortiert die Situation in den acht untersuchten Ländern dargestellt wird. Mit Hilfe dieses Überblicks kann man sich einen ersten knappen Eindruck – pro Land ca. sieben Seiten – von der Entwicklung der Sozialarbeit in den beteiligten Ländern zwischen 1900 und 1960 verschaffen.

Am Ende des Bandes findet sich eine ausführliche Bibliografie samt einleitenden Bemerkungen.

Nun – ein Fazit? Gesagt werden kann, dass die Themenstellung durchaus reizvoll und ausbaufähig ist. Im Vergleich zu der Wohlfahrtsgeschichte Westeuropas und besonders einzelner westeuropäischer Staaten wissen wir noch viel zu wenig über die historische Entwicklung im sog. Osteuropa. So ist es ein Verdienst des Bandes, auf die zahlreichen Desiderata aufmerksam gemacht zu haben. Abgesehen von der schludrigen Machart des Buches ist aber eben leider auch die oft nur additive Zusammenstellung des Materials anstelle seiner Durchdringung und Aufbereitung in historischer und systematischer Perspektive zu monieren.

Rajah Scheepers, Erfurt

Ulrike von Hirschhausen, Die Grenzen der Gemeinsamkeit. Deutsche, Letten, Russen und Juden in Riga 1860–1914. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2006, 430 S. mit 23 Tab., 12 Abb. (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft. 172).

In ihrer Göttinger Habilitationsschrift von 2005 beschreibt Ulrike von Hirschhausen die Beziehungen zwischen den vier in Riga lebenden Ethnien von 1860 bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges und analysiert insbesondere die Gründe von Konflikten und Kooperationen, um das Phänomen einer weitgehenden Nationalisierung die-

ser Gesellschaft in einer Stadt konkurrierender Traditionen zu erklären. Der zeitliche Rahmen orientiert sich an den Modernisierungsschüben der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, denn diese Phase war bestimmt von den mit der Agrarreform erfolgenden vielfältigen Modernisierungsprozessen der Urbanisierung, Industrialisierung und Nationsbildung, die eine politische, gesellschaftliche und kulturelle Mobilisierung der städtischen Gesellschaft bewirkten, wodurch Riga in den Jahrzehnten vor 1914 in eine „ethnisch segmentierte Stadt“ zerfiel (S. 12). Das Verlangen nach politischer Partizipation, sozioökonomischer Emanzipation und kultureller Selbststeuerung hatte eine Auflösung der ständisch geordneten Gesellschaft zur Folge. In dieser Zeit eröffnete sich ein politischer Handlungs- und Kommunikationsraum, der erstmals von Deutschen, Letten, Russen und Juden gleichermaßen zur Artikulation ihrer politischen Zielvorstellungen genutzt wurde. Diese ebenso spannungsreiche wie hochdifferenzierte Öffentlichkeit Rigas brach im Ersten Weltkrieg zusammen. Denn die generelle Verdächtigung der Deutschbalten als Reichsfeinde führte bei vielen von ihnen zu einem Loyalitätswechsel vom russischen Zaren zum deutschen Kaiser, und die ethnische Zugehörigkeit wurde zur Quelle einer permanenten Verdächtigung. Aber auch für die Letten bedeutete der Krieg einen grundlegenden Einschnitt: Bedingt durch die aufgeheizte Atmosphäre und die Kampfhandlungen des Jahres 1919 „verschränkten sich auf dem Schlachtfeld, das erstmals in die Stadt selbst hineinreichte, nationale, konterrevolutionäre und weltanschauliche Motive“ (S. 369). Als Bestimmungsrahmen für die unterschiedlichen Gruppen Rigas verwendet die Verfasserin die neue analytische Kategorie des „ethnischen Milieus“, das sie definiert als „hochverdichtete Gruppen, die sich durch spezifische Selbst- und Weltdeutungen nach außen abgrenzen und durch die Umsetzung dieser Deutungskultur in der Lebenswelt innere Kohärenz aufweisen“ (S. 27). Damit schließt sie gerade auch die ethnische Dimension von Milieubildungen mit ein.

Drei Deutungslinien strukturieren die vorliegende Untersuchung: Der Versuch, das Phänomen der Multiethnizität „aus dem langen Schatten nationalzentrierter Modernisierungsparadigmen“ herauszulösen und sie als Charakteristikum des neuzeitlichen Europas verstehbar zu machen (S. 12). Der Zusammenbruch des kommunistischen Systems 1989/91 habe dazu geführt, die Vielfalt ethnischer Gruppen und Identitäten in Europa neu zur Kenntnis zu nehmen. Schließlich erfordern nach Ansicht der Verfasserin die aktuellen internationalen Migrationsströme eine neue Sensibilität für die Probleme und Chan-

cen ethnischer Vielfalt. Infrage zu stellen sei dabei die lange gehegte Annahme, das Heraufkommen der Moderne nivelliere religiöse, ethnische oder nationale Bindungen und ersetze diese durch soziale Klassen als Ordnungskriterium. Dagegen beanspruche gerade auch die Bedeutung von Ethnizität oder Religion ihren historischen Platz in der Geschichte. Multiethnizität ist für Ulrike von Hirschhausen demnach kein Sonderfall, sondern müsse als europäischer Normalfall, als durchgängiges Strukturmerkmal der meisten europäischen Gesellschaften zur Kenntnis genommen werden. – Zum zweiten möchte sie mit ihrer Studie auf Alternativen zur bisherigen Annahme der Nationalismusforschung von einer zwangsläufigen Ausbildung nationaler Identität aufmerksam machen, nicht zuletzt mit einer Problematisierung des Verhältnisses „von nationalen zu differierenden Loyalitätsmustern“, also mit der Frage nach alternativen Gemeinschaftsvorstellungen. Neben die Vielfalt der Loyalitätsbezüge tritt nun die Frage nach deren Deutung, in diesem Falle die „Auslotung der ideologischen Konfliktfelder innerhalb der konkurrierenden Milieus Rigas“ (S. 16). Da es sich bei Nationalkulturen um keine geschlossenen Systeme handle, stelle sich die Frage nach der Bedeutung von Transfers und Wechselbeziehungen für die Ausbildung von Gruppenidentitäten. – Drittens geht die Verfasserin der Entfaltung zivilgesellschaftlicher Entwicklungen unter der Bedingung multiethnischer Koexistenz nach. Dafür seien die Handlungspraxis städtischer Akteure sowie die Art ihres zivilgesellschaftlichen Handelns zu untersuchen mit dem Ziel einer „Historisierung und Kontextualisierung der zivilgesellschaftlichen Praxis“ (S. 20). In einer interethnischen Verflechtungsgeschichte sieht diese Studie einen methodischen Neuansatz zur Überwindung des bislang in der Historiografie oft vorherrschenden ethnozentrischen Narrativs.

Im ersten Kapitel über den „Wandel der städtischen Bevölkerung“ (S. 35-99) untersucht die Verfasserin die demografischen, ethnischen und sozioökonomischen Veränderungen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts von einer ständischen Stadtgemeinde in eine ethnisierte Klassengesellschaft einschließlich der Berufsstruktur der Bevölkerung und der ethnischen Verteilung von Vermögen. Dabei kommt auch Rigas Entwicklung von einer Handelsstadt zur Industriemetropole zur Darstellung. – Im zweiten Kapitel über „Die Formierung ethnischer Milieus: Lebensläufe, Bildungswege, Deutungsmuster“ (S. 101-163) wendet sich die Verfasserin der Innenwelt der städtischen Milieus zu. An individuellen Lebensläufen arbeitet sie anschaulich zentrale Leitvorstellungen und Denkfiguren heraus, die diese Milieus entste-

hen ließen und zusammenhielten. – Das dritte Kapitel „Die Nationalisierung der politischen Kultur“ (S. 165-209) untersucht die politische Kultur Rigas unter Verwendung eines umfassenden Politikbegriffs, mit dem die Verfasserin aufzeigt, wie Leitvorstellungen der konkurrierenden Gruppen in politisches Handeln umgesetzt werden und wie die politische Wirklichkeit wiederum auf die jeweilige Vorstellung zurückwirkt. Riga war dabei der Ort hochpolitisierter Wahlkämpfe und ein Beispiel moderner zukunftsgerichteter Kommunalpolitik. – Im vierten Kapitel über „Die Realisierung der Zivilgesellschaft und ihre Grenzen“ (S. 211-272) fragt sie nach der praktischen Umsetzung milieukonstitutiver Leitvorstellungen in der besonders vielfältigen Vereinslandschaft Rigas. Ein jeweils für ein Milieu repräsentativer Verein wird hinsichtlich Zielsetzung, kultureller Praktiken und Trägerschaft untersucht – so die Entwicklung von der literarisch-praktischen Bürgerverbindung zum Deutschen Verein, die lettische Vereinskultur zwischen bürgerlichem Nationsverständnis und lettisiertem Klassenbegriff, der Russische Klub als primärer Ort der Geselligkeit sowie die Rigaer Gesellschaft für die Verbreitung von Bildung unter den Juden Russlands, die den Weg aus dem Ghetto verdeutlicht. Hier wurden eher Grenzen der Geselligkeit ethnisch markiert, als dass Gemeinwohl, Konfession oder Kultur verbinden konnten, wo die Ethnizität trennte. – Im fünften Kapitel schließlich beschreibt die Verfasserin „Die Segmentierung der kulturellen Praxis“ (S. 273-366), beginnend mit einer Analyse des Anspruchs und nationalen Echos der Russifizierung in Schule und Kirche, über die Nationalisierung der Erinnerung im Zusammenhang der 700-Jahrfeier Rigas 1901, die Deutungsoffenheit des Denkmals für Peter den Großen 1910 bis zur Konkurrenz um die Verortung bei den Raumentwürfen, d.h. die Frage der Bezeichnung dieser Region als „Baltische Provinzen“ oder „Latvija“. – In einem Ausblick und Resümee „Riga im europäischen Vergleich“ (S. 367-384) vergleicht die Verfasserin das Beispiel Rigas mit den ebenfalls multiethnischen Städten Prag und Odessa, indem sie die Gültigkeit und Verallgemeinbarkeit der für Riga erzielten Untersuchungsergebnisse überprüft.

Auf einer breiten, seit 1989/91 überhaupt erst zugänglichen Quellenbasis wertet sie dafür die unterschiedlichen Quellengattungen der städtischen Akten und Statistiken aus, ferner die umfangreiche Vereinsliteratur, ebenso Publikationen wie Zeitungen und politische Broschüren sowie für biografische Zugänge auch persönliche Quellen. In Aufnahme des – übrigens nicht nur von der angelsächsischen Forschung – kritisch hinterfragten und modernisierungstheoretisch inter-

pretierten „Russifizierungs“-Begriffs unterscheidet sie zwischen administrativen und kulturellen Maßnahmen und stellt in diesem Zusammenhang fest, dass sich das deutsche Interesse am Erhalt ständischer Herrschaft und deutscher Kultur nicht zuletzt auch in der Präferenz der Schultypen niederschlug, höhere Bildung wurde als „Domäne der deutschen Bevölkerung“ angesehen (S. 278). So habe sich die Durchsetzung der Deutungsmuster von „deutscher Kultur“ und „baltischer Autonomie“ nicht zuletzt in der Unterrichtssprache gezeigt. Durch Analyse konkreter Institutionen gelingt ihr aber der Nachweis, dass die staatliche Russifizierung der Schule dem „pädagogischen Deutungskanon ‚deutsche Kultur‘ zwar ein Ende setzte, jedoch längere Kontinuitäten bei Lehrkräften und Inhalten erlaubte, als bisher vermutet wurde“, was vor allem für die höheren Schulen im städtischen Raum gelte (S. 291).

Ulrike von Hirschhausen schildert im Einzelnen, wie im multiethnischen Milieu Rigas die Vorstellungen von „Nation“ sowie jene von parallelen Bezugsgrößen wie „Region“ oder „Reich“ divergierende Deutungen erfuhren. Im Unterschied zum westlichen Europa wurde Identität hier nicht in Abgrenzung zu anderen Staaten, sondern durch Aneignung und Abstoßung innerhalb eines Gemeinwesens gesucht und gefunden. Damit überwindet die Verfasserin jene national orientierten Historiografien, von denen die lettische Geschichte als Passionsgeschichte, die deutsche als Verlust der Kulturträgerschaft, die sowjetische wiederum als sozialistische Imperative interpretiert wurden. Dem stellt die Verfasserin eine Perspektive gegenüber, welche die „trennende Praxis der nationalen Sichtweisen überwindet und die ethnischen Gruppen in ihrer gegenseitigen Bedingtheit, Abhängigkeit und Wechselwirkung betrachtet“ (S. 21).

Die ethnische Vielfalt wirkte im Vereinswesen mobilisierend und polarisierend, neben der Politik trieb die Vereinskultur als Fundament einer lokalen Zivilgesellschaft die Milieubildung maßgeblich voran. Während für das deutsche Assoziationswesen zunächst die Gleichsetzung von Geselligkeit und Bürgertugend typisch war mit starker Betonung karitativer Ziele, verstanden sich die auch von Letten, Russen und Juden nach deutschem Muster gegründeten städtischen Vereine zunehmend als Foren partikularer, nationaler Interessen. Die nahezu 700 Vereine Rigas belegen eine hohe Selbstorganisation der städtischen Gesellschaft, in der seit der Jahrhundertwende aber „weder Gemeinwohl noch Kultur, weder berufliche noch sportliche Interessen“ dort verbinden konnten, „wo Ethnizität trennte“ (S. 375). Andererseits verweist die Verfasserin darauf, dass entgegen

der ethnozentrischen Historiografie des 20. Jahrhunderts von einem singulären Charakter der eigenen Kultur nicht die Rede sein könne – die ethnischen Gruppen in Riga waren vielmehr in erheblichem Maße miteinander verflochten, aufeinander bezogen und voneinander abhängig. Eigenes entstand nicht nur durch Abwehr, sondern auch durch Aneignung fremder Muster, wie nicht zuletzt die kulturelle Praxis der lettischen Sängerkulte als „europäisches Transferprodukt“ zeige, dessen Aufnahme und Weitergabe durch die multiethnische Struktur Rigas maßgeblich gefördert worden sei (S. 379).

In Riga war Ethnizität zunächst Ausweis ständischer Zugehörigkeit. Seit den 1860er Jahren aber verbanden die Einwohner mit ihrer ethnischen Zugehörigkeit divergente politische Forderungen und kulturelle Deutungsmuster, so dass die kulturelle Praxis der städtischen Gesellschaft schließlich ethnisch segmentiert war. Die unterschiedlichen Erfahrungen in Kirche und Schule dienten den Deutschen als Mittel kultureller Herrschaftsdurchsetzung, während sie von den Letten im Zuge ihrer Nationsbildung als repressive Institutionen wahrgenommen wurden.

Ähnliche Entwicklungen stellt die Verfasserin für Prag fest, wo Tschechen, Deutsche und Juden zusammenlebten und die Politisierung der ethnischen Zugehörigkeit ebenfalls zur ethnischen Segmentierung der städtischen Gesellschaft führte. Auch hier löste sich die soziale Zugehörigkeit zunehmend von der Ethnizität, während die Überrepräsentation der Deutschen im gehobenen Bürgertum bestehen blieb. Juden akkulturierten sich in Prag wie in Riga zunächst in die deutsche Kultur. Allerdings blieben sie in Riga gleichwohl scharf vom deutschen Milieu getrennt, während sie in der Habsburgermonarchie einen „festen Teil des deutschen Milieus Prags konstituierten“ (S. 371). – In Odessa wiederum bildeten bei vergleichsweise schwacher Politisierung weniger Ethnizität als vielmehr Klasse und Konfession den „dominanten Gruppierungsmodus“.

Die Doppelfunktion von Multiethnizität als Mobilisierung und Polarisierung zeigt sich auch auf kommunaler Ebene. So verstanden die einzelnen ethnischen Gruppen die städtische Lokalpolitik weniger als Regelungsraum lokaler Angelegenheiten denn als Austragungsort nationaler Interessen. Die Wahlbeteiligung war als Ausdruck dieser Nationalisierung hier ähnlich wie in Prag viel höher als in Odessa. Dort wurden bei nur schwach ausgeprägter politischer Kultur die politischen Interessen kaum mit ethnischer Zugehörigkeit verknüpft.

Der vergleichende Blick auf die politische Kultur in Riga, Prag

und Odessa zeigt, dass die Rigaer Auseinandersetzungen um die Sprache von Justiz, Verwaltung und Schule typische Konflikte für urbane Räume waren, in denen Multiethnizität mit Mehrsprachlichkeit einherging. Dieses oft noch von „feudalen Residuen“ ländlicher Räume aufgeheizte Konfliktpotenzial (S. 373) konnte dann auch nicht mehr von Gegenentwürfen wie dem „supranationale[n] Liberalismus“ Paul Schiemanns oder dem Austromarxismus Karl Renners entschärft werden. Die Herausforderungen der Multiethnizität brachten Riga aber eine überaus fortschrittliche Kommunalpolitik mit dem Höhepunkt der ersten städtischen Sozialversicherung im Zarenreich 1908. Sie ging auf die Tradition ständischer Selbstverwaltung zurück, erfuhr ihren stärksten Reformanschub aber durch die multiethnische Konkurrenz. Der Legitimationsdruck gegenüber Russen und Letten führte zu einer ausgeprägt reformorientierten Sozialpolitik: „Je lauter die russische Presse den vermeintlichen Separatismus der Deutschen anklagte, je mehr die Letten politische Teilhabe forderten, desto überzeugender mußten die deutschen Kommunalpolitiker ihre Leistungsbereitschaft unter Beweis stellen, um die deutsche Führung der multiethnischen Kommune zu rechtfertigen“ (S. 373).

Die Verfasserin schließt aus dem Vergleich der drei Städte, einiges spreche dafür, dass Multiethnizität in Ostmitteleuropa vor allem deshalb so häufig eine ethnische Segmentierung der kulturellen Praxis bewirkt habe, weil Kultur, Sprache und Raum zunehmend an ethnische Zugehörigkeit und damit zugleich an politische Interessen gebunden wurden. Während sich die Deutschen an Sprache und Kultur orientierten, verwiesen die Letten auf Abstammung als bezeichnendes Erkennungsmerkmal von Nationalität. Diese definitorische Mehrdeutigkeit zeige den variablen Charakter des Begriffs Nationalität. Der Vergleich multiethnischer Stadtgesellschaften erweise, dass der Durchbruch zur industriellen Moderne unter den Bedingungen multiethnischer Koexistenz tendenziell nicht mit der Durchsetzung der Nation als einzigem Ordnungsmodell notwendig verbunden sei. Sie traf auf unterschiedliche Gemeinschaftsvorstellungen wie Region, Reich, Konfession oder Klasse. Die Macht dieser konkurrierenden Integrationsangebote sei vom verengten Modell eines Nationalstaats kaum berücksichtigt worden. – Abschließend fordert Ulrike von Hirschhausen, Ostmitteleuropa als neuzeitlichen Geschichtsraum weniger „im genuin deutschen Einfluß“ zu sehen als vielmehr „im strukturellen Merkmal von Multiethnizität“, denn es habe sich gezeigt, „daß die Träger jener kulturellen Errungenschaften, die Ostmitteleuropa so eng mit dem westlichen Europa verbanden, keineswegs immer nur

Deutsche waren, sondern ebenso Juden, Letten oder Tschechen, um nur einige zu nennen“ (S. 384).

Ein derart umfassendes Werk wie das vorliegende läuft gelegentlich Gefahr, in Details problematische Aussagen ungeprüft aus Forschungsdiskursen zu übernehmen. So vereinfacht die Autorin beispielsweise die Rolle Julius Eckardts (nicht: „Eckhardt“, wie es durchgängig heißt), den sie einerseits als „scharfe[n] Beobachter der baltischen Lebenswelt“ (S. 61) oder „geistvolle[n] Historiograph[en] der Ostseeprovinzen“ bezeichnet (S. 349). Andererseits rechnet sie ihn aber zu den „leidenschaftlichen Vermittlern“ eines russophoben Feindbildes, „die aus dem Deutschen Kaiserreich die ostseeprovinziale Deutung zu formen suchten“ (S. 293), was sie allerdings mit einem bereits 1868 vor seiner Auswanderung veröffentlichten Text zu belegen versucht. Hier wäre eine Differenzierung der deutschbaltischen Russlandpublizistik angemessen gewesen, über die durchaus jüngere Forschungsergebnisse vorliegen. Und dass sich die mit Paul Schieman befasste Fachliteratur darin erschöpfe, dass nur „einige kleinere biographische Artikel und Essays“ vorlägen, „die sich im wesentlichen wiederholen“ (S. 114, Anm. 25), stimmt angesichts der ebenso umfangreichen wie kontroversen Literaturlage keineswegs. Ebenso ist ihr Verdikt, die „Deutschtumszentrierung“ in Reinhard Wittrams „Baltischer Geschichte“ habe „bis heute noch keinen adäquaten Ersatz gefunden“ (S. 21, Anm. 45), so nicht haltbar, wenn man auch diesen Aspekt in den von der Verfasserin herangezogenen Arbeiten von Gert v. Pistohlkors berücksichtigt.

Trotz dieser kleineren Unebenheiten bildet das neben ausführlichem Quellen- und Literaturverzeichnis (über 30 Seiten) mit Personen-, Orts- und Sachregistern ausgestattete Werk insgesamt einen Markstein für die Erforschung multiethnischer Regionen und Städte Ostmitteleuropas. Mit ihrer systematischen Erschließung vielfältiger neuer Quellen, deren fundierter Interpretation und vor allem mit ihrem methodischen Ansatz einer „interethnischen Verflechtungsgeschichte“ trägt Ulrike von Hirschhausen entscheidend zur Überwindung eines bislang noch häufig anzutreffenden „ethnozentrischen Narrativs“ bei. Nicht zuletzt aufgrund der erfolgreichen Verbindung von Mikro- und Makrogeschichte, der überzeugenden Synthese von Sozial-, Politik- und Kulturgeschichte wird ihre Untersuchung über die Grenzen der Gemeinsamkeit ethnischer Milieus in Riga die Forschung anregen und entsprechende Arbeiten nicht nur für die baltische Region zur Folge haben.

Michael Garleff, Oldenburg

Jürgen Joachimsthaler, *Philologie der Nachbarschaft: Erinnerungskultur, Literatur und Wissenschaft zwischen Deutschland und Polen*. Würzburg: Königshausen & Neumann 2007, 344 S.

Eine Sammelpublikation von bereits veröffentlichten Aufsätzen stellt immer ein Wagnis dar, weil ja gewissermaßen alles schon gesagt ist, mithin im Einzelnen also nichts Neues erwartet werden darf. Der Reiz der Zusammenstellung besteht jedoch in der Möglichkeit der Akzentuierung und Verdichtung; deutlicher als mit verstreuten Aufsätzen können der größere Zusammenhang bzw. das Gesamtthema vor Augen geführt und die Aufmerksamkeit auf ein Thema gelenkt werden, das als facettenreich und gewichtig herausgehoben zu werden verdient. Genau dies trifft auf den Band des 1964 geborenen Germanisten Joachimsthaler zu, in dem insgesamt 20 „Aufsätze, Vorträge, Studien und Polemiken“ (S. 7) aus dem Jahrzehnt 1996–2006 versammelt sind. Die verschiedenartigen Texte, die sich streng wissenschaftlich oder auch polemisch einkleiden, zeigen durchgängig persönliches Engagement des Autors. Das Thema des Bandes wird hier nicht lediglich abgehandelt, sondern immer aus der Perspektive des intimen Kenners und mit einer spürbaren emotionalen Nähe des Autors ausbreitet. Insofern trägt die Kombination der Schreibstile auch zu einer durchaus angemessenen Weitung des Horizonts bei, denn die Germanistik in Polen bzw. Wechselwirkungen von polnischer und deutscher Literatur sind in ihrer und aufgrund der historischen Entwicklung emotionsgeladene Themenfelder.

Als Lektor und Dozent für deutsche Literatur an der polnischen Universität Opole (Oppeln) verkörperte Joachimsthaler von 1994 bis 2001 geradezu das Thema des Bandes, indem er sich nicht lediglich in den Elfenbeinturm der deutschen Literatur zurückzog, sondern mit deutlichem Interesse an polnischer Literatur und Geschichte sowie der aktuellen Diskussion um die regionale Identität – hier eben (Ober-)Schlesiens – die geistesgeschichtlichen und kulturwissenschaftlichen Implikationen zwischen Deutschen und Polen aufarbeitete. Joachimsthaler betreibt also nicht etwa nur eine Germanistik in Polen, sondern arbeitet im Spannungsfeld von Germanistik und Polonistik, was folgerichtig als eine „Philologie der Nachbarschaft“ bezeichnet wird und in ein Buch des „Dazwischen“ (S. 7) mündet. Auf sympathische Weise fließt immer wieder die persönliche und biografisch bedingte Sichtweise des Autors ein, der als in Westdeutschland Geborener die von Kaltem Krieg und Eisernem Vorhang geprägte Erfahrung der Fremde, ja mehr noch eines verbreiteten Desinteresses

gegenüber dem ‚Osten‘ mit sich brachte und jetzt die Annäherung an Polen sozusagen handgreiflich erlebt und miterleben lässt. Es ist die Perspektive des Gastes, der durch längeren Aufenthalt in und Zusammenarbeit mit Polen vertraut geworden ist und zuweilen auch polnische Befindlichkeiten erklären kann. Gegenüber den Organisationen und Funktionären der deutschen Vertriebenen positioniert sich der Autor mit kritischer Distanz und verwahrt sich vor Vereinnahmung, die – das zeigt das Buch in seiner ganzen thematischen Spannweite – dem durchaus eigenen Blick Joachimsthalers auch völlig unangemessen wäre. Dies gilt schon deshalb, weil gewissermaßen aus dem Alltag des Philologen heraus sowohl historisch als auch an der Gegenwart orientiert gearbeitet wird. Die politische Normalität ist als solche selbstverständlich, wie auch die enge historische Verknüpfung Schlesiens mit Deutschland – immerhin eine Kernregion der deutschen Literaturgeschichte. Aber konsequenterweise geht der Blick eben nicht auf das „deutsche Schlesien“, sondern auf die deutsch-polnisch-tschechische Mischkultur dieser Region, eine im besten Sinne europäische Kultur, die dem Nationalismus zum Opfer fiel und jetzt vielleicht wieder erstehen könnte.

Der Band ist in drei Teile gegliedert, deren erster den ein wenig hermetischen Titel trägt „Die Gegenwart der Vergangenheit der Zukunft“ und die Region Schlesien in der mehrdimensionalen geschichtlichen und gegenwärtigen Deutung vor Augen führt. Als reale geografisch-kulturell bestimmte Region wird Schlesien in der Literatur einerseits als erinnerte Geschichte und andererseits in der Gegenwart dann als gedankliche Konstruktion in deutscher und polnischer Literatur und Kultur im Hinblick auf seine Aneignung, Verbreitung und (Zurück-)Gewinnung thematisiert. Hierzu wird eingangs ein Bild der Germanistik in Polen entworfen, in dem auf solider historischer Herleitung die heutige Situation und gegenwärtige Tendenzen gerade im Blick auf die gesellschaftliche Relevanz des Faches ausgemalt werden können. In „Abschied von Schlesien“ kommt die Perspektive des Autors als Angehöriger der „westdeutschen Nachkriegsgeneration vor 1989“ auf die Region stark zum Tragen, wird doch das merkwürdige, ganz von Vertriebenenorganisationen geprägte Bild in der westdeutschen Öffentlichkeit vor 1989 mit der persönlichen – und für die Generation sicherlich zutreffenden – weit verbreiteten sachlichen Unkenntnis und offenem Desinteresse kontrastiert. Die semantischen Verschiebungen durch den Generationenwechsel werden denn auch zuweilen mit spitzer Zunge formuliert. Hier wird die Zwischen-Stellung des Autors deutlich, der sich als Deutscher

mehr genötigt sieht, sich vom „deutschen“, eben von Vertriebeneninstitutionen und -funktionären geprägten Schlesienbild zu distanzieren. Dafür kann die polnische Sichtweise miteinbezogen werden, so dass eine ganz eigene, analytische Symbiose entsteht, die der Region Schlesien unzweifelhaft besser gerecht wird.

Das für das Schlesienbild zentrale Thema einer ‚erinnerten Region‘ wird mehrfach behandelt. Eine Untersuchung des Zusammenhangs von Erinnerungsliteratur mit der Konstruktion des Gedächtnisses zeigt auf, wie auch unbewusste Einflüsse das Bild selektiv prägen und damit in der Regel idyllisieren. An Arno Schmidts Schlesienbild wird eine Perspektive aufgedeckt, die gerade aufgrund der schlesischen Herkunft eine Fremdheit gegenüber dem gängigen Bild der Region aufweist und nicht zufällig von deutlicher Distanz zu den „heimatbetäubten“ Vertriebenen geprägt ist. Den Übergang zur Gegenwart der Region markiert der letzte Beitrag des ersten Teils, „Die mehrfach erfundene Provinz“, indem die Landschaft als Identifikationsobjekt und Identitätsmedium auch und gerade im heutigen Polen – und mit Blick auf die Differenzen zwischen Ober- und Niederschlesien – vorgeführt wird.

Teil zwei versammelt Einzelstudien zu deutschen und polnischen Autoren und Texten unter dem Titel „Hinüber und herüber: Wechselwirkung und Verflechtung“. Johann Georg Hamanns geschichtsphilosophische „Ästhetik des Verlusts“ wird in der literarischen Geschichtsästhetik aktueller polnischer Literatur aufgespürt. Ähnlichkeiten in den Texten von Tadeusz Różewicz und Peter Huchel erweisen sich als nicht zufällig, sondern auf ähnlichen Erfahrungen beruhend. Die Pointe bildet hier die Erkenntnis, dass bei beiden die Opfer- und Täterrolle vertauscht wird, das lyrische Ich Huchels jedoch zur Verstummung neigt. Witold Gombrowicz' Stück „Yvonne, die Burgunderprinzessin“ wird als Darstellung des Schweigens analysiert, das letztlich ein Zuschauen inszeniert und damit einen Spiegel für den Zuschauer bildet. Hans-Ulrich Treichel sucht als Kind von Vertriebenen in seinem autobiografischen Werk „Von Leib und Seele“ nach der eigenen Identität – „eingesperrt zwischen zwei Fremdheiten“ (S. 183). Seine erzählerische Schilderung eines Aufenthalts in Polen (Lublin) kreiert daher ein sehr spezielles Polenbild, das aus der Perspektive des Außenseiters durchaus auch funktional gedeutet werden kann. Ein Gedenkartikel ist der Würdigung des Autors, Übersetzers und bedeutenden Vermittlers zwischen Deutschland und Polen Henryk Bereska (1926–2005) gewidmet. Den Abschluss des zweiten Teils bildet der Entwurf einer Theorie für das „Literarische Kultur-

raummodell Oberschlesien“ für die Zeit von ca. 1848 bis 2000. Als die beiden (aufeinander bezogenen) Ebenen hierfür werden einerseits ein Kulturraum jener Literatur, die innerhalb oder außerhalb der Region entstand, und andererseits der in dieser Literatur auf der Textebene entworfene Kulturraum Oberschlesien konstatiert. Vorrangiges Ziel ist jedoch die Rekonstruktion von literarischen Entwürfen Oberschlesiens, so dass Joachimsthalers Modell vor allem an thematisch relevanten Texten orientiert ist und bewusst eine ‚Höhenkammliteratur‘ in den Blick nimmt.

Im letzten Teil, „Method(olog)isches, Didaktisches und Polemisches“ sind eher übergreifende, die Rolle der Germanistik bzw. der Nationalphilologien, speziell im historischen Grenz- und Übergangsraum zwischen Deutschland und Polen, betreffende Aufsätze zu finden. Überlegungen, wie der Weg von den Nationalphilologien zu einer europäischen Philologie beschritten werden sollte, werden eingangs unter dem Titel „Die germanistische Unschärferelation“ präsentiert. Wenig überraschend angesichts der bisher vorgestellten Beiträge, zielt Joachimsthalers Konzept auf eine Rekonstruktion der multikulturellen Eigenarten gerade der Regionen, die vom Nationalismus überdeckt oder zerstört wurden. Von diesem Ausblick in die Zukunft des Faches wandert der Blick zurück auf die wilhelminische Germanisierungspolitik in Oberschlesien, die der polnischen Bevölkerung „Bildung“ bringen sollte und deren Ziel die Verdrängung der Zweisprachigkeit zugunsten des Deutschen war. Eindrucksvoll werden die ideologischen und pädagogischen Fehler aufgezeigt, die letztlich zur Polarisierung und nationalistischen Trennung von Polen und Deutschen beitrugen. In den gleichen historischen Kontext gehört eine Analyse der Lesekultur anhand der Volks- und Schulbüchereien in Oberschlesien. Die von der Regierung intendierte Beeinflussung der Volksmassen in deutschnationalem Sinne, also eine Mobilisierung für deutsche Kultur, wurde durch die breit angelegte Einrichtung von vielen kleinen Büchereien mit ‚harmlosen‘ Schriften zu erreichen versucht und umfasste überraschenderweise auch eine bewusste Begrenzung des literarischen Horizonts der Lehrer.

Dann wenden sich die Beiträge wieder der Gegenwart und Zukunft zu, indem hochschuldidaktische Überlegungen zur Rolle der Sprachpraxis in der germanistischen Lehre in Polen angestellt werden. Joachimsthaler tritt nachdrücklich für eine Aufgabe der an Standards orientierten sprachpraktischen Fächer zugunsten germanistischer Inhalte ein, da das Sprachniveau der polnischen GermanistikstudentInnen für die vorhandenen Lehrbücher zu hoch sei und mehr in-

dividueller Förderung bedürfe. In dem für den Sammelband Titel gebenden Beitrag „Philologie der Nachbarschaft?“ wird die lange vernachlässigte Kombination von Germanistik und Schlesienforschung problematisiert und auf die besondere Eignung Schlesiens als Paradigma für germanistische Forschungen hingewiesen. Mit der Abkehr vom Nationalismus erscheint eine Hinwendung zu den komplexen Verflechtungen der Kulturräume hier besonders angemessen. Seiner Verärgerung über Informationsdefizite der deutschen gegenüber der polnischen Germanistik macht Joachimsthaler Luft, indem er anhand eines Vortrags von Hubertus Fischer¹ „Die polnische Germanistik als Phantomschmerz der deutschen“ brandmarkt. Er richtet sich hier vor allem gegen gut gemeinte Ratschläge und vermeintliche Hilfe, die jedoch lediglich eine kolonialistische Haltung offenbaren, weil es an Kenntnissen über die Verhältnisse in der polnischen Germanistik fehle. Vielmehr wird eine Wahrnehmung dieser als Partner mit einem wirklichen Austausch eingefordert. Zwei Rezensionen zu einem in deutscher und in polnischer Sprache erschienenen Tagungsband über August Scholtis stellen nochmals die polemische Ader Joachimsthalers unter Beweis, zeigen sich doch deutliche Unterschiede in der redaktionellen und herausgeberischen Betreuung, für die das polnische Werk ausdrücklich gewürdigt wird.

Der letzte von Joachimsthaler stammende Text im Sammelband ist dem „Unterscheiden“ gewidmet. Joachimsthaler wendet sich gegen die Dichotomie von „das Eigene“ vs. „das Fremde“ und zeigt mit Hilfe von Jacques Derrida die sprachliche Problematik von Muttersprache und Fremdsprache auf, denen ein Drittes korreliert. In der praktischen Anwendung für die Interkulturalitätsforschung können dies etwa grammatische Kategorien sein, die bei der Erstellung einer ‚reversiblen vergleichenden Grammatik‘ der deutschen und polnischen Sprache zugrundegelegt werden und weder der einen noch der anderen Sprache ‚eigen‘ sind.

Ein kurzes Nachwort des polnischen Germanisten Marek Zyburda ordnet den Band abschließend in die aktuelle Situation deutsch-polnischer Beziehungen und speziell der Germanistik ein und würdigt den Autor mit seinen Bemühungen, die ganz offensichtlich schon manche Früchte getragen haben.

Neben den Publikationsnachweisen gibt es keine weiteren Beiga-

¹ Hubertus Fischer, Warum keine polnische Mediävistik?, in: Mitteilungen des Deutschen Germanistenverbandes 48 (2001), H. 1, S. 118-123.

ben; ein Register zumindest der Orts- und Eigennamen wäre zweifellos ein hilfreiches Instrument gewesen, das zusätzliche Verbindungslinien unter den Texten zu entdecken vermocht hätte. Angesichts der nicht seltenen Neigung Joachimsthalers zu äußerst komplexen und zuweilen philosophisch aufgeladenen Satzstrukturen sind zu häufig auftretende orthografische und/oder grammatische Unzuverlässigkeiten besonders störend. Leider sind auch Trennungen von der Art „beo-bachten“ oder „ve-rändert“ (beide S. 226) keine Seltenheit. Gerade in einem Buch aus dem und über das Spannungsfeld deutsch-polnischer Literatur und Literaturwissenschaft von einem Autor, der im Sprachunterricht die alltäglichen Probleme vor Augen hat(te), wird man (noch?) ein wenig mehr Sorgfalt erwarten dürfen. Wohltuend sind hingegen die durchgängig sichtbare Freude an der und das beredte Eintreten für die Sache. Joachimsthaler schreibt oft scharfsichtig und subjektiv und zuweilen vielleicht anfechtbar, aber was Diskussionen auslösen und weiterführen kann, wird einer interkulturellen Germanistik im besten Sinne wie einer intellektuellen Kommunikation über Nationalitäten hinweg gewiss nicht schaden.

Martin Klöker, Osnabrück

Konfessionelle Identität und Nationsbildung. Die griechisch-katholischen Kirchen in Ostmittel- und Südosteuropa im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. v. Hans-Christian Maner u. Norbert Spanberger. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2007, 237 S., 19 s/w-Abb., 2 Farb- u. 2 s/w-Karten (Forschungen zur Geschichte und Kultur des Östlichen Mitteleuropa. 25).

Die griechisch-katholische oder auch unierte Kirche, so stellt Mitherausgeber Hans-Christian Maner in der Einleitung des vorliegenden Bandes fest, sei ein geradezu exemplarisches Phänomen des mit Oskar Halecki als „Grenzraum des Abendlandes“ verstandenen Ostmitteleuropa. Daher scheint ihr Beispiel besonders geeignet, das Spannungsverhältnis zwischen Religion und nationaler Zugehörigkeit in dieser Region zu untersuchen. So wirft der hybride Charakter der Kirchenunion fast wie von selbst eine ganze Reihe von Fragen auf: Wie verortete sich die Kirche im Wechselspiel zwischen ostkirchlichem Ritus und westkirchlicher Anbindung? Wie wurden die unterschiedlichen Loyalitätspflichten gegenüber Staat und Nation, aber auch gegenüber dem Vatikan ausbalanciert? Und zuletzt als eine Leitfrage des Bandes: Inwiefern prägte die konfessionelle Eigenart die

Herausbildung des nationalen Bewusstseins? Welche Rolle spielte die griechisch-katholische Kirche im Nationsbildungsprozess? (S. 15 f.)

Gerade im Hinblick auf Galizien wird die Zugehörigkeit zur griechisch-katholischen Kirche mit der ukrainischen Nation gleichgesetzt, was sich wiederum aus der Abgrenzung der zunächst ruthenischen und später dann ukrainischen Bevölkerung gegenüber römisch-katholischen Polen und orthodoxen Russen ergibt. Zwar ist die wichtige Rolle der unierten Kirche bei der ukrainischen Nationsbildung gerade in Galizien nicht zu leugnen. Die gerade nach der Unabhängigkeit der Ukraine im Jahr 1991 populäre These, nach der diese auf dem inneren Wesen der unierten Kirche beruhe bzw. deren östliche und westliche Einflüsse verbindendem Charakter entspringe, weist der Lemberger Kirchenhistoriker Oleh Turij jedoch zurück. Vielmehr habe es im von ihm betrachteten 19. Jahrhundert durchaus bedeutende russophile und polonophile oder österreichisch-ruthenische Strömungen innerhalb der Kirche gegeben, und erst nach der Revolution von 1848 konnte sich die ukrainophile Richtung in der griechisch-katholischen Kirche entfalten (S. 44 f.). In den folgenden Jahren kam ihr nun als Bewahrer der ukrainischen Traditionen tatsächlich eine führende Rolle bei der ukrainischen Nationsbildung zu, wobei sie dennoch nicht der einzige Akteur dieses Prozesses war. Diese führende Rolle innerhalb der nationalen Bewegung, so Turij, verlor die Kirche jedoch paradoxerweise in dem Moment wieder, als sich unter griechisch-katholischen Galiziern die ukrainische Nationalität tatsächlich durchsetzte (S. 49).

Die Sicht der russophilen und ukrainophilen Richtung der ukrainischen Orthodoxen auf die unierte Kirche untersucht Ricarda Vulpius in ihrem diskursanalytisch angelegten Beitrag „Feind und Opfer zugleich“. Für die Russophilen handelte es sich bei den nun im Zuge der Unterdrückung der Unierten Kirche im russländischen Reich wieder in die Orthodoxe Kirche eingegliederten unierten Gläubigen erwartungsgemäß um Kleinrussen und eben nicht um Ukrainer (wie für die Ukrainophilen). Diese Rückkehr in die Orthodoxie wurde von ihnen symbolisch vollzogen und später an den Jahrestagen zelebriert. Allerdings trafen sich beide Richtungen in ihrer deutlichen Abgrenzung zur unierten Kirche. Diese, so stimmen Russophile und Ukrainophile überein, sei in weltlicher Hinsicht ein Mittel der polnischen Fremdherrschaft gewesen. In religiöser Hinsicht galten Unierte als Häretiker. Gerade hier wird auch deutlich, dass in der orthodoxen Kirche der Dnepr-Ukraine die religiöse Bindung stärker war als die nationale, was eine Kooperation orthodoxer und unierter galizischer

Geistlicher in der ukrainischen Nationalbewegung unmöglich machte. Mehr noch, diese Kooperation wäre in den Augen jener ukrainisch gesinnten orthodoxen Geistlichen einem doppelten Verrat in religiöser und nationaler Hinsicht gleichgekommen (S. 35). Letztlich verwendete die ukrainophile Richtung wesentlich mehr Energie auf die Abgrenzung von der griechisch-katholischen Kirche und Polen als auf jene vom russischen Nationalismus.

Georgij Avvakumovs Beitrag skizziert den vom griechisch-katholischen Metropoliten Andrej Šeptyc'kyj 1903 begonnenen Briefwechsel mit dem orthodoxen Bischof von Wolhynien und Žitomir Antonij Chrapovickij. Auch wenn dieser Versuch eines interreligiösen Dialogs zunächst mit der Hoffnung verbunden gewesen sein mag, den innerhalb der Russischen Orthodoxen Kirche als Dissidenten gehandelten Chrapovickij für eine Union mit Rom zu gewinnen, setzte Šeptyc'kyj ihn fort, obwohl rasch klar wurde, dass diese Hoffnung unerfüllt bleiben würde. Immerhin handelte es sich bei Chrapovickij um einen dezidierten Gegner des Katholizismus in allen seinen Ausformungen und zudem um einen Exponenten der Russifizierungspolitik in Wolhynien. Dennoch nutzte der griechisch-katholische Metropolitan diese Gelegenheit, um einen Austausch über die Grundfragen christlicher Einheit zu führen und überhaupt in einen Dialog mit der orthodoxen Kirche des russländischen Reiches zu treten (S. 60). Ein konkretes Ergebnis brachte der Briefwechsel dieser beiden bedeutenden ostkirchlichen Kleriker freilich nicht.

Über die Frage, wie die westlichen und östlichen Traditionen in der unierten Kirche zu vereinbaren seien, entwickelte sich in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg eine umfangreiche Debatte im nun zu Polen gehörenden Galizien. Dabei jedoch, so zeigt Stanisław Stepień in seinem Beitrag auf, bestand kein Zusammenhang zwischen der Befürwortung einer Byzantinisierung und einer Orientierung hin zu Russland oder der Orthodoxie, wie noch im 19. Jahrhundert. Es war wiederum Andrej Šeptyc'kyj, der hier die Byzantinisierung als Bereicherung der westlichen zivilisatorischen Inhalte um ostkirchlich-rituelle Komponenten verstand und als solche propagierte. Šeptyc'kyj wollte hiermit auch die Möglichkeit eröffnen, mit Hilfe der griechisch-katholischen Kirche die russische Orthodoxie für eine Verbindung mit Rom zu gewinnen. Andere griechisch-katholische Bischöfe jedoch sahen dies als Gefährdung des lokalen ukrainischen Charakters der Kirche (S. 76 f.).

Gerade die Verbindung aus östlichem Ritus und Zugehörigkeit zur westlichen Kirche ist es, die den Ethnologen Chris Hann da-

zu veranlasst, anhand der griechisch-katholischen Kirche und ihrer 400-jährigen Geschichte, die auch trotz Unterdrückung während des Sozialismus nicht abbricht, die von Samuel Huntington gezogene Trennlinie zwischen Ost und West infrage zu stellen. Da Huntington diese Grenze an der Trennung zwischen orthodoxem und westlichem Christentum festmacht, könne man am Beispiel der unierten Kirche sehen, dass Europa in kultureller Hinsicht eben doch als Ganzes zu betrachten sei (S. 87 f.). Seine dieser These zugrunde liegenden Forschungen begann Hann an der Wende der 70er zu den 80er Jahren im kleinen südostpolnischen Dorf Wistok Wielki. Dessen ukrainische Bewohner waren nach dem Zweiten Weltkrieg in die heutige Ukraine bzw. die polnischen Westgebiete deportiert worden. Unter den wenigen Rückkehrern konnte Hann beobachten, wie stark die konfessionelle Bindung der griechisch-katholischen Gläubigen an ihre Kirche war, was etwa dazu führte, dass diese lieber weite Wege und die fremde Umgebung einer römisch-katholischen Kirche in Kauf nahmen, wo gelegentlich griechisch-katholische Messen gefeiert wurden, als eine einfacher zu erreichende orthodoxe Messe zu besuchen, obwohl deren Ritus mit dem griechisch-katholischen fast identisch war (S. 82). Im postsozialistischen Przemyśl wiederum, so Hann, ließ sich am Streit um die Rückübertragung einer Kathedrale an die griechisch-katholische Kirche eindrücklich die „gelebte Geschichte“ beobachten. Um die Rückgabe der 1946 enteigneten Kathedrale zu verhindern, hatten sich polnische Nationalisten nicht nur anti-ukrainischer Ressentiments bedient. Sie wählten – wie übrigens auch die Unierten – selektiv Elemente aus der verworrenen Geschichte des Bauwerks aus, die die jeweils eigenen Forderungen untermauern sollten.

Die bisher besprochenen Beiträge des Bandes konzentrieren sich auf die unierte Kirche in Galizien. Die Aufsätze im zweiten, hier nicht näher betrachteten Teil hingegen befassen sich mit der griechisch-katholischen Kirche im südosteuropäischen Raum. Mit vier Ausnahmen gehen alle auf eine 2002 in Lemberg veranstaltete Konferenz zurück und stellen, so die Herausgeber im Vorwort, keine „Synthese zielgerichteter Forschungsarbeit“ dar. Ein Befund, dessen Konsequenzen man dem Band an einigen Stellen leider nur zu deutlich anmerkt. Auch wenn er eine Reihe interessanter und spannender Beiträge beinhaltet, bleiben selbst diese oft hinter ihren Potenzialen zurück. In vielen Fällen sind nur die kaum überarbeiteten Konferenzbeiträge abgedruckt worden, was vor allem vor dem Hintergrund, dass zwischen Konferenz und Publikation fünf Jahre vergingen, verwundert. Darüber hinaus fallen auch einige unschöne Fehler auf, die einem

aufmerksamen Lektorat nicht hätten entgehen sollen. Dennoch stellt das Buch eine Pionierleistung im deutschsprachigen Raum dar, in dem kaum Arbeiten zur griechisch-katholischen Kirche vorliegen.

Stephan Stach, Leipzig

Mathias Mesenhöller, Ständische Modernisierung. Der kurländische Ritterschaftsadel 1760–1830. Berlin: Akademie-Verlag 2009, 617 S. (Elitenwandel in der Moderne. 9).

Kurland als Adelslandschaft zwischen Alt-Livland und der polnisch-litauischen Adelsrepublik ist zweifellos ein interessantes Thema an der Nahtstelle zwischen ostmittel- und nordosteuropäischer Geschichte. Das gilt insbesondere für den Übergang der Region von der *Rzeczpospolita szlachecka* zum russländischen Imperium 1795. Verstärkt wird die Relevanz des kurländischen Themas zudem dadurch, dass es im Spannungsfeld zwischen den ständischen Reformbemühungen in Polen-Litauen und dem Beharren auf ständischen Privilegien im Zarenreich steht. Daraus haben sich diametral entgegengesetzte historiografische Narrative mit Blick auf die Wirkungen ständischer Strukturen auf die Moderne entwickelt: Während für Polen-Litauen deren prinzipielle Reformfähigkeit attestiert wird, dominiert gerade mit Blick auf die russländischen Ostseeprovinzen eine negative Einschätzung als rückständig oder unzeitgemäß.

Vor dem Hintergrund einer fundamentalen Kritik an einem teleologischen Modernisierungsbegriff versucht Mesenhöller eine, wie er sagt, periphere Region auf ihre Modernisierungsprozesse in dem Spannungsfeld zwischen gesellschaftlichem Partizipationsanspruch und einer auf Exklusion und Obenbleiben bedachten privilegierten Gruppe zu untersuchen. Als Modernisierungsprozesse betrachtet Mesenhöller strukturelle Differenzierung, Individualisierung, Domestizierung der Natur und Vergeschichtlichung, von denen er insbesondere den ersten Aspekt ausführlich behandelt. Seine Hypothese ist, dass sich in dem Zeitraum zwischen 1750 und 1850 in Kurland etwas „substantiell Neues“ entwickelt habe, das als ständische Modernisierung zu beschreiben sei.

Die Periodisierung der Studie orientiert sich zum einen an der Wiedereinsetzung Ernst Birons als kurländischer Herzog 1763 und zum anderen an der Bauernbefreiung und der Gründung des Kurländischen Güterkreditvereins 1832, durch den sich ein Ausweg aus der ökonomischen Krise der Gutswirtschaft eröffnete. Mesenhöller gliedert sei-

ne Studie in drei große Abschnitte, die er Herzogtum, Agonie des Ancien Régime und Imperialisierung nennt. Die insgesamt sieben Kapitel sind dabei – zumindest nach ihren Titeln – recht unabhängig gestaltet. Im ersten und umfangreichsten Teil gibt Mesenhöller eine detaillierte Beschreibung der politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Strukturen und Entwicklungslinien in der „Adelsrepublik mit fürstlicher Spitze“ (S. 41). Er beschreibt hier das Indigenat als Grundlage der ritterschaftlichen Korporation, das trotz seiner Fixierung 1642 und einer sehr restriktiven Zulassungspolitik doch durch zahlreiche „notorisch“ indigene Familien aufgeweicht wurde. In sozialer und kultureller Hinsicht gab es durchaus Querverbindungen zu den Literati, bei denen namentlich die Pastoren einen quasi adligen Lebensstil pflegten, auch wenn sie rechtlich vom Adel geschieden waren. Mit Blick auf die unfreie bäuerliche Bevölkerung diskutiert Mesenhöller den Charakter der Leibeigenschaft und erörtert ihre Reichweite an der Frage des Untertanenverkaufs, der trotz seiner prinzipiellen Möglichkeit offensichtlich nur im Zusammenhang mit Landverkäufen stattfand. Hinsichtlich der Besitzstruktur hebt Mesenhöller die Bedeutung der herzoglichen Domänen hervor, die etwa 40% des gesamten Landbesitzes ausmachten. Ihre Bewirtschaftung spielte neben dem Allodialbesitz eine wichtige Rolle für den Adel. Die Konflikte um die Nutzung der Domänen beschreibt Mesenhöller als Praxis der Bereicherung. Namentlich aus der Bironschen Güterreduktion bis 1740 erklärt sich dann auch die Opposition des Adels gegen die Politik des Herzogs bis zum Tod Peter Birons 1790. In dieser Situation kam es dann zum Konflikt um die „Bürgerliche Union“, in der die nichtadligen Eliten politische Partizipation und die Beseitigung wirtschaftlicher Privilegien des Adels forderten, während der Adel im Gegenzug nach einem exklusiven Zugriff auf die Landesherrschaft strebte. Mesenhöller untersucht diese Auseinandersetzung im Kontext aufklärerischer Patriotismuskurse und arbeitet heraus, dass sich in ihnen die Ausdifferenzierung unterschiedlicher gesellschaftlicher und staatlicher Rollenverständnisse erkennen lassen. Zugleich weist er am Beispiel der Freimaurerlogen in Mitau auf den Zusammenhang zwischen adliger Libertät, Exklusion und bürgerlicher Geselligkeit hin.

Im zweiten Teil skizziert Mesenhöller die Restitution staatlicher Ordnung im Rahmen der Unterwerfung unter die zarische Herrschaft, mit der sowohl die Forderungen der bürgerlichen Union als auch die Auswirkungen des Kościuszko-Aufstands eingedämmt wurden. Die Kosten der Unterwerfung unter die Autokratie waren na-

mentlich in der napoleonischen Epoche mit der Kontinentalsperre und dem Zug der Grande Armée gegen Russland erheblich, in deren Folge zahlreiche Güter „gänzlich ruiniert“ waren. Verschärft wurde die ökonomische Krise durch ökologische und demografische Probleme.

Unter „Imperialisierung“ versteht Mesenhöller – sprachlich etwas sperrig – im dritten Teil die mit dem Übergang ans Zarenreich verbundenen Integrationsprozesse. Er behandelt hier zunächst die zentralen Reformen, die Aufhebung der Leibeigenschaft, zu der die Anstöße aus Petersburg und Riga kamen, sowie die Einführung eines Kreditinstituts für den bedrohten Gutsbesitz. Als Wirkung der Bauernbefreiung von 1817 nennt Mesenhöller die Umstellung der Machtposition des Adels von Herrschaft und Besitz und zugleich eine Verrechtlichung der bäuerlichen Beziehungen, vor allem in der Einführung des Landgemeindewesens. Wenn sich in den Debatten um die Kreditbank letztlich eine privat-rechtliche Assoziation durchsetzte, die sich – wenn auch mit Einschränkungen – auch nichtadligen Landwirten öffnete, so zeigt sich hier der Übergang von ständischen zu zivilgesellschaftlichen Strukturen, nicht jedoch zum Verfassungsstaat, wie es Wolfgang Neugebauer für Preußen beobachtet hat. Den zweiten Schwerpunkt bilden adlige Strategien des Obenbleibens. Zum einen bot die Integration in russländische Zusammenhänge zahlreiche Karrierechancen, die die staatlichen Anforderungen an den Adel kompensierten. Zum anderen konstatiert Mesenhöller neue Sinnstiftungen, die auf die Kompromisse des Adels mit den anderen Eliten, namentlich den Literati, reagierten, etwa auf Grundlage der Abgrenzung von den „Kaufbürgern“. Die Untersuchung endet mit einem Abschnitt, in dem Mesenhöller die Narrative der Zivilisierung in den Debatten über Bildung der Letten einerseits sowie der Deutschbaltischen andererseits betrachtet. Der ostseeprovinzionale Zusammenhang scheint freilich nicht ganz so kontingent zu sein, wie es sich bei Mesenhöller darstellt, sondern doch eine direkte Konsequenz russländischer Herrschaft. Ein Vergleich mit den Ritterschaften in Livland und Estland wäre hier sinnvoll, auch wenn er im Rahmen dieser Studie nicht zu leisten war. Dass die Ethnisierung ständischen Denkens um die Wende zum 20. Jahrhundert am Ende dieses deutschbaltischen Narrativs steht, ist freilich nicht zu bezweifeln.

Ein abschließender Überblick fasst die Überlegungen und Thesen der Studie zusammen und ein umfangreicher Anhang enthält statistische Angaben, unter anderem zum Heiratsverhalten und zu den Güterbesitzstrukturen.

Ohne jeden Zweifel hat Mesenhöller eine ganz beachtliche Forschungsleistung vorgelegt, die von einem souveränen Umgang mit Quellen und Literatur zeugt und auch in ihren Randbemerkungen und Exkursen einen Erkenntnisgewinn bietet, der über das enge Thema weit hinausgeht. Dass sie keine umfassende Gesellschaftsgeschichte Kurlands enthält – namentlich die jüdische Bevölkerung wird nicht betrachtet –, ist nicht zu kritisieren, sondern ergibt sich aus dem Fokus auf den Adel als Untersuchungsgegenstand. Kritisch angemerkt sei freilich etwas anderes: Der Anspruch des Verfassers auf analytische Dekonstruktion mittels rhetorischer Verfremdung (S. 37) erschwert mitunter die Lektüre. An manchen Stellen wäre weniger rhetorische Anstrengung zweifellos mehr gewesen. Wenn Mesenhöller überzeugend nachweist, dass ständische Modernisierung ein zentrales Element der Veränderungen in der Region war, wird sein Anspruch jedoch, damit auch eine (europäische) Epochenhypothese zu entfalten, noch nicht so recht eingelöst. Was ständische Modernisierung in einem größeren europäischen Kontext ausmacht, bleibt hier noch ohne schärfere Konturen.

Jörg Hackmann, Stettin

Kazimierz Moczarski, Gespräche mit dem Henker. Das Leben des SS-Generals Jürgen Stroop. Aufgezeichnet im Mokotów-Gefängnis in Warschau. Berlin: Osburg 2008, 448 S., Fotos.

Das anzuzeigende Buch stellt die spärlich überarbeitete Neuauflage der in den 70er Jahren erschienenen Fassung dar. Erst am Ende des Bandes erfährt man in einer sehr knappen editorischen Notiz, dass der Text gegenüber der Erstausgabe um die damals von der polnischen Zensur gestrichenen Teile (insgesamt nur wenige Sätze) ergänzt wurde. Auch die einleitenden Ausführungen von Andrzej Szczypiorski stammen aus den späten 70er Jahren und geben ein überholtes Polen- und Weltbild wieder. Da ist von der „politischen Gleichgültigkeit“ der Westmächte gegenüber Polen ebenso die Rede wie von sowjetischen Herrschaftsplänen: „Die Macht über Polen könnte Russland eine militärische und politische Kontrolle Berlins und eines großen Teils Deutschland ermöglichen.“ (S. 13) So bleibt der Text ein unbefriedigendes Fragment zwischen damals und heute, ohne dass dem Leser eine neue, auf dem Stand der heutigen Historiografie stehende Einführung in die Thematik geboten wird. Und einer solchen Erörterung hätte es auf jeden Fall bedurft, um den Quellenwert der

„Gespräche“ zu verdeutlichen. Die Versicherung von Szczypiorski, Moczarski hätte ihm berichtet, er erinnere sich an jeden Satz von Stroop, „... als würde ich das alles vom Tonband abschreiben“ (S. 27), verdeutlicht das Dilemma, dem sich der Historiker, einer kritischen Quellenkunde verpflichtet, gegenüber sieht. Das Geleitwort von Gesine Schwan (S. 7 ff.) beschränkt sich auf die thematisch gebotenen verbalen Versatzstücke, geht an der eigentlichen Problematik vorbei und kann deshalb nicht einmal ansatzweise einen Ersatz für eine kompetente, kritische Hinführung zum Thema bieten. Peinlich für Autorin, Lektor und Verlag ist zudem, daß aus Franz Stangl, dem Kommandanten von Treblinka und Sobibor, Franz Stangel wird (S. 9).

Die sich anschließend vor dem Leser entwickelnde Szenerie erinnert an ein Kammerstück (übrigens für drei Personen, denn auf der ‚Bühne‘ befindet sich auch noch ein subalternen SS-Dienstgrad namens Gustav Schielke, der als Stichwortgeber fungiert). In einer Zelle treffen sich der SS-General und der polnische Antikommunist im März 1949 das erste Mal (S. 33). Ausgehend von diesem ersten Treffen entfaltet Moczarski den Lebensweg des ‚Henkers‘ in klassisch biografischer Manier. Und spätestens an diesem Punkt verstärken sich die eingangs geäußerten Zweifel an der Darstellung, denn die Personen Moczarski und Stroop verschmelzen in einer Weise, die es unmöglich macht zu erkennen, wann Stroop ‚spricht‘ und wann Moczarski ‚kommentiert‘. Typisch die folgende Passage: „Die allergrößte Verehrung aber genoss in Lippe die Uniform. In das gastliche Fürstentum kamen in Ruhestand lebende Bürger aus ganz Deutschland, darunter viele Militärs. Denn in Lippe-Detmold lebte man billig, das Klima war gut und der nötige Respekt für einen Offiziersrang und Orden war auch vorhanden. Ich vermute, dass kein pensionierter General auf die Idee gekommen wäre, sich in Detmold niederzulassen. Für solche Persönlichkeiten war das Städtchen zu klein und zu langweilig. Auch Oberste waren sicher an den Fingern beider Hände abzuzählen.“ (S. 50) Inwieweit diese eindringliche Schilderung der Heimatstadt von Stroop in der Hauptsache noch auf Ausführungen des deutschen Häftlings beruht oder bereits der Phantasie des Autors zuzuschreiben ist, ist eigentlich unerheblich, denn bereits dieses Zitat macht deutlich, dass wir es mit einer romanhaften Ausgestaltung zu tun haben, die zudem häufiger klare Anachronismen aufweist. So ist es geradezu unmöglich, dass der SS-General im Jahre 1947 in seiner Warschauer Zelle gesagt haben soll: „Das Reich konnte nur unter Mithilfe eines Teils der deutschen Gesellschaft niedergeschlagen werden, mit Hilfe von solchen Canaris,

Gördelers, Stauffenbergs... und solchen unverschämten norwegischen Bengeln wie Willichen Brandt..." (S. 89) Zum angeblichen Zeitpunkt dieser Polemik war Willy Brandt ein völlig unbekannter Presseattaché der Norwegischen Militärmission in Berlin, der gerade eben eine lokale politische Karriere begonnen hatte und statt seines Taufnamens Herbert Frahm seinen Decknamen aus dem antinationalsozialistischen Widerstand verwendete.¹ Ähnlich anachronistisch ist die Behauptung eines angeblichen deutsch-angelsächsischen Wettlaufs um die Atombombe (S. 344), die erst vor dem Hintergrund der nuklearen Abschreckung ab ca. Mitte der 50er Jahre plausibel erscheint, ganz abgesehen davon, dass von einem Wettlauf überhaupt keine Rede sein kann, da die deutsche Seite die Bedeutung der Bombe überhaupt nicht erkannt hatte. So finden sich bei näherer Inaugenscheinnahme immer mehr Einzelheiten, die den historischen Geschehnissen Gewalt antun. Es mag durchaus sein, dass Stropf 1936/37 einen Russischsprachkurs in Berlin absolvierte, aber die Schlussfolgerung, „schon damals“ habe „man“ begonnen, „ihn für seine künftige Tätigkeit im Osten zu schulen“ (S. 114), ist wissenschaftlich unhaltbar. Geradezu abenteuerlich sind die Behauptungen um den Selbstmord des Generalfeldmarschalls von Kluge, der im Gefolge des 20. Juli 1944 von Hitler abgesetzt worden war und auf der Fahrt nach Deutschland, weil er einen Prozess fürchtete, am 19. August 1944 durch die Einnahme von Gift Selbstmord beging. Moczarski dagegen berichtet, von Kluge sei nicht nur von Stropf verhaftet, sondern von der SS, da er sich weigerte, wie Generalfeldmarschall Rommel Selbstmord zu begehen, ermordet worden (S. 368-371). Enthüllend für die Genese des Textes ist die Schlussbemerkung des Autors: „Dreißig Jahre nach dem SS-Mord an Feldmarschall Günther von Kluge sollte man die falsche Zurückhaltung endlich aufgeben, finde ich.“ (S. 371) Damit wird deutlich, dass die Gespräche erst Jahrzehnte nach der gemeinsamen Gefangenschaft zu Papier gebracht wurden. Unter diesen Umständen sind die Gespräche mit dem Henker weder als historische Dokumentation noch als Geschichtsroman zu verstehen, sondern als literarische Fiktion, basierend auf Erinnerungen an Ereignisse, die Jahrzehnte zurückliegen.

Die Darstellung folgt einem immer gleichen Schema: Stroops Leben wird dem Leser, permanent unterbrochen durch Szenerien aus der Zelle, chronologisch präsentiert. Karriere in der SS, Erinnerungen an einen Nürnberger Reichsparteitag und die nationalsozialistischen

¹ Vgl. z.B. Gregor Schöllgen, Willy Brandt. Die Biographie. Berlin/München 2001, S. 74-89.

„Erfolge“ des Jahres 1938 (‚Anschluss‘ Österreichs, Einmarsch ins Sudetenland) prägen die ersten Kapitel des Buches, in denen Strop als unkritischer, ideologisch überzeugter Jünger seines Führers erscheint. Hat man einmal das Setting durchschaut, verliert das Buch schnell an Anziehungskraft, Moczarski fungiert als zynischer Kommentator der Stroopschen Herrenmenschenallüren und zugleich als sachlicher Erzähler, eine Doppelrolle, die nochmals unterstreicht, dass es sich im vorliegenden Fall um eine rein literarische Verarbeitung handelt. „Die Ukraine, Herr Moczarski, ist ein Schatz. Wir hätten aus ihr ein Land gemacht, wo Milch und Honig fließen...“ Und gedüngt hättet ihr mit slawischem Blut“, zische ich zornig.“ (S. 170) Strop erscheint als dümmlicher Aufschneider und Angeber, dessen Behauptungen regelmäßig vom Autor korrigiert und entlarvt werden.

Im Mittelpunkt der Darstellung stehen der Aufstand der Warschauer Juden und die Liquidierung des Ghettos (S. 184-284). Stroops chronologische Schilderung der Niederschlagung des Ghettoaufstandes enthält eine Szene, die in ihrer Konstruktion, Manieriertheit und Überzeichnung für sich spricht. Es geht darum, dass der SS-General von jüdischen Kämpferinnen berichtet, deren Kampfgeist derart gewesen sei, dass er den Befehl erlassen habe, „... sie aus sicherer Entfernung mit der Maschinenpistole umzulegen.“ Plötzlich stelle ich Strop die Frage: „Tat es Ihnen denn niemals leid um ihr junges Leben?“ Ich habe ihn und Schielke überrumpelt. In der Zelle herrschte tiefe Stille... Das Schweigen dehnt sich aus. Strop hockt leicht nach vorn gebeugt auf dem Schemel, als hätte er Zahnschmerzen. Die rechte Hand presst er an die Stelle, wo sich das Herz befindet. Krampfhaft zupft er an einer Falte seiner dunkelroten Jacke. Ich beobachte Stroops Hand, ihre langsamen zuckenden Bewegungen. Ich merke, wie Schielke immer wieder die Kinnladen zusammenpresst, man spürt, dass er erregt ist. Wir warten. Nicht wir, sondern Strop müsste die lastende Stille unterbrechen. Endlich richtet sich der General auf, glättet sein Schläfenhaar und antwortet abgehackt: „Wer damals ein wahrer, das heißt ein starker Mensch sein wollte, der musste so handeln wie ich. Gelobt sei, was hart macht.“ (S. 217)

Ein letzter Kritikpunkt ist die Darstellung der polnischen Heimarmee, die sich doch deutlich vom historischen Geschehen unterscheidet. Es ist schlichtweg undenkbar, dass Strop, der 1943 und 1944 Höherer SS- und Polizeiführer im Rheinland war, vor allem die polnischen Agenten in Lothringen als Träger des Widerstandes ausmachte: „... es handelte sich meist um Emigranten, die vor Jahren nach Westfalen ausgewandert waren...; hinzu kam ihr ausgeprägter

polnischer Nationalismus, der nach 1918 vom polnischen Generalkonsulat in Straßburg tatkräftig unterstützt wurden... Unsere Erfolge in der Bekämpfung dieser polnischen Saboteure waren kläglich.“ (S. 336). Besonders fragwürdig ist die Stroop in den Mund gelegte Unterstützung des Ghettoaufstandes durch die polnische Heimatarmee. Zwar hissten die Aufständischen in der Tat neben dem Davidstern auch die polnische Flagge (Kapitel „Fahnen über dem Ghetto“, S. 208-227), doch hielt sich die Unterstützung in sehr engen Grenzen (z.B. erhielten die Juden keine Waffen von der Heimatarmee), während bei Moczarski zu lesen steht: „Die Juden unterhielten eine ständige Verbindung zur AK... Die Polen kämpften nicht nur innerhalb des Ghettos, sondern überfielen uns auch draußen... Während der folgenden Tage waren Polen immer wieder an den Aktionen beteiligt... Alle Anstrengungen unserer Propaganda, einen Keil zwischen Juden und ‚Arier‘ zu treiben, waren misslungen.“ (S. 218)

Was den Verlag zu einer Neuauflage der „Gespräche“ bewogen hat (die Mängel der polnische Neuauflage wurden samt und sonders in die deutsche Fassung übernommen), bleibt eine offene Frage. Nachdem in den letzten Jahren die Täterforschung zu einem der wichtigsten Neuansätze der Geschichtswissenschaft zum Nationalsozialismus geworden ist, bleibt diese Entscheidung unverständlich und sowohl aus historischer als auch psychologischer Sicht mehr als fragwürdig: dieses Buch ist in jeglicher Hinsicht veraltet. Was auch immer von Moczarskis Roman wirklich auf Stroops Äußerungen zurückzuführen ist, muss offenbleiben, zu viele Klischees, quellenkritische Unzulänglichkeiten und Stereotype verstellen den Blick auf die historische Person. Wer sich im 21. Jahrhundert über Täter aus den Reihen der SS fundiert und kompetent informieren will, der greife zu den Arbeiten von Peter Longerich,² Ulrich Herbert³ oder Michael Wildt,⁴ um nur einige biografische Leseempfehlungen auszusprechen.

Joachim Tauber, Lüneburg

² Peter Longerich, Heinrich Himmler. München 2008.

³ Ulrich Herbert, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft. Bonn 1996.

⁴ Michael Wildt, Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes. Hamburg 2002.

Nordosteuropa als Geschichtsregion. Beiträge des III. Internationalen Symposiums zur deutschen Kultur und Geschichte im europäischen Nordosten vom 20.–22. September 2001 in Tallinn (Estland), hrsg. v. Jörg Hackmann u. Robert Schweitzer. Lübeck: Verlag Schmidt-Römhild 2006, 524 S. (Veröffentlichungen der Aue-Stiftung. 17).

Zwischen der Tagung und der Veröffentlichung sind fünf Jahre vergangen, bis zur jetzigen Rezension weitere vier. Wenn man dennoch sagen kann, der Band ist nicht veraltet, dann spricht es für die Qualität seines Inhalts. Auch scheint es nicht angemessen, ihm einfach die formal richtige Bezeichnung „Tagungsband“ anzuheften, da er doch mehr sein will als das Dokument eines Tagungsgeschehens. Er ist eine Zwischenbilanz des Beitrags der historischen Forschung zur Konstitution der historischen Region „Nordosteuropa“. Dies geschieht im vollen Bewusstsein um die Artifizialität der wissenschaftlichen Begriffsbildung, ein Bewusstsein, das Voraussetzung ist dafür, dass der so konstruierte Raumbegriff seine hermeneutische Kraft gleichsam methodisch kontrolliert entfalten kann. Als *nation builder* haben Historiker (freilich nicht allein) manchmal eine zerstörerische Kraft entwickelt oder diese legitimiert, als *region builder* kulturelle oder politische Dominanz behauptet. Zur Erfüllung einer solchen Aufgabe gehörte aber mehr als der Wille zur Raumkonstruktion. Dazu gehörte der kulturell und wissenschaftlich unterfütterte Wille zur Identitätsstiftung und zur Raumergreifung.

Die Geschichte der politischen und kulturellen Instrumentalisierung von Raumbegriffen bleibt gelegentlich der Referenzrahmen, gegen den sich eine wissenschaftlich motivierte Konstruktion historischer Räume absetzen muss, wenn sie denn nicht missbraucht werden will. So ist „Nordosteuropa“, in diesem konkreten Fall, eben nicht der transnational gewendete „deutsche Nordosten“. Nun betritt dieser Band nicht ein Neuland in diesem Prozess, knüpft vielmehr explizit an die für die Bildung historischer Raumkategorien wegweisenden Arbeiten von Paul Johansen und Klaus Zernack an. Nicht allein die retrospektive Analyse und Bewertung vorgelegter Konzepte war aber das Ziel, sondern deren Restrukturierung und Fortentwicklung. Es ist ein Glücksfall, dass Klaus Zernack selbst an dieser Fortschreibung seiner grundlegenden, 1977 vorgelegten regionalhistorischen Strukturierung Osteuropas teilnehmen konnte und Zeuge dessen war, wie nach dem „Ende der Geschichte“ die historische Region „Nordosteuropa“ hermeneutisch wiederbelebt wurde, die Geschichte einer Re-

gion also, die er seinerzeit selbst für die Zeit seit der „zweiten Teilung“ Schwedens 1809 bereits für abgeschlossen hielt. Die Entwicklung seit 1989/90 hat dem Historikerauge gewisse Kontinuitätslinien sichtbar gemacht, die für eine Raumrekonstruktion verwendbar zu sein schienen. Die Herausgeber und die Autoren und Autorinnen des Bandes haben aber auch ihren Beitrag zur Haltbarkeit des „Nordosteuropa“-Begriffs geleistet, indem sie ihn selbst mobiler und seine Außengrenzen transparenter gemacht haben. Dies gelang, indem sie die historische Region Nordosteuropa von dem geografisch-historischen Korsett des „Ostseeraums“ befreit und mit anderen Geschichtsräumen für überschneidungsfähig erklärt haben.

Die Herausgeber lassen 22 Beiträge gleichsam in vier Schritten mit Hilfe von zwei Begriffspaaren auf den Raum „Nordosteuropa“ zusteuern. Auf der einen Seite werden „Elemente der Raumkonstruktion“ mit den „Außen- und Binnengrenzen“ Nordosteuropas gepaart, auf der anderen Seite Nordosteuropa als „Objektraum“ und als „Subjektraum“ gegenübergestellt, was der Außenperspektive und der raumgebundenen Identitätsproduktion entspricht. Gewiss steht hier Partikulares neben Grundsätzlichem. So oder so werden aber Perspektiven auf den Raum projiziert und mit der Frage verbunden, inwiefern eine regionale Fokussierung auf Phänomene der Politik, Gesellschaft und Kultur vielleicht auch gewisse Ordnungs- und Erklärungsangebote enthält, die ohne eine regionale Eingrenzung nicht zum Vorschein kämen. Die historische Region als „Objektraum“ des Historikers sollte eben diesen Nutzen haben. Die Momente, in denen dieselbe Region zugleich als „Subjektraum“ in „die Geschichte“ drängt, werden dem Historiker zur analytischen Pflichtaufgabe. Nordosteuropa gehört aber eben zu den Regionen, deren Subjektcharakter von den Historikern gerne übersehen wird, weil sie, in sich zergliedert, über lange Phasen eher als Palimpsest imperialer Oberfläche existierte. Der Subjektcharakter eines Palimpsests muss nicht immer sogleich ersichtlich oder einsichtig sein.

Die Offenheit der Raumkonstruktion „Nordosteuropa“ wird bereits in den Beiträgen sichtbar, die ihren „Elementen“ gewidmet sind. Ralph Tuchtenhagen vermisst den Raum in einer dicht geschriebenen Bilanz zur „Historischen Verkehrsgeographie Nordosteuropas“ (S. 133-171). Im Ergebnis stellt sich ihm eine transnationale Perspektive auf diesen Verkehrsraum jenseits der Fixierung auf den Hanseverkehr als ein Forschungsdesiderat dar. Die Existenz einer „historischen Verkehrsregion“ Nordosteuropa sieht Tuchtenhagen freilich nur bis in die Frühe Neuzeit gegeben, als eine „logistische Leistung der Han-

se und später des absolutistischen Staates“ (S. 169), die in der Moderne dissoziiert wird. Die Verkehrstechnologie der Moderne schafft ohnehin neue Räume, die an regionalhistorische Gliederung nicht gebunden sind. Allerdings sind sie auch nicht von den historischen Präfigurationen gänzlich losgelöst, was in Einzelstudien zu verfolgen wäre. Einen Ansatz bietet der Beitrag von Valters Ščerbinskis über „Die Entwicklung der technischen Kommunikations- und Verkehrsmittel zwischen Lettland und den nordischen Ländern 1918–1940“ (S. 254–263). Die räumliche Überlappung von „Nordosteuropa“ und „Ostseeraum“ wird sichtbar anhand des klassischen Elements dieses Raumes, der Hanse. Manfred Gläser in seinem Beitrag „Die mittelalterliche Großstadt Lübeck – Vorbild und Muster für die Ostseestädte?“ (S. 172–192) sowie Ulrich Müller in „Regionalität und die ‚Archäologie des Hanseraums‘“ (S. 193–222) gehen der historischen Raumbildung mit archäologischen Mitteln unter dem Aspekt des Sichtbarwerdens des Raums in der Architektur und der binnenräumlichen Kommunikation nach. Im Licht der archäologischen Befunde ist nicht allein die ästhetische und funktionale Ähnlichkeit von Stadtbildern konstitutiv für den Hanseraum, sondern das Netz menschlicher Beziehungen und des kulturellen Transfers, die nicht zuletzt in alltagshistorischen Artefakten sichtbar gemacht werden können. Ein Exemplum der „Raumkonstruktion in den Briefen eines livländischen Magnaten Ende des 18. Jahrhunderts“ (S. 241–253) statuiert Tiit Rosenberg anhand des eher kaufmännisch geprägten Horizonts eines der größten Gutsbesitzer in Livland, Carl von Liphart. Auf die politische Dimension der Raumbildung in Nordosteuropa verweist der Beitrag von Jens E. Olesen, „Nordosteuropa in der Zeit der Kalmarer Union. Dänische Versuche zur Revindikation Estlands“ (S. 223–240) im 15. Jahrhundert. Vielleicht ist es spezifisch für die Region, dass sich „realpolitisch“ wenig wirksame Initiativen sehr wohl als „wichtige Phasen eines Jahrhunderte währenden Grundmusters zwischen Skandinavien und dem Baltikum“ (S. 240) für das Mittelalter und die Frühneuzeit einordnen lassen. Damit erschöpfen sich freilich nicht die „Elemente der Raumkonstruktion Nordosteuropas“, weitere werden in diesem Band allerdings in den Objekt- und Subjektraum verwiesen.

Raumbildung über die Beschreibung seiner Grenzen ist notwendig – und verführerisch zugleich. Nur so wird das Objekt des Interesses konkret, aber auch angreifbar. In fünf Beiträgen werden Beispiele der Einhegung des Raums gegeben. Ihnen allen drängt sich das „historische Material“ in Form von kulturhistorischen Katego-

rien und historiografischen Traditionen als Maßstab der Grenzziehung auf. Mit interessanten Ergebnissen. Jukka Korpela stellt „Die schwedische Ostgrenze von Nöteborg bis Kardis 1323–1660“ vor, um ihre Eigenschaften im Untertitel gleich mehrfach in Frage zu stellen: „Kirchengrenze, politische Grenze oder Kulturgrenze? Eine Region des Ost-West-Gegensatzes?“ (S. 267–286). Der Autor betrachtet die schwedisch(finnisch)-russische Grenze als „eine historische Tatsache seit dem Beginn des 14. Jahrhunderts“ (S. 285), deren räumlich diffuser, in der zeitgenössischen Wahrnehmung der Anwohner kaum präsenter Charakter aber erst sichtbar wird, wenn man es schafft, die dicken Schichten der ideologischen und historiografischen Überfrachtung abzutragen. Die Stilisierung des Prozesses der Territorialisierung der Staatsgewalt zu einem „Machtkampf zwischen zwei Nationen oder zwei Kulturkreisen“ (S. 278) ist ebenfalls ein historisches Faktum, aber ein zeitlich versetztes. Mit einem interessanten Fall der Rückprojektion zivilisatorischer Grenzen beschäftigt sich Anti Selart in „Russen und Rus’ in den livländischen Quellen um die Wende des 13. zum 14. Jahrhundert“ (S. 287–296). Um das Ganze geht es in dem Beitrag von Jūratė Kiaupienė „Das Großfürstentum Litauen und Nordosteuropa“ (S. 297–307) deswegen, weil es um die nordosteuropäische Ausrichtung Litauens in der Phase seiner Christianisierung und Staatsgründung geht, sowie um die Möglichkeit eines gegen Russland gerichteten Bündnisses mit Schweden (im Vertrag von Kėdainiai 1655), das Litauen von der Union mit Polen entpflichtet hätte. Der Autorin geht es um eine „neue Einschätzung der lang andauernden Kontakte [Litauens] mit Nordosteuropa“, die auch die Geschichte des Großfürstentums stärker in Nordosteuropa verankern würde, als die Fixierung auf die polnisch-litauische Union es zulässt. Ein solcher Wechsel der Perspektive kann sehr anregend sein. Darauf, dass der Historiker ohnehin mit Perspektivwechseln leben muss, verweist Aleksandr Myl’nikov, der den Begriff „Nordosteuropa“ ablehnt, weil dieser geografisch das aus der „Novgoroder ‚Republik‘“ hervorgehende „Nordwestrussland“ vereinnahmt, das nicht dazu gehöre (S. 308). Im weiteren Verlauf seines Beitrags „Nordosteuropa – Raum ethno-kultureller Synthese: Vom Frühmittelalter bis in die Frühe Neuzeit“ (S. 308–320) konzentriert sich Myl’nikov dann auch tatsächlich auf den russischen Nordwesten, dessen polyethnischer Charakter dazu beigetragen habe, dass Russland kein monoethnischer Staat geworden sei. Einen besonders anregenden Ansatz für das Umschreiben nordosteuropäischer Erfahrung wählt Janis Kreslins, indem er am Beispiel einer gleichsam überkonfessionellen Erbauungsliteratur die

These formuliert, dass das „wechselseitige Engagement“ zwischen der lutherischen und der katholischen Welt „zu der Entstehung eines Sinns gemeinsamer Identität und Kompatibilität in diesem Teil von Europa beigetragen hat“ (S. 321). In seinem Beitrag „Konfessionelles Engagement und Historische Identität: Religion, Kommunikationskultur und ‚Nordosteuropa als Geschichtsregion‘“ (S. 321-330) macht Kreslins den Umgang mit konfessionellen Binnengrenzen der Region zu einer Kategorie ihrer Außengrenzen – ein Verfahren, über das es sich nachzudenken lohnt.

Im gewissen Sinne ist Nordosteuropa ein „Objektraum“ *par excellence*. Dieser Raum definiert sich als ein formbares Objekt der Begierde seiner Nachbarn, als Ort einer wie auch immer verstandenen Hegemonie oder Fremdherrschaft. Auf den Punkt bringt es Robert Schweitzer, der in seinem Beitrag einer Frage nachgeht, die ihrerseits eine Geschichte hat, aber bis in die Gegenwart immer wieder neue Antworten liefert: „Nordosteuropa: Ergebnis ‚unvollendeter Penetration‘ oder ‚korrekten Nachfolgestaatsverhaltens‘?“ (S. 378-391). Dieser Ansatz erlaubt es Schweitzer, Nordosteuropa als eine historische Region zu sehen, der Hegemonialansprüche Schwedens, Deutschlands, Polens oder Russlands nichts anhaben konnten, solange sie die Provinzen dieser Region nicht nationalstaatlich zu vereinnahmen versuchten, d.h. solange „diese Mächte diese Gebiete nur unvollendet zu penetrieren vermochten“ (S. 390). Weltgeschichtlich habe sich die sowjetische Hegemonie als Episode erwiesen und das Selbstbewusstsein Nordosteuropas nicht dauerhaft unterdrücken können. (S. 390 f.) Während also die Staaten Nordosteuropas jetzt damit beschäftigt sind, „korrektes Nachfolgestaatsverhalten“ an den Tag zu legen, behandeln alle anderen Beiträge dieses Abschnitts verschiedene Formen der „unvollendeten Penetration“ oder des misslungenen Hegemonialbestrebens. Letzteres ist im Beitrag von Reinhard Nachtigal „Russlands Interesse am westlichen Weißmeergebiet (bis 1941)“ (S. 412-432) nur für die sowjetische Phase nachzuweisen, da der Zarenstaat gegenüber Karelilien weitgehend inaktiv geblieben sei, und auch in der Sowjetzeit sei „die Durchdringung des Raumes durch die Hegemonialmacht unvollkommen – trotz des [1915 begonnenen] Baus der Murmanbahn“ (S. 431). Die Baltischen Länder erlebten eine ganz andere Form der ‚Integration‘ in die Sowjetunion. Doch kommt auch Olaf Mertelsmann in seiner Beschäftigung mit der „Sowjetisierung als Faktor nordosteuropäischer Geschichte. Das Beispiel Estland“ (S. 433-444) zu dem Ergebnis, dass sich dabei durchaus „von einer ‚unvollkommenen Penetration‘ durch die Sowjetunion sprechen“ lässt (S. 444). Trotzdem soll-

te man im Gegengewicht die Erkenntnisse von Karsten Brüggemann beachten, der anschaulich und präzise „Das Baltikum im russischen Blick: Russland und sein Anspruch auf die baltischen Staaten in der Perspektive des 19. Jahrhunderts“ (S. 392-411) darstellt, als ein Prozess der Aneignung der Geschichte einer Region, die zugleich territorial, administrativ und – mit Hilfe kolonialer Denkfiguren – auch zivilisatorisch angeeignet wurde. Die russische Aneignung Nordosteuropas über Nordwestrussland hinaus ist eine bis heute nicht aufgegebene Denkfigur.

Bevor Nordosteuropa als Objektraum Russlands in den Blick genommen wird, gehen zwei Beiträge des behandelten Abschnitts einer nicht nur „unvollendeten“, sondern einer auch ‚ungewollten Penetration‘ Nordosteuropas durch die polnisch-litauischen Adelsrepublik nach. Hier standen den livländischen Interessen des Königshauses der Wasa die Sorgen des polnischen Adels um die wachsende Macht des Königs im Wege, wobei sich die Interessen Litauens in diesem Zusammenhang anders darstellten als die Polens. In luzider Knappheit behandelt Jürgen Heyde „Die Livlandpolitik der polnisch-litauischen Adelsrepublik“ (S. 333-342) während der 60 Jahre polnischer Herrschaft über Livland von 1561 bis 1621. Bogusław Dybaś wiederum geht mit dankenswerter Klarheit einem historisch-rechtlich komplexen Sachverhalt nach. „Polen-Litauen und Livland im 17. und 18. Jahrhundert – drei Formen ihrer Verbindung“ (S. 343-352) meint die Gebiete und politischen Einheiten „Polnisch-Livland“ (Lettgallen), Herzogtum Kurland und den Kreis Pilten, womit auch der Reichtum politischer Existenzformen im frühneuzeitlichen Nordosteuropa jenseits (späterer) nationalstaatlicher Phantasielosigkeit sichtbar wird. Die wesentlich andere Interessenlage Schwedens ‚in Geschichte und Gegenwart‘ behandelt nachdenklich Kristian Gerner. In seinem Beitrag „Nordosteuropa und schwedische Großmachtpolitik: Reflektionen zum historischen Bewusstsein“ (S. 353-367) geht er kritisch eben jenem schwedischen historischen Bewusstsein nach, das den historischen Kontrollwillen Schwedens über Nordosteuropa unkritisch reproduziert und die Rolle anderer Staaten und Kulturen, die diesen Teil Europas zu einem ‚offenen System‘ gemacht haben, geflissentlich übersieht. Einen dieser nicht nur schwedischen „weißen Flecke“ im historischen Bewusstsein schließt Michael North, indem er an „Die Niederlandisierung des Ostseeraumes“ (S. 368-377) im 16.-17. Jahrhundert erinnert.

Im vierten Schritt wird, wie bereits erwähnt, „Nordosteuropa als Subjektraum“ behandelt. Hier wurden nur drei Beiträge subsum-

miert, womit vielleicht auch deutlich wird, dass Nordosteuropa als Identitätsraum ein sperriges Gebiet ist. Die Frage, die Michael Garleff an ein, wie es scheint, abgeschlossenes Kapitel der Geschichte stellt, ob die „Deutschbalten als Träger eines nordosteuropäischen Identitätsgedankens?“ (S. 452-457) betrachtet werden können, muss er angesichts der Prädominanz einer sonst nur „die Partikularität der Provinzen übergreifenden gesamtbaltischen Vorstellung“ (S. 456) der Deutschbalten im 19./20. Jahrhundert verneinen. Auch die von Kalervo Hovi an die Zwischenkriegszeit gerichtete Frage „Nordosteuropa als Akteur: War die ‚Randstaatenpolitik‘ eine Illusion oder versäumte Chance?“ (S. 447-451) ermuntert nicht zu einer kontrafaktisch positiven Antwort. Gleichsam entkrampfend ist daher der Beitrag von Jörg Hackmann, in dem er – ohne Fragezeichen – den Zusammenhalt dieser Region in ihrer jüngeren Geschichte unter den Titel „Vom Objekt zum Subjekt. Kleine Nationen als konstituierender Faktor der Geschichte Nordosteuropas“ (S. 458-483) stellt. Hackmann nimmt dankenswerterweise mehr Raum in Anspruch, um die Attraktivität der Kategorie „Kleinheit“ im Kontext der Mächtestruktur des Ostseeraums zu erläutern. Er fasst den Mut, um alle Ostseeanrainer außer Deutschland und Russland, also einschließlich Polens und Schwedens, als „kleine Nationen“ zu definieren und – unter Ausklammerung des konkurrierenden Begriffs des „Nordens“ – die Mentalität der „Kleinen“ als Baustein zu einer neuen Karte der Ostseeregion zu erklären. Einen Eckpunkt in der Mentalität der Kleinen sieht Hackmann in der „Absenz äußerer Macht“ (S. 478), einer Absenz, die zur Schaffung neuer kultureller und sozialer Werte befähigt, oder vielleicht nur befreit. Ich halte es für einen sehr interessanten zivilgesellschaftlichen Ansatz von eben dem Palimpsest-Charakter, zu dem es bislang durch die Hegemonie nationalstaatlichen Machtdenkens verurteilt war. Vorausgesetzt, die tatsächlichen und potentiellen Hegemonialmächte bleiben einsichtig und die Lust auf vollendete Penetration kehrt nicht zurück.

Zwei Beiträge runden diese verschiedenen Annäherungsversuche an Nordosteuropa ab: zum einen der bereits bekannte Text von Matti Klinge „Der Ostseeraum als Kulturraum“, in dem er zur Definition des Raums auf drei Begriffspaare zurückgreift: 1. Imperium und Peripherie; 2. Stadt und Land; 3. Deutsches und Nichtdeutsches; zum anderen Marko Lehti, der sich um die Erforschung der Raumkonstruktionen in Nordosteuropa insbesondere der Zwischenkriegszeit verdient gemacht hat und hier noch einmal die historiografischen Konstruktionen kritisch überprüft: „Paradigmen ostseeregionaler Ge-

schichte: Von Nationalgeschichten zur multinationalen Historiographie“ (S. 494-510). Im Ergebnis ermutigt der Band, über Räume nicht nur ideologiekritisch und diskurshistorisch nachzudenken. Historische Regionen erweisen sich als Behausungen komplexer Phänomene, als Bezugspunkte eigener Erfahrung und als Kommunikationsräume, aus denen Neues hervorgehen kann. Im Beitrag „Im Zentrum Nordosteuropas“ (S. 29-41) erläutert Klaus Zernack anhand von Estland, wie „der Blick in die Geschichte eines ‚kleinen Volkes‘ im Zentrum einer Großregion orientierend wirken“ könne, „wenn dieser Blick nicht in Schwärmerei und Nostalgie stecken bleibt“ (S. 41). Dasselbe gilt für die kleine Großregion Nordosteuropa, nachdem, wie Zernack es formuliert, „der letzte Platzhalter des *Ancien Regime* an der Ostsee, die imperialistische Sowjetunion ... sich einfach auf[gelöst hat].“ (S. 40)

Der Behandlung des Geschichtsraums „Nordosteuropa“ unter den genannten vier verschiedenen Gesichtspunkten wird ein Abschnitt mit acht Beiträgen vorausgeschickt, die allesamt dem in Reval geborenen Historiker dänischer Herkunft Paul Johansen (1901–1965) aus Anlass seines 100. Geburtstags 2001 gewidmet sind. Sein Wirken im Stadtarchiv Reval (1924–1939) und an der Universität Hamburg (1941–1965) war grundlegend für das Verständnis Nordosteuropas als einer offenen Region, in der Estland, das Baltikum und die Ostsee, in der die „deutsche und die undeutsche“ Geschichte gleichermaßen Objekte historischer Forschung und Bestandteile der Region darstellten. Die ihm gewidmeten Beiträge sind überwiegend autobiografisch fundiert und spiegeln damit die Erinnerung ihm nahe stehender Menschen wider. Von diesem Zugang weichen nur zwei interessante Studien ab: die eine von Lea Kõiv über Johansens Karriere mit Hindernissen am Stadtarchiv Reval („Paul Johansen und das Stadtarchiv Reval/Tallinn“, S. 45-59) sowie die Studie von Jüri Kivimäe über die Gründe des Nicht-Zustandekommens einer Berufung Johansens 1939 auf die Professur für mittelalterliche Geschichte an der Universität Tartu („Fremdenangst und/oder akademische Intrige?“, S. 60-71). Johansen entschied sich nach dem Bekanntwerden des deutsch-sowjetischen Umsiedlungsabkommens, zusammen mit den Deutschbalten, Estland zu verlassen. Die Tochter Johansens, Ulla Johansen, die 1939 zwölf Jahre alt war, schildert und reflektiert anschaulich die Laufbahn ihres Vaters und die Geschehnisse der Familie in den Jahren des Zweiten Weltkriegs, wobei Ausführungen zum Unbehagen ihrer Eltern im deutsch besetzten Posen sowie über die aus ihren Wohnungen vertriebenen Polen besonders im Gedächtnis haften bleiben (S. 85-102). Eugen Helimski, der 2007 verstorbene Nachfolger Paul Jo-

hansens am Institut für Finnougristik und Uralistik der Universität Hamburg, erinnert an die besonderen etymologischen Verdienste des Historikers, der nicht minder auch ein Philologe war (S. 72-84). Heinz von zur Mühlen beschreibt seine Zusammenarbeit mit Johansen in den 1950er Jahren in Hamburg, aus der das gemeinsam verfasste Buch „Deutsch und Undeutsch im mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Reval“ (erschienen 1973) hervorgegangen ist (S. 103-111). Der letzte Assistent Johansens in Hamburg und sein späterer Nahfolger, Norbert Angermann, erinnert anhand von ungedruckten Quellen an die Kontroverse zwischen Paul Johansen und Leonid Arbusow jun., die infolge des Aufsatzes von Johansen über „Die Bedeutung der Hanse für Livland“ (1941) über die Bewertung der historischen Rolle der Bürger sowie der Geistlichen und der Ritterschaften in Livland entbrannt war (S. 112-118). Die Betonung der Bedeutung der Hanse im Baltikum konnte auch als Beitrag Johansens zu einer Überhöhung der Rolle des deutschen Kaufmanns in der wirtschaftlichen Erschließung des europäischen Ostens verstanden (oder missverstanden) werden. Daran erinnert Klaus Friedland, der Johansen vor diesem Vorwurf schützt und an seine „wertungsfreie Gegenüberstellung von Deutschen auf der einen und Esten, Letten, Liven auf der anderen Seite“ (S. 129) erinnert (S. 126-130). Der estnische Historiker Enn Tarvel schließlich, für den Paul Johansen „der erste Siedlungshistoriker Estlands“ (S. 119) war, schreibt diesem eine zentrale Rolle für die Geschichtsschreibung Estlands überhaupt (S. 119-125) zu. In der „siedlungs- und agrargeschichtlichen Forschung“ Johansens – und da bereits in seiner Dissertation „Siedlung und Agrarwesen der Esten im Mittelalter. Ein Beitrag zur estnischen Kulturgeschichte“ von 1925 – wurde, so Tarvel, „der estnische Bauer zu einem aktiven Faktor der Geschichte“ (S. 124). Nur so wurde es möglich, die Emanzipation der Geschichte Estlands aus der Bevormundung durch die deutschbaltische Historiografie einzuleiten, eine Aufgabe, der die estnischen Historiker selbst ursprünglich „nicht gewachsen“ (ebenda) waren.

Die Tagung erinnerte 2001 an den 100. Geburtstag Paul Johansens. Der 2006 erschienene Band „Nordosteuropa als Geschichtsregion“ ist Klaus Zernack zu seinem 75. Geburtstag gewidmet. Er wird auch an Zernacks 80. Geburtstag 2011 als eine wichtige Etappe der Beschäftigung mit der Region Nordosteuropa seine Frische behalten.

Andreas Lawaty, Lüneburg

Perceptions of Loss, Decline and Doom in the Baltic Sea – Untergangsvorstellungen im Ostseeraum, hrsg. v. Jan Hecker-Stamppehl, Aino Bannwart, Dörte Brekenfeld u. Ulrike Plath. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag 2004, 403 S. (Die Ostseeregion: Nördliche Dimensionen – Europäische Perspektiven. 1).

Untergangsszenarien und -wahrnehmungen sind ebenso ein integraler Teil von Kulturen wie Utopien oder Zukunftsvisionen. Zwischen beiden gibt es einen unmittelbaren Zusammenhang: in jedem Krisenentwurf steckt auch die Zukunft. Damit spielen sie auch eine wesentliche Rolle in der kollektiven Bewältigung gesellschaftlicher Traumata, wobei diese nicht selten in größere religiöse oder säkulare Sinnzusammenhänge eingebettet werden. In einer Zeit, in der Region-Building oder neuer Regionalismus in aller Munde sind, liegt es daher nahe, auch diese Schattenseiten regionaler Identitätsbildung in den Blick zu nehmen.

Ein aus einer internationalen Winterschule, die im Februar 2003 in Greifswald stattfand, hervorgegangener Sammelband widmet sich Untergangsvorstellungen im Ostseeraum. Dies liegt durchaus nahe. Gerade weil es sich hier um eine Region handelt, deren Gemeinsamkeiten nach dem Fall des Eisernen Vorhangs neu gesucht werden mussten, lässt sich an diesem Beispiel das Zusammenspiel von Verlusterfahrungen und -ängsten einerseits und Identitätsfindungsprozessen andererseits gut nachvollziehen.

Besonders zwei theoretisch geprägte Beiträge geben die Grundproblematik vor. Nils Erik Forsgård und Andreas Urs Sommer erinnern daran, dass Untergangsprozesse letztlich multikausal determiniert sind und Aufstieg und Niedergang darüber hinaus nur innerhalb von bestimmten Deutungsmustern als das eine oder andere erscheinen. Auf diese Weise kann fast jede historische Episode als Erfolgs- oder Misserfolgsgeschichte erzählt werden. Leider wurden diese Gedanken in den wenigsten der 23 Beiträge berücksichtigt. Eine größere Sensibilität für die Relativität des Untergangskonzeptes hätte helfen können, diesen tatsächlich im Rahmen der zeitgenössischen Diskurse zu untersuchen oder zu versuchen, Erfolgsgeschichten in Untergangsgeschichten bzw. umgekehrt Aufstieg im Niedergang zu entdecken. Dies geschieht jedoch nur in wenigen Beiträgen: Robert Schweitzer etwa legt dar, wie im finnischen nationalen Diskurs die Niederlage im Russisch-Finnischen Krieg 1808/09 zu einem Sieg für die finnische Sache umgedeutet wurde, da sie Finnland die Autonomie brachte, während die schwedische Seite, wie Stefan Gammelien darstellt, in

der Union mit Norwegen ein neues Selbstbild fand, in dem die russische Bedrohung eine wichtige Funktion innehatte. Auch Jan Hecker-Stampehl bürstet in diesem Sinne in einem originellen Beitrag die Erfolgsgeschichte der nordischen Kooperation gegen den Strich, indem er zeigt, mit welchen Projekten sie Schiffbruch erlitt (etwa mit der Wirtschaftsunion NORDEK). Berndt Henningsen widmet sich dagegen mit den traumatischen Ereignissen des Mordes an Olof Palme, der Katastrophe von Černobyl, des Untergangs der „Estonia“ und des Mordes an Anna Lindh Verlufterfahrungen, deren Aufarbeitung immer mangelhaft geblieben sei. Eine Dynamik konstatiert Jörg Hackmann in Bezug auf die Auseinandersetzung mit der Zerstörung historischer Monumente in den Städten Lübeck, Stettin, Danzig, Riga und Narva. Wurde der Verlust hier zunächst als unumkehrbares Schicksal begriffen, konservierte man ihn später als Erinnerung, um schließlich zu Strategien der Rekonstruktion des Verlorenen zu gelangen.

Im Gegensatz zu diesen Beiträgen stehen in einigen anderen Aufsätzen weniger Untergangsvorstellungen als vielmehr die Suche nach Verlorenem im Vordergrund. So begreift Verena Hupatsch in ihrem Beitrag über den Untergang des Dominikanerordens im Ostseeraum den Verlust aus der Perspektive der Historikerin, die anhand von verbliebenen Gebäuden und Artefakten versucht, mönchische Traditionen im Ostseeraum zu rekonstruieren. Auch Henrike Kornmilch, die nordeuropäische Madonnendarstellungen als Symbolisierung des Sieges des Christentums über die Reste der slavisch-heidnischen Welt interpretiert, geht allenfalls sehr indirekt auf die damit verbundenen Untergangsvorstellungen ein.

Eine ganze Gruppe von Beiträgen beschäftigt sich primär mit der Art und Weise, wie das Ostseegebiet als eigener Raum konstruiert wurde, der unterschiedliche Staaten und Menschen ein- und ausschloss (die Ostsee als sich stetig wandelnden ökologischen Raum behandelt Hansjörg Küster in einem eigenen Beitrag). Untergangsvorstellungen spielen hier allenfalls eine sehr untergeordnete Rolle. Während der Norden, wie Hendriette Kliemann darstellt, seit Peter dem Großen auch Russland umfasste, fand im 19. Jahrhundert aus unterschiedlichen Gründen eine Differenzierung des Begriffs statt, die das Ende eines gemeinsamen Bildes des Nordens bewirkte. Ralph Tuchtenhagen legt dagegen dar, wie die deutsche Geschichtsschreibung zwischen 1890 und 1945 Russland grundsätzlich aus ihrem eigenen Konzept des „Nordens“ ausschloss und die Ostsee in selbstlegitimatorischer Absicht zu einer „germanischen See“ erklärte. Nationale Protagonisten wie Ernst Moritz Arndt sprachen den Russen wie

auch den Polen schlankweg jegliche „Seebegabung“ ab und gliederten den Ostseeraum in größere Konzepte des deutschen Lebens- und Herrschaftsraums ein.

Eine ganz andere, aktuellere Umdeutung des Ostseeraums behandelt Pami Aalto. Er legt dar, dass Konzepte wie „Northern Europe“ oder „Wider Europe“, welche die EU nach 1991 verfolgte, tatsächlich dazu führten, den Staaten des Ostseeraums Positionen in einem Kategoriensystem zuzuweisen, deren Wertigkeit sich durch die Nähe oder Ferne zum EU-Zentrum definiere. Die Resultate von staatenübergreifenden Projekten der Regionsbildung, wie sie vorher betrieben worden waren, seien auf diese Weise in Gefahr, rückgängig gemacht zu werden. Umgekehrt zeichnet Aino Bannwarts Aufsatz die Orientierung der Baltischen Staaten an der EU, der NATO und den USA nach, die als Reaktion auf den Kollaps der Sowjetunion verstanden werden müsse, durchaus aber auch wieder zugunsten regionaler Identitäten abgeschwächt werden könne. Noch klarer analysiert Marta Reuter in ihrem Beitrag über regionale Identität im Ostseeraum, wie die europäische Integration allein schon deshalb von einem Prozess der Abgrenzung und Angst begleitet werde, da Differenzen nun sichtbarer würden. Auch seien einige regionale und nationale Mythen nur schwer einzubinden, etwa die skandinavische Vorstellung, der Norden sei etwas Nicht-europäisches, Nicht-katholisches, Kleines und Sozialdemokratisches.

Die Möglichkeiten unterschiedlicher Identitäten, welche diese Raumkonstruktionen ermöglichten und ermöglichen, bilden das Thema einer Reihe von weiteren Beiträgen, die mit einem Aufsatz von Johanna Oksala über den postmodernen Verlust von Identitäten auch theoretisch behandelt wird. Die weiteren konkreten Forschungen behandeln ein breites Spektrum an Themen. Während Dörte Brekenfeld anhand von apokalyptischen Wandgemälden des späten Mittelalters zeigen kann, wie hier Kleidung als Träger eines regionalen oder überregionalen Stils fungierte, präsentiert Ulrike Plath ein Verhältnis der deutschbaltischen Oberschicht im Baltikum zu den Esten und Letten, das von Abgrenzungsbestrebungen und Untergangsängsten geprägt war. Ein aktuelleres Beispiel behandelt Asta Vonderau in einem Aufsatz über die Angst vor kulturellem und nationalem Untergang in der deutschen Migrationsdebatte. Ihr normativer Schluss, der Ostseeraum müsse als transnationaler Raum verstanden werden, zu dessen vielfältigen Eigenschaften auch Multikulturalität und Multinationalität gehören, folgt allerdings eher allgemeinen Erwägungen als einer genaueren Analyse der dortigen Gegebenheiten.

ten und Möglichkeiten. Pessimistischer äußern sich Maria Goloubeva und Diana Ieleja in einem instruktiven Aufsatz über entsprechende Ängste in Lettland, welche die Perspektive sowohl der Mehrheits- als auch der Minderheitsbevölkerung mit einbezieht. Während ihrer Meinung nach die lettische Intelligenz derzeit keine Visionen einer lettischen Kultur fördert, die in der Lage wäre, fremde Elemente zu integrieren, formulieren auf der anderen Seite auch die russischen Medien keine Bedingungen, unter denen eine solche Integration für die russischsprachige Bevölkerung akzeptabel wäre.

Nicht überall gelingt es, Besonderheiten des Ostseeraums festzustellen. Während Indre Pikturniene die Auswirkungen globaler Werbestrategien von vornherein nur in ihrer Auswirkung auf nationale Kulturen, nicht auf den Ostseeraum untersucht, muss auch Catherine-F. Gicquel bei ihrer Analyse von Wahlmanifesten in Schweden, Deutschland und Estland bei den Parlamentswahlen vom September 2002 und März 2003 letztlich feststellen, dass es hier nur wenige Verweise auf eine gemeinsame Region gibt. Auch Mindaugas Jurkynas kann über die litauische Politik wenig mehr mitteilen, als dass der antikommunistische Diskurs ab 1997 eine schwindende Rolle einnahm und die wertegeleitete Politik einer pragmatischen Politik gewichen sei – der Ostseeraum wird nicht thematisiert.

Insgesamt enthält der Sammelband eine Reihe lesenwerter Beiträge, bringt sie aber zu wenig in einen einleuchtenden Zusammenhang. Viele der Einzelbeiträge weisen allenfalls Familienähnlichkeit auf, und auch das Oberthema erscheint mitunter wie ein zufälliger Stichwortgeber, nicht aber als konzeptionelle Richtschnur. Seine Kernelemente, nämlich der Ostseeraum und die Untergangsvorstellungen, finden sich nur im Ausnahmefall in den Einzelanalysen vereint. Sie aus den Beiträgen herauszufiltern und aufeinander zu beziehen bleibt auf diese Weise dem Leser überlassen. Das ist zu bedauern, denn gerade in dieser Verbindung lag die innovative Chance des Sammelbandes.

David Feest, Göttingen

The Reception of Medieval Europe in the Baltic Sea Region. Papers of the XIIth Visby Symposium held at Gotland University, Visby, hrsg. v. Jörn Staecker. Visby: Gotland University Press 2009, 494 S. (Acta Visbyensia. 12).

Acht Jahre nach dem im September 2001 abgehaltenen 12. Visby-Symposium erschien 2009 der vorliegende Band, „The Reception of

Medieval Europe in the Baltic Sea Region“, der die Ergebnisse jener Tagung präsentiert, die gleichzeitig auch den Abschluss des Mitte der 1990er Jahre initiierten Forschungsprojekts „Culture Clash or Compromise – The Europeanisation of the Baltic Sea Area 1100–1400 AD“ bildete. Ungeachtet der verspäteten Drucklegung haben die grundlegenden Fragestellungen des CCC-Projekts – die Einbindung der Ostseeregion in europäische Strukturen, die Begegnung zwischen Einheimischen und Fremden und die gesellschaftlichen Umwälzungen während des Mittelalters (vgl. S. 10 f.) – nichts an Relevanz verloren, sodass der Sammelband wichtige Fragen der aktuellen Forschung anzusprechen vermag. Insgesamt 23 Aufsätze, wobei ca. je die Hälfte auf Deutsch und Englisch verfasst sind, versuchen die verschiedenen Aspekte einer „Europäisierung“ des Ostseeraumes im Mittelalter zu beleuchten. In Folge sollen die nach Ansicht des Rezensenten maßgeblichen Beiträge umrissen werden.

In seinem Vorwort kündigt der Herausgeber, Jörn Staecker, seinen Leserinnen und Lesern ein „wissenschaftliches Potpourri“ an, denn die Vielfalt verschiedener Zugangsweisen sei „gewissermaßen ein Markenzeichen des CCC-Projekts geworden“ (S. 10). Angesichts der sattsam bekannten Schwierigkeiten, Tagungsbeiträge für die Veröffentlichung inhaltlich aufeinander abzustimmen, scheint Staecker die Flucht nach vorne anzutreten, von vornherein auf einen thematischen Schwerpunkt zu verzichten und Vielseitigkeit zum Programm zu erheben.

So uneinheitlich, wie Staeckers Vorwort erwarten bzw. befürchten lässt, fällt der Band bei näherer Betrachtung aber dann doch nicht aus. Dass ein thematischer roter Faden bei 23 methodisch sehr unterschiedlichen Aufsätzen nicht so einfach ist, ist klar, aber dem Herausgeber gelingt es trotzdem immer wieder, mit inhaltlich verknüpften Beiträgen deutliche Akzente zu setzen. Mit der Ankündigung eines „wissenschaftlichen Potpourris“ verkauft sich der Band etwas unter seinem eigenen Wert, denn die punktuelle inhaltliche Schwerpunktsetzung vermag durchaus zu überzeugen.

Dies gilt vor allem für die erste Sektion, „Politics“: Lars Hermanson und John H. Lind widmen ihre Beiträge politischen Akteuren, die in der mediävistischen Forschung bislang zu wenig Beachtung gefunden haben, und verdeutlichen dadurch, dass eine politische Geschichte der Region über die unmittelbaren Ostseeanrainer hinausgehen muss. Hermansons Aufsatz hat die norwegische Ostseepolitik des 12. Jahrhunderts zum Inhalt, er erläutert die soziopolitische, militärische und ideell-symbolische Bedeutung des Stützpunktes Kungahälla und schil-

dert schließlich die Gegenreaktion der Wenden, die die Plünderung von Kungahälla im Jahr 1135 zur Folge hatte. Auch Lind thematisiert die Reaktion der Ostseeanrainer auf externen Druck, wobei jener in seinem Fall von einem weitaus exotischeren Akteur als den Norwegern, nämlich den Mongolen ausgeht. Die mongolische Bedrohung hatte eine kurzlebige Allianz ungewöhnlicher Bündnispartner zu Folge, in der sich der Papst mit Novgorod und den eben erst formell bekehrten Litauern zu arrangieren versuchte. Lind gelingt es hierbei, das legendenhafte Bild von Aleksandr Nevskij als unversöhnlichem Gegner der lateinischen Kirche zurechtzurücken und zu zeigen, dass der Fürst von Novgorod einer Kirchenunion gegenüber keineswegs abgeneigt gewesen war (S. 79).

Auch die Forschung von Anti Selart gilt einem unterschätzten und oft zu Unrecht übergangenen Akteur im mittelalterlichen Nordosteuropa, jedoch auf einer personengeschichtlichen Ebene: dem im 13. Jahrhundert in Livland tätigen päpstlichen Legaten Balduin von Alna, dessen Wirken von dem seines prominenteren Zeitgenossen und Kollegen Wilhelm von Modena überschattet wurde. Trotz der eher ungünstigen Quellenlage gelingt Selart eine nuancierte Darstellung von Person und Tätigkeit des Legaten, der in der älteren Forschungsliteratur als Unruhestifter und Intrigant verschrien war. Seitens der lettischen Historiografie wurde Balduin hingegen attestiert, er habe „einen Staat der einheimischen Völker in Livland“ gründen wollen (S. 59). Leider wird dieser außerordentlich interessante Rezeptionsaspekt von Selart nur angedeutet; hier wären weitere Details wünschenswert gewesen.

Dieselbe Tendenz, die mittelalterliche Geschichte des Ostseeraumes durch ungewöhnliche und unerwartete Schlaglichter neu zu beleuchten, wird im fünften und letzten Abschnitt des Buches, „Reality and Fiction“, wieder aufgegriffen. Alvydas Nikžentaitis und Jes Wienberg begeben sich auf das faszinierende Terrain der kontrafaktischen Geschichtsschreibung und überlegen, wie sich die Geschichte Nordosteuropas hätte entwickeln können, wenn bestimmte Schlüsselereignisse anders verlaufen wären. Wienberg spielt die Stärken dieses Genres – dessen Wissenschaftlichkeit, wie er selbst eingesteht, nach wie vor umstritten ist (S. 422), an dessen Attraktivität aber kein Zweifel besteht – gekonnt aus und präsentiert anregende Spekulationen: Hätten die Kontakte zwischen schwedischen Wikingern und dem Kalifat in Bagdad in einer Islamisierung Schwedens im Mittelalter resultieren können? Wie hätte sich die dänische Geschichte weiterentwickelt, wäre Dänemark im Zuge einer forcierten mongolischen

Invasion im 13. Jahrhundert dem Khan tributpflichtig geworden? Derartige Überlegungen eröffnen faszinierende Perspektiven und stimulieren historische Reflexion, wobei sich Weinberg aber weitgehend damit begnügt, solche Fragen aufzuwerfen, ohne die Optionen einer alternativen Geschichte näher auszuführen.

Auch Nikžentaitis kündigt kontrafaktische Überlegungen an, wobei sich sein Aufsatz der Frage widmet, wie die Geschichte Livlands ohne fremde Einmischung verlaufen wäre und ob eine Europäisierung des Landes auch ohne deutschen oder skandinavischen Einfluss möglich gewesen wäre. Allerdings beschränkt sich Nikžentaitis weitgehend darauf, die Aspekte der Europäisierung Litauens im Bereich der Alltagsgeschichte, der Religion und des Kriegswesens zu dokumentieren – als Beispiel einer weitgehend autarken Entwicklung einer baltischen Ethnie – in der impliziten Annahme, die Entwicklung Livlands wäre ohne äußere Einflussnahme ähnlich verlaufen. Auch wenn Nikžentaitis' Beitrag inhaltlich überzeugt, ist nicht ganz ersichtlich, warum ihm eine erzwungen wirkende kontrafaktische Fragestellung übergestülpt wurde, anstatt ihn offen als deskriptiven Beitrag zur Geschichte Litauens zu deklarieren.

Die beiden Sektionen „Politics“ und „Reality and Fiction“, die alternative Betrachtungsweisen zur mittelalterlichen Geschichte der Region bis hin ins Spekulative bieten und nach Ansicht des Rezensenten zwei absolute Höhepunkte des Bandes darstellen, umrahmen drei etwas konservativer angelegte Abschnitte: Die Sektion „Burghers and Peasants“ beschäftigt sich mit Urbanisierung und Siedlungsstrukturen, wobei sich dieser Teil aufgrund der primär archäologischen Methodik von den anderen Beiträgen des Bandes abhebt. Der folgende Abschnitt, „Pagans and Christians“, ist wohl derjenige Teil, der die Fragestellung „Culture Clash or Compromise?“ am konsequentesten aufgreift, indem er die verschiedenen Möglichkeiten religiöser Interaktion aufzeigt. Hier ist besonders der Beitrag von Henrik Janson hervorzuheben, der nach dem Gegenüber der Christianisierung, den vermeintlichen „Heiden“, fragt. Janson demonstriert, wie unterschiedlich zeitgenössische Quellen *pagani* und ähnliche Termini nuancieren konnten, deren Bedeutungsinhalt eine große Bandbreite zwischen Heiden, Apostaten und Häretikern abzudecken imstande war. Dementsprechend unangemessen scheint es auch, ein strikt dualistisches Gegensatzpaar Christen – Heiden auf mittelalterliche Quellen zu projizieren.

In der vierten Sektion, „Memoria“, thematisieren die Autoren, primär anhand konkreter Sachquellen (Runensteine, Grabmonumen-

te, Begräbnisbräuche, Friedhofsarchäologie etc.), Fragen der Erinnerungskultur und des persönlichen Gedenkens. Besonders die umfangreichen Beiträge von Bertil Nilsson (über Kindersterblichkeit und Kinderbegräbnisse) und Herausgeber Jörn Staecker (über Runensteine und die so genannten Eskilstunamonumente) vermögen einen äußerst überzeugenden Eindruck zu hinterlassen und haben absolut das Potenzial, in Zukunft als grundlegende Abhandlungen zu ihren jeweiligen Fragestellungen gelten zu können.

Im abschließenden Beitrag des Bandes resümiert Nils Blomkvist die Ergebnisse des CCC-Projekts, wobei er zusätzlich zu den wissenschaftlichen Resultaten auch interessante Einblicke hinter die Kulissen der Forschung bietet: Blomkvist schildert die Genese des Projekts aus dem Geist der 1990er Jahre, geprägt vom Zusammenwachsen des getrennten Europa ebenso wie von der Huntington'schen „Clash of Civilizations“-Ideologie, wobei er kein Hehl daraus macht, dass die Beteiligten das Forschungsprojekt von Anfang an als euroskeptisches Vorhaben den unreflektierten „Wohlfühl-Mythen“ („feelgood myths“) einer europäischen Identitätsbildung gegenüberstellen wollten (S. 434). Der Band wird schließlich durch eine Übersicht der im Rahmen des CCC-Projektes veröffentlichten Publikationen und der darin enthaltenen Beiträge abgerundet.

Obwohl „The Reception of Medieval Europe in the Baltic Sea Region“ insgesamt einen durchweg positiven Eindruck hinterlässt, müssen doch einige Details beanstandet werden: Die Zuordnung der einzelnen Beiträge zu den fünf Sektionen ist nicht immer nachvollziehbar – so werden die thematisch eng miteinander verknüpften Aufsätze von Henrik Williams und Jörn Staecker, die sich beide mit der Interpretation von Runensteinen beschäftigen, auseinander gerissen und eher willkürlich auf die Sektionen „Pagans and Christians“ bzw. „Memoria“ verteilt. Einige Aufsätze – dies gilt vor allem für den Beitrag von Tryggve Siltberg über bäuerliche Siedlungsformen auf Gotland – machen den Eindruck, als wären sie nur oberflächlich für die Veröffentlichung adaptiert worden, und weisen einen Stil auf, der noch sehr an einen mündlichen Vortrag erinnert. Hier wäre eine gründlichere Überarbeitung wünschenswert gewesen.

Der schwerwiegendste Kritikpunkt betrifft aber die Verwendung problematischer Begriffe, die oft völlig unreflektiert benutzt werden. So attestiert Heiki Valk der Bevölkerung des mittelalterlichen Livlands eine eigene „Mentalität“, die vom Rest Europas verschieden gewesen sei (S. 273). Eine Auseinandersetzung mit der theoretischen Literatur aus dem Bereich der Mentalitätsgeschichte fehlt völlig, die

Verwendung des Begriffes bleibt diffus. Dass die Unterschiede zwischen europäischer und livländischer Mentalität ihre deutlichste Ausprägung ausgerechnet im Bereich ländlicher Begräbnissitten aufweisen sollen, wirkt eher befremdlich und scheint lediglich ein Versuch des Autors zu sein, die Relevanz seines eigenen Forschungsgebiets partout hervorheben zu wollen. Ähnlich unbedarft geht Detlef Kattinger in seinem Beitrag mit Begriffen wie „Nationalbewusstsein“ und „nationale Identität“ um (S. 26). Auch wenn eine ausführliche Stellungnahme zu der komplexen Debatte über die Anwendbarkeit des Nationsbegriffes auf vormoderne Gesellschaften, wie Kattinger selbst einräumt, für einen knappen Konferenzbeitrag viel verlangt wäre, wäre es doch vorteilhaft, wenn der Autor seinen Standpunkt in der Frage nach „Nations before Nationalism“ darlegen könnte.

Trotz solcher punktueller Schwächen fällt der Gesamteindruck des Bandes äußerst positiv aus. Die verspätete Veröffentlichung hat den Beiträgen nichts von ihrer Bedeutung genommen, und die Autorinnen und Autoren wissen vor allem dann zu glänzen, wenn sie durch die Berücksichtigung vernachlässigter Akteure und durch kontrafaktische Spekulationen neue Akzente setzen. Leserinnen und Lesern, denen die Geschichte des mittelalterlichen Ostseeraumes nach langer Forschung spannungsarm und ausgereizt erscheint, werden mit dem Band und den darin enthaltenen Denkanstößen eine Freude haben, und auch Spezialisten im Bereich der Mediävistik sollten auf ihre Kosten kommen.

Stefan Donecker, Florenz

Sankt Petersburg. Schauplätze einer Stadtgeschichte, hrsg. v. Karl Schlögel, Frithjof Benjamin Schenk u. Markus Ackeret. Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag 2007, 439 S.

Der vorliegende Band ist das fortentwickelte Ergebnis eines Studienkurses der ZEIT-Stiftung für junge Osteuropaexperten, durchgeführt unter der Leitung von Karl Schlögel im Sommer 2003 in St. Petersburg. Ziel des Studienkurses war „die Vernetzung des internationalen Nachwuchses der historischen Osteuropawissenschaften und (...) die Erforschung und Erfahrung der Geschichte des europäischen Ostens abseits alter Ideologeme.“ (S. 9) Dies ist in zumindest zweierlei, nämlich in einer zeitlichen und einer räumlichen Hinsicht, gelungen. Zum einen überschreitet die Darstellung von „Schauplätzen einer Stadtgeschichte“ St. Petersburgs die herkömmliche Tabu-

der russländischen „Revolution“ von 1917 und versucht sich an der Entdeckung historischer Kontinuitäten im städtischen Raum vom 19. bis zum 20. Jahrhundert. Zum anderen durchbricht sie dialektisch-materialistische Perspektiven oder deren weichere Varianten: das Denken in sozialen Gruppen, wirtschaftlichen Determinanten und ideologischen Dualismen, indem sie weniger Menschen und ihre Handlungen als vielmehr Räume und Orte in den Mittelpunkt stellt. Andererseits wird, das sei gleich vorweg erwähnt, aus dem Schreiten „abseits alter Ideologeme“ bisweilen auch ein Stolpern: In mehreren Essays wirkt das magische Datum von 1917 implizit dennoch als optischer Knick in der Schauplatz-Brille. Und hin und wieder lugt das altbekannte dualistisch-soziale Schema letztlich doch wieder durch das Netz der Raumanalysen.

Methodologisch folgen die meisten Beiträge Karl Schlögels Flaneur-Perspektive, die er bereits in seinem Petersburg-Buch von 1988¹ entwickelt hat. Sie reihen sich damit ein in jene historiografische Eroberung des Raumes, die seit einigen Jahren von Teilen der Historikerzunft beschworen wird (Stichwort *spatial turn*). In diesem Falle haben sich aber nicht nur Historiker im althergebrachten Sinne, sondern auch Kunst-, Architektur-, Literaturhistoriker, Kartografen und historische Kulturgeografen zusammengefunden, um eine interdisziplinäre und – um im Bild zu bleiben – multiperspektivische Sicht auf den Raum zu gewinnen. Im vorliegenden Band geht es (aus Schlögels Perspektive) wieder einmal darum, die ehemalige Hauptstadt des russländischen Kaiserreiches als Verdichtung europäischer Zivilisation und des europäischen Gedächtnisses zu interpretieren. Das ist nach wie vor reizvoll, auf Dauer aber zu einseitig räumlich-materiell gedacht. Die Abkehr von den herkömmlichen „Ideologemen“ führt zu der Tendenz, Menschen völlig aus der historiografischen Rechnung zu streichen oder sie bestenfalls als Füllmaterial für die erschauten Räume zu betrachten. Schlögels Formel „Im Raume lesen wir die Zeit“ von 2003,² die auch für diesen Sammelband Programm sein soll und häufig zitiert wird, ist durch seine Aussparung des dem Raum und der Zeit verhafteten Menschen als Subjekt der lesenden Wahrnehmung das beredteste Beispiel. Die Formel zeigt *ex negativo* auf einen weiteren Mangel des Bandes: Er verfolgt Ansätze

¹ Karl Schlögel, *Jenseits des Großen Oktober. Das Laboratorium der Moderne. Petersburg 1909–1921*. Berlin 1988.

² Karl Schlögel, *Im Raume lesen wir die Zeit. Über Zivilisationsgeschichte und Geopolitik*. München 2003.

einer historischen Geografie manchmal ohne überzeugende zeitliche Tiefendimension. Abgedeckt wird die Geschichte St. Petersburger „Schauplätze“ über einen historisch relativ kurzen Zeitraum, nämlich das Jahrhundert zwischen ca. 1850 und 1950. Zugegeben: In dieser Zeit hat sich durch Industrialisierung, Säkularisierung, politische Reformen und Umwälzungen, soziale Wandlungsprozesse usw. vieles verändert. Aber erstaunlich vieles ist auch gleich geblieben. Dies zeigt gerade die in zahlreichen Beiträgen gezogene Kontinuitätslinie über 1917 hinaus; hier wird die Zeit oft nicht im Raum gelesen, sondern der Raum bleibt sozusagen unter sich, und die Zeit scheint eingefroren. Dies legen im übrigen auch Schlögels einleitender Essay und einige andere Beiträge des Bandes nahe – nimmt man Schlögels These von der Kopräsenz der städtischen Dinge und Personen in der historiografischen Darstellung/Erzählung ernst: Ein „Schnitt durch die Zeitachse“ wird in keinem der Beiträge wirklich vollzogen; schon deshalb nicht, weil Erzählen immer schon ein Nacheinander von Sätzen und somit sprachlichen Repräsentationen von Dingen und Personen impliziert. Dazu kommt, dass gegenüber der Schilderung synchroner die Darstellung diachroner Raumphänomene überwiegt; wobei diachron nicht automatisch Kausalitäten implizieren muss oder eine Zeitlinie im Sinne eines gerichteten Zeitstrahls meint.

Doch wovon ist eigentlich die Rede? Der Band ist in zehn Abschnitte mit insgesamt 25 Beiträgen gegliedert, die hier natürlich nicht im Einzelnen besprochen werden können. Die ersten beiden Abschnitte „St. Petersburg – Schauplätze einer Stadtgeschichte“ und „Städte lesen“ (Markus Ackeret, Moskau; Frithjof Benjamin Schenk, München; Karl Schlögel, Frankfurt a.d.O.) setzen sich mit methodischen und konzeptionellen Fragen des Bandes auseinander und entwickeln im Wesentlichen die bereits genannten Perspektiven.

Der dritte Abschnitt „Die Stadt Peters“ mit zwei Beiträgen von Frithjof Benjamin Schenk und Wladimir Velminski (Berlin) rekonstruiert die historische St. Petersburg-Topografie des 18. Jahrhunderts und insbesondere die Zeit Peters I. – allerdings ohne sich darüber Gedanken zu machen, ob die „Stadt Peters“ vielleicht auch schon in der Peter-Zeit eine Stadt des Adels, der Kirche, des Militärs, der Kaufleute und Handwerker, der verschiedenen Ethnien, der ausländischen Diplomaten war, die alle ihre jeweils eigenen Orte schufen, und ob diese nicht ihre jeweils eigenen räumlichen Repräsentationen hinterließen.

Schon eher in den breiten zeitlichen Rahmen um 1900 passt der vierte Abschnitt über die „Hauptstadt des Vielvölkerreiches“ mit Beiträgen über das jüdische (Anke Hillbrenner, Bonn), russische (Kath-

leen Klotchkov, Moskau) und deutsche (Reinhard Nachtigal, Freiburg) St. Petersburg, jeweils verdinglicht und exemplifiziert an den sozusagen ethnischen Orten (Gotteshäuser, Schulen u.a.) der Stadt. Hier fragt man sich allerdings, was ein jüdischer, russischer, deutscher, armenischer, polnischer, tatarischer etc. Ort eigentlich sein könnte – außer der Vermutung, dass sich dort Gruppen, die sich selbst als entsprechende Ethnien wahrgenommen haben, öfter aufgehalten haben. Die Konstruktion einer Ethnizität von Orten und Räumen ist hier leider an keiner Stelle zum methodischen Problem geworden.

Der fünfte Abschnitt über „Städtische Synapsen – Außenverbindungen“ mit Beiträgen von Olivia Griese (München), Frithjof Benjamin Schenk, Monica Rütters (Basel) und Jörg Ganzenmüller (Jena) thematisiert Verbindungsorte zwischen städtischem und außerstädtischem Raum: Häfen, Bahnhöfe und Straßen unter den Rahmenbedingungen einer wachsenden Metropole im Zeitalter des Auf- und Ausbaus der Stadt und der Industrialisierung. Sie machen deutlich, dass historische Räume keine festen Größen besitzen, dass die Veränderlichkeit der Reichweite zur Definition historischer Räume gehört, und das bedeutet im Zeitalter der herausziehenden Moderne in St. Petersburg zwischen 1850 und 1950 vor allem, dass sie wachsen, dass ihre Grenzen ins Land expandieren. Die Vehikel solcher Expansion und des durch sie intensivierten Kontakts zwischen Stadt und Land waren die städtisch-peripheren „Synapsen“, wie sie in den vorliegenden Beiträgen beschrieben werden.

Im fünften Abschnitt wird das Kommunikationsthema weiter verfolgt, nun jedoch für den Innenraum der Stadt. Die Beiträge von Matthias Hecke (Münster), Julia Röttjer (Archangel'sk) und Karen Ohlrogge (Hamburg) beschäftigen sich unter dem Rahmenthema „Routen, Trassen, Prozessionen“ mit der Entwicklung der touristischen Wege der Stadt, aber auch mit den Orten sowjetischer Massenfeste und Erinnerungsorten des Stalinismus am Beispiel der ersten Metrolinie von Leningrad.

„Ereignis – Orte – Schauplätze“ lautet der Titel des siebten Abschnitts, der etwas disparate Beiträge von Jannis Panagiotidis (Tübingen), Markus Ackeret und David Sittler (Göttingen) über (raumörtliche) Spuren der Blockade von Leningrad 1941–1944, Vjačeslav Ivanovs „Turm“ als Ort der Intelligencija und den Znamenskaja-Platz als städtischen Ort der „Revolution“ vereint. Der Eindruck der Disparität gilt auch für den neunten Abschnitt über „Orte des Alltags – Orte der Freizeit“, der Essays von Julia Obertreis (Freiburg) und Ilja Utechin (St. Petersburg) über Wohnungen als städtische Orte, über

die Filmlandschaft Leningrads bis zum Zweiten Weltkrieg und über die Gärten St. Petersburgs beinhaltet. Im Einzelnen stellen sie alle interessante Aspekte einer Orts-Historiografie dar, hätten sich aber, an anderer Stelle und in Kombination mit anderen Beiträgen des Bandes, sicher besser synergisiert.

Thematisch und methodisch geschlossener wirkt der achte Abschnitt über „Orte der Macht – Orte der Ohnmacht“ mit Beiträgen von Alexej Leporc (St. Petersburg), Kirsten Bönker (Bielefeld) und Vladimir Lapin (St. Petersburg) zum Alexander- und zum Winterpalast, zur Fontanka und zu militärischen Orten St. Petersburgs. Man fragt sich allerdings, warum sie in der Ordnung der Beiträge so spät angesetzt worden sind, wird doch in den Essays immer wieder betont, wie sehr St. Petersburg-Leningrad eine Stadt der Zaren und des Militärs gewesen ist.

Leider gänzlich verloren wirkt der zehnte Abschnitt, „Epilog“ von Natalja Leбина (St. Petersburg), der plötzlich ganz von der Raumthematik abschweift und „Gedanken über die Bewohner einer Stadt“, nämlich die Leningrader, präsentiert. Gewiss steckt in diesem Beitrag viel Nachdenkenswertes, aber er sprengt völlig den methodischen und thematischen Rahmen des ansonsten im Großen und Ganzen recht geschlossen wirkenden Bandes.

Zum Schluss seien noch einige zusammenfassende kritische Aspekte erwähnt. Die Beiträge haben manchmal Mühe, sich von semiotischen und memorialistischen Fragestellungen zu lösen und sich damit methodisch-konzeptionell von einer inzwischen klassischen Sparte der Historiografie abzusetzen. Dies wird insbesondere in den Abschnitten 3, 4 und 7 deutlich. Ob sie das überhaupt möchten, bleibt allerdings ebenfalls unklar. Der Band bietet einige Bausteine sowohl für topohistoriografische (Stichworte „*géohistoire*“, „Spatiologie“, „Geschichtsregion“) als auch memohistoriografische (Stichworte „Erinnerungsorte“, „Gedächtnisorte“, „historisches Gedächtnis“ etc.) Ansätze. Hier wären methodologische Selbstreflexionen der Autoren und einige kategorisierende Differenzierungen am Platz gewesen, um das Innovative des historiografischen Ansatzes, wie er mit der Raumhistoriografie verfolgt wird, zu unterstreichen.

Fraglich ist Schlögels These, dass Europa um seine Städte kreise, dass Städte „Punkte maximaler Verdichtung all dessen sind, was Zivilisationen und ihre Geschichte ausmacht“ (S. 23). Was soll eine solche Aussage bedeuten angesichts der Tatsache, dass immer noch der größte Teil der Bevölkerung Europas auf dem Land lebt und selbst die in Städten lebende Bevölkerung zu einem guten Teil noch in Kate-

gorien ländlicher sozialer und politischer Verfasstheit denkt (und das gilt in erhöhtem Maße gerade für Russland)? Im Rahmen einer Zivilisationsgeschichte, die das ländliche Leben bewusst ausklammert, wäre gegen Schlögels These nichts einzuwenden; doch die Differenz Zivilisation/Nicht-Zivilisation spielt in den Beiträgen keine – jedenfalls keine dokumentierte – Rolle.

Ein dritter kritischer Punkt betrifft die Frage nach den Adressaten des Bandes, der angeblich sowohl für gebildete Laien als auch für ein gelehrtes Publikum geschrieben wurde (Einleitungssessay). Einen Kompromiss zwischen diesen beiden Ansprüchen herzustellen, wirkt etwas bemüht. Für interessierte Reisende mit Bildungsambitionen ist der Band deutlich theorieüberfrachtet. Hier wird sozusagen mit Theorie-Kanonen auf epistemologische Spatzen geschossen. Für ein gelehrtes Lesepublikum bleibt der Band wiederum zu „atmosphärisch“-unbestimmt. Denn in manchen Beiträgen wird das Niveau eines Reiseführers für gehobene Ansprüche tatsächlich nicht überschritten.

Insgesamt aber liegt mit dem Sammelband in der langen Reihe von Darstellungen zu Aspekten der Geschichte von St. Petersburg eine ansprechende, manchmal ästhetisch-stilistisch ornamentale, bisweilen auch schwatzhafte, jedenfalls aber sehr instruktive und im räumlichen und intellektuellen Sinne fassbare Einführung in die Spatio-Phänomenologie der ehemaligen russländischen Hauptstadt vor.

Der an der Bedeutung St. Petersburgs/Leningrads im weiteren Rahmen der Nordosteuropa-Forschung Interessierte wird seine Freude freilich höchstens an der Beschreibung der städtischen „Synapsen“ finden. Es liegt in der Tradition der allgemeinen Orts- und Stadtanalyse, dass deren Außenwelt kaum thematisiert wird und sie damit auf ein wichtiges Definitionskriterium für die Grenzen der städtischen Orte und Räume verzichtet. Auch der vorliegende Sammelband hat diesen Mangel nicht behoben. Bleibt die Hoffnung, dass es die historiografische Nachwelt besser macht.

Ralph Tuchtenhagen, Berlin

Siegfried Tornow, Was ist Osteuropa? Handbuch zur osteuropäischen Text- und Sozialgeschichte von der Spätantike bis zum Nationalstaat. Wiesbaden: Harrassowitz Verlag 2005, 675 S. (Slavistische Studienbücher. N.F. 16).

Was „Osteuropa“ sein soll und kann, wurde nach dem Zusammenbruch des „Ostblocks“ und mit den Verschiebungen der politisch-

geografischen Karten in den Köpfen der europäischen (wissenschaftlichen) Öffentlichkeit breit und zum Teil heftig diskutiert. Manche Debatteure gingen sogar so weit zu behaupten, Osteuropa-Wissenschaften hätten nach dem Ende des Kalten Krieges keine Berechtigung mehr als Sonderfächer der Humanwissenschaften, und zu fordern, sie sollten in die allgemeinen europäischen Philologien, Geschichts- und Sozialfächer etc. integriert werden. Auf die Implikationen solcher und anderer wissenschaftspolitischer Vorschläge und ihrer Folgen für die Bearbeitung und Wahrnehmung Osteuropa-bezogener Themen kann hier im Einzelnen nicht eingegangen werden. Sie sind auch hinreichend dokumentiert.¹ Im Jahre 2005 schließlich hat der Berliner Slavist Siegfried Tornow eine umfangreiche Monografie zum Thema vorgelegt, die eine endgültige Beantwortung der Frage erhoffen ließ. Schon bei der Durchsicht des Inhaltsverzeichnis jedoch und mehr noch beim Durchblättern des gegen 700 Seiten dicken Werkes wird man schnell gewahr, dass es keineswegs um eine Abhandlung grundsätzlicher raumhistorischer oder fachkonzeptioneller Fragen zum Thema „Osteuropa“ geht, sondern dass der Autor einen als „Osteuropa“ bezeichneten Raum schlichtweg setzt und das so geschaffene Begriffs-Behältnis dann mit sprach- und textwissenschaftlichen Inhalten füllt, die im Einzelnen recht disparat bleiben. Sie fügen sich weder einer Klassifizierung als Arsenal rein slavistischer Fachgelehrtheit noch wird man andere als klassisch-geografische und sozialgeschichtliche begriffliche Klammern finden, mit denen Tornow versucht, seine wissenschaftlichen Objekte in einen gemeinsamen Denkraum zu fassen.

Für Tornow ist „Osteuropa“ ein Teil „Europas“, der geografisch an der Elbe beginnt und sich von dort nach Osten bis zur Grenze „Asiens“ erstreckt – wobei sich Tornow hinsichtlich der Ostgrenze Osteuropas an einer populären Geografie orientiert, die „Asien“ hinter dem Ural und dem Bosphorus verortet. Dass diese geohistorische Definition ihre Tücken hat, hätte Tornow in Jacques Le Goffs „Geschichte Europas“ und vielen anderen „Europa“-Geschichten mühelos nachlesen können. Tatsächlich aber ignoriert er großzügig eine weitere Kontextualisierung „Osteuropas“ im euro-asiatischen kontinen-

¹ Vgl. beispielsweise die gewichtigen Beiträge in: *Wohin steuert die Osteuropaforschung? Eine Diskussion*, hrsg. v. Stefan Kreuzberger, Ingo Mannteufel, Alexander Steininger, Jutta Unser. Köln 2000; *Studienhandbuch östliches Europa*. Bd. 1: *Geschichte Ostmittel- und Südosteuropas*, hrsg. v. Harald Roth. Köln (u.a.) 1999; 2. Aufl. 2009 (UTB Taschenbücher); *dass.*, Bd. 2: *Geschichte des Russischen Reiches und der Sowjetunion*, hrsg. v. Thomas Bohn u. Dietmar Neutatz. Köln (u.a.) 2001; 2. Aufl. 2009 (UTB Taschenbücher).

talen Kontinuum.² Gewiss diskutiert er in seiner Einleitung (S. 13) den „Europa“-Begriff in Auseinandersetzung mit den geografischen Raumkonzepten des Römischen Reiches – nicht jedoch die Perzeptionen von Himmelsrichtungen und Subräumen „Europas“ in der nachrömischen Zeit. Davon abgesehen, bedeutete „Osten“ auch im Römischen Reich nicht so sehr „Ostelbien“ (wie bei Tornow, s. unten), sondern vor allem Kleinasien und im Weiteren die Reiche und Völkerschaften jenseits des Schwarzen Meeres, während der seit ca. 1800 als „Osteuropa“ wahrgenommene Raum üblicherweise als „Norden“ oder als „Scythia“ u.a. konzeptionalisiert wurde.³ Tornow weitet damit ein relativ junges Raumkonzept (200 Jahre) zu einer *longue durée*-Geschichte aus, die für ihn mit der Epoche des Römischen Reiches beginnt. Es ist natürlich klar, dass er damit ein konzeptionelles Dilemma zu lösen versucht; denn hätte er statt mit dem Begriff „Osteuropa“ mit dem Begriff „Norden“ oder „Nordeuropa“ operiert, wäre er von Nicht-Fachkundlern kaum verstanden worden. In die Falle des ahistorischen Konzeptionalisierens wären andere Autoren auf andere Weise vielleicht auch geraten; und möglicherweise gibt es gar keine andere Möglichkeit, als ahistorisch zu konzeptionalisieren, will man „Osteuropa“ bis in eine weit zurückliegende Vergangenheit begrifflich fassen (Begriffe dürften wohl ebenso wie Epochen und historische Räume „unmittelbar zu Gott“ sein). Dennoch hätte es Tornows Werk gut getan, diese Verschiebungen im imaginierten geohistorischen Raum zu diskutieren und seine Entscheidung zu begründen.

Die Westgrenze Osteuropas, die Elbe, ist bei Tornow identisch mit der Grenze zwischen Guts- und Grundherrschaft (S. 23). In Übereinstimmung mit dem Untertitel seines Buches wählt der Autor also ein sozialhistorisches Kriterium zur Definition seines „Osteuropa“-Begriffs. Verkürzt könnte man sagen: Dort, wo die Leibeigenschaft historisch dominiert hat, war „Osteuropa“, dort, wo sie nicht dominiert hat, „Westeuropa“. Die Frage bleibt freilich, ob dieses sozialgeschichtliche Kriterium dienlich sein kann zur (wissenschaftlich zwei-

² Jacques Le Goff, *L'Europe racontée aux jeunes*. Paris 1996 (dt. Le Goff erzählt die Geschichte Europas. Frankfurt a.M. 1997). Le Goff ist zugleich der Mitherausgeber der in mehreren europäischen Ländern (in Deutschland beim Münchner Beck Verlag) erscheinenden Reihe „Europa bauen“.

³ Vgl. Piotr Kochanek, *Die Vorstellungen vom Norden und der Eurozentrismus. Eine Auswertung der patristischen und mittelalterlichen Literatur*. Mainz 2004 (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz. Abt. für Abendländische Religionsgeschichte. 205); Facetten des Nordens. Räume, Konstruktionen, Identitäten, hrsg. v. Jan Hecker-Stampehl u. Hendriette Kliemann-Geisinger. Berlin 2009.

fellon notwendigen) Konstruktion osteuropäischer Sprach- und Texträume? Wenn die Leibeigenschaftsgrenze so zentral war zur Aufspannung eines historischen „Osteuropa“-Raumes, warum behandelt Tornow dann nicht auch die deutsche Sprache als eine „osteuropäische“ Sprache, warum kommen die deutschen leibeigenen Bauern östlich der Elbe nicht als integraler Bestandteil der Untersuchungen Tornows vor? Und gleichzeitig: Warum wird „Südosteuropa“ in die Untersuchung mit einbezogen, wo es zwar Leibeigenschaft gab, aber durchaus nicht als Kontinuum und nicht in dem Maße wie in den „ostmitteleuropäischen“ und „eigentlich“ „osteuropäischen“ Räumen? Warum werden die Bauern in Nordrussland einer Analyse unterzogen, die nur sehr bedingt als Teil des russländischen Systems der Leibeigenschaft angesehen werden können? Und überhaupt: Wie sieht es mit der Leibeigenschaft im Moskauer und Novgoroder, im Polnischen und Litauischen, im Habsburgischen und Osmanischen Reich vor dem 17. Jahrhundert aus? Man könnte die Liste der Fragen problemlos verlängern – der Eindruck drängt sich auf, dass die heiklen Definitionsprobleme des sozialhistorischen Raumes bei Tornow kein vorrangiges Thema, entsprechend wenig reflektiert und gerade deshalb zum Hauptproblem des vorliegenden Buches geworden sind.

Tornow argumentiert weiter, dass die Leibeigenschaftsgrenze eine viel wichtigere Grenze als die im Rahmen der „Osteuropa“-Forschung ebenso alte Grenzziehung entlang der konfessionellen Geografie Europas sei. Gleichzeitig führt Tornow die konfessionelle Grenzziehung über den Umweg einer Zweiteilung Europas in einen germanisch-romanischen Westen (= Papstkirche) und einen griechisch-slavisches Osten (= orthodoxe Kirchen) wieder ein und folgt damit einem hegelianischen Konzept europäischer Kulturräume auf Grundlage sprachwissenschaftlicher Kategorisierungen.

Tornows Epocheneinteilung für die Darstellung von Sprachen und Texten in „Osteuropa“ folgt zunächst einem politischen Kriterium („Römisches Reich“), dann politisch-historischen („Hochmittelalter“, „Spätmittelalter“) und ideengeschichtlich-literaturwissenschaftlichen Zeitkonzeptionen (Humanismus, Reformation, Barock, Aufklärung) und schließlich einem rein chrononumerischen Kriterium (19. Jahrhundert). Warum diese Mischung sinnvoll sein könnte, wird an keiner Stelle deutlich. Um den geografischen Gesamttraum „Osteuropa“ greifbar zu machen, operiert Tornow mit verschiedenen Subräumen, die je nach Epoche etwas wechseln. So schränkt er für das „Hochmittelalter“ den Osteuropa-Begriff auf Byzanz, Bulgarien und „Russland“ (warum nicht „Rus“?) ein, während Kroatien, Pannonien, Ka-

rantaniern, Ungarn, Böhmen und Polen unter „Ostmitteleuropa“ firmieren. Für das Spätmittelalter erweitert sich der Begriffsapparat auf „Ostrandeuropa“ (Goldene Horde, das Chwarezmische), für das Zeitalter von Humanismus und Reformation sowie Barock und Aufklärung verschwindet der „Osteuropa“-Begriff völlig und wird durch „Südliches/Nördliches Ostmitteleuropa“, „Nordost-“ und „Südosteuropa“ ersetzt. Auch hier macht der Autor nicht verständlich, warum er die Begriffe so und nicht anders gewählt hat.

Für die vorliegende Zeitschrift, die sich mit „Nordosteuropa“ beschäftigt, sind natürlich die Teile von Tornows Buch besonders interessant, die sich mit dem gleichnamigen historischen Raum auseinandersetzen. Auf eine damit verbundene Hoffnung folgt aber sogleich die nächste Enttäuschung: „Nordosteuropa“ kommt wohl als Begriff vor, nimmt aber die Fachdiskussion um diesen Begriff nicht auf und subsummiert darunter v.a. neuzeitliche (nachreformatorische/humanistische) sprachliche Entwicklungen wie das West- und Ostrussische sowie das Tatarische, wohingegen die Sprachen, die innerhalb der nicht-linguistischen Osteuropa-Fachwelt mittlerweile weitgehend etabliert unter „Nordosteuropa“ rubrieren (Polnisch, Jiddisch, Preußisch, Litauisch, Lettisch, Estnisch), bei Tornow unter „Nördliches Ostmitteleuropa“ laufen. Man darf sich fragen, warum.

Auf weitere Konzeptionalisierungsprobleme einzugehen, erübrigt sich. Es gibt deren unzählige. Wer mit ihnen leben kann und eher solide Anleitung zur Sprach- und Textgeschichte eines wie auch immer abzugrenzenden „osteuropäischen“ Raumes sucht, der wird auf Tornows *opus magnum* keinesfalls verzichten können. Sakralsprachen, Reichssprachen, Volkssprachen, Gelehrtensprachen, kodifizierte und nicht-kodifizierte Sprachen – man wird hier kaum etwas vermissen. Und der Slavist Tornow hat sich nicht gescheut, auch nicht-slavische Sprachen aus unterschiedlichsten Sprachfamilien und -gruppen unter die Lupe zu nehmen (mit welcher Kompetenz – das mögen die Fachphilologen entscheiden). Der sozialgeschichtliche Aspekt dieser Sprach- und Textgeschichte kommt insofern zum Tragen, als Tornow die Sprecher bzw. Autoren und Ideenträger entsprechender sprachlicher Hinterlassenschaften benennt, in Gruppen sortiert und Wechselwirkungen zwischen sozialen Strukturen und Entwicklungen und der jeweiligen Sprach- und Textgeschichte herausarbeitet. Die Frage darf allerdings erlaubt sein, ob man solche Wechselwirkungen nicht im Zusammenhang mit der Wirtschafts-, Politik-, Kirchen-, Mentalitäten-, Alltagsgeschichte u.a.m. entdecken könnte und warum Tornow gerade ein solches Gewicht auf die Sozialgeschichte legt.

Insgesamt handelt es sich also um ein enzyklopädisches Werk, ein Werk zum Nachschlagen, weniger zum Nachdenken; in dieser Funktion ist es jedoch bislang das kompletteste Werk zum Thema „Sprachen, Texte, Sprecher, Autoren und soziale Akteure in Osteuropa“. Der Titel des Buches sollte aber wohl eher lauten: Wie haben sich Sprachen und Texte in Osteuropa entwickelt und welche soziostrukturellen Implikationen sind damit verbunden? Damit expliziert sich dann zugleich die durchgehend diachrone Ausrichtung des Buches. Perspektiven der synchronen Linguistik auf das geohistorische Phänomen „Osteuropa“ wird man vergeblich suchen.

Ralph Tuchtenhagen, Berlin

Die unbekanntten Nachbarn. Minderheiten in Osteuropa, hrsg. v. Ruth Leiserowitz. Berlin: Ch. Links Verlag 2008, 285 S.

Dass sich Europa seit der politischen Wende von 1989/90 fundamental verändert hat, gilt nicht nur für die unmittelbar wirksame politische und gesellschaftliche Wirklichkeitsebene, für Staatenbündnisse, Machtblöcke, Wirtschaftsräume, Reisemöglichkeiten und Migrationsströme, sondern auch für das Bild, das Europa, genauer: das Europa der Europäischen Union, sich von sich selbst macht – insbesondere von seinem östlichen, aus Sicht der „alten Mitgliedsstaaten“ also neu hinzugekommenen Teil. Manche Facette der Wirklichkeit wird erst jetzt (wieder) sichtbar. Weder war der „Ostblock“ je ein in sich einheitliches Gebilde, noch waren die Bevölkerungen der Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes so homogen, wie es die jeweilige staatliche Doktrin oft behauptete. Trotz aller unifizierenden Nationalisierungsmaßnahmen, Umerziehungen, Bevölkerungsverschiebungen, gelenkten Wanderungsbewegungen und ethnischen Säuberungen, trotz aller Deportationen und nationalsozialistischem Genozid ist Ostmitteleuropa in ethnischer und sprachlicher Hinsicht auch nach 1945 kulturell vielfältig geblieben – wenn auch im Vergleich zur Zeit um 1900 die jeweilige Mehrheitsbevölkerung deutlich an Gewicht gegenüber den Minderheiten gewonnen hat und manche Minderheit nur in extrem reduzierter Mitgliederzahl überlebt hat. Seit dem Ende des Kommunismus können sich diese Minderheiten nun wieder frei zu Wort melden, organisieren, Rechte einfordern und – soweit sie noch über genug Mitglieder verfügen – wieder ein eigenständiges kulturelles Leben aufbauen. So kamen mit der Osterweiterung der Europäischen Union nicht nur neue Mitgliedsstaaten mit ihrer jeweiligen Mehr-

heitsbevölkerung zur EU hinzu, sondern auch ein ethnisch buntes Mosaik aus verschiedensten Minderheitskulturen.

Diesem widmet sich das hier zu besprechende Buch. Die oft verwirrende Vielfaltigkeit der kleinen Ethnien und Minoritäten ist nicht leicht zu fassen und noch schwerer sinnfällig zu machen: Was bedeutet es eigentlich, dass es z.B. in Ungarn 2001 13 Minderheitengruppen gab? Was bedeuten Zahlen wie die folgenden (über Ungarn): „Roma 1,9% (190 046), Deutsche 0,6% (62 233), Slowaken 0,2% (17 693), Kroaten 0,15% (15 620), Rumänen (7 995), Ukrainer (5 070), Serben (3 816), Slowenen (3 040), Polen (2 962), Griechen (2 509), Bulgaren (1 358), Ruthenen (1 098), Armenier (620)“ (S. 206)? Statistische Daten und Zahlen allein verraten noch nichts über das Leben der Menschen und über das Mit- oder Gegeneinander von Minderheit und Mehrheit im jeweiligen Land. Umso mehr ist zu begrüßen, dass die Herausgeberin eine „gemischte“ Darstellungsform gewählt hat: Über jedes der dargestellten Länder bringt der Band in enzyklopädisch gebündelter Form die wesentlichen Informationen zu seinen (anerkannten wie nicht anerkannten) Minderheiten, ihre Organisation, ihr kulturelles Leben, ihre Medien und ihre Repräsentanz in den öffentlich-rechtlichen Medien des jeweiligen Landes, ihre politische Organisation und ihre Vertretung in den Parlamenten sowie ihre juristische Situation. Auch websites werden genannt (leider ohne Angabe der www-Adressen). Diese Informationskapitel über die Minderheiten des jeweiligen Landes sind durchgehend eingeteilt in allgemeine Informationen zum Land, einen kurzen Abriss seiner Geschichte im 20. Jahrhundert, einen allgemeinen statistischen Überblick über die Minderheiten (einem solchen entstammt das oben zitierte Beispiel über Ungarn) mit grundlegenden Informationen (welche Minderheiten sind anerkannt, wie groß sind sie, wie ist ihre politische und rechtliche Einbindung), ehe dann die größeren Minderheiten im Einzelnen ausführlicher vorgestellt werden und schließlich die „weiteren Minderheiten“ unter Berücksichtigung auch kleinerer und kleinster Bevölkerungsgruppen umfassend aufgelistet und zumindest kurz vorgestellt werden.

Diesen zwangsläufig nüchternen informativen Überblicken wurde zum Ausgleich jeweils eine Reportage vorangestellt, die exemplarisch aus dem Leben einzelner Angehöriger einer anderen Minderheit des jeweiligen Staates berichtet. Dadurch wird nachvollziehbar, wie Betroffene den Minderheitenstatus im jeweiligen Land subjektiv erfahren und erleben, den nackten Daten wird ein sinnlich lebendiger Eindruck vorausgeschickt, so dass der Leser die statistischen

Informationen zwangsläufig mit den in der Reportage vermittelten subjektiven Einstellungen und Erfahrungen verbindet. Beide Teile ergänzen und erklären sich gegenseitig. Die nicht zuletzt dem Umfang und der Handlichkeit verpflichtete Entscheidung, in diesen Reportagen jeweils nur eine Minderheit zu behandeln, hebt natürlich die behandelte Gruppe besonders hervor; ausgeglichen wird dies dadurch, dass bei jedem Land über Angehörige einer anderen Minderheit berichtet wird, z.B. über Weißrussen in Polen, Russen in Lettland, Roma in der Slowakei oder Juden in Rumänien. Angesichts der ethnisch-kulturellen Gemengelage in der Region, in der die verschiedenen Gruppierungen sich auf jeweils mehrere Länder verteilen, werden so zumindest alle größeren und gewichtigeren Gruppen behandelt. Dabei zeigt sich, dass die Grenze zwischen Minderheit und Mehrheit (oder auch anderen Minderheiten) oft durchlässig und fließend geworden ist. Die Ethnien stehen einander nicht als kompakte Entitäten gegenüber, sondern als flexible Augenblicksergebnisse jeweils dynamischer Prozesse, Entwicklungen und Lebensläufe. Identität wird teils von den Eltern ererbt, teils durch akzeptierte Fremdzuschreibung angenommen, teils in eigenständiger kultureller Arbeit aufrecht erhalten, vertieft und weiterentwickelt, wobei diese Teilaspekte jeweils Hand in Hand gehen und keine Aussage darüber erlauben, inwieweit sich einzelne Minderheiten in hundert Jahren noch von ihrer Mehrheitsumgebung durch eigene kulturelle Traditionen (und warum nicht auch Innovationen?) unterscheiden wollen, müssen oder dürfen. Aber auch die Entstehung neuer „Mischgruppen“ (wie einst der „Wasserpolen“ oder heute der „Deuschtürken“) ist jederzeit möglich. Die ethnische Gemengelage Ostmitteleuropas ist seit Jahrhunderten einem steten Wandel unterworfen, der im Zeitalter nun motorisierter Migration und eines geografisch größer gewordenen, im Prinzip sogar globalen Mobilitätshorizonts noch beschleunigt wird.

Natürlich kann und will dieses Buch nur eine auf die aktuelle Situation bezogene Bestandsaufnahme bieten. Ergebnis ist ein ebenso umfassender wie lebendiger Gesamteindruck von den Minderheiten in Ostmitteleuropa. Die folgende Kritik soll nicht dieses insgesamt gelungene Konzept in Frage stellen, sondern vor allem auf ein Problem hinweisen, das sich die Herausgeberin unnötig selbst bereitet hat und durch das die Umsetzung des Konzepts in Konflikt mit der Grundanlage gerät.

Eine der Fragen, die die Herausgeberin bei der Planung zu klären hatte, war die nach der stofflichen Eingrenzung des Bandes. Absolut nachvollziehbar ist, dass die Herausgeberin sich auf die neuen Mit-

gliedstaaten der EU in deren östlichem Teil beschränkt. Dass sie – auch entgegen dem Selbstverständnis mancher dieser Staaten und ihrer Bevölkerung – von „Osteuropa“ spricht, verwirrt jedoch etwas, geht es doch nicht um Russland oder die Ukraine, sondern um den Osten der EU (inklusive Deutschlands!), für den als geografischer Begriff „Ostmitteleuropa“ wohl weit angemessener wäre. Dass sie Deutschland mit hinzunimmt, mag als Reverenz an deutsche Leser verständlich sein, wirft aber sofort die Frage nach Österreich auf, das ja seinerseits mit der slowenischen und der kroatischen Minderheit Heimat „klassischer“ ostmitteleuropäischer Minderheitsgruppen ist. Außerdem ist Österreich später der EU beigetreten als die ehemalige DDR, deren Gebiet im Mittelpunkt des Deutschlandteils des Buches steht.

Überhaupt scheint die Behandlung Deutschlands und der Deutschen besondere Probleme bereitet zu haben. In den meisten Fällen werden in den Reportagen Minderheitsgruppen behandelt, denen im jeweiligen Staat durch ihre Größe und ihre Präsenz besondere Bedeutung zukommt. Dass im Kapitel über Deutschland die sorbische Minderheit vorgestellt wird, spiegelt zwar nicht deren Gewicht in der öffentlichen Wahrnehmung des Landes wider (die sich eher auf Menschen mit Migrationshintergrund aus dem islamischen Raum konzentriert), gliedert Deutschland aber mit der Hervorhebung seiner „alten“ slawischen Minderheit in das Konzert der übrigen behandelten Staaten ein, deren Mehrheiten und Minderheiten großenteils slawisch sind. Warum aber als einzige Minderheit ausgerechnet die deutsche gleich zweimal (in Ungarn und in Tschechien) behandelt werden muss, bleibt etwas rätselhaft, zumal die etwas aus dem Rahmen fallende Reportage aus der tschechischen Republik weniger vom Leben der Minderheit erzählt als die gewiss beeindruckende individuelle Lebensgeschichte eines einzelnen Deutschen wiedergibt, dem es nach 1945 gelungen war, in der Tschechoslowakei zu bleiben. Überhaupt ist der größte und heikelste Schwachpunkt des Buchs der Umgang mit Deutschland und den Deutschen. So fällt auf, dass im Informationsteil zu allen anderen Staaten auch auf Minderheitengruppen eingegangen wird, die erst nach 1945 im Zuge (oft gesteuerter) Arbeitsmigration entstanden sind (man denke nur an die vielen russischen Zuwanderer in den baltischen Staaten) – nicht aber bei Deutschland. Natürlich hätte die Berücksichtigung der vielen Migrationsgruppen in Deutschland viel Platz beansprucht – aber wenn Deutschland schon behandelt wird, gehören sie dazu! Dass sie nicht offiziell als Minderheiten anerkannt sind, löst das Problem nicht, zumal das Buch in anderen

Fällen sehr wohl auch nicht anerkannte Minderheiten berücksichtigt (etwa und selbst dann, wenn die betreffende Bevölkerungsgruppe zu klein ist, um den für eine rechtliche Anerkennung nötigen Mindestansprüchen zu genügen wie die Aserbaidshaner oder Tschuwaschen in Estland, S. 106). Bei Deutschland hingegen werden zwar im allgemeinen Überblick über die verschiedenen Bevölkerungsgruppen die Migranten noch aufgelistet, danach aber nur noch die vier offiziell anerkannten Minderheiten (Dänen, Friesen, Sinti und Roma, Sorben) behandelt, obgleich diese zahlenmäßig weit hinter anderen Bevölkerungsgruppen (wie etwa den Türken) zurückbleiben; dass von polnischer Seite (vergeblich) versucht wird, der „Polonia“ wieder jenen Minderheitenstatus zusprechen zu lassen, den sie (bei anderer Grenzziehung) in der Weimarer Republik noch zugestanden bekommen hatte, wird nicht einmal erwähnt. Das bei allen anderen Staaten obligatorische Teilkapitel „Weitere Minderheiten“, in dem zuvor nicht behandelte Bevölkerungsgruppen zumindest kurz vorgestellt werden, entfällt im Falle Deutschlands einfach.

Die konzeptionellen Schwierigkeiten, die die Aufnahme Deutschlands (warum wurde es nicht einfach weggelassen?) in den Band mit sich bringt, zeigen sich auch im erst dadurch auffälligen Weglassen Österreichs – wäre Deutschland nicht aufgenommen, würde sich der Band einfach auf die seit 2004 in die EU aufgenommenen Staaten konzentrieren (der Verzicht auf Malta und Zypern wäre geografisch und kulturhistorisch leicht zu begründen) –, noch mehr aber in der Gliederung des Bandes, schlagen also leider auch auf die Gesamtanlage des Buches durch. Die Frage, in welcher Reihenfolge die Länder behandelt werden, legt zwei Möglichkeiten nahe: Die erste wäre einfach alphabetisch. So ist die nach den behandelten Ländern geordnete Bibliografie am Ende des Bandes aufgeteilt, diese Möglichkeit wurde also sehr wohl bedacht, aber offensichtlich verworfen (warum die Gliederung der Bibliografie der tatsächlichen Kapitelfolge nicht angeglichen wurde, bleibt unerklärt). Der Grund lässt sich erraten: Bei alphabetischer Reihenfolge hätte Deutschland an erster Stelle behandelt werden müssen. Dies hätte nicht nur unter dem Höflichkeitsaspekt peinlich und aus historischen Gründen verwegen gewirkt, es hätte Deutschland auch auf eine Art und Weise hervorgehoben, die deutlich gemacht hätte, dass bei der nun einmal vorgenommenen Gegenstandsbestimmung Deutschland eigentlich gar nicht wirklich in den Kreis der hier behandelten Länder gehört. Die andere Gliederungsmöglichkeit ist eine geografische, die die Länder entlang einer imaginativen Reiseroute aneinander reiht. Die Herausgeberin hat sich

für diese Alternative entschieden – doch auch diese merkwürdig gebrochen: Der Band reiht die Länder quasi in mehreren geografischen Schichten aneinander, in denen, beginnend im Norden, jeweils von West nach Ost „gereist“ wird. Zunächst von Polen ins Baltikum, dann von Deutschland aus noch einmal nach Tschechien und in die Slowakei, schließlich, abermals im Westen beginnend, von Slowenien über Ungarn nach Rumänien, ehe das südliche Bulgarien an das Ende des Darstellungsteils rückt. Dass Deutschland in dieser mehrfachen West-Ost-Bewegung vor Tschechien und nicht vor Polen platziert wird, hat wohl den schon bekannten Grund, dass es an dann wieder an die erste Stelle gerückt wäre. Warum die Reihenfolge aber so kompliziert sein muss, ist nicht ersichtlich, eine „Schlangenlinie“ Estland – Lettland – Litauen – Polen – Deutschland – Tschechien – Slowakei – Ungarn – Slowenien – Rumänien – Bulgarien oder umgekehrt hätte den selben Zweck erfüllt und würde nicht so anstrengend angestrengt wirken. Offensichtlich wollte oder konnte die Herausgeberin Deutschland weder weglassen noch es so behandeln wie die anderen Länder. Dies führt zu unnötigen Störungen in der ansonsten sehr klaren Gesamtkonzeption des Bandes. Es wäre ein Gewinn, wenn die Herausgeberin im Falle einer Neuauflage ihr gut durchdachtes und überzeugendes Konzept konsequent umsetzen würde.

Jürgen Joachimsthaler, Heidelberg

Alexander Watson, *Enduring the Great War. Combat, Morale and Collapse in the German and British Armies, 1914–1918*. Cambridge: Cambridge University Press 2008, 288 S.

Ein zentrales Thema der Historiografie zu Kriegen und Konflikten ist die Frage, aus welchen Gründen und mit welcher Motivation die Soldaten der einzelnen Armeen in den Krieg zogen, und wie sie ihre Loyalität und ihren Kampfeswillen angesichts Gewalt, Entbehrung und Leid aufrechterhalten konnten. Im Falle des Ersten Weltkriegs stellt sich diese Frage ganz besonders aufgrund der alle Erwartungen überschreitenden Anzahl der involvierten Armeen und Soldaten, Dauer und Ausweitung der vormals eingehetzten Kriege auf die gesamte Gesellschaft, unter anderem durch eine bisher unbekannte Mobilisierungsquote. Lange Zeit hat sich die Forschung vor allem auf Patriotismus und einen militaristischen Nationalismus als Motivationskräfte konzentriert. Es folgte eine historiografische Demystifizierung der Kriegsbegeisterung. In vielen, insbesondere lokalen Studien

wurde die Wirkungskraft der Ideologie auf den einfachen einzelnen Soldaten hinterfragt. In der französischen Forschung entspann sich gar ein institutioneller Forschungsstreit, der bis heute die Lager der (nicht nur) französischen Ersten Weltkriegs-Forschung bildet: „consentement“ vs. „contrainte“: „Zustimmung“ vs. „Zwang“.¹ Das Lager der „Zwangs“-Theorie betonte statt der Tragkraft von „Zustimmung“ nun die Bedeutung staatlicher Verpflichtung durch Wehrpflicht sowie die Angst vor Konsequenzen der Desertion.

Einen sinnvollen Kompromiss bietet ein neues Konzept, in dessen Zeichen die Arbeit von Alexander Watson steht und zu dessen Entwicklung er mit dem vorliegenden Buch maßgeblich beiträgt: „Endurance“, auf Deutsch: ertragen, durchhalten.² Statt sich für eine der beiden konkurrierenden Schulen (Zwang/Zustimmung) zu entscheiden, konzentriert sich dieser Ansatz auf die Frage, warum die mobilisierten Soldaten trotz der sie umgebenden Schrecken weiterkämpften. Watsons Grundannahme, die er seinem Buch vorausschickt, lautet dementsprechend: „Although usually remembered as a conflict of attrition of material, the FWW was, above all, a contest of endurance.“ (S. 1) Als Ergebnisse seiner Fallstudie, die auf der Untersuchung von Briefen und privaten Papieren von über hundert deutschen und britischen Soldaten beruht, attestiert Watson den kämpfenden Soldaten vor allem eins: Widerstandsfähigkeit („resilience“, S. 7). Watson strebt an, durch eine Untersuchung der „individuellen Psychologie“ der Soldaten nicht nur deren Motivation und Durchhaltevermögen erklären zu können, sondern darüber hinaus auch Schlüsse auf die Funktionsfähigkeit ganzer Armeen zu bieten. Kurz, über die Psyche der einzelnen Soldaten ließe sich erklären, warum bestimmte strategische Entscheidungen der jeweiligen Armeen erfolgreich umgesetzt werden konnten, während andere zum Scheitern verurteilt waren (ebenda). Diese Rückbindung an militärstrategische Beispiele verliert sich im Laufe des Buches leider, doch Watsons Argument des Durchhaltevermögens birgt viele bereichernde Aspekte.

Watson erklärt den Stellungskrieg an der Westfront zu einem „War of Endurance“, in dem Durchhaltevermögen das wahre Kapital der Armeen wurde. Angesichts von Eintönigkeit und Tristesse des Lebens

¹ Vgl. Pierre Purseigle, A very French Debate: the 1914-1918 ‚war culture‘, in: *Journal of War and Culture Studies* 1 (2008), S. 9-14.

² Mit ähnlichem Ansatz wurde auch die internationale Konferenz „Dans la Guerre (1914-1918): Acceptor, endurer, refuser / Inside the War (1914-1918): Acceptance, endurance, refusal“ organisiert, Centre de recherche de l’Historial de la Grande Guerre, Péronne, 7.-9. November 2008.

im Schützengraben, der Angst der Immobilität und Hilflosigkeit im Falle eines Bombenangriffs und vor allem der Gesichtslosigkeit des Feindes waren es nach des Autors Ansicht eher die Unkontrollierbarkeit des Krieges und des Schreckens als die tatsächliche Gefahr, die die individuelle Kampfmotivation und die Gruppenmoral schwächte. (S. 34) Trotz allem seien Desertionsraten erstaunlich gering geblieben. (S. 40) Watson geht den Gründen für diese offensichtliche Widerstandsfähigkeit der Soldaten nach. Er konzentriert sich auf die Frage eines individuellen Gefühls der Bedrohung, die für ihn Kern jeder Erklärung für die andauernde Kampfbereitschaft ist. Der konstant betonte Vergleich des bedrohten Belgiens mit der bedrohten Familie scheint für den Fall des in der Einleitung so herausgestellten einfachen Soldaten mitunter ein wenig überzogen. Überzeugend hingegen ist Watsons Plädoyer, für eine Analyse der „Kriegsbegeisterung“ müssten „passive Motivationen“ wie peer pressure und Angst vor sozialer Stigmatisierung ebenso mit berücksichtigt werden wie die „aktiven Motivationen“, den Willen zur Verteidigung der eigenen Familie und des Vaterlandes. (S. 54) Diese seien stärker gewesen als ideologische Kriegsbegeisterung und gesellschaftliche Unterschiede. (S. 56) Nur dieses Verständnis einer staatsbürgerlichen Verteidigungspflicht habe auch die Basis für ein System militärischen Gehorsams gestützt und aufrecht erhalten. (S. 62) Watson betont den Einfluss der Führungsqualitäten der mittleren Befehlsebene zur Entwicklung einer Bindung an die Armee, während er gleichzeitig den Glauben an die Effektivität von Propaganda auf die Soldaten weitgehend entwertet. Den Einsatz von Propaganda, mit dem die jeweiligen Heeresleitungen die Truppenmoral zu stärken planten, sei beinahe ausschließlich dort effektiv gewesen, wo sie bereits existierende und motivierende Ängste aufnahm. (S. 82) Vielmehr hätten individuelle Durchhaltestrategien der von ihm untersuchten Soldaten geholfen. Psychologische Anpassung, ironische und humoristische, teilweise sarkastische Aneignung der Umgebung (etwa durch Spitznamen für sich oder für Waffen, durch spezielle Lieder und Witze) zählten zu diesen Überlebensstrategien im Krieg, ebenso Religiosität und Aberglaube (an Glücksbringer, an Schicksal) und nicht zuletzt ein „nicht zu rechtfertigender Optimismus“ oder ein vollkommenes Ausblenden und Ignorieren der realen Gefahr. (S. 105)

Zentral für Watson ist seine These des hohen Einflusses der mittleren militärischen Befehlsebene. Diese betone auch Unterschiede zwischen den beiden untersuchten Armeen. Der in der deutschen Armee verbreitete Elitismus habe verhindert, dass von den führenden Offi-

zieren und Unteroffizieren eine mit der britischen Armee vergleichbare beruhigende und moralstärkende Ausstrahlung ausgegangen sei. (S. 115 ff.) Diese Distanz zwischen Offizieren und Mannschaften und „Offiziershass“ (S. 124) sei durch den Krieg hindurch für die deutsche Armee ein größeres und schwieriger zu überwindendes Problem gewesen als für die englische, auch wenn Watson der jungen nachrückenden Offiziersgeneration einiges Lernvermögen zuspricht.

Watsons Buch ist ohne Zweifel ein wertvoller Beitrag zur Erforschung des Ersten Weltkriegs und seiner Kriegsteilnehmer. Er behandelt ein sehr komplexes Thema in einem außergewöhnlich gut geschriebenen, kurzen und daher sehr zugänglichen Buch.

Die Entscheidung zur kurzen Darstellung bringt jedoch einige kleinere Einbußen mit sich. Zunächst sind diese historiografischer Art. Obwohl Watson die entsprechenden Bücher in seiner Bibliografie aufführt und offensichtlich konsultiert hat, wäre eine stärkere Auseinandersetzung mit dem aktuellen Stand der Forschung zu verschiedenen zentralen Aspekten seines Arguments zu wünschen gewesen, insbesondere in Bezug auf Religion und Aberglauben im Krieg (z.B. Annette Becker, Michael Snape), die Bedeutung von Gerüchten und Nachrichten über Kriegsgräuel (John Horne/Alan Kramer); vor allem hätte die Frage der Kriegserfahrung mehr berücksichtigt werden können (Buschmann/Reimann, Latzel, Hirschfeld etc.). Gleiches gilt für die Diskussion von militärischer Führung und dem Verhältnis der Offiziersklasse zu den Mannschaften (Markus Funck, Wenke Meteling). Insbesondere vermisst die Rezensentin eine stärkere Auseinandersetzung mit der Frage nach einer eventuellen Brutalisierung der Soldaten durch das Kriegserlebnis (George Mosse). Watsons „endurance“-Konzept erweckt den Anschein, der Krieg sei nur überdauert worden, habe aber selbst wenig Einfluss auf die Psyche der Soldaten gehabt. Ohne eine lineare Verbindung herstellen zu wollen, hätte diese Frage doch angesichts der hohen Anzahl gewaltbereiter Veteranen, die nach dem Weltkrieg in deutschen Freikorps im Baltikum oder in britischen paramilitärischen Verbänden in Irland und im Empire tätig waren, eine Diskussion verdient. Watsons psychologischer Ansatz bringt viel Gewinn zur Studie. Es stellt sich die Frage, ob zeitgenössische psychologische Arbeiten als Analysewerkzeug benutzt werden sollten, ohne selbst auch als Quellen und Dokumente ihrer Zeit eingeordnet und hinterfragt zu werden. Schließlich findet die Problematik der Kolonialsoldaten und Angehörigen der Minderheiten innerhalb der Armeen kaum Erwähnung, was zu bedauern, jedoch wohl der Kürze geschuldet ist. In seinem aktuel-

len Projekt beschäftigt sich Alexander Watson intensiv mit dem hier vernachlässigten Thema der Minderheiten, insbesondere mit Polen in der deutschen Armee. Es lässt also hoffen, dass sein nächstes Buch die Fragen beantwortet, die in dem rezensierten Buch leider noch fehlen, und so das Bild vervollständigt.

Von diesen Kritikpunkten abgesehen, handelt es sich um ein hervorragendes und sehr lesenswertes Buch, auf das in Zukunft niemand, der sich mit Kriegsmotivation und Moral im Ersten Weltkrieg auseinandersetzt, wird verzichten können.

Julia Eichenberg, Dublin

Jörg Zägel (in Zusammenarbeit mit Reiner Steinweg), Vergangenheitsdiskurse in der Ostseeregion. Bd. 1. Auseinandersetzungen in den nordischen Staaten über Krieg, Völkermord, Diktatur, Besatzung und Vertreibung. Berlin: LIT Verlag 2007, 212 S. (Kieler Schriften zur Friedenswissenschaft. 14); Jörg Zägel (in Zusammenarbeit mit Reiner Steinweg), Vergangenheitsdiskurse in der Ostseeregion. Bd. 2: Die Sicht auf Krieg, Diktatur, Völkermord, Besatzung und Vertreibung in Russland, Polen und den baltischen Staaten. Berlin: LIT Verlag 2007, 348 S. (Kieler Schriften zur Friedenswissenschaft. 15).

Die beiden hier zu besprechenden Bände entstanden im Rahmen eines Forschungsprojektes, das unter dem Titel „Zum Umgang mit der Vergangenheit in der Ostseeregion“ am Schleswig-Holsteinischen Institut für Friedenswissenschaften SCHIFF (heute Arbeitsbereich Friedens- und Konfliktforschung des Instituts für Sozialwissenschaften der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel) durchgeführt wurde. Mit dieser Doppelpublikation greifen die Autoren Änderungen in Geschichtsdeutungen seit dem Ende des Kalten Krieges auf und haben eine überblicksartige Gesamtschau aller Ostseeanrainerstaaten mit Ausnahme Deutschlands vorgelegt. Diese Ausnahme angesichts des Umfangs der deutschen Debatte zur „Vergangenheitsbewältigung“ erscheint auf der einen Seite nachvollziehbar, auf der anderen Seite fehlt so in gewisser Weise ein zentrales Vergleichsmoment. Da man aber die Darstellungen zu den nordischen Ländern, den baltischen Ländern sowie zu Russland und Polen durchaus als begrüßenswerte Vermittlungstätigkeit an ein deutschsprachiges Lesepublikum werten sollte, ergibt dies durchaus Sinn. Es mag „Komplettisten“ geben, die fragen, wo Island geblieben sei, das man – ebenso wie Norwegen –

zwar nicht geografisch, aber politisch und kulturell zur Ostseeregion zählen kann. Allein aufgrund seiner geografischen Lage, aber auch durch die zwar nicht uneingeschränkt begrüßte, aber dennoch vor dem Hintergrund starker Affinität zu den Okkupationsmächten erfolgte Besetzung zunächst durch Großbritannien, dann die USA hat Island keine unmittelbaren Berührungspunkte mit dem Geschehen des Zweiten Weltkrieges auf dem europäischen Kontinent gehabt und scheidet daher für eine Betrachtung in diesem Kontext aus.

Die beiden Teilbände sind nach regionalen Prinzipien unterteilt worden: Der erste Band widmet sich Nordeuropa, der zweite dem Baltikum und Osteuropa. Diese Unterteilung wirkt angesichts gewisser Gemeinsamkeiten in der Geschichte und in der Art, wie mit Geschichte in den jeweiligen Teilregionen umgegangen wird, schlüssig. Es ist allerdings keineswegs das Anliegen von Zägel und Steinweg, hier eine Aufteilung in die Staaten vorzunehmen, die vermeintlich besser mit ihrer Vergangenheit umgingen, und diejenigen, bei denen dieser Prozess kontroverser abgelaufen sei. Vom Aufbau und von der Anlage der Darstellungen her sind beide Bände enzyklopädischen Charakters: Es werden zunächst die grundlegenden historischen Hintergrundfakten geliefert und dann in einer integrierten Darstellung zentrale Aspekte primär aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges und – im Fall Finnlands, der baltischen und der osteuropäischen Staaten – auch aus der Phase des Kalten Krieges dargestellt sowie die wichtigsten Entwicklungen in der Forschung hierüber benannt. Somit wird nah an den historischen Fakten auch deren Aufarbeitung – oder auch mangelnde Aufarbeitung – durch Geschichtswissenschaft und öffentliche Debatte behandelt.

Die Darstellung baut ausschließlich auf der deutsch- und englischsprachigen Forschungsliteratur auf – angesichts der Breite der hier abgedeckten Region verständlich, die sprachlich wohl kaum von einem oder zwei Autoren abzudecken ist. So pragmatisch und nachvollziehbar dies ist, so problematisch ist es auch, da den beiden Verfassern die Tiefe und die Details der jeweiligen nationalen geschichtswissenschaftlichen Auseinandersetzungen und öffentlichen Debatten nicht zugänglich sind. Somit bieten die Beiträge einen guten Überblick über den ereignisgeschichtlichen Hintergrund und über die zentralen Entwicklungslinien der geschichtspolitischen Debatten in den jeweiligen Ländern. Sie stoßen jedoch, was Aktualität und die Gewichtungen von Teilfragen betrifft, an gewisse Grenzen. Band 1 fällt nicht nur wegen der geringeren Zahl an behandelten Ländern kürzer aus als Band 2, sondern auch weil es für die osteuropäischen Staaten und

das Baltikum gilt, eine doppelte Erfahrung von Diktatur und Vertreibung zu erörtern – die Phase bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs und die Zeit des Kalten Krieges. Zugleich spiegeln sich hier auch die zum Teil sehr viel heftigeren und polemischen Konflikte um die Deutungshoheit über die jüngste Vergangenheit und die Tabuisierung von Themen wie der eigenen Beteiligung am Holocaust wider.

Den Verfassern gelingt es, die Hauptthemen und die wesentlichen Charakteristika der jeweiligen Geschichtsdebatten überblicksartig zusammenzufassen; sie sind jedoch nicht ganz auf dem Stand der Forschungsdiskussionen. Hier rächt sich die mangelnde Sprachkompetenz, wie sich etwa anhand des Kapitels zu Finnland zeigt, in dem die von der Journalistin Elina Sana 2003 angestoßene Beschäftigung mit der Auslieferung sowjetischer Kriegsgefangener von Finnland an das „Dritte Reich“ nur in Grundzügen, wie sie sich aus einigen Presseberichten destillieren lassen, ansatzweise geschildert wird. Auch in anderen Fällen stützen sich die Autoren auf solche Pressequellen – natürlich muss man das bedauern, sich zugleich aber auch die Zielsetzung und den komparatistischen Charakter der beiden Bände vor Augen halten. Man kann hier nicht die Maßstäbe anlegen, die für eine regional stärker fokussierte Spezialstudie gelten würden.

Dennoch muss man konzedieren, dass die Autoren die Entwicklung der Debatten in den Forschungslandschaften und der Öffentlichkeit so differenziert herausarbeiten, wie es unter den erwähnten Umständen und auch angesichts des zur Verfügung stehenden Platzes möglich ist. Insofern muss man ihnen zu Gute halten, sich hier in neun verschiedene Diskurstraditionen über Vergangenheit und Erinnerung an wunde Punkte der nationalen Geschichtsschreibungen eingearbeitet zu haben. Nachdenklich stimmt letztlich – ohne dass man deswegen aus deutscher Sicht in moralische Überheblichkeit verfallen sollte (wovor sich die Autoren auch hüten) –, wie lange die Aufarbeitung problematischer Phasen der Geschichte in allen hier dargestellten Ländern gedauert hat und bis heute andauert. Man kann diesen Aspekt gerade angesichts der EU-Mitgliedschaft von sieben der hier behandelten neun Länder hervorheben. Wenn sich die Europäische Union erklärtermaßen als Wertegemeinschaft begreift, dann ist auch danach zu fragen, ob nicht von Brüssel und Straßburg aus etwa von den baltischen Ländern eine kritischere Reflexion der eigenen Beteiligung am Holocaust eingefordert werden sollte? Es kann keine Standardformel für alle Länder geben, aber inwiefern sollte eine differenzierte, ausgewogene, sich den „dunklen Kapiteln“ stellende „Vergangenheitsbewältigung“ (auch wenn letzteres zugegebenermaßen

ßen eine „sehr deutsche“ Vokabel ist) zum europäischen Wertekanon gehören?

Zu einer grundlegenden (Auf-)Klärung wesentlicher Fakten und der Hauptlinien der erinnerungskulturellen und geschichtspolitischen Diskurse, auch unter Hinweis auf die unbeantworteten Fragen, haben Zägel und Steinweg unzweifelhaft beigetragen und mit ihren beiden Bänden ein Grundlagenwerk und einen soliden deutschsprachigen Überblick vorgelegt. Die in den Bandtiteln anklingende komparatistische Perspektive geht letzten Endes verloren, weil die Unterschiede und Gemeinsamkeiten nicht noch einmal in Teilzusammenfassungen oder einem Schlusswort zusammengeführt werden. Auch von daher hinterlässt das Werk einen enzyklopädischen und einführenden Eindruck. Überaus lobenswert und der auf diesem Feld zunehmenden Forschung und der damit verbundenen steigenden Zahl von Publikationen angemessen ist die Fortführung der beiden in den Teilbänden abgedruckten Bibliografien im Online-Format. Dies gilt umso mehr, als das Thema „Erinnerung – Geschichtspolitik – Vergangenheitsdiskurse“ kein kurzfristiger Forschungstrend bleiben dürfte, sondern ein für die geschichtswissenschaftliche Forschung wie auch die Suche nach „Identität“ grundlegender Komplex bleiben wird. Die erwähnten Abstriche lassen sich nicht übersehen; man muss aber die Einbeziehung aller Ostseeanrainerstaaten mit Ausnahme Deutschlands sehr begrüßen, weil somit das Ausgangsmaterial für künftig zu betreibende, tiefer gehende nationale – im idealen Fall aber transnational komparative – Studien bereitgestellt worden ist. Auch für Studierende und in der universitären Lehre werden sich die Texte wegen ihrer einführenden summarischen Ausrichtung gut eignen.

Jan Hecker-Stampehl, Berlin

Zwischeneuropa – Mitteleuropa. Sprache und Literatur in interkultureller Konstellation. Akten des Gründungskongresses des Mitteleuropäischen Germanistenverbandes, hrsg. i.A. des Mitteleuropäischen Germanistenverbandes v. Walter Schmitz in Verbindung mit Jürgen Joachimsthaler. Dresden: Thelem 2007, 805 S. (Veröffentlichungen des Mitteleuropäischen Germanistenverbandes. 1).

Der Tagungsband bietet stattliche 76 Beiträge und drei Grußworte vom Gründungskongress des „Mitteleuropäischen Germanistenverbandes“ (MGV), der vom 16. bis zum 19. Oktober 2003 in Dresden

stattfand. Schon im Jahr 2002 hatte mit einer konstituierenden Sitzung namhafter internationaler Wissenschaftler in Dresden die Gründungsphase des Verbandes begonnen, die mit dem großen Kongress dann zum ersten Abschluss geführt werden konnte. Mittlerweile sind zwei weitere Tagungen 2007 in Olmütz/Olomouc (Tschechien)¹ und 2010 in Wien² erfolgreich durchgeführt worden, eine vierte soll im Frühsommer 2013 in Veszprém (Ungarn) stattfinden. So darf der Verband heute als etabliert bezeichnet werden. Der in dem vorliegenden Tagungsband dokumentierte Beginn war nicht etwa ein Strohfeuer allgemeiner Zusammenarbeitsbegeisterung, die nur punktuellen Engagement hervorrief, sondern offensichtlicher Ausdruck eines allgemeinen Bedürfnisses.

Die Bezeichnung der Gemeinschaft als „Mitteleuropäischer Germanistenverband“ wie auch das Thema des Kongresses bzw. der Titel des Sammelbandes sind bekenntnishaft gewählt. Beschäftigt sich die Germanistik nach wie vor *sui generis* mit deutscher Sprache und Literatur, so ist es gerade die ‚interkulturelle Konstellation‘, die hier ins Zentrum gerückt wird. Denn der Charakter des ‚Deutschen‘ wird selbstverständlich auch durch Austausch und Wechselwirkung geprägt. Die mühsame Konstruktion einer Nationalphilologie im 19. Jahrhundert ging einher mit der Abgrenzung alles ‚Fremden‘, um das ‚Eigene‘ auch aus der Negation klarer bestimmen zu können. Spätestens mit der nationalistischen Überheblichkeit und den heilsbringerischen Visionen ‚deutscher‘ Kultur, die zur Unterdrückung und Vernichtung anderer Kulturen antraten, hat sich dieser Versuch einer Eliminierung fortwährender Austauschprozesse zwischen Regionen und Kulturen aus der Entwicklung deutscher Sprache und Literatur jedoch als grundlegend falsch erwiesen. So gilt es, verschüttetes Wissen um das Neben- und Miteinander wieder neu – und natürlich aktualisiert – zutage zu fördern.

Dabei kommt ausdrücklich dem Raumkonzept größere Bedeutung zu, das durch Josef Nadler einst ideologisch diskreditiert und deshalb methodisch weitgehend gemieden wurde. Für eine ‚interkulturelle‘,

¹ „Mitteleuropa: Kontakte und Kontroversen“, 13.–16.09.2007, Universität Olmütz (Olmouc). Vgl. das Tagungsprogramm unter der URL <http://www.kakanien.ac.at/mat/MGV1/> [letzter Zugriff: 29.09.2010] oder unter <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=7721> [letzter Zugriff: 29.09.2010]. Der Tagungsband ist für 2010 angekündigt.

² „Mittlerin aus Europas Mitte. Fundamente und Perspektiven der deutschen Sprache und ihrer Literatur im ostmittel- und südosteuropäischen Raum“, 8.–10. April 2010, Universität Wien. Vgl. die Tagungshomepage <http://germanistik.univie.ac.at/mgv/home> [letzter Zugriff: 22.09.2010].

also an den Beziehungen und Wechselwirkungen zwischen räumlich fassbaren kulturellen Erscheinungen interessierte Germanistik aber ist – wie Walter Schmitz in seiner Einführung treffend darlegt – die regionale Betrachtungsweise unabdingbar. Diese ist seit dem Fall der Mauer und des Eisernen Vorhangs insbesondere durch die Wiederentdeckung der deutschen Kulturen in den ehemals deutschen oder deutsch geprägten, dann ‚Osteuropa‘ zugerechneten Ländern und Regionen zum bevorzugten Werkzeug geworden, dessen sich Germanisten und Kulturwissenschaftler sowohl aus Deutschland als auch aus den jeweiligen, heute polnischen, tschechischen usw. Regionen bedienen. Jürgen Joachimsthaler hat an anderer Stelle diesen Prozess für die polnische Germanistik und speziell Schlesien ausführlich geschildert und analysiert sowie die Bedeutung für die historische Aneignung einer regionalen Kultur als auch den Aufbau einer regionalen Identität hervorgehoben.³ Es wird deutlich, dass mit der Gründung des Mitteleuropäischen Germanistenverbandes ein bereits um sich greifendes Konzept aufgenommen und gebündelt wurde, das ganz wesentlich zur Veränderung und Neubestimmung der Germanistik als Disziplin beitragen kann. Germanistik soll als „Wissenschaft von kulturellen Prozessen in Räumen“ verstanden werden, wie Schmitz formuliert, von „Kulturprozessen, die sich gewiss noch um Deutschsprachigkeit zentrieren, aber nicht essentiell von ihr bestimmt sind“ (S. 32). Daher widmet sich der MGv der „interdisziplinären Erkundung von Geschichte und Gegenwart des Raumes Mitteleuropa“ (S. 33) und geht somit deutlich über ein rein germanistisches Konzept hinaus. Die Schwierigkeiten, dieses Verbandskonzept terminologisch und prägnant zu fassen, zeigen sich im Begriff „Mitteleuropa“, der in vieler Hinsicht der Erläuterung bedarf und im Band immer wieder definitorisch umkreist wird, ohne jedoch eine geografische Fixierung vornehmen zu können. Denn wie der Begriff überhaupt schon vieldeutig ist – man siehe nur den entsprechenden Wikipedia-Artikel –, so ist auch der historisch-politischen Veränderung des Kulturraums Rechnung zu tragen. Hinzu kommt die thematische Konzentration auf Literatur und Kultur, die einem mitteleuropäischen Gedanken verpflichtet sind, also nicht streng nach geografisch-politischen Grenzen geschieden werden können. Und nicht zuletzt richtet sich dieses Konzept deutlich gegen die vor 1989 so unumstößlich scheinende

³ Jürgen Joachimsthaler, *Philologie der Nachbarschaft. Erinnerungskultur, Literatur und Wissenschaft zwischen Deutschland und Polen*. Würzburg 2007; vgl. die Rezension in diesem Band, S. 301-306.

Dichotomie von Ost- und Westeuropa. Insofern markiert der Begriff selbst die Aufgabe des Verbandes, indem nach der Mitte Europas in vielfältiger kultureller Hinsicht gesucht werden soll. Aber dies geschieht eben nicht sozusagen neutral, sondern aus der These heraus, dass deutsche Sprache und Literatur aufgrund ihrer – regional differierenden – Dominanz in diesem ‚Mitteleuropa‘ als wichtigster Bezugspunkt geeignet seien. An dieser Stelle freilich bietet das Konzept – durchaus verständliche – Angriffsflächen, denn die Einflüsse von und Wechselwirkungen mit slawischen und baltischen Sprachen und Kulturen etwa sind stark präsent, während Italien und Frankreich wie auch England mit Sprache und Literatur lediglich in der frühneuzeitlichen Perspektive von Klaus Garber („Hoffnung im Vergangenen?“) als bedeutende Bezugsgrößen thematisiert werden. Er ist es auch, der an ausgewählten Beispielen weniger die Besonderheit mitteleuropäischer Kultur als vielmehr deren Integration in gesamt-europäisches Denken aufzeigt. In der Frühen Neuzeit, die jetzt als wichtigste epochale Bezugsgröße für Europa sichtbar ist, seien aus der Erfahrung von konfessioneller bzw. staatlicher Zerrissenheit neue Wege zur Befriedung voller Hoffnung auf die Zukunft entworfen worden. Mitteleuropa als „Konzept der Hoffnung“ für die Zukunft, aus dem Aufgaben und Chancen erwachsen, hatte Erhard Busek zuvor in seinem einführenden Beitrag vorgestellt und nachdrücklich für Übersetzungen gerade aus dem südosteuropäischen Raum plädiert, um die Kenntnis dieser vernachlässigten Literaturen zu verbreiten. Für das mit der Europäischen Union neu entstehende Europa sei es unabdingbar, wechselseitig durch das Medium Literatur die auch durch Sprache geformte Mentalität der verschiedenen Regionen zu kennen.

Nach diesen drei einführenden Beiträgen im zweiten Teil folgen die Sektionen oder Teile drei bis elf, die hier lediglich cursorisch präsentiert werden können. Im Teil III werden acht Beiträge unter „Mitteleuropäische Semantik: Konzepte – Worte – Begriffe in historisch-komparatistischer Perspektive“ zusammengefasst. „Deutsches Mitteleuropa und polnisches Intermarium“ etwa werden von Leszek Żyliński kontrastiert; Stefan H. Kaszyński präsentiert „Die mitteleuropäische Lesbarkeit der Welt“. Bedeutungsunterschiede in der sprachlichen Bezeichnung von deutsch ‚Bürger‘/‚Bürgerin‘ gegenüber der polnischen und tschechischen Benennung spürt Alicija Nagórko auf, während Eugen Kotte „(Mittel-)Europa als Gegenstand der historisch-politischen Bildung in Deutschland“ im Kontext der ‚Osterweiterung‘ beleuchtet. Im vierten Teil sind elf Beiträge zum Thema „Identität und Gedächtnis in Mitteleuropa – der Raum als Palimpsest“ ver-

sammelt, die lokale oder übergreifende Traditionen und Erinnerungen thematisieren, wie etwa die „Architektur des Raumes Memelland in Ernst Wicherts Geschichten von Land und Leuten“ (Regina Hartmann) oder die „Ikonographie des Erinnerns: Der Warschauer Ghettoaufstand“ (M. Frank Schenke). Annette Teufel sucht nach „Jüdische[n] Traditionen in Mitteleuropa“, während Rudolf Jaworski die „Kulturträgertheorie“, die „Pflege des Grenz- und Auslandsdeutschums“ sowie die „deutschumszentrierte Ostforschung in der Zwischenkriegszeit“ kritisch beleuchtet.

Den weitaus umfangreichsten Teil und damit einen nahe liegenden Schwerpunkt bilden insgesamt 21 Beiträge zu „Literatur in/aus/über Mitteleuropa – mitteleuropäische Literatur? Aspekte und Perspektiven einer umfassenden Literaturgeschichte“ (Teil V). Wie die Überschrift signalisiert, sind hier unterschiedlichste Perspektiven und Einzelaspekte versammelt, beispielsweise einzelne Dichter mit ihren Einflüssen, etwa Paul Celan und Walter Benjamin (Andrei Corbea-Hoisie), Georg Simmel und Béla Balász (Gabriella Rácz) oder Milan Kundera in Paris (Jutta Radczewski-Helbig). Auch wird übergreifend die Literaturgeschichte in einzelnen Regionen thematisiert, zum Beispiel stößt Sigurd Paul Scheichl in „Geschichten der Literatur Österreichs“ „mitteleuropäische Defizite“ auf, während Dragutin Horvat danach fragt, was von der „deutschsprachigen Literatur in Kroatien“ geblieben ist, und Mirosław Ossowski „Ostpreußen in den Erinnerungsbüchern von Marion Gräfin Dönhoff, Hans Graf von Lehndorff und Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten“ vergleichend analysiert. Andererseits sind auch enge thematische Untersuchungen wie Klaus Schenks Deutung der „Blechtrommel‘ als Migrationsroman“ oder Grażyna Krupińskas motivische Studie zur „schönen Polin‘ in der neuesten deutschen Literatur“ zu finden. Über den mitteleuropäischen Raum hinaus reicht der Blick auf „Russen und Deutsche“ als „Nachbarn in Europa“ (Elke Mehnert); ebenfalls wird die autobiografische amerikanische Exilliteratur über Galizien als Blick von Außen auf ‚Mitteleuropa‘ vorgestellt (Winfried Adam) und nach „ostmitteleuropäischen Bezügen in der amerikanischen Literatur der Kriegs- und Nachkriegszeit“ (Louis Ferdinand Helbig) gefahndet.

Teil VI ist mit vier Beiträgen dem „Literarischen und kulturellen Leben in Mitteleuropa“ gewidmet. Detlef Haberland präsentiert übergreifend „das humanistische Netzwerk in Ostmitteleuropa“, während sich die weiteren, enger geführten Studien „literarisch-kulturellen Vereinen in Dresden und Breslau 1840–1890“ (Dirk Hempel), der „Preussischen Zensur in der Provinz Posen 1848–1918“ (Marek Rajch) sowie

dem mehrsprachigen „Theater in Danzig“ bis 1945 (Stephan Wolting) zuwenden. Im Teil VII „Presse in Mitteleuropa. Das Mitteleuropa der Medien“ werden fünf Beiträge zum deutschsprachigen Zeitschriften- und Zeitungswesen in Ost(mittel)europa allgemein, in Slawonien und speziell der Krain, sowie einer zu den neuen Medien aufgeboten.

Als einziger Teil im Band ist der siebte „Die deutsche Sprache im Kontakt“ noch einmal unterteilt. Im ersten Abschnitt (a) stehen „Sprachhistorische Perspektiven“ im Vordergrund. Albrecht Geule umreißt zu Beginn die „Perspektiven der mitteleuropäischen Germanistik“ unter den Begriffen „Sprachgeschichte – Sprachkontakt – Sprachkultur“, dann folgen fünf Einzelstudien, etwa zum „Frühneuhochdeutsch in der Slowakei“ (Jörg Meier), zu „frühneuzeitlichen deutschen Texten aus Krakau“ (Krystyna Waligóra), oder zum „vollständigen zweisprachigen ‚Lexikon‘ (1777) von Jacob Lange“ (Ineta Balode). Im zweiten Abschnitt (b) sind dann sechs Beiträge zur „Sprachlichen Vielfalt“ zu finden. Regionale Varianten und Sekundärentlehnungen, Fremdsprachlichkeit und Prägungen werden hier für Ostmitteleuropa, Rumänien und Österreich sowie Lettland thematisiert, abschließend auch „kontaktlinguistische Beschreibungskategorien“ (Attila Németh) kritisch beurteilt. Ein weiterer sprachwissenschaftlicher Bereich wird mit Teil IX „Deutsch als Fremdsprache in Mitteleuropa – Interkulturelle Kommunikation und Sprachausbildung im Vergleich“ eröffnet, der vier Beiträge aufweist. Spielt für viele der im Band vertretenen AutorInnen der DaF-Unterricht eine große Rolle, so kommen hier didaktische Konzepte zur Sprache. Camilla Badstübner-Kizik etwa denkt über „Kontaktdidaktik [als] ein mögliches Konzept für den DaF-Unterricht in Mitteleuropa“ nach, während Monika Bielińska und Joanna Szczek den Einsatz von Phraseologismen anhand von Deutsch-Lehrbüchern aus Polen analysieren.

Den eigentlich letzten Teil (X) des Bandes bilden sechs wissenschaftsgeschichtliche Beiträge „Zu Geschichte und Gegenwart der Germanistik(en) in Mitteleuropa“. Die „Krakauer Germanistik bis 1952“ (Maria Kłańska) und die Germanistik in Mähren (Jiří Munzar), in Lettland (Ilga Brigzna) und in Bulgarien (Olga Deleva und Annegret Middeke) werden in ihrer Entwicklung präsentiert, bevor Jens Stüben vom Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (BKGE) dessen bibliografische Informationsangebote in ihrem speziellen Blick auf die ‚mitteleuropäische Germanistik‘ vorstellt. Zum Abschluss des Bandes legen Jürgen Joachimsthaler, Walter Schmitz und Marek Zybura eine „Enquête: Zur Lage der Germanistik in Mitteleuropa“ (Teil XI) vor, die allerdings

schon im Vorfeld des Gründungskongresses erhoben wurde und somit den Ausgangspunkt für die Bemühungen des Verbandes zeigt. Eine Beurteilung der hier auf wenigen Seiten gedrängt präsentierten Daten wird dem Leser überlassen. Freilich sind manche der zu entdeckenden Befunde in den Beiträgen wiederzufinden. Ein Register ist bedauerlicherweise nicht enthalten; es wäre bei der Vielfalt an behandelten Gegenständen zweifellos als Gewinn für den ansonsten sorgfältig redigierten Band anzurechnen gewesen.

Völlig unabhängig von dem Wert der einzelnen enthaltenen Beiträge, über den an dieser Stelle nicht gesprochen werden konnte, ist hier die gelungene Komprimierung einer – deutlich sichtbar – sich auf breiter Basis vollziehenden germanistischen und/oder kulturwissenschaftlichen Arbeit an der Wiedergewinnung „mitteleuropäischer Wissensbestände“ als großes Verdienst hervorzuheben. Verband, Kongress und Sammelband haben gemeinsam das Konzept einer „mitteleuropäischen Kultur“ aus der germanistischen Perspektive definitorisch und an zahlreichen Aspekten beispielhaft mit Leben erfüllt. Selbstverständlich sind Lücken, vielleicht sogar große, sichtbar. Nicht umsonst hat sich der Verband bereits einige konkrete Ziele gesetzt. Eine Internet-Homepage soll erstellt,⁴ eine groß angelegte Literaturgeschichte Mitteleuropas und ein Lexikon kultureller Schlüsselbegriffe Mitteleuropas in Angriff genommen werden. Projekte zur Funktion der deutschen Sprache im Kontakt der Kulturen Mitteleuropas und eine Darstellung „Mitteleuropäische Germanistik in Porträts“ wurden begonnen. Das geplante „Jahrbuch für mitteleuropäische Germanistik“ wird 2011 – nun als „Zeitschrift für Mitteleuropäische Germanistik (ZMG)“ erstmals erscheinen.⁵ Angesichts des bisher Geleisteten hat es den Anschein, als würde der Verband die Lücken, die er selbst so treffend benannt und markiert hat, nun mit Tatkraft und Ausdauer füllen. Es ist ihm und uns zu wünschen, dass diese Arbeit mit gleichem Erfolg weitergeführt werden kann.

Martin Klöker, Osnabrück

⁴ Sie ist zu finden unter <http://mgv-portal.eu> [letzter Zugriff: 22.09.2010]. Völlig veraltet [letzte Aktualisierung 13.09.2007!] ist hingegen die auch noch auffindbare Seite <http://www.tu-dresden.de/sulifg/mgv> [letzter Zugriff: 22.09.2010].

⁵ Zeitschrift für Mitteleuropäische Germanistik (ZMG), hrsg. v. Csaba Földes u. Attila Németh. Tübingen: Gunter Narr Verlag, 1. Jg., 1. Heft 2011.

Rafał Żytyniec, Zwischen Verlust und Wiedergeburt. Ostpreußen als Erinnerungslandschaft der deutschen und polnischen Literatur nach 1945. Osnabrück: Fibre 2007, 302 S.

Das vorzustellende Buch geht auf eine Dissertation an der Universität Viadrina in Frankfurt a.O. aus dem Jahre 2005 zurück. Nach einer methodologischen Einleitung, die sich auf die zentralen Arbeiten von Aleida und Jan Assmann stützt, definiert der Autor seine Fragestellung (S. 32): „In bezug auf Ostpreußen hat man es mit einer Erinnerungslandschaft zu tun, in der polnische und deutsches Gedächtnis ihre Erinnerungen lokalisieren. Innerhalb dieser kulturellen Gedächtnisse sind zudem mehrere Gruppen zu unterscheiden, die jeweils ein anderes Funktionsgedächtnis entwickeln. Die Untersuchung dieser Funktionsgedächtnisse anhand des Mediums Literatur ist das primäre Anliegen dieser Studie.“

Żytyniec setzt sich zuerst mit der deutschsprachigen Literatur auseinander, wobei er zum Auftakt auf „Ostpreußen als Teil des Komplexes Flucht und Vertreibung“ eingeht (S. 36). Hierbei zeigt sich, dass der Autor den Begriff ‚Literatur‘ weit auslegt, denn er beginnt seine Darstellung mit den Aktivitäten der Ostpreußischen Landsmannschaft, insbesondere des „Ostpreußenblattes“. Eine erste ausführliche Würdigung erhält Agnes Miegel, die einerseits als ‚Mutter Ostpreußens‘, andererseits als nationalsozialistisch überzeugte mittelmäßige Schriftstellerin porträtiert wird (S. 56-86). Es fragt sich allerdings, ob es nicht zu viel verlangt ist, Miegel im Hinblick auf ein Gedicht von 1949 vorzuhalten, sie sei nicht in der Lage gewesen, in eine „in den geschichtlichen Kontext eingebettete Auseinandersetzung mit den Gründen des Heimatverlustes einzutreten“ (S. 69). Eine solche Differenzierung dürfte im Jahre 1949 nur den allerwenigsten möglich gewesen sein. Interpretationen zweier Gedichte erweitern das Kapitel zu Agnes Miegel, das seinen Abschluss in einer Darstellung der Rezeption der Dichterin im „Ostpreußenblatt“ findet (S. 78-86). Als Fazit zum Funktionsgedächtnis der organisierten Heimatvertriebenen hält Żytyniec „die Überbetonung des deutschen Beitrags zur Kultur Ostpreußens, die Auffassung der Heimat als Mutter und als Bollwerk und Damm gegen den fremden Osten“ (S. 87) fest.

Der zweite große Teil des Buches widmet sich den „anderen Ostpreußen“, unter denen laut Kapitelüberschrift Siegfried Lenz, Johannes Bobrowski und Manfred Peter Hein zu verstehen sind (S. 89-156). Auch in seiner Analyse der Werke von Siegfried Lenz bedient sich der Autor wieder des „Ostpreußenblattes“ als Referenzgröße, was zwei-

fellos seiner Absicht, ein Gegengedächtnis in den ‚anderen Ostpreußen‘ zu entdecken, entgegenkommt, aber doch die Frage aufwirft, ob das Presseorgan der Ostpreußischen Landsmannschaft in diesem Sinne als repräsentativ angesehen werden kann. Dies gilt auch für Johannes Bobrowski (S. 119-127), weniger für Manfred Peter Hein, der im Ostpreußenblatt nur einmal Erwähnung fand. So unverbunden wie die Passagen zu Hein, die sich in der Referierung einiger Publikationen erschöpfen, ist dann auch das überraschende Eingehen auf „Im Krebsgang“ von Günter Grass (S. 145-156). Damit ist das Ende der Kapitel über die deutsche Literatur erreicht; die Stringenz der Argumentation und die Herausarbeitung der unterschiedlichen Erinnerungslandschaften finden sich in den letzten Kapiteln nicht mehr in der Klarheit und Deutlichkeit wie in den Passagen zu Agnes Miegel.

Wie setzte sich die polnische Literatur mit Ostpreußen nach 1945 auseinander? Eine Antwort darauf versucht der Autor auf den folgenden knapp einhundert Seiten. Natürlich ist die große Zäsur im Jahre 1989 anzusetzen, als mit der Alleinherrschaft der Kommunistischen Partei auch deren ‚verordnetes‘ Geschichtsbild der ‚wiedergewonnenen Gebiete‘ obsolet wurde. Ähnlich wie im ‚deutschen‘ Teil werden auch hier die Werke einzelner Autoren näher vorgestellt: Den Anfang macht die Rezeption des 1940 verstorbenen masurischen Volksdichters Michał Kajka „als Beispiel einer politischen Inanspruchnahme“ (S. 172). Unter den Prosaisten finden von den Vertretern des sozialistischen Realismus vor allem Eugeniusz Paukszta (S. 195-211) und Igor Newerly (S. 212-215) Beachtung. Auffälligerweise bezieht sich der ‚polnische‘ Teil fast ausschließlich auf masurische Literatur. Im Mittelpunkt der ‚borussischen‘ Wende steht zu Recht die Kulturgemeinschaft „Borussia“, und nicht zufällig ist Kazimierz Brakoniecki nicht nur der letzte Schriftsteller, dessen Lyrik vorgestellt wird, sondern auch ein Mitbegründer der „Borussia“ (S. 237-252).

Es bleibt die Frage, was Grass im ostpreußischen Kanon zu suchen hat. Eine Antwort ergibt sich indirekt aus den abschließenden Bemerkungen (S. 253-269), in denen ausführlich auf Grass und das „Zentrum gegen Vertreibungen“ eingegangen wird. Die dementsprechenden Ausführungen sind also den gegenwärtigen deutsch-polnischen Zeitläuften geschuldet. Sucht man nach Schwächen der durchaus gelungenen Arbeit, so wird man neben den politischen Zugeständnissen hervorzuheben haben, dass die Analyse zuwenig den Zeithorizont miteinbezieht. Dies gilt vor allem für die deutschen Vertriebenen. Aussagen des „Ostpreußenblattes“ von 1950 stehen in einem ganz

anderen historisch-personalen Kontext als Ausführungen der Zeitung aus dem 21. Jahrhundert. Das Funktionsgedächtnis der organisierten deutschen Heimatvertriebenen erhält so eine Statik und Immobilität, die es – trotz alledem – nicht besitzt.

Für Leser, die des Polnischen nicht mächtig sind, hätte eine Übersetzung der polnischen Buch- und Aufsatztitel eine wichtige Hilfestellung bedeutet. Auch eine letzte stilistische Überarbeitung wäre sinnvoll gewesen, wodurch der doch ärgerliche Fehler, Agnes Miegel als ‚ders.‘ anzusprechen (S. 68 f. und passim), ebenso vermieden worden wäre wie ein „kalkriegerischer Kurs“ (S. 89).

Joachim Tauber, Lüneburg

Die Autoren der Abhandlungen

**Indrek Kiverik, M.A., Botschaft der Republik Estland in Moskau,
e-mail: indrek.kiverik@mfa.ee**

Estnischer Historiker und Diplomat, z.Zt. in der Presseabteilung der Botschaft der Republik Estland in Moskau tätig. Forschungsschwerpunkte: Kultur- und Sozialgeschichte Estlands ab dem 19. Jahrhundert, gegenwärtig Arbeit an einer Untersuchung über die „Identität der Deutschbalten in der Periode ökonomischen, sozialen und politischen Wandels zwischen 1880 und 1904“. Publikationen (u.a.): Baltisakslased ja Vene riigivõim 19. sajandi teisel poolel: Vene keele kasutuselevõtmisest Balti kubermangude ametiasutustes ja koolides [Die Deutschbalten und die russische staatliche Autorität in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Der Gebrauch des Russischen in der Verwaltung und den Schulen der baltischen Gouvernements], in: Vene impeerium ja Baltikum: venestus, rahvuslus ja moderniseerimine 19. sajandi teisel poolel ja 20. sajandi alguses [Das Russische Imperium und das Baltikum: Russifizierung, Nationalisierung und Modernisierung in der zweiten Hälfte des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts], zusammengest. v. Tõnu Tannberg u. Bradley Woodworth. Tallinn 2010, S. 11-68; Stereotipy i predstavlenija ostzejskich nemcev o russkich i Rossii v period gosudarstvennych reform: ot Aleksandra II do Pervoj mirovoj vojny [Stereotypen und Vorstellungen der Ostseedutschen über die Russen und Russland während der Periode der Staatsreformen zwischen Alexander II. und dem Ersten Weltkrieg], in: Ethnic Images and Stereotypes – Where is the Border Line?, hrsg. v. Jelena Nõmm. Narva 2007, S. 205-223.

**Kaido Laurits, M.A., Tedre 29-43, 11311 Tallinn, Estland,
e-mail: Kaido.Laurits@ra.ee**

Geboren 1977, Studium der Geschichte an der Universität Tartu (1997–2003) und Konstanz (2001/02), 2005 M.A. (Tartu), seit 2006 Doktorstudium an der Universität Tartu mit dem Thema „Deutsche Minderheit und Deutsche Kulturselbstverwaltung in der Estnischen Republik zwischen den beiden Weltkriegen (1918/25–1940)“; seit 2004 im Estnischen Staatsarchiv, Archivar und Archivinspektor, seit 2008 Leiter der Aufsichtsabteilung. Forschungsschwerpunkte: Geschichte der deutschen Minderheit und Kulturselbstverwaltung in Estland, Beziehungen zwischen Esten und Deutschbalten, Esten außerhalb Estlands und ihre kulturellen Kontakte. Publikationen: Saksa

Kultuurvalitsuse tegevus saksa koolielu korraldamisel Eesti Vabariigis 1918/1925–1940 [Die Tätigkeit der Deutschen Kulturselbstverwaltung bei der Gestaltung des deutschen Schullebens in der Republik Estland in den Jahren 1918/1925–1940], in: *Tuna IX* (2006), Nr. 4, S. 42-55; Vähemusrahvuste kultuuroomavalituses seadus ja baltisaksa vähemusrahvus Eesti Vabariigis 1918–1940 [Das Gesetz über die Kulturselbstverwaltung der nationalen Minderheiten und die deutsche Kulturselbstverwaltung in der Republik Estland 1918–1940], in: *Õpetatud Eesti Seltsi Aastaraamat 2006*. Tartu 2008, S. 23-53; Saksa Kultuuroomavalitsus Eesti Vabariigis 1918/25–1940. Monograafia ja allikad [Die deutsche Kulturselbstverwaltung in der Republik Estland 1918/25–1940. Monografie und Dokumente]. Tallinn 2008 (Ad Fontes. 16); Dejatel'nost' upravlenija škol nemeckogo kul'turnogo samopravlenija po organizacii škol'noj žizni baltijskich nemcev v Ėstonskoj Respublike (1918/1925–1940) [Die Tätigkeit der Schulverwaltung der Deutschen Kulturselbstverwaltung bei der Gestaltung des Schullebens der Deutschbalten in der Republik Estland (1918/1925–1940)], in: *Tuna. Specvypusk po istorii Ėstonii XX veka* [Sondernummer zur Geschichte Estlands im 20. Jahrhundert] (2010), S. 75-89.

**Dr. phil. Liene Lauska, Lizumstr. 37, 6094 Axams, Österreich,
e-mail: lauska@web.de**

Geboren 1973 in Liepāja, 1991–1994 Studium der Bibliothekswissenschaft und Information an der Lettischen Universität in Rīga, 1995–2000 Studium der Allgemeinen und Vergleichenden Literaturwissenschaft, Medienwissenschaft und Psychologie an der Universität Paderborn, 2010 Promotion an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald im Fach Baltistik, Studium der Psychologie an der Fernuniversität Hagen (seit 2009), Selbständige und ermächtigte Übersetzerin und Dolmetscherin (seit 1996). Aktuelle Forschungsschwerpunkte: Lettische Exilgesellschaft in Deutschland, Biografieforschung lettischer Schriftsteller (insbesondere Jānis Jaunsudrabiņš und Pēteris Ērmanis), Rezeptionsgeschichte, Integrations- und Anerkennungsproblematik von Künstlern und deren Werke. Publikationen: *Jāņa Jaunsudrabiņa slavasdziesma padomju varai* [Das Loblied von Jānis Jaunsudrabiņš auf die Sowjetmacht], in: *Karogs* (2010), Nr. 1, S. 112-115; Pēteris Ērmanis und Jānis Jaunsudrabiņš: Die soziale und kulturelle Integration lettischer Schriftsteller in Lettland und im deutschen Exil. Diss., Greifswald, Frankfurt a.M. 2011 (im Druck).

Rasa Pārpuce, Rīgas vēstures un kuģniecības muzejs, Palasta iela 4, 1050 Rīga, Lettland,

e-mail: rasa.parpuce@inbox.lv

Seit 1998 wissenschaftliche Mitarbeiterin im „Rigaer Museum für Stadtgeschichte und Schifffahrt“ (Lettland), 2010 Dissertation „Das Problem der baltischen Kulturgüter im Kontext der Umsiedlung der Deutschbalten“ an der Universität Lettlands. Forschungsinteressen: Geschichte der baltischen Kulturgüter im Zweiten Weltkrieg, Geschichte der Museen und kulturhistorischen Sammlungen im Baltikum. Publikationen (in Auswahl): *Moderna sieviete 20. gadsimta karā: Mērija Grīnberga un Latvijas muzeju kolekciju izvešana 1944.–1946. gadā* [Eine moderne Frau im Krieg des 20. Jahrhunderts: Mērija Grīnberga und die Ausfuhr der Museumssammlungen Lettlands von 1944 bis 1946], in: *Sieviete Latvijas vēsturē* [Die Frau in der Geschichte Lettlands], hrsg. v. Kaspars Zellis. Rīga 2007, S. 127-140; *Die Arbeit des Paritätischen Ausschusses in den Jahren 1939–1940: Die Aufteilung der lettischen Kulturgüter*, in: *Forschungen zur baltischen Geschichte* 3 (2008), S. 164-197; *Doma muzeja reorganizācija 1936. gadā* [Die Reorganisation des Dommuseums 1936], in: *Senā Rīga: pilsētas arheoloģija, arhitektūra un vēsture. 6. sēj.* [Das alte Riga: Archäologie, Architektur und Geschichte der Stadt. Bd. 6], Rīga 2009, S. 289-303; *Vācu izcelotāju kultūras vērtības Baltijā. 1940. gada jūnijs – 1941. gada jūnijs* [Die Kulturgüter der deutschen Umsiedler im Baltikum von Juni 1940 bis Juni 1941], in: *Baltijas reģiona vēsture 20. gs. 40.–80. gados* [Geschichte der baltischen Region von den 40er bis 80er Jahren des 20. Jahrhunderts], hrsg. v. Latvijas Vēsturnieku komisija (u.a.). Rīga 2009 (Latvijas Vēsturnieku komisijas raksti. 24), S. 376-383.

Dr. phil. Christian Pletzing, Moltkestr. 12, 23564 Lübeck,

e-mail: Christian.Pletzing@academiabaltica.de

Geboren 1969 in Münster, Studium der Neueren und Neuesten Geschichte, Mittelalterlichen Geschichte und Politikwissenschaft in Münster und an der Humboldt-Universität zu Berlin. 1996–1999 Promotionsstipendiat des Deutschen Historischen Instituts Warschau und der Humboldt-Universität Berlin, 2002 Promotion. 2000–2003 Studienleiter an der Ostsee-Akademie Travemünde und der Academia Baltica, seit 2004 Leiter der Academia Baltica in Lübeck. Forschungsschwerpunkte: deutsch-polnische und deutsch-baltische Beziehungsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Veröffentlichungen u.a.: *Vom Völkerfrühling zum nationalen Konflikt. Deutscher und polnischer Nationalismus in Ost- und Westpreußen 1830–1871*. Wies-

baden 2003; (Hrsg. zusammen mit Marianne Pletzing) *Displaced Persons. Flüchtlinge aus den baltischen Staaten in Deutschland*. München 2007; (Hrsg. zusammen mit Miłoślawa Borzyszkowska-Szewczyk) *Jüdische Spuren in der Kaschubei / Śladami żydowskimi po Kaszubach*. Gdańsk/Lübeck/München 2010.

Dr. Jānis Riekstiņš, Ieriķu iela 43-20, 1084 Rīga, Lettland.

Geboren 1942, Historiker und Journalist. Absolvierte die Historische Fakultät der Universität Lettlands in Rīga, arbeitete bei den Tageszeitungen „Cīņa“ („Der Kampf“) und „Padomju Jaunatne“ („Sowjetjugend“) sowie am Institut für Parteigeschichte des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Lettlands, 1999/2000 leitender Referent für Öffentlichkeitsarbeit und zuständig für die Veröffentlichung von Dokumenten am Staatsarchiv Lettlands, ausgezeichnet für bedeutende Arbeit im Zusammenhang mit der Erfassung der Schicksale von Deportierten aus Lettland und für die Bewahrung der Erinnerung an diese. Forschungsschwerpunkte: Politische Unterdrückung, Kolonisierung und Russifizierung Lettlands, Schicksale von Kindern und Waisen. Publikationen: Einleitung in den Dokumentationen „Aizvestie. 1941. gada 14. Jūnijs“ [Die Verschleppten. Der 14. Juni 1941]. Rīga 2001; „Aizvestie. 1949. gada 25. Marts“ [Die Verschleppten. Der 25. März 1949]. Rīga 2007; Redaktion der Dokumenteneditionen „Izpostītā zeme. PSRS militāristu nodarītie zaudējumi Latvijai“ [Verwüstetes Land. Die Schäden durch das Militär der UdSSR in Lettland]. 3 Bde., Rīga 1994, 1997, 1998; „Represijas Latvijas laukos“ [Politische Unterdrückung auf dem Land in Lettland]. Rīga 2000; „Migranti Latvijā“ [Migranten in Lettland]. Rīga 2004; „Represijas pret latviešiem PSRS. 1937–1938“ [Politische Unterdrückung gegen Letten in der UdSSR. 1937–1938]. Rīga 2009.

Prof. Dr. hist. Helēna Šimkuva, Nīcgales iela 20-53, 1035 Rīga, Lettland,

e-mail: elenama@inbox.lv

Geboren 1957 in Rīga, 1980 Absolventin der Historisch-Philosophischen Fakultät, 1992 Dokortitel mit dem Thema „Die Lage der Deutschbalten in der parlamentarischen Zeit der Republik Lettland (1918–1934)“. Die darauffolgende Forschungstätigkeit ist auch mit der Erforschung der deutschbaltischen Geschichte in der Republik Lettland in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen verknüpft. Mehrere Forschungsaufenthalte in der Bundesrepublik Deutschland und Österreich, Forschungen zur Tätigkeit des deutschbaltischen Poli-

kers Paul Schiemann während seiner Wiener Periode. Beteiligung an der Vorbereitung der mehrbändigen Ausgabe des Instituts für Geschichte Lettlands an der Universität Lettlands „Die Geschichte Lettlands des 20. Jahrhunderts“. Professorin an der Akademie für Seefahrt Lettlands.